

DISSERTATIONES HISTORICAE II
EDIDIT SOCIETAS HISTORICA FINLANDIAE
HISTORIALLISTA TUTKIMUKSIA 90
JULKAISUT SUOMEN HISTORIALLINEN SEURA

DIE NEUORDNUNG DER
BALTISCHEN LÄNDER
1941 – 1944

Zum nationalsozialistischen Inhalt der
deutschen Besatzungspolitik

VON
SEPPO MYLLYNIEMI

HELSINKI 1973





DIE NEUORDNUNG DER BALTISCHEN LÄNDER

1941 – 1944

DISSERTATIONES HISTORICAE II
EDIDIT SOCIETAS HISTORICA FINLANDIAE
HISTORIALLISTA TUTKIMUKSIA 90
JULKAISSUT SUOMEN HISTORIALLINEN SEURA

SEPPÖ MYLLYNIEMI

DIE NEUORDNUNG DER
BALTISCHEN LÄNDER
1941 – 1944

Zum nationalsozialistischen Inhalt der
deutschen Besatzungspolitik

DIE NEUORDNUNG DER
BALTISCHEN LÄNDER
1941 – 1944

Zum nationalsozialistischen Inhalt der
deutschen Besatzungspolitik

VON

SEPPO MYLLYNIEMI

HELSINKI 1973

Vammala 1973, Vammalan Kirjapaino Oy

VORWORT

Die erste Anregung zur Untersuchung der deutschen Besatzungspolitik im Baltikum erhielt ich durch meine Examensarbeit, die ich 1964 aus dem gleichen Themenbereich schrieb. In diesen Themenbereich führte mich Herr Professor i.V. Dr. Olli-Pekka Vehviläinen ein, der mich darauf aufmerksam machte, dass Alexander Dallin in seiner grundlegenden Untersuchung »German Rule in Russia 1941—1945« das Baltikum sehr wenig beachtet hatte.

Wenn meine Untersuchung nun fertig vorliegt, bin ich vor allem Prof. i.V. Vehviläinen Dank schuldig, der in den einzelnen Phasen der Arbeit Gespräche mit mir führte, die immer ergiebig waren und meine Untersuchung vorwärts brachten. Die Anmerkungen der Herren Professoren Dr. Jaakko Suolahti und Dr. Erkki Kuujo, die die Gutachter meiner Lizenziatenarbeit waren, haben zu einer Ergänzung der Arbeit in einigen Teilen geführt. Ich bin ihnen auch dankbar für die Ermutigung, die mich veranlasste, die Arbeit übersetzen zu lassen. Der zweite Vorprüfer dieser Dissertation, Staatsarchivar Prof. Dr. Tuomo Polvinen, hat die verschiedenen Entwürfe der Arbeit gelesen und dabei eine Reihe wertvoller Anmerkungen gemacht, die ich nach Kräften zu berücksichtigen versucht habe.

Besonderen Dank schulde ich Herrn Professor Dr. L. A. Puntila, durch dessen Vermittlung ich 1966 ein Stipendium des Institutes für Europäische Geschichte in Mainz erhielt, was mir gleichzeitig die Arbeit in den deutschen Archiven ermöglichte. Dieses in Mainz verbrachte Jahr war für meine Arbeit von ganz entscheidender Bedeutung. Kürzere Zeiten habe ich als Stipendiat des Institutes auch 1968 und 1972 arbeiten können. Mit Dankbarkeit gedenke ich dem verstorbenen Direktor der Abteilung Universalgeschichte am Institut, Professor Dr. Martin Göhring sowie dem heutigen Direktor der Abteilung, Professor Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin, allen immer hilfsbereiten wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts sowie dem internationalen Kollegenkreis, der viele Anregungen gegeben hat.

Finanziell wurde meine Arbeit in Form von Stipendien auch unterstützt von der Staatlichen Humanistischen Kommission 1966 und 1971, der Stiftung Emil Aaltonen 1968 und 1972 sowie der Stiftung Alfred Kordelin 1971.

Die Übertragung meiner Untersuchung ins Deutsche hat Universitätslektor Dietrich Assmann besorgt, dem ich meinen herzlichen Dank für seine

sorgfältige Arbeit sage. Das Personenregister hat Fräulein Eine Vihavainen zusammengestellt.

Der Finnischen Historischen Gesellschaft danke ich ehrerbietig für die Aufnahme meiner Untersuchung in ihre Schriftenreihe.

Und nicht zuletzt empfinde ich tiefe Dankbarkeit meiner Frau Irja gegenüber, denn ohne ihr Verständnis und ihre Geduld hätte die für die Forschungsarbeit günstige Atmosphäre nicht entstehen können.

Hämeenlinna, im April 1973

Seppo Myllyniemi

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
FORSCHUNGSPROBLEMATIK UND QUELLENMATERIAL	11
I DIE AUSGANGSPUNKTE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN BALTIKUM-POLITIK	18
Das Erbe des Ersten Weltkrieges	18
Von der Dekomposition Russlands zum Deutschen Ostimperium S. 18. Die Zeit des Interregnums im Baltikum 1917—1920 S. 24.	
Estland, Lettland und Litauen — 20 Jahre Selbständigkeit	29
Hitlers »Programm« und die Voraussetzungen seiner Verwirklichung	33
Exkurs: Alfred Rosenberg — ein verspäteter Dekompositionspolitiker	40
Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Barbarossa-Plan	43
II DER »DRANG NACH OSTEN« DER BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN	48
Himmlers Sonderaufgaben und die politische Rolle der SS	48
Hermann Göring und die Wirtschaftsbehörden	52
Rosenbergs Rolle in der Verwaltung der Ostgebiete	54
Militärverwaltung oder Zivilverwaltung S. 54. Dienststelle Rosenberg S. 55.	
Die endgültige Gestaltung der Besatzungsverwaltung	60
Konferenz im Führerhauptquartier 16.7.1941 S. 60. Die Entstehung des »Chaostministeriums« S. 63. Andere Machthaber und -anwärter in den besetzten Ostgebieten S. 67.	
Zusammenfassung: Die besatzungspolitischen Nah- und Fernziele im Vorsommer 1941	67
III DIE BESETZUNG DER BALTISCHEN LÄNDER UND DIE DEUTSCHE MILITÄRVERWALTUNG	72
Die militärischen Operationen im Baltikum im Sommer 1941	72
Die Grundzüge der provisorischen Militärverwaltung	74
Die Besatzungsmacht und der völkerrechtliche Status der Baltischen Staaten	80
IV DER AUFBAU DER ZIVILVERWALTUNG IM BALTIKUM	87
Das Reichskommissariat für das Ostland: Gebiet und Bevölkerung, Verwaltungsstruktur und Behörden	87

Die Verwirklichung der deutschen Überwachung im Wirtschaftsleben: Formen und Grundsätze	97
Die sog. landeseigene Verwaltung in Estland, Lettland und Litauen	103
Entstehung der einheimischen Verwaltungsbehörden S. 103. Die »Legalisierung« der sog. landeseigenen Verwaltung im März 1942 S. 112. Die Auslegung der Organisationserlasse und die spätere Entwicklung der landeseigenen Verwaltung S. 115.	
Die Beziehungen zwischen den deutschen Behörden	121
Konfliktstoffe in den Beziehungen zwischen dem Ostministerium und den ihm unterstellten Behörden S. 121. Rosenberg contra Himmeler S. 125. Das Verhältnis des Ostministeriums zu den anderen Machthabern und -anwärtlern in den besetzten Ost- gebieten S. 131.	
V DIE LAGE IM FRÜHJAHR 1942 VOM STANDPUNKT DER EINHEI- MISCHEN BEVÖLKERUNG UND DES BESATZUNGSREGIMES	134
Die Entwicklung der Stimmung der einheimischen Bevölkerung	134
Die politische Lage vom Standpunkt des Besatzungsregimes	141
VI DIE GERMANISIERUNGS- UND EINDEUTSCHUNGSPOLITIK	145
Grundsätzliche Ausgangspunkte und Hauptprobleme	145
Das Baltikum als germanisches Siedlungsgebiet	157
Generalplan Ost S. 157. »Die Rücksiedlung« der Litauendeutschen S. 160.	
Auf dem Wege zu einem »Neuen Europa« — Der Einsatz anderer Germanenvölker in der wirtschaftlichen Nutzung des Baltikums	169
Besondere Fragen der Kulturpolitik	175
Der misslungene Versuch, die »Landesuniversität« des 19. Jahr- hunderts wieder ins Leben zu rufen S. 175. Die Studenten des Ostlandes in den Universitäten des Reiches S. 183. Die für die »germanische Elite« geplanten Sonderlehranstalten (»Aufbau- schulen«) S. 185.	
Die Organisierung der Jugend nach deutschen Vorbildern	187
Die Jugendarbeit — »eine hochpolitische Angelegenheit« S. 187. Der Arbeitsdienst im Reich als erste Phase der Eindeutschung S. 191.	
VII DIE BEDEUTUNG DER VERLÄNGERUNG DES KRIEGES UND DER VERÄNDERUNGEN IN DEN INNEREN MACHTVERHÄLTNISSEN DES DRITTEN REICHES FÜR DIE BESATZUNGSPOLITIK	195
Auf dem Wege zum totalen Krieg	195
Veränderungen der inneren Machtverhältnisse des Dritten Reiches	197
Das politisch impotente Ostministerium	199
Hitlers Alternativen: »Alles oder nichts«	204
VIII DIE NATIONALSOZIALISTISCHEN FERNZIELE UNTER DEM DRUCK DES TOTALEN KRIEGES	206
Priorität der Fern- oder der Nahziele?	206

»Sein oder Nichtsein« als Problem der einheimischen Verwaltung	209
Februar 1943 — Die Änderung des staatsrechtlichen Status der baltischen Generalbezirke misslingt	216
Die Reprivatisierung als Ansporn zur Steigerung der Produktion	219
Die ersten Phasen der militärischen Mobilisierung	226
Die Schutz- und Polizeibataillone S. 226. Der Beschluss zur Gründung der SS-Legionen entsteht S. 228. Mobilisierung unter dem Deckmantel der Arbeitsdienstpflicht S. 231. SS-Legionen und germanische Ideologie S. 236.	
Anwerbung von Arbeitskräften und Zwangsdeportationen nach Deutschland	238
Versuche zur Reform der Verwaltung auf der Grundlage des sog. Mischverwaltungssystems	242
Autonomiegespräche und Mobilisierung im Herbst 1943	246
Himmler verspricht Estland und Lettland die Autonomie S. 246. Die Ergänzungsmobilisierung der SS-Legionen in Estland und Lettland im Herbst 1943 S. 251.	
Über die Beziehungen innerhalb der Verwaltung — als Beispiel das »Dreiecksdrama« Rosenberg—Lohse—Litzmann	255
IX DIE ORGANISATION DES WIDERSTANDES DER EINHEIMISCHEN BEVÖLKERUNG SOWIE DIE EINSTELLUNG ZUR GEFAHR EINER ERNEUTEN SOWJETBESETZUNG	260
X DER SCHLUSSAKT DER BESATZUNGSPOLITIK 1944	269
So ist es und so bleibt es — Ziele werden nicht überprüft	269
Die letzte Front — Mobilisierung mit Unterstützung der sog. nationalen Kreise	275
Der Krieg aller gegen alle — Das Verwaltungschaos Ostland	280
Die letzten Tages des Ostlandes	284
XI DAS BALTIKUM IN HITLERS NEUEM EUROPA	286
ANHANG	293
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	298
ABKÜRZUNGEN	305
PERSONENREGISTER	306

FORSCHUNGSPROBLEMATIK UND QUELLENMATERIAL

Litauen und die sog. Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland waren von den Deutschen auch während des Ersten Weltkriegs besetzt, was für die Forschung einen geeigneten Ausgangspunkt zu bieten scheint, aber zugleich irgendeine Stellungnahme zu der Frage fordern dürfte, in welchem Masse es in diesem Zusammenhang angebracht ist, von »historischer Kontinuität« zwischen der Ostpolitik des kaiserlichen Deutschland im Ersten Weltkrieg und Hitlers aussenpolitischem »Programm« zu sprechen.

Hitler hatte bekanntlich schon in »Mein Kampf« die Randstaaten als künftiges neues deutsches Lebensraumgebiet angesehen, und seine Ansichten in dieser Hinsicht haben sich in späteren Jahren in keiner Weise geändert. Als im Sommer 1941 die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion angriff und auch die Baltischen Länder eroberte, schien der Augenblick zur Verwirklichung des Programms gekommen: glaubte man doch axiomatisch, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion nur eine Sache von Wochen, höchstens von Monaten sei. Eine genauere Bekanntschaft mit dem Quellenmaterial zeigt, dass dieser Gesichtspunkt — die Verwandlung des Baltikums in »deutsches Land« — während der ganzen Besetzung in dem Masse für die Besatzungspolitik primär war, dass ich es als angemessen betrachtet habe, als eigentliche Forschungsaufgabe die Untersuchung des »nationalsozialistischen Inhalts« der deutschen Besatzungspolitik in den Baltischen Ländern 1941—1944 abzugrenzen.² Dabei muss eine Antwort auf Fragen folgender Art gesucht werden: welches waren die politischen Fernziele des nationalsozialistischen Deutschland in Richtung Baltikum, wie wurden diese Pläne während der Besetzung weiterentwickelt und in welchem Umfange wurden sie zur Wirklichkeit, wie verhielten sich die politischen »Fernziele« und die vom totalen Krieg verursachten zwingenden »Nahziele« zuein-

¹ Über diese Frage besonders Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, 3. verb. Aufl. Düsseldorf 1964; über die dadurch angeregte Diskussion s. *Deutsche Kriegsziele 1914—1918*. Hrsg. von Ernst Wilhelm Graf Lynar. Berlin 1964, Wolfgang I. Mommsen, *The Debatt on German War Aims*. *Journal of Contemporary History* 3/1966, S. 47—72 und Andreas Hillgruber, *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*. Göttingen 1967.

² Zur allgemeinen Fragestellung der Untersuchung vgl. Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—1945*. Stuttgart 1961 (vom Verfasser durchgesehene Fischer-Auflage, die ich im folgenden zitiert habe, 1965). Siehe besonders das Vorwort des Verfassers.

ander, wie war die einheimische Bevölkerung zu dem Besatzungsregime eingestellt und wie spiegelten sich die Änderungen in der Einstellung der Bevölkerung wiederum in der Besatzungspolitik wider.

Diese Begrenzung des Themas bedeutet u.a., dass die Behandlung keine Erklärung darüber enthält, welche Bedeutung das Baltikum für die Versorgung der deutschen Heeresgruppe Nord hatte; die von der Besatzungsmacht vorgenommenen Zwangsaushebungen waren ja keineswegs eine typisch nationalsozialistische Erfindung. Dagegen konnte nicht daran vorbeigegangen werden, wie die Verknüpfung des Wirtschaftslebens der Baltischen Länder mit der deutschen Kriegswirtschaft grundsätzlich durchgeführt wurde, weil dabei auch die Ziele bezüglich dieses Gebietes auf lange Sicht berücksichtigt werden mussten. Dass die Judenpolitik ausserhalb der Untersuchung bleibt, muss wohl begründet werden, weil die Liquidierung der Juden ausdrücklich dem »nationalsozialistischen Inhalt« der Besatzungspolitik zuzurechnen ist. Andererseits — und das habe ich in diesem Fall als entscheidendes Kriterium betrachtet — geschah die Behandlung und physische Vernichtung der Juden im Baltikum nach denselben Richtlinien wie in den anderen zum deutschen Machtbereich gehörenden Gebieten, und darin sind keine solche örtlichen Sonderprobleme enthalten, die eine ausführliche Analyse notwendig machen würden.³ Ganz lässt sich die Judenfrage nicht umgehen, besonders bei Litauen, in dessen Wirtschaftsleben die Juden eine ganz bedeutende Stellung einnahmen. Ferner müssen natürlich die politischen Folgen der radikalen Lösung der Judenfrage berücksichtigt werden, u.a. als ein Faktor, der die Einstellung der Bevölkerung beeinflusste. Als Objekt nationalsozialistischer Besatzungspolitik bildeten Estland, Lettland und Litauen in vieler Hinsicht ein Gebiet eigenen Gepräges. Nachdem das Baltikum im Sommer 1940 sowjetisiert worden war, konnten die Deutschen im folgenden Sommer die Rolle der Befreier von der sowjetischen Besatzung annehmen, wenn es sich in Wirklichkeit auch nur um einen Wechsel der Besatzungsmächte handelte; drei Jahre später im Sommer 1944 erwartete die Mehrheit der baltischen Völker die der zurückgehenden Wehrmacht auf den Fersen folgende Rote Armee mit ganz anderen Gefühlen als z.B. die Polen und Tschechen, wodurch die Einstellung der Bevölkerung zu der deutschen Besatzung sehr kompliziert wurde. Die nationalsozialistischen Anthropologen hielten die rassische Zusammensetzung der Bevölkerung in Estland für recht »gut« und schätzten, dass die Zahl der rassisch »Wertvollen« und die der rassisch Unerwünschten etwa gleich gross sei; was Litauen betrifft, war die Lage allerdings viel »schlechter«. Die Besatzungsmacht wurde deshalb in ihrer Politik vor solche Schwierigkeiten der Differenzierung gestellt, die vermutlich in einem nur von slawischen »Untermenschen«

³ Zur »Endlösung« der Judenfrage auch bezüglich des Baltikums siehe Gerald Reitlinger, Die Endlösung, 4. verb. Aufl. Berlin 1961.

bewohnten Gebiet oder auf rein »germanischem« Boden nicht auftraten. Im damaligen deutschen Machtbereich dürfte eine am ehesten dem Baltikum entsprechende politische Konstellation im Protektorat Böhmen und Mähren zu finden sein. Es ist denn auch aus diesem Grunde ergiebig, die Ziele und Methoden der dort verfolgten Besatzungspolitik⁴ kennenzulernen, sowohl für das »Testen« der Fragestellung als auch der Schlussfolgerungen.

Der Archivforschung über die nationalsozialistische Zeit hat bisher ausser der gut verständlichen Lückenhaftigkeit der Quellen vor allem die Verstreuung des erhaltenen Archivmaterials nach dem Zusammenbruch Deutschlands über die ganze Welt »von Kalifornien nach Moskau und von Jerusalem nach New York« geschadet. Nachdem das von den westlichen Alliierten nach England und den Vereinigten Staaten beschlagnahmte Archivmaterial — von den Behörden der Zivilverwaltung nahezu vollständig und auch von den Militärarchiven zum grössten Teil — jetzt in die Archive der Bundesrepublik Deutschland zurückgebracht worden ist,⁵ hat sich die Lage für die Forschung wesentlich verbessert. Von den zur Verfügung stehenden Archivquellen ist die unbedingt wichtigste das Archiv des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete (OMi), wenn auch die von den Bombenangriffen auf Berlin im November 1943 dem Archiv zugefügten grossen Verluste seinen Beweiswert für die vorhergehende Zeit merklich herabsetzen. Im Bundesarchiv sind vor allem die Akten folgender Abteilungen: Ministerbüro, Führungsgruppen »Allgemeine politische Angelegenheiten«, »Deutschtum«, und »Fremdes Volkstum«, Abteilung Innere Verwaltung sowie »Beauftragter für Sonderfragen« (Unterlagen über den Einsatz von Ausländern bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der Ostgebiete). Dagegen scheinen die Akten der Wirtschaftsabteilungen des Ministeriums fast völlig verloren gegangen zu sein. Andere Restakten des Ostministeriums befinden sich im Deutschen Zentralarchiv Potsdam,⁶ in dem Yiddish Scientific Institute in New York⁷ und dem Centre de Document Juive Contemporaine in Paris. Von den bei der Untersuchung in Frage kommenden Beständen ist das Archiv des Ostministeriums auf jeden Fall im archivalischen Sinne am besten erhalten, was die systematische Untersuchung bestimmter Themen ermöglicht. Die tatsächliche Bedeutung des Ministeriums hat zwar niemals seiner formellen Stellung entsprochen, aber

⁴ Das erforderliche Vergleichsmaterial in dieser Hinsicht bietet: Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei. Prag 1960.

⁵ Über die Schicksale des die nationalsozialistische Zeit betreffenden Archivmaterials genauer: Heinz Boberach, Das Schriftgut der staatlichen Verwaltung, der Wehrmacht und der NSDAP aus der Zeit von 1933—1945. Archivar 2/1969. S. 138—151 sowie Das Bundesarchiv und seine Bestände. 2. Auflage. Boppard 1968.

⁶ Meinen Antrag auf Erlaubnis zur Durchsicht dieser Dokumente hat die Archivverwaltung der DDR ohne genauere Begründung ihres Beschlusses abgelehnt.

für die Forschung ist es bemerkenswert, dass das Ostministerium dennoch eine Art »Postamt« blieb, über das meistens die Anordnungen auch anderer Behörden an den in Riga sitzenden Reichskommissar Lohse gesandt wurden. Wenn man die Ereignisse zum grössten Teil aufgrund des Materials aus dem Archiv des Ostministeriums betrachtet, besteht natürlich die Gefahr, dass die Tätigkeit des Rosenberg-Ministeriums im Vergleich zur Wirklichkeit zu betont erscheint.

Im Machtbereich des Reichsführers-SS Heinrich Himmler sind besonders ergiebig die erhaltenen Akten aus den Archiven des persönlichen Stabes Himmlers, des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums und des Reichssicherheitshauptamtes. Aus dem letztgenannten Archiv stammen die wichtigen Serien von Berichten der Sicherheitspolizei: »Ereignismeldungen aus der UdSSR« und deren Fortsetzungsserie »Meldungen aus den besetzten Ostgebieten«, die bis zum Mai 1943 reichen. Die Sicherheitspolizei fertigte in den ersten Wochen des Ostfeldzuges fast täglich einen Bericht über die wichtigsten Ereignisse an — und die Sicherheitspolizei interessierte wirklich fast alles.

Das Auswärtige Amt dagegen blieb in den besetzten Ostgebieten in sehr starkem Masse ein unbeteiligter Zuschauer. Das im politischen Archiv des Aussenministeriums zu findende Material ist insgesamt recht knapp und beschränkt sich auf einen kurzen Zeitraum im Frühjahr und Sommer 1941, als das Ministerium noch versuchte, aktiv aufzutreten. In dem ziemlich gut erhaltenen Archiv der Reichskanzlei finden sich einige interessante Akten, die zur Behandlung von Fragen gehören, die Hitler zur Entscheidung überlassen worden waren. Von den Archiven der in Frage kommenden Militärverwaltungsbehörden sind zur Zeit nur einige Restakten im Militärarchiv des Bundesarchivs anzutreffen.

Wenn man die Struktur des Quellenmaterials genauer betrachtet, erweist sich das Material der Ebene von Ministerium und Zentralbehörde (oder entsprechende) als im Umfang befriedigend und — was auch sehr wichtig ist — in der Qualität sehr vielseitig. Der Mangel an Material schadet in erster Linie der auf Wirtschaftsfragen gerichteten Forschung. Von der untersten Stufe der Wirtschaftsverwaltung sind allerdings einige Kriegstagebücher der Wirtschaftsinspektion in Riga und der Wirtschaftskommandos erhalten, die u.a. die Fragen des Einsatzes der einheimischen Arbeitskräfte beleuchten. Wenn man in der Verwaltungshierarchie heruntergeht, kann man dagegen allgemein feststellen, dass das verfügbare Material schnell dünner wird. Diese Konzentration des Materials auf Berlin verstärken noch die Erinnerungen von Personen, die im Bereich des Ostministeriums gearbeitet haben. Die vom Ostminister Alfred Rosenberg selbst in der Todeszelle

⁷ Die in Frage kommenden Dokumente stehen teilweise als Fotokopien im Institut für Zeitgeschichte zur Verfügung.

geschriebenen Erinnerungen⁸ dürften als Quelle vielleicht mehr den Psychiater als den Historiker interessieren. Dagegen hat Otto Bräutigam, der in der Hauptabteilung Politik des Ministeriums die Allgemeine Abteilung leitete, aufgrund seiner Aufzeichnungen einen sehr brauchbaren Überblick über die Besatzungspolitik in der Art einer Untersuchung verfasst.⁹ Bräutigams Darstellung beleuchtet besonders die Entstehung des Ministeriums, seine organisatorische Entwicklung sowie die Beziehungen zwischen ihm und den anderen Ministerien und Institutionen. Peter Kleist, der unter Bräutigam in derselben Abteilung und ausdrücklich als Referent für Angelegenheiten der Baltischen Länder arbeitete, vertritt mit seinen Erinnerungen »Zwischen Hitler und Stalin«¹⁰ eine wesentlich farbenreichere aber auch gefärbtere Darstellungsweise. Kleist stellt seine eigenen »Verdienste« sehr deutlich heraus, während der Reichskommissar Lohse in seinen Erinnerungen die Rolle eines Sündenbocks erhält. Bemerkenswert ist, dass niemand, der im Bereich der Wirtschaftsverwaltung in verantwortlicher Stellung war, seine Memoiren veröffentlicht hat. Auf dieser Quellengrundlage ist es daher nicht zu vermeiden, dass die Darstellung überwiegend eine Geschichte der Institutionen bietet, die einen Blick auf den Alltag der Menschen in den besetzten Gebieten nur ausnahmsweise gestattet.

Vom quellenkritischen Standpunkt aus betrachtet erweist sich das Untersuchungsmaterial in einiger Hinsicht als problematisch. Wichtige, die Besatzungspolitik betreffende Fragen mussten natürlich vor der endgültigen Entscheidung Hitler vorgetragen werden, was am einfachsten in der Weise geschehen konnte, dass entweder der Chef der Reichskanzlei Hans Lammers oder Hitlers Privatsekretär und Chef der Partei-Kanzlei Martin Bormann die Sache vortrug und danach den Betreffenden die Entscheidung des Führers mitteilen konnte, was diesen Interpreten des Führerwillens eine grosse politische Bedeutung gab.¹¹ Bei grösseren grundsätzlichen Fragen konnten Besprechungen auf höchster Ebene anberaunt werden, zu denen die jeweils als notwendig betrachteten Personen eingeladen wurden. Da bei solchen Besprechungen kein offizielles Protokoll geführt wurde, kann die Rekonstruktion des Willens des Führers wegen des vollständigen Fehlens von Quellen aus erster Hand oder der Widersprüche zwischen ihnen eine sehr schwierige Aufgabe sein, bei der nichts anderes übrig bleibt, als auf eine Art von Indizienbeweisen zurückzugreifen.

Bei der Behandlung einiger Wirtschaftsfragen stösst man auf Probleme etwas anderer Art, die ebenfalls auf eine teilweise Materialknappheit

⁸ Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. Göttingen 1955.

⁹ Otto Bräutigam, Überblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges. Tübingen. Inst. f. Besatzungsfragen 1954.

¹⁰ Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin. Aufzeichnungen. Bonn 1950.

¹¹ Vgl. Martin Broszat, Der Staat Hitlers. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Band 9. München 1969. S. 389—391.

zurückzuführen sind. In welchem Masse ist z.B. die Entwicklung der sog. Monopolgesellschaften in den besetzten Ostgebieten als Funktion der wirtschaftlichen Lenkungsbehörden (Vierjahresplan, Wirtschaftsstab Ost) zu betrachten und in welchem Masse ist darin wieder ein Ausdruck von privat-unternehmerischer Dynamik zu sehen, eine Frage, deren voll befriedigende Beantwortung auch die Benutzung von Archiven der privaten Grosskonzerne voraussetzen würde. Aus verständlichen Gründen bin ich der Ansicht, dass meine Kräfte für ein so umfangreiches Forschungsprogramm nicht ausreichen.¹²

Der für die Verwaltung in den besetzten Gebieten typische Machtkampf zwischen einzelnen Behörden und Institutionen, die Überorganisation der Verwaltung und die unbestimmten Vollmachten haben vom quellenkritischen Standpunkt aus gesehen ihre Vorteile. Natürlich verwandelt der Machtkampf zwischen einzelnen Personen und Institutionen den Inhalt der Quellen auf eine Weise, die für den Verfasser der Quelle zweckmässig ist. Andererseits wird dieser Nachteil eigentlich schon dadurch eliminiert, dass es möglich ist, Angaben aus voneinander unabhängigen Quellen miteinander zu vergleichen, was auch die Möglichkeit verringert, dass irgendein bedeutsames Geschehnis der Besatzungspolitik — infolge absichtlicher und unbeabsichtigter Zerstörungen der Archive — keine Spuren in den erhaltenen Quellen zurückgelassen hätte.

Über die Besatzungspolitik Deutschlands in den Baltischen Ländern sind keine auf der Benutzung von eigentlichen Archivquellen beruhende Spezialuntersuchungen erschienen, wenn man nicht die von Roswitha Czollek im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte veröffentlichten, als Vorarbeiten zu betrachtenden Artikel¹³ über einige zum Bereich der Besatzungspolitik gehörende wirtschaftliche Sonderfragen mitrechnet. Das beste Gesamtbild von der Besatzungspolitik vermitteln neben dem obengenannten Überblick von Bräutigam einige Untersuchungen über die gleichzeitige Russland-Politik Deutschlands, in denen auch Fragen der Baltischen Länder etwas behandelt werden. Von diesen ist besonders Alexander Dallins auf einem umfangreichen Quellenmaterial aufbauende Arbeit¹⁴ zu nennen, die auch für das Baltikum ein recht zuverlässiges Bild von den allgemeinen Zügen der Besatzungspolitik vermittelt, wenn auch einige wichtige Fragen, wie z.B. die Kulturpolitik fast überhaupt nicht behandelt werden. Es ist offensichtlich, dass auch Dallin die Ereignisse zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Berliner Zentralbehörden gesehen hat. Gerald Reitlinger gibt einen

¹² In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, dass ich — leider ohne Erfolg — versucht habe, eine Erlaubnis zur Benutzung des Bestandes IG-Farben im Deutschen Zentralarchiv zu erhalten.

¹³ Siehe Literaturverzeichnis!

¹⁴ Alexander Dallin (German Rule in Russia 1941—1945), deutschsprachige Ausgabe, Deutsche Herrschaft in Russland 1941—1945. Düsseldorf 1958.

kompilationsartigen Überblick über die Besatzungspolitik;¹⁵ er behandelt besonders den Machtkampf zwischen verschiedenen deutschen Behörden und Institutionen. Überblicke über die deutsche Besatzungspolitik enthalten auch die in der Sowjetunion veröffentlichten Werke über den »grossen vaterländischen Krieg«. Der Schwerpunkt dieser Darstellungen liegt ausser den eigentlichen Kriegseignissen besonders auf der Schilderung des antifaschistischen Widerstandes.¹⁶

Überhaupt lässt sich in der auf die deutsche Besatzungspolitik gerichteten Forschung feststellen, dass die Problematik,¹⁷ die in der Widersprüchlichkeit zwischen den von der Verlängerung des Krieges und von dem Übergang zur totalen Kriegswirtschaft bedingten neuen Aufgaben und den früheren Fernzielen enthalten ist, nicht die verdiente Beachtung gefunden hat.

¹⁵ Gerald Reitlinger, *The House built on sand*. London 1960.

¹⁶ z.B. *Bo'rba za Sovetskiju Pribaltiku v Velikoj otecestvennoj vojne 1941—1945*. Bd.I. Riga 1966. Eesti Rahvas Nõukogude Liidu Suures Isamaasõjas. 1941—1945. Tallinn 1971.

¹⁷ Daneben zeigt sich in den in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten Untersuchungen eine sehr starke Konzentration des Forschungsinteresses auf das Anfangsstadium der Besatzungszeit. Vgl. z.B. Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa*. Stuttgart 1966 sowie die Arbeiten von Loock über Norwegen und von Kwiet über die Niederlande (s. Literaturverzeichnis).

I. DIE AUSGANGSPUNKTE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN BALTIKUM-POLITIK

Das Erbe des Ersten Weltkrieges

Von der Dekomposition Russlands zum Deutschen Ostimperium

Die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg sind durch die Untersuchungen Fritz Fischers zum Objekt lebhafter Diskussion und Forschung geworden. Nach Fischers Grundthese wurde das Denken der politisch einflussreichen Kreise des Kaiserreiches — den Reichskanzler Bethmann—Hollweg¹ ausdrücklich mitgerechnet — schon bei Kriegsausbruch von dem »Griff nach der Weltmacht« beherrscht, von der Forderung nach der Hegemonie Deutschlands in Europa, die Voraussetzung war für den Aufstieg in die Gruppe der Weltmächte ersten Ranges.² In verschiedenen Memoranden politischer und wirtschaftlicher Interessengruppen über die Ziele des Krieges, die dem Reichskanzler eingereicht wurden, forderte man eine Ausdehnung des deutschen Siedlungs- und Wirtschaftsraumes sowohl im Westen als auch im Osten: es wurde die Ansicht vertreten, dass der zu erwartende industrielle Machtzuwachs im Westen »ein agrarisches Gegengewicht« im Osten fordere. Polen wollte man zu einem Pufferstaat machen, wobei es jedoch einige Grenzgebiete an Deutschland hätte abtreten müssen. Die Forderungen nach neuem Siedlungsland richteten sich besonders auf Kurland und Litauen. Neben wirtschaftlichen und strategischen Begründungen standen hinter den Gebietsforderungen auch ideologische Faktoren. Die fortgesetzte Industrialisierung Deutschlands verursachte als Folge des

¹ Die Kritik an Fischer hat sich besonders gegen diese Auslegung der Politik Bethmann-Hollwegs gerichtet. Fischers Argumentation stützt sich vor allem auf B-H.'s sog. September-Programm (dazu genauer Fischer 1964, S. 113—119), wegen dessen umfangreicher Annexionsforderungen F. mit Recht behaupten zu können glaubt, dass zwischen den Kriegszielen des Reichskanzlers und Class' (siehe oben S. 19) nur geringe Gradunterschiede bestanden hätten (Fischer 1964, S. 121). Andererseits hat man gefragt, ob F. die Bedeutung überschätzt habe, die er dem September-Programm B-H.'s in dessen Politik gibt. (Z.B. Hans Herzfeld, Die deutsche Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg. Vjh.Zgsch. 1963 S. 234—236). Bekanntlich stand B-H. direkten Annexionen sehr zurückhaltend gegenüber (z.B. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk III. München 1964 S. 50).

² Fischer 1964 S. 195.

sozialen Strukturwandels solche Änderungen der politischen Einstellung, die die konservativen Kreise als Gefahr für das politische und gesellschaftliche System des Kaiserreiches ansahen. Diese Kreise glaubten, dass nur eine Ausdehnung des Gebietes Deutschlands die Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsstruktur ermöglichen würde.³ An der Spitze der am weitesten gehenden Annexionsforderungen stand der Alldeutsche Verband, dessen Kriegsziele sein Vorsitzender, der Justizrat Class in seinem bekannten September-Memorandum 1914 aussprach. Im Osten übertrafen diese Kriegsziele der Alldeutschen (oder Grossdeutschen) die üblichen Forderungen in der Hinsicht, dass man zur Beschaffung neuen Siedlungslandes ausser Litauen den Anschluss aller sog. Ostseeprovinzen an Deutschland wünschte. In Litauen sollten nach Class umfangreiche Umsiedlungen durchgeführt werden, um Platz für die dort anzusiedelnde deutsche Bevölkerung zu schaffen.⁴ Als notwendige Ergänzung der territorialen Ausdehnung betrachtete man den wirtschaftlichen Zusammenschluss Mitteleuropas. Diese Wirtschaftsunion sollte die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Europa sichern. Mitteleuropa war das eigentliche Ziel der Bethmann—Hollweg-schen Politik, weil nach seiner Auffassung nur die Bildung eines solchen mitteleuropäischen Blockes die Erhaltung der deutschen Unabhängigkeit neben solchen Weltmächten wie Russland, England und Amerika zu ermöglichen schien. Deutschland und Österreich—Ungarn sollten den Kern des geplanten Mitteleuropa bilden, und ausserdem wurden Frankreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark und Polen sowie möglicherweise Italien, Schweden und Norwegen dazu gerechnet.⁵

Den Kern der Russland-Politik des deutschen Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg bildete die sog. Dekompositionspolitik, unter der man die Abtrennung der von nicht-russischen Völkern bewohnten westlichen und südlichen Randgebiete Russlands zu halbselfständigen Pufferstaaten oder ihren direkten Anschluss an Deutschland verstand. Diese Politik der Schwächung Russlands war grundsätzlich schon in dem sog. September-Programm Bethmann—Hollwegs enthalten, wenn dort auch keine territorialen Ziele angegeben waren. Die Dekompositionspolitik passte offensichtlich gut zu der Mitteleuropa-Konzeption des Kanzlers. Am energischsten wurde diese Politik von einigen Balten verfochten, die sich in Deutschland niedergelassen hatten; die bedeutendsten von ihnen waren Theodor Schiemann, Paul Rohrbach und Johannes Haller. Sie vertraten eine Gedankenrichtung, die Russland durch die Wegnahme seiner westlichen Randgebiete auf die Grenzen der Zeit vor Peter dem Grossen zurückdrängen wollte. Russland würde

³ Ibid. S. 197—205; Bernhard Mann, *Baltische Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914/1918*. Tübingen 1965. S. 13—15.

⁴ Über das Class-Memorandum genauer, z.B. Fischer 1964, S. 120—121; Ritter S. 37—38.

⁵ Fischer 1964, S. 117—118, 248, 316—318; Ritter S. 42.

dann seine Stellung als Ostseestaat verlieren und sich gleichzeitig symbolisch aus einem europäischen in einen asiatischen Staat verwandeln.⁶ Besonders Rohrbach sah dabei als natürlichen Stützpunkt der deutschen Randstaatenpolitik die an Bodenschätzen reiche Ukraine und glaubte, »mit der staatlichen Verselbständigung des ukrainischen Russlands wäre überhaupt erst die russische oder moskowitzische Gefahr auf immer beseitigt.«⁷ Die meisten politisch einflussreichen Gruppen in Deutschland unterstützten grundsätzlich die Dekompositionspolitik.

Zu den taktischen Methoden der Dekompositionspolitik gehörte das Ausnutzen der umstürzlerischen und separatistischen Bewegungen in Russland zu seiner inneren Schwächung, was dieses zu einem Sonderfrieden zwingen sollte, der wiederum notwendig war, um im Westen einen Siegesfrieden zu erzielen. Das hatte zur Folge, dass zwischen den Bemühungen um einen Sonderfrieden und dem Revolutionierungsprogramm eine gewisse innere Spannung bestand, weil die Verwirklichung des Sonderfriedens die Liquidierung des Revolutionierungsprogramms und eine beträchtliche Reduzierung der Kriegsziele bedeutet hätte.⁸

Nach ihren erfolgreichen Abwehrkämpfen im Winter 1914—1915 gingen die deutschen Truppen im Osten im März 1915 zur Offensive über. Gleichzeitig waren die auf einen Sonderfrieden mit Russland zielenden Erkundigungen verstärkt worden, die jedoch im August 1915 mit der negativen Antwort des Zaren endeten. Von da an bekannte sich auch Bethmann—Hollweg immer klarer zu einer die entscheidende Schwächung Russlands anstrebenden Dekompositionspolitik.⁹

Als die deutschen Truppen im Sommer und Herbst 1915 Litauen und Kurland besetzt hatten, wurden diese verwaltungsmässig der von Hindenburg und Ludendorff geführten Militärverwaltung (Ober-Ost) unterstellt, die ihre Aufgaben sehr selbständig ausführte, sogar gegen die Anweisungen der höchsten Führung des Reiches. Die dringendste Aufgabe des Ober-Ost war die wirtschaftliche Ausnutzung des Landes, aber sein politisches Ziel war von Anfang an die Germanisierung dieser Gebiete.¹⁰ Die Mittel der Germanisierungspolitik waren damals vor allem die Siedlungs- und Kulturpolitik. Auf Ludendorffs Befehl wurden im Frühjahr 1916 vorbereitende Massnahmen ergriffen, um Litauen und Kurland mit deutschen Bauern zu besiedeln. Es war beabsichtigt, dass die Siedlungstätigkeit grundsätzlich dorfweise geschehen sollte, weil Einzelsiedlung in den Grenzgebieten nicht

⁶ Fischer 1964, S. 144; Mann S. 6.

⁷ Mann S. 18—19.

⁸ Fritz Fischer, Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914—1918. HZ 188/1959. S. 265—266.

⁹ Fischer 1964, S. 241—242.

¹⁰ Ibid. S. 354—355; Robert Stupperich, Siedlungspläne im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost. Jomsburg 1941. S. 348.

erwünscht war. Für die Besiedlung sollten ein Teil der staatlichen Güter, die Güter der Russen und Polen sowie auch der Kirche verwendet werden. In der Nähe der Städte wollte man grosse Siedlungen gründen, aus denen der Einfluss des Deutschtums auch in die Städte ausstrahlen würde. Im historischen Sinne war man der Ansicht, dass es sich um die Vollendung der vom Deutschen Ritterorden begonnenen aber Jahrhunderte unterbrochen gewesenen Kolonisationsarbeit handelte. Für die Siedlungstätigkeit war auch schon unter Berücksichtigung dieser grossen historischen Zusammenhänge die Losung fertig erfunden: »Die Rückeroberung deutschen Bodens«. ¹¹ Der Verwaltungschef von Litauen, Fürst von Isenberg-Birstein, wollte die der Germanisierung im Wege stehenden Schwierigkeiten nicht unterschätzen, aber glaubte der Arbeit doch »mit Vertrauen« entgegensehen zu können, wenn die das Haupthinderniss darstellenden deutschfeindlichen Elemente »mit geeigneten radikalen Massnahmen entfernt werden«. Die Vorbereitungen im Bereich der Siedlungstätigkeit wurden bis September 1918 fortgesetzt, dann mussten die Pläne endgültig begraben werden. ¹² Starkes Missfallen erregten in Litauen die auf das Schulwesen gerichteten Germanisierungsbestrebungen. ¹³

Das Andauern des Krieges und der Abbruch der mit Russland über einen Sonderfrieden geführten Verhandlungen führten zu einer Zunahme der deutschen Gebietsforderungen. Eine vom Standpunkt der inneren Machtverhältnisse Deutschlands sehr wichtige, direkt als unwälzend bezeichnete Bedeutung hatte die Ernennung der 3. OHL (Oberste Heeresleitung), an deren Spitze formell Hindenburg stand, deren wirklicher Kopf aber Ludendorff war. Die Heeresleitung gewann danach immer deutlicher die Oberhand gegenüber der politischen Führung, besonders nachdem Bethmann—Hollweg im Juli 1917 zurückgetreten war. ¹⁴

Das Hauptinteresse des Kaiserreiches richtete sich im Osten auf das Baltikum, aber nach der russischen Märzrevolution schien eine deutliche Annexionspolitik wenn nicht direkt unmöglich, so doch taktisch unklug. Bethmann—Hollweg machte denn auch am 7. 5. 1917 die »Autonomiepolitik« zur neuen Grundlage der deutschen Ostpolitik, damit es den Russen leichter falle, ohne ihr Gesicht zu verlieren, auf Kurland und Litauen zu verzichten. ¹⁵ Viel wäre von der geplanten Autonomie jedoch nicht übrig geblieben, weil gleichzeitig vorausgesetzt wurde, dass diese Gebiete in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht an Deutschland gefesselt würden. Als Werkzeuge der Autonomiepolitik wurden in Litauen und Kur-

¹¹ Stupperich S. 352—356 passim.

¹² Ibid. S. 357, 367.

¹³ Gerd Linde, Die Deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg. Wiesbaden 1965. S. 47.

¹⁴ Ritter S. 248—249; Hillgruber 1967, S. 59.

¹⁵ Fischer 1964, S. 499.

land besondere »Vertrauensräte« oder »Landesräte« gegründet, deren erste Aufgabe es war, unverzüglich um »Schutz und Schirm Seiner Majestät und des mächtigen Deutschen Reiches« zu bitten.¹⁶

Der Ausbruch der Oktoberrevolution in Russland schien dem Deutschen Reich die lange ersehnte Gelegenheit zu bieten, im Osten zu den von Deutschland diktierten Bedingungen Frieden zu schliessen. Die bolschewistische Regierung hatte bald nach ihrer Machtergreifung verkündet, dass sie den Nationalitäten in Russland freies Selbstbestimmungsrecht zusichere. Unter Ausnutzung dieses Begriffes und der von der Besatzungsverwaltung in Polen, Litauen und Kurland manipulierten »Selbständigkeitserklärungen« versuchte die deutsche Delegation unter Aussenminister von Kühlmann bei den im Dezember 1917 begonnenen Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk die für notwendig erachteten Gebietsforderungen durchzubringen.¹⁷ Eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen spielte auch die Ukraine, deren Bedeutung als Kornkammer für die von der Hungerblockade der Alliierten schwer geprüften Mittelmächte gross war. An den Rohstoffquellen der Ukraine war wiederum die deutsche Industrie sehr interessiert.¹⁸ Unter Ausnutzung der separatistischen politischen Bestrebungen in der Ukraine schlossen die Mittelmächte am 9. 2. 1918 mit der Ukraine einen Sonderfrieden, was in jenem Stadium zum Abbruch der Verhandlungen mit der Sowjetregierung führte.¹⁹ Von Kühlmann empfahl, sich mit der herrschenden Situation zu begnügen — »nicht Krieg und nicht Frieden« —, aber er konnte sich nicht gegen den Standpunkt der Heeresleitung durchsetzen, die klare Entscheidungen verlangte. Zwar konnte auch Ludendorff nicht seine Forderung durchsetzen, direkt nach Petersburg zu marschieren, aber Estland und Livland wurden von deutschen Truppen besetzt, nachdem die von dort bestellten »Hilferufe« eingetroffen waren.²⁰ Lenin war gezwungen, den Frieden anzunehmen, um die Revolution zu retten.²¹ Der Friedensvertrag wurde am 3. 3. 1918 in Brest unterschrieben und nach seinen Bestimmungen wurden Polen, Litauen und Kurland von Russland getrennt, und es blieb Deutschland und Österreich—Ungarn überlassen, über ihren künftigen Status »im Einvernehmen mit deren Bevölkerung« zu beschliessen. An der Fik-

¹⁶ Ibid. S. 603—605; Werner Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum. Berlin 1962. S. 400—405. In Kurland hatte es beim Einsetzen der Vertrauensräte keine Schwierigkeiten gegeben, weil man dort auf eine deutsche Oberschicht zurückgreifen konnte; in Litauen kam es zu Schwierigkeiten zwischen dem von den Litauern selbst gewählten Landesrat und der deutschen Besatzungsverwaltung. Siehe z.B. Linde S. 92.

¹⁷ Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Wien 1966. S. 14—15, 18.

¹⁸ Fischer 1964, S. 638—639, 714.

¹⁹ J. W. Wheeler-Bennett, Brest-Litovsk. The Forgotten Peace. March 1918. New York 1966. S. 226—227.

²⁰ Baumgart S. 23—26.

²¹ Wheeler-Bennett S. 249—250.

tion des Selbstbestimmungsrechtes wurde also festgehalten. Estland und Livland blieben dagegen noch formell der Souveränität Russlands unterstellt, aber deutsche Polizeikräfte durften dortbleiben, »bis die Sicherheit dort durch die eigenen Organe des Landes garantiert und die politische Ordnung wiederhergestellt wäre«. Russland musste auch den Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und der Ukraine anerkennen.²² In Brest hatte man auf Russland die sog. Dekompositionspolitik angewendet und es wirklich auf die Grenzen vor Peter dem Grossen zurückgedrängt.²³

Zum bestimmenden Axiom der deutschen Politik wurde jetzt die politische und wirtschaftliche Verwaltung der im Friedensvertrag von Brest-Litovsk von Russland abgetrennten Randgebiete. Die Mittelmächte hatten in Brest völlig bewusst den Frieden mit einer solchen Regierung der Ukraine geschlossen, die in Wirklichkeit nicht mehr die Macht besass und sich nur mit Hilfe der deutschen Bajonette halten konnte. Die Sicherung der in Brest mit der Ukraine vereinbarten Getreidelieferungen und überhaupt die Ausnutzung des Wirtschaftspotentials der Ukraine machten eine militärische Intervention erforderlich, bei der nach dem Beispiel des Baltikums bestellte »Hilferufe« als Grund der Besetzung gebraucht wurden.²⁴ In Berlin hatte man keine klare Konzeption von den Beziehungen Deutschlands zur Ukraine. Die Übereinstimmung ging nur so weit, dass die Ukraine als Rohstoffquelle zur Fortsetzung des Krieges auszunutzen sei, wobei jedoch völlig übertriebene Vorstellungen von der damaligen Produktionskapazität der Ukraine herrschten.²⁵ Als von Kühlmann im Sommer 1918 zurücktreten musste, war auch das letzte Hindernis auf dem Wege der »imperialistischen Illusionen« der 3. OHL aus dem Wege geräumt.²⁶

Das bedeutendste und gleichzeitig in seiner Auswirkung am weitesten gehende »Novum« in der vom 3. OHL diktatorisch geleiteten Ostpolitik war das Bestreben, das ganze Russland — und nicht nur seine westlichen Randgebiete — für dauernd von Deutschland abhängig zu machen. Die Russland als wirtschaftliches Hinterland Deutschlands sehende »Ostraum-Konzeption« verdrängt jetzt Bethmann-Hollwegs Mitteleuropa-Plan. Das Entstehen dieser neuen Konzeption muss vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gesehen werden, vor allem der Hungerblockade der Alliierten und der kriegstechnischen Entwicklung. Das deutsche Ostimperium schien die Berücksichtigung sowohl der wirtschaftlichen Autarkie als der strategischen Sicherheitsbedürfnisse in den Massstäben zu

²² Ibid. S. 271.

²³ Baumgart S. 27.

²⁴ Fischer 1964, S. 714—715.

²⁵ Baumgart S. 119.

²⁶ Hans Herzfeld S. 242—243. Herzfeld meint, dass besonders die Ludendorffsche »Ukraine-, Krim- und Kaukasienpolitik« dem nationalsozialistischen »Amoklauf« deutlich analog sei.

ermöglichen, wie sie mögliche künftige Grossmachtkriege erfordern würden.²⁷ Mit deutsch-russischen, am 27. 8. 1918 unterzeichneten »Zusatzverträgen» wurde die wirtschaftliche Abhängigkeit dieses »Rest-Russlands» von Deutschland auch vertraglich besiegelt. Im selben Vertrag bestätigte die Sowjetregierung endgültig, dass Estland und Livland aus dem staatlichen Zusammenhang mit Russland ausgeschieden seien.²⁸

Gerade in Richtung des Baltikums hielt die deutsche Politik am zähesten an den Zielen der Annexionspolitik fest, die allerdings verkleidet waren in mit scheinbar autonomen Staaten zu schliessende Bündnisverträge; der Anschluss an Deutschland war darin jedoch immer die »*conditio sine qua non*».²⁹

Die Zeit des Interregnums im Baltikum 1917—1920

Die innere Entwicklung im Baltikum war im Jahre 1917 in Richtung einer immer deutlicheren Differenzierung verlaufen. Nach der russischen Märzrevolution hatte die provisorische Regierung am 12. 4. 1917 die alte historische Einteilung in Gouvernements aufgehoben und das Baltikum auf nationaler Grundlage in eine estnische und lettische Provinz aufgeteilt. Beiden Verwaltungsbezirken wurde die örtliche Selbstverwaltung zugestanden sowie das Recht auf demokratisch gewählte Landtage. Nach den Wahlen im Frühjahr traten die Landtage in beiden Provinzen im Sommer 1917 zusammen und wählten für die Aufgaben der Selbstverwaltung besondere Regierungen. Die Baltendeutschen ihrerseits bemühten sich um eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland. Gleichzeitig ergriff die estnische und lettische Arbeiterschaft weithin Partei für die Bolschewiken. Nach der Oktoberrevolution hatten die Bolschewiken besondere Revolutionskomitees für beide Gouvernements gegründet. Gestützt auf russische Truppenverbände begannen die revolutionären Kreise die schon gegründeten nationalen Selbstverwaltungsorgane aufzulösen und die nationalen Führer der Esten und Letten zu verhaften.³⁰ Der estnische Landtag hatte nach der Oktoberrevolution die Unabhängigkeit Estlands von Russland verkündet und sich gleichzeitig zum Träger der höchsten Gewalt erklärt. Der Landtag übertrug jedoch die Ausübung der höchsten Gewalt vorläufig einem aus Vertre-

²⁷ Hillgruber 1967, S. 62—65.

²⁸ Ibid. S. 66; Wheeler-Bennett S. 344—347; Fischer 1964, S. 759.

²⁹ Fischer 1964, S. 809; Linde S. 92. Was Kurland betrifft, so bekräftigt die Untersuchung von Hans-Erich Volkmann von neuem diese Fischerische These. Dagegen beweist er, dass der Nachfolger Kühlmanns Admiral v. Hintze die Absicht hatte, eine Verbindung zwischen Livland, Estland und dem Reich zu verhindern. Hans-Erich Volkmann, Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Köln 1970. S. 178—205.

³⁰ Vilho Niitemaa, Baltian historia. Porvoo 1959. S. 338—341.

tern der verschiedenen Parteien zusammengesetzten Älterenrat. Nach dem Abzug der Bolschewiken, aber noch vor dem Eintreffen der Deutschen, rief der Älterenrat am 24. 2. 1918 Estland als selbständige demokratische Republik aus. Zur Weiterbetreibung des Selbständigkeitsvorhabens wurde ein Dreimannkomitee gewählt, an dessen Spitze Konstantin Päts stand.³¹ In Lettland hatte der von den livländischen Letten gewählte Landtag schon im August 1917 für das lettische Volk das volle Selbstbestimmungsrecht gefordert. Dieselbe Erklärung veröffentlichten die Letten erneut im Januar 1918. Die Erklärung hatte zunächst fast nur symbolische Bedeutung, weil die eigentliche Gewalt in dem unbesetzten Teil Lettlands von der Bolschewikenregierung ausgeübt wurde. Im folgenden Monat, nach dem vorübergehenden Abbruch der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk, besetzten die Deutschen auch den Rest des Baltikums.³²

Die deutsche Besatzungsmacht vertrieb jetzt aus Estland und Lettland die von den Bolschewiken gegründeten Revolutionskomitees. Die bürgerlichen Kräfte dieser Gebiete, die eine Loslösung von Russland, aber auch die Selbständigkeit unterstützten, wurden in keiner Weise berücksichtigt. Den Wünschen der einheimischen Bevölkerung wurde auch auf anderen Gebieten des Lebens nicht zu viel Beachtung geschenkt. Als die Universität Dorpat im Herbst 1918 als rein deutsche Universität ihre Türen öffnete, wurde das auf estnischer Seite als direkte Beleidigung empfunden.³³ Deshalb begannen die bürgerlichen Kreise Estlands und Lettlands mehr als bisher Unterstützung bei der Entente zu suchen. Um zu verhindern, dass die Deutschen alle ihre Kräfte im Westen konzentrieren, und um die mit der russischen Oktoberrevolution zusammengebrochene Ostfront wieder aufzurichten, waren die Ententestaaten bereit, alle antideutschen und den Westmächten günstig gesinnte Elemente zu ermutigen. Besondere Unterstützung für ihre Selbständigkeitsbestrebungen erhielten die baltischen Völker von England, während Frankreich sehr lange an der grossrussischen Konzeption festhielt. Das Interesse Englands am Baltikum war sehr stark wirtschaftlich motiviert. England trieb regen Handel mit den Seeprovinzen des Baltikums und hatte in dem Gebiet ausserdem ziemlich viel investiert. Man konnte also mit Recht annehmen, dass die Verselbständigung der Baltischen Länder sie unter diesen Umständen zu noch engeren Beziehungen mit England geführt hätte. Auf der anderen Seite wurde die Unterstützung der Selbständigkeitsbestrebungen der Baltischen Länder durch die Furcht gedämpft, dass auf diese Weise gleichzeitig die reaktionären deutschen und russischen Kräfte zur Zusammenarbeit ermutigt werden könnten.³⁴

³¹ Ibid. S. 343.

³² Basler S. 317—318; Georg v. Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. Stuttgart 1970. S. 31—42.

³³ v. Rauch S. 48.

³⁴ Richard H. Ullman, Anglo-Soviet Relations 1917—1921. Vol.II. Princeton

Nachdem Deutschland mit den Westmächten den Waffenstillstand im November 1918 unterzeichnete, der gleichzeitig den Frieden von Brest annullierte, forderten die baltischen Provinzen erneut die Anerkennung ihrer Selbständigkeit. Estland, Lettland und Litauen erhielten ihre eigenen provisorischen Regierungen unter Konstantin Päts, Karlis Ulmanis und Augustin Voldemaras. Es war die schwierige Aufgabe dieser provisorischen Regierungen zu versuchen, die eigene Stellung zu festigen und gleichzeitig die Anerkennung der ausländischen Mächte für die Selbständigkeit des Landes zu gewinnen. Die unmittelbarste Gefahr für die gerade gebildeten baltischen Staaten stellte der vordringende Bolschewismus dar. Nachdem die Sowjetregierung erklärt hatte, dass sie nicht mehr an die Bestimmungen des Friedens von Brest-Litovsk gebunden sei, begann die Rote Armee dicht hinter den sich zurückziehenden Deutschen vorzurücken. Gleichzeitig wurde für jeden baltischen Staat eine eigene Sowjetregierung gebildet. Die Ententemächte hatten allerdings im voraus versucht, eine derartige Ereignisfolge ebenso wie die Entstehung eines militärischen Vakuums zu verhindern, indem sie in ihren Waffenstillstandsvertrag einen Artikel aufgenommen hatten, in dem gefordert wurde, dass die deutschen Truppen weiterhin in dem früheren russischen Gebiet blieben, bis die Siegermächte der Ansicht wären, der richtige Zeitpunkt für ihren Abzug sei gekommen.³⁵ Die kriegsmüden deutschen Truppen verspürten jedoch keine besondere Lust, als »Schutzwall« gegen den Bolschewismus zu fungieren. Die Bolschewiken besetzten denn auch bald das ganze östliche Estland, und Lettland kam in den ersten Monaten des Jahres 1919 zum grössten Teil in ihre Gewalt. Nach dem Fall Rīgas war Ulmanis mit seiner Regierung gezwungen, an die kurländische Küste nach Libau zu fliehen; bei der Verteidigung der Brückenkopfstellung um Libau war die provisorische Regierung völlig von der Unterstützung der Deutschen abhängig.³⁶ In Litauen drangen die Bolschewiken sowohl von Kurland als auch vom Osten her ein, so dass auch hier die Hälfte des Landes unter ihre Gewalt geriet.³⁷

Um sich wenigstens irgendwelche Truppen zu sichern, hatte die Regierung Ulmanis schon im Dezember des vorhergehenden Jahres mit dem Bevollmächtigten der Regierung der Deutschen Republik August Winnig einen Vertrag geschlossen, in dem zugesichert wurde, dass alle Deutschen, die wenigstens vier Wochen an den Kämpfen gegen die Bolschewiken teilgenommen hatten, auf Antrag die lettischen Staatsbürgerrechte erhielten. Der

1968. S. 53—55; Edgar Anderson, *The British Policy toward the Baltic States 1918—1920*. *Journal for Central European Affairs* 1959/19 S. 276.

³⁵ Stanley W. Page, *The Formation of the Baltic States*. Cambridge/Mass. 1959. S. 113; Andersson S. 277—278.

³⁶ Ullman, S. 57—58.

³⁷ v. Rauch S. 51—52.

Vertrag³⁸ sollte nach Winnig gleichzeitig das Recht der Deutschen auf Bodenerwerb sichern. Der Vertrag wurde dazu benutzt, in Deutschland Freiwillige zum Kampf gegen den Bolschewismus zu werben.³⁹ Anfang Februar 1919 traf Rüdiger von der Goltz ein, um die deutschen Truppen zu organisieren und zu führen. Die Periode der deutsch-lettischen Zusammenarbeit dauerte nur wenige Monate. Im April wurde in Libau ein von den Balten-deutschen inspirierter Putsch unternommen, der natürlich unmöglich gewesen wäre, wenn von der Goltz nicht ihn indirekt unterstützt hätte. Ulmanis musste auf die englischen Kriegsschiffe fliehen, und es wurde eine deutschfreundliche Regierung eingesetzt.⁴⁰ Nachdem bei den deutsch-lettischen Truppen, die die Brückenkopfstellung von Libau verteidigten, v.d. Goltz Disziplin und Ordnung wiederhergestellt hatte und nachdem aus Deutschland freiwillige Verstärkungen gekommen waren, konnte er zur Offensive übergehen, die im Mai 1919 zur Rückeroberung Rigas führte.⁴¹ Von der Goltz verfolgte das Ziel, dem Bolschewismus einen gründlichen Schlag zu versetzen, das Fortdauern der traditionellen deutschen Vorherrschaft im Baltikum zu sichern und Land für die deutsche Besiedlung sicherzustellen. Letztlich wollte er nach Petersburg marschieren, die dortige Bolschewikenregierung durch eine deutschfreundliche bürgerliche Regierung ersetzen und danach eine Überprüfung des Friedens von Versailles fordern.⁴² Für seine Truppen waren Freiwillige geworben worden, indem man ihnen entweder Grund und Boden in Kurland oder Stellen bei der Reichswehr versprochen hatte. Nach dem im Juni 1919 geschlossenen Friedensvertrag von Versailles war die Einlösung beider Versprechungen nicht mehr möglich. Der Friedensvertrag gab der Regierung Ulmanis einen als rechtens zu betrachtenden Grund, den mit Winnig geschlossenen Vertrag rückgängig zu machen.⁴³

Die deutschen Soldaten, die sich hintergangen fühlten, waren heimatlos geworden: In ihr Heimatland wollten sie nicht zurückkehren und von Lettland wiederum wurden sie ausgesperrt. Die Zusammenarbeit mit den weissen Russen war jetzt die letzte Möglichkeit der Deutschen, eine aktive Baltikum-Politik zu betreiben. Unter der antibolschewistischen Flagge war

³⁸ In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, dass die nationalsozialistische Fraktion in einer Anfrage vom 27. 11. 1930 an die Regierung auf den obigen Vertrag von Winnig hinwies. Frick, Kasche u.a. fragten damals die Regierung, ob sie bereit sei Massnahmen zu ergreifen »zur Wiederherstellung des seinerzeit vertraglich zugesicherten Ansiedlungsrechtes«, wozu die Fragesteller Möglichkeiten sahen »ohne betonte Feindlichkeit« gegen Lettland. Verhandlungen des Reichstages. V Wahlperiode 1930. Bd. 448. Berlin 1932 N:o 312.

³⁹ Page S. 122—123.

⁴⁰ Rüdiger von der Goltz, *Meine Sendung in Finnland und im Baltikum*. Leipzig 1920. S. 179—181.

⁴¹ Niitemaa S. 347.

⁴² v.d. Goltz S. 127, 190—191.

⁴³ Page S. 155—156; v.d. Goltz S. 234.

v.d. Goltz bereit zu einem Vertrag, um Deutschland Siedlungsland zu verschaffen. Auf seine Veranlassung wurde Anfang August 1919 in grosser Eile eine Regierung Westrusslands organisiert, und gleichzeitig begann man, eine deutsch-russische Armee aufzustellen. In Ermangelung eines besseren machte v.d. Goltz den russischen Abenteurer und Germanophilen Oberst P. M. Bermond-Avalov zum Oberbefehlshaber dieser Armee. Die Letten verlangten die schnelle Evakuierung der Deutschen, und deshalb wollte Bermondt zuerst sich den Rücken freimachen und mit der Regierung Ulmanis abrechnen. Die Letten, denen eine englischer Flottenverband Feuer-schutz gab, bereiteten jedoch im Oktober diesem deutsch-russischen Gemeinschaftsunternehmen eine endgültige Niederlage.⁴⁴ Bermondt musste sich nach Litauen zurückziehen, von wo er noch im selben Jahre nach Ostpreussen ausgewiesen wurde.⁴⁵

Den Esten war es mit Hilfe finnischer Freiwilliger, eines englischen Flottenverbandes und weisser Russen gelungen, die Bolschewiken bis Ende Februar 1919 aus Estland zu vertreiben. Bis Ende des Sommers 1919 wurden die Bolschewiken auch aus Litauen vertrieben.⁴⁶

Mit Estland als Etappe begann die von General Judenitsch geführte Nordwestarmee Ende September 1919 einen Angriff auf Petersburg. Judenitsch hatte ebenso wenig Glück wie auch die anderen weissen Generale; nachdem er zwar am Anfang beachtliche Erfolge hatte, erlitt er doch Ende des Jahres vor den Toren Petersburgs eine entscheidende Niederlage. Diese Niederlage war zum Teil eine Folge davon, dass die Regierungen von Estland und Lettland dem Unternehmen schliesslich ihre Unterstützung versagten. Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1919 hatten die Esten Judenitsch geholfen, aber dann hatte die Parole der weissen Russen »Russland ist einzig und unteilbar« sie misstrauisch gemacht. Die Sowjetregierung schlug am 31. 8. 1919 Estland und wenig später auch Lettland und Litauen einen Friedensschluss vor. Die englischen Gesandtschaften in Reval und Riga empfahlen, dass Estland und Lettland keine Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung aufnähme, aber andererseits war die englische Regierung nicht bereit, den Baltischen Staaten sichere Garantien für die de jure-Anerkennung und die Gewährung materieller Hilfe zu geben; die hatten aber ihre Beteiligung an der Intervention von der Erfüllung dieser Bedingungen abhängig gemacht. Die logische Folge war, dass die Regierungen von Estland, Lettland und Litauen beschlossen, Friedensverhandlungen mit Sowjetrussland aufzunehmen, weil dessen Angebot real wertvoller schien als die unbestimmten Versprechungen der Entente und der weissen Russen.⁴⁷ Nach

⁴⁴ Ullman S. 267—258; v.d. Goltz S. 266; Page S. 163—164.

⁴⁵ v. Rauch S. 66.

⁴⁶ Ibid. S. 53—54; Page S. 128—129.

⁴⁷ Ullman S. 273—284; Page S. 179—180.

den Niederlagen der weissen Russen im Herbst 1919 hatten auch die Ententestaaten keinen Grund mehr, sich der Selbständigkeit der Baltischen Staaten zu widersetzen, und die im folgenden Jahr geschlossenen Friedensverträge zwischen den Randstaaten und Sowjetrussland bedeuten die Schaffung der unter dem Namen Cordon sanitaire bekannten Zone selbständiger Staaten zwischen dem bolschewistischen Russland und dem übrigen Europa.⁴⁸

Estland, Lettland und Litauen — 20 Jahre Selbständigkeit

Die veränderten Kräfteverhältnisse der Grossmächte infolge der Niederlage Deutschlands und der russischen Revolution hatten die endgültigen Voraussetzungen für die Selbständigkeit der baltischen Staaten geschaffen. Von entscheidender Bedeutung war dabei die Politik Englands gewesen, für das die Unterdrückung des Bolschewismus allmählich zu einem zweitrangigen Ziel wurde neben der bleibenden Schwächung Russlands durch die Verselbständigung der Randstaaten.⁴⁹

In allen baltischen Staaten musste die eingeführte verfassungsmässige Demokratie nach westeuropäischem Vorbild später einem autoritären System weichen. Zuerst wurde dieser Weg in Litauen beschritten, wo die Offizierskreise im Dezember 1926 einen Militärputsch unternahmen. Der Führer der nationalistischen Tautininkai-Partei, Antanas Smetona, der seit 1920 Präsident war, behauptete bei dem Übergang von der parlamentarischen Demokratie zu einer Art von »gelenkten Demokratie« seine Stellung. An der Spitze der aus Christdemokraten und Vertretern der Tautininkai-Partei zusammengesetzten Regierung stand Prof. Voldemaras. Später bildete Voldemaras seine eigene radikale Fraktion, die aussenpolitisch eine sehr deutschfreundliche Linie verfolgte. Nachdem sich die Christdemokraten aus der Regierung zurückgezogen hatten, begann die Alleinherrschaft der Tautininkai, die bis zum Jahre 1939 dauerte. Die Anhänger des im Jahre 1929 gestürzten Voldemaras, die hauptsächlich unter den jüngeren Offizieren und den Studenten zu finden waren, unternahmen 1934 einen misslungenen Umsturzversuch.⁵⁰ Die Anhänger Voldemaras' kann man wohl mit Recht litauische Faschisten nennen. Wenigstens seit Anfang des Jahres 1938 hatten sie mehrmals durch Vermittlung von Agenten der deutschen Abwehr Geld und Waffen u.a. zur Durchführung von Judenpogromen erbeten, und

⁴⁸ Andersson S. 287—288.

⁴⁹ Jürgen von Hehn, Die Entstehung der Staaten Lettland und Estland. Forschungen zur osteuropäischen Geschichte Bd. 4 Wiesbaden 1956. S. 166—167, 209.

⁵⁰ Martin Broszat, Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen. Vjh. Zgsh. 1966 S. 232; von Rauch S. 106—107.

geringe finanzielle Unterstützung hatten sie dabei auch bekommen.⁵¹ Gerade der Antisemitismus gehörte untrennbar zum ideologischen Wesen der Tautininkai-Partei und der Anhänger Voldemaras' — wie auch so vieler anderer extremer Gruppen in Osteuropa.⁵² In Estland entwickelte sich die nach faschistischen und nationalsozialistischen Vorbildern organisierte Freiheitskämpferbewegung Anfang der 1930er Jahre unter der Führung des Generals Anders Larka und des Rechtsanwalts Artur Sirk zu einem bedeutenden politischen Faktor, zu dessen programmatischen Forderungen u.a. der Kampf gegen das Parteiwesen, den Marxismus und das Judentum gehörte. Die erste politische Aktion dieses Freiheitskämpferbundes war erfolgreich: In einer 1933 durchgeführten Volksabstimmung wurde die von ihnen geforderte Änderung des Grundgesetzes angenommen, die dem Staatsoberhaupt weitgehende Vollmachten gab. Der Freiheitskämpferbund hatte besonders im Bereich der Mittelklasse, der Arbeitslosen und des Landarbeiterproletariats Anhänger. Ebenso hatte er unverkennbar gute Beziehungen zu der »nationalsozialistischen Reformbewegung« in der deutschen Minderheit. Die Regierung Konstantin Päts, die einen Putsch von rechts fürchtete, verkündete am 12. 3. 1934 den Ausnahmezustand, der gegen die »die öffentliche Ordnung gefährdende Tätigkeit« der Freiheitskämpfer gerichtet war. Die Parteien wurden verboten, und es wurde eine neue vaterländische Einheitsfront (Isamaa Liit) geschaffen, hinter die man »alle die Gesellschaft erhaltenden Kräfte« zu bringen versuchte. Die Freiheitskämpfer unternahmen noch im Dezember 1935 einen erfolglosen Putschversuch.⁵³ Zu den Freiheitskämpfern gehörte auch der dann während der deutschen Besetzung bekannt gewordene Dr. Hjalmar Mäe,⁵⁴ der nach seinen eigenen Worten von dem letzten Vorsitzenden des Freiheitskämpferbundes, General Larka, »allgemeine Vollmachten zur Fortsetzung der politischen Bestrebungen des Bundes« erhalten hatte. Zu diesem Zweck hatte er in regelmässiger Verbindung mit Dr. Kleist⁵⁵ in der Dienststelle

⁵¹ Im Frühjahr 1939 wurde im engeren Kreis der zu Voldemaras' Anhängern Gehörenden sogar die Gründung einer unterirdischen nationalsozialistischen Partei Litauens geplant. Heydrich and Ribbentrop 29. 6. 1939. NG-4041.

⁵² Broszat 1966, S. 237.

⁵³ Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Bd. 4. München 1966. S. 236—237; Niitemaa S. 356; Broszat 1966. S. 233.

⁵⁴ Hjalmar Mäe, geb. 24. 10. 1901 in Estland, studierte in Berlin, Wien und Innsbruck, wo er den Dokortitel in zwei Fakultäten erwarb (Dr.phil. 1928 und Dr.rer.pol. 1930), war dann als Kommunalpolitiker in Nõmme nahe bei Reval tätig, konnte dank seiner Frau, die eine geborene Deutsche war, 1940 bei der Evakuierung der Deutschen Estlands nach Deutschland übersiedeln. Während der deutschen Besetzung an der Spitze der einheimischen Verwaltung. Lebt heute in Österreich.

⁵⁵ Peter Kleist, geb. 1904 in Marienburg, 1936 Referent für polnische und

Ribbentrop gestanden und 1938 diesem Amt Pläne für den Fall vorgeschlagen, dass »die Bewegung in Estland an die Macht käme«. Mäes Plan setzte in diesem Fall eine mit Deutschland gemeinsame Armee und Aussenpolitik voraus sowie eine Zoll- und Währungsunion.⁵⁶

Ebenso wie in Estland waren auch in Lettland für das politische Leben der 1920er Jahre schwache und kurzfristige Regierungen typisch. Die Wirtschaftskrise spielte dem agrarischen Lettland übel mit, was die politische Krise weiter vertiefte. Auf bürgerlicher Seite begann man immer allgemeiner eine Änderung der Verfassung oder wenigstens des Wahlgesetzes zu fordern, weil das gültige Wahlgesetz zu viele Parteien erzeugte. Von den rechtsradikalen Gruppen war die wichtigste die Perkonkrusts-Bewegung (Donnerkreuz; ursprünglich Ugunkrusts, Feuerkreuz). Trotz vieler die Bewegung mit dem Nationalsozialismus und dem Faschismus verbindender politischer und ideologischer Übereinstimmungen, zu denen u.a. der Kampf »gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden und Freimaurer« zu rechnen ist, war ihr eigentliches Ziel doch die Emanzipation von allen fremden Einflüssen. Die Donnerkreuzler kämpften unter der Führung Gustavs Celmiņš⁵⁷ für eine lettische Einheitskultur, was zugleich eine offene Herausforderung für die nationalen Minderheiten bedeutete — die Deutschen darin eingeschlossen. Weiter wurde gefordert, dass die Verfassung von 1929 durch ein auf dem Führerprinzip beruhendes System ersetzt und das Parlament auf eine korporative Grundlage gestellt werde. Die Machtübernahme Hitlers in Deutschland verfolgten die Donnerkreuzler genau so besorgt wie auch die anderen lettischen Parteien. Die Donnerkreuzler — anders als die Freiheitskämpfer in Estland — lassen sich nicht als eine besonders prodeutsche Gruppe betrachten. Die hauptsächliche Anhängerschaft der Bewegung konzentriert sich auf die jungen lettischen Gebildeten und besonders auf die Studenten. Auch auf bürgerlicher Seite begegnete man den Donnerkreuzlern und anderen entsprechenden rechtsradikalen

baltische Angelegenheiten in der Dienststelle Ribbentrop, wurde 1941 ins Ostministerium versetzt, wo er Leiter der Ostland-Abteilung war.

⁵⁶ Wrangels Memorandum über sein Gespräch mit Mäe am 25. 6. 1941, AA: Pol. Abt. XIII 23: 60—62. Vgl. Rosenbergs Tagebucheintragung vom Mai 1939, in der er erwähnt, dass einige Freiheitskämpferkreise »in Anerkennung eines 700-jährigen Schicksals« das Deutsche Reich gebeten hätten, das estnische Volk in Form eines Protektorats unter seinen Schutz zu nehmen. Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40. Göttingen 1956. S. 67—68.

⁵⁷ Gustavs Celmiņš, geb. 1899 in Riga, nahm am Freiheitskrieg der Jahre 1918/20 teil, studierte auf der Universität Riga und diente danach im Finanzministerium, Führer der Donnerkreuzler 1930—1934, wurde von der Regierung Ulmanis später aus Lettland ausgewiesen, kehrte 1941 zurück, beteiligte sich, nachdem er von der deutschen Besatzungsverwaltung enttäuscht worden war, an der lettischen Widerstandsbewegung, wurde im Frühjahr 1944 von der Gestapo verhaftet und in ein Konzentrationslager nach Deutschland gebracht, wo er 1945 befreit wurde. Siedelte 1950 in die Vereinigten Staaten über.

Organisationen mit Misstrauen, aber die Regierung verfügte über keine genügend wirkungsvollen Mittel, um deren Tätigkeit zu unterdrücken. In Anbetracht der parlamentarischen Kräfteverhältnisse schien es auch unsicher, ob ein Vorschlag zur Reform der Verfassung durchgehen würde. In dieser Situation unternahm der zur stärksten Regierungspartei, dem Bauernbund, gehörende Ministerpräsident Karlis Ulmanis mit Unterstützung der Armee am 15.—16. 5. 1934 einen Staatsstreich nach estnischem Vorbild, was zur Auflösung der politischen Parteien führte. Wegen der inneren Meinungsverschiedenheiten der Regierung kam keine neue Regierungsform zustande, so dass das autoritäre Regierungssystem in Lettland ohne eigentliche Legalisierung blieb.⁵⁸

In allen drei Baltischen Republiken wurde in den 1920er Jahren eine Bodenreform durchgeführt, die ausser den sozialpolitischen Zielen auch nationalen und innenpolitischen Bestrebungen diene. Im nationalpolitischen Sinne bedeutete die Bodenreform einen Schlag für die Deutschen in Estland und Lettland und für den polnischen Adel in Litauen. Innenpolitisch war es von Bedeutung, dass die Bodenreform die zuvor sehr dünne Schicht selbständiger Bauern verstärkte, die im politischen Leben der neuen Staaten einen stabilisierenden Faktor darstellen sollten.⁵⁹ Es zeigt die politische Bedeutung der Bauernparteien, dass zu ihnen viele der wichtigsten Politiker dieser Länder gehörten, wie z.B. Konstantin Päts und Karlis Ulmanis.

Für das Kulturleben war ein starkes Streben nach höherer Bildung kennzeichnend, was sich u.a. daraus ergibt, dass der prozentuale Anteil der Studenten an ihrer Altersklasse besonders in Estland und Lettland zu den höchsten in Europa gehörte. In der allgemeinen kulturellen Orientierung bedeutet die Entwicklung während der Zeit der Selbständigkeit den bewussten Anschluss an den angelsächsischen und französischen Kulturkreis und andererseits das Bestreben, den früher dominierenden deutschen Kultureinfluss zurückzudrängen. Im Bereich des Schulwesens wurde in Estland und Lettland das Englische zur ersten Fremdsprache gemacht, in Litauen dagegen das Französische.⁶⁰

Wie aus der Tabelle⁶¹ mit der Verteilung der Bevölkerung in nationale Gruppen hervorgeht, war die Bevölkerung Estlands in ihrer Nationalität verhältnismässig am einheitlichsten. Die Esten waren die überwiegende Mehrheit in allen Bezirken mit Ausnahme des Petschurgebietes südlich

⁵⁸ Jürgen von Hehn, *Lettland zwischen Demokratie und Diktatur*, München 1957. S. 15—62 passim.; Broszat 1966, S. 233.

⁵⁹ Niitemaa S. 359; v. Rauch S. 80—83.

⁶⁰ v. Rauch S. 113—118; die Artikel über Kulturpolitik in dem Werk *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*, Breslau 1938 III. S. 349 (Lettland). S. 386—387 (Litauen).

⁶¹ Siehe S. 293.

des Peipus-Sees, das 1920 an Estland gekommen war und wo etwa 40 000 Russen wohnten (ca. 64 % der Gesamtbevölkerung des Gebiets). In demselben Gebiet gab es etwa 18 000 Setukesen, die ihrer Nationalität nach zu den Esten gehören, aber dennoch eine eigene, sich deutlich unterscheidende Gruppe bilden.⁶² In Lettland hatte Riga ein sehr internationales Gepräge: in der Stadt gab es eine bedeutende deutsche, russische und jüdische Minderheit. In den Kreisen der östlichsten Provinz Lettgallen gab es eine bedeutende (20—40 %) russische Minderheit. In Litauen war die jüdische Minderheit weitgehend in den Städten konzentriert, wo sie im Wirtschaftsleben und in verschiedenen freien Berufen eine ausserordentlich grosse Bedeutung hatte. In Kaunas gab es nach Zählungen 1935 »22 nichtjüdische und 145 jüdische Rechtsanwälte, 294 nichtjüdische und 121 jüdische Ärzte sowie 68 nichtjüdische und 203 jüdische Zahnärzte«. Von den Studenten, die in die medizinische und in die juristische Fakultät aufgenommen wurden, waren etwa 20—30 % Juden.⁶³

Litauens Beziehungen zu Polen wurden von dem Streit um das Gebiet von Wilna gestört, das die Polen 1920 besetzt hatten, und bezüglich Deutschlands bildete eine ähnliche Belastung die Frage des Memelgebietes, das die Litauer ihrerseits im Januar 1923 besetzt hatten. Die lettisch-deutschen Beziehungen wiederum wurden durch die Kulturpolitik der lettischen Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten gestört. In den Beziehungen zwischen Estland und Deutschland dagegen traten keine besonderen störenden Faktoren auf. So war z.B. die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten in Estland auf direkt vorbildliche Weise geregelt.

Hitlers »Programm« und die Voraussetzungen seiner Verwirklichung

Die Grundlagen für seine Weltanschauung hatte sich Hitler schon während seiner »Lehrjahre« in Wien verschafft.⁶⁴ Er selbst betrachtete ausser einem betonten Nationalismus als in erster Linie dazu gehörig den Antisemitismus und den Antimarxismus. Schon in Wien war Hitler klar geworden, dass Judentum und Sozialdemokratie im Grunde dasselbe bedeuteten.⁶⁵ Als Hitler 1919—1920 in München als politischer Redner an die Öffentlichkeit trat, unterschied er sich in nichts Wesentlichem von jenen nationalistischen Agitatoren, die die Annullierung des Versailler Vertrages forderten,

⁶² Ostland in Zahlen. Riga 1942. S. 79; Niitemaa S. 353.

⁶³ H. Handrack, Das Judentum und der jüdische Einfluss in Litauen. Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums Bd. III. S. 389; Ostland in Zahlen S. 14, 117.

⁶⁴ Adolf Hitler, Mein Kampf. III. Aufl. München 1930. S. 137.

⁶⁵ Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Frankfurt a.M. 1965. S. 111.

die Grenzen von 1914 und die Rückgabe der Kolonien, ohne jedoch zeigen zu können, wie das möglich sei. Ein zentrales und sich ständig wiederholendes Thema in seinen Reden war jedoch die verderbliche Rolle des Judentums, die sich ihm anfangs allerdings nur im nationalen Massstab zeigte.⁶⁶ Hitler trat somit als Revisionist und Antisemit an die Öffentlichkeit, was im München der Nachkriegszeit wirklich keine ungewöhnliche Kombination war.

Mit aussenpolitischen Fragen kam Hitler richtig erst in Berührung, als er nach dem Kriege beschlossen hatte, »Politiker zu werden«.⁶⁷ Andererseits besteht eine ziemlich grosse Übereinstimmung darüber, dass sein aussenpolitisches Programm in allem Wesentlichen fertig war, als er in der Festung Landsberg die Rechenschaft über seine bisherige Tätigkeit niederschrieb.⁶⁸ Der Prozess des Umdenkens, während dessen sich Hitlers aussenpolitische Vorstellungen zusammen mit seinen rassenideologischen Vorstellungen zu einem an sich folgerichtigen System gestalten, fällt somit in die Jahre 1919—1923/1924. Zwar hat Hitler aussenpolitische Fragen ausführlich noch in seinem 1928 geschriebenen, aber dann unveröffentlicht gebliebenen »Zweiten Buch«⁶⁹ behandelt, aber etwas wesentlich Neues bringt das nicht mehr. Auf die »Ideologisierung« des politischen Denkens Hitlers wirkte ganz entscheidend ein, dass er durch Alfred Rosenberg und russische Emigranten »Die Protokolle der Weisen Zions« kennenlernte. Hitler hat bekanntlich diese Protokolle ernst genommen, nach denen die Juden eine weltweite Verschwörung organisiert hätten, um die Weltherrschaft zu erlangen und die anderen Völker zu versklaven. Hitler kam mit Hilfe der Protokolle zu der Überzeugung, dass das Judentum hinter der bolschewistischen Revolution gestanden habe.⁷⁰ Hitler erfand immer neue Zeichen für den verderblichen Einfluss des internationalen Judentums: »Jüdisch waren die Revolution von 1918 und die ganze Republik... jüdisch schliesslich Demokratie, Parlament, Majorität und Völkerbund.« Der Jude nimmt als Feind universale Ausmasse an, und Hitler macht es zu seiner missionarischen

⁶⁶ Fritz Dickmann, *Machtwille und Ideologie in Hitlers aussenpolitischen Zielsetzungen vor 1933*, Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach zum 10. April 1964. S. 935, Reginald H. Phelps, *Hitler als Parteiredner im Jahre 1920*, Vjh. Zgsch. 1963. S. 283, 288.

⁶⁷ *Mein Kampf* S. 225.

⁶⁸ Z.B. Dickmann S. 938. Vgl. in diesem Zusammenhang Wolfgang Horn, *Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924*. Vjh. Zgsch. 1968. S. 280—294. Horn glaubt aus diesem Artikel von Hitler schliessen zu können, dass dessen Programm praktisch gesehen schon fertig war, bevor er in die Festung Landsberg kam.

⁶⁹ *Hitlers Zweites Buch*. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961.

⁷⁰ Maser S. 184—185; Dickmann S. 939.

Aufgabe, alle Erscheinungsformen des Judentums zu bekämpfen.⁷¹ Als Soldat des Ersten Weltkrieges verstand Hitler völlig die Ausweglosigkeit der deutschen Lage, sofern Deutschland gleichzeitig an zwei Fronten gegen das kontinentale Russland und die angelsächsischen Seemächte zu kämpfen hatte. Hitler schob die Schuld, dass man in eine solche Sackgasse geraten war, der unglücklichen Bündnispolitik des wilhelminischen Deutschland zu, die wieder eine Folge des Wunsches war, gleichzeitig als bedeutende Handels-, Kolonial- und Kontinentalmacht aufzutreten.⁷² In einem im April 1924 erschienenen Zeitschriftenartikel konkretisiert Hitler den Inhalt dieser sich anbietenden Alternativen wie folgt: »Aussenpolitisch hatte dabei Deutschland zu wählen: entweder man entschloss sich unter Verzicht auf Überindustrialisierung usw., Bauernland zu gewinnen; dann mussten die deutschen Regierungen erkennen, dass dies nur im Bunde mit England gegen Russland zu erreichen war; oder man wollte Seemacht und Welt-handel, dann konnte aber auch nur ein Bündnis mit Russland gegen England in Frage kommen« ... Aus dem Stil der Argumentation Hitlers lässt sich der Schluss ziehen, dass nach seiner Meinung die Wahl auf die Stärkung der kontinentalen Stellung Deutschlands hätte fallen müssen. Dann ist die Vermutung nicht mehr weit, dass sich hier die Wahl »mit England gegen Russland« nicht nur auf die Zeit vor dem Kriege beschränkt habe, sondern dass in diesem Artikel »in nuce« Hitlers Lehre vom Lebensraum zu sehen sei. Bei deren Entstehung handelte es sich um einen langwierigen Prozess des Verschmelzens von Einflüssen aus vielen Richtungen:⁷³ Neues Siedlungsland hatte man schon während des Ersten Weltkrieges im Osten gesucht, die Vorstellung von der Minderwertigkeit der slawischen Rasse gegenüber der germanischen war bei Hitler schon ein Erbe der Wiener Zeit. Die aufgrund der »Protokolle der Weisen von Zion« gewonnene Auffassung von der Identität des Judentums und des Bolschewismus und die offensichtliche Befestigung dieser jüdisch-bolschewistischen Herrschaft in Russland machten dieses als Bündnispartner unmöglich, und schliesslich liessen sich zur Unterstützung der östlichen Expansionsrichtung geopolitische Argumente anführen.⁷⁴ Die Ergebnisse des Vereinigungsprozesses seines rassenideologischen und raumpolitischen Denkens hat Hitler dann in seinem Programm in »Mein Kampf« niedergeschrieben. Im zweiten Band von »Mein Kampf« schrieb Hitler die bekannten und oft zitierten Worte: »Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und ihm untertanen Randstaaten den-

⁷¹ Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Tübingen 1969, S. 65—67 Dickmann, S. 939.

⁷² Mein Kampf S. 151; Hitlers Zweites Buch S. 100—103.

⁷³ Horn passim.

⁷⁴ Vgl. Horn S. 293, wo dieser entgegen der üblichen Auffassung nachweist, dass Hitler Karl Haushofer schon 1922 gut gekannt habe.

ken».⁷⁵ Die bolschewistische Revolution schien Hitler deshalb »ein Fingerzeig des Schicksals«, der den Weg zum Verfolgen einer nationalsozialistischen Bodenpolitik öffnete. Die Revolution hatte in Russland das jüdische Element an die Herrschaft gebracht, das die germanische Oberschicht, die früher das Land beherrschte, vernichtet hatte. Das Judentum konnte jedoch nach Hitlers Auffassung nicht als stabilisierender Faktor fungieren, sondern nur als »Gärstoff der Zerfalls«. Hitler glaubte, dass das Ende der jüdischen Herrschaft in Russland gleichzeitig das Ende Russlands als Staat bedeute, weil die Slawen »überhaupt keinerlei organisatorische Begabung« hätten und somit auch keine Voraussetzungen zur Bildung eines eigenen Staates.⁷⁶ Bevor Deutschland jedoch zur Verwirklichung der von Hitler entworfenen Bodenpolitik übergehen könnte, war es notwendig, die feindselige Koalition der Siegermächte zu zerbrechen. Frankreich könnte man zwar immer zu den Feinden Deutschlands rechnen, aber Hitler glaubte nicht, dass die Interessen Englands und Italiens mit der nach Osten gerichteten Expansion Deutschlands in Widerstreit geraten würden, wobei es Hitler allerdings klar war, dass niemand an einem Bündnis mit dem damaligen schwachen Weimarer Deutschland interessiert war. Das Vermeiden von Konflikten mit England — von dem Hitler irrtümlich annahm, dass es nur maritim interessiert sei — erforderte jedoch den Verzicht auf die Handels- und Kolonialpolitik der Zeit vor dem Kriege.⁷⁷ Erst nachdem es Deutschland gelungen wäre, die deutschfeindliche Front der europäischen Grossmächte aufzubrechen, würde die Aufrüstung möglich. Danach könnte man beginnen, die Auseinandersetzung mit Frankreich vorzubereiten, denn erst das Brechen der Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent würde es ermöglichen, die nächste vom Standpunkt des ganzen »Programms« sogar in zweierlei Hinsicht zentrale Phase in Angriff zu nehmen: die im Osten geschehende Lösung des deutschen Lebensraumproblems, die zugleich die physische Vernichtung der jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht enthielt, was dem Krieg einen »universalmissionarischen Charakter« gäbe.⁷⁸ Durch die deutliche Abstufung der aussenpolitischen Ziele glaubte Hitler die Entstehung einer solchen für Deutschland unglücklichen Machtkonstellation vermeiden

⁷⁵ Mein Kampf. S. 742. In seinem Zweiten Buch spezifizierte Hitler noch, dass dabei »die dünn besiedelten westlichen Randgebiete« Russlands in Frage kämen. Hitlers Zweites Buch S. 102. Der Glaube an die dünne Besiedlung des Baltikums war nicht nur für Hitler typisch. Z.B. von der Goltz spricht in seinen Memoiren von dem »dünn besiedelten« reichen Kurland, von der Goltz S. 220. Ohne Zweifel machte Kurland in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges einen sehr unbewohnten Eindruck, waren doch 70 % seiner Bevölkerung in die inneren Teile Russlands geflohen oder evakuiert worden. v. Rauch S. 32. .

⁷⁶ Mein Kampf S. 742—743; Hitlers Zweites Buch S. 158—159.

⁷⁷ Mein Kampf S. 700—701; Hitlers Zweites Buch S. 102, 163.

⁷⁸ Mein Kampf S. 755—757; Hitlers Zweites Buch S. 218; Jäckel S. 141. Zuletzt auch Axel Kuhn, Hitlers aussenpolitisches Programm Stuttgart 1970. S. 114.

zu können, in der alle europäischen Grossmächte gegen Deutschland verbündet wären. Die letzte aufgrund der Quellen konstruierbare Etappe in Hitlers aussenpolitischer Konzeption war die Weltmachtstellung Deutschlands, die ausser der deutschen Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent auch ein zusammenhängendes Kolonialgebiet in Mittelafrrika, Stützpunkte an den Weltmeeren und eine starke Flotte voraussetzte. Hinweise auf Ziele in dieser Richtung finden sich bei Hitler schon früh. In der Propaganda schieben sich die Forderungen nach Kolonien vom Jahre 1936 an in den Vordergrund und treten von Anfang 1939 an als konkrete Massnahmen in Erscheinung (Flottenprogramm). Dennoch wurden die für diese Phase erforderlichen Voraussetzungen — vor allem durch das Misslingen des Russlandfeldzuges — bekanntlich nicht erreicht.⁷⁹

Hitlers politisches Denken ist von einem primitiven Biologismus geprägt, der die menschliche Gesellschaft mehr oder weniger als biologischen Organismus sieht. Auf die historisch-politische Ebene übertragen bedeutet »der Kampf ums Dasein« in erster Linie Kampf um Raum, der die erste Voraussetzung für das Leben der Völker ist. Aussen- und Innenpolitik sind so voneinander abhängig, dass es nicht mehr möglich ist, von dem Primat der Aussenpolitik zu sprechen.⁸⁰ Aufgabe der Aussenpolitik eines nationalen Staates sei es, »ein gesundes und natürliches« Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl und ihrem Zuwachs und der Fläche des Staates zu schaffen. Hitler fügte noch hinzu, dass man als gesund in diesem Sinne nur einen solchen Boden betrachten könne, der dem Volk die Nahrungsmittelautarkie garantiere.⁸¹ Andererseits kann man als gesund nach Hitler nur eine solche Nation ansehen, deren Bevölkerungszahl zunimmt.⁸² Es ist deshalb die Aufgabe der Innenpolitik, durch eine richtige Bevölkerungs-, Rassen- und Gesundheitspolitik für die Erhaltung und Steigerung der Lebenskraft des Volkes zu sorgen. Eine starke Zunahme der Bevölkerung berechtigt dann wieder dazu, mehr Lebensraum zu fordern.⁸³ Darin ist Hitlers Dialektik der Geschichte enthalten: »Steigt die Volkszahl, dann wird der Raum zu eng, und es kommt zum Krieg um neuen Lebensraum; sinkt die Volkszahl aber oder bleibt sie konstant, dann werden die anderen stärker, und es kommt auch zum Krieg, in dem das schwächere Volk dann auch noch den Lebensraum verliert, den es hat.«⁸⁴ Die zweite unbedingte Voraussetzung für die nationale Souveränität — ausser der Nahrungsmit-

⁷⁹ Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie, Politik und Kriegsführung 1940—41*. Frankfurt am Main 1965. S. 23, 35, 147—148, 584. Vgl. dazu auch Klaus Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich*. München 1969. S. 772—775.

⁸⁰ Dickmann S. 917—918.

⁸¹ *Mein Kampf* S. 728.

⁸² *Hitlers Zweites Buch* S. 53.

⁸³ *Ibid.* S. 62.

⁸⁴ Jäckel S. 126.

telautarkie — bestand nach Hitler darin, dass die Fläche des Staates militärpolitisch gedacht genügend gross sei.⁸⁵ Zum beherrschenden Ziel wird dann das Streben nach völliger Autarkie, die es der Nation erlaubt, exklusiv nur sie selbst zu sein. In diesem Denken dominiert die unreale Vorstellung von dem Vakuum, das der Lebensraum der als rassistisch minderwertig betrachteten Völker für die an Bevölkerungszahl und Rassenwert lebenskräftigere Nation darstellt.⁸⁶

Aber wie sollte der deutsche Bevölkerungsüberschuss in den zur Beschaffung vorgesehenen neuen Lebensraum-Gebieten angesiedelt werden, die schon bewohnt waren? Hitler polemisierte schon in »Mein Kampf« gegen die falschen Vorstellungen, die über die Germanisierung herrschten. Da sich das »rassische Bluterbe« nicht durch Eindeutschung der Sprache ändern lasse, könne eine solche Germanisierung, wie sie u.a. in Österreich-Ungarn betrieben worden war, nur zu einer verderblichen Rassenmischung führen. Die Schlussfolgerung war, dass man erfolgreich nur den Boden germanisieren könne, niemals die Menschen.⁸⁷ Die »rassistisch fremden Elemente« wären entweder »abzukapseln«, damit nicht die rassistische Reinheit des Volkes gefährdet würde, oder sie müssten einfach mit geeigneten Methoden »entfernt« werden, wonach das frei werdende Land zur Ansiedlung deutscher Bevölkerung gebraucht werden könnte. Es war Hitler klar, dass ein »bürgerlich-nationaler Staat« niemals die Voraussetzungen zu einer solchen Rassen- und Nationalitätenpolitik hätte, vor allem »wegen der völligen Verständnislosigkeit«, mit der eine solche Aktion bei dem »sog. nationalen Bürgertum« aufgenommen würde.⁸⁸

In der Zeit zwischen seinem »Eintritt in die Politik« und der Landsberger Festungszeit nach dem misslungenen Putschversuch hatte Hitler einen geistigen Prozess durchgemacht, dessen Endergebnis ein politisches Programm war, dem man Originalität kaum abstreiten kann. Zweifellos hatte er sich in seinen aussenpolitischen Expansionszielen rein gebietsmässig und machtpolitisch weitgehend an die Grundgedanken der Konzepte über die Kriegsziele Deutschlands im Ersten Weltkrieg gehalten, wobei besonders die Ostraum-Politik des Jahres 1918 Vorbilder⁸⁹ für den Lebensraum-Imperialismus bot. Aber gleichzeitig hat er durch Verbindung dieser Elemente mit seinen rassenideologischen Schlussfolgerungen eine an sich konsequente

⁸⁵ Mein Kampf S. 722.

⁸⁶ Martin Broszat, Betrachtungen zu »Hitlers Zweites Buch«. Vjh. Zgsh. 1961 S. 424.

⁸⁷ Mein Kampf S. 428—430; Hitlers Zweites Buch S. 78—79.

⁸⁸ Hitler Zweites Buch S. 81—82.

⁸⁹ Es sei erwähnt, dass Hitler Ludendorff, den von einigen rechtsradikalen Kreisen in München geachteten Ratgeber, schon 1920 kennengelernt hatte. Über Ludendorffs Einfluss auf Hitler siehe genauer Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963. S. 400—401.

Synthese und ein Geschichtsbild geschaffen, das qualitativ auf einem anderen Niveau steht als die Kriegszielprogramme des ersten Weltkrieges, wenn es auch alle einzelnen Elemente seines Programms schon vor ihm gab.⁹⁰

Nach der Machtübernahme konnte Hitler daran gehen, die stufenweise Verwirklichung seines Programms vorzubereiten. Zur Stärkung seiner innenpolitischen Machtstellung war es für Hitler entscheidend wichtig, dass nicht alle Stufen seiner Politik vorzeitig bekannt würden. Die grosse Mehrheit des Volkes konnte denn auch während der ersten Etappen seiner Aussenpolitik sein Programm den »nationalen« Zielen gleichsetzen, die den alten imperialistischen Zielen zu entsprechen schienen.⁹¹ Aber erst die Entwicklung der »Führergewalt«-Institution sowie des ihr direkt untergeordneten — vom politischen Tätigkeitsbereich unabhängigen — Vollzugsapparates schuf die strukturellen Voraussetzungen für die Inangriffnahme solcher Aufgaben, die qualitativ die alten imperialistischen Ziele überschritten.

Zu einem von der Staatsverwaltung völlig unabhängigen wirkungsvollen Instrument der Vollzugsgewalt des Führers entwickelte sich die SS. Diese Führerexekutive ging nicht nach verwaltungsmässigen Rechtsprinzipien vor, sondern ihre Norm war allein der Wille des Führers. Dieser wurden alle eigentlichen politischen Aufgaben übertragen, die während Hitlers Zeit auf der Tagesordnung standen, besonders »die Sicherung der Macht, Bevölkerungspolitik, Besatzungspolitik, Verfolgung aller tatsächlichen und angeblichen Gegners des Regimes«. Der aus diesen Aufgabenbereichen verdrängten staatlichen Bürokratie blieben nur die rein technischen Routineaufgaben.⁹²

Hitler hat in seinen programmatischen Schriften der 1920er Jahre das Baltikum als potentielles Lebensraum-Gebiet Deutschlands betrachtet, und es deutet nichts darauf hin, dass sich seine politischen Fernziele in den 1930er Jahren in dieser Hinsicht irgendwie geändert hätten. In diesem Zusammenhang sei nur darauf hingewiesen, dass auch Hitlers Nationalpolitik in den 1930er Jahren mit seinen politischen Fernzielen in Übereinstimmung stand. Es war kennzeichnend für diese Nationalitätspolitik, dass man systematisch die Übersiedlung von Baltendeutschen nach Deutschland zu verhindern suchte, damit die »nationale Substanz« des Deutschtums im Baltikum nicht geschwächt würde.⁹³

⁹⁰ Hillgruber 1965, S. 565—567; Jäckel S. 158.

⁹¹ Hillgruber 1965, S. 567—568.

⁹² Hans Buchheim, SS und Polizei im NS-Staat. Bonn 1964. S. 9—11, 16—17.

⁹³ H. von Rimscha, Die Baltikumspolitik der Grossmächte. HZ. 1954. S. 287. Als Beispiel dafür noch das Schicksal eines Antrages auf die deutsche Staatsbürgerschaft: Hugo Wittrock (1941—1944 Stadtkommissar und Oberbürgermeister von Riga) war 1936 von Riga nach Königsberg übergesiedelt und hatte danach die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt, aber ihm wurde (1938) mitgeteilt, das

Exkurs: Alfred Rosenberg — ein verspäteter Dekompositionspolitiker

Wenn auch Hitlers Gedanken die Richtlinien des nationalsozialistischen Ostprogramms bestimmen sollten, besteht dennoch kein Grund, Alfred Rosenberg zu übergehen, der Hitler in dessen früheren Kampffahren sehr nahe stand und dessen spätere Stellung als Minister der besetzten Ostgebiete 1941—1945 es erforderlich macht, auch seine frühere Gedankenwelt kennenzulernen. Alfred Rosenberg⁹⁴ tauchte im Dezember 1918 in München auf, wo er durch seine Freunde baltischer Herkunft den Weg in die antisemitische Thule-Gesellschaft fand und dadurch zum Nationalsozialismus. Das Wichtigste, was er Hitler und dadurch dem Nationalsozialismus zu geben hatte, bestand darin, dass er zu jenen russischen Emigranten gehörte, die die »Protokolle der Weisen von Zion« nach Deutschland brachten. In dem Zeitraum bis zu Hitlers misslungenem Putschversuch (im November 1923) beschränkte sich Rosenberg ausschliesslich auf den Themenbereich der »Protokolle«.⁹⁵ Rosenberg glaubte, dass die Bestrebungen der Juden überall in der Welt auf ein Ziel gerichtet seien: auf die Erlangung der Weltherrschaft. In Deutschland selbst bedeuteten die Juden in Rosenbergs Augen somit die Gefahr eines jüdisch-bolschewistischen Umsturzes. Als Hitlers Ratgeber beschränkt sich Rosenbergs Bedeutung zeitlich hauptsächlich auf die Jahre vor dessen Putschversuch und fällt somit mit der Ideologisierungphase des aussenpolitischen Denkens Hitlers zusammen.⁹⁶ Rosenberg hat in seiner aussenpolitischen Programmschrift »Der Zukunftsweg einer deutschen Aussenpolitik« wie Hitler die Ausdehnung des Lebensraumes nach Osten zum Ziel der deutschen Aussenpolitik gemacht. Ebenso war er sich mit Hitler darüber einig, dass bei dessen politischem Ziel England und Italien die natürlichen Verbündeten Deutschlands seien.⁹⁷ Völlig übereinstimmend waren die Vorstellungen Hitlers und Rosenbergs von der deutschen Ostpolitik jedoch nicht. Rosenberg warnte immer davor, Russland als eine Einheit zu behandeln, weil Russland kein »Nationalitäts-

»Interesse des Staates« fordere es, dass die lettischen Staatsbürger deutscher Herkunft ihre Staatsangehörigkeit behalten. BDC: Personalunterlagen Wittrock Hugo. Vgl. auch unten S. 27 Anm. 38.

⁹⁴ Alfred Rosenberg, geb. 1893 in Reval, studierte Architektur zunächst an der Technischen Hochschule in Riga und später an der Moskauer Universität, wo er seine Diplomprüfung ablegte, kehrte Anfang des Jahres 1918 nach Reval zurück und ging von dort im November desselben Jahres nach Berlin und weiter nach München.

⁹⁵ Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Aussenpolitik. Köln 1963. S. 110—112, 125—127. Alan Bullock, Hitler. London 1962. S. 79—80.

⁹⁶ Schubert S. 132—133, 137; Walter Laqueur, Deutschland und Russland. Berlin 1965. S. 69.

⁹⁷ Alfred Rosenberg, Der Zukunftsweg einer deutschen Aussenpolitik. München 1927. S. 20—21.

staat» sei, sondern ein »Staat von Nationalitäten«. Nach Rosenbergs Auffassung sollte Deutschland die in Russland auftretenden Bestrebungen unterstützen, wobei er besonders die Bedeutung der Ukraine betonte und das Schaffen einer Achse Berlin—Kiew zu einer Hauptaufgabe der künftigen deutschen Aussenpolitik erklärte.⁹⁸ Rosenberg war in seinem aussenpolitischen Denken wesentlich traditioneller und konservativer als Hitler. Ganz deutlich hängt Rosenbergs Konzeption mit der Dekompositionspolitik aus der Zeit des Ersten Weltkrieges zusammen, die gerade von einigen Balten am eifrigsten verfolgt worden war.⁹⁹

Zum Parteiführer fehlte Rosenberg die notwendige organisatorische Begabung, und deshalb blieb seine Bedeutung in der praktischen Politik der Partei gering. Das zeigte schon seine Tätigkeit als stellvertretender Parteiführer in der Zeit, in der Hitler in der Festung Landsberg sass. Man kann sogar mit Recht fragen, ob Hitlers Wahl in diesem Falle auf Rosenberg nicht eher wegen dessen »Ungefährlichkeit« als dessen »Fähigkeit« gefallen sei.¹⁰⁰ Nach Hitlers Machtübernahme wurde Rosenberg immer weiter von der führenden Gruppe der Partei abgedrängt; er wurde zwar Leiter des im April 1933 gegründeten Aussenpolitischen Amtes der Partei (APA), aber dessen Bedeutung für die praktische Politik blieb sehr gering. In Anbetracht der aussenpolitischen Ziele des Nationalsozialismus und der Stellung Rosenbergs als Ostexperte der Partei ist es natürlich, dass sich das Interesse des APA besonders auf Fragen der Ostpolitik richtete. Leiter der Ostabteilung des APA wurde Dr. Georg Leibbrandt,¹⁰¹ der ebenso wie Rosenberg die Dekomposition der Sowjetunion unterstützte: die Verselbständigung der nichtrussischen Nationalitäten und den Abschluss eines Bündnisvertrages mit ihnen. Auf Veranlassung Thilo von Trothans, der Leiter der Abteilung Norden des APA und Rosenbergs »Privatsekretär« war, wurde die 1921 in Lübeck gegründete »Nordische Gesellschaft« eng an das genannte Amt gebunden und zu seinem wichtigsten aussenpolitischen Arbeitsinstru-

⁹⁸ Ibid. S. 97, Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*. München 1930. S. 642—644.

⁹⁹ Siehe oben S. 19. Vgl. auch Laqueur S. 181 sowie Hermann Rauschnig, *Die Revolution des Nihilismus*. Zürich 1938. S. 426: »Rosenberg ist der heimliche Bürger unter den Prominenten des Nationalsozialismus. Seine geistigen und politischen Wurzeln liegen noch in den Vorkriegsimpulsen.«

¹⁰⁰ Das vermutet schon Bullock S. 122; ebenso z.B. Max Hilbert Boehm, *Baltische Einflüsse auf die Anfänge des Nationalsozialismus*. Jahrbuch des baltischen Deutschland 14. 1967. S. 63. Schubert S. 124 stellt fest, dass Rosenberg für Hitler in seinem politischen Spiel nur ein Stein war, den er rücksichtslos hin- und herschieben konnte.

¹⁰¹ Georg Leibbrandt (geb. 1899 in der Ukraine, 1919 nach Deutschland) gehörte zu Rosenbergs engsten Mitarbeitern und zu den wenigen wirklichen Experten des APA. Siehe Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Aussenpolitik*. Frankfurt a.M. 1968. S. 60—61.

ment umgeformt. Mit Hilfe der Nordischen Gesellschaft wollte Rosenberg »das nordische Blut« und »den nordischen Geist« in europäischen Massstäben mobilisieren.¹⁰²

Für Rosenberg, der sich gern selbst als Aussenminister gesehen hätte, war es eine tiefe Enttäuschung, dass auf von Neuraths Platz 1938 Joachim von Ribbentrop kam. Seine Enttäuschung brachte Rosenberg auch Göring gegenüber in einem Gespräch im Mai 1939 zum Ausdruck.¹⁰³ Rosenberg klagte damals auch darüber, dass die in seinem Auftrag angefertigten Denkschriften über die Ukraine, über Weissrussland, über den Kaukasus usw. ohne Unterstützung der vollziehenden Gewalt reine Theorie zu bleiben drohten. In dem Gespräch wurde auch das russische Problem berührt, wobei Rosenberg feststellte, dass sein Amt die in dieser Hinsicht notwendigen Vorbereitungen nicht vernachlässigen könne, besonders wenn »ein unfähiger Aussenminister nichts verstehe oder aus Eitelkeit alles selbst machen wolle«. Zu dieser notwendigen Vorbereitungsarbeit rechnete man die Erforschung der sich im Osten eröffnenden wirtschaftspolitischen Möglichkeiten sowie »die Klärung der historischen und völkerpsychologischen Situation«.¹⁰⁴ In einer Denkschrift des APA über osteuropäische Fragen, die am 14. 6. 1939 datiert ist, tritt Rosenbergs politische Konzeption wieder deutlich hervor, angewandt auf die aktuelle Polenfrage. In der Denkschrift wird anfangs betont, dass bei der künftigen Lösung der osteuropäischen Fragen neben der rein militärischen Vorbereitung politische Massnahmen zum richtigen Zeitpunkt entscheidende Bedeutung hätten. Im Falle des möglichen deutsch-polnischen Konfliktes halte man nicht die Möglichkeit für ausgeschlossen, dass die Sowjetunion unter dem Vorwand der bewaffneten Unterstützung Polens die von Weissrussen und Ukrainern bewohnten östlichen Gebiete Polens besetze. Vor einer solchen Teilung Polens, die gleichzeitig die berechtigten Hoffnungen auf eine nationale Zersplitterung der Sowjetunion zerstören würde, wollte die Denkschrift warnen, weil gerade die weissrussischen und ukrainischen Gebiete bei günstiger Gelegenheit eine wichtige Brückenkopfstellung für die Selbständigkeitsbestrebungen dieser Nationalitäten darstellen könnten. Es ist interessant zu sehen, dass Rosenberg dagegen ein mögliches »zeitweiliges Ablenken« der Sowjetunion auf die Randstaaten als für Deutschland im propagandistischen Sinne nur günstig betrachtete. »In einem solchen Fall wäre über kurz oder lang ganz Skandi-

¹⁰² Hans-Dietrich Loock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Stuttgart 1970. S. 165—171.

¹⁰³ Rosenbergs Tagebucheintragung vom 21. 5. 1939. Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs S. 69—71. Rosenberg und Göring waren sich über die Unfähigkeit von Ribbentrops einig. Auf Görings Frage »ist v[on] R[ibbentrop] ein Narr oder Dummkopf?« erwiderte Rosenberg »Ein richtig dummer Mensch mit der üblichen Arroganz«.

¹⁰⁴ Ibid.

navien und Finnland gezwungen, sich von ihrer angelsächsisch-marxistischen Vormundschaft zu lösen und Schutz bei Grossdeutschland zu suchen und eine 'Befreiung' und Eingliederung dieser Gebiete durch Grossdeutschland zu erhoffen und zu begrüssen.»¹⁰⁵ Rosenberg schrieb Mitte Mai 1939 in sein Tagebuch: »Historisch gesehen, haben die Völker nur die Wahl [in den Randstaaten]: von Russland vernichtet zu werden, oder unter deutschem Schutz zwar ihre Militärhoheit u.[nd] Aussenpolitik zu verlieren, aber ihr Volkstum, ihr Dasein u.[nd] ihre Arbeit erhalten zu können.»¹⁰⁶

Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Barbarossa Plan

Hitlers Entschluss, Polen rücksichtslos zu zerschlagen, entstand im Frühjahr 1939, nachdem ihm klar geworden war, dass Polen sich in keinerlei Stellung eines Satellitenstaates im Machtbereich Deutschlands wie die Slowakei fügen würde. Der Marsch der deutschen Truppen nach Prag am 15. 3. 1939 und die »Erledigung der Rest-Tschechei« wurden in Polen als warnendes Beispiel verstanden, das alle Möglichkeiten einer Verständigung mit Deutschland zerstörte. Der Marsch nach Prag sollte eine Wende in der europäischen Politik bedeuten: England verpflichtete sich jetzt, Polen in dem Falle beizustehen, dass seine Unabhängigkeit gefährdet würde. Hitler hatte so statt des erhofften Bündnispartners einen feindlichen Pufferstaat auf seinen Weg bekommen, der ein Hindernis bei der Verwirklichung der Lebensraumpolitik darstellte. Hitler kündigte am 28. 4. 1939 den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag, weil er wegen der Haltung Polens für ihn jede Bedeutung verloren hatte.¹⁰⁷ Polen musste besiegt werden, weil erst dann der Weg nach Russland frei wäre. »Danzig ist nicht das Objekt«, versicherte Hitler am 23. 5. 1939 bei einem Gespräch in der Reichskanzlei, »es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie die Lösung des Baltikumproblems».¹⁰⁸ Aber bevor Hitler mit Polen abrechnen konnte, musste er versuchen, eine solche Machtkonstellation zu schaffen, die die mit einem solchen Unternehmen verbundenen Risiken möglichst klein machen würde.

¹⁰⁵ PS-1365, gedruckt als Anhang zu dem Werk Das Politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. S. 141—147.

¹⁰⁶ Das Politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. S. 68.

¹⁰⁷ K. D. Erdmann, Die Zeit der Weltkriege. (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 4) Stuttgart 1960. S. 238—239. Broszat (1965) S. 12—13. Zu den unmittelbaren Folgen der Erledigung der Tschechoslowakei muss der Anschluss des Memelgebietes an Deutschland gerechnet werden. Die von deutscher Seite stark unter Druck gesetzte litauische Regierung, die von den umliegenden Staaten keine Unterstützung erhielt, glaubte zu der »freiwilligen« Abtretung des Memelgebietes gezwungen zu sein, v. Rauch S. 165—168.

¹⁰⁸ 079-L. IMT XXXVII S. 549.

Hitlers wichtigstes Motiv für den Abschluss des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion war gerade das Bemühen, den Konflikt auf Polen zu begrenzen, weniger wichtig war ihm dagegen der Preis des Vertrages.¹⁰⁹ Die Grundthese der sowjetischen Aussenpolitik von den 1920er Jahren an war das Bestreben gewesen, »die Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten zu fördern» und somit »die als gegeben betrachtete Einkreisung des einzigen sozialistischen Staates» zu durchbrechen. Deshalb bestand das wichtigste Ziel der sowjetischen Politik in Europa darin, eine Verständigung der Westmächte mit Deutschland zu verhindern. Das Bemühen der Sowjetunion, die Konflikte zwischen den Staaten Europas aufrechtzuerhalten und wenn möglich noch zu vertiefen sowie durch deren Ausnutzung das Erreichen der eigenen Nah- und Fernziele zu fördern, war auch 1939 bestimmend für die Aussenpolitik der Sowjetunion.¹¹⁰ Bei den Verhandlungen, die die Sowjetunion im Sommer 1939 gleichzeitig mit den Westmächten und mit Deutschland führte, traten ihre auf das Baltikum gerichteten Interessen deutlich zutage. Im August begann Deutschland den mit der Sowjetunion zu schliessenden Nichtangriffspakt zu beschleunigen, der dann am 23. 8. unterzeichnet wurde. Dem Vertrag wurde ein Geheimprotokoll angeschlossen, in dem die Grenzen der beiderseitigen Interessensphären festgelegt wurden. Im ersten Artikel dieses Zusatzprotokolls, der gleichzeitig die damit verknüpften Hoffnungen der Sowjetunion enthielt, stand folgendes: »Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR«. Der von Deutschland aus dem Vertrag erwartete Nutzen war in dem zweiten Artikel enthalten, der voraussetzte, dass »für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete die Linie Narew—San—Weichsel die Grenze der Interessengebiete beider Staaten bilden sollte.«¹¹¹ Hitler war jetzt entschlossen, den polnischen Staat auch auf die Gefahr hin zu vernichten, dass das zum Krieg mit den Westmächten führen würde. Allerdings glaubte Hitler bis zuletzt, dass England und Frankreich mit kriegerischen Massnahmen nur drohten und im letzten Augenblick doch nachgeben würden.

Als England und Frankreich nach Hitlers Angriff auf Polen Deutschland den Krieg erklärten, stand die so geschaffene politische Frontbildung im Widerspruch zu der Machtkonstellation, die Hitler in Anbetracht der Lösung der Raumfrage Deutschlands anstrebte.¹¹² Aus diesem Grunde erhielten der Nichtsanktionspakt und der mit der Sowjetunion ebenfalls im August

¹⁰⁹ Philipp W. Fabry, *Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941*. Darmstadt 1962. S. 82—83.

¹¹⁰ Hillgruber 1965, S. 103—104.

¹¹¹ Fabry S. 78—79.

¹¹² Hillgruber 1965 S. 28—29.

geschlossene Handelsvertrag für die deutsche Kriegsführung und Kriegswirtschaft sofort eine zentrale Bedeutung, denn ohne die Einfuhr aus der Sowjetunion wäre die deutsche Kriegswirtschaft durch die englische Wirtschaftsblockade gelähmt worden.¹¹³ Gleichzeitig nahm auch Deutschlands politische Abhängigkeit von der Sowjetunion zu. Hitler war gezwungen, dem von Stalin am 25.9. vorgeschlagenen, die Sowjetunion begünstigenden Gebietstausch zuzustimmen, der Litauen in die sowjetische Interessensphäre brachte und Deutschland als Entschädigung einige polnische Gebiete gab. Der Tausch wurde in einem geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-russischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28.9.1939 bestätigt.¹¹⁴ Dem Vertrag schloss sich »das vertrauliche Protokoll« an, das bestimmte, dass die Sowjetunion den in ihrem Interessengebiet wohnenden deutschen Staatsbürgern und anderen Personen deutscher Herkunft keine Hindernisse in den Weg legen werde, falls diese nach Deutschland oder in das deutsche Interessengebiet ziehen wollten. Das vertrauliche Protokoll sollte zu bedeutenden Bevölkerungsverschiebungen in ganz Osteuropa führen.¹¹⁵ Mit Estland und Lettland schloss Deutschland im Oktober 1939 Verträge über die Umsiedlung der Baltendeutschen, aufgrund deren aus Estland etwa 13 000 und aus Lettland etwa 50 000 Deutsche »ins Reich« übersiedelten. Im Januar 1941 folgte die »Nachumsiedlung«, bei der noch nahezu 16 000 Personen übersiedelten, unter denen viele waren, die man ihrer Nationalität nach als Esten oder Letten ansehen musste,¹¹⁶ die aber durch nahe Verwandtschaft oder irgendeine andere Begründung »ihr Deutschtum« beweisen konnten.¹¹⁷ Der Litauen betreffende Evakuierungsvertrag, aufgrund dessen etwa 50 000 Deutsche nach Deutschland übersiedelten, wurde erst im Januar 1941 geschlossen.¹¹⁸

Als Deutschland im Frühjahr 1940 im Westen gebunden war, konnte Stalin an die endgültigen territorialen Umgestaltungen in den Gebieten

¹¹³ Ibid S. 31.

¹¹⁴ Fabry S. 149, 157—158; v. Rauch S. 176, 189. Im südwestlichen Teil Litauens sollte eine schmale Grenzzone um die Stadt Mariampol Deutschland zufallen, sobald »die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet besondere Massnahmen trifft«. Im Juni 1940 besetzte die Sowjetunion jedoch ganz Litauen und Deutschland verzichtete auf seine Ansprüche auf das Gebiet Mariampol gegen eine Entschädigung in Geld.

¹¹⁵ Fabry S. 158—159.

¹¹⁶ Dabei kamen u.a. mehrere später während der deutschen Besetzung bekannt gewordene Kollaborateure nach Deutschland, z.B. die Letten Dankers und Primanis sowie die Esten Angelus, Mäe und Wendt, die dabei zugleich ihre Staatsangehörigkeit in Estland und Lettland verloren hatten und deutsche Staatsbürger geworden waren.

¹¹⁷ Fabry S. 180, 186. Für die statistischen Angaben »Statistischer Bericht über die Um- und Aussiedlung«. Stand 1. 3. 1942. BA:R 2/538.

¹¹⁸ Fabry S. 186; ausführliche Angaben zur Umsiedlung aus Litauen CDJC, CCXXX 1—33.

gehen, die in der mit Deutschland vereinbarten Verteilung der Interessensphären als zum Bereich der Sowjetunion gehörig genannt waren. Aufgrund der im Herbst 1939 mit den baltischen Staaten geschlossenen Beistandspakte hatte die Sowjetunion das Recht erhalten, auf deren Gebiet militärische Stützpunkte einzurichten.¹¹⁹ Im Sommer 1940 wurden in Estland, Lettland und Litauen auf gleiche Ultimata der Sowjetunion hin sowjefreundliche Regierungen gebildet, und gleichzeitig besetzte die Rote Armee die wichtigsten Zentren. Im August wurden die ehemaligen Randstaaten als Sowjetrepubliken an die Sowjetunion angeschlossen, und es folgte schnell die Sozialisierung ihres Wirtschaftslebens. Das Gebiet von Wilna (Vilnius), dessen Rückgabe an Litauen schon im deutsch-russischen Nichtsangriffspakt vereinbart worden war, wurde jetzt Litauen zugerechnet.¹²⁰

Hitler hatte bis zum Jahreswechsel 1940—41 seine Handlungsfreiheit verloren und war in eine strategische Sackgasse geraten, da er nicht über genügend militärische Mittel verfügte, um England zum Frieden zu zwingen. Die militärische Entscheidung im Osten schien ihm einen einzigen Ausweg zu bieten. Im Gegensatz zu dem »europäischen Normalkrieg« im Westen, zu dem ihn die Umstände »gezwungen« hatten, war der Ostfeldzug (»Fall Barbarossa«) sein von Anfang an — wenn auch ursprünglich zu einem anderen Zeitpunkt — gewollter rassenideologischer Vernichtungskrieg. Der Ostfeldzug würde somit in Hitlers Strategie einen zweifachen Charakter annehmen: erstens als Mittel, um die entscheidende Wende im Gesamtkrieg herbeizuführen, und zweitens als »grosse historische Gelegenheit«, sein Ostimperium auf den »Trümmern der Sowjetunion« aufzubauen.¹²¹ Der Charakter des Ostfeldzuges in Hitlers Strategie als Teil seines »Programms« und als von ihm gewollter Krieg führte gleichzeitig zu einer Ideologisierung des Krieges.¹²² Der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde von Anfang an als erbarmungsloser Zusammenstoss zweier Weltanschauungen gekennzeichnet,¹²³ was allerdings in Wirklichkeit eine recht verlogene und beschönigende Auslegung des geplanten Feldzuges bedeutete. Zur Voraussetzung der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft über Russland hatte Hitler schon in seinen programmatischen Schriften der 1920er Jahre die physische Vernichtung der jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht gemacht, was nach Hitlers Glauben gleichzeitig unausweichlich zum

¹¹⁹ Boris Meissner, Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht. Köln 1956. S. 57—67; v. Rauch S. 177—179.

¹²⁰ Siehe genauer v. Rauch S. 182—191; v. Rauch nennt als ein Motiv der sowjetrussischen Reaktion das wirtschaftliche Interesse Deutschlands an den baltischen Staaten. Aufgrund der im Winter 1939—1940 geschlossenen Handelsverträge gingen nämlich 70 % des Exportes dieser Länder nach Deutschland.

¹²¹ Hillgruber 1965, S. 219, 365, 389—392.

¹²² H. R. Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele. Vjh. Zgsh. 1960. S. 130.

¹²³ Z.B. KTB Halder II S. 336.

Zusammenbruch des geordneten Staatswesens in Russland und zur Unterordnung der slawischen Massen unter die Führung der »höheren Rasse« führen würde.¹²⁴ Der Ostfeldzug und die »Endlösung« der Judenfrage gehörten im nationalsozialistischen Sinne zeitlich und logisch zusammen. Krausnick hält es für wahrscheinlich, dass spätestens im März 1941, als Hitler seine Absicht ausdrückte, die politischen Offiziere der Roten Armee erschossen zu lassen, auch ein geheimer Befehl über die Vernichtung der Juden gegeben wurde. Für die praktische Durchführung dieser Aufgabe wurden vier unter dem Namen »Einsatzgruppen« bekannte Truppenverbände geschaffen, denen der Befehl zur Erschiessung aller Juden mündlich gegeben wurde. Formell beruhte die Tätigkeit dieser Einsatzgruppen auf den am 13.3.1941 vom OKW gegebenen Durchführungsbestimmungen über die Verwirklichung des Barbarossa-Plans, die folgenden Punkt über die politischen Sondervollmachten des Reichsführers-SS enthalten: »Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer-SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszu tragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgabe handelt der Reichsführer-SS selbständig und in eigener Verantwortung.«¹²⁵ Somit hatte die SS eine für die Verwirklichung des Programms Hitlers ganz zentrale Aufgabe bekommen, was an sich natürlich war, wenn man die Stellung der SS als »Führerexekutive« in Betracht zieht.

¹²⁴ Nolte 1963, S. 436.

¹²⁵ Helmut Krausnick, Judenverfolgungen. In: Anatomie des SS-Staates II. Dtv-Ausgabe. München 1967. S. 297—298.

II. DER »DRANG NACH OSTEN» DER BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN

Himmlers Sonderaufgaben und die politische Rolle der SS

Der umfangreiche Sonderbericht Nr. 3/1939¹ des Reichsführers-SS und Chefs des Sicherheitshauptamtes über die Bevölkerungsverhältnisse im Baltikum bietet ein ausserordentlich interessantes Beispiel für das raumpolitische Denken des Nationalsozialismus und dafür, zu wie weit gehenden praktischen Schlussfolgerungen der Gebrauch der mythischen Begriffe »Raumnot« und »Bevölkerungsdruck« Möglichkeiten bot. In dem Bericht wurden besonders die Esten und Letten als »sterbende Völker« betrachtet und es wurde u.a. behauptet: »Es ist in den baltischen Ländern im Verlauf der Entwicklung, vor allem in den zwanzig Jahren der Eigenstaatlichkeit zu einem Zustand der Bevölkerungsverhältnisse gekommen, welcher nicht dauernd Bestand haben kann« . . ., »früher oder später«, wird in dem Bericht weiter festgestellt, »müsse der Bevölkerungsdruck der umliegenden, viel dichter besiedelten Gebiete« das im Baltikum herrschende »Bevölkerungsvakuum« ausfüllen. In der Denkschrift glaubte man, dass die Baltischen Länder Lebensraum für eine viel grössere Bevölkerung als damals bieten, aber »diese Völkerschaften versagen sich durch Geburtenbeschränkung selbst ihre weitere Zukunft als wachsende Völker und damit auch das Recht auf eigene unabhängige Staatswesen«. In Litauen sah die Bevölkerungssituation zur Zeit der Berichterstattung noch nicht so »ungünstig und katastrophal« aus wie in Estland und Lettland, aber die Entwicklungstendenz wies deutlich in dieselbe Richtung.² Aber wie ist nun die funktionale Aufgabe dieses in den Archiven des Auswärtigen Amtes und des RSHA

¹ Sonderbericht des Reichsführers-SS und Chef des Sicherheitshauptamtes II (NO)-Nr. 003 aus dem Jahre 1939 über die Bevölkerungsverhältnisse im Baltikum. 109 S. AA: Pol. VI: 5. Es ist angegeben, dass der Bericht bezüglich seines Sachinhalts am 1. 12. 1938. fertig war.

² Ibid. S. 1—2, 5, 48, 56—57; der Leiter des rassenpolitischen Amtes der NSDAP Dr. Gross bewies auf ähnliche Art, dass die zahlenmässige Minderung eines Volkes unausweichlich auch seine »staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung« schwäche. Walter Gross, Nordische Rasse und nordische Weltanschauung in den Kämpfen unserer Zeit. Nordische Wiedergeburt. Berlin 1935. S. 32.

(Reichssicherheitshauptamt) zu findenden Berichts zu verstehen? Zunächst fällt auf, dass die Fertigstellung des Berichts zeitlich in die Nähe des im September 1938 geschlossenen Münchner Abkommens fällt, nach dem sich Hitlers Gedanken direkter als bis dahin auf die Ziele der Lebensraum-Politik richteten.³ Zum andern kann man in diesem Zusammenhang auf die Rolle der SS als Führerexekutive hinweisen. Die SS war bestrebt, ihre Kompetenzen auf die Behandlung aller politisch bedeutsamen Fragen auszudehnen. In diesem Sinne sehr charakteristische Forderungen stellte der Chef des Hauptamtes Rasse und Siedlung Günther Pancke in seinem Brief vom 31. 3. 1939 an Heydrich: »Da nach meiner Ansicht das Siedlungsproblem, besonders ausserhalb der alten Reichsgrenzen, in erster Linie ein politisches ist, kommt für die Bearbeitung desselben m.E. auch nur eine politische Organisation — also die SS — in Frage und nicht Ministerialbüros, die sich bisher zur Durchführung politischer Aufgaben weitgehend als ungeeignet erwiesen haben.«⁴ Die strukturelle Rolle der SS im nationalsozialistischen System behandelte Reinhard Heydrich in einer Rede am 2. 10. 1941 im Palast Czernin in Prag, in der er u.a. sagte: »Die SS (und der SD⁵ und die Sicherheitspolizei⁶ sind Teile dieser SS) ist der Stosstrupp der Partei in allen Dingen der Sicherung innerpolitischer Art des Raumes und der Sicherung der nationalsozialistischen Idee.« ... »Der Stosstrupp besagt aber auch, dass er nichts tut, was nicht nach dem Willen und den Planungen der Gesamtführung geht.« ... »Die Voraussetzung für den Krieg, für die Erfüllung dieses Krieges, für die Besetzung der notwendigen Räume und für die Formung und Gestaltung des grossdeutschen Reiches war die innerpolitische Sicherung des Altreiches.« ... »— darüber hinaus war es unsere Aufgabe, nach den persönlichen Weisungen und Richtlinien des Führers in dem damaligen Ausland jene Dinge forschungsmässig und erkundungsmässig zu planen, die dann im Laufe der Dinge die Voraussetzung geben konnten für viele politische aber auch militärische Erfolge und Ereignisse.«⁷ Man kann wohl mit gutem Grund annehmen, dass der Untersuchungsbericht über die Bevölkerungsverhältnisse im Baltikum von Anfang an die Aufgabe hatte, passend erscheinende Argumente zu finden, um die Fernziele der nationalsozialistischen Baltikum-Politik zu stützen.

Eine nach Beendigung des Polenfeldzuges am 7. 10. 1939 gegebene Ver-

³ Das wieder stellte die polnische Frage in den Vordergrund, siehe genauer Broszat 1965, S. 12—13 sowie oben S. 43.

⁴ Zitiert nach Buchheim S. 84.

⁵ Sicherheitsdienst (= RSHA, Amt VI)

⁶ Sicherheitspolizei (Sipo) ist die gemeinsame Bezeichnung für Gestapo und Kripo; im Gegensatz zur uniformierten Polizei (Orpo). Siehe den Organisationsplan im Anhang S. 297.

⁷ Heydrichs Rede am 2. 10. 1941, abgedruckt in der Dokumentensammlung »Die Vergangenheit warnt«. S. 123—124.

ordnung des Führers und Reichskanzlers erteilte Himmler einen neuen wichtigen politischen Sonderauftrag: er wurde mit den Aufgaben betraut, deren Zweck die »Festigung deutschen Volkstums« war. »Die Folgen von Versailles in Europa sind beseitigt« heisst es in der Präambel zu der Verordnung. »Damit hat das Grossdeutsche Reich die Möglichkeit, deutsche Menschen, die bisher in der Fremde leben mussten, in seinen Raum aufzunehmen und anzusiedeln und innerhalb seiner Interessengrenzen die Siedlung der Volksgruppen so zu gestalten, dass bessere Trennungslinien zwischen ihnen erreicht werden.«

Nach Hitlers Richtlinien hatte der Reichsführer-SS zu überwachen:

1. »Die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland;
2. die Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten;
3. die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung, im besonderen durch Sesshaftmachung der aus dem Ausland heimkehrenden Reichs- und Volksdeutschen.«

Aufgrund dieser — allerdings unveröffentlichten — Verordnung entstand die neue Institution »Reichsführer-SS/Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« (RKFDV). Im Text der Verordnung ist absichtlich nicht die Bezeichnung »Reichskommissar« verwendet, weil so vermieden wurde, der neuen Organisation einen genau bestimmten Platz im Bereich der Staatsverwaltung anzuweisen. Da die Stellung des »Reichskommissars« im Verwaltungsapparat nicht genauer präzisiert war, blieben auch seine Rechte gegenüber anderen Behörden unklar.⁸ Hitler hatte in seiner Reichstagsrede vom 6. 10. 1939 die wichtigste, aus dem Zerfall des polnischen Staates erwachsende Aufgabe verkündet: »... eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heisst, eine Umsiedlung der Nationalitäten so, dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.« Aber Hitler sah das Problem nicht nur auf das Gebiet des früheren Polen beschränkt, sondern ausgedehnt auf alle nationale Streusiedlung in Osteuropa. In diesem Zusammenhang konnte Hitler auf den Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion⁹ hinweisen als Beispiel für die »Sanierungsarbeit«, die auf die Liquidierung einer solchen Streusiedlung zielt.¹⁰ Ebenso zeigte die sehr allgemeine Formulierung der Aufgabe des Reichsführers-SS in Hitlers Verordnung, dass

⁸ Buchheim 1964, S. 187—191.

⁹ Hitler meinte damit den am 28. 9. 1939 geschlossenen »Grenz- und Freundschaftspakt«.

¹⁰ M. Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945. II. Würzburg 1963. S. 1383.

die Schaffung der beabsichtigten »neuen Ordnung« zwischen den Nationalitäten keineswegs als eine nur auf Polen beschränkte Aufgabe gesehen wurde.¹¹ Mit seiner ersten Verfügung, die auf den ihm am 7. 10. 1939 gegebenen Vollmachten beruhte, gründete Himmler für seinen neuen Aufgabebereich einen kleinen Führungsstab: die »Dienststelle RKFDV«. Aber da der »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« gleichzeitig der Reichsführer-SS war, konnten die Ämter der SS auch als ausführende Organe des RKFDV fungieren. Das RSHA war im Rahmen des Aufgabenbereiches des RKFDV bevollmächtigt, die Fragen in Verbindung mit nicht-deutscher Nationalität zu behandeln, was bedeutete, dass ihm »die Ausschaltung des schädigenden Einflusses volksfremder Bevölkerungsteile« zufiel.¹²

Himmlers Einstellung zu den Nationalitäts- und Eindeutschungsfragen beleuchtet seine Denkschrift vom Mai 1940 »Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten«, die man, wenn sie auch eigentlich nur die Verhältnisse des Generalgouvernements Polen behandelt, auch in einem weiteren Rahmen als kennzeichnend ansehen kann. Himmler wollte die Nationalitäten in dem Gebiet in möglichst viele Teile zersplittern und somit die Entwicklung eines Nationalbewusstseins und einer nationalen Kultur verhindern. Das rassisch wertvolle Menschenmaterial wollte Himmler nach Deutschland transportieren lassen, um es dort zu assimilieren. Eine grundsätzlich wichtige Rolle bei diesem »Ausleseprozess« würde dann die Schulfrage spielen. Himmler war der Ansicht, dass zur Befriedigung der Bildungsbedürfnisse der nicht-deutschen Bevölkerung im Osten sehr gut die vierjährige Volksschule ausreiche, zu deren anspruchslosen Unterrichtszielen das einfache Rechnen bis höchstens 500 gehöre, die Kunst seinen Namen zu schreiben und die Verpflichtung zu lernen, dass es »ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleissig und brav zu sein«. Das Lesenkönnen zählte Himmler schon zum unnötigen Luxus. Falls die Eltern für ihre Kinder eine bessere Schulbildung wünschten, wäre das besonders zu beantragen, wobei der Antrag in erster Linie danach zu entscheiden wäre, ob das Kind »rassisch fehlerlos« wäre. Die Kinder, die einen solchen Rassentest bestanden hätten, würden dann zur Schule nach Deutschland gesandt, wo sie nach ihrer Ausbildung auch für immer bleiben würden. Die Eltern hätten dann die Wahl zwischen der Übersiedlung nach Deutschland und dem Verzicht auf ihr Kind. So würde im Osten eine »Untermensch«-Bevölkerung ohne Führungskräfte geschaffen, die Deutschland jährlich Saisonarbeiter sowie Arbeitskräfte für besonders schwere Arbeiten zur Verfügung stellen würde. Nach Himmler akzeptierte Hitler die in der Denkschrift vorgetragene Gedanken »als gut und richtig«. Gleich-

¹¹ Buchheim 1964, S. 189.

¹² Ibid. S. 192, 197—203.

zeitig gab Hitler Anweisung, die Verteilung dieser geheimen Denkschrift auf einen sehr kleinen Kreis zu beschränken.¹³ Ebenso wie Himmler in diesem »klassischen Dokument der nationalsozialistischen Hybris« hat auch Hitler in seinen »Tischreden« die Senkung des Bildungsstandes der östlichen Völker als geeignetes Mittel zu ihrer Beherrschung empfohlen.¹⁴

Bei den Vorbereitungen zum Barbarossa-Plan¹⁵ hatte Himmler als Reichsführer-SS Sondervollmachten für einen Auftrag erhalten, der in der Praxis die möglichst bald nach Beginn der Feindseligkeiten erfolgende physische Vernichtung der ideologischen Gegner und der »Rassenfeinde« bedeutete. Himmler war es somit schon vor Beginn des Ostfeldzuges gelungen, sich eine einflussreiche Position bei der Behandlung der politischen Fragen betreffend die besetzten Ostgebiete zu sichern.

Hermann Göring und die Wirtschaftsbehörden

Bei der Planung des Ostfeldzuges begann man schon in einem sehr frühen Stadium die wirtschaftliche Ausnutzung der Ostgebiete vorzubereiten. Das »Wirtschafts- und Rüstungsamt« des OKW erfuhr von dem zu erwartenden Feldzug im November 1940, und es wurde gleichzeitig von Göring aufgefordert, die für notwendig erachtete Planungsarbeit zu beginnen.¹⁶ Als ein Amt zur Koordinierung der Tätigkeit wurde im Februar 1941 — anfangs unter dem Decknamen »Oldenburg« — der »Wirtschaftsstab Ost« gegründet, der aus Vertretern verschiedener Militär- und Zivilbehörden zusammengesetzt war. Der Wirtschaftsstab Ost bestand selbst aus einem Stab und fünf Hauptgruppen, von denen die Hauptgruppe Landwirtschaft (Leiter Hans-Joachim Riecke) und die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft (Leiter Gustav Schlotterer) die bedeutendsten waren. Später begegnen wir den beiden genannten Leitern auch in Rosenbergs Ministerium. Die Feldorganisation des Wirtschaftsstabes Ost bestand aus den Wirtschaftsinspektionen und den diesen unterstellten Wirtschaftskommandos. Für jedes rück-

¹³ Helmut Krausnick, Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940). Vjh. Zgsch. 1957 S. 194—198. Die Denkschrift kam Lammers zur Kenntnis, dem Generalgouverneur von Polen Frank, den Gauleitern Koch (Ostpreussen), Greiser (Wartheland) und Forster (Danzig-Westpreussen), Bormann erhielt ein Exemplar, ebenso Greifelt (Chef des Führungsstabes des RKFDV), dessen weitere Aufgabe es war, die Leiter der Hauptämter der SS und die in Frage kommenden höheren SS- und Polizeiführer zu informieren. Ein Exemplar sollte auch dem Chef des RSHA Heydrich überreicht werden. Himmler hob hervor, dass die Denkschrift als grundsätzliche Richtschnur zu betrachten sei, die jedoch in keinem Befehl genannt werden dürfe.

¹⁴ Ibid. S. 194—195.

¹⁵ Siehe oben S. 47.

¹⁶ PS-2353 IMT XXX S. 274.

wärtige Heeresgebiet und ebenso für jedes zu bildende Reichskommissariat war eine Wirtschaftsinspektion zu gründen, deren Aufgabe es war, die wirtschaftliche Ausnutzung des Gebietes zu überwachen. Offiziell trat die geschilderte Organisation schon am 9. Juni ins Leben.¹⁷

Alfred Rosenberg, der am 20. 4. 1941 zum Beauftragten für die »zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes« ernannt worden war, protestierte gegen diese Pläne. Er wollte unbedingt an dem Grundsatz festhalten, dass die in den besetzten Gebieten tätig werdenden Zivilbehörden ihre Befehle und Anweisungen nur von ihm erhalten könnten. Rosenberg wäre bereit gewesen, persönliche Anordnungen von dem Beauftragten für den Vierjahresplan Göring zu befolgen, wenn Göring ihn zum Beauftragten für die besetzten Ostgebiete ernannt hätte. Rosenberg betrachtete es als Minimalforderung, dass der Beauftragte für den Vierjahresplan seine Anweisungen durch Rosenbergs Ministerium gebe, weil es nur so möglich war, die Tätigkeit beider Behörden zu koordinieren.¹⁸ Rosenbergs Widerstand erwies sich jedoch als zwecklos. In Hitlers Verordnung vom 29. 6. 1941 über die Wirtschaft der zu besetzenden Ostgebiete wurde u.a. bestimmt: »(1) In den neubesetzten Ostgebieten ordnet der Reichsmarschall Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan im Rahmen der ihm als solchem zustehenden Befugnisse alle Massnahmen an, die zur höchstmöglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten und zum Ausbau der Wirtschaftskräfte zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft erforderlich sind.«¹⁹ Die Entscheidung wurde damit begründet, dass es notwendig sei, die wirtschaftliche Ausnutzung der zu besetzenden Ostgebiete mit der Wirtschaftsplanung aller anderen von Deutschland verwalteten Gebiete zu koordinieren.²⁰

Der Wirtschaftsstab Ost hatte inzwischen seine Planung weitergeführt, und im Juni hatte er die Richtlinien über die Wirtschaftsführung in den zu besetzenden Ostgebieten fertig (Grüne Mappe Teil I). Das Interesse war hauptsächlich auf die Sicherung der Nahrungsmittelproduktion und das möglichst schnelle Ingangbringen der Ölförderung gerichtet. Zur Erleichterung der Versorgungslage in Europa wurde das Ziel gesteckt, dass die Armee so bald wie möglich aus den zu besetzenden Gebieten versorgt werden könnte.²¹ Die Bedürfnisse der in diesen Gebieten lebenden einheimischen Bevölkerung fanden keine Beachtung.

¹⁷ Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939—1945. Bd. I. 2. Aufl. Berlin 1971. S. 234—235; Dallin S. 326—327.

¹⁸ 1188-PS, NMT XII S. 1274—1275.

¹⁹ KTB OKW I S. 1019.

²⁰ Bräutigam S. 8. Hitler hielt es nicht für notwendig, Rosenberg von dieser Verordnung zu unterrichten, sondern Rosenberg erfuhr erst wesentlich später durch Bräutigam davon.

²¹ 1743-PS IMT XXVIII S. 3—14, 2718-PS; IMT XXXI S. 84.

Rosenbergs Rolle in der Verwaltung der Ostgebiete

Militärverwaltung oder Zivilverwaltung?

Bei den Vorbereitungen des Ostfeldzuges hatte Hitler nur ganz grob skizziert, wie die politischen Verhältnisse in der Sowjetunion nach ihrer militärischen Niederwerfung zu ordnen seien. In Besprechungen mit der obersten Wehrmachtsführung hatte Hitler sich darauf beschränkt anzuzeigen, dass die europäischen Gebiete der Sowjetunion, nachdem sie auf nationaler Grundlage in kleinere Staaten aufgeteilt wären, politisch und wirtschaftlich von Deutschland abhängig gemacht werden müssten.

Die Planung zur Verwirklichung der politischen Ziele des Ostfeldzuges begann eigentlich erst im März 1941. Aus den Anweisungen,²² die Hitler am 3. 3. zur Ausarbeitung endgültiger Richtlinien bezüglich einiger mit dem Barbarossa-Plan verbundener Sonderfragen gab, geht hervor, dass Hitler den Sozialismus [!] als einzig mögliche innenpolitische Grundlage der in Russland zu schaffenden Staatsgebilde ansah. Da er es einerseits für notwendig hielt, dass die »jüdisch-bolschewistische Intelligenz«, die das Volk bis dahin unterdrückt hatte, liquidiert würde, und er andererseits die frühere, hauptsächlich im Exil lebende »bürgerlich-aristokratische Intelligenz« ablehnte, schien er offensichtlich irgendeine herrschende »germanische« Schicht vorauszusetzen. Ebenso verwarf Hitler den Gedanken, sich der früheren bürgerlich-aristokratischen deutschen Oberschicht im Baltikum zu bedienen. Die Fragen in Verbindung mit dem Aufbau der politischen Verwaltung waren nach Hitlers Ansicht so schwierig, dass man sie nicht der Armee überlassen könne.²³ Reitlingers Annahme, dass Hitler mit dem »Aufbau der politischen Verwaltung« im März 1941 die Schaffung »separatistischer Staaten« gemeint habe und dass die Reichskommissare nach Durchführung dieser Aufgabe gehen könnten, kann man nicht als begründet ansehen. Das schon aus dem Grunde, weil die »slawischen Massen« — nach Vernichtung der »jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht« — nach Hitlers Auffassung keine für die Bildung eines Staates erforderlichen Kapazitäten haben könnten. Mit dem Aufbau der politischen Verwaltung meint Hitler im März ausdrücklich eine deutsche Verwaltung. Somit ist Reitlingers Behauptung, dass sich Hitlers Konzeption im Laufe der folgenden drei Monate radikal verwandelte und dass Hitler erst dann begonnen habe, mit langer Besetzung zu rechnen, völlig unbegründet.²⁴ Das Operationsgebiet des Heeres musste nach rückwärts möglichst bald begrenzt werden, wobei die hinter der rückwärtigen Grenze liegenden Gebiete der von Reichs-

²² KTB/OKW I. S. 341.

²³ Im Bereich des OKW war anfangs eine Militärverwaltung geplant. Siehe KTB Halder II S. 278, 281.

²⁴ Reitlinger 1960, S. 128.

kommissaren²⁵ geleiteten politischen Verwaltung übergeben werden würden. Hitlers Weisungen vom 3.3. waren in dem am 13. 3. vom OKW bestätigten endgültigen Entwurf berücksichtigt worden. Wie schon gesagt, erhielt Himmeler damals die notwendigen Sondervollmachten für die Vorbereitung der politischen Verwaltung im Operationsgebiet des Heeres. Noch in dieser Weisung wurde angenommen, dass die Reichskommissare direkt Hitler unterstehen. Es wurde vorausgesetzt, dass neben den Reichskommissaren für den rein militärischen Aufgabenbereich Militärbefehlshaber eingesetzt würden.²⁶ Der Beschluss, die zu besetzenden Ostgebiete möglichst schnell der politischen Zivilverwaltung zu unterstellen, wurde auf Hitlers Verlangen und offensichtlich gegen die Wünsche der Wehrmacht gefasst.²⁷

»Dienststelle Rosenberg«

Nachdem Hitler beschlossen hatte, in den zu besetzenden Ostgebieten eine politische Verwaltung einzuführen, hielt er den Augenblick für geeignet, Rosenberg heranzuziehen. Anfang April empfing er Rosenberg und sagte ihm, dass der militärische Zusammenstoß mit der Sowjetunion unausweichlich sei. Über seine künftige Aufgabe wurde Rosenberg nach seinen eigenen Worten in der Form informiert, dass »man ihn als politischen Berater in irgendeiner Form entscheidend« mit dem künftigen Geschehen »verknüpfen werde«. Sofort danach begann Rosenberg mit seinen engsten Arbeitskollegen im APA Pläne für die in den zu besetzenden Ostgebieten einzuhaltenden politischen Richtlinien auszuarbeiten und vorbereitende Massnahmen zur Gründung einer eigenen Dienststelle zu ergreifen.²⁸

Hitler ernannte Rosenberg am 20. 4. 1941 zum »Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes« und forderte ihn gleichzeitig auf, mit dem Beauftragten des Vierjahresplans, dem Wirtschaftsministerium und dem Chef des OKW zusammenzuarbeiten.²⁹

Rosenberg konnte jetzt daran gehen, ihm als geeignet erscheinende Personen in seiner neuen Behörde einzustellen. Zu seinem ständigen Stellvertreter wählte Rosenberg seinen persönlichen Freund, den Gauleiter

²⁵ Auch diese Bezeichnung könnte man als einen Hinweis darauf verstehen, dass die Absicht bestand, das Gebiet in einen engeren Zusammenhang mit dem Reich zu bringen. Vgl. Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande. Stuttgart 1968. S. 61—62.

²⁶ Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939—1945. Hrsg. von v. Hubatsch. Frankfurt a.M. 1962. S. 89—90.

²⁷ Siehe besonders Hillgruber 1965, S. 524 Anm. 34.

²⁸ IMT XI S. 525; Dallin S. 36.

²⁹ 865-PS IMT XXVI S. 383—385, nach Bräutigam (S. 2) war Rosenberg gleichzeitig mitgeteilt worden, dass er später zum Minister für die zu besetzenden Ostgebiete ernannt würde.

von Westfalen Alfred Meyer. Aus dem APA kam Georg Leibbrandt und wurde Leiter der politischen Abteilung.³⁰ Der Gauleiter von Schleswig-Holstein Hinrich Lohse³¹ wurde von Rosenberg am 23. 4. bevollmächtigt, die Fragen vorzubereiten, die die ehemaligen Republiken Estland, Lettland und Litauen betrafen.³² Offensichtlich wurde schon in diesem Stadium geplant, diese Gebiete demselben Reichskommissar zu unterstellen.

Die erste in Rosenbergs Amt unter den Akten zu findende Denkschrift über die Ziele und Methoden der deutschen Besetzung ist am selben Tage datiert (2. 4.), an dem Rosenberg den ersten Hinweis auf seine künftige Aufgabe erhielt. Die Denkschrift geht von der Annahme aus, dass die militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu deren schnellem Zusammenbruch führen werde, wobei sich zunächst die Frage erhebt, ob sich der Umfang der Besetzung ausschliesslich nach militärischen und wirtschaftlichen Faktoren bestimmen würde oder ob dabei auch die politischen Faktoren berücksichtigt würden, die für die künftigen raumpolitischen Regelungen von Bedeutung waren.³³ Falls die »politische Zertrümmerung« der östlichen Grossmacht zum Ziel der militärischen Aktion gemacht würde, wären die Schlussfolgerungen nach Rosenbergs Denkschrift folgende:

- »1. Die Besetzung muss ungeheuer grosse Gebiete umfassen;
2. Die Behandlung der einzelnen Gebietsteile sollte von vorneherein auf die angestrebten politischen Ziele ausgerichtet werden, sowohl in verwaltungsmässiger als auch wirtschaftlicher und ideologischer Hinsicht;
3. die Behandlung der für diese ungeheuren Gebiete übergeordneten Fragen, wie insbesondere die Sicherstellung der kriegswichtigen Lieferungen zur Fortführung des Krieges gegen England, die Aufrechterhaltung der deswegen notwendigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und für die einzelnen Gebiete von einander völlig abweichenden grossen Direktiven sollten wiederum am besten in einer Stelle konzentriert werden. Es soll hier nochmals betont werden, dass auch alle nachfolgenden Ausführungen natürlich nur nach Sicherstellung der zur Fortführung des Krieges für das Grossdeutsche Reich eben notwendigen kriegswichtigen Lieferungen aus dem zu besetzenden Gebiet Geltung haben.»

³⁰ Hinrich Lohse (1896—1964), ursprünglich von Beruf Kaufmann, 1925 Gauleiter von Schleswig-Holstein, 1934 Leiter der Nordischen Gesellschaft, 1941—1944, Reichskommissar für das Ostland.

³¹ 1019-PS, 1024-PS IMT XXVI S. 555, 560—563.

³² Rosenberg an Lohse 23. 4. 1941, BA:R 6/24.

³³ Rosenberg schien, nach der defensiven Haltung der Denkschrift zu urteilen, in diesem Stadium schon soweit informiert zu sein, dass er seine Konzeption in Gefahr sah.

Entsprechend Rosenbergs Ostkonzeption wird Russland dann in folgende nationale und geographische Einheiten eingeteilt: »a) Grossrussland mit Moskau als Zentrum, b) Weissrussland mit Minsk bzw. Smolensk als Hauptstadt, c) Estland, Lettland und Litauen, d) Ukraine und Krim mit Kiew als Zentrum, e) das Dongebiet mit Rostow als Hauptstadt, f) das Kaukasusgebiet, g) Russisch-Mittelasien oder Russisch-Turkestan«. Für jedes Gebiet werden in der Denkschrift eigene »Behandlungsweisungen« gegeben. Das wichtigste politische Ziel bildete die bleibende Schwächung Grossrusslands, wobei Rosenberg in der Eindämmung des Grossrussentums besonders der Ukraine eine grosse Bedeutung beimass; ihr wollte er eine wenigstens teilweise Souveränität gewähren. »Das moskowitzische Russland« empfahl Rosenberg als passenden Deportationsort für in den anderen Gebieten lebende »unerwünschte Bevölkerungsteile«. ³⁴

In seinen besatzungspolitischen Plänen wiederholt Rosenberg mehrfach, dass im Baltikum, das er zum grossgermanischen Lebensraum zählte, Vorbereitungen zum immer engeren Anschluss an Deutschland getroffen werden sollten. Anfangs schien Rosenberg vorausgesetzt zu haben, dass das Gebiet als eine Art von Protektorat an Deutschland angeschlossen würde. Rosenberg zieht zur Unterstützung seiner Pläne auch die 700jährigen kulturellen Beziehungen heran, die Deutschland mit diesem Gebiet zwischen Narwa (Narva) und Tilsit verbunden haben: Reval (Tallinn) und Riga sind für Rosenberg vor allem deutsche Städte, die an deutsche Ritter und Hansekaufleute erinnern. »Durch Eindeutschung rassisch möglicher Elemente, durch Kolonisierung germanischer Völker und durch Aussiedlung nicht erwünschter Elemente« sollte das Gebiet in einen Teil des Grossdeutschen Reiches verwandelt werden. Die Esten waren nach Rosenbergs Ansicht »zu 50 % durch dänisches, deutsches und schwedisches Blut stark germanisiert«; man konnte sie deshalb direkt als verwandtes Volk betrachten. Der in Lettland und Litauen zu assimilierende Bevölkerungsteil war wesentlich kleiner, so dass dort mit grossen Umsiedlungen zu rechnen war. Nach Rosenberg hatte man sich darauf vorzubereiten, dass vor allem die Intelligenz, besonders die lettische, unvermeidlich »in das russische Kerngebiet« ausgewiesen werden müsste. ³⁵

Oben ist schon bei der Betrachtung des historischen Hintergrundes der Rosenbergs-Konzeption auf die offensichtlichen Zusammenhänge mit dem Dekompositionsprogramm aus der Zeit des Ersten Weltkrieges hingewiesen worden, das damals beonders einige baltendeutsche Journalisten und Universitätslehrer eifrig verfochten hatten. In diesem Sinne ist es

³⁴ Rosenbergs Denkschrift 2. 4. 1941, 1017-PS, IMT XXVI S. 547—554.

³⁵ Ibid. 1029-PS, 1030-PS IMT XXVI S. 573-577. In den für den Reichskommissar des Ostlands bestimmten Weisungen (1029-PS) wurde als passender Deportationsort für den unerwünschten Bevölkerungsteil der Baltischen Länder Weissrussland vorgeschlagen.

interessant festzustellen, dass ausser Rosenberg selbst einige seiner nächsten Arbeitskollegen in der Dienststelle Rosenberg und später im Ostministerium Balten waren (Arno Schickedanz,³⁶ Gerhard von Mende³⁷) oder andere Volksdeutsche (Leibbrandt). Im Zusammenhang mit dieser Gruppe ist noch ein Balte, Werner Hasselblatt,³⁸ zu nennen, der als Berater des Ostministeriums fungierte und auch enge Beziehungen zum Auswärtigen Amt hatte. Hasselblatt hatte Anfang Juli 1941 dem Auswärtigen Amt eine Denkschrift zur Ostpolitik geliefert: »Verschiedene Vorschläge und Anregungen zur Organisation der besetzten Ostgebiete«.³⁹ In Anbetracht des Hintergrundes von Hasselblatt und seiner Verbindungen⁴⁰ scheint es angebracht, einige Kerngedanken seiner Denkschrift anzuführen. Als Ziel des Sofortprogramms musste auch nach Hasselblatt die Maximierung der Produktionstätigkeit gesehen werden. Dennoch mussten auch »die langfristigen Zielsetzungen« gleichzeitig wenigstens berücksichtigt werden. Danach fährt Hasselblatt fort: »Wir müssen in grossen Zügen zur Klarheit darüber gelangen, welcher Boden zu g e r m a n i s i e r e n, d.h. deutsch zu besiedeln ist und welche Völker bzw. Menschengruppen für eine Einddeutschung in Betracht kommen, welchen Gebieten bzw. Völkern wir eine deutsche Oberschicht und welchen bloss den deutschen Verwaltungsapparat zur Ausübung der Herrschaft des Reiches geben«.

Indem Hasselblatt von der unterschiedlichen Einstellung des Deutschen Reichs und der Deutschen Nation zu fremden Nationalitäten ausgeht, erhält er als Resultat folgende Skala: »unterdrückte Völker, beherrschte

³⁶ Schickedanz war einer der engsten Mitarbeiter Rosenbergs im APA gewesen. Er sollte Reichskommissar von Kaukasien werden.

³⁷ Prof. von Mende war Leiter der Abteilung Kaukasien in der Hauptabteilung Politik des OMi.

³⁸ Werner Hasselblatt (1890—1958) studierte (1908—1912) Jura in Dorpat. Mitglied des estnischen Parlaments (1923—1932), Vorsitzender der deutsch-schwedischen Parlamentsfraktion, trug entscheidend zur Entstehung der Gesetzesvorlage bei (1925), die die kulturelle Autonomie der nationalen Minderheiten Estlands garantierte, ging 1931 nach Deutschland als juristischer Berater des Interessenverbandes deutscher Nationalitätsgruppen in Europa. International bekannter Fürsprecher nationaler Minderheiten. Zu Hasselblatts Tätigkeit genauer, Rauch S. 122—124; Jacobsen 1968, S. 193; Max Hilbert Boehm, Werner Hasselblatt an seinen Kämpfen für das Recht der deutschen Minderheiten. Jahrbuch des baltischen Deutschtums 1959. S. 72—75.

³⁹ Hasselblatt an Grosskopf 4.7.1941. AA: Pol. XIII/27: 1—10.

⁴⁰ Ibid. Hasselblatt teilt mit, dass die Gedanken und Vorschläge der Denkschrift einerseits auf den zahlreichen Gesprächen beruhen, die er mit an den Ostproblemen arbeitenden Personen geführt habe, und andererseits auf seinen eigenen Vorarbeiten für das OKW. Hasselblatt teilte vertraulich mit, im OKW sei ursprünglich vorausgesetzt worden, solange noch im Baltikum die Einsetzung einer längeren Militärverwaltung geplant wurde, dass er eine leitende Stellung in der Militärverwaltung Estlands annehme.

Völker, reichszugewandte Völker, befreundete Völker und verbündete Völker», während sich folgendes Bild ergibt, wenn der jeweils zu gebrauchende »deutsche Bevölkerungsbeitrag« zum Einteilungsprinzip gemacht wird:

a) De jure souveräne, aber durch Verträge mit uns dauernd in intimmem Zusammenwirken verbundene Staaten, hinsichtlich deren wir keine Boden- oder Menscheneindeutschung anstreben: Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Ungarn (?), Rumänien, Bulgarien.

b) Staaten mit beschränkter nichtdeutscher Eigenstaatlichkeit: Slowakei, Ukraine, Kaukasus (als Föderativstaat).

c) Gebiete mit dauernd gedachter deutscher Oberschicht und deutscher Verwaltung: Teile der östlichen Reichsgaue, soweit und solange dort noch Polen vorhanden sind und Weissruthenien...

d) Autonome Reichsgebiete: Estland,^{40a} ein nach Osten verschobenes Wohngebiet der Letten und ein ebensolches der Litauer.

e) Gebiete mit dauernd gedachter deutscher Verwaltung,... Diese Gebiete sind: das Generalgouvernement und die Teile der ehem. UdSSR, soweit sie nicht unter Punkt a—d erwähnt sind. Ferner aussereuropäische Kolonien.

f) Gebiete, die im Zuge der biologischen Ausweitung des deutschen Volkes die Reserve für künftigen deutschen Siedelboden darstellen: 1) in organischer Entwicklung siedelmässig noch nicht eingedeutschte Teile der Gaue Ostpreussen, Danzig-Westpreussen und Wartheland; 2) das Generalgouvernement.»

In »ein etwa 20-Jahrprogramm der Totalgermanisierung des Bodens« wollte Hasselblatt folgende Punkte aufnehmen: 1) »Die Südstreifen der Reichsgaue Untersteiermark und Kärnten, Danzig-Westpreussen, grosse Teile des Warthelandes und Oberschlesiens; 2) Böhmen und Mähren; 3) Gebiet Belgrad; 4) etwa Westlitauen und Kurland nebst Teilen von Livland; 5) Krim und Nordkaukasus... (deutscher Siedelgürtel zur Trennung der Slawen von den Kaukasusvölkern)«. Zur Sicherung der deutschen Ansiedlung in den geplanten Siedlungsgebieten schlug Hasselblatt die Deportation der nichtdeutschen Bevölkerung, wie der Polen, Litauer und Letten weiter nach Osten vor. Voraussetzungen zur Eindeutschungspolitik d.h. zur Eindeutschung der Bevölkerung sah der Verfasser der Denkschrift nur in den früheren Baltischen Republiken gegeben, auch wenn er damals Einschränkungen bezüglich der lettischen Intelligenz und der in den östlichen Teilen Lettlands wohnenden Lettgallen machte.⁴¹ Ein Vergleich der Denkschriften Hasselblatts und Rosenbergs zeigt, dass deren Grundgedanken sehr ähnlich sind. Da Hasselblatts ursprünglicher Auftraggeber das OKW

^{40a} An einer anderen Stelle seiner Denkschrift setzte Hasselblatt voraus, dass auch Estland nach Osten ausgedehnt würde.

⁴¹ Obige Denkschrift von Hasselblatt.

war, kann man wohl immerhin vermuten, dass diese Gedanken anfangs auch dort Rückhalt fanden. Vielleicht etwas überraschend ist es zu sehen, wie Hasselblatt, der bekannte Fürsprecher der nationalen Minderheiten in diesen Falle ohne Bedenken die Liquidierung der nationalen Streusiedlung durch Zwangsumsiedlung der Bevölkerung empfiehlt.

Über die Kräfte der »Dienststelle Rosenberg« ging der Versuch, die Einheit der geplanten politischen Verwaltung für die zu besetzenden Ostgebiete zu verteidigen. Als erstes geriet Rosenberg in Kompetenzstreitigkeiten mit Göring und Himmler, die sich beide in den zu besetzenden Ostgebieten eine selbständige, von Rosenbergs Behörde unabhängige Stellung zu sichern suchten. Mit Ausnahme der von Anfang an vorausgesetzten Trennung von Zivilverwaltung und militärischer Befehlsgewalt betrachtete Rosenberg eine weitere Gewaltenteilung als »gänzlich unerträglich«: die Unterstellung der Polizei in den zu besetzenden Ostgebieten unter Himmler würde bedeuten, dass »die Exekutive politisch über der Legislative steht«.42 »Man fordert eine Wirtschaftsbefehlsausgabe, die gänzlich unabhängig von dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ist«, schrieb Rosenberg am 14. 6. 1941 an Lammers und fügte hinzu, dass sogar »Pläne einer Errichtung eines selbständigen Wirtschaftsministeriums für die besetzten Gebiete erörtert werden«. Rosenberg war der Ansicht, dass solche Bestrebungen seine ganze politische Konzeption aufs Spiel setzen. »Von seiner dienstlichen Überzeugung aus« teilte er mit, dass man bei einer Verwirklichung der geschilderten Teilung der Befugnisse »die historische Chance einer bewusst geleiteten Neuordnung des europäischen Ostens« verlieren würde.43 Rosenberg konnte es jedoch nicht verhindern, dass Göring als Beauftragter des Vierjahresplans aufgrund einer am 29. 6. von Hitler erlassenen Verordnung alleine für die wirtschaftliche Nutzung der zu besetzenden Ostgebiete verantwortlich wurde.44 Die Aufgaben Himmlers als des Chefs der deutschen Polizei wurden endgültig in der von Hitler geleiteten Konferenz am 16. 7. 1941 festgelegt.

Die endgültige Gestaltung der Besatzungsverwaltung

Konferenz im Führerhauptquartier 16. 7. 1941

Der Chef der Reichskanzlei Lammers hatte am 16. 5. Hitler Zuständigkeitsfragen in Verbindung mit der Organisation der Zivilverwaltung der zu besetzenden Ostgebiete vorgetragen, aber Hitler enthielt sich damals jeder Stellungnahme.45 Als der deutsche Angriff auf die Sowjetunion

42 Rosenberg an Lammers 24. 4. 1941 BA: R 6/21.

43 Rosenberg an Lammers 14. 6. 1941 BA: R 6/21.

44 Siehe oben S. 53.

45 1188-PS, NMT XII S. 1273—1274.

am 22. 6. 1941 begann, war noch kein endgültiger Beschluss hinsichtlich der offenen Fragen gefasst. Auch die Entwicklung der militärischen Lage begann jetzt für ihren Teil die Beschlussfassung bezüglich der Zivilverwaltung zu beschleunigen. Feldmarschall Keitel teilte Rosenberg am 10. 7. mit, dass die Wehrmacht in zehn Tagen das Gebiet südlich der Düna der Zivilverwaltung übergeben könnte.⁴⁶

Aufgrund der Entscheidungen und Ernennungen in der Konferenz⁴⁷ vom 16. 7. 1941 im Führerhauptquartier konnte sich die Verwaltung der besetzten Gebiete endgültig organisieren. Als Hintergrund dieser Besprechung muss zweifellos berücksichtigt werden, dass Hitler den Ostfeldzug damals als praktisch gesehen schon gewonnen betrachtete.⁴⁸ Nach seinen Worten handelte es sich in Russland nur noch um die »Zerlegung dieses riesenhaften Kuchens«, damit man ihn desto besser verwalten und ausnutzen könne. Offen verkündete Hitler das von der Macht gewährte Recht: »Die Hauptsache sei, dass wir selbst wüssten, was wir wollten. Keinesfalls solle durch überflüssige Erklärungen unser eigener Weg erschwert werden.« Diese seien ausserdem völlig unnötig, denn »soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun und was ausserhalb unserer Macht liege, könnten wir ohnehin nicht tun«. Hitler hielt es jedoch für sehr wichtig, dass die Ziele nicht »der ganzen Welt verkündet« werden, sondern dass die Tätigkeit »nach taktischen Gesichtspunkten« begründet wird.⁴⁹ »Alle notwendigen Massnahmen — Erschiessen, Aussiedeln etc. — tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun. Wir wollen uns aber nicht irgenwelche Leute vorzeitig zu Feinden machen.« Hitler erinnerte noch daran, dass niemals die Bildung einer militärischen Macht westlich des Urals erlaubt werden dürfte. »Eiserner Grundsatz muss sein und bleiben: Nie darf erlaubt werden, dass ein Anderer Waffen trägt als der Deutsche.« Das bedeutete, dass Hitler grundsätzlich dem bewaffneten Kampf nicht-russischer Völker gegen den Bolschewismus ablehnend gegenüber stand, weil es nicht in Frage kommen konnte, z.B. den Ukrainern Waffen zu geben. Gerade

⁴⁶ Rosenbergs Brief an Lammers 12. 7. 1941 BA: R 6/21.

⁴⁷ Von dem Gespräch, an dem ausser Hitler Rosenberg, Göring, Keitel, Lammers und Bormann teilnahmen, hat Bormann ein Promemoria angefertigt. 221-L XXXVIII S. 86. Vgl. Rosenbergs Zeugenaussage in Nürnberg. IMT XI, S. 531.

⁴⁸ Siehe Hillgruber 1965 S. 537—538.

⁴⁹ Vgl. Goebbels' geheime Erklärung vor Vertretern der deutschen Presse am 5. 4. 1940. Hans-Adolf Jacobsen. Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten. Frankfurt a.M. 1965. S. 180—181. »Wenn heute einer fragt, wie denkt ihr euch das neue Europa, so müssen wir sagen, wir wissen es nicht. Gewiss haben wir eine Vorstellung. Aber wenn wir sie in Worte kleiden, bringt uns das sofort Feinde und vermehrt die Widerstände«... »Bis jetzt ist es uns gelungen, den Gegner über die eigentlichen Ziele Deutschlands im umklaren zu lassen, genauso wie unsere innerpolitischen Gegner bis 1932 gar nicht gemerkt haben, wohin wir steuerten.«

bezüglich der Ukraine tritt der Widerspruch zwischen Hitlers Auffassung und der von Rosenberg vertretenen Konzeption am deutlichsten in Erscheinung, denn Rosenberg wollte in der Ukraine »gewisse Selbständigkeitsbestrebungen«, die ukrainische Kultur und das nationale Bewusstsein der Ukrainer fördern, fand aber bei der Besprechung nicht die Unterstützung der anderen. Detailliertere Gebietsforderungen stellte Hitler bezüglich des »Baltenlandes«,⁵⁰ der Krim (einschliesslich eines beträchtlichen Hinterlandes), der deutschen Wolga-Kolonie, der Umgebung von Baku sowie der Halbinsel Kola, die dem Reichsgebiet angeschlossen und entweder ganz oder teilweise mit Deutschen besiedelt werden würden. Eine lange Diskussion verursachte die Ernennungsfrage der Reichskommissare. Rosenberg schlug Lohse als Reichskommissar für das Baltenland und den Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel für die Ukraine vor, stiess aber auf den Widerstand des Reichsmarschalls Göring, der verlangte, dass der Gauleiter von Ostpreussen Erich Koch bei der Besetzung von Vakanzen zu berücksichtigen sei, weil nach seiner Meinung die wichtigsten Aufgaben der Besatzungsbehörden am Anfang auf wirtschaftlichem Gebiet lägen, besonders in der Sicherung der deutschen Lebensmittelversorgung. Rosenberg, der Koch zum Reichskommissar von Moskau⁵¹ hatte machen wollen, was einen »rückichtslosen Charakter« forderte, meldete seine Zweifel an, ob Koch seinen Anordnungen Folge leisten würde.⁵² Hitlers Entschluss, Koch in der Ukraine einzusetzen, bedeutete einen ernsten Schlag für Rosenbergs Ukraine-Politik und zugleich für seine ganze Dekompositionspolitik, deren wichtigstes Glied gerade die Ukraine darstellte.

Rosenberg erwartete noch eine Niederlage bei der letzten Streitfrage, bei der es um die Machtbefugnisse des Reichsführers-SS ging. Hitler und Reichsmarschall Göring hielten es für unbedingt notwendig, dass Himmler in den besetzten Ostgebieten dieselben Befugnisse erhalte, die er auch in Deutschland habe. Rosenberg fand bei keinem Unterstützung für seine Einwände.⁵³

⁵⁰ Ursprünglich gedachter Name für das aus Estland, Lettland, Litauen und Weissrussland bestehende Reichskommissariat. Als schliessliche Bezeichnung wurde jedoch »Ostland« bestätigt.

⁵¹ Siehe 1019-PS IMT XXVI S. 557.

⁵² »Koch ... wird sich mehr an Göring als mich anlehnen«, schrieb Rosenberg am 16. 7. 1941 in sein Tagebuch. Robert M. W. Kempner, Der Kampf gegen die Kirche aus unveröffentlichten Tagebüchern Alfred Rosenbergs. Der Monat 10/1949. S. 37.

⁵³ 221-L IMT XXXVIII S. 86—94. In einem am folgenden Tage herausgegebenen Erlass über die »polizeiliche Sicherung« wurde bestimmt:

»I. Die polizeiliche Sicherung der besetzten Ostgebiete ist Sache des Reichsführer-SS und Chefs der Deutschen Polizei.
II. Nach Einführung der Zivilverwaltung in diesen Gebieten ist der Reichsführer-SS berechtigt, den Reichskommissaren im Rahmen seiner unter I bezeichneten

Rosenberg hatte eine Niederlage in seiner Ukraine-Politik erlitten, eine Niederlage in den Ernennungsfragen und eine Niederlage in dem Streit um die Befugnisse, aber dessen ungeachtet bildete er sich ein, eine gewaltige Gesamtaufgabe im Osten erhalten zu haben.⁵⁴ Görings und Himmlers Befugnisse betrachtete Rosenberg völlig ohne Grund als vorübergehende Ausnahmebestimmungen, die sich auf die Zeit des Krieges beschränken.⁵⁵

Die Entstehung des »Chaostministeriums«

Der offizielle Gründungstag des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete war der 17. 7. 1941.⁵⁶ Durch einen Erlass Hitlers wurde Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete ernannt, aber zugleich liess der Erlass erkennen, dass Rosenbergs Zuständigkeit von Anfang an wesentlich beschränkt war, weil darin ausdrücklich festgestellt wurde, dass die Befugnisse des Beauftragten des Vierjahresplanes Hermann Göring und des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei Heinrich Himmler davon nicht berührt werden und Sonderregelungen unterliegen.

Man kann mit Recht fragen, warum Hitler zum Ostminister den theoretischen Rosenberg wählte, der niemals besondere organisatorische Fähigkeiten gezeigt hatte und schon Jahre nicht mehr zu Hitlers engstem Kreis gehörte. Erstens mochte es Hitler, der immer propagandistische Faktoren zu schätzen wusste, als politisch zweckmässig erscheinen, den als »ehrlich antikommunistisch« bekannten Rosenberg, Spezialist der NSDAP für russische Fragen und ihr »Hauptideologe«, auf einen sichtbaren Platz der Ostpolitik zu berufen, und das in einer Phase des Gesamtkrieges, die den Übergang von dem im Westen geführten »europäischen Normalkrieg« zu

Aufgabe Weisungen zu erteilen. Sofern diese allgemeiner Art oder von politisch grundlegender Bedeutung sind, sind sie über den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zu leiten. Es sei denn, dass es sich um die Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr handelt.» »Erlass des Führers über die polizeiliche Sicherung der neubesetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941«. KTB OKW I. S. 1028—1029.

⁵⁴ Voller Stolz schrieb Rosenberg in sein Tagebuch: »Ich hatte eine Riesenaufgabe erhalten, wohl die grösste, die das Reich zu vergeben hat, die Sicherung für Jahrhunderte, die Unabhängigkeitsmachung Europas von Übersee«. Kempner S. 37.

⁵⁵ Ibidem, sowie Jürgen Thorwald, Wen Sie verderben wollen. Stuttgart 1952. S. 37.

⁵⁶ »Erlass des Führers über die Verwaltung der neubesetzten Ostgebiete vom Juli 1941«. In der Öffentlichkeit wurde die Gründung des Ostministeriums erst im November 1941 mitgeteilt. Das Ostministerium war somit gezwungen, monatelang im geheimen zu arbeiten, was natürlich seine Arbeit in der wichtigen Gründungsphase erschwerte.

dem im Osten zu führenden »ideologischen Vernichtungskrieg« bedeutete.⁵⁷ Zweitens ist es offensichtlich, dass für Rosenberg keine solche grosse »Gesamtaufgabe« im Osten reserviert war, wie er sie glaubte erhalten zu haben. Himmler war früher zu der rassistischen und politischen »Reinigung« der zu besetzenden Ostgebiete bevollmächtigt worden, und schon vor der Gründung des Ostministeriums arbeiteten mehrere Behörden in seinem Tätigkeitsbereich unter Hochdruck an den zentralen Problemen der Lebensraumpolitik. Wenn man die Faktoren erwägt, die Rosenbergs Wahl beeinflusst haben, müssen noch die inneren Machtverhältnisse des Dritten Reiches und der Machtkampf zwischen einzelnen Personen und Institutionen berücksichtigt werden. Hitler kam es darauf an, zu verhindern, dass einer seiner Satrapen zu mächtig würde, und in der Hinsicht war Rosenberg für ihn eine sichere Wahl. Auch Martin Bormann, der einen Machtzuwachs der SS verhindern wollte, befürwortete Rosenbergs Kandidatur, weil er wusste, dass dieser kein ernstlicher Rivale im innenpolitischen Machtkampf würde.⁵⁸

Die Organisation des Ostministeriums war eine schwierige und zeitraubende Aufgabe. Rosenberg hielt zäh an dem Prinzip des territorialen Ministeriums fest, obwohl die Entwicklung, die zur faktischen Aufteilung der Befugnisse geführt hatte, die konsequente Befolgung dieses Prinzips schon unmöglich gemacht hatte. Ein besonders schwieriges Problem stellte die Rekrutierung der geeigneten Beamtschaft für eine so umfangreiche Organisation dar. Für einige zentrale Aufgaben konnte Rosenberg allerdings eine Gruppe von Beamten aus dem — nun zwecklos gewordenen — Aussenpolitischen Amt freimachen.⁵⁹ Aus dem Auswärtigen Amt konnte Rosenberg einige Osteuropa-Experten anwerben, nämlich den ehemaligen deutschen Generalkonsul von Transkaukasien Otto Bräutigam,⁶⁰ Peter Kleist sowie Prof. Gerhard von Mende, der baltendeutscher Herkunft war. Diese alle wollten die im Osten gegebenen politischen Möglichkeiten zur Vernichtung des Sowjetsystems ausnutzen. Das Innenministerium dagegen überliess dem Ostministerium solche Beamten, die es auch sonst hatte loswerden wollen, während einige andere Ministerien zwar qualifizierte Kräfte sandten, aber nicht, um auf sie zu verzichten, sondern um einen Teil der Befugnisse des Ostministeriums in ihre Hände zu bekommen.⁶¹ Diese zuletzt genannte Erscheinung zeigte sich besonders bei der Besetzung der Wirtschaftsabteilungen des Ministeriums.

⁵⁷ Siehe oben S. 46.

⁵⁸ Dallin S. 47; Reitlinger 1960 S. 129.

⁵⁹ Von da kamen u.a. Georg Leibbrandt, Arno Schickedanz, Walter Malletke und Hans Wilhelm Scheidt, Looock 1970 S. 164 Anm. 16.

⁶⁰ Leibbrandt kannte Bräutigam schon lange, und dieser wurde auf seinen Wunsch ins Ostministerium berufen. Leibbrandt-Interview am. 31. 10. 1966.

⁶¹ Bräutigam S. 26—28; Reitlinger 1960, S. 138—139; Kleist S. 147—148.

Die Leitung der Hauptabteilung Politik des Ostministeriums übernahm Georg Leibbrandt, wie oben schon erwähnt. Die Aufgabe der Hauptabteilung Politik war es, die allgemeinen Richtlinien der in den Reichskommissariaten zu verfolgenden Politik zu bestimmen. Otto Bräutigam wurde die allgemein-politische Abteilung der Hauptabteilung anvertraut, zu deren Aufgabenbereich die politischen Fragen grundsätzlicher Art gehörten, deren Bedeutung über ein Reichskommissariat hinausging. Zu dieser Gruppe wurden u.a. Fragen der Wirtschafts- und Agrargesetzgebung gerechnet, die Eigentumsfrage, die Fragen in Verbindung mit der Aufstellung nationaler Freiwilligenverbände usw. Dieses Prinzip liess sich jedoch nicht völlig durchhalten. So war ursprünglich beabsichtigt, dass die allgemein-politische Abteilung auch grundsätzliche Sonderfragen betreffend die Jugend und die Frauen vorbereite, aber wegen der scharfen Proteste der reichsdeutschen Jugend- und Frauenorganisationen mussten für diese Aufgabenbereiche eigene Unterabteilungen gebildet werden, zu deren Leitern Vertreter der betreffenden Organisationen ernannt wurden. Ferner wurden für die Behandlung von Sonderfragen eines jeden Reichskommissariats eigene Abteilungen gegründet; Peter Kleist fielen die Sonderfragen betreffend das Reichskommissariat Ostland zu.⁶²

Die Hauptabteilung Verwaltung war im ursprünglichen Plan überhaupt nicht vorgesehen, weil der Schwerpunkt der Verwaltung in den Reichskommissariaten liegen sollte, denen das Ministerium nur allgemeine Richtlinien gegeben hätte. Im Ministerium erwachten jedoch bald Zweifel — keineswegs unbegründet — ob die Reichskommissare in der Praxis überhaupt grosse Achtung vor den allgemein-politischen Weisungen des Ministeriums hätten. Deshalb war man der Ansicht, dass die einheitliche Verwaltung dennoch seitens des Ministeriums eine sehr konzentrierte Lenkung verlange — um so mehr als sonst die Gefahr bestanden hätte, dass die Leitung der Verwaltung in andere Ministerien und Zentralbehörden geglitten wäre, was das Ostministerium der Möglichkeit beraubt hätte, die Verwirklichung einer einheitlichen Politik in den besetzten Ostgebieten zu überwachen. Die logische Schlussfolgerung aus einer solchen Situationsanalyse war der Beschluss, die Hauptabteilung Verwaltung zu gründen, was jedoch gleichzeitig den Keim zu neuen Streitigkeiten in sich barg, denn die Reichskommissare hielten die Tätigkeit des Ministeriums für zu bevormundend. Die Reichskommissare wiesen gerne darauf hin, dass die Verwaltungschefs der anderen besetzten Gebiete wie Frank in Polen und Terboven in Norwegen direkt Hitler unterstellt waren.⁶³

Rosenberg hatte anfangs beabsichtigt, in seinem Ministerium eine von den anderen deutschen Wirtschaftsbehörden unabhängige Wirtschaftsab-

⁶² Bräutigam S. 22—23, 27. Zur Organisation siehe den Plan S. 295.

⁶³ Ibid. S. 23; Vgl. Kleist S. 149.

teilung zu gründen, als deren Kern er die wirtschaftspolitische Abteilung des Aussenpolitischen Amtes der Partei verwenden wollte. Bald war man jedoch zu der Feststellung gezwungen, dass in Anbetracht der weiten, Reichsmarschall Göring erteilten wirtschaftlichen Vollmachten für eine besondere Hauptabteilung Wirtschaft des Ostministeriums kein Tätigkeitsbereich mehr da war. Auf Alfred Meyers Vorschlag hin wurden die wirtschaftspolitischen Abteilungen des Ministeriums in Personalunion mit Görings Vierjahresplan und dem Wirtschaftsstab Ost verbunden, der dessen Tätigkeit in den besetzten Ostgebieten unterstützte, was in der Praxis bedeutete, dass die wirtschaftlichen Führungsgruppen des Wirtschaftsstabes Ost gleichzeitig als entsprechende Abteilungen des Ostministeriums tätig waren.⁶⁴ So wurde z.B. Dr. Schlotterer, der Chef der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft im Wirtschaftsstab Ost war, Leiter der Chefgruppe Wirtschaftspolitische Kooperation im Ostministerium. Gleichzeitig war Schlotterer nach wie vor Leiter der Ostabteilung des Wirtschaftsministeriums und, was besonders interessant, ihm unterstand im Ministerium auch die Abteilung V.O (Vorbereitung und Ordnung), die im Juni 1940 als Leitzentrale für die wirtschaftliche »Neuordnung Europas« aufgebaut worden war. Man weiss, dass im Sommer 1940 Schlotterer u.a. an vertraulichen Gesprächen mit Vertretern des IG-Farben-Konzerns darüber teilgenommen hat, wie die Interessen der deutschen chemischen Industrie in Westeuropa in der künftigen »Friedensplanung« zu berücksichtigen seien.⁶⁵ Zweifellos gehörte Schlotterer schon rein aufgrund seiner früheren Karriere zu den politisch starken Namen des Ostministeriums. Die grundsätzlichen Richtlinien auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wurden vom Vierjahresplan bearbeitet: die ihre Verwirklichung bedeutenden Erlasse, Verfügungen oder Weisungen wurden dem Ostministerium als fertige Vorlagen gegeben, in denen Rosenberg nur selten Änderungen oder Ergänzungen vorzuschlagen wagte.

In der internen Organisation des Ministeriums hatte die Hauptabteilung Politik keine Priorität gegenüber den anderen Hauptabteilungen, und das wäre natürlich auch gar nicht möglich gewesen, weil sich die Tätigkeit der wirtschaftspolitischen Abteilungen nach den Richtlinien des Vierjahresplanes bestimmte. Die Arbeit des Ministeriums wurde deshalb von Anfang an durch einen gewissen dualistischen Zug gestört: die Hauptabteilung Politik und die wirtschaftspolitischen Abteilungen konnten völlig entgegengesetzte Ansichten vertreten,⁶⁶ deren Ausgleich nicht als interne Angelegenheit

⁶⁴ Bräutigam S. 28—29.

⁶⁵ R. Czollek—D. Eichholtz, Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte I/1968. S. 161. D. Eichholtz, Die IG-Farben-»Friedensplanung«. Schlüssel-dokumente der faschistischen »Neuordnung des europäischen Grossraumes«. In Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte III/1966 s. 274.

des Ministeriums erfolgen konnte. Es war nicht unberechtigt, wenn die Berliner das Ministerium spöttisch »Chaostministerium« nannten.⁶⁷

Andere Machthaber und -anwärter in den besetzten Ostgebieten

Das Auswärtige Amt wollte sich in den besetzten Ostgebieten auch nicht mit der Rolle eines untätigen Zuschauers begnügen. Ribbentrop bildete im April 1941 schnell sein eigenes Russland-Komitee, in dem die besten deutschen Russland-Kenner gesammelt werden sollten.⁶⁸ Das Ministerium plante eine recht ausgedehnte Tätigkeit u.a. im Baltikum und wollte seine eigenen Vertreter nach Riga, Reval und Kowno (Kaunas) entsenden.⁶⁹

Rosenberg sah in diesen Plänen einen neuen, gegen seine Befugnisse gerichteten Schlag und erklärte, dass er es für unnötig halte, überhaupt einen Vertreter des Auswärtigen Amtes in die Dienststelle des Reichskommissars zu entsenden. Das konnte er jedoch nicht verhindern.⁷⁰ Politisch hatte die Tätigkeit der Vertreter des Auswärtigen Amtes jedoch sehr wenig Bedeutung.

Von Anfang an wurde das Post- und Telegrafwesen der besetzten Ostgebiete direkt der Aufsicht des deutschen Postministers unterstellt, und entsprechend übernahm das Verkehrsministerium die Eisenbahnverwaltung in dem ganzen von Deutschland beherrschten Gebiet.⁷¹ Ferner war auch die Organisation Todt in den besetzten Ostgebieten selbständig tätig. Dieselbe Entwicklungstendenz dauerte auch in den folgenden Jahren an: immer neue Sonderbevollmächtigte erhielten wichtige Sonderaufgaben, für deren Ausführung sie nur dem Führer verantwortlich waren.

Zusammenfassung: Die besatzungspolitischen Nah- und Fernziele im Vorsommer 1941

Der Glaube an einen schnellen militärischen Zusammenbruch war den zahlreichen Denkschriften gemeinsam, die im Frühjahr 1941 im Bereich der auf die eine oder andere Weise mit der Behandlung der Ostpolitik verbundenen Behörden verfasst wurden, wie auch den Gesprächen, in denen die im Osten durchzuführende politische Neuordnung umrissen wurde. Aus diesem Grund ist es verständlich, dass der Schwerpunkt dieser Pläne

⁶⁶ Ein gutes Beispiel dafür war die Frage der Rückgabe des verstaatlichten Privateigentums an die ehemaligen Eigentümer. Siehe genauer S. 219—220.

⁶⁷ Kleist S. 148.

⁶⁸ Paul Seaburg, *The Wilhelmstrasse*. Los Angeles 1954. S. 116.

⁶⁹ NG-4755 NMT XII. S. 1275—1276.

⁷⁰ Weizsäcker an Rosenberg 15. 7. 1941, DGEP. Series D XIII S. 140—141.

⁷¹ Bräutigam S. 27.

schon in der auf den Barbarossa-Plan folgenden Zeit lag, m.a.W. in den politischen Fernzielen. Die Sowjetunion spielte in den angefertigten Plänen keine Rolle mehr als »Subjekt der europäischen Politik«, sondern daraus war in Anbetracht der herrschenden Vorstellungen von dem militärischen Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausschliesslich ein »Objekt der deutschen Weltpolitik« geworden.⁷² Einigkeit herrschte darüber, dass die Sowjetregierung und der Kommunismus zu beseitigen sei, Deutschland wirtschaftliche Vorteile im Osten zu verschaffen seien und sein Bedarf an Lebensraum zu decken sei. Gemeinsam war auch, dass sich der Schwerpunkt des territorialen Interesses von Hitler, Rosenberg und Göring, wenn auch aus verschiedenen Gründen, ganz deutlich auf die Ukraine richtete. Deshalb traten die Unterschiede zwischen den Konzeptionen Hitlers und Rosenbergs am klarsten hervor, wenn es sich um die in der Ukraine zu befolgende Politik handelte.

Die in Hitlers Strategie dem Ostfeldzug gegebene funktionale Aufgabe⁷³ lässt sich in folgende Komponenten aufteilen: 1) der Ostfeldzug als Mittel, den Gesamtkrieg zu gewinnen, 2) als ideologischer Vernichtungskrieg zur »Endlösung der Judenfrage«, 3) als Eroberungskrieg zur Lösung des Lebensraumproblems, 4) als Kolonialkrieg, der die Lebensmittelversorgung Deutschlands sichern und den Rohstoffbedarf seiner Industrie decken würde. Hitlers Interesse an der möglichst frühen Besetzung der kriegswirtschaftlich wichtigen Gebiete der Sowjetunion zeigte sich schon bei der operativen Planung des Ostfeldzuges. Hitler glaubte, dass nachdem die Reichtümer Russlands — eine besondere Bedeutung erhielten dabei die Ukraine und Kaukasien — Deutschland zur Verfügung ständen, es in der Zukunft Möglichkeiten hätte, sich auch in einem möglichen Krieg zwischen den Kontinenten zu behaupten.⁷⁴ Die wirtschaftliche Ausnutzung der zu besetzenden Ostgebiete hatte Hitler dem Beauftragten des Vierjahresplanes Hermann Göring übertragen, dessen Vertrauter, der Gauleiter von Ostpreussen Erich Koch, zum Reichskommissar für die Ukraine ernannt wurde. Das war eine symptomatische Wahl, weil sie zeigte, welchen Zielen in der Ukraine-Politik der Vorrang gegeben wurde. Bemerkenswert war auch, dass die für die wirtschaftliche Ausnutzung der zu besetzenden Gebiete geschaffene Organisation in den wesentlichen Zügen schon fertig war, als man die politische Verwaltung erst zu skizzieren begann. Göring hatte auch wenigstens formell bei der Bildung der »Kontinentalen Öl-AG« im März

⁷² Vgl. Rosenbergs Rede am. 20. 6. 1941 1058-PS IMT XXVI. S. 613.

⁷³ Siehe oben S. 46; Hillgruber 1965, S. 519.

⁷⁴ Siehe besonders Hitlers am 9. 1. 1941 geäusserte Gedanken KTB/OKW I S. 258; über die Verwandtschaft der Auffassungen Hitlers und der Geopolitiker, siehe Lothar Gruchmann, Nationalsozialistische Grossraumordnung. Stuttgart 1962. S. 151. Über die kriegswirtschaftlichen Ziele des Ostfeldzuges siehe genauer Hillgruber 1965, S. 266—268.

1941 als Initiator gewirkt, wenn auch einige Grosskonzerne (besonders IG-Farben) und Banken schon in diesem Stadium eine sehr aktive Rolle bei der Gründung dieser Holding-Gesellschaft spielten, die die erste und in ihrer Bedeutung vielleicht wichtigste der in den besetzten Ostgebieten später in Aktion getretenen Ostgesellschaften war.⁷⁵ Der Reichsführer-SS und »Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums« Heinrich Himmler hatte wiederum die Vollmacht für zwei, von den nationalsozialistischen Fernzielen aus gesehen zentralen Aufgaben bekommen: die »Endlösung« der Judenfrage und die Anfertigung von siedlungspolitischen Plänen.

Die bei der Verwaltung der Ostgebiete zu gebrauchenden Methoden waren in Hitlers Gedanken brutal einfach. »Die jüdischbolschewistische Intelligenz« war physisch zu vernichten und der höhere Unterricht zu verbieten, um die Entstehung einer neuen einheimischen Oberschicht zu verhindern. Insgesamt war der Bildungsstand der Bevölkerung herabzusetzen, um das Herrschen zu erleichtern. Bei einem möglichen Aufstand brauche man dann »nur ein paar Bomben zu werfen« und die Sache wäre klar.⁷⁶ Hitlers und ebenso auch Görings und Himmlers Einstellung zu den Problemen des Ostens⁷⁷ könnte man als »unpolitisch« bezeichnen, weil sie es im Osten nicht für nötig ansahen, irgendwelche politischen Gegenkräfte, Bedürfnisse und Reaktionen der einheimischen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Alfred Rosenbergs Programm stellte in der Form, in der er es im Frühjahr 1941 vorlegte, auf jeden Fall eine politische Konzeption dar, in der die Erreichung des Zieles wenigstens eine gewisse Mitwirkung seitens der nicht-russischen Völker Russlands voraussetzte. So bezeichnete es Rosenberg in seiner Rede vom 20. 6. 1941 über die Probleme des Ostfeldzuges als Aufgabe der deutschen Ostpolitik, die Freiheitsbestrebungen der nicht-russischen Völker zu unterstützen, damit sie sich von dem Riesenraum der Sowjetunion lösen und eine Art von Schutzwall gegen das moskovitische Grossrussentum bilden könnten.⁷⁸ In verschiedenen Gebieten und gegenüber verschiedenen Nationalitäten wollte Rosenberg je nach den Zielen eine ganz verschiedene Politik verfolgen: Die Baltischen Länder und die Halbinsel Krim waren in seinen Konzeptionen als deutsche Siedlungsgebiete vermerkt, die Ukraine, Kaukasien und Turkestan wiederum stellten ver-

⁷⁵ Czollek—Eichholtz 1968, S. 150—152.

⁷⁶ Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—1942. Stuttgart 1963 8—10. 1941, S. 143.

⁷⁷ Über Hitlers Konzeption und deren Vertreter siehe auch Roman Ilnytkyj, Deutschland und die Ukraine 1934—1945. München 1958. I. S. 2, 25—27; II. S. 46. Ilnytkyj zählt zu den Vertretern der Konzeption Hitlers ausser Himmler, Göring und Koch auch Bormann, Keitel und »im Grunde« auch Ribbentrop.

⁷⁸ 1058-PS, S. 616.

bündete Staaten dar. Oben ist schon bei der Betrachtung des historischen Hintergrundes der Rosenberg-Konzeption auf die offensichtlichen Zusammenhänge mit dem Dekompositionsprogramm aus der Zeit des ersten Weltkrieges hingewiesen worden, das damals besonders einige baltendeutsche Journalisten und Universitätslehrer eifrig verfochten hatten.

Rosenbergs Konzeption stellte jedoch keine wirkliche Alternative zu der Politik Himmlers und Görings dar, weil ihr von Anfang an — besonders was die Ukraine-Politik angeht — die Unterstützung Hitlers fehlte. Allerdings hat Rosenbergs das anfangs nicht verstanden oder wenigstens nicht glauben wollen, und er handelte, als ob seine Denkschriften den Segen Hitlers bekommen hätten, was natürlich in keiner Weise seine ohnehin schon schwache Stellung verbesserte.

Die Auffassungen der beiden Konzeptionen in Hinblick auf die Ukraine-Politik kann man als nahezu völlig entgegengesetzt betrachten, während über die Baltikum-Politik recht weitgehende Einigkeit herrschte. Den an verschiedenen Stellen entworfenen Plänen war gemeinsam, dass das Baltikum als künftiges deutsches Siedlungsgebiet gesehen wurde. Für die eigentliche deutsche Besiedlung sah man Möglichkeiten vor allem in Lettland (Kurland, ein Teil von Livland) sowie in Westlitauen (an der Grenze zu Ostpreussen).⁷⁹ Und es war nicht gedacht, dass sich nur Deutsche an der Siedlungstätigkeit beteiligen, sondern auch andere »Germanen«: Holländer, Dänen und Norweger.⁸⁰ Die Schweizer wären nach Hitler nur als Gastwirte in Frage gekommen. Wollte doch Rosenberg nach siegreicher Beendigung des Krieges im Baltikum auch Engländer ansiedeln.⁸¹ Die Eindeutschungsmöglichkeiten der einheimischen Bevölkerung wurden für Estland am besten beurteilt, während in Lettland und Litauen grössere Umsiedlungen vorausgesetzt wurden, teils um Raum für die künftige deutsche Siedlungstätigkeit zu schaffen, teils damit das rassische »nicht erwünschte Bevölkerungselement« weiter nach Osten vertrieben werden kann. Voller Vorbehalt war die Einstellung zu der einheimischen — oft lettischen — Intelligenz der baltischen Staaten, weil befürchtet wurde, und nicht ohne Grund, dass dieses Element ein schwer zu überwindendes Hindernis auf dem Wege der Eindeutschung darstelle. Bei Beginn der Besetzung hatte sich noch keine klare Vorstellung davon gebildet, was für eine politische Stellung die ehemaligen Baltischen Republiken im Zusammenhang mit Deutschland bekommen würden. Vorausgesetzt wurde wohl auf jeden Fall ein sehr enges Bündnisverhältnis, über dessen formellen Rahmen noch keine volle Einstim-

⁷⁹ In dieser Hinsicht bewegte man sich also auf einer sehr traditionellen Linie. Siehe oben S. 18—19.

⁸⁰ Über die damit verbundenen politischen Ziele siehe genauer S. 170.

⁸¹ 1017-PS IMT XXVI. S. 550; Tischgespräche S. 144 (8—10. 9. 1941)

migkeit erzielt war.⁸² Da alle für die besatzungspolitischen Pläne verantwortlichen Kreise damit rechneten, dass der bevorstehende Feldzug zu einem schnellen und entscheidenden Sieg führe, hatte noch kein Widerspruch zwischen den Nah- und Fernzielen aufkommen können.

⁸² Vgl. z.B. Grosskopfs Aktenvermerk an Ribbentrop 4. 6. 1941 (NG-4633). Grosskopf teilt darin mit, den Eindruck bekommen zu haben, dass Rosenberg die Baltischen Staaten direkt dem »Reichsgebiet« anschliessen wolle. Nach dem Staatssekretär des Innenministeriums von Stuckart war beabsichtigt, aus ihnen formell selbständige Staaten zu bilden.

III. DIE BESETZUNG DER BALTISCHEN LÄNDER UND DIE DEUTSCHE MILITÄRVERWALTUNG

Die militärischen Operationen im Baltikum im Sommer 1941

Der deutsche Angriff an der Ostfront begann im Morgengrauen des 22. 6. 1941. Die deutschen Truppen waren nach dem Angriffsplan in drei Heeresgruppen eingeteilt, von denen die Heeresgruppe Nord die Aufgabe hatte, die Feindkräfte in den Ostseeländern zu vernichten, der Roten Armee die Flottenstützpunkte einschliesslich Leningrad und Kronstadt zu entreissen und danach die Heeresgruppe Mitte in ihrem Angriff auf Moskau zu unterstützen.¹ Die litauischen Aktivisten begannen sofort nach Ausbruch der Kampfhandlungen hinter den Linien gegen die Einheiten der Roten Armee zu kämpfen, und schon am nächsten Tage gelang es diesen Freikorps, den Sender in Kowno und die öffentlichen Verwaltungsgebäude in ihren Besitz zu bringen.² Im Namen der »Front der litauischen Aktivisten«³ erklärte Radio Kowno den allgemeinen Aufstand gegen die Sowjetbesatzung als begonnen und forderte das litauische Volk auf, »für die Freiheit und Unabhängigkeit« des Landes zu kämpfen. Gleichzeitig teilte der Rundfunk mit, dass eine nationale Regierung gebildet sei, deren Ministerpräsident der ehemalige Gesandte Litauens in Berlin Kazys Škirpa⁴ und deren

¹ A. Philippi—F. Heim, *Der Feldzug gegen Sowjetrussland 1941—1945*. Stuttgart 1962. S. 46.

² Thomas G. Chase, *The Story of Lithuania*. New York 1946. S. 302—303. Werner Haupt, *Heeresgruppe Nord*. Bad Nauheim 1967. S. 30. Insgesamt nahmen an dem Aufstand gegen die Rote Armee schätzungsweise (Chase S. 304) 35 000 Litauer in organisierten Truppen und 90 000 in nichtorganisierten Truppen teil. Die Gesamtverluste auf litauischer Seite wurden mit 4 000 Mann beziffert. Siehe 180-L IMT XXXVII S. 677.

³ Nach Škirpa vereinigte die Organisation alle früher wichtigen politischen Gruppierungen mit Ausnahme der Kommunisten. AA: Büro der St. Litauen Mai 1939—August 1944: 298.

⁴ Škirpa hatte, bald nachdem Litauen von der Sowjetunion besetzt worden war, mit dem Aufbau einer Widerstandsbewegung begonnen und in den vorhergehenden Monaten einige deutsche Stellen (Dienststelle Ribbentrop, Abteilung Abwehr/OKW, Sicherheitspolizei und APA) von der Situation in Litauen und von den Bestrebungen der litauischen Aktivisten unterrichtet. Siehe genauer Aufz. Grundherrs 19. 6. 1941 DGFP. Series D. XII S. 1054—1055. Oskar Mamers, *Häda voidetuile* Stockholm 1958. S. 210—211.

Verteidigungsminister der ebenfalls in Deutschland als Emigrant lebende General Rastikis sei.⁵ Das Auswärtige Amt teilte danach durch Vermittlung des OKW mit, es begrüße mit Zufriedenheit die Zusammenarbeit der deutschen Truppen mit den aktiven Gruppen der Litauer, Letten und Esten, bat aber gleichzeitig, sich aufs genaueste allen Arten von politischen Versprechungen zu enthalten.⁶ Die deutschen Truppen erreichten Kowno und Vilna schon am 24. 6., und bis zum 27. Juni hatten sich die Russen aus ganz Litauen zurückgezogen.⁷

Die Rote Armee musste auch Lettland sehr schnell aufgeben. Die Deutschen erreichten Riga am 29. 6., Libau (Liepaja) wurde am 1. 7. erobert und Pleskau (Pskov) am 8. 7., aber nachdem Dorpat (Tartu) am 11. 7. eingenommen war, kam der Angriff in Estland für fast einen Monat auf der Linie Pernau (Pärnu) — Fellin (Viljandi) — Dorpat zum Stehen, während sich der Angriffsschwerpunkt der Heeresgruppe Nord auf das Gebiet östlich des Peipus-Sees verschob.⁸ Auch in Lettland begannen die einheimischen Kreise schnell eine Zentralregierung des Landes zu organisieren, um die Deutschen vor vollendete Tatsachen zu stellen.⁹

Gegen die Russen gerichtete Partisanenaktionen gab es in grossem Umfang auch in Estland. Die estnischen Freikorps versuchten vor allem die Tätigkeit jener sog. Vernichtungsbataillone zu verhindern, die die Russen einsetzten, um die Taktik der verbrannten Erde zu verwirklichen. Den estnischen Freiwilligenverbänden gelang es, viele Ortschaften mehrere Tage vor Eintreffen der Deutschen in ihren Besitz zu bringen. Eine besonders wichtige Rolle spielten die estnischen Partisanen in den Kämpfen, die zur Säuberung Dorpats von russischen Truppen führten. Viele estnische Gruppen arbeiteten mit der 18. deutschen Armee zusammen und erhielten von ihr ihre Anweisungen.¹⁰ Nachdem die Deutschen den Angriff wieder in Gang gebracht hatten, fiel Narwa (Narva) am 17. 8., wodurch die noch in Estland stehenden Einheiten der Roten Armee ihre Verbindung nach Osten verloren. Bis Ende August war das ganze Festland von Russen gesäubert, und nachdem Dagö (Hiiumaa) am 21. 10. 1941 den Deutschen

⁵ Aufz. Grundherrn 23. 6. 1941. DGEP. Series D XIII S. 3—4.

⁶ Kopie der Mitteilung Grosskopfs an das OKW 28. 6. 1941 AA: Pol Abt. XIII 23: 121. Hitler gab der Heeresgruppe Nord die Weisung, die in Litauen gebildete Regierung in keiner Weise zu berücksichtigen. KTB/OKW I S. 413.

⁷ Chase S. 303.

⁸ Kurt v. Tippelskrich, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bonn 1956. S. 186

⁹ Latvia in 1939—1942. Washington 1942. S. 54.

¹⁰ Über die Aktionen der estnischen Partisanen im Rücken der Roten Armee ausführliche Schilderungen in Eesti Riik ja Rahvas II Maaailmasõjas Teile IV—V. Stockholm 1957. Siehe auch Werner Haup, Baltikum 1941. Neckarmünd 1963. S. 100.

in die Hände gefallen war, war die Besetzung der Baltischen Länder praktisch gesehen abgeschlossen.¹¹

Die Grundzüge der provisorischen Militärverwaltung

Die besetzten Baltischen Länder wurden anfangs einer Militärverwaltung unterstellt, an deren Spitze der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets General Karl von Roques stand. Formell war er dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe unterstellt, aber tatsächlich war er in Verwaltungsfragen weitgehend selbständig, im Rahmen der vom Generalquartiermeister des OKH, General Wagner erteilten Anweisungen. Die Feldkommandanturen und Ortskommandanturen waren dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets unterstellt.¹² Die südwestlich der Linie Libau-Schaulen (Šiauliai)-Jonava liegenden Gebiete wurden am 1. 7. der Befehlsgewalt General von Roques unterstellt, und zwei Wochen später hatte sich die Grenzlinie zwischen rückwärtigem Heeresgebiet und Gefechtsgebiet auf die Linie Rigaer Bucht (etwa in der Mitte zwischen Riga und Pernau)-Wenden (Cesis)-Wolmar (Valmiera)-Rositten (Rezekne)-Dünaburg (Daugavpils) verschoben. Von Roques hatte zunächst sein Hauptquartier in Kowno, von wo er am 17. 7. nach der Ausdehnung des rückwärtigen Heeresgebietes mit seinem Stab nach Riga umzog.¹³

Die wichtigste Aufgabe der Militärverwaltung bestand darin, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Da sich die Militärverwaltung nur auf die kurze Übergangsphase vor der Zivilverwaltung beschränken sollte, wurde vorausgesetzt, dass die Militärbehörden sich nicht mit politischen Fragen zu beschäftigen brauchten. Im OKH hielt man es allerdings für zweckmässig, dass die Militärverwaltung dieselben Grundsätze befolgte, nach denen später die Zivilverwaltung verfahren würde. Auf Wunsch des Generalquartiermeisters Wagner stellte die Dienststelle Rosenberg dem OKH und dem Oberkommando eines jeden rückwärtigen Heeresgebietes Verbindungsoffiziere zur Verfügung.¹⁴ Als die Militärverwaltung ihre Tätigkeit aufnahm, war das Ostministerium offiziell überhaupt noch nicht gegründet, und von einer einheitlichen Politik konnte unter diesen Umständen gar nicht die Rede sein. Die Militärdienststellen mussten selbständig die gegebenen allgemeinen Richtlinien anwenden. Als die einheimische Bevölkerung sofort nach dem Rückzug der Roten Armee u.a. die Lokal- und Zentralverwaltung zu organisieren begann, wurde

¹¹ Philippi—Heim S. 74.

¹² Bräutigam S. 5—6.

¹³ Haupt 1967 S. 270.

¹⁴ Bräutigam S. 6. Dem OKH wurde als Verbindungsoffizier Bräutigam und dem Stab des Generals von Roques anfangs Peter Kleist zur Verfügung gestellt.

die Militärverwaltung vor vollendete Tatsachen gestellt und sie musste Stellung nehmen zu Fragen, über die noch nicht einmal in Berlin volle Klarheit herrschte. In einer solchen Situation hing dann viel von den persönlichen politischen Auffassungen und Einstellungen der Vertreter der Militärverwaltung ab.

General von Roques und sein Stabschef Oberstleutnant Arno Kriegsheim standen der ganzen damaligen Politik Deutschlands äusserst kritisch gegenüber.¹⁵ Ausserdem war man im Stab von Roques' schon im Sommer 1941 ziemlich pessimistisch inbezug auf die militärischen Möglichkeiten Deutschlands in diesem Grossmachtskrieg und kritisierte die Methoden der Besatzungspolitik.¹⁶ Oberstleutnant Kriegsheim schilderte dem neuen Verbindungsoffizier des Ostministeriums, der als Nachfolger von Peter Kleist Ende November 1941 im Stab des Generals v. Roques eintraf, ohne Übertreibung aber dennoch völlig realistisch die damalige militärische Lage und die aufgetretenen Schwierigkeiten: Material- und Menschenverluste, schwere Erfrierungserscheinungen, Mangel an Winterausrüstung, der unerwartet zähe russische Widerstand usw., so dass der erschütterte Verbindungsoffizier seinem Vorgesetzten von Kriegsheims »defätistischen Meinungen« berichtete, was zunächst zu Kriegsheims Ausschluss aus der SS und im Mai 1942 zu seiner Entlassung auch aus der Wehrmacht führte.¹⁷ General v. Roques und seine nächsten Männer, die man unter Verwendung der nationalsozialistischen Terminologie mit der Bezeichnung »ultrareaktionär« versehen könnte, verhehlten nicht ihre Sympathien für die Autonomiebestrebungen der Baltischen Länder.¹⁸ Getrennt von der Militärverwaltung

¹⁵ Nach Kleist nannte v. Roques im Sommer 1941 den ganzen Krieg »einen militärischen Wahnsinn«, die Mitglieder der SS-Sonderkommandos »Kopfjäger« und Ribbentrop einfach einen »Idioten«. Kleist S. 156.

¹⁶ Kriegsheim hatte schon im August 1941 öffentlich bezweifelt, dass Deutschland England besiegen könnte. Ferner hatte Kriegsheim die von den Deutschen vorgenommenen Erschiessungen von Juden als unwürdig angesehen und erklärt, dass die Deutschen nicht in der Lage sind, fremde Völker zu beherrschen. Entsprechende Meinungen hatten, wenn auch in milderer Form, nach Mitteilung des Chefs der Sicherheitspolizei fast alle Mitglieder des Stabes v. Roques' geäussert. Film T-175/Rolle 129/2655-23-24.

¹⁷ Korrespondenz über den »Fall Kriegsheim«, s. Film T-175/Rolle 129/2654978-2655023. Kriegsheim hatte in seinen Gesprächen mit Rosenbergs neuem Verbindungsoffizier Hauptmann Unterstab (am 21. 11. und 1. 12. 1941) erklärt, er halte weiterhin dessen Auffassungen, nach denen in Russland vor Einbrechen des Winters noch grosse Gebiete besetzt würden, für wenigstens utopisch. Auf Unterstabs Bemerkung, dass es sich doch um keine Utopien handeln könne, weil die Pläne mit Wissen und Willen des Führers gemacht seien, antwortete Kriegsheim: »Ja, da kommen Sie gleich mit der Guillotine. Der Führer hat gesagt. Dann muss ich stramm stehen und kann überhaupt nichts mehr sagen.«

¹⁸ Vgl. z.B. Oskar Angelus, Tuhande valitseja maa. Stockholm 1956. S. 63, Kleist S. 136—137. Siehe auch Labs' Reisebericht vom 28. 7. 1941 BA: R 6/24. Nach

und selbständig arbeiteten die dem Wirtschaftsstab Ost unterstellten Wirtschaftsdienststellen: die Wirtschaftsinspektion Ostland¹⁹ sowie die Wirtschafts-Kommandos Riga, Reval und Kowno, deren Tätigkeit von den Richtlinien der Grünen Mappe²⁰ bestimmt wurde. Die Grüne Mappe konnte jedoch im Baltikum für die Arbeit der Wirtschaftsdienststellen keine klaren Richtlinien geben, weil bei ihrer Ausarbeitung vor allem an Gebiete gedacht worden war, die seit jeher zur Sowjetunion gehörten.²¹ Nach dem Übergang zur Zivilverwaltung arbeiteten die Wirtschaftsstellen eng mit den Wirtschaftsabteilungen der Behörden des Reichskommissars und des Generalkommissars zusammen.²²

Mit den ersten Spitzen der Heeresgruppe Nord²³ trafen im Baltikum auch die Kommandos der Einsatzgruppe A²⁴ ein, um die erforderlichen Massnahmen »zur Vorbereitung der politischen Verwaltung« zu ergreifen, worunter vor allem die Erschiessung der Juden und der Beamten und Aktivisten der Kommunistischen Partei sowie die Säuberung der besetzten Gebiete von möglichen Partisanen der Roten Armee verstanden wurde. Es wurde vorausgesetzt, dass die aus Organen der Sicherheitspolizei und des SD gebildeten Sonderkommandos den Kommandeur des rückwärtigen Armeegebietes über die jeweilige politische Lage informierten.²⁵ Die Stellung der Sicherheitspolizei trug zu Beginn der Besetzung zu einer grösseren Kontinuität bei, die sie verglichen mit anderen deutschen Dienststellen repräsentierte, deren Organisation und Personal grossen Veränderungen unterworfen waren, als die Gebiete von rückwärtigen Armeegebietes zum rückwärtigen Heeresgebiet wurden und weiter von der Militärverwaltung zur Zivilverwaltung übergingen. Die Sicherheitspolizei betrachtete es deshalb als ihre Pflicht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass bei der Behandlung der politischen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Fragen einheitliche Grundsätze befolgt würden. In einem Bericht drückte der Chef der Einsatzgruppe A Stahlecker im Herbst 1941 seine Besorgnis darüber aus, dass die verschiedenen Behörden gerade auf politischem Gebiet von-

Labs bezeichneten die Militärbehörden die Zusammenarbeit mit den litauischen Behörden im allgemeinen als gut.

¹⁹ Die Dienststelle konnte sich am 15. 7. 1941 in Riga niederlassen, also schon vor Eintreffen des Stabes von General v. Roques. Film T-178/Rolle 18/674450.

²⁰ Siehe oben S. 53.

²¹ Film T-178/Rolle 18/674449. Tätigkeitsbericht der Wi. In. Nord vom 9. 9. 1941.

²² 1056-PS IMT XXVI S. 599—600; Haupt 1963, S. 153.

²³ Das Vorkommando der Einsatzgruppe A traf am 28. 6. in Kowno ein und begann sofort seine Tätigkeit. Ereignismeldung UdSSR Nr. 8/30. 6. 1941. BA:R 58/214.

²⁴ Nach Krausnick betrug die Gesamtstärke der Einsatzgruppe A im Herbst 1941 etwas unter 1 000 Mann. Krausnick 1967, S. 298.

²⁵ Befehlswurf für die Tätigkeit der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD vom 26. 3. 1941. Abgedruckt bei Buchheim 1964, S. 72—73.

einander abweichende Auffassungen vertreten. Das Ostministerium hatte nach Stahlecker auch anfangs keine klaren Richtlinien gegeben, aus welchem Grunde »bis heute in den Ostseeprovinzen trotz aller Bemühungen unsererseits [Sperrung vom Verf.] noch keine klaren Verhältnisse herrschen«. ²⁶ Die Berichtserie der Sicherheitspolizei ²⁷ bietet denn auch die beste Informationsquelle, wenn man sich über die politische Entwicklung der ersten Wochen und Monate der Besetzung unterrichtet.

Die Sicherheitspolizei begann aus den zuverlässigen Elementen der litauischen, lettischen und estnischen Partisaneneinheiten, die gegen die Rote Armee gekämpft hatten, brauchbare Hilfsorgane für die Besatzungsverwaltung zu organisieren. So wurde u.a. eine landeseigene Hilfspolizei gebildet, die in Sicherheits- und Ordnungspolizei gegliedert war und der ständigen Aufsicht der SS unterstand. Ebenso wurden sog. Schutzmannschaft-Bataillone aufgestellt, die zur Bewachung militärisch wichtiger Punkte, zum Kampf gegen Partisanen des Feindes usw. verwendet wurden. ²⁸ Die Sicherheitspolizei versuchte auch bewusst, diese landeseigenen Hilfsorgane zu offenen Gewalttätigkeiten gegen Juden und Kommunisten herauszufordern, damit der Eindruck von spontanen »Selbstsäuberungsaktionen« der einheimischen Bevölkerung entstände. Die Sicherheitspolizei musste zugeben, dass die Aufgabe überraschend schwierig war, sogar in Litauen, wo der jüdische Einfluss am stärksten gewesen war und wo es recht radikale antisemitische Elemente schon vor dem Krieg gegeben hatte. ²⁹ Dennoch gelang es, in Kowno mit Hilfe einer einheimischen Partisanengruppe ³⁰ Ende Juni Anfang Juli einige »weisungsgemässe« Progrome zu veranstalten, bei denen fast 7 000 Juden umgebracht wurden. Noch schwieriger war es in Riga, einheimische Kräfte zu Judenpogromen zu provozieren. ³¹ In Estland bestand schon allein wegen der geringen Zahl der dortigen jüdischen

²⁶ Einsatzgruppe A, Gesamtbericht über ihre Tätigkeit bis zum 15.10.1941, L-180 IMT XXXVII S. 670—673.

²⁷ Ereignismeldungen UdSSR Nr 1—195/1941—42. Über deren Bedeutung siehe oben S. 14.

²⁸ 180-L IMT XXXVII S. 677—681.

²⁹ Siehe oben S. 29—30.

³⁰ Es handelt sich um eine etwa 300 Mann starke Partisanengruppe unter Führung des litauischen Journalisten Klimaitis.

³¹ Die lettische Hilfspolizei konnte man zwar zu einer antisemitischen Aktion anstiften, bei der alle Synagogen zerstört und 400 Juden erschossen wurden, aber danach verhinderte die Unruhe der Bevölkerung weitere Gewalttätigkeiten. Soweit möglich, versuchte man in Kowno und Riga durch Fotos und Filme zu zeigen, dass die ersten Judenpogrome von Litauern und Letten ausgeführt worden waren. 180-L IMT XXXVII. S. 682—683. Ausführliche statistische Angaben über die in Litauen erschossenen Juden und Kommunisten in »Gesamtaufstellung der im Bereich des EK 3 bis zum 1. Dez. 1941 durchgeführten Exekutionen«. Fotokopie Fb 76 Institut für Zeitgeschichte München.

Bevölkerung keine Möglichkeit, mit einheimischen Kräften entsprechende Pogrome zu erzeugen.³²

Die Einführung der Zivilverwaltung in den Baltischen Ländern wurde in drei Phasen verwirklicht. Die Gebiete südlich der Düna, Litauen und Kurland wurden am 25. 7. 1941 der Zivilverwaltung übergeben.³³ Der livländische Teil Lettlands einschliesslich Rigas blieb dagegen weiterhin unter der Befehlsgewalt der Militärverwaltung; als dominierende Behörden waren dort also weiterhin die Militär- und Wirtschaftsdienststellen tätig. In Riga wurde die politische Aktivität der Letten sehr rege. Als eine der wichtigsten, politischen Einfluss anstrebenden Gruppierungen kann man die »Donnerkreuzler«³⁴ (Perkonkrust) und die Ulmanis-Anhänger ansehen, die aus ehemaligen Beamten, Offizieren und Vertretern des Wirtschaftslebens aus der Zeit der Selbständigkeit bestand, von denen es einigen gelungen war, ihre Stellung auch während der sowjetischen Besetzung zu halten. Diese aus Ulmanis-Anhängern bestehende Gruppe war recht locker und politisch sogar uneinheitlich, aber das ihnen gemeinsame charakteristische Ziel war dennoch die Wiederherstellung des staatsrechtlichen Zustandes vor Juli 1940.³⁵ Am stärksten drängte sich von den Vertretern dieser Gruppe der ehemalige Finanzminister Alfreds Valdmanis politisch in den Vordergrund.³⁶ Er fungierte als Berater der Wirtschaftsinspektion Ostland und des Generals von Roques, und bekam auf diesem Wege auch Einfluss auf Ernennungsfragen im Bereich des Wirtschaftslebens.³⁷ Valdmanis scheint eine wichtige Hintergrundfigur auch bei vielen anderen Bestrebungen gewe-

³² 180-L IMT XXXVII S. 683.

³³ Ereignismeldung UdSSR Nr. 35/27. 7. 1941 BA: R 58/215, siehe auch Gerhard von Mende, Das Reichskommissariat Ostland. Jahrbuch der Weltpolitik 1942. S. 163. Dallin gibt fälschlich an, dass Litauen erst am 1. 9. 1941 der Zivilverwaltung übergeben worden sei, S. 197.

³⁴ Die Sicherheitspolizei stand einer Zusammenarbeit mit dieser Gruppierung mit grossem Vorbehalt gegenüber, wenn sie sie auch »unter bestimmten Voraussetzungen« als möglich ansah. Ereignismeldung UdSSR Nr. 40/1. 8. 1941, BA: R 58/1215. Das Amt Ausland der Abwehr wiederum empfahl eine Zusammenarbeit mit den Donnerkreuzlern, und mit seiner Hilfe konnte deren Führer Gustavs Celmiņš schon nach Riga kommen, ehe die Stadt der Zivilverwaltung übergeben war. Der Verbindungsmann des Ostministeriums Peter Kleist, der die Zusammenarbeit mit den Donnerkreuzlern mit noch grösserem Vorbehalt als die Sicherheitspolizei betrachtete, forderte — allerdings vergebens — dass Celmiņš nach Deutschland zurückgesandt würde. Kleists Bericht vom 22. 7. 1941, CDJC: CXLV-504. Über Rosenbergs grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Zulassung von politischen Parteien und vergleichbaren Gruppen siehe Rosenbergs Rede am. 20. 6. 1941, 1058-PS, IMT XXCI. S. 619.

³⁵ Ibid, auch Ereignismeldung UdSSR Nr. 22/14. 7. 1941. BA: R 58/214.

³⁶ Alfreds Valdmanis (geb. 1908), Finanzminister 1938—1939.

³⁷ Ereignismeldung Nr. 53 15. 8. 1941 BA: R 58/216, 180-L (ungedruckter Teil) S. 27. Kleists Bericht vom 22. 8. 1941 BA: R 6/75.

sen zu sein, deren gemeinsames Kennzeichen das Bemühen um eine »Normalisierung« des Lebens war, was natürlich nicht möglich gewesen wäre ohne eine gewisse Mitwirkung der Militärverwaltung.³⁸ Als Berater in kulturpolitischen Fragen hatte General v. Roques in seinen Stab den baltendeutschen Professor W. Klumberg genommen,³⁹ den ehemaligen Rektor des Herder-Institutes in Riga, dessen Verbindungen mit der »Gruppe« Valdmanis und mit anderen, hauptsächlich zu den Ulmanis-Anhängern gehörenden Personen das Misstrauen der Sicherheitspolizei wie auch des Verbindungsmannes des Ostministeriums erregte. In den Augen der Sicherheitspolizei und Kleists war Prof. Klumberg deutlich persona ingrata.⁴⁰ Die Donnerkreuzler Lettlands reagierten mit wachsendem Unwillen auf die politische »Auferstehung« der Ulmanis-Anhänger.⁴¹ Der politische Verbindungsoffizier des Ostministeriums Peter Kleist begann infolge der Entwicklung der Lage eine deutliche an Nervosität grenzende Besorgnis zu zeigen, weil die »fachlich-unpolitische Verwaltungstätigkeit« der von General von Roques geleiteten Militärverwaltung »die politische Lage Lettlands in gründliche Verwirrung« zu bringen drohte, was später die Zivilverwaltung zwingen würde, die Situation mit »drastischen Massnahmen« zu klären.⁴² Gegen Valdmanis hatte sich nach Kleist so viel belastendes Material gesammelt, dass seine Ausweisung aus Lettland zu überlegen sei.⁴³ Von einer solchen Deutung der Situation aus gesehen musste der Übergang zur Zivilverwaltung dringend notwendig erscheinen. Das zum Bereich der Zivilverwaltung gehörende Gebiet wurde das folgende Mal am 1. 9. 1941 erweitert, zu welchem Zeitpunkt auch der Rest des ehemaligen lettischen Staats-

³⁸ Zeichen einer solchen Normalisierung der äusseren Verhältnisse waren u.a., dass man in der Universität Riga wieder Schlussprüfungen zu veranstalten begann und dass die Nationaloper in Riga wieder ihre Pforten öffnete. Ereignismeldung UdSSR Nr. 53/15. 8. 1941. BA: R 58/216. Kleists Bericht vom 30. 7. 1941 BA: R 6/75.

³⁹ Deutsche Hochschule vor dem Krieg in Riga.

⁴⁰ Kleists Berichte vom 22. 7., 30. 7. 1941 BA: R 6/75. In dem letzteren Bericht fordert Kleist die schleunige Abberufung Klumbergs, weil »die politische Formung der lettischen Entwicklung« [Sperrung vom Verf.] sonst unmöglich für ihn würde. Mir ist nicht bekannt, ob Klumberg möglicherweise zurückgerufen wurde oder nicht, auf keinen Fall hätte das noch grosse praktische Bedeutung gehabt, weil die Zivilverwaltung, in deren Dienste Klumberg natürlich auf keinen Fall aufgenommen wurde, bald die Militärverwaltung ersetzte. Kleist sandte noch am 18. 8. an sein Ministerium einen Sonderbericht über Klumberg, der zwar nicht auffindbar ist, aber doch Kleists Interesse an dem »Fall Klumberg« beweist.

⁴¹ Ereignismeldung UdSSR Nr. 22/14. 7. 1941 BA: R 58/214. Kleist schreibt in seinem Bericht vom 30. 7. 41, dass ein Lette ihm gegenüber bemerkt habe, man brauche nichts anderes mehr als die Rückkehr Karlis Ulmanis' »um diesen Prozess sichtbar abzuschliessen«. BA: R 6/76.

⁴² Kleists Bericht vom 22. 8. 1941 BA: R 6/76.

⁴³ Ibid.

gebietes sowie Weissrussland von der Militärverwaltung an die von Lohse geleitete Zivilverwaltung übergangen.⁴⁴ Erst danach konnte der Reichskommissar daran gehen, seine Behörde in Riga zu organisieren.

Die Übergabe Estlands an die Zivilverwaltung verschob die Heeresgruppe Nord mehrere Male unter Berufung auf die militärische Lage, und am 25. 10. 1941 beschloss das OKH auf Ansuchen der Heeresgruppe, dass diese Übergabe während des Winters nicht in Frage käme.⁴⁵ Im Ostministerium hatte man jedoch kein Vertrauen zu der politischen Fähigkeit der Militärverwaltung,⁴⁶ und durch Vermittlung von Lammers gelang es Rosenberg denn auch, die Anordnung des OKH vom 25. 10. aufzuheben. Durch Hitlers Erlass vom 29. 11. wurde bestimmt, dass Estland vom 5. 12. 1941 an in den Bereich der Zivilverwaltung zu überführen sei, aber die Interessen des Heeres wurden insofern berücksichtigt, als Estland weiterhin zum Operationsgebiet gerechnet wurde, was in der Praxis bedeutete, dass General von Roques in Estland die Vollmachten erhielt, die in dem übrigen Gebiet des Reichskommissariats der Militärbefehlshaber des Ostlandes hatte.⁴⁷

Als besondere Fragen sollen in Verbindung mit der Militärverwaltung noch die völkerrechtliche Einstellung der Besatzungsmacht zu den früheren Baltischen Republiken und zu den Versuchen behandelt werden, die dort zur Bildung eigener nationaler Regierungen unternommen wurden, weil diese Fragen sofort in den ersten Wochen der Besetzung aktuell wurden.

Die Besatzungsmacht und der völkerrechtliche Status der Baltischen Staaten

Deutschland hatte im Herbst 1939 die Zugehörigkeit der Baltischen Staaten zum Interessenbereich der Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion hatte dann im Juni 1940 Estland, Lettland und Litauen besetzt; im Laufe des Sommers wurden sie in Sowjetrepubliken verwandelt und an die Sowjetunion angeschlossen. In dem deutsch-russischen Grenzvertrag, der im Januar 1941 geschlossen wurde, erkannte Deutschland — de facto — diesen Anschluss an, und die Sowjetunion ihrerseits erkannte an, dass

⁴⁴ Hitlers Anordnung vom 20. 8. 1941 BA: R 43 II/690 b.

⁴⁵ Der diesbezügliche Briefwechsel BA/Militärarchiv: Befehlshaber d. rückw. Heeresgebiets Nord Akte 14768/4.

⁴⁶ Siehe die Briefe des zum Generalkommissar von Estland bestimmten Karl Litzmann an Rosenberg 28. 11., 30. 10. und 21. 10. BA: R 6/21, 26. Litzmann nahm am 21. 11. 1941 als Beispiel für politisch unvorsichtige Äusserungen militärischer Behörden die Ende Oktober vom Kommandanten von Dorpat gegebene Mitteilung: »es stünde noch nicht fest, ob Estland später zu Deutschland oder Finnland kommen würde.«

⁴⁷ BA: R 6/209.

das Memelgebiet zu Deutschland gehöre.⁴⁸ Die deutsche Baltikumpolitik hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Randstaaten in der einen oder anderen Form eng an den grossdeutschen Lebensraum anzuschliessen. Von diesem Standpunkt aus war es zweckmässig, die besetzten Estland, Lettland und Litauen als ehemaliges Gebiet der Sowjetunion zu betrachten, weil die Besatzungsmacht dann unter dem Vorwand der Niederwerfung des Bolschewismus freier für die Schaffung »einer neuen Ordnung« arbeiten konnte. Eine zum grössten Teil völlig andere These vertraten die ehemaligen politischen Parteien und Gruppierungen in Estland, Lettland und Litauen — mit Ausnahme der Kommunisten und einiger kleiner Rechtsgruppen —, die ihre Tätigkeit auf den Grundsatz der Kontinuität des Staates gründeten: die sowjetische Besetzung hatte ihrer Auffassung nach juristisch in keiner Weise die souveräne Stellung der Baltischen Republiken verändert, sondern nur eine faktische Situation geschaffen, in der die Tätigkeit der verfassungsmässigen Organe vorübergehend unterbrochen worden war.⁴⁹ Diese grundsätzliche Auslegung schloss es nicht aus, dass man in der Praxis bereit sein konnte, Beschränkungen der Souveränität z.B. bezüglich der Aussenpolitik oder in Form einer militärpolitischen Zusammenarbeit zu akzeptieren.

Die Frage wurde zuerst in Litauen aktuell. Dort war sofort nach Ausbruch des Krieges eine provisorische Regierung gebildet worden, in der für den ehemaligen litauischen Berlin-Gesandten Škirpa der Platz des Ministerpräsidenten reserviert war.⁵⁰ Die provisorische Regierung forderte die Mitglieder der litauischen Aktivistenfront auf, die staatliche und lokale Verwaltung in die Hände zu nehmen und zu den Waffen zu greifen, »um der deutschen Wehrmacht bei der Befreiung Litauens zu helfen.«⁵¹ In seinem am 23. 6. 1941 an den Führer und Reichskanzler gerichteten Brief versicherte Škirpa, dass eine »enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Deutschland«⁵² im Interesse des litauischen Volkes liege. Nachdem die Russen Wilna geräumt hatten, organisierten die dortigen litauischen Aktivisten unter der Leitung des Dozenten Starys Zacevicius ein besonderes Stadtkomitee, das eigentlich eine zweite Zentralregierung darstellte, denn es gliederte sich in Unterabteilungen, die nach den Verwaltungszweigen tätig waren. Unter der Aufsicht des Komites nahmen

⁴⁸ Meissner S. 98.

⁴⁹ Vgl. Johannes Klesment, Kolm aast iseseisvuse voilust voora okupatsiooni all. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmansõjas VIII Stockholm 1959. S. 7, 10, Valdamanis' Denkschrift »Das lettische Problem« BA: R 6/5., Chase S. 315.

⁵⁰ Siehe oben S. 72. Da Škirpa weiter in Berlin interniert blieb, stand der stellvertretende Ministerpräsident Joseph Ambrazevicius in Wirklichkeit an der Spitze der Regierung. Chase S. 303; über die Zusammensetzung der provisorischen Regierung siehe genauer AA: Pol. Abt. XIII 23:117.

⁵¹ AA: Pol. Abt. XIII 23:117—118.

⁵² DGEP Series D. XIII. S. 6—8.

viele litauische Behörden, ebenso die politische Polizei, die Kriminal- und Ordnungspolizei usw. ihre Tätigkeit auf. So versuchte man den Eindruck zu erwecken, dass es dem Stadtkomitee gelungen sei, die Lage völlig zu normalisieren. Das Stadtkomitee ergriff auch Massnahmen zur Aufstellung von litauischen Truppeneinheiten. Die Wehrmacht brauchte litauische Militär- und Polizeieinheiten zu Bewachungsaufgaben und zur Aufrechterhaltung der Ordnung, und deswegen erkannte der örtliche Militärkommandant anfangs dieser Komitee an oder richtiger gesagt, duldete es.⁵³ Das politische Ziel der litauischen Aktivistenfront war die Wiederherstellung der Selbständigkeit des Landes, aber mit Rücksicht auf die deutschen Interessen wurde keine völlige Souveränität gefordert. So forderten die Aktivisten von Wilna eine Selbständigkeit nach dem »Muster« der Slowakei und beriefen sich auf die Blutopfer, die die Befreiung Litauens gefordert hatte.⁵⁴ Es gehörte zu der Taktik der litauischen Aktivistenfront in den ersten Wochen der deutschen Besetzung, die Behörden und Institute aus der Zeit der Selbständigkeit schnell zu besetzen und die Verwaltungsarbeit zu beginnen, so dass die Deutschen möglichst weitgehend vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Immer wieder wurde auch vorgebracht, dass die litauischen Befreiungskämpfe 4 000 litauischen Partisanen das Leben gekostet hatten, womit man den Souveränitätsforderungen Nachdruck zu verleihen suchte.⁵⁵

Von deutscher Seite wurden bald Gegenmassnahmen ergriffen, um diese vom Standpunkt der politischen Fernziele gefährlich erscheinende Entwicklung zu stoppen. Den Militärdienststellen wurde es verboten, sich auf irgendeine Weise in die Behandlung politischer Fragen einzumischen.⁵⁶ Die provisorische Regierung wurde nicht anerkannt, wenn sie auch vorläufig ihre Tätigkeit fortsetzen konnte. Der Ministerpräsident der provisorischen Regierung, Kazys Škirpa, stand in Berlin unter ständigem Hausarrest.⁵⁷ Man begann die litauischen Partisaneneinheiten aufzulösen und zu entwaffnen.⁵⁸ Ausser diesem äusseren Druck wurde die Tätigkeit der provisorischen Regierung durch interne Meinungsverschiedenheiten der Litauer erschwert. Die zur Organisation »Geležinis Vilkas« (Eiserner Wolf) gehörenden Voldemaras-Anhänger forderten die Auflösung der Aktivistenfront und die Gründung einer neuen politischen Partei an ihre Stelle.⁵⁹ Der Reichskommissar für das Ostland, Hinrich Lohse, richtete

⁵³ Ereignismeldung UdSSR Nr. 10/2. 7. und Nr. 17/19. 7. 1941 BA: R 58/214.

⁵⁴ Ibidem; Bräutigam S. 15.

⁵⁵ L-180 (ungedruckter Teil).

⁵⁶ Siehe oben S. 73.

⁵⁷ Ereignismeldung UdSSR Nr. 40/1. 8. 1941 BA: R 58/214.

⁵⁸ Siehe S. 77 sowie Ereignismeldung UdSSR Nr. 14/6. 7. 1941, BA: R 58/214.

⁵⁹ Labs (einer der führenden Beamten in der Verwaltungsabteilung des OMI) bemerkte Ende Juli, dass sich besonders »deutliche Voldemaras-Anhänger in

am 28. 7. an die Bevölkerung des »ehemaligen Freistaates Litauen« einen Aufruf, der schon deutlich zeigte, was von deutscher Seite zu erwarten war. Dem litauischen Volk wurde bekanntgegeben, dass zu seinem Generalkommissar Adrian v. Renteln gewählt sei. Die Befreiung Litauens vom bolschewistischen »Weltfeind« wurde rein als Verdienst der deutschen Wehrmacht dargestellt, aus welchem Grunde das deutsche Volk das Recht und die Pflicht bekommen hatte, für die Schaffung solcher Verhältnisse zu sorgen, dass eine entsprechende Gefahr nicht mehr die Existenz der europäischen Völker bedrohen könnte. Von irgendeiner Souveränität, Autonomie oder eigenen Regierung Litauens war überhaupt nicht die Rede. »Bei Bedarf« könnten litauische »Vertrauensmänner« eingesetzt werden, um die Wünsche der Bevölkerung den deutschen Behörden vorzutragen.⁶⁰ Lohses Aufruf bedeutete eine schwere Enttäuschung für die Aktivisten und die ganze Bevölkerung Litauens, weil man wenigstens irgendeine beschränkte Selbständigkeit erwartet hatte.⁶¹ Die Stellung der provisorischen Regierung Litauens begann nun immer unhaltbarer zu werden. Nachdem sie sich geweigert hatte, sich in die Stellung eines die deutschen Anordnungen ausführenden und rein beratenden Organs von Vertrauensmännern zu fügen, wurde sie daraufhin am 3. 8. 1941 entlassen.⁶² Der folgenrichtige nächste Schritt in dieser Entwicklung war, dass am 26. 9. 1941 die Auflösung der »Litauischen Aktivistenfront« angeordnet und ihr Führer Leemas Prapuelenis verhaftet wurde.⁶³ Auch für die Entwicklung in Lettland waren die Bestrebungen charakteristisch, die Besatzungsmacht vor vollendete Tatsachen zu stellen. Der ehemalige lettische Gesandte in Berlin, M. Kreenwisch, teilte schon am 23. 6. 1941 dem Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes

Machtpositionen drängen». Labs' Bericht vom 28. 7. 1941 R 6/24. Eine klare Zusammenfassung der politischen Ereignisse in Litauen ist enthalten in den politischen Mitteilungen des finnischen Aussenministeriums Nr. 40/10. 10. 1941, UM: 110/17/Baltia.

⁶⁰ Lohses Aufruf an die Bevölkerung von Litauen am 28. 7. 1941, abgedruckt bei Kleist, S. 306—307.

⁶¹ Ereignismeldung UdSSR Nr. 54/16. 8. 1941 BA: 58/216.

⁶² Chase S. 304; Politische Mitteilungen des finnischen Aussenministeriums Nr. 40/10. 10. 1941. Von litauischer Seite wurde sofort am 5. 8. 41 — offensichtlich von der entlassenen provisorischen Regierung verfasst — dem Ostministerium die Denkschrift »Über die rechtliche Lage und tatsächlichen Verhältnisse in Litauen nach Beendigung der bolschewistischen Okkupation« überreicht. In der Denkschrift wurden die oft vorgebrachten Gesichtspunkte der Litauer wiederholt und es wurde die Anerkennung der Souveränität Litauens gefordert. Aus Hasselblatts Anmerkungen zu dieser Denkschrift geht hervor, dass er vorbehaltlos die deutsche These unterstützte, nach der Litauen als ehemaliges Gebiet der Sowjetunion zu behandeln sei. Hasselblatt bemerkte auch, dass keine »lebenswichtigen Interessen der Bevölkerung« die Wiederherstellung der »Souveränität« Litauens forderten. Film T-454/Rolle 15/000570-580.

⁶³ Ereignismeldung UdSSR Nr. 151/5. 1. 1941 BA: R 58/220.

vorgreifend mit, dass sich die Ereignisse von Kowno in Riga wiederholen könnten.⁶⁴ Ebenso wie in Kowno brach auch in Riga kurz vor dem Ende der sowjetischen Herrschaft ein Aufstand aus, und es gelang den Aufständischen vor dem Eintreffen der Deutschen, einige wichtige Gebäude in ihren Besitz zu bringen, u.a. die Rundfunkstation Riga, die am 28. 6. die Einsetzung einer provisorischen Regierung und die Verkündigung eines freien und unabhängigen Lettland mitteilte. Nachdem die Deutschen am 1. 7. Riga vollständig in ihren Besitz gebracht hatten, kam auch die Rundfunkstation unter ihre Kontrolle. Nach dem ersten Bericht der Sicherheitspolizei über die politische Lage in Riga hatten sich in der Stadt zwei Zentralorganisationen gebildet: »das zentrale Organisationskomitee für das befreite Lettland« und »der vorläufige Verwaltungsrat von Lettland«.⁶⁵ Die deutschen Militärdienststellen vermieden gemäss ihren Weisungen offizielle Verbindungen mit den lettischen Zentralorganisationen und kontrollierten genau deren Informationstätigkeit, aber andererseits versuchte man sich ihrer zu bedienen, damit das Wirtschaftsleben möglichst schnell in Gang gesetzt würde.⁶⁶ Die Aktivität der Letten in Riga und die uneinheitlichen, sogar einander widersprechenden Verfahrensweisen der deutschen Dienststellen führten bis Ende August in der zum Bereich der deutschen Militärverwaltung gehörenden Hauptstadt Lettlands zur Entstehung einer sehr verworrenen politischen Lage, die es schwer machte, den Wünschen der Besatzungsmacht entsprechende »Vertrauensmänner« in die Öffentlichkeit zu lancieren und sie im Verwaltungsapparat des Landes unterzubringen.

In Estland konnten beide Parteien — sowohl die Deutschen als auch die Esten — schon aus den Ereignissen in Litauen und Lettland lernen, und deshalb bekam die Entwicklung der politischen Lage dort einen etwas anderen Charakter. Der letzte Ministerpräsident des selbständigen Estland, Jüri Uluots, dem es gelungen war, den Departationen während der sowjetischen Herrschaft zu entgehen, tauchte noch während der Kämpfe in Dorpat auf und begann Kontakte mit den estnischen Partisanenführern und den Vertretern der estnischen Ortsverwaltung zu suchen. Auf die Initiative Prof. Uluots' hin wurde für den 27.—28. 7. eine Konferenz nach Dorpat einberufen, um die Lage Estlands zu erörtern und über die erforderlichen Massnahmen zu sprechen. Die wichtigste Gruppe unter den Teilnehmern an der Konferenz bildeten einige Professoren der Universität Dorpat.⁶⁷

⁶⁴ DGFP. Series D. XIII. S. 5.

⁶⁵ Es wird mitgeteilt, dass an der Spitze des genannten Organisationskomitees Oberst Kreischmanis gestanden habe und an der Spitze des vorläufigen Verwaltungsrates der ehemalige Verkehrsminister Einsbergs. Ereignismeldung UdSSR Nr. 13/5. 7. 41. BA: R 58/214.

⁶⁶ Ibidem und Ereignismeldung UdSSR Nr. 15/7. 7. 41 und Nr. 40/1. 8. 41 BA: R 58/214 und 215.

⁶⁷ Ausser Uluots. u.a. N. Kaasnik, J. Vasar, E. Kant.

Damals war die negative Einstellung Deutschlands zu den Selbständigkeitsbestrebungen der Baltischen Länder schon bekannt. Die Bildung einer verfassungsmässigen Regierung hätte unter diesen Umständen wahrscheinlich nur zu ihrer baldigen Internierung durch die Deutschen geführt. Deshalb betrachtete man es als die einzige Möglichkeit, den deutschen Behörden eine Denkschrift zu senden, in der betont wurde, wie wichtig es sei, eine legale Regierung Estlands einzusetzen. Die an den Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generaloberst von Kuchler gerichtete und von Prof. Uluots am 29. 7. in Dorpat unterzeichnete Denkschrift war in einem vorsichtigen und deutlich deutschfreundlichen Ton abgefasst. Darin wurde versichert, dass die Esten weiterhin für die Befreiung ganz Estlands von den Russen und für die Befreiung der über 100 000 nach Russland Verschleppten⁶⁸ kämpfen wollten. Zur Mobilisierung der estnischen Wehrmacht war jedoch die Schaffung einer eigenen estnischen Zentralregierung notwendig. Nachdem zahlreiche Selbstverwaltungsorgane und Behörden aus der Zeit der Selbständigkeit angefangen hatten, ihren Aufgaben wieder nachzukommen, war der Bedarf an einer einheimischen Zentralregierung auch aus diesem Grund immer dringender geworden. »Ich hege die tiefste Überzeugung«, betonte Prof. Uluots, »dass die Zukunft des estnischen Volkes notwendigerweise auf die Grundlage eines vertrauensvollen und dauernden Zusammenwirkens mit Grossdeutschland zu stellen« ist. Diese Zusammenarbeit sollte nach der Auffassung Uluots' jedoch kein Hindernis für die Erhaltung des estnischen Staates darstellen. Prof. Uluots teilte schliesslich seine Bereitschaft mit, an der Bildung einer solchen Regierung mitzuwirken, die ebenso das Vertrauen Grossdeutschlands wie auch Estlands besässe und die Estlands politische und wirtschaftliche Verbindung mit dem neu zu ordnenden Europa möglich machen würde.⁶⁹ Der Verbindungsoffizier des Auswärtigen Amtes leitete die Denkschrift an sein Ministerium weiter, das keinen Anlass zu einer schriftlichen Beantwortung sah.⁷⁰ Auf privatem Wege und mündlich wurde die deutsche Haltung zur Kenntnis gebracht: »Deutschland erlaubt in den besetzten Ostgebieten keinerlei Regierungsbildung und auch keine Aufstellung einer nationalen Armee«. Bei Estland würde keine Ausnahme gemacht, weil das nicht in den Gesamtplan der

⁶⁸ Diese Zahl ist offensichtlich stark übertrieben. Rauch erwähnt (S. 190), dass 1940—41 60 973 Personen aus Estland in die inneren Teile der Sowjetunion gebracht worden seien. Davon umfasste die eigentliche Massenverschleppung der sog »antisowjetischen Elemente« im Juni 1941 cirka 11 000 Menschen. Die übrigen wurden unter Zwang oder freiwillig in die Sowjetunion evakuiert oder in die Rote Armee eingezogen. Die Deportationen im Baltikum. Stockholm 1966. S. 7—10.

⁶⁹ Prof. Uluots' Denkschrift über die Lage Estlands AA: Pol. Abt. XIII 23: 34—40 sowie E. Kant, Jüri Uluotsa memorandum Eesti seisundikohta 29. juulist 1941. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmansõjas VI. Stockholm 1958. S. 7—18.

⁷⁰ Rantzaus Notiz über den Vortrag der Sache beim Reichsaussenminister am 29. 8. 1941. AA: Pol. Abt. XIII 23: 40.

deutschen Ostpolitik passe.⁷¹ Dabei war gleichzeitig klargeworden, dass die oberste politische Führung Deutschlands kein Interesse daran hatte, den ehemaligen Baltischen Republiken auch nur eine Selbständigkeit nach dem Vorbild der Slowakei zu gewähren, und dass keine wirkliche Selbstverwaltung in Frage kommen konnte,⁷² sondern nur eine der deutschen Verwaltung unterstellte Hilfsverwaltung.

⁷¹ Kant 1958, S. 18.

⁷² Nach Hitlers Auffassung nämlich führte der Weg der Selbstverwaltung zur Selbständigkeit. 3. 3. 1942. Tischgespräche S. 189.

IV. DER AUFBAU DER ZIVILVERWALTUNG IM BALTIKUM

Das Reichskommissariat Ostland: Gebiet und Bevölkerung, Verwaltungsstruktur und Behörden

Das Reichskommissariat Ostland umfasste gebietsmässig ausser Estland, Lettland und Litauen auch die Generalbezirke Weissrusslands. Die Verbindung der drei Baltischen Staaten und Weissrusslands zu einem Reichskommissariat wurde vor allem mit der Zweckmässigkeit der Verwaltung begründet. Falls man die drei Baltischen Staaten und Weissrussland als getrennte Einheiten behandelt hätte, wäre das Reichskommissariat Ukraine im Vergleich zu diesen unverhältnismässig gross geworden.¹ Aber gleichzeitig war die Gründung des Reichskommissariats Ostland ein Beweis dafür, dass die ehemaligen Baltischen Staaten verglichen mit dem sonstigen besetzten Gebiet der Sowjetunion keinen Sonderstatus in der Verwaltung erhielten. Für die praktische Verwaltungsarbeit brachte das Schwierigkeiten mit sich, weil die Fernziele der Besatzungsmacht im Baltikum und in Weissrussland stark voneinander abwichen, was sich in deren verschiedener politischer Behandlung ausdrücken sollte. Auch die ganze gesellschaftliche Struktur war in den erst kürzlich sowjetisierten Randstaaten eine völlig andere als in dem altrussischen Gebiet. Die Grenzen der Generalbezirke Estland, Lettland und Litauen folgten den ehemaligen staatlichen Grenzen, mit der Ausnahme, dass in Estland die Stadt Narwa mit ihrer Umgebung für die ganze Zeit der Besetzung der Militärverwaltung unterstellt blieb und dass dem Generalbezirk Litauen im Frühjahr 1942 drei Kreise angeschlossen wurden, die früher zu Weissrussland gehört hatten.² Diese Grenzen für das Baltikum waren jedoch nur als vorübergehende Lösung gedacht, denn die endgültige Grenzlinie besonders Estlands und Lettlands sollte wesentlich weiter nach Osten verschoben werden. Im Sommer und im Herbst 1941, als man noch daran glaubte, dass die militärische Niederwerfung der Sowjetunion bald zu erwarten sei, und die nackten militärischen Tatsachen noch nicht den freien Lauf der Phantasie gedämpft hatten, legte man die als endgültig gedachte Ostgrenze auf »die historische Grenze germanischen Einflussbereiches« ungefähr auf der Linie Leningrad—

¹ Bräutigam S. 4.

² Siehe Ostland-Verwaltungskarte S. 88. D.Z.O. 4. 4. 1942. In den an Litauen angeschlossenen 3 weissruss. Kreisen wohnten 200 000 Menschen.

OSTLAND- VERWALTUNGSKARTE

HERG. VON REICHSKOMMISSARS F. D. OSTLAND
ABT. II RAUM



SITZ DES REICHSKOMMISSARS



SITZ DES GENERALKOMMISSARS

BARANOWITSCHER SITZ DES HAUPTKOMMISSARS



SITZ VON ZWEI GEBIETSKOMMISSAREN
(JE 1 FÜR STADT UND LAND)



SITZ DES GEBIETSKOMMISSARS

GRENZEN DER GENERALBEZIRKE
(Z. T. VORLÄUFIG)

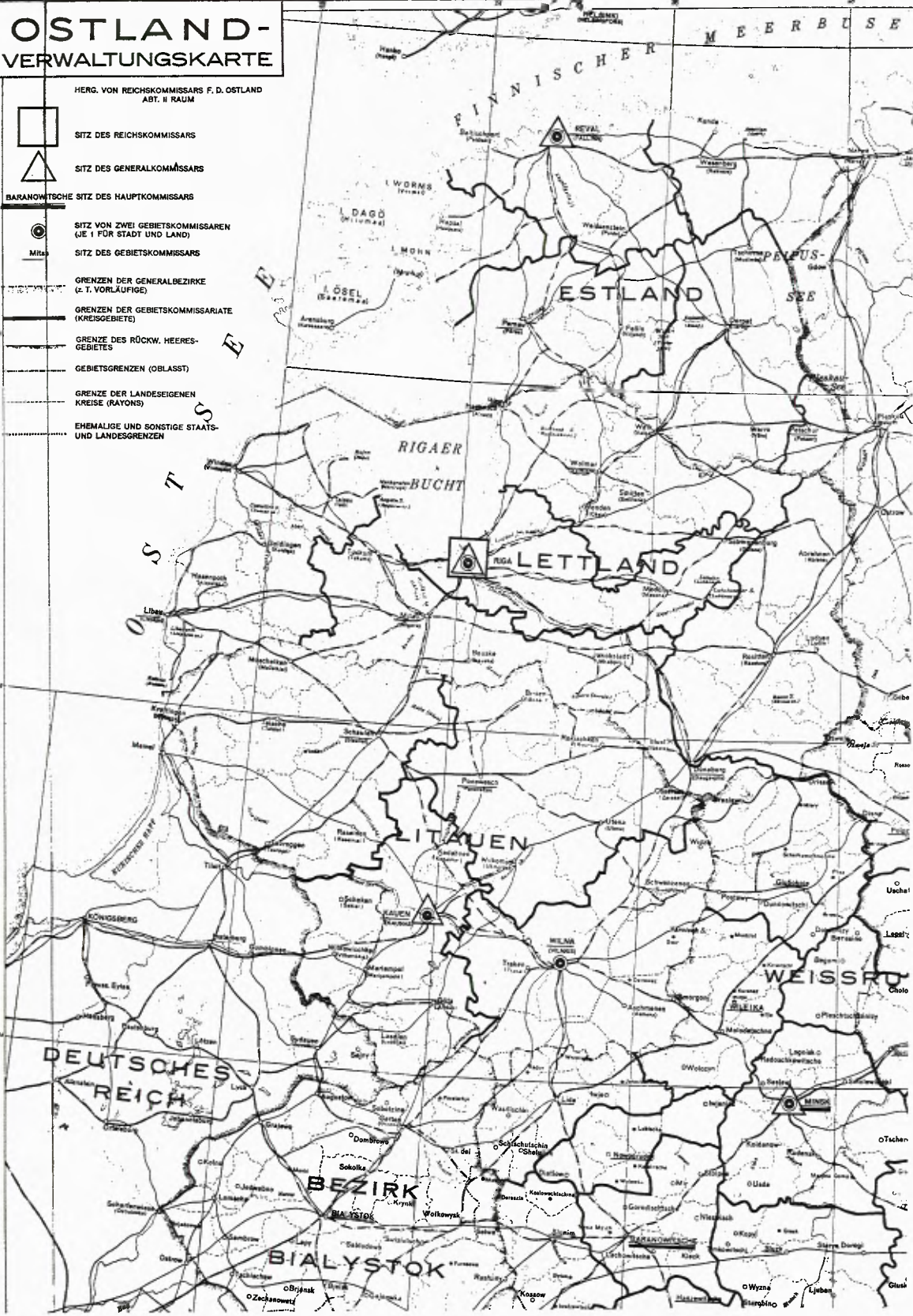
GRENZEN DER GEBIETSKOMMISSARIATE
(KREISGEBIET)

GRENZE DES RÜCKW. HEERES-
GEBIETES

GEBIETSGRENZEN (OBLAST)

GRENZE DER LANDESEIGENEN
KREISE (RAYONS)

EHEMALIGE UND SONSTIGE STAATS-
UND LANDESGRENZEN



Nowgorod—Ilmensee—Lowatfluss. Diese Linie wurde sowohl mit historischen als auch strategischen Argumenten begründet. Nach der skizzierten Grenzlinie wäre Estland über doppelt so gross und Lettland nahezu doppelt so gross geworden wie ihr damaliges Gebiet.³ Diese Ausdehnung des Siedlungsraumes der Esten und Letten nach Osten wurde auch durch die Siedlungspläne der Deutschen notwendig, in denen vorzugsweise die westlichen Teile des Baltikums zur Germanisierung (Besiedlung mit Deutschen) bestimmt waren.⁴ Ebenso sprachen auch politische Zweckmässigkeitsgründe für eine gebietsmässige Ausdehnung Estlands und Lettlands nach Osten hin, weil die Verteidigung der neuen Siedlungsgebiete gegen die Gefahr aus dem Osten nur in Zusammenarbeit mit Deutschland hätte erfolgreich sein können.⁵ Rosenberg hatte für diese Gebietskomplexe sogar schon neue, die politischen Zweckmässigkeitsgründe berücksichtigende Namen fertig: Für Estland schlug er den Namen »Peipusland« vor, für Lettland hatte er die Bezeichnung »Dünaland«.⁶ Es muss noch auf einen Plan zur Verwendung des Gebietes zwischen dem Peipus-See und dem Ilmensee hingewiesen werden, den Rosenberg im Oktober 1941 vorlegte. Darin betrachtete er als beste Lösung für dieses Gebiet »eine ganz neue geschlossene grossdeutsche, germanische Siedlung«.⁷

³ Entwurf über die Grenzen des Ostlands vom 15. 6. 1941, PS-1033. Bezüglich Angaben über Fläche und Bevölkerungsverhältnisse des Ostlands siehe auch PS-1035 18. 6. 1941 und 1058-PS IMT XXVI S. 623 sowie die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe) vom 3. 9. 1941; Grenzen und Grösse des Reichskommissariats Ostland S. 15—16 BA: R 43 II/685 a. Zitat nach einem auf den 11. 11. 1941 datierten nicht unterzeichneten Vermerk. BA: R 6/294.

⁴ Vgl. den Bericht des Gesandten P. J. Hynninen über seine Estland-Reise vom 5. 12. 1941. Nach Hynninen gingen in Estland Gerüchte um über die Massenumsiedlung der estnischen Landbevölkerung in das Gebiet östlich des Peipus-Sees und über eine entsprechende Übersiedlung von Deutschen nach Estland. UM: 101/17/Baltia.

⁵ Rosenbergs Rede vom 20. 6. 1941, 1058-PS IMT XXVI. S. 623. Vgl. Hasselblatts Denkschrift vom 4. 7. 1941, in der er parallel zu Rosenberg vorschlug, den westlichen Teil von Ingermanland an Estland anzuschliessen und entsprechend das Siedlungsgebiet der Letten nach Osten hin auszudehnen. So passte die Übersiedlung der Ingermanländer nach Finnland grundsätzlich von Anfang an gut zu den Fernzielen der Deutschen. Zu der Frage genauer siehe Keijo Kulha, Inkeriläisten siirtäminen Suomeen II maailmansodan aikana. *Studia Historica Jyväskylälänsä* V. Jyväskylä 1967. S. 229—250.

⁶ Rosenbergs Denkschrift über Neubenennungen im Reichskommissariat Ostland vom 15. 8. 1941. PS-1050. Für Litauen hatte man noch keinen neuen Namensvorschlag gefunden. Dabei wurde also versucht, die alte »eng nationale« Vorstellung von diesen Staaten zu überwinden. Kleist sagte dies direkt. Kleists Denkschrift über Grenzfragen Estlands und Lettlands vom 1. 5. 1942 BA: R 6/296.

⁷ Rosenberg an Meyer 20. 10. 1941 BA: R 6/294. Es sieht also so aus, als ob man angefangen hätte, Ingermanland, das zunächst vor allem neues estnisches Siedlungsgebiet sein sollte, jetzt als ausdrücklich deutsche Siedlungskolonie zu betrachten. Die auf diese Weise verwirklichte deutsche Besiedlung hätte also nicht das estnische Volkstum »geschädigt«. Vgl. Kleists Denkschrift vom 1. 5. 1942 BA: R 6/296.

In den baltischen Generalbezirken waren zu etwas verschiedenen Zeitpunkten folgende Einwohnerzahlen ermittelt worden: Estland 1 017 811 (1. 12. 1941), Lettland 1 803 104 (24. 2. 1943) und Litauen 2 797 840 (27. 5. 1942).⁸

An die Spitze des Reichskommissariats Ostland war, wie schon oben erwähnt, Hinrich Lohse ernannt worden, der Anfang September 1941 in seinem ordentlichen Amtssitz Riga einziehen konnte. Es war seine Aufgabe, die gesamte Zivilverwaltung in seinem Amtsbereich gemäss den Weisungen des Ostministeriums zu leiten und zu überwachen. Die Behörde des Reichskommissars gliederte sich in vier Hauptabteilungen: Zentralamt, Politik, Wirtschaft und Technik, denen in derselben Reihenfolge Burmeister, Fründt, Matthiessen und Lorenzen vorstanden, alle ehemalige Verwaltungsbeamte. Von den Beamten in Lohses Behörde muss noch Regierungsrat Trampedach genannt werden, der in der Hauptabteilung Politik die Abteilung IIa Politik leitete und der einer der bedeutendsten Ratgeber des Reichskommissars gewesen zu sein scheint.⁹

Die folgende Verwaltungsstufe bildeten die Behörden der Generalkommissare in Reval, Riga und Kowno. Die Aufgaben des Generalkommissars waren in Estland SA-Obergruppenführer Karl Litzmann,¹⁰ in Lettland Dr. Otto Drechsler¹¹ und in Litauen Dr. Adrian Th. von Renteln¹² anvertraut worden. Der Generalkommissar leitete und überwachte die deutsche und landeseigene Verwaltung seines Verwaltungsbezirks. In Anbetracht der Stellung, die Rosenberg in der nationalsozialistischen Europa-Politik der Nordischen Gesellschaft hatte vorbehalten wollen,¹³ ist es nicht verwunderlich, dass ausser dem Reichskommissar auch die Generalkommissare von Lettland und Litauen zum inneren Kreis dieser Gesellschaft gehörten. Auf der untersten Stufe der deutschen Zivilverwaltung standen die Gebietskommissare, deren Aufgabe es war, die Tätigkeit der örtlichen landeseigenen Behörden zu überwachen und ganz besonders die Erfüllung der aufgestellten Landwirtschaftsnormen. Im Bereich der Verwaltung der Landwirtschaft reichte die deutsche Verwaltung noch eine Stufe tiefer,

⁸ Ostland, Monatsschrift des Reichskommissars des Ostlandes. Feb. 1944. S. 6.

⁹ 1056-PS IMT XXVI. S. 592—594. Die sog. »Braune Mappe«. Teil I S. 19—21 BA: R 43 II/685 a, zu den Personalangaben BA: R 6/30; Fründt verliess das Ostland nach kurzer Zeit. Sein Nachfolger an der Spitze der Hauptabteilung Politik wurde Obergruppenführer Pröhl. Über organisatorische Neuregelungen siehe BA: R 6/246.

¹⁰ Litzmann, Karl Sigismund (geb. 1893), Sohn des im Ersten Weltkrieg bekannt gewordenen gleichnamigen Generals, 1929 in die Partei eingetreten, 1933 SA-Obergruppenführer, 1935 Mitglied des Reichstags.

¹¹ Drechsler, Otto-Heinrich (geb. 1895), 1933 Bürgermeister von Lübeck, Präsident des »kleinen Rates« der Nordischen Gesellschaft.

¹² Renteln, Theodor Adrian (geb. 1897), 1928 in die Partei eingetreten, Mitglied des Reichstages, Mitglied des grossen Rates der Nordischen Gesellschaft, gehörte zum inneren Kreis der wirtschaftspolitischen Fachleute der NSDAP. (Darüber genauer Broszat 1969, S. 77—78).

¹³ Siehe oben S. 41—42.

denn zur Überwachung der landwirtschaftlichen Produktion waren besondere Landwirtschaftsführer (La-Führer) eingesetzt, die ihre fachlichen Weisungen von den Kreislandwirtschaftsführern erhielten, die den Dienststellen der Gebietskommissare angegliedert waren.¹⁴ Die örtliche Verwaltung auf dem Lande und in den Städten besorgten also landeseigene Behörden unter der Aufsicht der Gebietskommissare, mit der bemerkenswerten Ausnahme, dass zum Oberbürgermeister von Riga auf Rosenbergs Forderung hin sein alter Freund Hugo Wittrock¹⁵ ernannt wurde, der gleichzeitig Gebietskommissar der Stadt Riga war. Mit der Ernennung Wittrocks zum Oberbürgermeister von Riga bezweckte Rosenberg in erster Linie, »die Konzentration deutschfeindlicher, lettischer Intelligenzkreise in der Stadtverwaltung zu verhindern,«¹⁶ denn Riga war für Rosenberg trotz der Aussiedlung der Baltendeutschen »eine deutsche Stadt« oder musste auf jeden Fall in der Zukunft zu einer rein deutschen Stadt und einem Stützpunkt der Eindeutung des Baltikums werden. Zu diesem Zweck plante Rosenberg die Verselbständigung Rigas und seine völlige Herauslösung aus dem Bereich der landeseigenen Verwaltung.¹⁷

Der höchste Beamte aus den Machtbereich Himmlers im Ostland war »Der Höhere SS- und Polizeiführer« (HSSPF) Jeckeln,¹⁸ der im Rahmen der vom Reichsführer-SS ihm übertragenen Aufgaben alle zur SS und Polizei gehörigen Organisationen gebrauchen konnte. Jeckeln unterstellt¹⁹ waren die Befehlshaber der Sicherheits- und Ordnungspolizei, und er selbst empfing seine Weisungen als persönlicher Generalbevollmächtigter des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei direkt von Himmler. In jedem Generalbezirk wiederum gab es in Verbindung mit der Behörde des Generalkommissars einen SS- und Polizeiführer (SSPF), dem die Kommandanten der Sicherheits- und Ordnungspolizei unterstanden.²⁰ Die Beziehung

¹⁴ 1056-PS IMT XXVI. S. 596—598, Bräutigam S. 29, Oskar Angelus, Tsiviilvalituse organisatsioon. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmansõjas VI. Stockholm 1958. S. 76.

¹⁵ Über Wittrock siehe oben S. 39 Anm. 93.

¹⁶ Rosenbergs Denkschrift vom 18. 5. 1944 BA: NS 19 neu/382.

¹⁷ Drechsler an Wittrock 1. 6. 1942 BA: R 6/28. Aktenvermerk über die Verwaltung der Stadt Riga am 16. 10. 1942 BA: R 43 II/691 a. Kleist S. 162.

¹⁸ Friedrich Jeckeln, (1895—1946), 1929 in die Partei eingetreten, 1930 SS-Mitglied, 1932 Mitglied des Reichstags, 1941 SS-Obergruppenführer.

¹⁹ In Wirklichkeit handelte es sich um eine teilweise Unterordnung, weil der routinemässige Befehlsweg wie folgt verlief: RSHA-BdS (Befehlshaber der Sicherheitspolizei)-KdS (Kommandant der Sicherheitspolizei), im Bereich der Ordnungspolizei war der Befehlsweg entsprechend. Buchheim 1964, S. 74—75. Siehe auch den Plan über die Organisation der Sicherheitspolizei im Anhang S. 297.

²⁰ 1056-PS IMT XXVI S. 595, Haupt 1963, S. 157—159. Denunziations schreiben über die Überorganisation der Polizei an Himmler vom 10. 1. 1944, Film 175/Rolle 71/2587935. Über die Befehlsverhältnisse im Bereich der Polizei Buchheim 1964, S. 123—125, 143—144.

der Polizei zur Zivilverwaltung blieb ziemlich locker. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Ostministerium und dem Reichsführer-SS hatte man sich auf einen Kompromiss geeinigt, nach dem der höhere SS- und Polizeiführer formell »direkt und persönlich« dem Reichskommissar und die unteren Polizeikommandanten den General- und Gebietskommissaren unterstellt waren. Die Verwaltungsbehörden hatten jedoch keine Möglichkeiten, in die Aktionen einzugreifen, die die Polizei im Auftrage des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei durchführte, obwohl solche polizeilichen Massnahmen weitreichende politische Folgen haben konnten.²¹ Dem Reichskommissar direkt unterstellt waren die Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Reichsbahn und der Post.²² Die Wirtschaftsinspektion Ostland sowie die Wirtschaftskommandos setzten ihre Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung fort. In Riga lag auch der Stab General Friedrich Brämers, des Wehrmachtbefehlshabers des Ostlandes.

Klagen über die Überorganisation und übertriebene Konzentration der Besatzungsverwaltung wurden schon von den Besatzungsbehörden selbst vorgebracht, und dieselben Anschuldigungen wiederholen sich in späteren Ausführungen.²³ Wie gross war denn nun das Personal in den Behörden der Zivilverwaltung? Durch Vergleich von Angaben in verschiedenem Zusammenhang lässt sich ein recht zuverlässiges Bild der Situation zu Beginn des Jahres 1944 konstruieren. Damals arbeiteten im Dienst der Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland 2 235 Deutsche,²⁴ in welcher Zahl die Deutschen in Weissrussland nicht enthalten sein dürften.²⁵ Davon arbeiteten in der Behörde des Reichskommissars etwa 500 Beamte. Die Behörde des Generalkommissars von Lettland umfasste gleichzeitig etwa 370—380 Personen,²⁶ von welcher Zahl die Personalstärke der organisatorisch entsprechenden Generalkommissariate Reval und Kowno nicht wesentlich abgewichen sein können. In jeder Dienststelle eines Gebietskommissars, von denen es in Litauen und in Lettland je sechs und

²¹ Bräutigam S. 11.

²² Die sog. Braune Mappe S. 19 BA: R 43 II/685 a.

²³ Siehe S. 125 sowie Kleist S. 161.

²⁴ Reisebericht über Rosenbergs Inspektion vom 13.—18. 2. 1944 im Reichskommissariat Ostland. BA R 6/217.

²⁵ Eine Annahme, die sich ausser auf folgende Berechnungen auch darauf stützt, dass Weissrussland schon lange bevor es am 1. 4. 1944 offiziell vom RKO abgetrennt wurde, als ein direkt dem OMi unterstelltes Gebiet behandelt worden war.

²⁶ Diese Zahl ergibt sich aus der Angabe Dr. Borckes, der in der Behörde des Generalkommissars von Riga arbeitete, dass sich die dem Reichskommissariat und dem Generalkommissariat zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte wie 4:3 verhielten. Borckes Bericht vom 10. 11. 1944. BA: R 6/39.

in Estland eine mehr gab, dürften etwa 40 Deutsche gearbeitet haben.²⁷ Diese Zahlen beleuchten also die Situation zu Beginn des Jahres 1944. In der ersten Hälfte des Jahres 1942, als die Organisation der Besatzungsverwaltung sicher schon feste Formen angenommen hatte, hatte der Reichskommissar nach einer Angabe 600 und der Generalkommissar in Riga 400 deutsche Beamte.²⁸ Der Unterschied in den Stärken des Jahres 1944 und 1942 lässt sich den Massnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung zuschreiben, über die seit 1942 wiederholte Anordnungen gegeben worden waren, um jüngere Jahrgänge für die Wehrmacht frei zu machen. Nach einer für die Verwaltungspraxis des Dritten Reiches sehr typischen Gepflogenheit wurde für die »Durchkämmung« der Militär- und Zivilbehörden ein eigener Sonderbevollmächtigter, General von Unruh²⁹ eingesetzt, der nach Kleist versuchte, die Stärke der Dienststelle des Gebietskommissars auf 20 und des Generalkommissars auf 200 zu reduzieren.³⁰ Von Unruh war es somit nicht gelungen, auch nur annähernd sein Ziel zu erreichen, sondern die Bürokratie hatte sich gut behaupten können. Ein Vergleich zwischen den Personalstärken der Behörden stützt auch die Behauptung, dass die Verwaltung sehr stark auf der Stufe des Reichskommissars konzentriert war. Es muss noch betont werden, dass die obigen Angaben über die Personalstärken nur die Deutschen in den Zivilbehörden betrafen, die dem Ostministerium unterstellt waren. Wenn man erfahren möchte, wieviel Deutsche insgesamt ins Baltikum kamen, müsste man noch die im Wirtschaftsleben Tätigen mitrechnen, die zahlreichen Einheiten der Polizei und die verschiedenen Versorgungs- und anderen Verbände der Wehrmacht, deren es im Baltikum sehr viele gab.³¹

Die Beamenschaft gibt dem Charakter der zu befolgenden Politik immer ihr eigenes Gepräge, was auch für die Besatzungspolitik des Baltikums gilt, besonders weil das Ostministerium im Anfangsstadium der Besatzungsverwaltung zwangsläufig die politische Entwicklung nur sehr mangelhaft überwachen konnte und auch deshalb, weil es in den Beziehungen des Ministeriums und der ihm untergeordneten Behörden von Anfang an zahlreiche Reibungsflächen gab.

Zur näheren Betrachtung habe ich zwei Sonderfragen bezüglich der Rekrutierung der Beamten gewählt, deren erste die Verwendung von Bal-

²⁷ Die Zahl ergibt sich aus dem obigen Bericht über die Reise Rosenbergs ins Ostland. BA: R 6/217.

²⁸ Wittrock an Marquart 24. 2. 1942 BA: R 6/28.

²⁹ General von Unruhs Vollmacht vom 4. 5. 1942. BA: R 43 II/681.

³⁰ Kleist S. 167—168.

³¹ Z.B. lagen in Vilna nach dem Stadtkommissar Hingst im Februar 1944 insgesamt 108 verschiedene Stäbe und Einheiten der Wehrmacht mit zusammen 12 000 Mann. Der obige Bericht über Rosenbergs Reise ins Ostland im Februar 1944, BA: R 6/217.

ten³² in der Besatzungsverwaltung betriff. Rosenberg hatte im Frühjahr 1941 in einer Denkschrift auf die Gesichtspunkte hingewiesen, die bei der Wahl von Beamten für das Ostland zu berücksichtigen seien. »Aus psychologischen und historischen Gründen« lehnte Rosenberg die Möglichkeit ab, dass die unmittelbare politische Führung in den Ostseeprovinzen den Balten überlassen würde. Sein wichtigstes Argument war dabei jedoch die Furcht vor der politischen Unzuverlässigkeit der Balten. »Für die Erreichung des politischen Endzieles scheint es unzweckmässig, die alten Kontrahenten der Esten, Letten und Litauen unmittelbar als wiederum politisch herrschend in Erscheinung treten zu lassen.«³³ Diese Gesichtspunkte wogen bei Rosenberg schwerer als die Tatsache, dass die Balten die örtlichen Verhältnisse und die Sprache kannten.³³ Ebenso war Hitler den Balten gegenüber misstrauisch.³⁴ Völlige Übereinstimmung wurde jedoch auch in dieser Frage nicht erzielt.³⁵ Die zurückgekehrten Balten fanden hauptsächlich Aufgaben im Bereich des Wirtschaftslebens. Die Sicherheitspolizei klagte im Herbst 1941, dass unter den Zurückgekehrten reichlich unerwünschte Elemente seien. Dazu rechnete man u.a. Personen mit einer liberalistischen Einstellung und individualistischen Auffassung von der Wirtschaft. Die Sicherheitspolizei forderte deshalb die Rückkehr zu einer strengeren Kontrolle der Berechtigten.³⁶ Baltendeutsche waren auch in der Verwaltung tätig, wenn auch wesentlich weniger als im Bereich des Wirtschaftslebens. Die Balten, die bei der Sicherheitspolizei arbeiteten, wurden auf Himmlers Weisung im Herbst 1943

³² Die Bezeichnung Balte wird in der Untersuchung für Mitglieder der ehemaligen baltendeutschen Volkstumsgruppe gebraucht.

³³ Andererseits hielt er es jedoch für notwendig, dass die ins Baltikum zu entsendenden Personen ein — begrifflich höchst unbestimmt klingendes — »inneres Verhältnis zu den Problemen des Ostens und Nordens« hätten und dass sie sich auch ihrem Temperament [!] nach der dortigen Situation anpassen könnten. Wenn diese Personen zu all dem noch »Interessen nach Skandinavien und Finnland« hätten oder überhaupt einen hanseatischen Einschlag, dann wären sie nach Rosenbergs Massstäben höchst geeignet, in der politischen Verwaltung der Ostseeprovinzen Dienst zu tun. 1019-PS IMT XXVI S. 555.

³⁴ Siehe z.B. Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler. New York 1940. S. 43.

³⁵ Göring hatte am 4. 8. 1941 seine Einwilligung zur Rückkehr der Umsiedler aus dem Baltikum gegeben, die das selbst wollten und die früher in der Industrie tätig gewesen waren und noch nicht in den Dienst der deutschen Industrie getreten waren. Himmler gab in seinem Rundschreiben vom 19. 8. 1941 die Erlaubnis zur Rückkehr solcher Umsiedler und in Einzelfällen auch zuverlässiger Flüchtlinge aus dem Baltikum, d.h. Esten und Letten, deren Arbeit in ihrem alten Heimatland als kriegswirtschaftlich wichtig betrachtet werden kann. Dennoch sollten solche Genehmigungen nur bis zum Ende des Krieges gültig sein. Oskar Angelus 1956, S. 44.

³⁶ 180-L IMT XXVII S. 697.

wenigstens aus Estland zurückgezogen.³⁷ Der Chef der Sicherheitspolizei in Estland Sandberger behandelte 1944 in einem Bericht den Beitrag der Balten zur Besatzungsverwaltung und zum Wirtschaftsleben und gab zu, dass sich einige als Helfer der politischen Führung »als kluge Ratgeber und psychologisch-politische Vermittler« zwischen den Reichsdeutschen und Esten erwiesen hätten. Das bestätigten nach ihm auch viele Esten.³⁸ Dagegen kritisierte Sandberger scharf die auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens tätigen Balten, weil diesen gewöhnlich politische Erfahrung fehlte und sie deshalb meistens politisch-psychologisch mehr schadeten als wirtschaftlich nützten.³⁹ Für eine zahlenmässige Schätzung der Balten, die zu verschiedenen Aufgaben nach Estland, Lettland und Litauen kamen, finden sich im Quellenmaterial nicht genügend Anhaltspunkte. Die Mitglieder der obenerwähnten Kommission des Generals von Unruh stellten im Frühjahr 1942 fest, dass es im Baltikum auf jeden Fall Tausende von Balten gebe, die rechtmässig oder illegal dorthin gekommen seien.⁴⁰

Aus mehreren Gründen habe ich als zweites Objekt einer näheren Betrachtung die 19 Mann starke Gruppe der Gebietskommissare gewählt. Die Tätigkeit und die politischen Einstellungen der obersten »Spitzengruppe« der Zivilverwaltung, der Reichs- und Generalkommissare, lassen sich im Lichte sogar vieler Fragen betrachten, aber dagegen hat das fast vollständige Fehlen von Material über die Gebietskommissare dazu geführt, dass deren Tätigkeit in dieser Darstellung nur ganz zufällig hat berücksichtigt werden können, was sehr bedauerlich ist, weil die Gebietskommissare am unmittelbarsten mit der landeseigenen Verwaltung zu tun hatten und so in entscheidender Weise zum »Image« der Besatzungsverwaltung beitrugen. Es dürfte sich deshalb lohnen, auch anhand von knappem hauptsächlich biographischem Material Information von der Art zu suchen, die Hinweise für das Verständnis der politischen Rolle der Gebietskommissare bieten könnte. Waren die Gebietskommissare aus deutschen Behörden hinausgeworfene Beamte, frontuntaugliche alte Herren oder Parteibonzen, die politische Verdienste suchten?

Wenn man die Lebensläufe der Gebietskommissare überblickt, fällt einem zunächst auf, dass von 19 Gebietskommissaren sieben oder gut ein Drittel aus

³⁷ Lohse an Rosenberg 7. 3. 1944 BA: R 6/278; vgl. auch Himmlers Telefongespräch mit Kaltenbrunner am 24. 9. 1943 über die Balten in Estland, BA: NS 19 neu/1441.

³⁸ Z.B. widersetzte sich Dr. Mäe, der in der Führung der landeseigenen Verwaltung Estlands tätig war, der Abberufung einiger Balten. Mäe an Litzmann 15. 10. 1943, BA: R 6/278.

³⁹ Kopie von Sandbergers Bericht »Grundsätzliche Fragen des Einsatzes der Baltendeutschen in Estland«. BA: R 6/92.

⁴⁰ Bormann an Lammers 30. 5. 1942 BA: R 43 II/691 a. Hitler forderte, dass die ohne Vollmachten eingetroffenen Balten sofort zurückzusenden seien.

Schleswig-Holstein zu Hause ist, und wenn wir noch Lohse selbst und den Generalkommissar von Lettland und Bürgermeister von Lübeck Drechsler mitrechnen, kann man sagen, dass diese Provinz wirklich stark vertreten war.⁴¹ Die einfachste Erklärung für diese »Überrepräsentation« Schleswig-Holsteins ist natürlich die, dass Lohse, der schon Ende April an den vorbereitenden Arbeiten der Behörde Rosenbergs beteiligt war, gerne bekannte Männer aus seiner Provinz wählte.⁴² Balten gab es in der Gruppe der Gebietskommissare zwei: den Gebietskommissar von Mitau (Jelgava) Baron von Medem und den Stadtkommissar und Oberbürgermeister von Riga Hugo Wittrock, beide die mit Abstand ältesten der Gruppe. Beide versuchten, die schon 1918 gescheiterte Politik fortzusetzen, was bedeutete, die Verwaltung in deutschen Händen zu halten, »wie das 700 Jahre lang der Fall gewesen war« vor der Selbständigkeit Lettlands.⁴³ Baron von Medem gelang es nach allem zu schliessen jedoch, die »psychologisch richtige« Einstellung zu finden und gute Beziehungen zur Bevölkerung herzustellen,⁴⁴ während Wittrock in Riga mit der landeseigenen Verwaltung Lettlands aneinandergeriet, deren Anordnungen er sich als Oberbürgermeister von Riga nicht fügen wollte.⁴⁵

Mit Ausnahme von Wittrock⁴⁶ waren alle Gebietskommissare Mitglieder der NSDAP: der Partei waren von ihnen im Jahre 1932 oder davor 15 beigetreten und im folgenden Jahre die restlichen drei. Vollzeitliche Parteiämter hatten zuletzt wenigstens sieben Gebietskommissare innegehabt. Ohne Zweifel kann man die Gebietskommissare als eine Gruppe von äusserst zuverlässigen Nationalsozialisten betrachten. Eine Qualifikation in der Verwaltung wurde offensichtlich nicht als ebenso wichtig angesehen, weil man frühere Verwaltungserfahrung (meistens als Landrat, oder Bürgermeister) nur zehn Kommissaren zusprechen kann. Das mittlere Alter der Gruppe beträgt nur 41 Jahre, so dass die meisten sicher noch Fortschritte in ihrer Karriere erhofften und dafür weitere Verdienste brauchten, wie sie

⁴¹ Die Personalien der Gebietskommissare habe ich anhand verschiedener biographischer Hilfsmittel und der im Berlin Document Center aufbewahrten Personalakten gesammelt.

⁴² Es scheint auch sehr verständlich, dass ein in Lübeck, Kiel oder Flensburg wohnender Parteigenosse durchschnittlich stärker an Problemen des Baltikums interessiert war als sein Gesinnungsgenosse, der im Rheinland oder in Bayern lebte.

⁴³ Wolfgang Wachtsmuth, Wege, Umwege, Weggenossen. München 1954. S. 306, 309.

⁴⁴ Siehe z.B. Nottbecks Reisebericht vom August 1941 BA: R 6/24 und den Stimmungsbericht aus Lettland vom Februar 1942 NOKW-2155.

⁴⁵ Zu dem Streit um die verwaltungsmässige Stellung der Stadt Riga siehe S. 114—115.

⁴⁶ Wittrock war ein alter Nationalsozialist, aber er konnte nicht der Partei beitreten, weil er nicht die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen hatte. Siehe S. 39 Anm. 93.

der »Osteinsatz« zweifellos bot. Der Stadtkommissar von Kowno Hans Cramer schrieb am 8. 10. 1943, er sei »heute ... überzeugt wie am ersten Tage von der geschichtlichen Bedeutung dieser Aufgabe« (Osteinsatz).⁴⁷ Aber einer solchen Mentalität war der Gedanke fremd, dass die Hauptaufgabe des Gebietskommissars darin bestand, die Tätigkeit der landeseigenen Behörden zu überwachen. Als Cramer in Kowno eintraf, hätte er als seine erste amtliche Massnahme den litauischen Bürgermeister und die litauischen leitenden Beamten entlassen wollen, um mit Hilfe der deutschen Beamten selbst zu regieren.⁴⁸ Der Gebietskommissar der Stadt Reval Menzel teilte mit, dass er sich »als langjähriger Bürgermeister im Reich« der Auffassung der Generalkommissare von Riga und Kowno anschliesse, dass »sie Popanze würden, wenn sie nicht auch das Amt des Bürgermeisters innehätten«. Die historischen Zusammenhänge seiner Aufgabe hatte zweifellos auch Baron von Medem begriffen, der schon bis März 1942 mitteilte, für die deutschen Frontsoldaten 1 100 Bauernhöfe reserviert zu haben.⁴⁹ Zu dem Bild des stark politisch eingestellten Gebietskommissars passt die Kritik, die Wachsmuth anlässlich seines Besuches in Lettland im Juni 1942 in seinen Erinnerungen an der arroganten Einstellung der Gebietskommissare Lettlands übt sowie daran, dass »sie glauben, nichts lernen zu müssen, alles besser zu verstehen, mit fertig mitgebrachten Schablonen und Rezepten regieren zu können«.⁵⁰ Wachsmuth sah in dieser Einstellung einen Grund für das »Verwaltungsfiasko«, wie er die Situation in Lettland nannte.⁵¹

Die Verwirklichung der deutschen Überwachung im Wirtschaftsleben: Formen und Grundsätze

In den Baltischen Staaten war während der sowjetischen Besetzung 1940—41 eine ausgedehnte Sozialisierung von Privateigentum durchgeführt worden, so dass die deutsche Besatzungsverwaltung das Wirtschaftsleben dieser Länder fest in den Griff bekam, als sie am 19. 8. 1941 alles Eigentum der Sowjetunion für beschlagnahmt erklärte. Das im Gebiet des Reichskommissariats Ostland befindliche unbewegliche und bewegliche Eigentum der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, sowie seiner Mitgliedstaaten,

⁴⁷ Cramer an Gauleiter Giesler 8. 10. 1943. BDC: Personalunterlagen Cramer, Hans.

⁴⁸ Labs' Bericht über die Einführung der Zivilverwaltung am 28. 7. 1941. BA: R 6/24.

⁴⁹ Siehe den vertraulichen Reisebericht, der den Beitrag des ausländischen Arbeits- und Industriepotentials im RKO behandelt. 17. 3. 1942. BA: R 6/443.

⁵⁰ Wachsmuth S. 304. Wachsmuths Kritik darf nicht als zu verallgemeinernd verstanden werden, gibt er doch auch selbst ein positives Urteil über v. Medem.

⁵¹ Ibidem. Über die Kritik an der Tätigkeit der Gebietskommissare von Estland siehe Angelus 1956, S. 120—122.

öffentlicher Körperschaften, Vereine und Zusammenschlüsse war entsprechend der Situation am 20. 6. 1941 zu sichern. Dennoch erhielten alle, die solcherart Eigentum in Besitz hatten, weiterhin das Nutzungsrecht daran, wenn nicht der Reichskommissar oder eine von ihm bevollmächtigte Behörde die Übergabe an die deutsche Zivilverwaltung forderte.⁵² Die im Baltikum während des Sowjetsystems durchgeführte Verstaatlichung des Wirtschaftslebens erleichterte direkt die Aufgabe der Besatzungsverwaltung, weil die Kriegswirtschaft auf jeden Fall die Einführung eines sehr konzentrierten Wirtschaftssystems verlangte.⁵³ Die grundsätzliche Beschlagnahmung allen Eigentums der Sowjetunion bedeutete u.a., dass die Bauern rechtlich den Status von Pächtern hatten und dass sie jederzeit von ihren Höfen vertrieben werden konnten, wenn sie nicht das Vertrauen der deutschen Behörden genossen. Die Bauern verloren in vielen Fällen auch ihre produktive Selbständigkeit, weil sie gezwungen wurden, die Produkte anzubauen, die die Besatzungsverwaltung wünschte.⁵⁴ Nach Görings Weisungen waren endgültige Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in allen besetzten Ostgebieten zurückzustellen, bis die Gebiete an Grossdeutschland angeschlossen wären. Zahlreiche Dokumente beweisen, dass Pläne bestanden, bei der endgültigen Regelung der Eigentumsverhältnisse interessante Objekte auch für deutsche Frontsoldaten zu reservieren.⁵⁵ Grundsätzlich wurde die Verwaltung von beschlagnahmtem Eigentum nur mit Hilfe sog. Treuhänder gestattet. Besondere Ostland-Gesellschaften wurden gegründet, um die treuhänderische Verwaltung auf solchen Gebieten des Wirtschaftslebens zu besorgen, die für die Kriegswirtschaft von Bedeutung waren und deshalb unmittelbare und konzentrierte Überwachung forderten. Diese Monoporgesellschaften erhielten ihre Weisungen von deutschen Zentralbehörden (von den Ämtern für den Vierjahresplan, vom Wirtschaftsministerium, vom Rüstungsministerium), deren Aufgabe es war zu bestimmen, welchen Umfang diese Unternehmen im Rahmen der deutschen Kriegswirtschaft erhielten.⁵⁶

⁵² Alfred Meyer, *Das Recht der besetzten Ostgebiete*. München 1943. O. III. A. 1. In der Präambel des Erlasses wurde als grundsätzliche Absicht die Rückgabe allen Privateigentums angegeben.

⁵³ Darauf wird direkt in einem Bericht hingewiesen. Siehe AA: Pol. Abt. XIII. 10. v. Lilienfeld aus Riga 15. 8. 1941.

⁵⁴ *Latvia under German Occupation*. Washington 1943. S. 30—36.

⁵⁵ Es bleibt nur unklar, in welchem Umfang das geschehen sollte. Denkschrift der Chefgruppe Wirtschaft über die Organisation der Ostgesellschaften vom 23. 5. 1944, Rosenberg an Göring 20. 6. 1944, Film T-484/Rolle 18/000566, 000597—000598.

⁵⁶ Bergmanns Aufzeichnungen über Görings Wirtschaftskonferenz am 8. 11. 1941 NI-440 NMT. XIII S. 864—866. Die Monoporgesellschaften sollten eng mit dem Reichskommissar und seinen Wirtschaftsabteilungen zusammenarbeiten. Örtliche politische Vorstellungen konnten jedoch nicht als bestimmend für die Tätigkeit der Gesellschaften angesehen werden, sondern bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und dem Reichskommissar lag die endgültige Entscheidung schliesslich

Es handelte sich gewissermassen um Holdinggesellschaften, die für die staatliche Überwachung und Verwaltung eines bestimmten Industriezweiges bestimmt waren, während die rein wirtschaftlichen Exekutivaufgaben weitgehend an einzelne deutsche Konzerne übergingen. Durch die gewählte Unternehmensform versuchte man einerseits den Einfluss des Staates zu sichern und andererseits dem privaten Sektor des Wirtschaftslebens Wirkungsmöglichkeiten zu eröffnen;⁵⁷ das Ostministerium hatte nicht einmal das Recht, den Ostgesellschaften unmittelbar Weisungen zu erteilen. Von den Gesellschaften, deren Tätigkeit sich bis ins Baltikum erstreckte, waren die wichtigsten: die Tochtergesellschaft der Kontinentalen Öl AG Baltische Öl GmbH, die im Juli 1941 gegründet wurde, die Tochtergesellschaft der Ost-Faser GmbH Ostland Faser GmbH, die Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland mbH (LO) und die Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Bedarf und Absatz mbH (ZHO).⁵⁸ Die Kontinentale Öl AG mit ihren Tochtergesellschaften erhielt verglichen mit den anderen Monopolgesellschaften eine Art von privatkapitalistischer Sonderstellung, die der Geschäftsführende Direktor der Gesellschaft E. R. Fischer Anfang des Jahres 1942 wie folgt umriss: »Im Gegensatz zu anderen Monopolgesellschaften, die die von ihnen übernommenen Betriebe treuhänderisch verwalten und sich nach Beendigung des Krieges wieder auflösen, führt die Kontinentöl die der Mineralölwirtschaft dienenden Anlagen des russischen Raumes auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko; sie zahlt hierfür eine Pacht an das Deutsche Reich, bis die Betriebe von ihr käuflich erworben werden«.⁵⁹ Die Baltische Ölgesellschaft erhielt im Herbst 1941 aufgrund eines Pachtvertrages das Nutzungsrecht an allen Brandschiefervorkommen Estlands für 99 Jahre. Die Gesellschaft zielte jedoch schon damals auf den Erwerb des völligen Eigentumsrechts ab.⁶⁰ Dieses Ziel erreichte die Gesellschaft denn auch, als das Deutsche Reich mit Vertrag vom 13. 9. 1943 die Brandschiefergruben von Kiviõl der Baltischen Ölgesellschaft übereignete.⁶¹ Der geschlossene Vertrag bedeutete gleichzeitig eine Abweichung von dem allgemeinen Grundsatz, dass während der Kriegszeit keine endgültigen Veränderungen von Eigentumsverhältnissen vorgenommen werden durften. Nach Angaben vom Ende April 1944 waren bei der Baltischen Ölgesellschaft in

in den Händen des Beauftragten für den Vierjahresplan. Siehe auch Bräutigam S. 69.

⁵⁷ Czollek—Eichholtz 1967 S. 65—67, obige Denkschrift der Chefgruppe Wirtschaft vom 23. 5. 1944. Film T-484/Rolle 18/000566.

⁵⁸ Bräutigam S. 48. Harald Nurk, Eesti majandus saksa okupatsiooni ajal. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VIII. Stockholm 1958. S. 75, 81—82.

⁵⁹ Zitat nach Czollek—Eichholtz 1968 S. 153.

⁶⁰ Czollek 1969 S. 112—113.

⁶¹ Labs' Aufzeichnung vom 15. 11. 1943, BA: R 6/5. Aus der Aufzeichnung geht hervor, dass die Massnahme eine indirekte Folge der geführten Autonomieverhandlungen war.

der Verwaltung und in der technischen Leitung in Deutschland 79 und in Estland 494 Personen sowie ausserdem noch 264 deutsche Bergleute beschäftigt. Es ist ein Zeichen für die Bedeutung der Gesellschaft, dass sie zu dem genannten Zeitpunkt mehr deutsche Arbeitskräfte in ihren Diensten hatte als irgendeine andere Ostgesellschaft.⁶²

Die LO sollte als Treuhänder den beschlagnahmten Grundbesitz verwalten. Sie nahm alle bisherigen Staatsgüter in Besitz, alle Höfe ohne Besitzer, die den Juden und Kommunisten abgenommenen landwirtschaftlichen Betriebe sowie die Höfe, die den Baltendeutschen gehört hatten. Sie hatte auch das Recht zu überwachen, ob die in nicht-öffentlichem Besitz befindlichen Höfe zweckmässig bewirtschaftet wurden. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Betrieben war während des Krieges grundsätzlich verboten; nur die LO hatte das Recht, alle Rechte des Eigentümers wahrzunehmen.⁶³ Der Ostland-Faser GmbH waren die Papier-, die Zellulose- und die Textilindustrie unterstellt. Aus kriegswirtschaftlichen Gründen hatte die Besatzungsmacht in Estland ausser an den Brandschiefergruben besonderes Interesse an den Anlagen der Estnischen Phosphorit, die durch einen an der Jahreswende 1942—1943 geschlossenen Treuhandvertrag der direkten Aufsicht des IG-Farben Konzerns unterstellt wurden.⁶⁴

Für die Aufgaben der Treuhandverwaltung wurden in den Behörden der Zivilverwaltung besondere Abteilungen eingerichtet. Dennoch scheint die ganze Besatzungszeit Unklarheit darüber geherrscht zu haben, welche Vollmachten die Treuhandverwaltung gegenüber den Monopolgesellschaften hatte.⁶⁵ Es war durchaus nicht ungewöhnlich, dass die Treuhänder der beschlagnahmten Unternehmen — in erster Linie gerade die Monopolgesellschaften — sich schon als spätere Eigentümer der Objekte betrachteten.⁶⁶ Die Banken und Kreditinstitute und somit jede Art von »Lenkung der Kapitalströme« wurde völlig unter deutsche Kontrolle gebracht.⁶⁷

In einer von Göring geleiteten Konferenz über Wirtschaftsfragen der besetzten Ostgebiete am 8. 11. 1941 wurde ausführlich über die allgemeinen

⁶² »Technische, kaufmännische und sonstige deutsche Kräfte der Ostgesellschaften nach dem Stand vom 30. April 1944«, Film T-484/Rolle 18/000569.

⁶³ Meyer O. III D. b. 4.

⁶⁴ R. Czollek, Estnische Phosphorit im Griff der IG-Farbenindustrie AG, Eesti NSV Teaduste Akadeemia Toimetised 4/1966 S. 433—444. Czollek hebt hervor, wie man in Deutschland schon Jahre vor dem Kriege wegen der geringen Phosphatvorkommen des Landes Interesse an dem estnischen Phosphorit und seiner Nutzung hatte.

⁶⁵ Tätigkeitsbericht der Sonderabteilung Treuhandverwaltung 6. 11. 1944. BA: R 6/238.

⁶⁶ Bütigam S. 49.

⁶⁷ Latvia under German Occupation S. 26—29. Nach dieser Quelle hatte unter den Banken die zentralste Stellung die Dresdner Bank, die (1943) in den sieben grössten Städten des Ostlands Zweigstellen unterhielt.

Grundsätze der Wirtschaftspolitik gesprochen. Dabei wurden u.a. folgende Grundsätze festgelegt:

»I. Für die Dauer des Krieges sind die Erfordernisse der Kriegswirtschaft das oberste Gesetz jedes wirtschaftlichen Handelns in den neubesetzten Ostgebieten.

II. Auf lange Sicht gesehen werden die neubesetzten Ostgebiete unter kolonialen Gesichtspunkten und mit kolonialen Methoden wirtschaftlich ausgenutzt. Eine Ausnahme gilt nur für die Teile des Ostlandes, die nach dem Auftrag des Führers zur Eindeutschung bestimmt sind, auch sie unterliegen jedoch dem Grundsatz der Ziffer I.

III. Das Schwergewicht aller wirtschaftlichen Arbeit liegt bei der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion» . . .

Eine interessante Einzelheit in diesen Weisungen muss noch hervorgehoben werden, weil darin schon eine rassistisch begründete Differenzierungspolitik gefordert wird: »Der auf lange Sicht gestellte Auftrag zur Eindeutschung des Ostlandes darf nicht zu einer allgemeinen Erhebung des Lebensstandards für alle dort wohnenden Völkerschaften führen. Nur die im Ostland befindlichen oder dort anzusiedelnden deutschen und zu germanisierenden Elemente dürfen besser gestellt werden.«⁶⁸ Die Anwendung kolonialer Methoden in den besetzten Ostgebieten fand seinen Ausdruck u.a. in der eingeschlagenen Preis- und Lohnpolitik. Die dabei zu befolgenden Grundsätze legte Finanzminister Schwerin von Krosigk in einer Denkschrift nieder, die er am 4. 9. 1942 den obersten Reichsbehörden sandte. »Das Reich«, heisst es darin, »erwartet von den besetzten Ostgebieten eine wesentliche volks- und finanzwirtschaftliche Entlastung . . . Aus den finanziellen Überschüssen der besetzten Ostgebiete und aus der Abschöpfung der Preisunterschiede zwischen Reich und Osten soll ein wesentlicher Teil der Kriegslasten insbesondere der Zins- und Tilgungslast des Reiches gedeckt werden.«⁶⁹ Zur selben Frage wird in einer Denkschrift des Leiters der Abteilung für Finanzwesen im Ostministerium, Dr. Langes, im Mai 1944 festgestellt: »Die im Osten gewonnenen Gebiete sollten nach der Grundkonzeption die für ihren Erwerb aufgewandten Kosten, die Kosten ihrer Nutzbarmachung und die Kosten ihrer Verwaltung und Sicherung selbst tragen und darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zum Gesamthaushalt des Reiches leisten.« Besonders die Monopolgesellschaften hatten die Aufgabe darüber zu wachen, dass das Lohn- und Preisniveau der besetzten Ostgebiete niedrig bleibe, damit Deutschland die gewünschten Rohstoffe und Nahrungsmittel möglichst günstig aus den Ostgebieten bekäme.⁷⁰ Beim Festlegen des Lohn- und Preisniveaus wurde eine gewisse von Westen nach Osten sinkende Abstufung

⁶⁸ EC-3, gedruckt in NMT XIII S. 854—856.

⁶⁹ Zitat nach Czollek—Eichholtz 1968 S. 177—178.

⁷⁰ EC-3; Dr. Langes (Abt. II. 6) Aufzeichnung über die Organisation der Ostgesellschaften 25. 5. 1944. Film T-454/Rolle 18/000576—000582.

eingehalten, nach der die Löhne und Preise im Ostland etwa 60 % der entsprechenden Preise und Löhne in Ostpreussen betragen. Nach der Chefgruppe Wirtschaft konnte diese Lohn- und Preisabstufung im wesentlichen erreicht und erhalten werden.⁷¹ Dasselbe wird durch einige andere Quellenangaben bestätigt. Angelus hat nämlich in seinen Erinnerungen behauptet, dass die den estnischen Bauern für ihre landwirtschaftlichen Produkte bezahlten Preise gerade 60 % des in Ostpreussen gängigen Preisniveaus ausmachten, und nach einer Mitteilung Nurks beliefen sich die Löhne der Industriearbeiter in Estland auf nur 40—60 % der entsprechenden Löhne in Deutschland.⁷² Andererseits behauptete jedoch Dr. Lange in seiner obenerwähnten Denkschrift, dass die Monopolgesellschaften, die sich als Staat im Staat betrachteten, versucht hätten, sich von jeder staatlichen Aufsicht freizumachen, was seinen Ausdruck u. a. in dem Bestreben fand, die Preise der im Osten hergestellten Erzeugnisse auf dasselbe Niveau zu heben wie die Preise der entsprechenden Erzeugnisse in Deutschland.⁷³ Was vor allem die Preise der für das Ostland wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse angeht — um an einem konkreten Beispiel die vielfältigen Probleme der Preispolitik zu beleuchten — bedeutete die eingeführte Preisabstufung, dass die 40 %ige Differenz von den deutschen Reichspreisen in Form von Schleusengewinnen dem Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung stand. Andererseits subventionierte wieder das Reichswirtschaftsministerium von diesen Schleusengewinnen die Preise der aus Deutschland für die Landwirtschaft des Ostlandes gelieferten Produktionsmittel auf den 60 %igen Stand des Ostlandes. Die angewandte Preisabstufung hatte jedoch auch solche unerwünschten Nebenwirkungen, die die finanzpolitische Zweckmässigkeit der ganzen Preispolitik in Frage stellten. Auch der Reichskommissar selbst war nämlich gezwungen zuzugeben, dass die Landwirtschaft mit den Preisen, die für ihre Erzeugnisse bezahlt wurden, nicht rentabel sei. Das trug wiederum zu einem Absinken der Produktion bei, weil die Bauern an einer unrentablen Produktion natürlich nicht interessiert waren. Um irgendwo die für die Produktionstätigkeit erforderlichen Mittel locker zu machen, um die Steuern und Gebühren bezahlen zu können, waren die Bauern direkt gezwungen, Schwarzhandel zu treiben.⁷⁴

Das Ostministerium hatte von Anfang an davor gewarnt, die Ostgebiete nur als Ausbeutungsobjekte zu betrachten, und hatte die Notwendigkeit

⁷¹ Abschlussbericht der Chefgruppe Wirtschaft/OMi vom 23. 12. 1944, Film T-454/Rolle 94/000356—000357.

⁷² Angelus 1956 S. 299; Nurk S. 88.

⁷³ Dr. Langes obige Aufzeichnung 25. 5. 1944. Die Stellung der Monopolgesellschaften und der anderen rechtlich gesehen privatwirtschaftlichen Unternehmen in der deutschen Kriegswirtschaft enthält Probleme, die zweifellos eine genauere Untersuchung erfordern würden.

⁷⁴ Kopie eines Briefes von Lohse an Rosenberg 15. 5. 1943. BA: R 91/21.

einer politischen Zielsetzung betont. Nachdem die Deutschen im Spätherbst 1941 vor Moskau ihre ersten militärischen Rückschläge erlitten hatten, war man auch im Bereich des von Göring geleiteten Vierjahresplanes geneigter, die politischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Diese Auffassung hatte sich schon in gewissem Grade in der Auflage der »Braunen Mappe« vom April (1942) durchgesetzt, die vom Ostministerium für die Wirtschaftsführung der Ostgebiete herausgegeben wurde und in der es u.a. heisst: »Im ganzen darf das besetzte Gebiet nicht als Ausbeutungsobjekt betrachtet werden. Auch unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist der höchste Nutzeffekt nur zu erwarten, wenn eine pflegliche Behandlung aller Erzeugungsgrundlagen und -mittel gewährleistet bleibt.«⁷⁵ Eine geradezu utilitaristische Begründung!

Die sog. landeseigene Verwaltung in Estland, Lettland und Litauen

Entstehung der landeseigenen Verwaltungsbehörden

Genauere Pläne darüber, in welchem Rahmen und auf welcher Ebene die einheimische Bevölkerung in den ehemaligen Baltischen Staaten sich an der Verwaltung beteiligen sollte, gab es zu Beginn des Ostfeldzuges noch nicht. In den von der Dienststelle Rosenberg ausgearbeiteten und am 14. 7. datierten politischen Richtlinien begnügte man sich mit einem Hinweis auf die Möglichkeit, dass die einheimische Bevölkerung eigene »Vertrauensleute« als Verbindungsmänner im Generalkommissariat haben könnte, aber sonst sollten alle Massnahmen der künftigen deutschen Verwaltung dienen.⁷⁶ Der Aufstellung von Vertrauensleuten hatte Anfang Juli auch Hitler seinen Segen gegeben.⁷⁷ Die Rekrutierung geeigneter Vertrauensleute war schon seit Ende Juni im Gange gewesen, was in Anbetracht der politischen Fernziele Deutschlands im Baltikum durchaus keine einfache Aufgabe war, sofern man hoffte, dass diese Vertrauensleute wenigstens ein gewisses Echo in der einheimischen Bevölkerung fänden. In Litauen ergaben sich Komplikationen durch die Bildung der provisorischen Regierung und in Lettland durch die Konkurrenz der zur Zusammenarbeit geneigten einheimischen Gruppen.

Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet schienen sich in Litauen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in erster Linie mit der sog. Gruppe Voldeparas zu bieten, die schon im Frieden Verbindungen mit Deutschland

⁷⁵ Braune Mappe (April 1942) S. 12.

⁷⁶ PS-1042, vgl. Kleist S. 153—154.

⁷⁷ Das geht aus Leibbrandts Brief an Lohse vom 26. 9. 1941 hervor. BA: R 6/278.

gehabt hatte.⁷⁸ Die Anhänger Voldemaras' wären nach der Sicherheitspolizei bereit gewesen, sich mit einer teilweisen Selbständigkeit zu begnügen, wobei wenigstens die Aussenpolitik Litauens von Deutschland bestimmt worden wäre.⁷⁹ Bei den betreffenden deutschen Behörden (Dienststelle Rosenberg, Auswärtiges Amt, Sicherheitspolizei, OKW/Abwehr) war jedoch der politisch den Christdemokraten nahestehende ehemalige Oberbefehlshaber der Armee, General Rastikis, als erster litauischer Vertrauensmann vorgesehen, dessen Aufgabe es später gewesen wäre, einen besonderen Vertrauensrat aufzustellen. Von der Einsatzgruppe A wurde General Rastikis schon am 27. 6. nach Kowno gebracht, wo jedoch damals schon die provisorische Regierung Litauens amtierte, zu deren Verteidigungsminister Rastikis ernannt war. Da Rastikis in Litauen wesentlich bekannter und beliebter was als der Berlin-Gesandte Škirpa, hätte es gute Möglichkeiten für eine solche »innere Palastrevolution« geben sollen, die eine Ersetzung der provisorischen Regierung durch einen Vertrauensrat unter Rastikis bedeutet hätte. Rastikis war jedoch nicht gewillt, die Rolle zu übernehmen, die ihm in diesem Spiele zugefallen wäre, und so war es den Deutschen bis Anfang August noch nicht gelungen, eine befriedigende Lösung in der Situation zu finden.⁸⁰ Ebenso misslangen die Versuche, die provisorische Regierung Litauens durch Druck und direkte Drohungen zu einem Hilfsorgan der deutschen Zivilverwaltung zu machen.⁸¹ Auch noch nach der Auflösung der provisorischen Regierung versuchte man General Rastikis zu überreden, die Leitung der Verwaltung des Inneren zu übernehmen, aber vergebens.⁸² Die ursprünglich General Rastikis zugedachte Stellung fiel nun dem ehemaligen Chef des Generalstabes Litauens, General Petras Kubiliunas, zu.⁸³ Unter seinem Vorsitz versammelten sich die einzelnen Verwaltungszweige der landeseigenen Verwaltung führenden »Generalräte« zu einer ersten Sitzung am 22. 8. 1941.⁸⁴ In dieser Übergangsphase versuchte man die

⁷⁸ Siehe oben S. 29.

⁷⁹ Ereignismeldung UdSSR Nr. 14/6. 7. 1941, BA: R. 58/214.

⁸⁰ Prützmann an Himmler 29. 6. 1941, Film T-175/Rolle 123/648978-79, Ereignismeldungen UdSSR Nr. 12/4. 7., 14/6. 7. und 40/1. 8. BA: R 58/214—215. Kleist machte die Militärverwaltung dafür verantwortlich, dass es ihr nicht gelungen sei, Rastikis an die Spitze der provisorischen Regierung Litauens zu schieben. Kleists Bericht vom 22. 7. 1941, CDJC-504.

⁸¹ Siehe oben S. 83 sowie N. E. Suduvis, Ein kleines Volk wird ausgelöscht. Zürich 1947. S. 58. Suduvis behauptet, dass gerade Kleist und Dr. Greffe (aus dem Reichssicherheitshauptamt) die provisorische Regierung Litauens in diesem Sinne zu bedrängen versuchten.

⁸² Rastikis begründete seine Ablehnung damit, dass seine Verwandten und Kinder in der Sowjetunion lebten. Ereignismeldung UdSSR Nr. 54/16. 8. 1941 BA: R 58/216.

⁸³ Ibidem.

⁸⁴ An der Spitze der einzelnen Verwaltungszweige standen folgende Generalräte: Finanzverwaltung Jonas Matulionis, Landwirtschaft Prof. Vitkus, Kulturver-

Stellung des Generalrates als wichtiger erscheinen zu lassen, als sie es in Wirklichkeit war.⁸⁵ Nach der Kritik zu urteilen, die in der ersten Sitzung des Vertrauensrates an der Besatzungsverwaltung geübt wurde, war noch nicht einmal allen Generalräten ihre wirkliche Lage klar geworden. Das musste in der folgenden Phase zu wiederholten Umbesetzungen führen.⁸⁶ Nur General Kubiliunas scheint mit seiner Tätigkeit völlig den Erwartungen der Besatzungsverwaltung entsprochen zu haben, was u.a. ein Bericht des Generalkommissars zeigt, in dem dieser nachweist, dass General Kubiliunas mit der deutschen Verwaltung »ohne Bedingungen« zusammenarbeite.⁸⁷

In Lettland lässt sich keine eindeutig deutschfreundliche Gruppe nachweisen.⁸⁸ Oskar Dankers, mit dem die Dienststelle Rosenberg schon im Juni Verbindung aufnahm, war ein pensionierter General der lettischen Armee, der sich früher nicht am politischen Leben beteiligt hatte.⁸⁹ Die OKW/Ausland/Abwehr wiederum hatte mit dem ehemaligen lettischen Militärattaché in Berlin Oberst Plesner und mit Oberstleutnant Deglavs in Verbindung gestanden, die mit den ersten Einheiten des Heeres in Riga eintreffen konnten. In Riga kam es auch zu selbständiger Aktivität, die sich in einem von Plesner, Celminš⁹⁰ und Valdmanis gemeinsam am 1. 7. an Hitler gesandten Glückwunschtelegramm äusserte. Sie versuchten auch, zu einer Audienz nach Berlin zu kommen.⁹¹ Die Situation bei der Aufstellung der Vertrauensräte wurde jetzt sehr kompliziert und auch dramatisch, zum Teil wegen der offensichtlich schlecht koordinierten Zusammenarbeit der deutschen Behörden, zum Teil wegen der Aktivität der verschiedenen lettischen Gruppierungen. Das Heer scheint Plesner recht freie Hand gelassen zu haben, nachdem ihm die Pläne mitgeteilt worden waren, nach denen er zusammen mit Dankers, Dr. Sanders und

waltung Dr. Pranas Germantas, Gerichtswesen Prof. M. Mackevicius, Verkehrswesen Kazys Germanas und Arbeits- und Sozialverwaltung Dr. Jonas Paukschtyš. Von diesen hatte nach Skirpa Prof. Mackevicius auch zur provisorischen Regierung gehört. Ereignismeldung UdSSR Nr. 95/26. 9. 1941 BA: R 58/217; Škirpas Brief an OKW/Abwehr 6. 5. 1943 BA: R 6/161.

⁸⁵ Siehe z.B. litauische Presseschau Nr. 18/12. 9. 1941 BA: R 43 II/691.

⁸⁶ Vgl. z.B. DZO 20. 11. 1942 sowie die Angaben in Skirpas Brief an OKW/Abwehr vom 6. 5. 1942, BA: R 6/161.

⁸⁷ Undatierter Lagebericht des Generalkommissars v. Renteln (wahrscheinlich im September 1942) BA: R 6/300.

⁸⁸ Siehe oben S. 31.

⁸⁹ Zu den Personalien siehe NO-5583. Es sei erwähnt, dass Dankers nach 1906 eine Zeit in der Festung Sveaborg bei Helsinki diente.

⁹⁰ Celminš war ebenso durch die OKW/Abwehr nach Riga gebracht worden, siehe oben S. 78 Anm. 34.

⁹¹ Ereignismeldung UdSSR Nr. 40/1. 8. 1941 BA: R 58/215. Nach Kalnins boten die Absender des Telegramms an, Lettland als autoritären Staat unter den Schutz Grossdeutschlands zu stellen. Bruno Kalnins, *De baltiska staternas frihetskamp*. Stockholm 1950. S. 245.

Deglavs einen lettischen Vertrauensrat organisieren sollte. Mit einer solchen »Blankovollmacht« regierte Plesner nach Kleist frei und in dem Sinne »unglücklich«, dass viele Anhänger Ulmanis' sich in wichtige Stellungen der Verwaltung drängen konnten. Ferner war nach Kleist nicht genügend auf die politische Zuverlässigkeit von Oberstleutnant Deglavs geachtet worden. Die Folge war, dass sich Deglavs erschoss, als ihm klar wurde, dass die von der Besatzungsverwaltung eingeleitete politische Entwicklung nicht seinen Hoffnungen entsprach. Plesner erkrankte und schied auch aus.⁹² Um politischen Einfluss kämpften danach die von Gustavs Celminš geführten »Donnerkreuzler« und die Anhänger Ulmanis'. von Roques, der recht gute Beziehungen zu der Gruppe um Valdmanis hatte, war anfangs gegen die Aufstellung Dankers' als Vertrauensmann. Erst nach langen Verhandlungen gelang es Kleist, v. Roques dazu zu bewegen, am 21. 8. Dankers zu einer Art von Leiter der lettischen Zivilverwaltung zu ernennen. Zu Dankers' Befugnissen sollte besonders die Behandlung von Personalfragen gehören, damit er bei späteren Neuregelungen als entscheidende Schlüsselfigur fungieren und gleichzeitig nach aussen hin die Rolle des gleichbleibenden Elements spielen könnte. Zu Dankers' Unterstützung wurden drei Sekretäre eingestellt: Dr. Sanders, Oberstleutnant Freimanis und der zu den Donnerkreuzlern gehörende Anderson. Die letztere Ernennung hatte den Zweck, auch die Donnerkreuzler, die Dankers kritisiert hatten, nach Kleists Worten »zu sachlicher Arbeit« zusammenzubringen.⁹³ Aber sonst scheinen an der Spitze der einzelnen Verwaltungszweige noch die Personen geblieben zu sein, die diese Aufgaben nach dem Abzug der Russen übernommen hatten und die dann in dieser Amtstätigkeit auch von der Militärverwaltung anerkannt und bestätigt worden waren. Auch die Zivilverwaltung betrachtete es als politisch zweckmässig, anfangs die Existenz der »Generaldirektoren« »de facto« anzuerkennen, bezweckt war jedoch, sich später mit Hilfe von Neuregelungen der politisch unerwünschten Personen zu entledigen.⁹⁴ Die so gestellte Aufgabe erwies sich aus vielen Gründen als äusserst schwierig. In Anbetracht der politischen Traditionen Lettlands war es eine nahezu unmögliche Aufgabe, Generaldirektoren zu finden, die die politischen Fernziele Deutschlands guthiessen. General Dankers erwies sich im innenpolitischen Kräftespiel durchaus nicht als starker Mann, und er scheint sich auch nicht der besonderen Hochachtung des Generalkommissars von Lettland erfreut zu haben.⁹⁵ In eine wie schwie-

⁹² Kleists Bericht vom 22. 7. 1941 CDJC-504. Ereignismeldung UdSSR Nr. 22/14. 7. 41, Nr. 40/1. 8. 41. BA: 58/214—215.

⁹³ Kleists Bericht vom 22. 8. 1941 BA: R 6/75. Ereignismeldung UdSSR Nr. 40/1. 8. und 68/30. 8. BA: R 58/215—216.

⁹⁴ Trampedachs Denkschrift »Stellungnahme zur Neuordnung der landeseigenen Verwaltung« 19. 11. 1942. S. 8—9. Siehe auch Latvia under German Occupation S. 6.

⁹⁵ Kleists Denkschrift über die Innenpolitik Lettlands, 25. 4. 1942 BA: R 6/279.

rige Situation man bei der Suche von geeigneten Direktoren geraten war, zeigt die Ernennung Valdmanis' zum Direktor der Justizverwaltung im November 1941, obwohl seine Tätigkeit schon früher das Misstrauen der Sicherheitspolizei und Kleists erregt hatte.⁹⁶ Hinter der Ernennung Valdmanis' stand in erster Linie Generalkommissar Drechsler, dessen Massnahmen Kleist in dieser Hinsicht scharf kritisierte. Er teilte gleichzeitig mit, dass Valdmanis unbedingt durch eine andere Person ersetzt werden müsse.⁹⁷ Jedoch gelang es Valdmanis, der das Vertrauen des Generalkommissars genoss, seine Stellung zu behalten. Valdmanis wurde sogar zur einflussreichsten Person der landeseigenen Verwaltung, und als seine Schuld betrachtet es Kleist, dass die für Dankers ursprünglich eingesetzten Hilfskräfte auf ihre Stellungen verzichten mussten.⁹⁸ So ging die Entwicklung denn auch in eine ganz andere Richtung, als wie Kleist sie hatte lenken wollen: anstatt dass in der Führung der landeseigenen Verwaltung die von Kleist und der Sicherheitspolizei als unerwünscht betrachteten lettischen Elemente ausgeschaltet worden wären, zeigen die Umbesetzungen, dass diese Elemente ihre Position eher gestärkt haben.

Zuverlässige estnische Vertrauensleute konnte man in erster Linie unter den Mitgliedern des Freiheitskämpferbundes, suchen.⁹⁹ Um die durch den zu erwartenden militärischen Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetunion gebotenen Aktionsmöglichkeiten auszunutzen, hatten einige zu dieser Gruppe gehörende Personen schon Ende Mai 1941 in Helsinki ein »Estnisches Befreiungskomitee«¹⁰⁰ gegründet, das es sich zur Aufgabe machte, »die Freiheit und Selbständigkeit des estnischen Volkes« »durch Hilfe befreundeter Staaten« wiederherzustellen. Das Komitee hielt sich für berechtigt, die oberste politische Gewalt auszuüben, bis es die genügenden Voraussetzungen gäbe »für eine aufgrund der im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich ausgearbeiteten neuen Verfassung eingesetzte ordnungsgemässe Staatshoheit«. Das Komitee richtete durch das Auswärtige Amt einen Hilferuf »an den Beschützer der kleinen Völker und Führer des Deutschen Volkes« und bevollmächtigte seinen Vorsitz Dr. Mäe, mit der deutschen Regierung bindende Verträge zu schliessen.¹⁰¹ Dr. Mäe informierte den Vertreter des Auswärtigen Amtes ganz offen über seine

⁹⁶ Ibidem; siehe auch oben S. 79.

⁹⁷ Kleists Denkschrift, 14. 1. 1942 CDJC: CXL VIII b-6.

⁹⁸ Ibidem sowie Kleists Vermerk, 25. 4. 1942 BA: R 6/279.

⁹⁹ Siehe oben S. 30—31.

¹⁰⁰ Zu dem Komitee gehörten Hjalmar Mäe als Vorsitzter sowie als Mitglieder Dr. Alexander Massakas, Dr. Harry Rütman (wenn er verhindert war: Rechtsanwalt Karl Gran), Major Axel Kristian und Valter Kotsar.

¹⁰¹ Vgl. in diesem Zusammenhang Trampedachs späteren Hinweis darauf, dass Mäe im Herbst 1941 Versprechungen gemacht hatte, das estnische Volk »zu deutschem Stammbewusstsein« zu erziehen, Konzept einer Rede Trampedachs vom Februar 1944. NO-3457.

politische Konzeption. Er erbat für sich und seine Freunde »ein halbes Jahr Zeit zur Erziehung des estnischen Volkes«; danach, glaubte Mäe, würde die »unerlässliche enge Verbindung Estlands mit dem Reich« leicht vor sich gehen. Sogar die teilweise Besiedlung Estlands mit Deutschen fand bei Mäe »Verständnis«. Für eine sehr wesentliche Aufgabe hielt Mäe die Erziehung des estnischen Volkes vom eng nationalen Denken zur Berücksichtigung »gesamteuropäischer Gesichtspunkte«. Um das zu erreichen, erschien ihm die Teilnahme der Esten am Kampf für Europa und »das gemeinsame Erlebnis mit deutschen Soldaten« als notwendig. In dem Fall, dass die Führer der alten Parteien versuchen würden, sich wieder nach vorne zu schieben, müssten sie auf die eine oder andere Weise von der Bühne entfernt werden; als beste der dabei in Frage kommenden Alternativen betrachtete Mäe ihre Ausweisung nach Russland, »wo sie unter Umständen gute Dienste leisten könnten«. Auf Mäes Wunschliste standen ferner geringe Gebietsforderungen, die auf Kosten der Sowjetunion verwirklicht werden sollten. Die Ansichten Dr. Mäes machten, wie zu erwarten, auf den Beamten des Auswärtigen Amtes einen guten Eindruck.¹⁰² In diesem Stadium träumte Mäe noch von einer bedeutenden politischen Aufgabe in Estland und von der Möglichkeit, auf der Grundlage des Freiheitskämpferbundes eine nationalsozialistische Bewegung zu schaffen. Ende Juni wurde seitens der Sicherheitspolizei Verbindung mit einer anderen, in Estland als brauchbar angesehenen Person, mit Oskar Angelus, aufgenommen.¹⁰³ Im Juni und Anfang August sprach Angelus mehrmals mit Vertretern des Ostministeriums und des Auswärtigen Amtes.¹⁰⁴ Die dritte schon in Berlin vorgesehene Person war Dr. Alfred Wendt, der früher im estnischen Wirtschaftsministerium gearbeitet hatte.¹⁰⁵ Mäe wurde rechtzeitig »in Bereitschaftsstellung« nach Riga gesandt, wo er wenigstens schon Anfang August war. Angelus und Wendt verliessen Berlin am 9. 8.¹⁰⁶ Aus

¹⁰² Wrangells Aufzeichnungen über ein Gespräch mit Mäe am 25. 6. 1941. AA: Pol. Abt. XIII 23: 60—62. Vgl. die vom Estnischen Befreiungskomitee vorgelegte Liste der einer Lösung harrenden Fragen (Anlage zu Mäes Schreiben an das Auswärtige Amt vom 22. 6.), wo der Ton viel vorsichtiger ist als in Mäes privat vorgetragenen Gedanken AA: Pol. Abt. XIII 23: 66.

¹⁰³ Oskar Angelus (geb. 1892), ehemals hoher Beamter des estnischen Innenministeriums, siedelte nach Deutschland über und wurde 1940 deutscher Staatsbürger. Ausführliche Personalien siehe BA: R 6/278.

¹⁰⁴ Aus diesen Gesprächen geht hervor, dass sich Angelus weitgehend mit seiner deutschen Umgebung identifizierte. Er legte »Wert darauf, dass er nicht als estnischer Sachverständiger, sondern als deutscher Beamter nach Estland kommt«. Wrangells Gespräch mit Angelus am. 9. 7. 1941. AA: Pol. Abt. XIII 23: 1, Angelus 1956, S. 36—40.

¹⁰⁵ Alfred Wendt (geb. 1902), diente im estnischen Wirtschaftsministerium, 1940—41 in den Brandschiefergruben von Kiviöl, siedelte nach Deutschland über und wurde 1941 deutscher Staatsbürger. Zu den Personalien genauer BA: R 6/278, 283.

¹⁰⁶ Angelus 1956, S. 50.

den Erfahrungen bei der Aufstellung der Vertrauensräte in Litauen und Lettland versuchte man auf deutscher Seite zu lernen, damit in Estland nicht ein gleiches Durcheinander entstände. Nach sorgfältigen Vorbereitungen funktionierte denn auch das Zusammenspiel zwischen Ostministerium, Sicherheitspolizei und Wehrmacht in dieser Frage reibungslos.¹⁰⁷ Auch nach Kleists Ansicht schien die Arbeit in Estland unter den günstigsten Zeichen begonnen zu haben. Kleist weist in diesem Zusammenhang auf Mäes in einem Gespräch geäußerte Gedanken folgenden Inhalts hin: »Die deutsche Führung möge erreichen, dass nach wenigen Jahren das estnische Volk auf sein Estentum ebenso stolz ist, wie jeder andere deutsche Stamm auf seine Sonderart [Sperrung vom Verf.]«. ¹⁰⁸ Auf Anordnung des Befehlshabers Rückwärtiges Heeresgebiet Nord, General von Roques, wurden am 15. 9. 1941 ¹⁰⁹ folgende Personen mit der Leitung der estnischen Selbstverwaltung betraut: Dr. H. Mäe (Personalfragen, Propaganda, Kultur u. Unterricht, Gerichtswesen), Oskar Angelus (für innere Angelegenheiten), Dr. A. Wendt (für Wirtschaft, Finanzen und Transport), O. Leesment (für soziale Fragen, Arbeit, Gesundheitswesen) sowie H. Sass (für Landwirtschaft).¹¹⁰ Den »Direktoren« der Selbstverwaltung wurde das Recht gegeben, für die Ausführung der Verwaltungsaufgaben die erforderliche Beamtenschaft einzustellen, wobei jedoch der Militärverwaltung die Listen der eingestellten Personen vorzulegen waren. Die Selbstverwaltung kam ihren Aufgaben im Rahmen der bisherigen Gesetze und Vorschriften nach, soweit diese nicht aufgehoben oder geändert waren. Aufgrund einer vorangehenden schriftlichen Zustimmung des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes konnten die »Direktoren« auch Vorschriften mit Gesetzeskraft erlassen.¹¹¹ Die Zusammensetzung der landeseigenen Verwaltung Estlands gab der deutschen Verwaltung Anlass zu besonderer Zufriedenheit. Besonders zeigten viele Äusserungen Dr. Mäes, dass er seine eigenen Ziele fast vollständig den politischen Zielen Deutschlands

¹⁰⁷ 180-L IMT XXXVII S. 673—674, Kleists Bericht, 22. 8. und 15. 9. 1941 BA: R 6/75. Tiedmann an Wirtschaftsinspektion Nord, 8. 11. 1941, woraus hervorgeht, dass General v. Roques über Mäes und Angelus' künftige Aufgaben schon am. 4. 7. 1941 unterrichtet worden war. BA/Militärarchiv: Wi/ID. 4.22.

¹⁰⁸ Kleists Bericht, 22. 8. BA: R 6/75. Vgl. auch Mäes Brief an Massakas. Anlage zu den Aufzeichnungen Grosskopfs (13. 8. 1941) über die Lage in Estland. AA: Pol. Abt. XIII 23: 45.

¹⁰⁹ Formal trat die Anordnung erst am 20. 9. in Kraft, als sich Estland vom Gefechtsgebiet in ein rückwärtiges Armeegebiet verwandelte. Mäes Zeugenaussage NO-5919.

¹¹⁰ Später trat an die Spitze der Justizverwaltung Oskar Öpik, der seine Memoiren unter dem Pseudonym Mamers veröffentlicht hat.

¹¹¹ v. Roques an die Wirtschaftsinspektion Nord, 15. 9. 1941 BA/Militärarchiv: Wi/I D. 4. 22; Richtlinien für die Tätigkeit der Feld- u. Ortskommandanturen, 18. 9. 1941. BA/Militärarchiv: Befehlshaber d. rückw. Heeres-Geb. Nord 14768/3.

gleichgestellt hatte. So wurde denn in einem Bericht der Sicherheitspolizei vom 19.11.1941 erwähnt, dass Mäe einen engen Kreis von dem in etwa 20 Jahren zur Verwirklichung bestimmten Eindeutschungsplan unterrichtet habe.¹¹² Andererseits mussten die deutschen Dienststellen zugeben, dass Mäe »wenig oder nichts hinter sich« hatte, weil er mit seiner Tätigkeit keinen Widerhall bei den Esten fand. Mehr geschätzt bei der einheimischen Bevölkerung waren Angelus und Wendt.¹¹³

Bei der Errichtung der landeseigenen Selbstverwaltung in Estland, Lettland und Litauen war man offensichtlich weiter gegangen als bis zur Aufstellung von — ursprünglich vorausgesetzten — rein beratenden Vertrauensräten,¹¹⁴ was vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen ist. Erstens gelang es in Litauen und Lettland, vor dem Eintreffen der Deutschen eine landeseigene Zentralverwaltung zu organisieren, die die deutsche Besatzungsverwaltung vor vollendete Tatsachen stellte und ihr die Möglichkeit nahm, die Einrichtung einer rein deutschen Verwaltung mit dem Fehlen landeseigener Kräfte zu begründen. Zum andern unterstützte die Militärverwaltung, die in erster Linie an der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und an der »Normalisierung« der Lage interessiert war, wenigstens indirekt die Organisation einer landeseigenen Verwaltung und fühlte kein Bedürfnis, die sich um führende Stellungen in der landeseigenen Verwaltung und im Wirtschaftsleben bemühenen Personen politisch genau zu sieben. Die Sicherheitspolizei und Kleist, die in erster Linie für die Berücksichtigung politischer Gesichtspunkte verantwortlich waren, verfolgten zwar diese Entwicklung mit Besorgnis, vermochten aber allein den Gang der Ereignisse nicht zu lenken. Auch nach Einführung der Zivilverwaltung konnte die faktisch geschehene Entwicklung nicht einfach annulliert werden, weil in den Berechnungen die politischen Folgen einer solchen Massnahme als ein auf die Stimmung der Bevölkerung wirkender Faktor zu berücksichtigen waren. In Lettland und Litauen versuchte man die Übergangsphase in der Weise zu »dämpfen«, dass vom deutschen Standpunkt aus als unzuverlässig betrachtete Elemente noch in der Führung der landeseigenen Verwaltung bleiben durften. Vor allem die Personalpolitik versuchte man in der landeseigenen Verwaltung in absolut zuverlässige Hände zu bringen, was in einer späteren Phase die für notwendig erachteten Neuregelungen ermöglichen sollte.

¹¹² Ereignismeldung UdSSR Nr. 135/19. 11. 1941, BA: R 58/219.

¹¹³ Beurteilungen der Tätigkeit von Mäe, Angelus und Wendt, BA: R 6/67 und 278. Vgl. auch Ants Oras, *Viron kohtalonvuodet*. Jyväskylä 1958. S. 219—221, P. Wieselgren, *Från hammaren till hakkorset*. Stockholm 1942. S. 264—265.

¹¹⁴ Vgl. z.B. Leibbrandts Brief an Lohse, 26. 9. 1941 BA: R 6/278. Leibbrandt verteidigt darin die Bezeichnung »Estländisches Direktorium« damit, dass es »nach dem Vorgang in Litauen und Lettland« begründet erscheine.

Kleist hat sich in seinen Erinnerungen direkt als Schöpfer der baltischen Selbstverwaltung dargestellt und zu verstehen gegeben, dass in Fragen der landeseigenen Verwaltung zwischen ihm und der Militärverwaltung völlige Übereinstimmung herrschte. Nach Kleist gelang es, in den drei ehemaligen Baltischen Staaten eine »völlig selbständige Verwaltung« zu schaffen, deren Tätigkeit nur soweit eingeschränkt war, wie aus militärischen Gründen notwendig.¹¹⁵ Kleists eigene Berichte zeigen jedoch deutlich, dass er keineswegs bemüht war, irgendeine wirkliche Selbstverwaltung zu schaffen, sondern im Hinblick auf die Fernziele Deutschlands politisch zuverlässige Gefolgsleute zu suchen. Die Entstehung einer auch bescheidenen Selbstverwaltung veranlasste einige deutsche Stellen zur Gegenreaktion. Nach Kleist beklagten sich deutsche Wirtschaftskreise darüber, dass das Land, das »der deutsche Soldat mit seinem Blut erobert hat, an die Esten, Letten und Litauer verschenkt werde.«¹¹⁶ Auf der Stufe des Reichskommissars betrachtete man die entstandene landeseigene Verwaltung ebenfalls mit scheelen Blicken, weil man es da als ideale Lösung angesehen hatte, die landeseigene Verwaltung — wenigstens in Lettland — auf die Bezirksebene¹¹⁷ zu beschränken, womit verhindert werden sollte, dass die in Riga konzentrierte lettische Intelligenz ihren politischen Einfluss auf das ganze Land ausdehne. Der Leiter der Abteilung Politik im Reichskommissariat Trampedach fasste seine Ablehnung einer lettischen Zentralverwaltung in den Worten zusammen: »Mit einer weitgehend selbständigen zentral lettisch geleiteten Landesverwaltung organisiert man sich seinen Gegner selbst.« Trampedach gab deshalb den Rat, eher politische Gefolgsleute zu suchen als selbständige einheimische Verwaltungsführer. Das zweite Hauptargument gegen eine landeseigene Zentralverwaltung brachten die Wirtschaftsabteilungen des Reichskommissariats vor, die befürchteten, dass die landeseigene Wirtschaftsverwaltung die Erreichung der kriegswirtschaftlich wichtigen Produktionsziele gefährde. In Lettland hielt Trampedach die Lage für besonders schwierig, weil es dort nicht gelungen sei, deutschge-

¹¹⁵ Kleist S. 153—154, 157. Reitlinger scheint in dieser Hinsicht Kleists Erinnerungen erst genommen zu haben, weil er ihn mit der Bezeichnung »Vorkämpfer der baltischen Selbstverwaltung« ehrt. Reitlinger 1960, S. 437.

¹¹⁶ Kleist S. 157—158; Ancker (Wirtschaftsinspektion Nord) an v. Roques, 11. 11. 1941. BA Militärarchiv: Wi/ID. 4. 22. In dem Schreiben bezweifelt die Wirtschaftsinspektion Nord, dass Rosenbergs Ministerium an der Ausgestaltung der Vollmachten der Selbstverwaltung Estlands beteiligt gewesen sei.

¹¹⁷ Trampedachs Denkschrift, 19. 11. 1942 BA: R 6/279. Trampedach weist hier auf seinen eigenen Bericht vom 16. 8. 1941 hin. Nach Trampedach kamen in Lettland folgende Kreise in Frage: Kurland, Livland, Lettgallen und die Stadt Riga für sich. Die Denkschrift zeigt auch, dass in der Behörde des Reichskommissars der Verdacht herrschte, dass die zur Aufstellung der Vertrauensräte erteilte Erlaubnis zu frei ausgelegt worden sei, weil man unter Vertrauensräten auf keinen Fall landeseigene Zentralbehörden verstehen könne.

sinnte »Generaldirektoren« zu finden. Die Beschränkung der landeseigenen Verwaltung auf die Bezirksstufe hätte zugleich die Bedeutsamkeit der politischen Rolle der Gebietskommissare betont. In Estland hielt Trampedach eine Stufe der landeseigenen Zentralverwaltung für möglich, weil es dort gelungen sei, die personellen Fragen bei der Wahl der Selbstverwaltungsdirektoren auf besonders »glückliche« Weise zu lösen.¹¹⁸

Die »Legalisierung« der sog. landeseigenen Verwaltung im März 1942

In der Hauptabteilung Politik des Ostministeriums war man der Ansicht, dass es in Anbetracht der tatsächlichen Entwicklung der landeseigenen Verwaltung keine Rückkehr mehr gab zu den ursprünglich geplanten rein beratenden Vertrauensräten. Gleichzeitig schien die Entwicklung der militärischen Gesamtlage an der Ostfront der Forderung nach Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung grösseren Nachdruck zu verleihen, damit die gewachsenen Forderungen der Kriegswirtschaft — besonders der Versorgung der Wehrmacht — erfüllt werden konnten. »Die deutsche unbedingte Führung und die landeseigene Verwaltung« war ein Grundsatz, den die Hauptabteilung Politik des Ministeriums aufgrund der Erfahrungen des Jahres 1941 als Grundlage für das Verwaltungssystem des Ostlandes gutgeheissen hatte, und der in der Praxis nur die Anerkennung der herrschenden Situation bedeutete.¹¹⁹ Die entscheidenden Verhandlungen, an denen offenbar auch Vertreter des Reichskommissariats teilnahmen, fanden am 13. und 14. 2. 1942 im Ministerium statt. Nach einem Brief Rosenbergs zu schliessen, waren alle Generalkommissare¹²⁰ für die Anerkennung der landeseigenen Verwaltung.¹²¹ Dagegen hatte man in der Behörde des Reichskommissars vor dem Organisationserlass wie auch danach starke Vorbehalte gegen die landeseigene Verwaltung. Oben ist schon auf Trampedachs Denkschrift vom 10. 2. 1942 hingewiesen worden, aus der hervorgeht, wie grosse Bedenken man in der Behörde des Reichskommissars gegen die Einführung einer landeseigenen Zentralverwaltung in Lettland hatte. Trampedach war denn auch zu dem Schluss gekommen, eine Dezentralisierung der lettischen Verwaltung zu fordern. Ferner hatte er Zweifel daran angemeldet, ob sich auf dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung der Grundsatz »deutsche Überwachung und landeseigene Verwaltung« anwenden lasse.¹²² Im Ostministerium wurden jedoch in formaler Hinsicht die Ein-

¹¹⁸ Trampedachs Denkschrift, 10. 2. 1942 BA: R 6/279.

¹¹⁹ Kleists Bericht, 14. 1. 1942 CDJC: CXLVII b-6.

¹²⁰ Litzmanns und Drechslers positive Einstellung zu der landeseigenen Verwaltung zeigt sich in vielen Zusammenhängen, siehe z.B. S. 212—214.

¹²¹ Rosenberg an Lohse, 26. 2. 1943 BA: R 6/24.

¹²² Trampedachs Denkschrift, 10. 2. 1942 BA: R 6/279.

wände seitens des Reichskommissars übergangen und am 7. 3. 1942 für die Verwaltung eines jeden Generalkommissariats eigene gesonderte Organisationserlasse mit Ausführungsbestimmungen erlassen, deren hauptsächlichste Bedeutung darin lag, dass die im Sommer 1941 entstandene landeseigene Verwaltung legalisierten. Zum allgemeinen Grundsatz wurde erhoben, dass sich die Deutschen auf Aufsichtsverwaltung zu beschränken hätten, während es Aufgabe der landeseigenen Behörden sei, im Rahmen der erteilten Vorschriften für die praktische Ausführung der Verwaltungsaufgaben zu sorgen. Die deutsche Aufsichtsverwaltung hatte dafür Sorge zu tragen, dass die landeseigenen Behörden »einerseits das Gefühl einer gewissen Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit haben, dass aber andererseits von ihnen nichts unternommen werden kann, was deutschen Belangen zuwiderlaufen würde. Die Führung muss daher absolut in deutschen Händen liegen.« In sachlicher Hinsicht waren die Einwände des Reichskommissars gegen die landeseigene Verwaltung in den Organisationserlassen weitgehend als gewisse Sicherungsklauseln berücksichtigt worden. So wird denn in den Vorschriften einfach festgestellt, der Generalkommissar könne »einzelne Angelegenheiten auf die deutsche Zivilverwaltung übernehmen«, insbesondere »Angelegenheiten der Wirtschaftsverwaltung«. Falls es »die Belange des Deutschen Reiches« forderten, konnte der Generalkommissar einen besonderen Beauftragten für die Verwaltung irgendeiner landeseigenen Behörde verantwortlich machen.¹²³ Der Organisationserlass gab aus diesem Grunde der landeseigenen Verwaltung eine sehr zweifelhafte Grundlage. Die Organisationserlasse für die einzelnen Generalbezirke unterschieden sich voneinander im Wortlaut und in den verwendeten Bezeichnungen für die Führer der landeseigenen Verwaltung, aber sachliche Bedeutung hatten die Unterschiede nicht. Mäe in Estland, Dankers in Lettland und Kubiliunas in Litauen vertraten die landeseigene Verwaltung bei Verhandlungen mit den Generalkommissaren, aber in sonstiger Hinsicht standen sie nicht über den anderen Direktoren der landeseigenen Verwaltung. Die offizielle Sprache der landeseigenen Verwaltung im Umgang mit den deutschen Behörden was das Deutsche; innerhalb der landeseigenen Verwaltung waren offizielle Sprachen das Deutsche und die einheimische Sprache. Die in den Organisationserlassen enthaltenen schematischen Darstellungen des Dienstweges im Bereich der Verwaltung zeigen anschaulich, auf welche Weise die deutsche Aufsicht in der Praxis geregelt war: die Korrespondenz zwischen der landeseigenen Zentralverwaltung und der örtlichen Verwaltung ging über die Gebietskommissare, und für jede eine grundsätzliche Frage der landeseigenen Verwaltung betreffende Initiative

¹²³ Amtsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete. Dezember 1943. Sammelnummer 1. Nachdrucke Verwaltung: Verwaltung des Reichskommissariats Ostland. Erd. d. RM. f. d. b. O. vom 7. 3. 1942. S. 13—28.

musste im voraus die Zustimmung des Generalkommissariats eingeholt werden. Aus den Ausführungsbestimmungen geht hervor, dass Rosenberg sich das Recht vorbehielt, Ernennungen, Zahl und Aufgabenbereich der »Landesdirektoren« (Estland), der »Generaldirektoren« (Lettland) und der »Generalräte« (Litauen) zu bestätigen.¹²⁴ Der genauere Inhalt der Erlasse über die landeseigene Verwaltung wurde nicht veröffentlicht, wenn auch in der Propaganda der Besatzungsverwaltung von der den Baltischen Völkern gewährten Selbstverwaltung gesprochen wurde.¹²⁵ Es wäre für die Deutschen auch kaum eine günstige Propaganda gewesen, den Esten, Letten und Litauern die Herrschaftsverhältnisse genauer zu erklären. Nach Angelus wurde der Organisationserlass den Direktoren der Selbstverwaltung Estlands ein halbes Jahr nach seiner Verkündung zur Kenntnis gebracht — und auch dann als geheimes Dokument.¹²⁶ Von den Ausführungsbestimmungen wurde die landeseigene Verwaltung nur in dem Umfange unterrichtet, wie deren Kenntnis für sie als notwendig erachtet wurde.¹²⁷ Im formalen Sinn war der Organisationserlass keine Verordnung, sondern es handelte sich um ein Rundschreiben des Ministeriums, was schon aus der Art ihrer Veröffentlichung hervorgeht: sie wurde nicht im Verordnungsblatt des RM. f. d. b. O. veröffentlicht, sondern im Amtsblatt des Ministeriums. Diesen Umstand betonte Rosenberg in seinem Gespräch mit Hitler am 8. 5. 1942. Der Ostminister trug Hitler dabei die Gründe vor, die den Erlass der Selbstverwaltungsvorschrift veranlasst hatten. Allein schon der herrschende Mangel an Arbeitskräften in Deutschland zwang zum ökonomischen Einsatz von Verwaltungsbeamten. Rosenberg glaubte, dass die Einführung der Selbstverwaltung im Baltikum die Arbeitswilligkeit dieser Völker vermehre. Ferner garantierte die Selbstverwaltungsvorschrift nach Rosenberg Deutschland eine Art von historischem Alibi, weil sie ein Beweis war für das weitgehende Entgegenkommen bezüglich der Baltischen Völker. Rosenberg gab auch deutlich zu verstehen, dass die Selbstverwaltungsvorschrift sehr einfach zu widerrufen sei, wenn die Veränderung einmal für angebracht gehalten werden sollte.¹²⁸ Die Selbstverwaltungsvorschrift hätte also kein Hindernis für den geplanten Anschluss der Baltischen Länder an Deutschland dargestellt.

In dem Organisationserlass für Lettland war eine Ausnahmeklausel bezüglich der Stadt Riga enthalten, mit der der verwaltungsmässige Sonderstatus der Stadt mit ihrem deutschen Bürgermeister bestätigt wurde. In Riga konnte man somit — wie Rosenberg Hitler gegenüber am 8. 5. 1942 bemerkte

¹²⁴ Ibidem.

¹²⁵ Siehe z.B. DZO 19. 3. 1942.

¹²⁶ Angelus 1956, S. 107—108.

¹²⁷ Einleitung des Selbstverwaltungserlasses.

¹²⁸ 1520-PS. IMT XXVII S. 284—285.

— eine deutschlettische Mischverwaltung ausprobieren.¹²⁹ Die teilweise Loslösung der Hauptstadt Lettlands aus dem Bereich der landeseigenen Verwaltung erregte bei den Letten verständlicherweise viel Verdruss.¹³⁰ Rosenberg, der Riga »als deutsche Stadt« ansah, verfolgte Pläne zu einer völligen Verselbständigung der Stadt und ihrer Erklärung zu einer Art von Freistadt. Rigas Stadtkommissar und Bürgermeister Hugo Wittrock war in dieser Hinsicht völlig auf derselben Linie und versuchte in seinen Briefen, die endgültige Regelung des Verwaltungsstatus der Stadt zu beschleunigen.¹³¹ Im Herbst 1942 war im Ostministerium der Entwurf einer Anordnung fertig, die bedeutet hätte, dass Riga unmittelbar unter deutsche Verwaltung käme und völlig aus dem Bereich der landeseigenen Verwaltung herausgelöst worden wäre. Diese Pläne scheinen an Bormanns Einwänden gescheitert zu sein.¹³² Eine endgültige Lösung wurde jedoch auch später nicht erreicht: das Problem selbst blieb aber die ganze Zeit der deutschen Besetzung hindurch aktuell.

Die Auslegung der Organisationserlasse und die spätere Entwicklung der landeseigenen Verwaltung 1942

Die im März 1942 interim herausgegebenen Organisationserlasse verliehen der landeseigenen Verwaltung einen gewissen äusseren Rahmen, aber die reale Bedeutung der Erlasse war in entscheidendem Masse davon abhängig, wie ihre mehrdeutigen Punkte ausgelegt wurden. Die Hauptabteilung Politik des Ostministeriums hatte sehr geringe Möglichkeiten, diese Auslegung zu beeinflussen, für die in erster Linie der Reichskommissar für das Ostland und die Generalkommissare verantwortlich waren. Bekanntlich sind die Organisationserlasse niemals auf die Weise verwirklicht worden, die dem darin genannten Hauptgrundsatz entsprochen hätte: deutsche Führung und Aufsicht sowie landeseigene Verwaltung. Kleist hat in seinen Erinnerungen Lohse in dieser Angelegenheit — wie auch in vielen anderen — zum Sündenbock gemacht, weil dieser sich nach Kleist nicht auf eine

¹²⁹ Ibid. S. 285.

¹³⁰ Siehe z.B. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 3/15. 5. 1942 BA: R 58/697.

¹³¹ Wittrock an Rosenberg, 28. 2. 1942 BA: R/28. In diesem Brief behauptete Wittrock, dass »Riga immer, auch von Letten als eine deutsche Stadt aufgefasst worden ist«. »Riga soll doch, wie Du selbst mehrfach betont hast [Sperrung vom Verf.], Vorort für die Durchführung der allmählichen Eindeutschung des Landes werden«, schrieb Wittrock am 21. 7. 1942 an Rosenberg und fuhr fort, »selbstverständlich würde ich nichts sehnlicher wünschen als eine freie Hansestadt—Riga« [!] BA: R 6/28.

¹³² Aktenvermerk über die Verwaltung der Stadt Riga vom 16. 10. 1942. BA: R 43 II/691 a.

indirekte Führung einlassen wollte.¹³³ Angelus' Aussage ist in dieser Hinsicht gleichlautend: auch er war der Ansicht, dass die deutsche Oberverwaltung im Ostland, allen voran der Reichskommissar die Vorschrift ihres eigenen Ministeriums torpediert habe, weil sie nicht auf das indirekte Herrschen habe eingehen wollen. Diese Aussagen enthalten zweifellos ein gutes Mass Wahrheit, aber über den Charakter der historischen Ereignisse sagen sie sehr wenig. Um die Haltung des Reichskommissars zu verstehen, muss noch auf einige strukturelle Eigenheiten der Wirtschaftsverwaltung hingewiesen werden, weil gerade auf diesem Gebiet die von den Organisationserlassen vorausgesetzte Dezentralisierung am deutlichsten mit der herrschenden Praxis in Widerspruch stand. In einer umfangreichen Denkschrift über den Zustand der Verwaltung des Reichskommissariats Ostland vom März 1942 nahm Lohse zu der Frage der Organisation der Wirtschaftsverwaltung Stellung und stellte fest, dass eine Übertragung der Wirtschaftsverwaltung an landeseigene Behörden oder auch nur deren bestimmender Einfluss auf das Wirtschaftsleben im Rahmen des damaligen Systems nicht möglich sei, weil das die Auflösung der bisherigen Wirtschaftsverwaltung vorausgesetzt hätte, was wiederum sicher nicht die Zustimmung des letztlich für die wirtschaftliche Nutzung der Ostgebiete verantwortlichen Vierjahresplanes gefunden hätte. »Überall, wo eine aktive landeseigene Wirtschaftsverwaltung sich neben der deutschen Wirtschaftsverwaltung betätigt, muss deshalb eine Zweispurigkeit entstehen«, was zur Entstehung ernsthafter Konflikte führen konnte — u.a. deshalb, weil die deutsche Kriegswirtschaft auch im Ostland rücksichtslos die örtlichen Interessen ausser acht liess, die sich, wie Lohse fürchtete, als Folge wieder in den Vordergrund drängen würden, falls die Wirtschaftsverwaltung an die landeseigenen Behörden überginge. Aufgrund dessen kam Lohse zu der Schlussfolgerung, dass »der Aufbau umfangreicher landeseigener Wirtschaftsverwaltungen insofern als ein grundlegender Fehler erscheint. Je eher klar zum Ausdruck gebracht wird, dass ein landeseigener Einfluss auf die Wirtschaftsverwaltung während des Krieges nicht möglich ist, umso weniger entstehen derartige Reibungen«.¹³⁴ Andererseits widersetzte sich Lohse allerdings auch aus prinzipiellen Gründen einer »übertriebenen« Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung, weil er glaubte, dass die Verwirklichung der politischen Aufgabe des Reichskommissars für das Ostland auch die Schaffung eines einheitlichen wirtschaftlichen »Grossraums« voraussetze. »Die moderne Wirtschaft drängt allenthalben zum Grossraum. Dieser Entwicklung zu

¹³³ Denkschrift zur Neugestaltung des Verwaltungsaufbaus des Ostlandes. März 1942. In dieser 56 Seiten umfassenden Denkschrift gab Lohse zu Beginn einen Überblick über die Entwicklung der Verwaltung, prüfte ihre Dezentralisierungsmöglichkeiten und machte schliesslich Vorschläge zur künftigen Entwicklung der Verwaltung. Film T-454/Rolle 15/000622—000680.

¹³⁴ Ibid. S. 19—21.

widerstreben wäre töricht und widerspräche der Neuordnung Europas».¹³⁵ Im folgenden werden dann nach Generalbezirken die organisatorischen Veränderungen im Bereich der landeseigenen Verwaltung während des Jahres 1942 betrachtet.

In Estland hatte der Organisationserlass keine unmittelbaren Folgen, weil die Besatzungsverwaltung dort keinen Anlass sah, irgendwelche personellen Umbesetzungen vorzunehmen. Der erste gegen die von Dr. Wendt geführte Wirtschaftsverwaltung Estlands gerichtete Angriff war schon Anfang des Jahres 1942 erfolgt, als der Chef der Wirtschaftsabteilung Lohses, Matthiessen, aus Riga nach Reval kam, um die Liquidierung des Wirtschaftsdirektoriums vorzubereiten. Statt dessen sollte eine estnisch-deutsche Wirtschaftskammer¹³⁶ geschaffen werden, als deren Leiter der Direktor der Wirtschaftsabteilung des Generalkommissars, Prinz zu Hohenlohe, vorgesehen war. Litzmann und Hohenlohe leisteten jedoch Widerstand gegen diesen Plan Lohses und sie suchten Unterstützung für ihre Vorstellungen auch in Berlin, was zur Verwerfung des ganzen Planes führte.¹³⁷ Als dieser erste Versuch Lohses, die estnischen Wirtschaftsbehörden der direkten deutschen Verwaltung zu unterstellen, misslungen war, ging man zu einer anderen Taktik über: ein Geschäftsbereich nach dem anderen wurde der Zuständigkeit Wendts entzogen und in andere, gewöhnlich deutsche Hände gegeben.¹³⁸ Aus dem Bereich des Direktoriums des Inneren wurde die ihm bis dahin formell unterstellte Sicherheitspolizei Estlands direkt dem »Führer« der Selbstverwaltung Estlands, Dr. Mäe, untergeordnet.¹³⁹

In Lettland hatten rein schon die im Januar 1942 umgehenden Gerüchte über die baldige Verwandlung der deutschen Verwaltung in eine rein politische Aufsichtsbehörde in Kreisen der aktiven Letten wieder politische Betriebsamkeit geweckt.¹⁴⁰ Als die Nachricht vom Einsetzen einer landeseigenen Verwaltung am 19. 3. 1942 in der Presse veröffentlicht worden

¹³⁵ Ibid. S. 36—37.

¹³⁶ Vgl. *ibid.* S. 21. Lohse sah gerade im Rahmen solcher Wirtschaftskammern auch ein Tätigkeitsfeld für einheimische Wirtschaftskreise.

¹³⁷ *Angelus* 1956, S. 137.

¹³⁸ Zu Einzelheiten siehe *ibid.* S. 138—139 sowie die Ende Februar von estnischen Kreisen angefertigte Denkschrift über die Stellung Estlands nach der Befreiung von der bolschewistischen Herrschaft, in der u.a. festgestellt wurde, dass es bezeichnend sei, dass die estnische Selbstverwaltung zwar auch ein Wirtschaftsdirektorium umfasse, dem aber kein einziger Industriezweig unterstellt sei; diese seien direkt den deutschen Behörden unterstellt. AA: Gesandtschaft Helsinki 6676/H 94032.

¹³⁹ Tatsächlich war die estnische Sicherheitspolizei damals schon der deutschen Sicherheitspolizei unterstellt, wenn auch diese Unterordnung formell erst 1944 verwirklicht wurde. *Angelus* 1956, S. 141.

¹⁴⁰ Ereignismeldung Nr. 153/9. 1. 1942, BA: R 58/220.

war, erwartete man unter den Letten allgemein, dass die Befugnisse der landeseigenen Behörden grösser würden. Am folgenden Tage baten die Direktoren der landeseigenen Verwaltung Lettlands auf Anregung von Valdmanis den Generalkommissar um ihre Entlassung. Der Generalkommissar hatte die Absicht, Valdmanis zum neuen »Generaldirektor« für innere und personelle Angelegenheiten vorzuschlagen, weil Dankers nach dem Generalkommissar nicht genügend Voraussetzungen für seine Aufgabe mitbringe. »Dankers zeigt wenig Initiative, hat wenig eigene Urteilskraft und versteht von verwaltungsmässigen Sachen recht wenig«, lautete die Beurteilung des Generalkommissars.¹⁴¹ Noch am selben Nachmittag (20. 3.) fand beim Generalkommissar eine Besprechung statt, bei der die Besetzung der leitenden Stellen der landeseigenen Verwaltung beschlossen werden sollte. Bei dieser Besprechung war jedoch Lange, der die deutsche Sicherheitspolizei in Lettland leitete, gegen die Ernennung Valdmanis' zum obersten Leiter der landeseigenen Verwaltung und überhaupt gegen dessen Ernennung zum Direktor, besonders weil nach Lange auch Dankers politisch unter dem Einfluss Valdmanis' stand.¹⁴² Der Generalkommissar verzichtete nun darauf, Valdmanis zum Direktor für innere und personelle Angelegenheiten vorzuschlagen und begnügte sich mangels einer besser geeigneten Person damit, Dankers auf diesem Platz zu belassen. Aber dass Drechsler bereit war, Valdmanis an die Spitze der Selbstverwaltung vorzuschlagen, zeigt, wie entgegengesetzt die Ansichten des Generalkommissars und des Leiters der Abteilung Ostland im Ostministerium Peter Kleists¹⁴³ über die politische Brauchbarkeit Valdmanis' waren. Auch im Amt des Reichskommissars wurde darauf Wert gelegt, dass Valdmanis Generaldirektor der Justiz blieb, weil er unter den Letten einen starken Rückhalt fand. Auf Vorschlag des Reichskommissars wurde die Zahl der Direktorien der landeseigenen Verwaltung durch Verbindung von Aufgabebereichen verringert.¹⁴⁴ So wurde u.a. das Handels- und Industriedirektorium mit dem Landwirtschaftsdirektorium zu einem Wirtschaftsdirektorium verbunden. Infolge dieser Neuregelungen verringerte sich die Zahl der Direktorien von bisher neun auf sechs. Gleichzeitig wurden einige personelle Umbesetzungen vorgenommen, u.a. wurde der Rektor der Universität Riga, Martin Primanis,¹⁴⁵ an die Spitze der landeseigenen Kulturverwaltung

¹⁴¹ Drechsler an Lohse, 25. 3. 1942 BA: R 6/279.

¹⁴² Ereignismeldung UdSSR Nr. 195/24. 4. 1942, BA: R 58/220.

¹⁴³ Zu den Beschuldigungen Kleists gegen Valdmanis in diesem Stadium siehe seinen Vermerk über die Innenpolitik Lettlands vom 25. 4. 1942. BA: R 6/279.

¹⁴⁴ Burmeister ans Ostministerium, 25. 3. 1942 BA: R 6/279. Aus dem Schreiben geht hervor, dass mit der Massnahme nicht nur eine Vereinfachung der Verwaltung, sondern auch eine Beschränkung des Tätigkeitsbereiches der landeseigenen Verwaltung bezweckt war.

¹⁴⁵ Martin Primanis (geb. 1878), lettischer Professor, kam mit der Umsiedlung

gestellt. Primanis war nach dem Generalkommissar »unbedingt deutschfreundlich«. Drechsler erwähnte in seinem Vorschlag, dass er bei der Wahl der Direktoren ausser auf deren berufliche Qualifikation und politische Zuverlässigkeit auch darauf gesehen habe, dass die vorgeschlagenen Personen im lettischen Volk eine gewisse Achtung geniessen, damit man sie nicht »als bezahlte Agenten des Reiches« ansehen könne.¹⁴⁶ Im Ostministerium stiess der vom Generalkommissar für Lettland mit Unterstützung des Reichskommissars gemachte Ernennungsvorschlag¹⁴⁷ bezüglich Valdmanis' auf Zweifel. Rosenberg bat in seinem Antwortschreiben, die Ernennung Valdmanis' noch einmal zu überdenken, aber er wollte sich nicht widersetzen, wenn der Reichskommissar und der Generalkommissar auch nach erneuter Prüfung die Ernennung »für unbedingt richtig« hielten. Rosenberg fügte jedoch hinzu, dass bei eventuellen künftigen Schwierigkeiten der Generalkommissar von Lettland die Verantwortung zu tragen hätte.¹⁴⁸ Der Reichskommissar und der Generalkommissar sahen keinen Grund zu einer Überprüfung der Ernennung.

In Litauen zeigten sich erste Symptome, die darauf hindeuteten, dass die landeseigene Verwaltung auf dem Weg in eine Krise war. Vor allem ist das als Folge jener Kluft zu betrachten, die zwischen der Wirklichkeit und den Hoffnungen herrschte, die die kollaborierenden Elemente an die landeseigene Verwaltung geknüpft hatten. Andererseits trug zu der Entstehung einer solchen Situation die wachsende Unzufriedenheit unter den Litauern mit den Massnahmen der deutschen Besatzungsverwaltung bei. Diese Unzufriedenheit äusserte sich schon im Sommer 1942 in Form von Angriffen gegen die Spitzen der landeseigenen Verwaltung, die als »Verräter und Knechte der Deutschen« bezeichnet wurden, was die landeseigene Verwaltung in eine äusserst schwierige Lage brachte.¹⁴⁹ Um derartige Andeutungen abzuweisen, versuchte die landeseigene Verwaltung ihre Stellung zu festigen, indem sie eine Ausdehnung ihrer Befugnisse forderte. »Der Erste Generalrat« General Kubiliunas hatte schon im April dem

der Baltendeutschen 1940 nach Deutschland, wodurch er deutscher Staatsbürger wurde.

¹⁴⁶ Drechsler an Lohse, 25. 3. 1942. BA: R 6/276. Der Generalkommissar teilte mit, dass er versucht habe, »neue Gesichter« für die Selbstverwaltung zu suchen, was ihm aber misslungen sei. Ihm waren zwar einige neue Personen vorgeschlagen worden, aber er hatte deren berufliche Qualifikation angezweifelt. Es handelte sich offensichtlich um eine Liste des SS- und Polizeiführers von Lettland mit Anhängern der »Donnerkreuzler«.

¹⁴⁷ Drechsler schlug Dankers als Generaldirektor für innere Verwaltung vor, Zgaras für Wirtschaft, Skujevics für Finanzen, Valdmanis für Justiz, Primanis für Bildungswesen und Leimanis für Verkehrswesen. Siehe den obengenannten Brief Drechslers!

¹⁴⁸ Rosenbergs Antwortschreiben (Entwurf) an Lohse, 25. 4. 1942. BA: R 6/279.

¹⁴⁹ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 10/3. 7. 1942. BA: R 58/698.

Generalkommissar die Denkschrift¹⁵⁰ »Grundlagen der litauischen Verwaltung« überreicht, nach deren Vorschlägen die Befugnisse der landeseigenen Verwaltung in dem Masse erweitert worden wären, dass den deutschen Behörden nur das Recht einer gewissen Oberaufsicht geblieben wäre.¹⁵¹ Die Leiter der landeseigenen Verwaltung Litauens forderten im Mai 1942 in einem Schreiben an den Generalkommissar von Renteln eine Festigung der Stellung der landeseigenen Verwaltung. Der Generalkommissar war der Ansicht, dass die Entstehung des Schreibens wenigstens zum Teil auf den wachsenden Druck zurückzuführen sei, der besonders von der Intelligenz auf die führenden Männer der Selbstverwaltung ausgeübt werde.¹⁵² Irgend-eine Änderung der Situation wurde mit einem derartigen Schreiben natürlich nicht erreicht.

In Litauen ist dieselbe Entwicklungstendenz wie in den beiden nördlicheren Generalbezirken zu erkennen: gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung verschob sich der Schwerpunkt immer mehr auf die deutschen Behörden. So verdrängten z.B. im Bereich der Lenkung von Arbeitskräften die deutschen Arbeitsämter praktisch gesehen vollständig die landeseigene Verwaltung.¹⁵³

Auf der untersten Ebene der deutschen Verwaltung, der des Gebietskommissars, gab es reichlich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gebietskommissar und der landeseigenen Verwaltung. In den Organisationsvorschriften für die Generalbezirke war vorausgesetzt worden, dass die Aufgabe der Gebietskommissare vor allem in der Aufsicht über die landeseigene Verwaltung bestehe, aber eine solche Bestimmung der Aufgabe entsprach durchaus nicht den »Rollenerwartungen« der Gebietskommissare.¹⁵⁴ Besonders die Stadtkommissare (in Kowno, Riga und Reval) wollten nicht nur »negativ überwachen« sondern sich auch auf positive und »schöpferische« Weise an der Führung der Verwaltung beteiligen, was nach ihnen u.a. eine Personalunion von Gebietskommissar und Oberbürgermeister vorausgesetzt hätte, in der Art, wie es in Riga der Fall war.¹⁵⁵

¹⁵⁰ Die Angaben über die Denkschrift stammen aus Quellen zweiter Hand, weil die Denkschrift selbst nicht gefunden worden ist.

¹⁵¹ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 20/11. 9. 1942 BA: R 58/222.

¹⁵² Lagebericht des Generalkommissars von Litauen vom September 1942 BA: R 6/300.

¹⁵³ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 20/11. 9. 1942 BA: R 58/222.

¹⁵⁴ Vgl. oben S. 96—97.

¹⁵⁵ Siehe Cramers, Wittrocks und Mentzels Äusserungen im Reisebericht der

Die Beziehungen zwischen den deutschen Behörden

Konfliktstoffe in den Beziehungen zwischen dem Ostministerium und den ihm unterstellten Behörden

Für den Zeitraum von Sommer 1941 bis in die ersten Monate des Jahres 1942, also das Gründungsstadium der Besatzungsverwaltung, war eine Aufteilung in einerseits der Zivil- und andererseits der Militärverwaltung unterstellte Gebiete kennzeichnend. Von einer verhältnismässig fertigen Organisation kann man in diesem Stadium eigentlich nur bezüglich der Wirtschaftsverwaltung sprechen, weil diese ihre Tätigkeit schon in den der Militärverwaltung unterstellten Gebieten begonnen hatte und der Übergang zur Zivilverwaltung für diesen Verwaltungsbereich verhältnismässig geringe Änderungen mit sich brachte. Die Dienststellen des Reichskommissars, der Generalkommissare und Gebietskommissare mussten anfangs Wochen und sogar Monate mit viel zu wenig Personal arbeiten. Die Arbeit erhielt unter diesen Umständen häufig den Charakter von Improvisation: auf der Ebene der Reichskommissare wurden Dinge entschieden, die eigentlich Sache der General- oder sogar der Gebietskommissare gewesen wären, und andererseits konnten die letztgenannten in die Lage kommen, Entscheidungen grundsätzlichen oder allgemeinpolitischen Charakters zu treffen.¹⁵⁶ Das Ostministerium musste im Stadium des Aufbaus der Zivilverwaltung aufgrund zeitweise sehr mangelhafter Information arbeiten.¹⁵⁷

Kommission zur Prüfung der Verwendungsmöglichkeiten von ausländischer Arbeits- und Industriekapazität im Ostland vom 17. 3. 1942. Nach derselben Quelle hatten sich nur zwei von den 12 Gebietskommissaren, die der Kommission begegnet waren, für die im Organisationserlass vorausgesetzte landeseigene Verwaltung ausgesprochen. BA: R 6/443. Vgl. Angelus 1956, S. 115. »Das Prinzip der Organisationsvorschrift war es, die Verwaltung Estlands den Esten zu geben und die Aufsicht den Deutschen. In Wirklichkeit wollten die Deutschen alles selbst machen« ... Dieses deutsche Herrschenwollen erklärt Angelus u.a. wie folgt: »man glaubte alles besser zu machen als die anderen« und man stellte sich vor, dass die Parteizugehörigkeit ein Können auf allen Gebieten bedeutet«. »Da sie nichts konnten, glaubten sie wenigstens regieren zu können«. Am besten trifft diese Schilderung meiner Meinung nach auf die Gebietskommissare zu. Eine Prüfung der Stellenlisten der oberen Verwaltungsbehörden zeigt, dass man dort doch mehr auch auf die berufliche Qualifikation achten musste. Welche Eigenschaften bei den Gebietskommissaren geschätzt wurden, geht schon daraus hervor, dass es dem Stadtkommissar von Vilna Hans Hingst als besonderes Verdienst angerechnet wurde, dass er eine wirkliche »Kämpfernatur« sei. BDC: Personalunterlagen Hans Hingst.

¹⁵⁶ Lohses »Denkschrift zur Neugestaltung des Verwaltungsaufbaus des Ostlandes«, März 1942. Film T-454/rolle 15/000628-629.

¹⁵⁷ Z.B. im Verteilerschlüssel der Ereignismeldungen der Sicherheitspolizei findet sich das Ostministerium nicht; Bräutigam beklagte sich Anfang September 1941

Gewisse Reibungen zwischen dem Ministerium und dem Reichskommissar scheinen von Anfang an aufgetreten zu sein. Nach einer offensichtlich Anfang August für Leibbrandt angefertigten, vertraulichen Denkschrift Kleists ging aus verschiedenen Äusserungen der Reichs- und Gebietskommissare hervor, dass diese bemüht waren, sich »möglichst unabhängig von den Zentralinstanzen« zu machen. Seitens dieser Behörden wurde auch behauptet, dass »im Ministerium kein einziger Praktiker sässe und dass es zwecklos sei, sich mit irgendwelchen Wünschen nach Berlin zu wenden«. ¹⁵⁸ Wenn auch Kleist in seinen Berichten die Dinge gern zuspitzte, ist es offensichtlich, dass eine derartige Tendenz bestand und sich keineswegs nur auf das Ostland beschränkte. Bei der Besetzung der höchsten Stellen der Besatzungsverwaltung griff man nämlich allgemein auf die alten vertrauten, aber zugleich sich ihrer Macht bewussten Gauleiter zurück, die der Verwaltung von Anfang an einen gewissen partikularistischen Zug gaben. ¹⁵⁹ Zur Stärkung des politischen Einflusses seines Ministeriums empfahl Kleist, politische Weisungen nicht nur den Reichs- und Generalkommissaren zu erteilen, sondern »namentlich den Abteilungsleitern, Gebietskommissaren, dem Militärbefehlshaber und dem höheren SS- und Polizeiführer«. ¹⁶⁰ Solche Ratschläge wurden in Berlin natürlich nicht befolgt, weil das bei den Reichs- und Generalkommissaren sehr schnell jedes Gefühl von Loyalität ihrem Ministerium gegenüber zerstört hätte. Dennoch hatte das Misstrauen gegen die »übertriebenen« Selbständigkeitsbestrebungen der Reichskommissare auf Ministeriumsebene dazu geführt, dass ausser den Hauptabteilungen Politik und Wirtschaft auch eine Hauptabteilung Verwaltung geschaffen worden war, damit leichter zu überwachen war, dass die Reichskommissare auch in der Praxis die grundsätzlichen Weisungen des Ministeriums achteten. ¹⁶¹ Die Einheitlichkeit der Verwaltung wurde arg durch den Mangel an Koordination innerhalb des Ostministeriums gestört, der so weit gehen konnte, dass die Hauptabteilung Politik und die Hauptabteilung Wirtschaft den untergeordneten Behörden miteinander im Widerspruch stehende Weisungen erteilten. Gerade dieser Lage schenkte Lohse in seiner mehrfach erwähnten Denkschrift über die Verwaltung des Ostlandes ernsthafte Beachtung, und er forderte energischere Schritte, damit aus dem Ministerium wirklich eine Einheitsbehörde werde. Lohse sah sich nämlich deshalb in einer sehr schwierigen Situation, die besonders seine Zusammenarbeit mit

bei Kleist, der Verbindungsoffizier des Ministeriums im Stabe des Generals v. Roques war, dass er von seiner Tätigkeit einen ganzen Monat nichts gehört habe. (Kleist behauptete nach seinen eigenen Notizen allerdings, insgesamt sechs Berichte gesandt zu haben). Kleist an Bräutigam, 4. 9. 1941 BA: R 6/75.

¹⁵⁸ Kleists undatierte Denkschrift BA: R 6/75.

¹⁵⁹ Siehe Broszat 1969, S. 164—172.

¹⁶⁰ Kleists obengenannte undatierte Denkschrift.

¹⁶¹ Siehe oben S. 65.

den Generalkommissaren belastete, weil er »von massgebender Seite des Ostministeriums politische Richtlinien erhalte, die gerade im Bereich der Wirtschaftsverwaltung gänzlich oder teilweise undurchführbar sind und hier bereits vorliegenden Weisungen der Hauptabteilung Wirtschaft des Ostministeriums in jedem Punkte widersprechen oder auch umgekehrt.«¹⁶² Da das Ostministerium nicht in jeder Hinsicht als koordinierende Behörde fungierte, fiel diese undankbare Aufgabe in solchen Fällen dem Reichskommissar zu, der deswegen zu Recht unzufrieden mit seinem Ministerium war, das nicht seine grundlegende Funktion zu erfüllen in der Lage war. Lohse fand auch, dass das Ministerium ihn in zu grossem Masse bevormundet habe und er schlug vor, das Ministerium solle seine Tätigkeit »auf die Erteilung von Richtlinien der Reichspolitik« beschränken. Am Ende seiner Denkschrift sieht Lohse noch Anlass zu der Bemerkung, dass man im Bereich des Ostministeriums nicht sehr grosses Gewicht auf jene Weisungen des Führers gelegt zu haben scheint, die die Vereinfachung der Verwaltung während des Krieges betrafen, und auf die Bestimmungen des Vierjahresplans, die die Unterbrechung der Planung von künftigen Aufgaben der Friedenszeit verlangten. Lohse dagegen teilt mit, dass er sich bemüht habe, »gewissenhaft« diese Vorschriften zu befolgen und ihre Befolgung¹⁶³ auch bei den General- und Gebietskommissariaten zu überwachen. Seine Behauptung, dass im Ostministerium nicht die erforderlichen Schlussfolgerungen aus diesen Vorschriften gezogen worden seien, begründet Lohse damit, fast alle Abteilungen in seiner Behörde »erhielten insbesondere auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kulturpflege, des Jugend- und Frauenwesens und der Justiz Anweisungen durch das Ostministerium, die Angelegenheiten betreffen«, die völlig zweitrangig seien. Die Folge sei, dass man für diese »unfruchtbaren Verwaltungs- und Planungsaufgaben« im Reichskommissariat qualifizierte Beamten frei machen müsse.¹⁶⁴ Wenn also die Ansicht vertreten wird, Lohse habe bei der Verwaltung des Ostlandes Riga zu

¹⁶² Lohses obige Denkschrift, Film T-454/Rolle 15/000670—671; dieselbe Frage — die von verschiedenen Abteilungen des OMi immer wieder gegebenen widersprüchlichen Weisungen — fanden auch auf der vom 16.—18.9.1942 in Riga veranstalteten Tagung der Verwaltungsbeamten Beachtung. Siehe die Denkschrift über die Tagung. BA: R 92/vorl. 136.

¹⁶³ Siehe z.B. den Erlass des Führers vom 25. 1. 1942 über die weitere Vereinfachung der Verwaltung und Lohses Begleitschreiben dazu an die Leiter seiner Hauptabteilungen vom 11. 4. 1942. BA: R 6/246; über die Versuche der Vereinfachung der Verwaltung im Ostland bezüglich der Operation des Generals von Unruh siehe oben S. 93.

¹⁶⁴ Lohses obengenannte Denkschrift, Film T-454/Rolle 15/000675. Ferner konnte Lohse z.B. nicht verstehen, dass das Ministerium es für notwendig erachtete, deutsche Musiker und Theaterdirektoren ins Ostland zu entsenden, um die Leitung einheimischer Theater zu übernehmen.

sehr in den Mittelpunkt stellen wollen,¹⁶⁵ muss gleichzeitig festgestellt werden, dass sich der Tadel ebenso auf das Ostministerium richtet, dessen Zentralismus und Bürokratie entsprechende Erscheinungen im Reichskommissariat verstärkte.

In den Beziehungen zwischen dem Reichskommissar und den Generalkommissaren tritt gewissermassen ein ganz natürlicher Konflikt hervor, der auf der verschiedenen Funktion der Beamten beruht. Der Generalkommissar musste bei seiner Tätigkeit, ob er wollte oder nicht, viel genauer als der Reichskommissar die politischen Folgen der einzelnen Massnahmen abwägen und dabei auch örtliche Gesichtspunkte berücksichtigen. In seiner Denkschrift vom März 1942 gab Lohse zwar zu, dass der Schwerpunkt der Verwaltung in den Generalkommissariaten liegen sollte und bekannte, dass die Verwaltung des Reichskommissariats in Anbetracht der erteilten grundsätzlichen Weisungen zu zentralisiert gewesen sei, aber andererseits klagte er, dass die Generalkommissare ihn oft auf kleinliche Weise kritisiert hätten. Die Generalkommissare hatten auch in einigen Fällen die rechtliche Gültigkeit von Bestimmungen des Ministeriums und des Reichskommissars davon abhängig gemacht, ob die Bestimmungen in der offiziellen Zeitung des Generalbezirks veröffentlicht worden waren.¹⁶⁶ Viel stärker tritt diese funktionale Spannung zwischen dem Reichskommissar und den Generalkommissaren in Trapedachs Denkschrift vom 19. 11. 1942 hervor. Trapedach stellte darin fest, dass man zur Erzielung einer möglichst wirksamen Dezentralisierung »die Gebietskommissariate (Sperrung vom Verf.) zu echten Mittelinstanzen ausbauen und die Generalkommissariate von Anfang an möglichst hätte klein halten können, mit dem Ziel, sie zu gegebener Zeit völlig verschwinden zu lassen«. Damit hätte man die ganze Besatzungspolitik leicht unter einen einheitlichen »Ostlandsnener« bringen können.¹⁶⁷ Im Ostministerium hatte Kleist dagegen schon im Januar 1942 zur Diskussion gestellt, ob es nicht allmählich angebracht wäre, die Generalkommissariate auf Kosten des Reichskommissariats zu stärken.¹⁶⁸ Seitens des Ministeriums versuchte man denn auch, die Bedeutung der Generalkommissare hervorzuheben und sie gegen das »Grossraumdenken« und die Vereinheitlichungsbestrebungen des Reichskommissars zu unterstützen. So wurde in den Weisungen des Ministeriums vom 16. 3. 1942 vorgeschrieben: »Eine gemeinsame Behandlung dieser verschiedenen Völker [Esten, Letten und Litauer] ist aus dem Grunde abzulehnen, weil ihre rassische, geschichtliche und materielle Verschiedenheit grundsätzlich verschiedene Methoden der deutschen Politik erfordern, um das gleiche Ziel

¹⁶⁵ Siehe z.B. Dallin S. 197.

¹⁶⁶ Z.B. Lohses Denkschrift, Film T-454/Rolle 15/000631, 000677—679.

¹⁶⁷ Trapedachs Denkschrift, 19. 11. 1942, BA: R 6/279.

¹⁶⁸ Kleists Bericht, 14. 1. 1942, CDJC: CXLVII b-6.

in allen Gebieten — die Heranführung an das Deutsche Reich zu erreichen.»¹⁶⁹ In einem Bericht des Leiters der Hauptabteilung Wirtschaft im Generalkommissariat Lettland, Dr. Borckes, über die letzten Phasen der Besatzungsverwaltung wird festgestellt, im Sommer 1944 sei wieder die »seit Jahren umstrittene Frage, ob nicht im Instanzenzuge der Zivilverwaltung des Ostlandes eine Instanz zuviel sei« [Sperrung vom Verf.] aufgeworfen.¹⁷⁰ Es herrschte kein Zweifel darüber, dass diese überflüssige Instanz, vom Standpunkt der Generalkommissare aus gesehen, der Reichskommissar war. Waren doch auch aus dem Kreise der Gebietskommissare Stimmen zu hören, die den »Schwerpunkt der Arbeit an die Front«, d.h. auf die Ebene der Gebietskommissare verschieben und die oberen Behörden nur schwach besetzt lassen wollten.¹⁷¹ Es hing also in starkem Masse vom Standpunkt des Betrachters ab, wo der Schwerpunkt der Verwaltung liegen sollte und wo wiederum unnötige Überorganisation gesehen wurde.

Rosenberg contra Himmler

Rosenberg hatte schon im Juni 1941 dem Chef der Reichskanzlei Hans Lammers seine Befürchtung ausgedrückt, dass die Abtrennung der wirtschaftlichen Nutzung und der polizeilichen Sicherung der zu besetzenden Ostgebiete vom Zuständigkeitsbereich des künftigen Ostministeriums zu einem »Kampf aller gegen alle« führen könnte.¹⁷² Besonders wurden die Beziehungen zwischen dem Ostministerium und dem Reichsführer-SS mit der Zeit durch Meinungsverschiedenheiten belastet. Eine Klärung des Charakters dieser Streitigkeiten ist auch für das Verständnis der wirklichen Machtverhältnisse in der Besatzungsverwaltung unerlässlich. Recht unverhüllt gehen Himmlers Bestrebungen schon aus jenen Änderungsvorschlägen hervor, die er am 10. 6. 1941 der Reichskanzlei zustellte und die den in Vorbereitung befindlichen Erlass über die Verwaltung der zu besetzenden Ostgebiete betreffen. Himmler schlägt darin vor, dass die Befugnisse des Reichsführers-SS und Chefs der deutschen Polizei in den zu besetzenden Gebieten Osteuropas durch einen Sondererlass geregelt würden. Nach dem von Himmler selbst verfassten Entwurf des Erlasses wäre er als Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei verpflichtet, nicht nur für die polizeiliche Sicherung in diesen Gebieten zu sorgen, sondern auch für deren »politische Sicherung«, wobei er seine besondere Aufmerksamkeit der

¹⁶⁹ Meyer an Lohse 16. 3. 1942, BA: R 6/248.

¹⁷⁰ Borckes Bericht, 11. 10. 1944 BA: R 6/39.

¹⁷¹ So zum Beispiel der Stadtkommissar von Reval, Mentzel. Siehe Reisebericht, 17. 3. 1942, BA: R 6/443.

¹⁷² Rosenberg an Lammers, 14. 6. 1941 BA: R 6/21.

»Bekämpfung des Bolschewismus und seiner Aufgabe als RKFDV (Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums) zuwenden sollte» [Sperrung vom Verf.]. Ferner wurde festgestellt, dass Himmler als Chef der deutschen Polizei das Recht habe, zur Durchführung seiner Aufgaben »Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften« zu erlassen.¹⁷³ Himmler teilte mit, dass er bereit sei, bei der Durchführung seiner Aufgaben »engen Kontakt« [!] mit dem Ministerium für die besetzten Ostgebiete zu halten.¹⁷⁴ Rosenberg lehnte Himmlers Vorschläge ab, aber auch dessen umgearbeiteter Vorschlag vom 23. 6. schuf sachlich keine neue Situation.¹⁷⁵

Hitlers Entscheidungen in der Konferenz am 16. 7. bedeuteten keine endgültige Lösung, sondern nur eine Zwischenlösung, mit der kaum eine der beiden Seiten zufrieden war. Aufgrund von Himmlers früheren Vorschlägen erkannte man im Ostministerium, dass es diesem darum gehe, die ganze politische Verwaltung in seinen Händen zu vereinigen.¹⁷⁶ Wenn man die Sache rein vom formal-juristischen Standpunkt betrachtet, bedeuteten die Entscheidungen vom 16. 7. 1941 zwar eine Niederlage für Himmler, aber sachlich hatte das keine grosse Bedeutung, weil der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei seine Vollmachten nicht aus einzelnen Gesetzen und Verordnungen ableitete, sondern aus der vom Führer ihm anvertrauten Aufgabe, was bedeuten würde, dass er sich in seiner Tätigkeit nicht immer von gültigen Verwaltungsvorschriften gebunden zu fühlen brauchte.¹⁷⁷ Das hatte zur Folge, dass in den nahezu endlosen Streitigkeiten zwischen dem Ostministerium und dem Reichsführer-SS über Vollmachten in den besetzten Ostgebieten ein interessanter grundsätzlicher Unterschied in den Argumentationen der beiden Seiten zutage trat: seitens des Ostministeriums berief man sich immer auf Hitlers Erlasse vom 17. 7.

¹⁷³ Himmler an Lammers 10. 6. 1941 BA: R 6/21.

¹⁷⁴ Der Vorschlag hatte folgenden Wortlaut: »Die Weisungsbefugnisse des RF-SS und Chef der Dt. Polizei an seine Organe im Rahmen seiner Gesamtaufgabe bleiben unberührt. Der RM. f. d. b. O. erlässt im Einvernehmen mit RF-SS etwa notwendige Ausführungsbestimmungen.« In dem Wort »Gesamtaufgabe« war Himmlers Forderung nach einem bestimmenden Anteil an der politischen Verwaltung der besetzten Ostgebiete enthalten, und wie Rosenberg ganz richtig bemerkte, war eine solche Gesamtaufgabe »staatsrechtlich« nicht zu formulieren. Rosenbergs Denkschrift, 27. 8. 1941 BA: R 6/21.

¹⁷⁵ Rosenberg an Lammers, 7. 8. 1941 BA: R 43 II/684 a. Im Zusammenhang mit dieser Frage zeigte es sich, wie Himmler in den besetzten Ostgebieten wie auch in Deutschland die politische Polizei als Kern der politischen Verwaltung betrachtete. Siehe besonders Buchheim 1964, S. 86—87.

¹⁷⁶ Das ist eine für die deutsche Besatzungspolitik auch anderswo typische Erscheinung. »Entscheidend aber war, dass Himmler in den eroberten Ländern, in denen der Erhaltung der Sicherheit und Ordnung vorrangige politische Bedeutung zukam, seinen Zuständigkeitsbereich von vornherein als Kompetenz der politischen Verwaltung verstehen und interpretieren konnte«. Kwiet S. 83.

¹⁷⁷ Grundsätzlich zu dieser Frage siehe Buchheim 1964, S. 83—85.

1941 über die Verteilung der Vollmachten, während Himmler seine Auffassungen von den Aufgaben her begründete, die der Führer ihm zur Verwirklichung anvertraut habe.

Schon Himmlers Tätigkeit im Sommer 1941 zeigte, wie wenig er von auf dem Papier stehenden Weisungen über die Verteilung der Befugnisse hielt und was das Motto bedeutete: »Der Osten gehört der Schutzstaffel«. ¹⁷⁸ Rosenberg klagte schon am 7. 8. Lammers, Nachrichten erhalten zu haben, nach denen die Vertreter der Polizei in Weissrussland in ihren Äusserungen behauptet hätten, die dortige Nationalitätenpolitik zu führen. Rosenberg sah sich durch derartige Äusserungen veranlasst zu betonen, dass nach seiner Auffassung die Zuständigkeit des RKFDV nur das Reichsgebiet umfasse. Der Ostminister suchte in diesem Streit Unterstützung für seine Auffassung auch bei Reichsmarschall Göring, der nach Rosenberg völlig seiner Haltung in der Frage des Zuständigkeitsbereiches des RKFDV zustimmte. ¹⁷⁹ Aber in Himmlers Machtbereich arbeitete man auch fernerhin, ohne sich um Rosenbergs Ministerium zu kümmern. Der Stabschef im Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums Greifelt unterrichtete am 19. 8. 1941 das Ostministerium davon, dass an demselben Tage in Riga die »Dienststelle Ostland des RF-SS-RKF« ihre Tätigkeit aufgenommen habe. ¹⁸⁰ Das geschah also zu einem Zeitpunkt, als Riga noch zu dem der Wehrmacht unterstellten Operationsgebiet gehörte. Rosenberg meldete sofort Protest dagegen bei Himmler und Lammers an, ¹⁸¹ der die Frage in ihrer Ganzheit Hitler vortrug. Dieser stellte zwar die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Reichsführer-SS und Ostministerium fest, stellte sich aber grundsätzlich auf den Standpunkt des ersteren, indem er konstatierte, dass sich die am 7. 10. 1939 Himmler gegebenen Vollmachten des RKFDV auch auf die besetzten Ostgebiete erstrecken. ¹⁸² Die Entscheidung bedeutete eine noch weitere Zuspitzung der Lage, weil die Zweigleisigkeit der politischen Verwaltung nun noch deutlicher hervortrat. ¹⁸³

Obwohl den ganzen Herbst 1941 intensiv verhandelt wurde, gelang es den Parteien nicht, zu einem Übereinkommen darüber zu gelangen, wie im Prinzip und auf welche Weise in der Praxis und organisatorisch die Grenze zwischen der Zuständigkeit und Verantwortung einmal des Ostministeriums und zum andern des RKFDV zu ziehen sei. Dagegen wurde nach monatelan-

¹⁷⁸ Helmut Heiber, Der Generalplan Ost. Vjh. ZgSch. 1958. S. 284.

¹⁷⁹ Rosenberg an Lammers, 7. 8. und 12. 8. 1941, Aktenvermerk der Reichskanzlei, 11. 8. 1941, BA: 43 II/684 a.

¹⁸⁰ Greifelt an Rosenberg, 19. 8. 1941 BA: R 6/24.

¹⁸¹ Rosenberg an Lammers 27. 8. 1941, BA: R 6/21. In der beigefügten Denkschrift beschuldigte das Ostministerium auch den Höheren SS- und Polizeiführer für das Ostland begangener Eigenmächtigkeiten.

¹⁸² Lammers an Rosenberg, 6. 9. 1941 BA: R 43 II/684 a.

¹⁸³ Siehe z.B. Berger an Himmler, 10. 10. 1941, BA: NS 19 neu/382.

gen Verhandlungen eine Art von Kompromiss ausgehandelt über die Stellung der dem Reichsführer-SS unterstellten Polizei in den besetzten Ostgebieten.¹⁸⁴ Trotzdem beklagte sich Rosenberg am 25. 3. 1942 wieder bei Lammers: »die Polizei führt in den besetzten Ostgebieten nahezu ein völliges Eigenleben« und sie mische sich in politische Fragen, »als ob es neben ihr eine politische Verwaltung nicht gebe«. Obwohl in dem Führererlass vom 17. 7. 1941 über die polizeiliche Sicherung der besetzten Gebiete der Reichsführer-SS verpflichtet war, Anordnungen allgemeiner Art oder von politischer Tragweite durch das Ostministerium zu erteilen, war das nach Rosenbergs Angabe in dem obigen Brief noch nicht einmal geschehen.¹⁸⁵ Nach Rosenbergs Auffassung hatte Himmler auch gegen Bestimmungen des am 19. 11. 1941 geschlossenen Vertrages verstossen.¹⁸⁶ Endlich konnte man sich im Herbst 1942 über eine gemeinsame Empfehlung über die Verteilung der Befugnisse zwischen den Reichs-, General- und Gebietskommissaren und andererseits den Polizeibehörden einigen.¹⁸⁷

Um den Jahreswechsel 1941/42 wurde die Frage der Rücksiedlung der ehemaligen Litauen-Deutschen nach Litauen aktuell. Es konnten jedoch keine dafür erforderlichen praktischen Massnahmen ergriffen werden, bevor zwischen dem Ostministerium und dem RKFDV wenigstens eine formelle Übereinstimmung erzielt worden war. Der Streit spitzte sich auf die Frage zu, ob der Reichsführer-SS in seiner Eigenschaft als RKFDV das Recht habe, in den besetzten Ostgebieten eigene Behörden zu gründen, die direkt von ihm ihre Weisungen erhielten. Seitens des Ostministeriums wurde vorgeschlagen, im Reichskommissariat eine Abteilung »Deutsche Volkstums- und Siedlungspolitik« zu gründen, deren Leiter Rosenberg auf Vorschlag des RKFDV ernannt hätte. Himmler wiederum wollte die Leitung dieser Abteilung dem Höheren SS- und Polizeiführer für das Ostland übergeben, was in Wirklichkeit auch die formelle Anerkennung der Dualität der Zivilverwaltung bedeutet hätte. Die Abgrenzung der Aufgabenbereiche zwischen dem Reichskommissar und dem HSSPF war danach noch schwieri-

¹⁸⁴ Siehe »Zuständigkeit der Polizeidienststellen in den neu besetzten Ostgebieten« 19. 11. 1941 BA: R 6/21. Nach der von Rosenberg und Himmler gemeinsam unterzeichneten Weisung hatten die Gebietskommissare das Recht, in Dienstangelegenheiten dem Polizeiführer ihres Gebietes Vorschriften zu erteilen.

¹⁸⁵ Rosenberg an Lammers, 25. 3. 1942. Anlage 2: »Begründung zu der Zeichnung über das Verhältnis zwischen dem RM. f. d. b. O. und dem RF/SS. BA: R 43 II/684 a.

¹⁸⁶ Ibid. Himmler hatte nämlich örtliche Polizeichefs ernannt, die direkt den Polizeiführern der Generalbezirke unterstellt waren.

¹⁸⁷ Nach der Empfehlung wurde u.a. das Recht der Gebietskommissare anerkannt, den Polizeichefs ihrer Kreise Weisungen zu erteilen, die diese auszuführen hatten, wenn nicht Gesichtspunkte der Sicherheit ausnahmsweise ihre Ausführung verboten. Brandt stellte Berger Himmlers Bestätigung zu, den Vertrag am 9. 10. 1942 erhalten zu haben. BA: NS 19 neu/1704.

ger geworden, wenn nicht direkt unmöglich. Die Auffassungen des Ostministeriums und des RKFDV wichen stark voneinander ab, auch wenn es um den Charakter der dem letzteren anvertrauten Aufgabe ging. Rosenberg hätte die Aufgabe des RKFDV darauf beschränken wollen, die in die neuen Siedlungsgebiete zu sendenden Deutschen auszuwählen, zu sammeln und zu den neuen Wohnstätten zu führen. Himmler forderte jedoch ausserdem das Recht zu entscheiden, in welchem Umfange und in welcher Form (zusammenhängende Siedlungsgebiete oder Streusiedlung) Deutsche in den Ostgebieten anzusiedeln seien.¹⁸⁸ Himmler versuchte einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu finden, indem er — über Rosenberg hinweg — direkt mit Lohse verhandelte, um diesen dafür zu gewinnen, dass Himmler ihn zum Bevollmächtigten des RKFDV ernennen werde. Gleichzeitig versuchte Himmler, allerdings vergeblich, Lohse unter Hinweis darauf unter Druck zu setzen, dass dessen Weigerung ihn zwingen würde, Jeckeln zu seinem Bevollmächtigten zu ernennen.¹⁸⁹ Mit der Zeit stellte sich heraus, dass es in dem Kompetenzstreit zwischen dem Ostministerium und dem RKFDV keinerlei Möglichkeiten zu einem wirklichen Kompromiss gab, weil die Kontrahenten völlig entgegengesetzte, einander ausschliessende Vorstellungen davon hatten, wer in erster Linie für die politische Verwaltung in den besetzten Ostgebieten verantwortlich sei.¹⁹⁰ In der Frage der Rück-siedlung der Litauen-Deutschen konnte man allerdings schliesslich einen praktischen Kompromiss aushandeln, wobei die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten überhaupt nicht berührt wurden, sondern die Angelegenheit in casu erledigt wurde.¹⁹¹

Himmlers Einstellung in dem Kompetenzstreit mit Rosenberg wurde von dem Bewusstsein seiner eigenen, mit der des Widersachers verglichen viel grösseren Machtstellung geprägt, was sich in Himmlers bis zur Arroganz selbstbewusstem Auftreten zeigte. Er scheint nicht einmal besondere Verhandlungsbereitschaft gezeigt zu haben; Rosenberg versuchte im Frühjahr 1942 mehrere Monate vergeblich, den Reichsführer-SS zu erreichen.¹⁹² In einem Brief an Alfred Meyer vom 9. 4. 1942 gab Himmler zu verstehen, dass ihn die »juristische(n) Informationen und Deklarationen« in Rosenbergs Briefen nicht besonders interessierten. Himmler hielt es für angebracht,

¹⁸⁸ »Grundsätzliche Stellungnahme zum Verhältnis zwischen der Verwaltung der besetzten Ostgebiete und dem RKFDV«. Rosenbergs Denkschrift, 12. 1. 1942, v. Stutterheims Gesprächsaufzeichnung, 13. 2. 1942, BA: R 43 II/684 a.

¹⁸⁹ Himmler an Lohse, 31. 1. 1942 BA: R 43 II/684 a. In den besetzten polnischen Gebieten waren beide Alternativen ausprobiert worden. Siehe Buchheim 1964, S. 194—195.

¹⁹⁰ Vgl. Hans Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958. S. 277—279.

¹⁹¹ Über die Rück-siedlung der Litauen—Deutschen, siehe S. 160—169.

¹⁹² Rosenberg an Lammers, 6. 5. 1942 BA: R 43 II/684 a.

im selben Zusammenhang auch seine persönliche Meinung über Rosenberg zu sagen: »Rosenberg ist kein Soldat und es erwartet keiner von uns, dass er einer ist oder wird. Wir Parteigenossen schätzen und verehren ihn, so wie er als der weltanschauliche Reichsleiter der NSDAP sich seinen Namen gemacht hat.«¹⁹³ Implizit stellte Himmler mit dieser Beurteilung gleichzeitig Rosenbergs Eignung als Minister der besetzten Ostgebiete wenigstens in Frage. Rosenberg dagegen versuchte, mit Himmler eine Einigung zu erzielen, nachdem ihm spätestens im Frühjahr 1942 klar geworden war, dass ihm keine solchen innenpolitischen Waffen zur Verfügung standen, mit denen er gegen den Einfluss der SS hätte kämpfen können. Rosenberg knüpfte bei diesen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen Hoffnungen auch an den SS-Gruppenführer Gottlob Berger, der im Juli 1942 zu Himmlers Verbindungsoffizier im Ostministerium ernannt wurde und der anfangs ganz vertrauensvolle Beziehungen zum Ostminister hatte.¹⁹⁴ Berger, der gleichzeitig seine Stellung als Chef des SS-Hauptamtes behielt, war jedoch vor allem »ein treuer Diener seines Herrn«, nach dessen Dienstantritt der Einfluss der SS auch innerhalb des Ostministeriums zu wachsen begann.¹⁹⁵ In dem Bericht über sein erstes Gespräch mit Meyer teilte Berger mit, es sei vereinbart worden, dass er vor der entscheidenden Behandlung der Angelegenheiten den Reichsführer-SS mit Hilfe der Akten in allen den Fragen informieren könne, die irgendwie dessen Tätigkeitsfeld berühren. Für die »persönliche und vertrauliche« Unterrichtung des Reichsführer-SS hatte Berger auf Wunsch auch das Recht, alle im Ministerium entstehenden Dokumente einzusehen.¹⁹⁶ All das hatte zur Folge, dass Bergers Wort im Ministerium von Anfang an mehr wog, als man aus seiner formalen Stellung hätte schliessen können.

Die wirklichen Machtverhältnisse zwischen den deutschen Behörden blieben den baltischen Völkern nicht verborgen. So erzählte denn der Rektor der Universität Riga und spätere Generaldirektor der lettischen Kulturverwaltung Primanis dem Leiter der Kulturabteilung im Generalkommissariat Lettland von Stritzky, dass im Lande allgemein die Auffassung herrsche, dass alle anderen deutschen Behörden gegenüber der SS machtlos seien.¹⁹⁷ Nach Mamers wiederum war Mäe, der Chef der landeseigenen Verwaltung Estlands, der Ansicht, dass alles in Ordnung sei, wenn er nur die Angelegenheiten mit dem Chef der Sicherheitspolizei Sandberger geklärt habe.¹⁹⁸

¹⁹³ Himmler an Meyer, 9. 4. 1942 BA: R 43 II/684 a.

¹⁹⁴ Himmler an Rosenberg, Juli 1942. NO-3631. Rosenbergs Zeugenaussage, NO-333. Bräutigam S. 32 a.

¹⁹⁵ Siehe z.B. Leibbrandts Zeugenaussage NO-5233.

¹⁹⁶ Berger an Himmler, 17. 7. 1942. BA: NS 19 neu/1738.

¹⁹⁷ v. Stritzkys Aktenvermerk, 17. 1. 1942. BA: R 92/vorl. 136.

¹⁹⁸ Mamers S. 262—263.

Das Verhältnis des Ostministeriums zu den anderen Machthabern und -anwärtern in den besetzten Ostgebieten

Wenn auch der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan Hermann Göring in der wirtschaftlichen Nutzung der besetzten Ostgebiete entgegen den Wünschen Rosenbergs ausgedehnte Vollmachten erhalten hatte, spitzten sich die Beziehungen des Ostministeriums zum Reichsmarschall bei weitem nicht so zu wie zum Reichführer-SS. Das war besonders dem Einbau der Wirtschaftsverwaltung in die Zivilverwaltung zuzuschreiben, wodurch die Verwaltung in dieser Hinsicht immerhin ihre formale Einheitlichkeit bewahrte. Zwischen dem Ostministerium und dem Beauftragten für den Vierjahresplan wurde im Februar 1942 ein Vertrag geschlossen, der vom Standpunkt des Ministeriums recht zufriedenstellend aussah, weil darin grundsätzlich vorausgesetzt wurde, dass der Beauftragte für den Vierjahresplan sein Recht, den Reichskommissaren Weisungen zu erteilen, nur durch das Ostministerium wahrnehme.¹⁹⁹ Rosenberg hatte also mit dem Beauftragten des Vierjahresplanes einen solchen Vertrag geschlossen, zu dem er Himmler nicht hatte bewegen können.

Mit der Beschaffung von Arbeitskräften für die Kriegswirtschaft wurde durch einen Erlass Hitlers vom 21. 3. 1942 noch ein Sonderbevollmächtigter beauftragt — der »Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz« (GBA). Der GBA hatte den Auftrag, alle noch ungenutzten Arbeitskräfte in Deutschland und den besetzten Gebieten zu mobilisieren. Damit betraut wurde der Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel, und er wurde direkt dem Beauftragten für den Vierjahresplan Hermann Göring unterstellt.²⁰⁰ Einen neuen Einbruch in die Befugnisse des Ostministeriums bedeutete es, als Sauckel durch einen Erlass Hitlers vom 30. 9. 1942 das Recht zugesprochen wurde, in den Dienststellen der Militär- und Zivilverwaltung seine eigenen Bevollmächtigten zu ernennen, die unmittelbar ihm unterstellt waren.²⁰¹ Dennoch gelang es dem Ostministerium, mit dem GBA Regelungen zu vereinbaren, durch die diese Tätigkeit enger mit der Zivilverwaltung verknüpft wurde. Sauckel ernannte einen eigenen Verbindungsoffizier zum Ministerium und verpflichtete sich, seine Weisungen an die Reichskommissare ausschliesslich durch Vermittlung des Ministeriums zu erteilen.²⁰²

Albert Speer, der im Februar 1942 nach Todts Tod Rüstungsminister geworden war, stieg danach in der Machthierarchie des Dritten Reiches

¹⁹⁹ Dieser Vertrag ist eine Anlage des Briefes von Greifelt an Himmler, 7. 4. 1942. BA: NS 19 neu/1733.

²⁰⁰ 1666-PS. IMT XXVII. S. 432.

²⁰¹ 1903-PS. IMT XXIX. S. 94, Sauckel ans Ostministerium, 25. 10. 1942. BA: R 6/46.

²⁰² Rosenbergs Denkschrift »Allgemeine Richtlinien für das Verhältnis zwischen RM. f. d. b. O. und dem GBA«. 21. 1. 1943. BA: R 6/46.

schnell auf.²⁰³ Speer wollte im Bereich der Rüstungsindustrie seine Kontrolle auch auf die besetzten Ostgebiete ausdehnen, wobei er natürlich mit Rosenberg aneinandergeriet. Bei einem Gespräch mit Hitler am 8. 5. 1942 versuchte Rosenberg Hitler davon zu überzeugen, dass solche ausgedehnten Vollmachten Speers auch in den anderen Zentralbehörden des Reiches Bestrebungen auslösen würden, sich unter Umgehung des Ostministeriums selbständig in Fragen der besetzten Ostgebiete einzumischen. Hitler versicherte, dass das auf keinen Fall geschehen würde und bevollmächtigte Lammers, solche Bestrebungen abzuwehren, falls sie auftreten sollten.²⁰⁴ Der Erlass des Führers vom 9. 6. 1942 über Speers Befugnisse in den besetzten Ostgebieten zeigte, dass Rosenberg mit seinen Einwänden wieder ohne Rückhalt geblieben war. Speers direkter Aufsicht wurden nämlich folgende Bereiche in den besetzten Ostgebieten unterstellt: Rüstungsproduktion, Bauwesen, Energiewirtschaft, Strassen- und Wasserbau sowie die Häfen.²⁰⁵

Rosenberg klagte am 12. 8. 1942 Lammers gegenüber, dass sein am 8. 5. Hitler vorgetragener Verdacht bezüglich der Auswirkungen von Speers Vollmachten sich als berechtigt erwiesen habe. Wie Rosenberg ganz richtig bemerkte, drohte eine derartige Entwicklung das Ostministerium überflüssig zu machen.²⁰⁶ Dennoch wurden durch Erlass vom 23. 10. 1942 die Vollmachten des Reichsministeriums für das Transportwesen in den besetzten Ostgebieten erweitert, was bedeutete, dass sich dessen Befugnisse nicht nur auf die Eisenbahn sondern auch auf den Strassen- und Wasserverkehr erstreckte. Für die Entscheidung grundsätzlich bedeutender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen hatte das Ministerium die Zustimmung des Ostministeriums einzuholen.²⁰⁷ Einen Sieg errang Rosenberg jedoch in diesen Zuständigkeitskonflikten, der ihn sicher besonders erfreute: es gelang dem Ostministerium nämlich, die Aktivität zu ersticken, die sich im Auswärtigen Amt zu Fragen der besetzten Ostgebiete entsponnen hatte. Das Auswärtige Amt war allerdings schon nach Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu einer nahezu vollständigen, frustrierenden Untätigkeit verurteilt. Dennoch war Ende April 1942 vom Ministerium eine Reihe führender Emigranten nicht-russischer Völker der Sowjetunion in Berlin zusammengerufen worden um dem Ministerium wieder eine gewisse Initiative in Fragen der Ostpolitik zu verschaffen. Wie zu

²⁰³ Alan S. Milward. Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945. Stuttgart 1966. S. 69—70, 79.

²⁰⁴ 1520-PS IMT XXVII S. 290—292.

²⁰⁵ »Erlass des Führers über den Einsatz der Technik in den neu besetzten Ostgebieten«. 9. 6. 1942. BA: R 6/208. Siehe auch Georg Janssen, Das Ministerium Speer. Berlin 1968. S. 54.

²⁰⁶ Rosenberg an Lammers, 12. 8. 1942. BA: R 43 II/687.

²⁰⁷ »Erlass des Führers über das Verkehrswesen in den besetzten Ostgebieten«. 23. 10. 1942. BA: R 43 II/687.

erwarten gewesen, forderten die Emigrantenführer »Unabhängigkeit« für alle von ihnen vertretenen Nationalitäten. Ribbentrop war jedoch zum Rückzug bereit, sofort nachdem er bemerkt hatte, dass solche Bestrebungen bei Hitler keinen Widerhall fanden.²⁰⁸ Rosenberg betrachtete die Veranstaltung der Emigrantenkonferenz als unbefugte Einmischung des Auswärtigen Amtes in Fragen der besetzten Ostgebiete, deren Behandlung einzig Sache seines Ministeriums sei. Rosenberg führte seinen Gegenschlag gegen das Auswärtige Amt, als er Hitler am 8. 5. 1942 traf. Er sagte, er halte es für »äusserst gefährlich«, dass vom Auswärtigen Amt alle möglichen Emigranten in Berlin versammelt werden. Dieses Mal war Hitler völlig derselben Ansicht wie Rosenberg, der nun einen seiner sehr seltenen Siege in dem machtpolitischen Kampf um die Befugnisse in den besetzten Ostgebieten errang.²⁰⁹ Das Auswärtige Amt verlor jetzt endgültig seinen Einfluss auf die Besatzungspolitik und die Gestaltung der politischen Fernziele, was durch einen Erlass des Führers vom 28. 7. besiegelt wurde, in dem u.a. festgestellt war, dass in den Zuständigkeitsbereich des Ostministeriums die vorbereitenden politischen Massnahmen in jenen ehemals zur Sowjetunion gehörenden Gebieten fallen, die zwar noch nicht der Zivilverwaltung unterstellt waren, für die aber eine deutsche Zivilverwaltung oder Oberaufsicht vorgesehen war.²¹⁰ Rosenberg hatte dieses Mal einen unbestreitbaren Sieg über das Auswärtige Amt errungen, der jedoch in seiner Art eher ein Pyrrhussieg war, denn das Auswärtige Amt war dieses Mal gerade als Verfechter der Differenzierungspolitik Rosenbergs aufgetreten.²¹¹

Diese Beschreibung der Kompetenzen der Machthaber und die inner- sowie zwischenbehördlichen Beziehungen in der Verwaltung der besetzten Ostgebieten kann für ihren Teil nur das Bild der gegenwärtigen Forschung von der »autoritären Anarchie« des Führer-Staates bestätigen.²¹²

²⁰⁸ Dallin S. 144—145.

²⁰⁹ 1520-PS. IMT. XXVII S. 289—290.

²¹⁰ Erlass vom 28 Juli 1942. BA: R 6/12.

²¹¹ Vgl. Dallin S. 146—147.

²¹² Zum heutigen Forschungsstand in dieser Hinsicht besonders: Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Stuttgart 1970. S. 236—250.

V. DIE LAGE IM FRÜHJAHR 1942 VOM STANDPUNKT DER EINHEIMISCHEN BEVÖLKERUNG UND DER BESATZUNGSVERWALTUNG

Die Entwicklung der Stimmung der einheimischen Bevölkerung

Die Deutschen drangen ins Baltikum zu einem Zeitpunkt ein, der psychologisch gesehen für sie ausserordentlich günstig war. Der Zwangsanschluss der baltischen Republiken an die Sowjetunion, die sich daran anschliessende Sowjetisierung und die im letzten Augenblick vorgenommenen Massendeportationen hatten Bitterkeit und Unzufriedenheit nicht nur im bürgerlichen Teil der Bevölkerung sondern auch unter den Arbeitern hervorgerufen. Die Deutschen konnten deshalb als »Freunde und Retter« empfangen werden.¹ Die hoffnungsvoll wartende Bevölkerung musste jedoch eine Enttäuschung nach der anderen hinnehmen. In der Situation des Sommers 1941 wären sehr repräsentative politische Kreise und weite Schichten der einheimischen Bevölkerung zu einer weitgehenden Zusammenarbeit mit den Deutschen bereit gewesen,² die jedoch damals keine Unterstützung zu benötigen glaubten und ihrer Fernziele wegen eine solche Zusammenarbeit nicht für politisch zweckmässig hielten.

Die Unzufriedenheit unter den Völkern des Baltikums hatten zahlreiche Massnahmen der Besatzungsverwaltung erzeugt, wie die Besetzung führender Stellen der Verwaltung und des Wirtschaftslebens mit Deutschen, Deutschlands ablehnende Haltung gegenüber der Gründung nationaler Armeen, die Verzögerung der Entscheidung über die Rückgabe des verstaatlichten Privateigentums sowie viele den Deutschen gewährte Sonderrechte — u.a. höhere Löhne und grössere Lebensmittelrationen —, die der einheimischen Bevölkerung das Gefühl gaben, Bürger zweiter Ordnung neben den Deutschen zu sein.³ Obwohl sich die Stimmung in Estland, Lettland und Litauen im allgemeinen in derselben Richtung entwickelte, ist es zur Zeichnung eines genaueren und differenzierteren Bildes angebracht, die

¹ Kalnins S. 244; Wieselgren S. 219. Latvia under German Occupation, S. 89; »Die Lage in Estland nach der Befreiung von der Bolschewistenherrschaft«. Estnische Denkschrift vom Februar 1943. AA Gesandtschaft Helsinki 6676/H 94026.

² Siehe oben S. 81—86.

³ Siehe z.B. Latvia under German Occupation, S. 83; Arvo Horm, Estland fritt och ockuperat. Stockholm 1944. S. 59—61.

Frage für jeden einzelnen Generalbezirk gesondert zu behandeln. Botschaftssekretär v. Ungern-Sternberg, der Verbindungsoffizier des Auswärtigen Amtes im Stab des 18. Armeekorps war, berichtet am 21. 3. 1942 von einem »Stimmungsumschlag in deutlich negative Richtung«, die sich in Estland im Laufe der beiden letzten Monate vollzogen hatte. v. Ungern-Sternberg sah die Gründe einer derartigen Entwicklung vor allem in jener Skepsis, mit der die Bevölkerung der kommenden Entwicklung des Wirtschaftslebens gegenüberstand. Anfangs hatten die Esten damit gerechnet, dass die von der Sowjetunion durchgeführten Verstaatlichungsmassnahmen sofort aufgehoben und die ehemaligen Besitzverhältnisse wiederhergestellt würden. Die deutschen Monopolgesellschaften hatten jedoch alle Grossunternehmen in Besitz genommen, was bei der einheimischen Bevölkerung als Beweis dafür ausgelegt wurde, dass sie in Zukunft nur im Bereich der Kleinindustrie Betätigungsmöglichkeiten hätten.⁴ Dazu, dass man in Estland zur Jahreswende 1941—42 wirklich von einer Art von Stimmungsumschlag sprechen kann, hatte zu seinem Teil auch der Übergang Estlands von der Militärverwaltung zur Zivilverwaltung Anfang Dezember 1941 beigetragen. Bis dahin hatte man wenigstens hoffen können, dass die künftige Zivilverwaltung den landeseigenen Verwaltungsbehörden grössere Vollmachten als bisher geben würden. Die wirkliche Entwicklung zerstörte jedoch bald die Illusionen in dieser Richtung.⁵ In dem ausserordentlich gründlichen Bericht des RSHA vom 5. 6. 1942, in dem die Lage in allen drei Generalbezirken behandelt wurde, heisst es, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung währen der letzten Wochen »laufend verschlechtert hat«. In dem Bericht wurde besonders »der Mangel an psychologischem Verständnis von deutscher Seite« und »das Fehlen einer wirkungsvollen propagandistischen Vorbereitung« beklagt. Was Estland betrifft, hob der Bericht besonders hervor, dass die völlig unzureichenden Lebensmittelrationen⁶ sowie die den Deutschen gewährten grösseren Rationen Unzufriedenheit erzeugen. Die von estnischer Seite gegen die deutsche Besatzungsverwaltung gerichtete Kritik konzentrierte sich in zunehmendem Masse auf die untere deutsche Verwaltung,⁷ während der Generalkommissar von dieser Kritik verschont bleibe.⁸ Es schien symptomatisch für die Entwicklung der Stimmung, dass nach dem Bericht ständig die Behauptung zu hören

⁴ Von Ungern-Sternbergs Bericht (Abschrift), 21. 3. 1942. AA. Gesandtschaft Helsinki 6675/H 92249.

⁵ Die obige estnische Denkschrift vom Februar 1943. AA. Gesandtschaft Helsinki 6676/H 94028—29.

⁶ Die ungenügenden Lebensmittelrationen und ihren Einfluss auf die Stimmung gab auch Trampedach in seinem Bericht vom Februar 1942 zu, und er hielt die Versorgungslage der Arbeiter für schlechter als während der bolschewistischen Zeit. BA: R 6/276.

⁷ Vgl. mit dem, was oben über die Gebietskommissare gesagt ist, S. 120.

⁸ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 6/5. 6. 1942. BA: R 58/697.

war, die Deutschen seien nicht in der Lage, andere Völker zu beherrschen. In gleicher Richtung wie die oben geschilderten Faktoren wurde die Stimmung der Esten — wie auch der Letten und Litauer — von der Werbung von Arbeitskräften nach Deutschland beeinflusst und besonders davon, dass die dabei gegebenen Versprechungen nicht eingehalten wurden. Nach Auffassung der Sicherheitspolizei handelte es sich in Estland jedoch noch nicht um »eine organisierte nationale Opposition.«⁹ Vom Spätsommer 1941 an, als die ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der Baltischen Länder schon bekannt war, begannen Nachrichten aus Estland durchzusickern, nach denen man dort ein starkes Interesse an einer engeren Allianz mit Finnland hatte.¹⁰ Auf diese Stimmung südlich des Finnischen Meerbusens wies der aus Estland emigrierte Admiral Pitka in seinem Brief an Präsident Ryti vom 29. 11. 1941 hin und äusserte den Wunsch nach einem Staatenbund zwischen Finnland und Estland, dessen Grundlage gewesen wären: »gemeinsames Staatsoberhaupt, gemeinsame Aussenpolitik, gemeinsamer Oberbefehlshaber der Wehrmacht, auf dem Prinzip der Territorialarmee beruhende Streitkräfte und ein vereinheitlichtes Wirtschaftsleben, mit gemeinsamem Währungssystem« . . .¹¹ Auf offizieller finnischer Seite erregte Pitkas Vorschlag kein Interesse.¹²

In Lettland hatten viele Massnahmen der Besatzungsverwaltung schon im Sommer und Herbst 1941 eine sehr kritische Aufnahme bei der einhei-

⁹ Ibidem.

¹⁰ Von Ungern-Sternbergs Bericht, 11. 8. 1941, AA: Pol. Abt. XIII 23: 33; Ereignismeldung UdSSR Nr. 53/15. 8. 1941, BA: R 58/216; »Der Grossfinnland-Gedanke ist weiterhin sehr populär«, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 9/26. 6. 1942, BA: R 58/697.

¹¹ VA: Nachlass Risto Ryti, Mappe 2.

¹² Tuomo Polvinen, Suomi suurvaltojen politiikassa 1941—1944. Porvoo 1964. S. 190. Zum Bereich der politischen Privatdiplomatie gehört der von Magister Erkki Räikkönen im Frühjahr 1942 an Rosenberg gesandte Brief, in dem Räikkönen für den Fall, dass Deutschland Estland nicht die Selbständigkeit bewilligen möchte, mitteilt, die »finnischen Aktivisten« wären froh, wenn Estland an Finnland angeschlossen würde. Räikkönen versicherte, die Finnen würden dafür garantieren, dass aus dem von Finnen geführten Estland in kurzer Zeit »eines der deutschfreundlichsten Länder Europas« [!] würde. Räikkönens Brief führte auf deutscher Seite zu keinerlei Massnahmen. Einer ähnlichen Privatdiplomatie hatte sich Räikkönen schon im Frühjahr 1940 befleissigt, als er Himmler um Hilfe gebeten hatte zum Bau eines nationalsozialistischen Finnland. Auch Himmler hielt Räikkönens Vorschläge für keiner Beantwortung wert (siehe Räikkönens Brief an Himmler, 18. 3. 1940, BA: NS 19 neu/2260). — Erkki Räikkönen (geb. 1900) gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Akademischen Karelien-Gesellschaft, war 1926—28 Sekretär und 1930—33 Vorsitzter des Unabhängigkeitsvereins und veröffentlichte 1935 das Buch: »Svinhufvud ja itsenäisyssenaatti.« Räikkönen hatte sehr enge Beziehungen zu Präsident Svinhufvud, mit deren Hilfe er seine ehrgeizigen politischen Träumereien verwirklichen wollte.

mischen Bevölkerung gefunden.¹³ In dem Bericht des RSHA vom 10. 11. 1941 sprach man von einer verschärften Kritik der lettischen Bevölkerung an den Massnahmen der deutschen Zivilverwaltung. Zu den Ereignissen, die auf lettischer Seite Unruhe hervorgerufen hatten, gehörten u.a. die Pläne über die Zukunft der Universität Riga,¹⁴ deren Verwirklichung eine stufenweise Einschränkung der Tätigkeit der Universität bedeutet hätte und endlich ihre völlige Schliessung.¹⁵ Nach Mitteilung der Einsatzgruppe A war die Grundtendenz unter der einheimischen Bevölkerung Lettlands noch im Januar 1942 Deutschfreundlichkeit, wenn auch schon die ersten Zeichen eines Stimmungsumschwungs vorhanden waren. Die Kritik an den Massnahmen der deutschen Zivilverwaltung wurde immer deutlicher, während die von der bolschewistischen Herrschaft verursachte »Schockwirkung« verflohen schien. Für die lettische Intelligenz war es ein frustrierendes Erlebnis, als ihr allmählich immer klarer wurde, dass in naher Zukunft nicht einmal mit einer teilweisen Wiederherstellung der Selbständigkeit Lettlands zu rechnen sei. »Im Augenblick finden sich« fährt der Bericht fort, »die führenden Kreise — da sie machtpolitisch völlig ausgeschaltet sind — damit ab, versuchen aber illegal zu einer lettischen nationalen Einheitsfront zu kommen«.¹⁶ In dem schon oben im Zusammenhang mit Estland genannten Stimmungsbericht des RSHA vom 5. 6. 1942 wurde festgestellt, dass die Grossaktionen gegen die Kommunisten überall unter der Bevölkerung grossen Widerhall gefunden habe, aber trotz des — ausser in Lettgallen — allgemein herrschenden Kommunistenhasses habe sich der »nationallettische Widerstand gegen die Deutschen ausserordentlich verstärkt« Besonders auffallend war die deutschfeindliche Einstellung in den Kreisen der Intelligenz. Böses Blut machte unter den Letten besonders der Ausschluss Rigas aus dem Bereich der landeseigenen Verwaltung, was die Versprechungen bezüglich der Selbstverwaltung in den Augen der Letten

¹³ Grosse Enttäuschung hatte nach der Sicherheitspolizei u.a. die am 8. 8. 1941 in der Presse veröffentlichte Nachricht von der Ernennung des Generalkommissars für Lettland und der drei für die Gebiete südlich der Düna eingesetzten Gebietskommissare hervorgerufen. Eine besonders starke Reaktion war bei der »nationalen Intelligenz« festzustellen, zu der die Sicherheitspolizei in erster Linie die Anhänger Ulmanis' rechnete, und unter den Donnerkreuzlern, die gehofft hatten, Lettland würde wie die Slowakei behandelt werden. Ereignismeldung UdSSR Nr. 53/15. 8. 1941. BA: R 58/216; Ebenso hatte die Letten stark erregt, dass das Gebäude des von »nationalbewussten Letten« als nationales Symbol betrachteten »Lettischen Vereins« beschlagnahmt und in ein Offizierskasino verwandelt worden war. Dies war nach Ansicht der Sicherheitspolizei um so bedauerlicher, als an der Spitze des Vereins sehr »ordentliche« Letten standen, die m.a.W. ihre Vorbilder aus dem deutschen Kulturkreis nahmen. L-180 (ungedruckter Teil) S. 26—27.

¹⁴ Über die Hochschulpolitik genauer S. 177—183.

¹⁵ Ereignismeldung Nr. 131/10. 11. 1941. BA: R 58/219.

¹⁶ Ereignismeldung UdSSR Nr. 153/9. 1. 1942. BA: R 58/220 sowie die oben genannte Denkschrift Trampedachs, 10. 2. 1942 BA: R 6/276.

nicht nur als einen politischen, sondern auch einen finanzpolitischen Betrug erscheinen liess, weil eine lebensfähige lettische Finanzverwaltung ohne die in Riga gezahlten Steuern undenkbar war.¹⁷

In Litauen wirkten auf die Stimmung der einheimischen Bevölkerung hauptsächlich ähnliche Faktoren wie in den nördlicheren Generalbezirken. Die Auflösung der provisorischen Regierung Litauens im Sommer 1941 und die ablehnende Haltung der Deutschen zu der Aufstellung litauischer Einheiten und deren Beteiligung am Kampf gegen den Bolschewismus zerstörten die Hoffnung der Litauer auf eine deutsch-litauische Zusammenarbeit. Die Anwerbung von Arbeitskräften aus Litauen nach Deutschland — anfangs vor allem zu landwirtschaftlichen Arbeiten nach Ostpreussen und später in die Rüstungsindustrie — nahm viel grössere Ausmasse¹⁸ an als in Estland und Lettland, weshalb ihre Bedeutung als Stimmungsfaktor dort auch wesentlich grösser war als in diesen Generalbezirken. Arbeitskräfte wurden in Litauen auch für Hilfsaufgaben der Wehrmacht geworben: u.a. wurde im Frühjahr 1942 eine grössere Werbeaktion zur Beschaffung von 7 000 Transportgehilfen veranstaltet. Nach dem Stadtkommissar von Kowno wurde diese Aktion der Wehrmacht jedoch »sehr überstürzt und ohne ausreichende propagandistische Vorbereitungen« verwirklicht. Während der Werbeaktion machte man sich auch einiger »unvorsichtiger Massnahmen« schuldig, wie der Stadtkommissar brutale Zwangsaushebungen nannte.¹⁹ Es war verständlich, dass derartige Massnahmen das Misstrauen gegen die deutsche Zivilverwaltung wesentlich verstärkten und unter der einheimischen Bevölkerung eine direkt deutschfeindliche Haltung erzeugten. Die deutsche Propaganda über die Entwicklung der landeseigenen Verwaltung konnte im Lichte der bekannten Tatsachen in keiner Weise überzeugen, und die litauische Gegenpropaganda bezeichnete diese Versprechungen denn auch als direkten Betrug.²⁰ Bei Litauen ist noch zu berücksichtigen, dass die Deutschen von Anfang an die Litauer als rassisch minderwertiger ansahen als die Esten und Letten mit ihrem starken »germanischen Bluterbe«. Ein rechthgläubiger Nationalsozialist verfiel leicht darauf, gewisse Verhaltenserscheinungen mit der rückständigen Entwicklung der Litauer zu erklären. In dem obenerwähnten Bericht des Stadtkommissars von Kowno, Cremer, zeigt sich diese von Rassentheorien gefärbte Haltung auf ganz charakteristische Weise: »Dazu kommt weiter beim litauischen Volk das

¹⁷ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 6/5. 6. 1942. BA: R 58/697.

¹⁸ Wie mitgeteilt wird, befanden sich im Juli 1942 8 000 litauische Landarbeiter in Ostpreussen. Von den später von der deutschen Rüstungsindustrie angeforderten 30 000 Arbeitern waren bis November 1942 10 000 geliefert. Genauere Daten für Estland und Lettland fehlen.

¹⁹ Denkschrift des Stadtkommissars von Kowno über Fragen der Arbeitskräfte, 18. 2. 1944. 204-PS. IMT XXV. S. 290—291.

²⁰ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 6/5. 6. 1942. BA: R 58/697.

Fehlen eines ausgeprägten Staats- oder Gemeinschaftsgefühls»... »Der Litauer selbst ist ein primitiver Mensch, er ist froh, wenn er in Ruhe gelassen wird, und nicht eben gern bereit, sich um öffentliche Dinge zu kümmern».²¹ Auch Generalkommissar von Renteln zeigte wenig Verständnis für die Litauer. Im Gegenteil hatte er nach Kleist den Litauern von den ersten Tagen an zu verstehen gegeben, dass »er sie für ein dummes, faules und feiges Volk halte, dessen Intelligenz gefährlich, dessen Bauern aber verkommen wären».²² Dagegen kann man die von Kommandos der Einsatzgruppe A durchgeführte Liquidierung der jüdischen Bevölkerung nicht als primären Grund für den Umschlag der Stimmung der einheimischen Bevölkerung gegen die Deutschen betrachten. Die Juden waren in der kommunistischen Partei von Litauen in sehr bedeutenden Stellungen tätig gewesen, woraus es sich erklären lässt, dass sich der Hass auf die kommunistische Herrschaft im Sommer 1941 unter den Litauern zum Teil auch als Antisemitismus äusserte, dessen Auftreten man von deutscher Seite bewusst zu fördern versuchte.²³

Die Entwicklung der Stimmung in den drei Generalbezirken zeigt, dass das durch die Massnahmen der deutschen Zivilverwaltung verursachte Misstrauen, die Enttäuschung und direkt deutschefeindliche Haltung allmählich in allen Bevölkerungsschichten Fuss fassten. Die Intelligenz und höhere Beamtenschaft erbitterte besonders, dass die Selbständigkeit der ehemaligen Baltischen Republiken nicht wiederhergestellt worden war, die einheimischen Handels- und Industriekreise fürchteten eine wesentliche Beschränkung ihrer künftigen Möglichkeiten, als sie die Invasion der deutschen Ostgesellschaften sahen, die Bauern konnten nicht verstehen, dass das Privateigentum nicht sofort zurückerstattet worden war, und die Industriearbeiterschaft der Städte hatte unter direktem Hunger zu leiden. Ein deutlich erkennbarer und zeitlich bestimmbarer Wendepunkt in der Entwicklung der Stimmung lässt sich nicht nachweisen, aber es handelt sich um eine für die spätere Entwicklung sehr bemerkenswerte Erscheinung, als es den zur Zusammenarbeit mit den Deutschen gewillten Kreisen klar wurde, dass diese keine Partner für die Zusammenarbeit suchten, sondern nur Vollstrecker von Befehlen. Dabei zeigte sich auch, wie unbedeutend die Zahl derer war, die ohne Bedingungen bereit waren, sich zu Vollstreckern der deutschen Politik zu machen. Auch die deutschen Behörden

²¹ Cremers vorgenannter Bericht, 18. 2. 1944.

²² Kleists Denkschrift über die Verhältnisse in Litauen, 14. 5. 1943. BA: R 6/42.

²³ Siehe oben S. 77; Martin Broszat, Die nationale Widerstandsbewegung in Litauen im Zweiten Weltkrieg (1941—1944) in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II. Stuttgart 1966. S. 325—328; in antisemitischen Kreisen wurden die Juden für die während der sowjetischen Herrschaft durchgeführten Zwangsdeportationen verantwortlich gemacht. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 8/19. 6. 1942, NO-3396.

mussten zugeben, dass Dr. Mäe in Estland eine sehr unbeliebte Person war.²⁴ In Lettland war die autoritäre und faschistische Donnergkreuzler-Bewegung im Sommer 1941 für eine unbedingte Zusammenarbeit mit den Deutschen eingetreten. Die späteren Massnahmen der Besatzungsverwaltung hatten jedoch zu einer Spaltung der Bewegung in »eine lettische und eine deutsche Gruppe« geführt. Nach lettischen Quellen arbeiteten im Dienste der deutschen Sicherheitspolizei etwa 100 zur letzteren Gruppe gehörende, akademisch gebildete Personen.²⁵ Der Generalkommissar für Litauen, v. Renteln, hatte schon im Herbst 1941 die Auflösung der Aktivistenfront angeordnet, nachdem in einer von ihr verfassten Denkschrift die politische und wirtschaftliche Bevormundung durch die deutschen Behörden in Litauen scharf kritisiert worden war.²⁶ Die eigenen Massnahmen der deutschen Besatzungsverwaltung schufen die Voraussetzungen zur Organisation einer weiten nationalen Einheitsfront in Estland, Lettland und Litauen. Charakteristisch für die Haltung solcher nationalen Einheitsfronten gegenüber der deutschen Besatzungsverwaltung war teilweiser Widerstand und teilweise Zusammenarbeit — eine Haltung, die allmählich auch die Tätigkeit der landeseigenen Selbstverwaltung prägen sollte.²⁷ Das politische Ziel dieser sich allmählich organisierenden Kooperationsgruppen war die Wiederherstellung der Souveränität der Baltischen Republiken, und deshalb kämpften sie an zwei Fronten: einmal gegen Deutschland, zum andern gegen die Sowjetunion. Links von der weiten Rückhalt findenden »politischen Mitte« blieb eine kleine Extremistengruppe — die Kommunisten —, die zum bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungsverwaltung bereit waren.

Wenn man die Entwicklung der Stimmung der einheimischen Bevölkerung in den drei Generalbezirken vergleicht, lassen sich trotz der gleichgerichteten Entwicklung deutliche Gradunterschiede in der Stärke des Stimmungsumschwungs feststellen. Als bezeichnender »quantitativer Anzeiger« dieser Unterschiede wurden in dem mehrfach zitierten Stimmungsbericht²⁸ die Ergebnisse der im Winter 1942 veranstalteten Metallsammlung verwendet, die zeigen, dass das Sammelergebnis pro Kopf in Estland mehr als doppelt so gross war wie in Lettland und viermal so gross wie in Litauen. Ständige Mitteilungen vom Auftreten von Partisanengruppen in Litauen waren Zeichen für eine wesentliche Zuspitzung der Beziehungen zwischen der Besatzungsmacht und der einheimischen Bevölkerung schon im Frühjahr

²⁴ Beurteilung über Mäe, Abschrift ohne Unterschrift, BA: R 6/278.

²⁵ Bericht über die Versammlung der Widerstandsbewegungen Lettlands und Litauens an 8.—9. 1. 1944 in Riga enthält als Anlage zum Bericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei in Litauen über die »Zerschlagung litauischen Geheimorganisationen im Mai 1944«. BA: R 6/45.

²⁶ Ereignismeldung UdSSR Nr. 151/5. 1./1942. BA: R 58/220.

²⁷ Siehe S. 210—213.

²⁸ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, Nr. 6.

1942. Besonders wurden die Partisanen von der polnischen Bevölkerung Litauens unterstützt.²⁹ Die Besatzungsverwaltung antwortete auf das Auftreten von Partisanen mit brutaler Härte. Ein Dorf nahe der Stadt Svenčionys wurde niedergebrannt und 400 seiner Einwohner erschossen, nur weil in der Nähe des Dorfes am 19. 5. 1942 drei Deutsche erschossen worden waren. Später stellte sich ausserdem heraus, dass die Deutschen einer russischen Partisanengruppe zum Opfer gefallen waren.³⁰ Eine ähnliche kollektive Rache richtete sich in Lettland in der Nähe von Rositten (Rezekne) gegen das Dorf Audrini, dessen Bewohner nach der Sicherheitspolizei Partisanen unterstützt hatten.³¹ Alle 235 Bewohner des Dorfes wurden hingerichtet, ein Teil von ihnen öffentlich auf dem Markt von Rositten.³²

Die politische Lage vom Standpunkt der Besatzungsverwaltung

Gerade der Spätwinter 1942 scheint einen günstigen Zeitpunkt zu bieten für die Herstellung eines Querschnittes durch die besatzungspolitische Lagebeurteilung, denn erst zu diesem Zeitpunkt kann man die verwaltungsmässige Gründungsphase des Reichskommissariats Ostland als abgeschlossen betrachten. Für die Baltikum-Politik des Ostministeriums ist zu diesem Zeitpunkt eine Dualität charakteristisch, wie sie erzeugt wurde von zwei miteinander deutlich im Widerspruch stehenden Aktionslinien. Die Hauptabteilung Politik des Ministeriums betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den baltischen Völkern, und sie suchte deshalb Mittel und Wege, die Kooperationsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung zu verstärken. Der die Stellung der sog. landeseigenen Verwaltung legalisierende Organisationserlass vom 7. 3. 1942 war vor allem gerade ein Erzeugnis der Hauptabteilung Politik. Die Wiederherstellung des Privateigentums im Baltikum wurde von der Hauptabteilung als wichtig angesehen, und deshalb wurde dieser Frage dort viel Aufmerksamkeit zugewendet.³³ Eine andere Linie vertraten die Wirtschaftsabteilungen des Ministeriums, deren Auffassungen von einer deutlich kolonialimperialistischen Denkweise geprägt waren. Auch ausserhalb des Ministeriums traten diese beiden Linien gleichzeitig auf demselben Forum in Erscheinung, wenigstens auf der vom 24.—27. 3. 1942 in Berlin veranstalteten Osttagung deutscher Wissenschaftler,³⁴ deren Zweck es war, die Wissenschaftler gleichzeitig von den poli-

²⁹ Heydrich an Ribbentrop, 23. 4. 1942, NO-2662.

³⁰ Kleists Denkschrift, 14. 5. 1943. BA: R 6/42. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 6, BA: R 58/697.

³¹ Ereignismeldung UdSSR Nr. 154/12. 1. 1942. BA: R 58/220.

³² Verbrecherische Ziele — verbrecherische Mittel. Moskau 1963. Dok. Nr. 34.

³³ Zu der Frage genauer siehe S. 219—221.

³⁴ »Osttagung deutscher Wissenschaftler«. Völkischer Beobachter, 29. 3. 1942.

tischen Zielen Deutschlands in den besetzten Ostgebieten zu unterrichten. Dr. von Stritzky, der als Leiter der kulturpolitischen Abteilung das Generalkommissariat Lettland auf der Tagung vertrat, hielt für politisch interessant besonders zwei Vorträge über das Wirtschaftsleben des Ostlandes. Er konnte jedoch nicht umhin, seine Verwunderung darüber auszudrücken, dass die Vorträge in keiner Weise in Übereinstimmung miteinander waren, sondern widersprechende Thesen enthielten. Nach Stritzky zeigte sich die »Unklarheit der wirtschaftlichen und politischen Ziele« besonders in Ministerialdirektor Schlotterers³⁵ Vortrag, aus dessen Inhalt Stritzky einige interessante Einzelheiten nennt: Schlotterer hatte u.a. gefordert, bei der Reprivatisierung in den besetzten Ostgebieten »besonders interessante Betriebe für [deutsche] Frontkämpfer« zu reservieren. Das Wirtschaftsleben dieser Gebiete sollte auch in Zukunft von Deutschland aus geleitet werden, so dass dort besonders die Marktinteressen der deutschen Industrie zu sichern seien. Die Lohnpolitik wollte Schlotterer so geregelt sehen, dass der Bedarf der deutschen Behörden möglichst billig gedeckt werden könnte. Der andere Vortragende, Dr. Otto Bräutigam, hielt sich in der Behandlung der Eigentumsfragen an die in der Hauptabteilung Politik herrschenden Auffassungen.³⁶ Oben³⁷ wurde schon darauf hingewiesen, in eine wie schwierige Lage man geriet, wenn die widersprechenden Auffassungen der Hauptabteilungen des Ministeriums nicht dort koordiniert wurden, sondern sich als politische Weisungen auf die Stufe des Reichskommissars übertrugen.

Ein vom Thema meiner Untersuchung her interessantes Dokument, dessen Analyse die innere Widersprüchlichkeit der besatzungspolitischen Ziele deutlich offenbart, ist die sog. »Braune Mappe« des Ostministeriums — eine Weisungsserie mit wirtschaftspolitischen Richtlinien in Buchform — in der Auflage vom April 1942. Am einfachsten ist es anzunehmen, dass diese Richtlinien³⁸ von den Wirtschaftsabteilungen des Ministeriums verfasst worden sind. In den allgemeinen Richtlinien dieses »Braunen Kamels«, wie der Spitzname lautete, wurde wieder einmal unterstrichen, dass sowohl im politischen als auch wirtschaftlichen Bereich ein Unterschied zu machen sei zwischen den sich aus der jeweiligen Kriegslage ergebenden Zielen und andererseits den eine fernere Zukunft betreffenden Zielen. Das Nahziel, dem die Tätigkeit auch in den besetzten Ostgebieten zu dienen hatte, war »das Gewinnen des gegenwärtigen Krieges« [Sperrung vom Verf.], wobei die Ostgebiete besonders effektiv zur Gewähr-

³⁵ Über Schlotterers Rolle »in der wirtschaftlichen Neuordnung Europas« siehe oben. S. 66.

³⁶ v. Stritzkys Bericht, 4. 4. 1942. BA: R 92/vorl. 136.

³⁷ Siehe oben S. 123.

³⁸ Auf die Ausgabe der Braunen Mappe vom April (1942) ist schon oben S. 103 hingewiesen worden.

leistung der Nahrungsmittel- und Rohstofffreiheit Europas beitragen sollten. Diesem Nahziel sollte nach der Braunen Mappe der Vorrang auch dann gegeben werden, wenn eine aus militärischen Gründen notwendige Massnahme mit den politischen Plänen auf weite Sicht in Widerspruch geraten würde.³⁹ Aber der Widerspruch war nicht auf so einfache Weise zu eliminieren. Wir könnten uns vorstellen, dass es vom Standpunkt des gesetzten Nahzieles — »des Gewinnens des gegenwärtigen Krieges« zweckmässig gewesen wäre, den Esten, Letten und Litauern zu gestatten, eigene Armeen aufzustellen, aber solche Vorschläge fanden überhaupt keinen Widerhall.⁴⁰ Ebenso trat der Widerspruch hervor, wenn es sich um die landeseigene Selbstverwaltung und die Autonomie handelte: einerseits wollte man durch Gewährung der Selbstverwaltung in den Völkern des Baltikums eine grössere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsverwaltung wecken, aber andererseits war man nicht bereit, auf die Pläne zu verzichten, die den Anschluss dieser Gebiete an Deutschland und ihre möglichst effektive wirtschaftliche Nutzung bedeuteten. Allgemein genommen lässt sich vermuten, dass dieser in der Zielsetzung enthaltene Widerspruch anfangs recht latent war, so lange man noch an eine schnelle und für Deutschland siegreiche Beendigung des Krieges glaubte, dass er sich aber desto öfter und stärker in den verschiedenen Bereichen der Besatzungspolitik in den Vordergrund schob, je langwieriger und totaler der Krieg zu werden schien.⁴¹

Lohses Einstellung zu den besatzungspolitischen Fragen könnte man als typisch kolonialistisch bezeichnen, was bedeutet, dass er sehr ähnliche Auffassungen vertrat als Hitler, Himmler und Göring. So berief sich Lohse in einem Brief an Rosenberg Anfang Februar 1942 zur Unterstützung seiner Auffassung auf eine vertrauliche Rede, die Hitler »vor einiger Zeit« den Reichskommissaren und Gauleitern gehalten habe, in der er das europäische Russland — soweit es sich nicht um Gebiete handelte, die zu Siedlungszwecken reserviert waren — als Kolonialgebiet betrachtete, das für Deutschland und Europa die erforderlichen Rohstoffe (Öl, Erz, Kohle) und Nahrungsmittel erzeugen würde.⁴² Auf einer Tagung für Vertreter der Wirtschaftsführung des Reichskommissariats Ostland Ende Februar 1942 vertrat Lohse die Ansicht, dass es sich nicht um die äusseren Formen des bolschewistischen, des liberalistischen oder des nationalsozialistischen Wirtschaftssystems handelte, oder darum, welches besser sei, sondern »die Form ist richtig, durch die wir am meisten für die Kriegsführung zur Verfügung stellen

³⁹ Braune Mappe, (April 1942). Richtlinien für die Wirtschaftsführung. Berlin 1942. S. 5.

⁴⁰ Siehe z.B. S. 85.

⁴¹ Vgl. Dallin S. 319—320.

⁴² Lohse an Rosenberg, 5. 2. 1942. BA: R 6/13. Vgl. auch Dallin, S. 318.

können».⁴³ Lohse war gerade aus dem Führerhauptquartier zurückgekehrt, wo er Hitler getroffen hatte, »unerhört aktiv, frisch und ungeheuer optimistisch«. Lohse war sicher, »der bolschewistische Gegner wird« ... »in diesem Jahr endgültig vernichtet«. Diese Siegesgewissheit macht es teilweise verständlich, dass Lohse es nicht für erforderlich hielt, bezüglich der politischen Ziele irgendwelche Vorbehalte anzumelden, als er zum Schluss verkündete, dass »uns niemand daran hindern kann, das Dritte Reich und Europa so zu gestalten wie Adolf Hitler es sich denkt«. [!] ⁴⁴ Mit diesem kolonialistischen Denken Lohses und seiner unbedingten Siegesgewissheit ist logisch ein gewisser Riga-Zentralismus verbunden, weil eine Berücksichtigung der Bestrebungen der einheimischen Bevölkerung und der örtlichen besonderen Verhältnisse in den Generalbezirken aus politischen Gründen keineswegs notwendig erschien.

⁴³ Vgl. Hitlers in dieser Hinsicht völlig identische Auffassung, Dallin S. 319, 325.

⁴⁴ Lohses Ansprache, 23. 2. 1942, Institut für Zeitgeschichte, Fotokopie, Fb 44.

VI. DIE GERMANISIERUNGS- UND EINDEUTSCHUNGSPOLITIK

Grundsätzliche Ausgangspunkte und Hauptprobleme

Den deutlichen Unterschied zwischen den Begriffen der Germanisierungs- und der Eindeutschungspolitik darf man auch dann nicht vergessen, wenn dieser Unterschied in den sprachlichen Ausdrücken nicht in Erscheinung tritt. Hitler verstand unter Germanisierung in erster Linie deutsche Siedlungstätigkeit, worauf er schon in *Mein Kampf* hingewiesen hat: mit Erfolg lasse sich nur ein Land germanisieren. Als Ergebnis der sprachlichen Eindeutschung von rassisch fremden Elementen konnte nach den nationalsozialistischen Rassenlehren nur eine schädliche Rassenmischung entstehen.¹ Die Eindeutschung konnte deshalb nur bei solchen Nationalitäten und Stämmen in Frage kommen, in deren rassischen Eigenschaften die Merkmale der nordischen Rasse vorherrschend waren. Wenn man Gebiete germanisieren wollte, die von rassisch fremden Nationalitäten bewohnt waren, mussten dort zuerst Umsiedlungen vorgenommen werden, um Raum für die germanische Siedlungstätigkeit zu schaffen. Als Rassenmerkmale wollten die Rassenanthropologen ausser bestimmten körperlichen Massverhältnissen auch gewisse geistige Eigenschaften fixieren. So wäre nach ihnen für die Germanen u.a. das Verlangen nach Ordnung charakteristisch, der Wunsch, »alles in Ordnung« zu halten.² Es ist verständlich, dass sich Missdeutungen nicht vermeiden liessen, als der künstlich geschaffene Begriff des rassischen Volkscharakters als kausaler Erklärungsgrund für die Reaktionen der einheimischen Bevölkerung gebraucht wurde.³ Die andere Folge der Neigung der Rassenanthropologen, mit biologischen Rassenmerkmalen geistige Eigenschaften zu verknüpfen, war, dass die Bestimmung des wirklichen »Rassenwertes« schwer messbar wurde. Broszat hat denn auch in seinen Betrachtungen zu Hitlers »Zweites Buch« darauf aufmerksam gemacht, wie Hitler keinen Unterschied machte zwischen dem objektiven Begriff »Rassenwert« und dem subjektiven Begriff »Würdigung des Rassenwertes«, son-

¹ Siehe oben S. 38.

² Gross 1935, S. 34—35; Ernst Timm, *Deutschland — nordisch*. Deutsches Schaffen und Schauen Nr. 3. Halle 1937. S. 8—9.

³ Grundsätzlich zu diesem Problem siehe Hans-Günther Zmarzlik, *Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem*. Vjh.ZgSch. 1963. S. 254. Als Beispiel dafür vgl. oben S. 139.

dern diese unterschiedslos nebeneinander gebrauchte. So nahm für Hitler »Rasse — haben« im wesentlichen dieselbe Bedeutung an wie »Rasse — haben — wollen«, d.h. es wurde »zur Angelegenheit propagandistischer Einwirkung und Schulung«. ⁴ Bei der Eindeutschung handelte es sich also vor allem um einen politischen Prozess, während dessen die rassisch »wertvollen Elemente« zum Bewusstsein ihres eigenen Germanentums (= Deutschtums) zu erziehen waren.

Die Probleme in Verbindung mit der Eindeutschungspolitik lassen sich in folgende Hauptgruppen einteilen:

I. »Probleme der Auslese«. Nach welchen Kategorien sollten die Menschen und Nationalitäten in »Blutsverwandte« und die rassisch »Unerwünschten« eingeteilt werden.

II. Die Behandlung »der rassisch Wertvollen«. In diesem Falle konnte man sogar drei verschiedene Lösungsmöglichkeiten erwägen:

1. Die rassisch »positiv« zu wertenden Elemente würden nach Deutschland evakuiert und dort eingedeutscht.
2. Es würde versucht, die rassisch »Wertvollen« am Ort, in ihrer Heimat für das Deutschtum zu gewinnen.
3. Es konnten beide obige Verfahren nebeneinander gebraucht werden. ⁵

III. Das Schicksal der rassisch Unerwünschten.

Alle diese Problemgruppen kamen in jener Sitzung über Eindeutschungsfragen besonders in den Baltischen Ländern zur Sprache, die am 4. 2. 1942 bei Peter Kleist, dem Leiter der Abteilung Ostland im Ostministerium, veranstaltet wurde. An der Sitzung nahm eine sehr kompetente Gesellschaft von Beamten der betreffenden Behörden teil. Aus Rosenbergs Ministerium ausser Kleist u.a. Dr. Kinkelin (Abt. Volkstums- Siedlungspolitik), Prof. v. Mende, Labs und der Verfasser der Gesprächsaufzeichnungen, Dr. Erhard Wetzel. Von den Himmler unterstellten Behörden hatten das Reichssicherheitshauptamt, das Hauptamt Rasse und Siedlung sowie der Stab des RKFDV ihre Vertreter entsandt. Sachverständiger für Anthropologie bei der Sitzung war Prof. Eugen Fischer (Kaiser-Wilhelm Institut für Anthropologie). In Wetzels Denkschrift fällt zunächst auf, wie beträchtlich die Schätzungen des Ostministeriums und die der Vertreter der SS voneinander abwichen, als es um die zahlenmässigen Verhältnisse von rassisch »Wertvollen« zu rassisch »Unerwünschten« ging. Rosenberg hatte in vorläufigen Entwürfen im Frühjahr 1941 Andeutungen gemacht, nach denen er damit rechnete, dass der assimilierbare, d.h. eindeutschbare Bevölkerungsanteil in Estland

⁴ Broszat 1961, S. 426—427.

⁵ Die Einteilung nach Wetzels Denkschrift »Gedanken zur Frage der Eindeutschbarkeit der Völker des Ostlandes« (November 1943). BA: R 6/160.

⁶ Wetzel (geb. 1903), Parteimitglied seit 1. 5. 1933, arbeitete vor seiner Versetzung ins Ostministerium im rassenpolitischen Amt der NSDAP. Er war in Rosenbergs Ministerium Referent für rassenpolitische Fragen. Heiber S. 286.

auf etwa 50 % steige, in Lettland beträchtlich kleiner sei und in Litauen noch unbedeutender.⁷ Die Vertreter der SS, die in dem Gespräch bei Kleist ihre Meinung sagten, hielten es für angebracht zu betonen, dass der »ein deutschungsfähige« Anteil der Gesamtbevölkerung im Baltikum nicht sehr bedeutend sei. Auch dieses Mal liessen die Vertreter der SS die Gelegenheit nicht ungenutzt, um die alleinige Kompetenz des RKFDV in diesen Fragen zu betonen. Einig war man sich jedoch darüber, dass man es für notwendig hielt, im Ostland genauere Rassenuntersuchungen durchzuführen,⁸ nach denen es erst möglich wäre, an die Ausarbeitung von Neubesiedlungsplänen zu gehen, die eine realistischere Grundlage hätten.⁹ Wetzels betonte etwas später (27. 4.) in seiner Erwiderung zum sog. Generalplan Ost, dass sich vor der Durchführung gründlicherer Untersuchungen keine Prozentzahlen von der Eindeutschungsfähigkeit der Völker des Ostlandes nennen liessen. Wetzels stellte auch in Frage, ob die von der SS ursprünglich für deutsche Verhältnisse entwickelten rassischen Auswahlkriterien im Ostland zweckmässig seien, und er befürwortete »die Anwendung grosszügiger Prüfungsmaßstäbe« bei solchen Völkern, die »auf Grund ihrer rassischen Substanz und ihrer kulturellen Leistung eher für eine Eindeutschung in Betracht kommen«. Eine solche Untersuchung könne nach Wetzels wohl beweisen, dass z.B. von den Esten der überwiegende Teil eindeutschungsfähig sei.¹⁰

Bei der Behandlung der rassisch »Wertvollen« eignete sich die oben genannte erste Alternative — Evakuierung nach Deutschland und dort geschehende Eindeutschung — offensichtlich dann am besten, wenn es sich um eine zahlenmässig ziemlich kleine Gruppe handelte, bei deren Auswahl allerdings sehr strenge Kriterien Anwendung finden könnten. Es war anzunehmen, dass der Eindeutschungsprozess im »Altreich« ziemlich schnelle Fortschritte mache, wenn auch die Zwangsevakuierung zu völlig entgegengesetzten Ergebnissen führen konnte, als den angestrebten. Günstige Ergebnisse aus der Eindeutschung waren nach Auffassung des Ostministeriums nur zu erwarten, wenn den nach Deutschland evakuierten rassisch Wertvollen dort bessere Lebensbedingungen und Fortkommensmöglichkeiten als

⁷ Siehe oben S. 57. In eine ähnlich rassische Rangordnung setzte auch Heydrich die Völker des Baltikums in einer Rede vom 2. 10. 1941. Die Vergangenheit warnt, S. 126.

⁸ Um den Zweck der Untersuchung zu verheimlichen, wurde vorgeschlagen, sie als eine »Hygieneuntersuchung« zu tarnen. Demselben Zweck dienten Heydrichs im Protektorat Böhmen und Mähren durchgeführten Röntgenuntersuchungen, die im Zeichen des Kampfes gegen die Tuberkulose veranstaltet wurden. Auszug aus Heydrichs Monatsbericht an die Reichskanzlei, 18. 5. 1942. Abgedruckt in der Dokumentensammlung Die Vergangenheit warnt. S. 152.

⁹ Wetzels Denkschrift, 7. 2. 1942. NO-2585, abgedruckt bei Heiber S. 293—296.

¹⁰ Wetzels Denkschrift über den Generalplan Ost, 27. 4. 1942. NG-2325, abgedruckt bei Heiber S. 301—302.

in der Heimat geboten werden konnten, was in der Praxis die Möglichkeit ausschloss, z.B. die Landbevölkerung anderswo als »an Ort und Stelle« einzudeutschen.¹¹ Andererseits war es offensichtlich, dass die Eindeutschung »an Ort und Stelle« mehrere Generationen fordern würde, »wenn sie überhaupt Erfolg haben soll«.¹² Diese Ausdrucksweise Wetzels mit Vorbehalt zeigt, dass man im Ostministerium durchaus begriffen hatte, wie viele Risiken auch mit der an Ort und Stelle geschehenden Eindeutschung verbunden waren.

Himmler schien bei der Behandlung der rassistisch wertvollen Bevölkerungselemente anfangs »blutmässige Fischzüge« befürwortet zu haben, d.h. er wollte Kinder mit »gutem Bluterbe« aus den besetzten Gebieten ins Reich zur Eindeutschung evakuieren lassen.¹³ Nach Wetzels hatte besonders das Stabshauptamt des RKFDV (Dienststelle Greifelt) anfangs die Auffassung vertreten, dass die eindeutschungsfähigen Elemente fremder Nationalitäten in Deutschland zu assimilieren seien.¹⁴ In seiner Erwiderung auf den Generalplan Ost verzeichnet Wetzels jedoch die entgegengesetzte Auffassung des RSHA in dieser Hinsicht.¹⁵ Im Ostministerium betrachtete man die Eindeutschung »an Ort und Stelle« und die Eindeutschung »im Reich« nicht als einander ausschliessende Alternativen, sondern eher als einander ergänzende Möglichkeiten. Von den für die Eindeutschungspolitik in einer Schlüsselstellung befindlichen Gruppen wird der Intelligenz von Wetzels besondere Beachtung zuteil. Denn wenn die Intelligenz im Baltikum nicht bereit wäre, die Idee ihrer eigenen Nationalität aufzugeben, würde sie zu einem scharfen Gegner aller Eindeutschungsmassnahmen werden. Da nach dem Kriege in Deutschland offensichtlich ein Mangel an Akademikern auftreten würde, hielt Wetzels u.a. in seiner Denkschrift den Gedanken für erwägenswert, den zusätzlichen Bedarf an akademischen Arbeitskräften teilweise

¹¹ Wetzels Denkschrift, 7. 2. 1942 (NO-2585) und 27. 4. 1942 (NG-2325), Heiber S. 295, 304.

¹² Wetzels Denkschrift über die Eindeutschungsfähigkeit der Völker des Ostlands (November 1942), S. 12. BA: R 6/160: Implizite dieselbe Einstellung findet sich allerdings schon in Wetzels Denkschrift, 27. 4. 1942, siehe Heiber S. 305.

¹³ Praktische Massnahmen hatte Himmler in dieser Hinsicht schon im Herbst 1941 ergriffen, als er bei seinem Besuch im Ostland Weisungen zur Prüfung der Eindeutschungsfähigkeit von Waisenkindern erteilte. Himmlers Massnahmen gaben Rosenberg Anlass zu einem heftigen Protest bei Lammers im Mai 1942. NG-951 und NO-1400. Vgl. Himmlers Denkschrift über die Behandlung der Fremdvölkischen (Mai 1940), siehe oben S. 51; Tischgespräche, 5. 4. 1942, S. 254; sowie Die Vergangenheit warnt S. 159, woraus hervorgeht, dass Himmler im Protektorat Böhmen und Mähren noch im Juni 1943 angeordnet hat, dass die »gutrassischen Kinder« von hingerichteten Mitgliedern der Widerstandsbewegung in deutsche Familien zu adoptieren seien.

¹⁴ Das geht aus Wetzels Erwiderung auf den Generalplan Ost hervor. Heiber, S. 304. Der gleichen Ansicht schien auch der Vertreter des RKFDV in der Besprechung bei Kleist am 4. 2. 1942 zuzuneigen. Heiber S. 295.

¹⁵ Heiber S. 304.

aus dem Baltikum zu decken. Wenn man den Esten, Letten und Litauern geeignete Beamtenstellungen im Altreich verschaffen könnte, wäre es nach Wetzel sehr gut möglich, dass solche Menschen »zu Vorkämpfern des deutschen Gedankens werden und evt. später wieder in den Baltenländern als deutsche Propagandisten tätig sein können«. Wenn auch dieses Ziel in verhältnismässig wenigen Fällen erreicht würde, rechnete sich Wetzel aus, dass eine solche Behandlung auf lange Sicht die Intelligenz des Baltikums »unschädlich« mache.¹⁶

Meinungsverschiedenheiten gab es zwischen Rosenbergs Ministerium und den zu Himmlers Machtbereich gehörenden Behörden anfangs auch in der Frage der Behandlung der rassisch Unerwünschten. In der Besprechung bei Kleist im Februar 1942 hatte besonders der Vertreter des Stabshauptamtes des RKFDV, Schubert, die Ansicht vertreten, dass die rassisch Unerwünschten aus dem Baltikum weit nach Osten zu evakuieren seien, möglicherweise nach Westsibirien. Aufgrund der Einwände, die diese Gedanken besonders bei den Vertretern des Ostministeriums, aber auch bei denen des RSHA hervorriefen, ging Schubert etwas von seinem Standpunkt ab, und die Verständigung wurde auf der Grundlage erzielt, dass versucht werden müsse, die betreffenden »Unerwünschten« auf eine möglichst freiwillige Weise zur Umsiedlung in das russische Gebiet zu bewegen.¹⁷

Die für erforderlich erachteten genaueren Untersuchungen über die Eindeutschungsfähigkeit der Völker des Ostlandes wurden im Herbst 1942 begonnen, zu welchem Zeitpunkt eine besondere anthropologische Kommission dorthin entsandt wurde. Die Untersuchungen waren getarnt als Musterungen der Personen, die sich zum freiwilligen Arbeitsdienst nach Deutschland gemeldet hatten. Insgesamt umfasste diese Stichprobe aus den drei Generalbezirken des Baltikums etwa 2 000 Personen. Die »Untersuchungsergebnisse« der Kommission stützten die Auffassungen, die schon früher im Ostministerium geherrscht hatten. Die Mehrheit der Bevölkerung in den Kerngebieten Estlands und Lettlands (Kurland, Livland und Semailen) war nach Auffassung der Kommission eindeutschungsfähig, während man von der Bevölkerung Litauens und Lettgallens nicht dasselbe behaupten konnte. Auch für die Esten und Letten bestanden keine Möglichkeiten zur Gesamteindeutschung, weil das zur Eindeutschung ungeeignete ostbaltische Rasselement auch in Estland und Lettland stark vertreten war. Rassisch deutlich negativ beurteilte Bevölkerungsgruppen waren ausser den in den östlichen Teilen Lettlands wohnenden Lettgallen die Setukesen in Südostestland. Litauen gehörte nach Ansicht der Kommission direkt zum Kerngebiet der ostbaltischen Rasse. Der Lettland betreffende Bericht des Leiters der Kommission, Dr. Günther Holtz', zeigt, dass er sich

¹⁶ Ibid. S. 304—305.

¹⁷ Ibid. S. 295—296.

auch Gedanken über die Art und Weise der praktischen Verwirklichung des Eindeutschungsprozesses gemacht hat, wobei er es für die beste Alternative hielt, einerseits die Eindeutschung mit sozialem Aufstieg zu verknüpfen und andererseits den sozialen Aufstieg nur den rassisch Geeigneten zu ermöglichen.¹⁸ •

Nachdem die vom Ostministerium eingesetzte anthropologische Kommission das »nordische Erbe« in den baltischen Generalbezirken genauer erfasst hatte, ging man im Ministerium daran, ausführlichere Richtlinien für die Behandlung der Eindeutschungsfrage auszuarbeiten. Wenn auch im Ministerium keine endgültige Stellungnahme zustande gebracht wurde, ist es für das Verständnis der Ziele und Zusammenhänge der in der Praxis verwirklichten Eindeutschungspolitik wichtig, die im Ministerium fertiggestellten Pläne genauer zu analysieren.

Dabei sind zwei in der Hauptabteilung Politik entstandene Dokumente von besonderem Interesse, beide von dem obengenannten Wetzel verfasst.¹⁹ Formal handelte es sich in keinem der beiden Fälle um eine offizielle Stellungnahme, sondern nur um eine Denkschrift des Referenten, wenn auch kein Zweifel daran bestehen dürfte, dass die darin ausgedrückten Gedanken in den Hauptzügen dem Standpunkt des Ministeriums entsprachen. Die wesentlichen Probleme und empfohlenen Massnahmen der Eindeutschungspolitik treten in Wetzels Denkschrift mehr in die Einzelheiten gehend hervor als früher. Da eine Gesamteindeutschung nicht einmal in Estland und Lettland in Frage kam, wurde es zu einem ersten Problem, wie man bei der Mehrheit der Bevölkerung eine Assimilierungspolitik verwirklichen und gleichzeitig die rassisch »Fremden und Unerwünschten« isolieren sollte. Wetzel hielt es aus taktischen Gründen für notwendig, offiziell einen solchen Eindruck zu erwecken, dass in der Politik die nationale Einheit Estlands und Lettland durch Deutschland nicht in Frage gestellt werde. Der für die Eindeutschungspolitik notwendige Differenzierungsprozess musste möglichst von innen her in Gang gebracht werden, wobei es das Ziel war, dass man die

¹⁸ Holtz' Berichte, 1. und 10. 10. 1942. BA: R 6/184; Wetzel referiert die Ergebnisse in seiner Denkschrift »Gedanken zur Frage der Eindeutschbarkeit der Völker des Ostlandes« (November 1942). S. 1—6. BA: R 6/160.

¹⁹ Die zeitlich vorhergehenden »Gedanken zur Frage der Eindeutschbarkeit der Völker des Ostlandes« (S. 19) entstand im November 1942 und ist auf Rosenbergs persönlichen Wunsch angefertigt worden. Von der Denkschrift wurden fünf Exemplare hergestellt, von denen eins zu Beginn an Hasselblatt gesandt wurde, der als Berater des Ministeriums in Nationalitätenfragen tätig gewesen war. Auf Leibbrandts Wunsch wurde später ein Exemplar zur Übergabe an den Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Gross bestimmt und ein Exemplar an Kleist. Nach Hasselblatts Stellungnahme verfasste Wetzel noch im März 1943 eine neue Denkschrift »Richtlinien zur Frage der Eindeutschbarkeit der Esten, Letten und Litauer«, worin er in etwas gedrängterer Form ähnliche Gedanken wie in der November-Denkschrift vorbrachte. BA: R 6/160.

Esten und Letten dazu brachte, die zur Eindeutschung ungeeigneten Rassen-elemente selbst aus ihrer Volksgemeinschaft auszuschliessen, zuerst also die Setukesen und die Lettgallen, was voraussetzte, dass sich der mystische »nordische Gedanke« in immer stärkerem Masse in beiden Völkern durchsetzte, wonach man die Unglücklichen, bei denen die Merkmale der nordischen Rasse nicht vorherrschend waren, nicht mehr als richtige Esten oder Letten anerkennen würde. Wetzels glaubte, dass das Schicksal der unerwünschten Bevölkerungselemente erst dann zu einer aktuellen Frage würde, wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung zum Deutschtum bekennen würde. »Dann dürfte die Zeit gekommen sein, die rassisch Unerwünschten aus Estland und Lettland zu entfernen«, stellte Wetzels in seiner Denkschrift fest und bemerkte weiter, dass man eine frühere Evakuierung nicht für politisch zweckmässig halten könne, weil sie die Absichten der Deutschen zu offen blosslegen würden.²⁰ Falls ein solches auf den nationalsozialistischen Rassen-theorien beruhendes Rassendenken und der daraus abgeleitete »Umwolkungsprozess« mit nationalsozialistischer Erziehungs- und Propagandatätigkeit wirklich erfolgreich durchgeführt worden wäre, und man die Esten und Letten dazu gebracht hätte, wirklich auch selbst zu glauben, dass etwa ein Drittel der zu ihrer eigenen Nationalität Gehörenden ein irgendein rassisch »fremdes Element« vertreten, wäre schon eine wichtige Voraussetzung für die Evakuierung dieses fremden Elementes aus seinem derzeitigen Wohngebiet nach Westsibirien,²¹ in das Gebiet von Leningrad,²² oder sonst irgendwohin geschaffen. Im Prinzip wurde also geplant, die aus der Judenpolitik bekannte Methode anzuwenden: die Unerwünschten waren zuerst von der sonstigen Nation und vom normalen sozialen Leben zu isolieren, wonach die Nation es nicht mehr bemerken und nicht darauf reagieren würde, wie mit den Unerwünschten verfahren würde.

Nach was für Richtlinien sollte denn die »rassisch brauchbare« Mehrheit der Esten und Letten, die, wie man glaubte, etwa zwei Drittel dieser Nationen umfasste, eingedeutscht werden? Allein schon praktische Gründe zwangen dazu, in diesem Falle als Methode die Eindeutschung an Ort und Stelle zu empfehlen. Die Eindeutschung an Ort und Stelle war für die Eindeutschungspolitik mit sehr viel grösseren Risiken verbunden als die Eindeut-

²⁰ Die obengenannte Denkschrift Wetzels vom November (1942), S. 7—9, 14—15, vgl. auch die Denkschrift vom März (1943), S. 7. Wetzels schätzte (im November 1942) die Zahl der auszusiedelnden Esten und Letten auf etwa 800 000—1 000 000, was von der Gesamtbevölkerung somit etwa 30—40 % bedeutet hätte. Bei seiner Berechnung ist Wetzels offensichtlich von den Ergebnissen der anthropologischen Kommission des Ostministeriums ausgegangen.

²¹ Darauf wies in der Besprechung bei Kleist am 4. 2. 1942 SS-Hauptsturmführer Schubert vom Stabshauptamt des RKFVDV hin.

²² Von Wetzels in seiner November-Denkschrift empfohlenes Gebiet. Obige Denkschrift, S. 15.

schung im Reich, weil sie nur erfolgreich sein konnte, falls der nordische Gedanke bei der einheimischen Bevölkerung wirklich Widerhall fand. Bei der Eindeutschung musste man nach Wetzel versuchen, auf sehr breiter Front, aber gleichzeitig mit Vorsicht vorzugehen. Wetzel machte es der für die Esten und Letten einzuleitenden Einstellungserziehung zur Aufgabe, eine »reichszugewandte Denkweise« hervorzubringen. Es musste versucht werden, dieses Denken durch Propagierung vor allem der rassischen Verwandtschaft zwischen diesen Völkern und dem Deutschtum zu verstärken.²³ Als sinnvolles Zwischenziel für diese Politik betrachtete man die Erzeugung eines entsprechenden Stammbewusstseins und einer Eigenart bei den Esten und Letten wie z.B. bei den Sachsen, Thüringen oder Bayern. Man glaubte so, wenigstens in gewissem Grade den Bedarf an Ausdruck der nationalen Eigenart auf eine Weise befriedigen zu können, die den Eindeutschungsbestrebungen nicht nennenswert schaden würden.²⁴ Wie früher,²⁵ hielt Wetzel es auch jetzt für sehr empfehlenswert, in jeder Weise zu versuchen, die freiwillige Übersiedlung solcher Elemente, die zu für die Eindeutschungspolitik entscheidenden Gruppen gehören und rassisch »untadelig« sind, — für kürzere oder längere Zeit — ins Altreich zu fördern. Gewisse Möglichkeiten in dieser Hinsicht schien u.a. die Überproduktion von Akademikern in Estland und Lettland zu bieten. In solchen Behörden wie der Reichsbahn und der Reichspost wäre es wiederum sehr einfach, Beamten aus dem Baltikum nach Deutschland zu versetzen und entsprechend deutsche Beamte an ihre Stelle zu setzen.²⁶ Wetzel wies ferner

²³ Wetzels obengenannte März-Denkschrift, S. 3; in Estland war der Gedanke zu propagieren, dass die Esten Nachkommen von Germanen seien, die über die Ostsee gekommen waren. Die Sache hielt man für so wichtig, dass an die Leiter der Hauptabteilungen, Abteilungen und Gruppen des Ostministeriums sowie den Reichskommissar für das Ostland von Leibbrandt unterzeichnete Anweisungen darüber verteilt wurden, wie das rassische Erbe der Esten in der Öffentlichkeit auszulegen war. Die Zugehörigkeit der estnischen Sprache zu den finnisch-ugrischen Sprachen wurde damit erklärt, dass »ugro-finnische, wahrscheinlich an Zahl geringe Einwanderer« die frühere Bevölkerung Estlands gezwungen hätten, sich ihre Sprache anzueignen. Es schien jedoch politisch zweckmässig, »die Zugehörigkeit des Estnischen zur finnisch-ugrischen Sprachgruppe nicht zu betonen«, und man durfte die Esten auf keinen Fall als ural-altaisch, finnisch-ugrisch oder mongolisch bezeichnen. Leibbrandts Anweisungen, 23. 6. 1943. BA: R 6/159.

²⁴ Frigaus Notiz, 14. 4. 1943 »Esten und Lettenfrage« BA: R 6/160. Vgl. auch die Rede des SS- und Polizeiführers von Lettland Schröder am 9. 3. 1942. Nach der DZO sagte Schröder u.a.: »Wir Deutschen . . . haben kein Interesse daran, ein arbeitsames fleissiges Volk zu zerstören, sondern wollen es einer ruhigen friedlichen Entwicklung zuführen. Das deutsche Volk ist selbst so vielgestaltig und reich in seinen Stämmen, dass es auch die Eigenart eines jeden anderen Stammes achtet« . . . (Sperrung vom Verf.) DZO 10. 3. 1942.

²⁵ Siehe oben S. 148.

²⁶ In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, dass aus der Tschechoslowakei 1942 9 000 Eisenbahn- und 7 000 Postbeamten ins Altreich ange-

auf die Möglichkeiten hin, die der in Deutschland zu leistende freiwillige Arbeitsdienst für die Eindeutschungspolitik barg. Das Studium von Esten und Letten an ihren landeseigenen Universitäten sollte nach Wetzels ausser dem in Deutschland geleisteten Arbeitsdienst auch ein Studium von mehreren Semestern an Universitäten Deutschlands voraussetzen.²⁷ Für die Ziele der Eindeutschungspolitik war es natürlich wichtig, dass in Estland und Lettland eine aktive deutsche Kulturpolitik betrieben würde. »Dabei ist besonders Wert darauf zu legen, dass sowohl in der Presse und im Schrifttum, als auch in Kino und Theater der deutsche Einfluss schlechthin beherrschend wird«. Es war selbstverständlich, dass man in der künftigen Kulturpolitik besonderen Wert auf die Förderung von jeder Art Gebrauch der deutschen Sprache in Estland und Lettland legen musste: u.a. sollte das Deutsche neben der Landessprache zur offiziellen Sprache und ersten Fremdsprache der Schulen werden, die von der Volksschule an zum Lehrplan zu gehören hatte. Als Ziel auf weitere Sicht wurde eine zweisprachige Schule vorgeschlagen, in der der Unterricht zum Teil auf deutsch, zum Teil in der Landessprache erteilt würde. Auf dem Gebiet des Hochschulwesens wurde u.a. empfohlen, estnische und lettische Hochschullehrer als eine Art von Austauschstipendiaten nach Deutschland einzuladen, an deren Stelle man dann deutsche Lehrer senden könnte. Dabei liess sich wenigstens anfangs nicht verhindern, dass auch zu den unerwünschten Elementen gehörende Bevölkerungskreise Deutsch lernen würden. Zu vermeiden war das nur in einem einheitlich von unerwünschten Bevölkerungselementen bewohnten Gebiet wie Lettgallen, während man sich anderswo damit zufrieden geben musste, die Fortschritte²⁸ des Umvolkungsprozesses zu erwarten.

Für die Glaubwürdigkeit der Eindeutschungspropaganda war es erforderlich, dass sie wenigstens scheinbar auf Anregung einheimischer Kreise geschah. Als eine erste in Frage kommende Massnahme empfahl Wetzels im Mai 1943, an dem Studium der Rassenwissenschaft und Vorgeschichte interessierte und sonst für geeignet befundene estnische und lettische Studenten an deutsche Universitäten einzuladen, wo man sie möglichst früh zur schriftstellerischen Tätigkeit zu lenken hätte, u.a., um Artikel auf der richtigen Linie zu verfassen, in denen Beweise »für die blutmässige Verwandtschaft einmal der Esten und Letten und andererseits der Deutschen«

worben, die bereit waren, freiwillig überzusiedeln. Vor der Abreise wurden sie einer ärztlichen Untersuchung unterzogen, wobei gleichzeitig ihre »Rasseneigenschaften« unbemerkt geprüft werden konnten. Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat* I. München und Wien 1969. S. 239.

²⁷ Z.B. Wetzels November-Denkschrift S. 10—11 und März-Denkschrift S. 6. Wetzels fürchtete, der Arbeitsdienst könne, wenn er als Massnahme allein bliebe, leicht zu einer Erstarkung des Nationalismus führen.

²⁸ Wetzels obengenannte November-Denkschrift (1942), S. 14, 15.

vorgebracht würden.²⁹ Die vom deutschen Standpunkt aus ungünstige Entwicklung der militärischen Lage musste natürlich auch die Behandlung dieser Frage beeinflussen. Wetzel bemerkte denn auch (im Mai 1943), »an die anderen in den Richtlinien erwähnten Probleme sollte man jedoch zunächst, solange nicht die militärische Lage im Osten klarer ist, nicht herangehen«.³⁰

Die Litauer wichen in ihrem rassischen Gesamtbild so stark von den Esten und Letten ab, dass man den eindeutschbaren Bevölkerungsteil höchstens auf 25—30 % der Gesamtbevölkerung veranschlagen konnte; in Zahlen ausgedrückt handelte es sich um etwa eine halbe Million Menschen. Da die Mehrheit der Bevölkerung nicht eindeutschungsfähig war, wurde vorausgesetzt, dass die rassische Wertvollen »im Altreich« eingedeutscht würden. Die rassisch geeigneten litauischen Bauern sollten nach Wetzel auf die deutschen Siedlungsgebieten im Protektorat Böhmen und Mähren, in Danzig und Westpreussen, Oberschlesien und im Generalgouvernement Polen verstreut werden. Aus diesem Grunde kam in Litauen, anders als in Estland und Lettland, eine Aktivierung der deutschen Sprach- und Kulturpolitik nicht in Frage.³¹

Aber während die Eindeutschungspläne selbst allmählich eine etwas konkretere Gestalt annahmen, begann andererseits der Glaube an die Möglichkeit ihrer Verwirklichung nachzulassen. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1942 hatte Deutschland an den verschiedenen Fronten ständige Niederlagen erlitten, die natürlich auch die Behandlung der Eindeutschungsfrage beeinflussen mussten. Wie aus Wetzels im Mai 1943 für Leibbrandt angefertigten Aktenvermerk hervorgeht, sah er sehr wenig Aktuelles und Realisierbares in den Gedanken, die er früher vorgebracht hatte. Die mit der Verschlechterung der militärischen Lage entstandene und stärker gewordene kritische Haltung zeigt sich besonders deutlich in den Stellungnahmen Werner Hasselblatts, des vom Ostministerium in Anspruch genommenen Sachverständigen in Nationalitätenfragen. Seine im Juli 1941 dem Auswärtigen Amt zugestellte Denkschrift war optimistisch gewesen und ohne viel Vorbehalte.³² Vor der am 3. 12. 1941 Rosenberg zugestellten Denkschrift Hasselblatts über die Nationalitätenpolitik der Ostgebiete ist zwar nur eine vom ihm selbst stammende gekürzte Fassung erhalten, aber schon daraus kann man schliessen, dass Hasselblatt sehr schwankend geworden war. Er wies auf die vielen Gefahren hin, die in der politischen Lage nach dem Sieg aktuell werden könnten. Dabei müsste man u.a. damit rechnen, dass in den beherrschten Völkern Aufruhr und Sabotage auftreten würden,

²⁹ »Richtlinien zur Frage der Eindeutschbarkeit der Esten, Letten und Litauer«, 17. 3. 1943.

³⁰ Wetzels Notiz an Leibbrandt, 3. 5. 1943. BA: R 6/160.

³¹ Wetzels obige November-Denkschrift, S. 15—16 sowie seine März-Denkschrift, S. 7.

³² Siehe oben S. 58—59.

»wenn es uns nicht gelingt, eine neue Völkerordnung zu schaffen«. Gerade das Schaffen einer »klugen Völkerordnung« und eine genau überlegte Ökonomie im Gebrauch [deutscher] Menschen waren denn auch nach Hasselblatts Meinung bei der Besitznahme der nichtdeutschen Gebiete des Ostens unerlässlich.³³ In seinem Brief an Leibbrandt vom 20. 9. 1942 verwies Hasselblatt auf die Flüsterpropaganda des Gegners, in der als Waffe die Eindeutschungspolitik gebraucht wurde, und stellte sich auf den Standpunkt, »dass vollwertige Eindeutschungserfolge nur erzielt werden können, wenn wir uns grundsätzlich gegen die Eindeutschung stellen«.³⁴ Eine umfangreiche Erwiderung auf Wetzels oben mehrfach genannte Denkschrift vom November 1942 über die Eindeutschungsfähigkeit der Völker des Ostlandes lieferte Hasselblatt dem Ostministerium kurz vor Weihnachten 1942 und er nahm darin eine sehr kritische Haltung gegenüber der ganzen Eindeutschungspolitik in der damaligen Situation ein.³⁵ Seine negative Einstellung begründete Hasselblatt mit folgenden Gesichtspunkten: Die Eindeutschungsmassnahmen unter den Esten und Letten würden die militärisch wichtigen Anstrengungen dieser Völker beeinträchtigen. Die »Anziehungs- und Werbekraft« des deutschen Volkes und der deutschen Nationalität, die zu dem Zeitpunkt sehr gering war, musste neu belebt werden, bevor es möglich war, eine erfolgreiche Eindeutschungspolitik zu betreiben. Mit der Dankbarkeit der baltischen Völker könne man nicht mehr wie im Herbst 1941 rechnen, weil »Völker bekanntlich nie lange dankbar sind«. Hasselblatt hatte den Verdacht, dass die zu jenem Zeitpunkt zu beginnende Eindeutschung auch einen zu grossen Prozentsatz »Pseudodeutscher« erzeugen würde. Ferner fehlten in beiden Ländern solche kleinen Gemeinwesen, in denen die Einzudeutschenden aufgenommen werden könnten. Hasselblatt lehnte auch die »Einzeleindeutschung« von Esten und Letten in Deutschland ab, weil sich zur Kontrolle des Fortschrittes und Abschlusses »des Eindeutschungsprozesses« dort nur wenig Möglichkeiten boten. Hasselblatt forderte abschliessend aufgrund all dieser Einwände, die Eindeutschungsbestrebungen vorläufig zurückzustellen.³⁶

Es ist interessant zu bemerken, dass ein anderer Beobachter, der Holländer M. M. Rost van Tonningen,³⁷ schon im Frühjahr 1942 die Möglich-

³³ »Gefahren der völkerpolitischen Lage nach dem Siege«. (Auszug aus Hasselblatts am 3. 12. 1941 an Rosenberg gelieferter Denkschrift über Nationalitätenpolitik und Völkerordnung). BA: R 6/160.

³⁴ Auszug aus Hasselblatts Brief an Leibbrandt, 20. 9. 1942. BA: R 6/248.

³⁵ Hasselblatts an Leibbrandt gerichtete Denkschrift »Völkerpolitische Beurteilung der Eindeutschung von Völkern bzw. Volksteilen des Ostlandes«. 14. 12. 1942. Im dem Begleitschreiben an Wetzel warnt Hasselblatt vor den Ungeduldigen, die »wenn sie ein Ei sehen, schon den Hühnerbraten essen wollen«. BA: R 6/160.

³⁶ Ibidem.

³⁷ Rost van Tonningen, holländischer Faschistenführer und Musserts Rivale, besonderer Schützling der SS.

keiten der Eindeutschungspolitik genau so pessimistisch sah, aber zu völlig anderen Schlussfolgerungen gelangte als Hasselblatt. Rost van Tonningen war der Leiter der holländischen Wirtschaftsdelegation, die vom 8.—18. 6. 1942 das Ostland besuchte, und er stellte während des Besuches interessante Beobachtungen über die politische Einstellung der Esten und Letten an. Als Vertreter eines kleinen Volkes hatte er bessere Voraussetzungen als die Deutschen, vertrauensvolle Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung und besonders mit den Vertretern der sog. landeseigenen Verwaltung herzustellen.³⁸ In allen Bevölkerungsschichten Estlands und Lettlands herrschte nach Rost van Tonningen ein »chauvinistisches Nationalgefühl«, und eine deutliche Fronteinstellung gegen die Deutschen. Zwar hatte z.B. der Gebietskommissar von Mitau von Medem, es verstanden, die Dankbarkeitsgefühle der Bevölkerung »gegen den Befreier« verdienstvoll aufrechtzuerhalten, aber »sein tragischer Irrtum« läge darin »zu glauben, dass er mit seiner Leistung die Bevölkerung immer mehr zur Eindeutschung hinführe«. Rost van Tonningen glaubte nicht, dass sich in den Beziehungen zwischen den Völkern Raum für irgendwelche Dankbarkeit fände. Er hatte während der Reise keine wirklich deutschfreundlichen Kreise oder Personen in Estland und Lettland getroffen, sondern er war der Ansicht, dass sich die Unterschiede in der politischen Einstellung der einheimischen Bevölkerung darauf beschränken, wie — besser oder schlechter — es ihnen gelungen war, ihre wirklichen Gedanken vor den Deutschen zu verbergen. Im Gegensatz zu der im Reichskommissariat des Ostlandes und auch im Ministerium allgemein herrschenden Auffassung glaubte Rost van Tonningen nicht, dass die Germanisierung in Estland und Lettland anders als »mit brutalen Mitteln« möglich sei.³⁹ Die Frage der »Eindeutschungsfähigkeit« der baltischen Völker blieb schliesslich doch offen, weil sich die betreffenden Behörden nicht über die bei der Definition dieses Begriffes zu gebrauchenden Kriterien einigen konnten. Im Ostministerium schien man fortwährend geneigt, den Gebrauch ziemlich »liberaler Massstäbe« zu empfehlen, was u.a. aus der Forderung hervorgeht, man sollte in der Frage der Eindeutschbarkeit der Esten, Letten, Livländer, Litauer und Weissrussen nicht ausschliesslich auf das rassenbiologische Bild dieser Völker starren, sondern auch die kulturhistorische Umgebung berücksichtigen, in der sie gelebt

³⁸ Nach Meinung des Ostministeriums hatte sich Rost van Tonningen während der Reise als »ein ausgezeichneter psychologischer Beobachter« erwiesen und »ungeheim wertvolle Beobachtungen« über die politisch komplizierten Verhältnisse des Ostlandes gemacht. Harders Aktennotiz, 30. 6. 1942. BA: R 6/441.

³⁹ »Vertraulicher Bericht über die Reise der holländischen Wirtschaftsdelegation unter Führung von Präsident Rost van Tonningen vom 8—18 Juni 1942 im RKO«. BA: R 6/441. Während der Reise traf Tonningen von den führenden Männern der landeseigenen Verwaltung u.a. Mäe, Wendt und Dankers.

hatten.⁴⁰ Der Chef des Rassenpolitischen Amtes der Partei, Dr. Gross, wies seinerseits diese »unorthodoxen« Auffassungen zurück, weil das gemeinsame indogermanische Kulturerbe »nicht selbstverständlich« etwas über die heutige rassische Zusammensetzung dieser Völker sagte. Gross teilte mit, er sei dagegen, dass kulturhistorische Verbindungen aus oft sehr ferner Vergangenheit als Beweise für »die rassische Eignung zur Eindeutschung« betrachtet würden.⁴¹

Das Baltikum als germanisches Siedlungsgebiet

Generalplan Ost

Als es sich um die Bestimmung der Eindeutschungsfähigkeit der baltischen Nationalitäten und um die Eindeutschung rassisch geeigneter »Stammesverwandten« handelte, hatte auch der für die Verwaltung der besetzten Ostgebiete verantwortliche Ostminister noch ein Wort mitzureden, aber wenn wir dazu übergehen, die »Germanisierung des Bodens« zu behandeln, d.h. seine Besiedlung mit Deutschen, berühren wir schon eine dem Reichsführer-SS delegierte Führeraufgabe, für die er allein Hitler verantwortlich war. Entstehung und Entwicklung des Generalplans Ost haben Helmut Heiber und Czeslaw Madajczyk⁴² schon ausführlich beschrieben, so dass es hiert genügt, einige Hauptpunkte dieses siedlungspolitischen Planes zu nennen, soweit er das Gebiet des Baltikums betrifft. Zeitlich und flächenmässig scheint der Generalplan Ost aus zwei Entwicklungsphasen zu bestehen, deren erste die früher zu Polen gehörenden »eingegliederten Ostgebiete« umfasste. In diesem Sinne stammen Name und Idee des Generalplans Ost aus dem Jahre 1941, möglicherweise schon aus dem vorhergehenden Jahre. Professor Konrad Meyer⁴³ hatte schon im Frühjahr 1941 den

⁴⁰ Kinkelin an Strobel, 23. 10. 1943. Dr. Strobel arbeitete in dem von Rosenberg gegründeten Amt der Partei für die Überwachung der weltanschaulichen Schulung und Erziehung. BA: R 6/160. Vgl. Strobel an Kinkelin, 20. 12. 1943. Strobel vertrat darin die Ansicht, dass der Boden für die Eindeutschung trotz günstiger, sachlicher Voraussetzungen politisch noch nicht genügend vorbereitet sei. Deshalb war eine zähe und zielbewusste Aufklärungs- und noch mehr Erziehungsarbeit in allen Bereichen des Kulturlebens erforderlich, damit sich diese Völker allmählich freiwillig zum deutschen Kulturkreis bekennen würden.

⁴¹ Gross an Kinkelin (undatierter Brief). Kinkelin hatte Strobels Denkschrift an Gross gesandt, 18. 2. 1944. BA: R 6/160.

⁴² Czeslaw Madajczyk, Generalplan Ost. Polish Western Affairs. Bd. III. 1962. S. 391—401.

⁴³ Konrad Meyer leitete seit Herbst 1940 das Planungsamt (Amt IV) im Stabshauptamt des RKFDV und war gleichzeitig Direktor des Landwirtschaftspolitischen Instituts der Universität Berlin.

Auftrag bekommen, Siedlungs- und Bodennutzungspläne für die ehemals polnischen Gebiete auszuarbeiten, und er legte die Ergebnisse seiner Untersuchungen in einer Denkschrift vom 15. 7. 1941 vor, wobei er gleichzeitig weitere Weisungen zur Entwicklung des Planes erhielt.⁴⁴

Neben dem Stabshauptamt beteiligte sich an der Ausarbeitung des Generalplans Ost von den Hauptämtern der SS noch das politisch führende RSHA. Von dem dort unter dem Namen Generalplan Ost entwickelten umfangreichen Entwurf hatte Wetzel schon im November 1941 etwas munkeln hören. Den ursprünglichen Text des Planes hat man nicht gefunden, aber Wetzel referiert ihn weitgehend in seiner Erwiderung, in der er zu den Gedanken des Planes Stellung nahm.⁴⁵ Das RSHA war im Arbeitsbereich des RKFDV für Fragen in Verbindung mit nichtdeutschen Nationalitäten sowohl in Deutschland selbst als auch in den besetzten Gebieten zuständig, weshalb es verständlich ist, dass in dem dort bearbeiteten Generalplan Ost besondere Aufmerksamkeit den bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten zugewandt wurde wie u.a. dem Umfang und den Methoden der erforderlichen Umsiedlungen, der Eindeutschungsfähigkeit fremder Nationalitäten sowie Berechnungen über den Umfang des germanischen Siedlungsbeitrags.⁴⁶

Inzwischen war der ursprünglich auf die »dem Reich angeschlossenen Ostgebiete« beschränkte Plan bei Fortschreiten des Ostfeldzuges auch auf einige Objekte in den besetzten Ostgebieten ausgedehnt worden. Hitler hatte schon in einer Konferenz am 16. 7. 1941 verkündet: »Die Krim muss von allen Fremden geräumt und deutsch besiedelt werden«.⁴⁷ Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Heydrich, der im Herbst 1941 als Reichsprotektor nach Prag gekommen war, verkündete in einer geheimen Ansprache am 2. 10., dass das Baltenland »einmal ganz deutsch besiedelt sein muss, wobei man sich überlegen muss, welche Blutsteile bei Letten, Esten und Litauern eindeutschungsfähig sind«.⁴⁸ Es scheint auf einer direkten Weisung Hitlers zu beruhen, dass Ingermanland im Generalplan Ost als einheitliches deutsches Siedlungsgebiet gekennzeichnet war.⁴⁹

Für die Untersuchung der mit dem Generalplan Ost verbundenen rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte sowie für die genauere Gebietsplanung

⁴⁴ Heiber S. 285, 289. Madajczyk S. 393—394. Siehe auch Meyers Begleitschreiben an Greifelt, 15. 7. 1941. BA: NS 19 neu/1739.

⁴⁵ Wetzels obengenannte Denkschrift, 27. 4. 1942 (NG-2325), abgedruckt bei Heiber S. 297—324.

⁴⁶ Heiber S. 285—286; Madajczyk S. 396.

⁴⁷ 221-L IMT XXXVIII. S. 87.

⁴⁸ Die Vergangenheit warnt, S. 126.

⁴⁹ Rosenberg erwähnt in seiner Denkschrift »Grundsätzliche Stellungnahme zum Verhältnis zwischen Verwaltung der b.O. und dem RKF« vom 12. 1. 1942 (S. 4—5), dass der Führer das Gebiet zwischen Peipus- und Ilmensee zur Besiedlung und Sicherung in Form einer Militärkolonie bestimmt hatte. BA: R 43 II/684 a.

bezüglich der »germanischen« Besiedlung war das Planungsamt im Stabshauptamt des RKFDV zuständig, an dessen Spitze der obengenannte Prof. Konrad Meyer stand, dessen ursprünglich auf die polnischen Gebiete beschränkten Auftrag Himmler am 27.1.1942 auch auf die Siedlungsobjekte in den besetzten Ostgebieten ausgedehnt hatte. Die von Himmler angeforderten Materialien wurden in dem von Meyer geleiteten Universitätsinstitut so schnell ausgearbeitet, dass dieser schon mit einem am 28.5. datierten Schreiben dem Reichsführer—SS seine Denkschrift »Generalplan Ost — Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus« zustellen konnte.⁵⁰ In der Denkschrift wurde vorgeschlagen, als besondere Siedlungsmarken Ingermanland (das Gebiet um Leningrad) zu reservieren, die Krim und das Chersongebiet (»Gothengau«) sowie das Memel-Narew-Gebiet (der Bezirk Bialystok und West-Litauen), das im geopolitischen Schnittpunkt der beiden grossen Siedlungsrichtungen lag. Ausser den eigentlichen Siedlungsmarken war die Gründung von 36 Siedlungsstützpunkten vorgesehen. Der Plan sollte innerhalb eines Zeitraumes von 25 Jahren verwirklicht werden; die Siedlungsgebiete waren dabei zu 50 % einzudeutschen und auch die Stützpunkte zu 25—30 %. Verwaltungsmässig sollten die Marken von der Zivilverwaltung abgetrennt und als Sondergebiete der Aufsicht des RKFDV unterstellt werden, weil die allgemeine Verwaltung in diesem Fall nur einen Teilsektor der Besiedlungsaufgabe darstellte. Wie exklusiv die Besiedlungstätigkeit als Aufgabe des RKFDV betrachtet wurde, zeigte die Forderung, dass auch bezüglich der Siedlungsstützpunkte Führung und Aufsicht dem RKFDV zu übertragen sei. Die Siedlungsstützpunkte sollten die Verbindungen zwischen dem Reich und den Marken sichern, und deshalb lagen sie an wichtigen Eisenbahn- und Strassenverbindungen. Im Ostland war die Stützpunktkette⁵¹ auf die Linie Wilna—Leningrad gelegt, aber »in Anbetracht der besonderen Bedeutung des baltischen Gebietes« waren ausser dieser äusseren Stützpunktkette noch andere innere Stützpunkte geplant. Die Erreichung der im Generalplan Ost gesetzten Siedlungsziele setzte für das baltische Gebiet (Westlitauen und die Siedlungsstützpunkte) innerhalb von 25 Jahren die Ansiedlung von insgesamt 520 000 Deutschen voraus.⁵²

Himmler teilte am 12.6.1942 Greifelt mit, dass er mit der ihm zugestellten Denkschrift Meyers zufrieden sei, und er wollte sie bei passender Gelegenheit auch Hitler vorlegen. Er hielt es jedoch für notwendig, davor eine Art Zusammenfassung (Generalsiedlungsplan) aller zur Behandlung stehenden Siedlungspläne anzufertigen. Himmler wollte jedoch die Ver-

⁵⁰ Meyer an Himmler, 28.5.1942 (Begleitschreiben). BA: NS 19 neu/1739.

⁵¹ Siehe Karte S. 164.

⁵² »Generalplan Ost, Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues« sowie die Anlage »Siedlerbedarf und Aufbaukosten in den Siedlungsgebieten und Stützpunkten im Ostraum«. BA: Sammlung 88/vorl. 50.

wirklichungszeit des Planes statt der von Meyer vorgeschlagenen 25 Jahre auf 20 Jahre zusammenpressen und während dieser Zeit auch die Eindeutschung des Generalgouvernements Polen sowie Estlands und Lettlands verwirklichen. Himmler stellte fest, dass man in Litauen auf die Eindeutschung der vorhandenen Bevölkerung nicht bauen könne,⁵³ sondern dass man dort mit der Gesamtbesiedlung rechnen müsse.⁵⁴ Ende Dezember 1942 konnte Greifelt Himmler die von Meyer angefertigte Zusammenfassung der Siedlungspläne mit Karten und Berechnungen zustellen.⁵⁵ In seiner Stellungnahme zu diesen Plänen forderte Himmler in einem Brief an Meyer vom 12. 1. 1943, dass der total einzudeutschende »Ostsiedlungsraum« weiterhin auszudehnen sei, und zwar auf Litauen, Lettland, Estland, Weissrussland und Ingermanland sowie die ganze Krim und Taurien.⁵⁶ Wegen des Schreibens musste der Generalsiedlungsplan ganz neu bearbeitet werden. Meyer konnte schon am 15. 2. 1943 den ersten Überblick über den erweiterten Siedlungsraum liefern, und er bat gleichzeitig um eine Entscheidung darüber, ob die Entwicklung des Planes auf der dargestellten Grundlage fortzusetzen sei.⁵⁷ Meyer wartete jedoch in der Atmosphäre nach der Katastrophe von Stalingrad vergebens auf weitere Anweisungen. Derartige Pläne mussten nun zwangsweise zu illusorisch erscheinen.⁵⁸

Die »Rücksiedlung« der Litauen-Deutschen

»Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« Heinrich Himmler hatte sich am 10. 8. 1941 grundsätzlich gegen die Rücksiedlung der »Umsiedler« ausgesprochen, die 1940—41 aus dem Baltikum gekommen waren.⁵⁹ Rosenberg versuchte, eine etwas liberalere Einstellung zu vertreten, und er hielt es nicht für möglich, allen Baltendeutschen die Rückkehr in die Heimat einfach zu verbieten, weil das deren Degradierung gegenüber den anderen Deutschen bedeutet hätte. Hitler nahm zu den Rückkehr-

⁵³ In Meyers obengenanntem Generalplan Ost (S. 78) schätzte man von den Esten über 50 % eindeutschend zu können, von den Letten etwa 50 % und von den Litauern nur bis etwa 15 %, insgesamt etwa 650 000—750 000. Die Gesamtzahl erscheint überraschend klein, auch wenn man berücksichtigt, dass die Setukesen und Lettgallen kaum zur Gesamtzahl der Esten und Letten gerechnet worden sind. Vgl. diese Zahlen mit den Berechnungen Wetzels, S. 151 Anm 20.

⁵⁴ NO-2255, abgedruckt bei Heiber, S. 325.

⁵⁵ Greifelt an Himmler, 23. 12. 1942. BA: NS 19 neu/1739.

⁵⁶ Himmler an Meyer, 12. 1. 1943. BA: NS 19 neu/1739.

⁵⁷ Meyer an Himmler, 15. 2. 1943. BA: NS 19 neu/1739.

⁵⁸ Himmler hatte im April 1943 auf eine Nachfrage Meyers zu der Angelegenheit geantwortet: »Ja, ich besinne mich. Das liegt auf meinem Schreibtisch. Ich denke schon an diese Dinge«. Aktennotiz 10. 6. 1943. BA: NS 19 neu/1739.

⁵⁹ Siehe die Aufzeichnungen über das Gespräch zwischen Heydrich und Meyer, 4. 10. 1941. NO-1020.

bestrebungen der schon angesiedelten Baltendeutschen bei einem Vortrag Rosenbergs im Führerhauptquartier am 29. 9. 1941 endgültig Stellung und stellte sich dabei grundsätzlich auf den Standpunkt des Reichsführers-SS, weil zahlreiche Ausnahmen leicht zu einer allgemeinen Rückkehrbewegung geführt hätten.⁶⁰ Bezüglich der aus Estland und Lettland umgesiedelten Balten stand die Frage nicht mehr auf der Tagesordnung,⁶¹ weil diese schon in den ehemals polnischen Gebieten angesiedelt worden waren. Dagegen wartete immer noch die Frage auf ihre Entscheidung, wohin die etwa 30 000 Litauen-Deutschen sollten, die noch in Lagern lebten.⁶² Im Generalplan Ost war der südliche Teil von Litauen (das Memel-Narew-Gebiet) als deutsche Siedlungsmark vorgemerkt. Deshalb lag der Gedanke nicht allzu fern, die in Lagern lebenden Litauen-Deutschen in diesem Gebiet anzusiedeln. Litauens Generalkommissar v. Renteln hörte nach eigener Mitteilung die erste Andeutung von der Existenz einer solchen Planes am 7. 10. 1941, zu welchem Zeitpunkt vom RKFDV schon eine besondere Dienststelle für die Rücksiedlung der Litauen-Deutschen gegründet wurde. Wieder einmal war das Ostministerium übergangen und von den Ereignissen überrascht worden. Von Renteln reiste sofort am folgenden Tage ins Führerhauptquartier, um mehr über die Sache zu erfahren. Von Lammers hörte v. Renteln, dass Hitler in Gesprächen zwar Gedanken geäußert habe, die auf eine Rücksiedlung der Litauen-Deutschen hinwiesen, aber wenigstens Lammers hatte den Eindruck erhalten, dass »kein plötzlicher Siedlungsschwall« dabei in Frage käme. Auf Anregung von Lammers nahm v. Renteln auch mit Himmler Verbindung auf und machte ihn besonders auf zwei Umstände aufmerksam: 1) Mit der Rücksiedlung der Litauen-Deutschen sei entweder direkt der Generalkommissar von Litauen zu bevollmächtigen oder dann sei der Bevollmächtigte des RKFDV dem Generalkommissar zu unterstellen. 2) Wenn man mit der Rücksiedlung beginne, sei sie auf den ganzen Generalbezirk auszudehnen, denn die Beschränkung auf das Memel-Gebiet würde ernste politische Folgen haben.⁶³

Aus gut verständlichen Gründen stiess man bei der Rücksiedlung der Litauen-Deutschen sofort zu Beginn auf einen Kompetenzstreit zwischen dem Ostministerium und dem RKFDV. Rosenberg befahl Lohse, die Tätigkeit

⁶⁰ Notiz über Rosenbergs am 29. 9. 1941 gehaltenen Vortrag. BA: R 43 II/684 a.

⁶¹ Siehe auch Himmler an Lohse, 31. 1. 1942 (BA: R 43 II/684 a). Nach Himmler war die Rücksiedlung der Deutschen aus Estland und Lettland auch aus dem Grunde undenkbar, weil diese an ihren ehemaligen Wohnstätten ohne organische Verbindung mit dem Deutschtum geblieben wären.

⁶² Noch am 1. 3. 1942 waren von den 50 167 Umsiedlern aus Litauen 32 689 in Lagern, angesiedelt waren erst 17 928. BA: R 2/538.

⁶³ Von Renteln an Rosenberg, 9. und 10. 10. 1941. BA: 6/21, 25. Rosenberg beeilte sich danach wieder, sich bei Lammers zu beschweren, dass Himmler sich nicht an die Weisungen des Führers vom 17. 7. 1941 gehalten habe. Rosenberg an Lammers. BA: R 6/21.

des vom RKFDV in Kowno gegründeten Büros zu verbieten und für seine Schliessung zu sorgen.⁶⁴ Rosenberg und Himmler konnten keine grundsätzliche Einigung über die Regelung der Zuständigkeiten zwischen dem Ostministerium und dem RKFDV erzielen, aber indem die Besiedlung Litauens als eigene Sonderfrage betrachtet wurde, konnte man doch bei Offenlassen der grundsätzlichen Fragen einen ziemlich zufriedenstellenden praktischen Kompromiss auf der Grundlage schliessen, dass vereinbart wurde, die Sache nach Richtlinien zu erledigen, die vom Ostministerium und vom Stabshauptamt des RKFDV zusammen aufgestellt würden.⁶⁵ Für die praktische Organisation und Führung der Ansiedlungstätigkeit war der vom Stabshauptamt des RKFDV gegründete und dem Generalkommissar unterstellte »Ansiedlungsstab Kauen« verantwortlich, dem in den für die Ansiedlung ausgewählten Kreisen zehn Ansiedlungsstäbe der Kreise unterstanden.⁶⁶ Bei der Planung der Ansiedlungstätigkeit ging man von Anfang an davon aus, dass man sich auf bestimmte Ansiedlungsräume zu beschränken habe, um zu vermeiden, dass einzelne Rücksiedler in eine völkisch völlig fremde Umgebung kommen. Andererseits musste man auf die dorfweise Ansiedlung verzichten, weil es aus politischen Gründen nicht zweckmässig erschien, die seit alters den Boden besitzenden litauischen Bauern zu vertreiben.⁶⁷

Bei der Bestimmung des Siedlungsraumes für die zur Rückkehr berechtigten Litauen-Deutschen gab es zwischen dem Ostministerium und dem RKFDV auch Meinungsverschiedenheiten. Greifelt sandte Himmler seinen die Rücksiedlung der Litauen-Deutschen betreffenden Vorschlag, der aufgrund einer Anordnung Himmlers vom 23. 10. 1941 ausgearbeitet worden war.

⁶⁴ Rosenberg an Lohse, 15. 10. 1941. BA: R 6/21.

⁶⁵ Als besonders schwierig hatten sich dabei die organisatorischen Probleme erwiesen. Himmler hatte anfangs Lohse zu seinem direkten Bevollmächtigten ernennen wollen (siehe oben S. 129), wozu Rosenberg schon allein aus Prestigegründen nicht seine Zustimmung geben konnte, weil die Gutheissung der Regelung bedeutet hätte, dass das Ostministerium auch formal von der Behandlung der Siedlungspolitik ausgeschlossen worden wäre. Bei den Ende März 1942 geführten Verhandlungen zwischen den betreffenden Abteilungen des RKFDV und des Ostministeriums wurde vereinbart, dass der Generalkommissar von Litauen, v. Renteln, zum Sonderbeauftragten des RKFDV für Vorbereitung und Durchführung der für die Rückkehr der Litauen-Deutschen erforderlichen Massnahmen ernannt würde. Greifelt an Himmler, 7. 4. 1942. In der Anlage die vom OMi und RKFDV gemeinsam festgesetzten, am 31. 3. 1942 datierten Weisungen für die Rücksiedlung der Litauen-Deutschen. BA: NS 19 neu/1733.

⁶⁶ Inoffiziell arbeitete der Ansiedlungsstab in Kowno wenigstens schon Anfang März, aber der offizielle Gründungstag war erst der 25. 3. 1942. Duckart an Greifelt, 12. 3. 1942 sowie »Bericht der Kartei über die 7-monatliche Tätigkeit vom 1. 4.—31. 10. 1942. BA: R 49 Anhg. X/7.

⁶⁷ »Bericht über den Stand der Rücksiedlung der Litauen-Deutschen zum 10. 11. 1943«, S. 1. BA: R 49 Anhg. X/7.

Greifelt ging in seinem Vorschlag davon aus, dass versucht werden müsste, bei der Rückführung die Struktur der Besiedlung in der Weise zu ändern, dass einheitlichere deutsche Siedlungsgebiete geschaffen würden als früher, und in diesem Sinne schlug er folgende Kreise zur Wahl vor: Kowno, Mariampol, Wilkowischken (Vilkaviskis), Schacken (Sakiai), Raseinen (Raseiniai), Taugoggen (Taurage) und Teile der Kreise Sejny und Olita (Alytus).⁶⁸ Die Ansiedlung sollte also in den Deutschland gegenüberliegenden Grenzgebieten Litauens verwirklicht werden, was der Besiedlung von Anfang an eine organische Verbindung mit Deutschland garantiert hätte. Die Vertreter des Ostministeriums und Generalkommissar v. Renteln wollten auch in den östlichen Teilen Litauens Deutsche ansiedeln, damit die dortige örtliche Verwaltung zuverlässige Stützen in ihnen hätte.⁶⁹ Der Chef des Ansiedlungsstabes Kowno, SS-Sturmbannführer Druckart, berichtete am 12. 3. 1942 an Greifelt, dass seine einzige Sorge zur Zeit sei, dass v. Renteln hartnäckig fordere, auch die Verwaltungskreise Ponewesch (Panevėžys), Schaulen (Šiauliai), Keidani (Kedainiai) und Birsen (Birzai) in den Siedlungsraum einzubeziehen.⁷⁰ In vorsichtiger Form war dieser Gedanke einer Siedlungsbrücke schon Ende März in den für die Siedlungstätigkeit bestätigten, vom Ostministerium und dem RKFDV gemeinsam verfassten Anweisungen gebilligt worden.⁷² Die Notwendigkeit der Herstellung dieser durch Litauen führenden »Riga-Brücke« wurde wie folgt begründet: 1) Das Fehlen der Siedlungsbrücke war ein Zeichen für die Fehlerhaftigkeit der früheren Siedlungspolitik, der jetzt behoben werden musste. 2) Das Gebiet gehörte seinem Boden nach zu den fruchtbarsten Litauens und war somit für die Ansiedlung gut geeignet. 3) Durch das Gebiet führten die wichtigen Eisenbahn- und Strassenverbindungen zwischen Ostpreussen und Riga. Die künftige Autobahn sollte auch mitten durch den geplanten Siedlungsraum

⁶⁸ Siehe Karte S. 164.

⁶⁹ Greifelt an Himmler 19. 11. 1942, NO-5033; Himmler teilte mit, am 31. 1. 1942 grundsätzlich Greifelts Vorschlag bezüglich des Siedlungsraumes akzeptiert zu haben. NO-2668; Siehe auch »Vermerk zur Rückführung der Litauendeutschen« 4. 5. 1942. BA: R 6/18. In der Denkschrift wurde betont, dass die Rücksiedlung der Litauendeutschen auch aus kriegswirtschaftlichen Gründen wichtig sei, weil bestimmte Handwerker wie u.a. Müller in einigen Kreisen ausschliesslich Deutsche waren.

⁷⁰ Duckart an Greifelt, 12. 3. 1942. BA: R 49 Anhg. 10/7.

⁷² Der Siedlungsraum wurde dabei wie folgt bestimmt: Zunächst seien die folgenden Kreise zu besiedeln: Wilkowischken, der nördliche Teil von Olita, Mariampol, Kowno Land, Schacken, Raseinen und Taugoggen. »Geeignete Familien« könnten ausserdem in die Kreise Keidani, Schaulen, Ponewesch und Birsen plziert werden. Gemeinsame Anweisungen des OMi und des RKFDV für die Rücksiedlung der Litauen-Deutschen, 31. 3. 1943. BA: NS 19 neu/1733. Später wurde noch Olita als ganzes ausserhalb des Siedlungsraumes gelassen. Siehe den Bericht über den Stand der Rücksiedlung der Litauen-Deutschen zum 10. 11. 1943. BA: R 49 Anhg. X/7; Siehe auch Karte S. 164.



SIEDLUNGSKARTE ⁷¹
 Rück siedlung der Litauen-Deutschen
 und die Siedlungsstützpunkte des
 Generalplans Ost

- 500 Personen
- 100 „

Luga
 Siedlungsstützpunkt in
 der äusseren Stütz-
 punktkette des General-
 plans Ost

Dorpat
 Siedlungsstützpunkt in
 der inneren Stütz-
 punktkette des General-
 plans Ost

⁷¹ Angaben nach der »Aufstellung der bis 1. 9. 1943 im Generalbezirk Litauen angesiedelten bäuerlichen Umsiedler (einschl. bäuerlich-handwerkll. Umsiedler)«. BA: R 6/118.

führen. Insgesamt gehörten zu dem schliesslich bestätigten Siedlungsraum etwa 6 500 km², d.h. ein Drittel der Gesamtfläche des ehemaligen Litauen.⁷³

Zur Rückkehr wurden grundsätzlich etwa 30 000 als sog. O-Fälle⁷⁴ klassifizierte Litauen-Deutschen berechtigt, die bis zum Jahre 1942 noch nicht endgültig angesiedelt worden waren, sondern die in mangelhaften Lagern lebten. Sofort nachdem man über das für die deutsche Besiedlung zur Verfügung stehende Gebiet eine endgültige Einigung erzielt hatte, begann der Siedlungsstab in Kowno zur Siedlung geeignete Höfe zu registrieren. Dabei kamen in Frage früheres deutsches Eigentum, Höfe Verschollener sowie jüdischer und polnischer Grundbesitz. Grundsätzlich sollte litauischer Grundbesitz unangetastet bleiben, der aus der Zeit vor der »Umsiedlung« stammte, aber die Möglichkeit örtlicher Neuregelungen zum Schaffen einer dichteren deutschen Besiedlung wurde offen gelassen.⁷⁵ Gleichzeitig begann man in den Städten des Siedlungsraumes geeignete Wohnungen für den Fall der Rückkehr der deutschen Stadtbevölkerung zu registrieren.⁷⁶

Nach Abschluss der erforderlichen Vorbereitungen konnte die erste Hofzuweisung am 8.—9. 6. 1942 in Schacken durchgeführt werden. Bis zum Herbst waren auf dem bäuerlichen Sektor 3 509 Haushalte angesiedelt, zu denen insgesamt 16 786 Personen gehörten.⁷⁷ Von Anfang an bestand die Hauptschwierigkeit dieser Siedlungstätigkeit darin, dass die von den Litauen-Deutschen im Jahre 1941 hinterlassenen Höfe später von Litauern oder Suwalki-Russen besetzt worden waren und dass diese jetzt umzusiedeln waren. Ein neuer Hof wurde jedoch nur solchen litauischen Familien zugewiesen, die schon vor der Umsiedlung einen Hof im Gebiet von Memel oder Suwalki besessen hatten. Diese Familien wurden ins Gebiet von Wilna gebracht, wo sie auf Kosten polnischen und jüdischen Grundbesitzes angesiedelt wurden. Sofern den auf ehemaligen Höfen von Litauen-Deutschen wohnenden Litauern und Suwalki-Russen kein neuen Höfe zugewiesen wurden, wurden sie wieder in den »Arbeitsprozess« eingegliedert.⁷⁸ Irgend-

⁷³ »Richtlinien für den Einsatz deutscher Siedler in Litauen«, 18. 2. 1943. CDJC: CCXXXII: 8. In dem gewählten Siedlungsraum lagen etwa 80 % des früheren deutschen Grundbesitzes.

⁷⁴ »O (Ost)«-Fälle = geeignet »für Ostsiedlung«. Deren Gegenteil: »A (Altreich)«-Fälle = im Altreich zur Arbeit eingesetzt. R. L. Koehl, RKFDV. Cambridge 1957. S. 107.

⁷⁵ Siehe die obengenannten gemeinsamen Anweisungen Rosenbergs und Himmels über die Rücksiedlung der Litauen-Deutschen, 31. 3. 1942; »Bericht der Kartei über die 7-monatliche Tätigkeit vom 1. 4.—31. 10. 1942«. BA: R 49 Anhg. X/7. Insgesamt wurden in der Berichtszeit 6 597 Höfe registriert, mit einer Gesamtfläche von 122 711, 61 ha.

⁷⁶ Der obige Tätigkeitsbericht über die Zeit vom 1. 4.—31. 10. 1942. Es wird mitgeteilt, dass 4 193 Stadtwohnungen registriert wurden.

⁷⁷ Ibid., S. 3, 7.

⁷⁸ »Bericht über den Stand der Rücksiedlung der Litauen-Deutschen zum 10. 11. 1943«, S. 2—3. BA: R 49 Anhg. X/7; Die Bauern, die vor der Umsiedlung kein Land

welche besonders starken politischen Folgen scheint die in diesem Stadium mit bewusst begrenzten Zielen verwirklichte Siedlungstätigkeit nicht gehabt zu haben.⁷⁹ Die Partisanen hatten bis zum 10. 11. 1943 nur zwei deutsche Bauern ermordet.⁸⁰

Zu den Zielen der Siedlungstätigkeit gehörte ausser dem Schaffen einer einheitlicheren deutschen Besiedlung als zuvor auch die Verbesserung der sozialen Stellung der deutschen Bauern, indem für sie Höfe gebildet wurden, die fast viermal so gross wie die früheren waren.⁸¹ Auf diese Weise versuchte man die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Rücksiedler sich wirtschaftlich von den litauischen Bauern abheben könnten.

Bezüglich der Ansiedlung von Bauern fiel der Schwerpunkt der Rückkehr der Litauen-Deutschen deutlich in das Jahr 1942, während der grösste Teil der zur Rückkehr berechtigten deutschen Stadtbevölkerung erst im folgenden Jahr nach Litauen kam.⁸² Ebenso wie bei der Ansiedlung der Bauernbevölkerung versuchte man auch bei der Unterbringung der deutschen Stadtbevölkerung durch verschiedene Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich ihre soziale Stellung verbesserte, u.a. dadurch, dass den Deutschen möglichst angenehme Wohnviertel reserviert wurden. Die Zahl der anzusiedelnden Deutschen war noch zu klein zur Bildung von einheitlichen deutschen Stadtteilen, aber man glaubte, dass in der Zukunft doch Voraussetzungen dafür bestünden.⁸³

Den für die Siedlungstätigkeit verantwortlichen Behörden bereiteten einige politische Ereignisse des Jahres 1943 ziemliches Kopfzerbrechen, wobei die Art, wie man auf sie reagierte, gleichzeitig die Ziele der Siedlungspolitik

besessen hatten, wurden oft gezwungen, als Landarbeiter auf ihren ehemaligen Höfen zu bleiben. J. A. Swettenham, *The Tragedy of the Baltic states*. London 1952. S 147.

⁷⁹ Der Generalkommissar von Litauen teilte in seinem Bericht vom 16. 10. 1942 mit, dass die »Radikalnationalisten« das Gerücht von der bevorstehenden Germanisierung Litauens verbreitet hatten. Eine deutliche Beruhigung war nach v. Renteln jedoch erst eingetreten, nachdem der litauische Bauer erfahren hatte, dass sich die deutsche Besiedlung auf ursprünglich deutschen, sowie jüdischen, polnischen Grund und Boden und solchen ohne Eigentümer beschränkt. Von Rentelns Bericht, 16. 10. 1942. BA: R 6/303. Andererseits kann man zu Recht vermuten, dass es mit der Behandlung der polnischen Bevölkerung zusammenhing, dass das Gebiet von Vilna zum wichtigsten Zentrum der Partisanentätigkeit wurde.

⁸⁰ Der obige »Bericht über den Stand der Rücksiedlung der Litauen-Deutschen zum 10. 11. 1943«. S. 4.

⁸¹ Ibid. S. 2. Die mittlere Bodenfläche der Höfe, die früher 5—8 ha betragen hatte, stieg jetzt auf 20—30 ha.

⁸² Siehe z.B. den Bericht über die Rücksiedlung der Litauen-Deutschen vom 24. 3. 1942. An städtischer Bevölkerung waren zu diesem Zeitpunkt erst etwa 1 000 Personen angesiedelt worden.

⁸³ Der obige Bericht über die Rücksiedlung der Litauen-Deutschen bis zum 10. 11. 1943. S. 6; »Richtlinien für den Einsatz deutscher Siedler in Litauen«, 18. 2. 1943 CDJC: CCXXX: 8.

auf längere Sicht veranschaulichte. In Litauen war die Anfang März 1943 begonnene »freiwillige« Mobilisierung⁸⁴ für die zu gründende Litauische SS-Legion unter der Bevölkerung auf ausgedehnten Widerstand gestossen. Deshalb verbot der Generalkommissar für die Zeit der Musterungen jede Zwangsumsiedlung von Litauern aus den für die deutsche Besiedlung reservierten Gebieten. Der Chef des Siedlungsstabes, Druckart, fürchtete jetzt, dass die ganze Siedlungstätigkeit auf drohend gefährliche Weise verwässert sei, weil es auch nach Abschluss der Rekrutierungen keine politischen Möglichkeiten gebe zur Evakuierung solcher Litauer, deren Familienmitglieder sich zum Waffendienst gemeldet hätten. Druckart betonte in seinem Brief, wie ausserordentlich wichtig es sei, dass die Polen unter keinen Umständen in die Legion aufgenommen werden dürften, weil dann »hunderte von Höfen, vor allem die für Kriegsversehrte vorgesehenen, verloren gehen« und man sich der Möglichkeit beraubte, durch Umsiedlung von litauischen Bauern auf die den Polen wegzunehmenden Höfe Landreserven für die deutsche Besiedlung der Zukunft zu schaffen.

Auf ähnliches Misstrauen wie die Einberufung von Litauern zum Wehrdienst stiess im Siedlungsstab die Verkündung des Ostministeriums von der Wiederherstellung des Privateigentums, die, wie man befürchtete, die herrschenden Verwaltungsverhältnisse festigen und auf diese Weise die Möglichkeiten der künftigen Siedlungstätigkeit beschränken würde. Auch im Zusammenhang mit dieser Frage sorgte sich Druckart am meisten um das Schicksal der Polen im Gebiet von Wilna, denn, falls die Wiederherstellung des Privateigentums auch auf diese ausgedehnt worden wäre, hätte man die Möglichkeit verloren, die eine spätere Evakuierung der litauischen Bevölkerung (ins Gebiet von Wilna) böte »zwecks Stärkung und strafferer regionaler Zusammenfassung des deutschen Volkstums«.⁸⁵

Im Winter 1942—43 führten zunächst die Zuspitzung der Transportlage und danach der vom Generalkommissar aus politischen Gründen verordnete Stopp für die Evakuierung von Litauern dazu, dass die Siedlungstätigkeit erst im Oktober 1943 aufs neue in Gang kam.⁸⁶ Da der grösste Teil der Litauen-Deutschen Bauernbevölkerung schon 1942 zurückgekehrt war, kam jetzt mit der zweiten Welle der Siedlungstätigkeit hauptsächlich deutsche Stadtbevölkerung. Praktisch gesehen konnte die Ansiedlung der zur Rückkehr berechtigten Litauen-Deutschen bis Ende 1943 abgeschlossen werden. Insgesamt kehrten nach Litauen an deutscher Bauernbevölkerung etwa 18 000—19 000 Personen und an städtischer Bevölkerung etwa 10 000, d.h. zusammen fast 30 000 Personen zurück.⁸⁷

⁸⁴ Siehe genauer S. 233—234.

⁸⁵ Druckart an das Stabshauptamt des RKFDV, 8. 3. 1943. BA: R 49 Anhg. X/6.

⁸⁶ Tätigkeitsbericht des Siedlungsstabes vom Mai-Juni 1943. BA: R 6/118.

⁸⁷ In den obigen Zahlen sind die auf dem Lande angesiedelten Handwerker zur Bauernbevölkerung gerechnet. Vgl. die statistischen Angaben über die Ansied-

Wie aus vielen Zeichen zu schliessen, glaubte man auf deutscher Seite, dass die Rückführung der Litauen-Deutschen nur die erste Etappe der deutschen Siedlungstätigkeit in Litauen darstelle.⁸⁸ Zweifellos war schon bei der Bestimmung des Siedlungsraumes eine grössere deutsche Siedlungs-invasion vorgesehen als nur die Rückkehr der ehemaligen Litauen-Deutschen. Druckart, der Chef des Siedlungsstabes Kowno, schrieb u.a.: »Die Rückführung der litauendeutschen Volksgruppe geschah unter dem Gesichtspunkt, dass später weitere Deutsche, vor allem Kriegsversehrte und Kriegsteilnehmer in diesem Raum sesshaft gemacht werden«.⁸⁹ Die von Ostpreussen nach Kurland führende »Siedlungsbrücke« war denn auch vorläufig nur sehr dünn besetzt,⁹⁰ aber man könnte — wie der Reichskommissar für das Ostland am 29. 12. 1943 bemerkte — »bei Rückkehr normaler Verhältnisse« in dem Gebiet eine grössere »Flurbereinigung« durchführen, was die Möglichkeit zu einer planvolleren deutschen Besiedlung bieten würde.⁹¹ Die Notwendigkeit, von der entstandenen Streusiedlung nach dem Kriege zu einer wirklich einheitlichen deutschen Dorfsiedlung überzugehen, betonte der Leiter der Abteilung für Volkstums- und Siedlungspolitik im Ostministerium, Dr. Kinkelin, schon im Herbst 1943, als er die Ergebnisse der Siedlungstätigkeit beurteilte.⁹² Als man Ende des Jahres 1943 begann, die Siedlungsorganisation aufzulösen, drückte Druckart seine Sorge darüber aus, dass mit dem »vorläufigen Abschluss des Ansiedlungsvorganges« die Dienststelle des RKFDV in Kowno ihre bestimmende Position zu verlieren drohte, weil nach seiner Auffassung »das Ansiedlungsprogramm in diesem Raum in keiner Weise mit der Rückführung der litauendeutschen Volksgruppe erschöpft sein kann«.⁹³ Eine geringe Bodenreserve für künftige Siedlungstätigkeit war schon dadurch entstanden, dass bei der Reservierung von

lung der Litauen-Deutschen: obiger Bericht des Generalkommissars in Kowno vom 24. 3. 1942, »Aufstellung der bis 1. 9. 1943 im Generalbezirk Litauen angesiedelten bäuerlichen Umsiedler (einschl. bäuerlich-handwerk. Umsiedler)«. BA: R 6/118 sowie der obengenannte Bericht über die Siedlungstätigkeit bis zum 10. 11. 1943. Siehe auch die Siedlungskarte S. 164.

⁸⁸ Das war völlig natürlich schon aus dem Grunde, weil die »eindeutschungsfähige« Bevölkerung in Litauen eine klare Minderheit bildete.

⁸⁹ Druckart an das Stabshauptamt, 8. 3. 1943. BA: R 49 Anhg. X/6; nach einem Vertrag zwischen dem RKFDV und dem OKW konnten Kriegsversehrte auf Antrag angesiedelt werden. Das OKW verzichtete jedoch ungerne auf Kriegsversehrte, von denen bis zum 10. 11. 1943 für die Siedlungstätigkeit erst ein Dutzend freigestellt worden war. Obiger Bericht S. 7.

⁹⁰ Der grösste Teil der Besiedlung war nämlich in die Kreise gelenkt worden, die Ostpreussen am nächsten lagen.

⁹¹ RKO an OMi, 29. 12. 1943. BA: R 6/118.

⁹² Kinkelin an v. Renteln, 28. 10. 1943, BA: R 6/118.

⁹³ Druckart an Creutz (Stabshauptamt/RKFDV), 5. 10. 1943. Vgl. auch Druckart an Creutz, 30. 10. 1943, wo Druckart wieder auf die Ansiedlung von deutschen Kriegsteilnehmern hinweist. BA: R 49 Anhg. X/6.

Boden für die zur Rückkehr berechtigten Litauen-Deutschen auch der ehemals polnische und jüdische Grundbesitz zur Verfügung stand. Bis zum Herbst 1943, als die Rückkehr der deutschen bäuerlichen Bevölkerung nach Litauen praktisch abgeschlossen war, waren von den für Siedlungszwecke reservierten 122 700 ha erst 91 027 ha gebraucht worden,⁹⁴ so dass noch etwa 1/4 des registrierten Bodens als Reserve geblieben war — und das trotz der Tatsache, dass den Zurückkehrenden wesentlich grössere Höfe gegeben wurden, als sie früher besessen hatten.

Auf dem Wege zu einem »neuen Europa« — Der Anteil der »anderen Germanenvölker« an der wirtschaftlichen Nutzung des Baltikums

Bei der Gründung des Ostministeriums hatten Rosenbergs Träume von einem die Ostpolitik führenden territorialen Ministerium Schiffbruch erlitten, weshalb u.a. die Wirtschaftsabteilungen des Ministeriums nur sehr wenig Bedeutung hatten und völlig vom Vierjahresplan abhängig blieben. Rosenberg suchte eine gewisse Entschädigung für seine Niederlage, indem er in seinem Ministerium das ihm direkt unterstellte »Sonderreferat Malletke« gründete, dessen Aufgabe es war, die Beteiligung der »anderen Germanenvölker« an der Nutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Ostens vorzubereiten und zu organisieren.⁹⁵ Rosenberg war offensichtlich auch persönlich sehr an dieser Frage interessiert, die auch der Nordischen Gesellschaft neue Betätigungsmöglichkeiten zu bieten schien. Ende November 1941 stand die Frage der Beteiligung des Auslandes an der wirtschaftlichen Nutzung des Ostraumes in einer Besprechung auf Ministeriumsebene zur Diskussion, an der Vertreter des OMi, des Auswärtigen Amtes, der Wirtschafts- und Ernährungsmittelministerien, des OKW und des Vierjahresplanes teilnahmen. Grundsätzlich schloss die Besprechung mit der Ansicht, dass die Beteiligung auch einiger anderer europäischer Staaten an der praktischen Zusammenarbeit mit Deutschland nicht nur an der Front, sondern auch bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Ostens erwünscht sei. Eine solche grundsätzliche Empfehlung wurde hauptsächlich aus folgenden Gründen beschlossen:

1) Deutschland könne in nächster Zukunft nicht allein die für die wirtschaftliche Nutzung der besetzten Ostgebiete erforderlichen Arbeitskräfte liefern und die notwendigen Investitionen finanzieren.

2) »Die vorhandenen Einheimischen sind für einen Einsatz in gehobene wirtschaftliche Positionen teils nicht geeignet, teils nicht erwünscht«.

⁹⁴ »Aufstellung der bis zum 1.9.1943 im Generalbezirk Litauen angesiedelten bäuerlichen Umsiedler«. BA: R 6/118.

⁹⁵ Bräutigam S. 32.

Siedlungstätigkeit, wurde festgestellt, werde »wenn überhaupt, so erst in späterer Zeit in Frage kommen«. Die grössten Möglichkeiten zur Zusammenarbeit schienen sich in den Niederlanden, in Belgien, Dänemark und Norwegen zu bieten.⁹⁶ Die von den anderen Germanenvölkern zur Verfügung gestellten wirtschaftlichen Ressourcen seien jedoch in solche Gebiete zu lenken, in denen keine besonderen deutschen Interessen beständen. Rosenberg teilte Lohse am 29.11.1941 mit, dass grundsätzlich beschlossen sei, namentlich »aus dem germanischen Norden« zur Arbeit im Osten bereite Kräfte aufzunehmen, und er berichtete gleichzeitig über die Verhandlungen, die schon in Dänemark mit dem Verkehrsminister Larsen und dem Aussenminister Scavenius geführt worden waren.⁹⁷ Am selben Tage richtete Rosenberg auch diesbezügliche Briefe an die Reichskommissare der Niederlande und Norwegen, Seyss-Inquart und Terboven.⁹⁸ Es dürfte kein Zufall sein, dass die Aktivität des Ostministeriums in dieser Frage sofort nach der Erneuerung und Erweiterung des Antikominternpaktes vom 27.11.1941 deutlich zunahm, der nach Hitler selbst »ein langsam werdendes neues Europa« anzeigte.⁹⁹ Die Stockung des deutschen Ostfeldzuges zwang zu einer ausgedehnten Mobilisierung der Kräfte in dem von Deutschland besetzten Europa, damit der wachsende Bedarf der deutschen Kriegswirtschaft gedeckt werden konnte.

Aber das Unternehmen diene ausser wirtschaftlichen Zielen auch bewusst politischen Zwecken. Man wollte die allgemeine Denkweise in diesen kleinen west- und nordeuropäischen Staaten beeinflussen, indem versucht wurde, deren Interessen auf See und in Übersee dergestalt zu kompensieren, dass deren Blicke auf die Nutzung der sich im Osten eröffnenden Möglichkeiten gelenkt wurden. Ebenso sollten die Bürger dieser Weststaaten persönlich die Gefahr kennenlernen, »die Europa aus Asien droht. Dadurch wurde das europäische Zusammenhörigkeitsgefühl, die Schicksalsgemeinschaft des neuen Europas geweckt und gestärkt. Der Osten wurde damit eine Frage für Gesamteuropa«.¹⁰⁰ Von Anfang an war man bemüht, aus den »anderen germanischen Ländern« vor allem Fachkräfte für wirtschaftliche Führungsaufgaben anzuwerben, welcher Bedarf anders schwer

⁹⁶ »Vermerk über die Beteiligung des Auslandes an der wirtschaftlichen Erschliessung des Ostraumes«. (Undatiert). BA: R 6/23. Vgl. Hitlers dem dänischen Aussenminister Erik Scavenius am 27. 11. 1941 vorgetragenen Gedanken: »Die Anhäufung von Menschenmassen in diesen kleinen Ländern [Niederlande und Belgien] sei ein Problem, dass einer Lösung bedarf. Die Situation würde ganz anders, wenn der Osten einmal für Europa erschlossen wird«. Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Hrsg. und erl. von Andreas Hillgruber. Frankfurt a.M. 1967. S. 655.

⁹⁷ Rosenberg an Lohse, 29. 11. 1941. BA: R 6/24.

⁹⁸ BA: R 6/24.

⁹⁹ Hitlers obiges Gespräch mit Scavenius am 27. 11. 1941, Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. S. 654.

¹⁰⁰ Tätigkeitsbericht des Sonderreferats Malletke, 11. 11. 1944. BA: R 6/443.

zu decken war, ohne irgendwelche Massenumsiedlungen zu wollen. In einigen Fällen erhielten Ausländer die Genehmigung, Industriebetriebe zu gründen.¹⁰¹ Zu den bedeutendsten praktischen Folgen führten die Verhandlungen mit den Holländern und Dänen. Rosenberg empfing den Führer der nationalsozialistischen Bewegung der Niederlande, A. A. Mussert, am 3. 1. 1942, wobei besonders der holländische Arbeitseinsatz im Ostland zur Diskussion stand. Auch die Frage der späteren Besiedlung des Ostens wurde erörtert. Mussert, der in diesem Zusammenhang darauf hinwies, dass die Niederlande möglicherweise ihre Kolonien verlieren würden und dass sie deshalb gezwungen seien, sich neue Betätigungsmöglichkeiten zu suchen, legte besonderen Wert darauf, dass die Ansiedlung von Holländern in zusammenhängenden Kolonien erfolge.¹⁰² Unter Hinweis auf »die jetzigen Verhältnisse« und auf Transportschwierigkeiten gab Rosenberg dem Gesprächspartner zu verstehen, dass zu einer grösseren Siedlungstätigkeit in naher Zukunft keine Möglichkeiten bestünden.¹⁰³ Als er am 15. 2. 1942 Hitler traf, konnte Rosenberg dem Führer Musserts Wünsche mitteilen; Hitler betonte jedoch, dass man den Holländern im Osten keine eigenen Kolonien überlassen könne, sondern dass sie dort auf andere Weise unterzubringen seien.¹⁰⁴ Um ein genaueres Bild von den Einsatzmöglichkeiten ausländischer Industrie und ausländischer Arbeitskräfte im Ostland zu bekommen — in erster Linie schien es sich damals gerade um den Beitrag der Niederlande und Dänemarks zu handeln —, unternahm eine dreiköpfige Kommission des Ostministeriums und des Wirtschaftsministeriums im März 1942 eine zweiwöchige Inspektionsfahrt dorthin. Die Kommission, die sehr gründliche Arbeit geleistet zu haben schien, erbat Stellungnahmen ausser von den betreffenden Beamten des Reichskommissariats und der Generalkommissariate auch von allen zwölf Gebietskommissaren. Die geführten Gespräche zeigten laut dem Reisebericht der Kommission, dass man im Bereich der Besatzungsverwaltung die Notwendigkeit der geplanten Nutzung der Arbeitskraft- und Industrieressourcen der europäischen, vor allem »Germanenländer« voll anerkannte, wie auch ihre »weittragende politische und und kriegswichtige Bedeutung«. Die grössten Bedenken in der Frage hatte der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft im Reichskommissariat, Matthiessen, der anfangs »nur Unruhe bringende Ausländer überhaupt nicht

¹⁰¹ Ibidem.

¹⁰² Als Mussert gebeten hatte, den Holländern ein ans Meer grenzendes Siedlungsgebiet zuzuweisen, erkundigte sich Rosenberg ironisch, ob nicht doch »ein grosser Fluss genüge«. Mussert gab sich auch damit zufrieden, falls es sich um einen ins Schwarze Meer mündenden Fluss handele [!] Rosenbergs Gesprächsaufzeichnungen von seiner Begegnung mit A. A. Mussert am 5. 1. 1942. BA: R 6/440.

¹⁰³ Ibidem.

¹⁰⁴ Rosenbergs Aufzeichnung über sein Gespräch mit Hitler am 15. 2. 1942. Film T-484/Rolle 94/000826.

ins Ostland hineinlassen wollte, dann aber insofern nachgab, als er doch bereit war, einen Beitrag der Holländer in Weissrussland und Litauen zu billigen.¹⁰⁵ Als etwas kritisch lässt sich auch Reichskommissar Lohses Einstellung bezeichnen. Lohse sah zwar mit Zufriedenheit das Interesse dänischer Wirtschaftskreise an Investitionen im Ostland, z.B. im Bereich der Zementindustrie,¹⁰⁶ aber andererseits wurde von seiner Behörde auf den offensichtlichen Widerspruch hingewiesen, der zwischen den geplanten Massnahmen und den Anweisungen über die Gründung einer landeseigenen Verwaltung bestand.¹⁰⁷

»Das Sonderreferat Malletke« führte im Frühjahr 1942 vorbereitende Verhandlungen über eine »europäische Zusammenarbeit« mit den in den Niederlanden tätigen Vertretern der deutschen Besatzungsverwaltung, die wiederum u.a. mit Rost van Tonningen Verbindung aufnahmen.¹⁰⁸ Der Beitrag ausländischer Kräfte in den besetzten Ostgebieten war wieder ein Gesprächsgegenstand, als Rosenberg am 8. 5. 1942 Hitler traf. Rosenberg konnte schon auf einige konkrete Erfahrungen hinweisen. Der dänische Verkehrsminister Larsen hatte zusammen mit dem Direktor des dänischen »Ostkomitees« das Ostland besucht, was schon zum Wiederaufbau einer grossen Zementfabrik durch die Dänen geführt hatte. Im Stadium der Planung befand sich gleichzeitig u.a. die Nutzung einiger Torfvorkommen. Der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete Seyss-Inquart hatte schon Rosenberg den ersten Entwurf zu einem Plan zugehen lassen, nach dem eine grössere holländische Kolonie in der Umgebung von Libau gegründet werden sollte. Hitler erklärte sich im Prinzip bereit, die holländischen Umsiedler zu akzeptieren, solange es sich nicht um mehr als tausend Menschen handelte.¹⁰⁹ Hitlers Einstellung zu diesen Siedlungsplänen, die den Einsatz der »anderen Germanenvölker« in den besetzten Ostgebieten betrafen, ist — gestützt vor allem auf die vorgenannten

¹⁰⁵ Seine ablehnende Haltung begründete Matthiessen in erster Linie mit den schlechten Erfahrungen, die man mit den im vorhergehenden Herbst gekommenen holländischen Bauern gemacht hatte. Der grösste Teil der damals gekommenen etwa 400 Personen waren rein aus Abenteuerlust in den Osten gefahren und ohne eigentliche Berufsausbildung. Reisebericht (17. 3. 1942) der Kommission, die die Verwendungsmöglichkeiten ausländischer Arbeitskraft- und Industriekapazität im Ostland untersucht hatte. BA: R 6/443. Vgl. »Erster Bericht der Arbeiten der Nederlandsche Oost Compagnie«. BA: R 6/448.

¹⁰⁶ Lohse an Rosenberg, 15. 12. 1941. BA: R 6/24. Lohse war selbst in Kopenhagen gewesen und hatte mit dem Verkehrsminister Larsen und dem Aussenminister Scavenius über die Beteiligung dänischer Wirtschaftskreise an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Ostlandes verhandelt.

¹⁰⁷ Aufzeichnungen über das Gespräch am 20. 3. 1942. BA:R 6/443.

¹⁰⁸ »Erster Bericht der Arbeiten der Nederlandsche Oost Compagnie«. BA: R 6/448.

¹⁰⁹ 1520-PS IMT XXVII S. 287—288.

Äusserung — als sehr skeptisch ausgelegt worden.¹¹⁰ Dennoch hat Hitler sowohl früher als auch später ohne Vorbehalte von der Ansiedlung von Holländern, Dänen und Norwegern im Osten gesprochen.¹¹¹ Es handelt sich offensichtlich nicht um irgendwelche miteinander in Widerspruch stehende Äusserungen, sondern in den letzteren Fällen spricht Hitler deutlich von nach dem Kriege zu realisierenden Aufgaben, während es bei den Gesprächen mit Rosenberg am 15. 2. und 8. 5. 1942 um auf die Kriegszeit beschränkte nahe Aufgaben ging.

Nach vorbereitenden Kontakten war man sich Ende Mai in den Niederlanden grundsätzlich darüber einig geworden, eine besondere holländische Aktiengesellschaft oder Kompagnie zu gründen, die das Monopol hätte, Privatpersonen oder Industrieunternehmen zur Beteiligung an der wirtschaftlichen Nutzung der besetzten Ostgebiete anzuwerben. Nachdem am 4. 6. aus Berlin die Bitte eingegangen war, sofort Vertreter zur Teilnahme an einer »Studienreise« in die Baltischen Länder zu entsenden, wurde am 6. 6. schleunig die »Nederlandsche Oost Compagnie« gegründet,¹¹² damit die Teilnehmer an dieser Studienreise als Vertreter dieser Aktiengesellschaft auftreten konnten. Schon am folgenden Tage reiste die von Rost van Tonningen geführte Delegation nach Berlin ab, wo sich als der vom Ostministerium bestimmte Reiseleiter Freiherr von Harder anschloss. Während der Reise (8.—16. 6. 1942) wurden eingehende Gespräche sowohl mit den deutschen Besatzungsbehörden geführt als auch mit Vertretern der sog. landeseigenen Verwaltung in Riga, Pernau, Reval, Dorpat, Mitau und Libau. Ausserdem wurden zahlreiche landwirtschaftliche und industrielle Unternehmen besichtigt.¹¹³ In Mitau trennte sich von der Hauptgruppe der Wirtschaftsdelegation eine kleinere Unterkommission, um in Litauen die Möglichkeiten kennenzulernen, die sich der wirtschaftlichen Aktivität der Holländer dort boten, und um sich nach den Erfahrungen zu erkundigen, die man mit den dort früher angesiedelten holländischen Bauern gemacht hatte. Die Kommission war sich im klaren darüber, dass von den drei Baltischen Generalbezirken, in die die Reise führte, ein bedeutenderer holländischer Einsatz nur in Litauen in Frage kommen konnte, wo vor allem das Gebiet von Wilna bei der Kommission Interesse erweckte,

¹¹⁰ Paul Kluge, Nationalsozialistische Europaideologie. Vih. Zgsch. 1955. S. 266; auf ihn gestützt neulich auch Kwiet, S. 112, Anm. 83.

¹¹¹ Tischgespräche 8. 9. 1941, S. 144 und 27. 7. 1942, S. 485.

¹¹² Die Deutsche Zeitung im Ostland (DZO) berichtete am 9. 6. 1942 von der Gründung der Niederländischen Ostkompagnie und stellte fest, dass sie zunächst planenden und beratenden Charakter habe. Aufgabe der Kompagnie war es somit, mit den verfügbaren Mitteln die Übersiedlung holländischer Unternehmen und Einzelpersonen in die besetzten Ostgebiete zu fördern.

¹¹³ »Erster Bericht der Arbeiten der Nederlandsche Oost Compagnie« BA: R 6/448.

weil es dort möglich schien, zusammenhängende holländische Siedlungsgebiete auf Kosten des polnischen Grundbesitzes zu schaffen.¹¹⁴ Von deutscher Seite versuchte man, die Aktivität der Holländer in erster Linie auf solche Gebiete zu lenken, an denen die Deutschen nur in geringem Masse interessiert waren, d.h. auf Südlitauen und Weissrussland. Die von den Holländern wieder einmal vorgebrachten Wünsche nach Stützpunkten an der Ostseeküste wurden nicht beachtet. Im Schlussbericht wurde ferner betont, dass aus den Niederlanden nur für verschiedene Führungs- und Aufsichtsaufgaben geeignete, gut ausgebildete Spezialisten anzuwerben seien, die z.B. im Dienste einzelner Ostgesellschaften oder als Gehilfen der deutschen Landwirtschaftsführer tätig sein könnten.¹¹⁵

Bei der Verwendung von holländischen Bauern versuchte man nun aus den früheren Erfahrungen zu lernen und gründete besondere Muster- und Schulgüter, auf denen den Neuankömmlingen unter deutscher Aufsicht eine einjährige Ausbildung gegeben werden sollte. Zwischen der Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland und der Nederlandsche Oost Compagnie wurde ein diesbezüglicher Vertrag geschlossen, mit dem zwei staatliche Güter in der Umgebung von Wilna in den Besitz der Ostkompagnie überführt wurden.¹¹⁶ Die Ausbildung scheint denn auch Erfolg gehabt zu haben, wenigstens daraus zu schliessen, dass der Gebietskommissar von Wilna-Land im Februar 1944 ein sehr positives Urteil über die Arbeit der etwa 200 Holländer abgab, die in seinem Gebiet gearbeitet hatten, und einen zahlenmässig noch stärkeren Einsatz von Holländern wünschte.¹¹⁷ Die Aktivität der Niederländischen Ostkompagnie geht daraus hervor, dass von ihr in der Zeit vom 1. 8.—30. 10. 1942 insgesamt 19 Kommissionen zu eingehenderen Verhandlungen in die Gebiete entsandt wurden, in denen ein Einsatz der Holländer in Frage kam.¹¹⁸ Zu konkreter Tätigkeit gelangte man u.a. im Bereich der Torf-

¹¹⁴ Nicht unterzeichnete Denkschrift über die Reise der holländisch-deutschen Kommission nach Litauen in der Zeit vom 16.—20. 6. 1942. BA: R 6/441. Die Kommission musste zugeben, dass der grösste Teil jener ca. 400 holländischen Bauern, die schon 1941 nach Litauen gekommen waren, u.a. wegen mangelhafter Berufsausbildung für ihre Aufgaben ungeeignet gewesen waren.

¹¹⁵ Denkschrift über die Schlussbesprechung am 18. 6. 1942 in Berlin, 24. 6. 1942. BA: R 6/441; Rost van Tonningen verteidigte die Verwendung »erstklassiger holländischer Fachleute« in Estland und Lettland damit, dass auf diese Weise verhindert würde, dass die Esten und Letten später die Wirtschaft als politische Waffe gegen die Deutschen gebrauchten. (Eine Auseinandersetzung zwischen den Deutschen und der landeseigenen Verwaltung hielt Rost van Tonningen für unausweichlich). Von Harders vertraulicher Bericht über seinen Vortrag bei Rosenberg am 2. 7. 1942. BA: R 6/441.

¹¹⁶ »Erster Bericht der Arbeiten der Nederlandsche Oost Compagnie«. BA: R 6/448.

¹¹⁷ Labs' Bericht über Rosenbergs Reise ins Ostland vom 13.—18. 2. 1944, 4. 3, 1944. BA: R 6/217.

¹¹⁸ Von diesen Reisen führten drei nach Berlin und je acht ins Baltikum und in

industrie. Der Niederländischen Ostkompagnie wurde in Litauen ein Moor-gebiet überlassen, das die Kompagnie mit den erforderlichen Maschinen ausrüstete. Wurde doch in Litauen sogar ein besonderes Torfinstitut gegründet, dessen Aufgabe es war, für das Torfstechen geeignete Anlagen zu entwickeln und zu erproben. Ferner wurde am Peipus-See ein grösserer Fische-reistützpunkt gegründet. Aus diesem im November 1944 verfassten Schluss-bericht des »Sonderreferats Malletke« geht ausserdem hervor, dass in den Niederlanden, d.h. in der Niederländischen Ostkompagnie, grossangelegte Pläne zur Ansiedlung des landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses Hollands im Osten bestanden.¹¹⁹

Wenn es sich um den Einsatz der Holländer in den besetzten Ostgebieten handelte, wurde der Widerspruch zwischen den deutschen und holländischen Zielen sichtbar. Auf deutscher Seite war man vor allem an solchen hoch-qualifizierten Arbeitskräften interessiert, die nicht anders zu beschaffen waren und deren Einsatz von wesentlicher kriegswirtschaftlicher Bedeu-tung war. Das bedeutete gleichzeitig eine Streuung der Holländer. Sie selbst dagegen wären besonders an der Gründung auch recht grosser rein holländischer Kolonien interessiert gewesen, wobei man es noch gerne gesehen hätte, dass diese Kolonien eine direkte Verbindung zum Meer gehabt hätten. Vom nationalsozialistischen Standpunkt aus betrachtet waren solche Pläne ganz offensichtlich »chauvinistisch« und zeigten ein mangelndes Ver-mögen, aus der Perspektive des Reiches zu denken.

Besondere Fragen der Kulturpolitik

Der misslungene Versuch, die »Landesuniversität« des 19. Jahrhunderts wieder ins Leben zu rufen

Die Aufgabe der im Reichskommissariat Ostland verfolgten Kulturpoli-tik war es natürlich, den Gesamtzielen der deutschen Besatzungspolitik in diesem Gebiet zu dienen. Da zu den Fernzielen der Besatzungspolitik im Baltikum nur die Eindeutschung des rassisch wertvollen Bevölkerungsele-ments gehörte, gab dies der Kulturpolitik wenigstens theoretisch einen selektiven Charakter. In der Praxis war es anfangs allerdings nicht möglich zu verhindern, dass auch die rassisch Unerwünschten der zunehmenden Expansion der deutschen Kultur teilhaftig wurden. Dennoch hatte Wetzel in seinen Richtlinien zur Eindeutschungspolitik schon auf die in Zukunft

die Ukraine. Die Ziele der Kommissionen im Baltikum nennt der obige Bericht nur sehr allgemein: Fragen der Landwirtschaft, Fischerei, der Häfen und der Schifffahrt sowie der Torf- und Ziegelindustrie. »Erster Bericht der Arbeiten der Nederlandsche Oost Compagnie«. BA: R 6/448.

¹¹⁹ Tätigkeitsbericht des Sonderreferats Malletke, 11. 11. 1944. BA: R 6/443.

in Gebrauch zu nehmenden Nationalitätslisten hingewiesen, in die nur die eindeutschungsfähige Bevölkerung aufgenommen würde, und die gleichzeitig die kulturelle Isolierung der rassistisch fremden Elemente ermöglichen würden.¹²⁰ Diese Fragen wurden jedoch während der Besatzungszeit nicht mehr aktuell. Vom Standpunkt des Themas dieser Arbeit ist im Bereich der Kulturpolitik aus mehreren Gründen gerade die Hochschulpolitik eine interessante Frage. Die Studenten der Hochschulen stellten eine in dem Masse begrenzte Population dar, dass man bei ihrer Auswahl ausser anderen Kriterien auch einen rassistischen und ideologischen »*numerus clausus*« anwenden und auf diese Weise versuchen konnte, den auf die Dauer gefährlichsten Gegner der Eindeutschungspolitik, die national denkenden Gebildeten, zu eliminieren.¹²¹ In Verbindung damit hielt man es im allgemeinen für zweckmässig, das Hochschulstudium in Zukunft zahlenmässig stark einzuschränken.¹²² Eine nähere Analyse der Fragen in Verbindung mit der Eindeutschungspolitik hatte allmählich gezeigt, um ein wie vielfältiges Problem es sich bei der Eindeutschung handelte. Sofern man überhaupt einen gewissen Eindeutschungsprozess von innen her erzeugen wollte, war es unumgänglich, dass die Eindeutschungspolitik die sozial Aufsteigenden in den Griff bekäme, damit diese dann als Katalysatoren einer weiteren Eindeutschung fungierten.¹²³ Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, dass die Besatzungsverwaltung die Hochschulpolitik fest in deutschen Händen halten wollte und dass das Ministerium sich alle endgültigen Entscheidungen vorbehielt.¹²⁴

¹²⁰ »Richtlinien zur Frage der Eindeutschbarkeit der Esten, Letten und Litauer«, 17. 3. 1943. S. 5. BA: R 6/160.

¹²¹ Gerade die Intelligenz betrachteten die deutschen Machthaber auch anderswo mit besonderem Misstrauen. Vgl. z.B. Czeslaw Madajczyk, *Die Deutsche Besatzungspolitik in Polen (1939—1945)*. Wiesbaden 1967. S. 5. Für das Protektorat Böhmen und Mähren: *Widerstandskampf und Revolution 1938—1945* (Masch. vervielf.). I, S. 119, 157, II S. 36.

¹²² Siehe z.B. den Sonderbericht über die Bevölkerungsverhältnisse des Baltikums vom Jahre 1939, S. 83. 180-L (ungedruckter Teil) S. 24 sowie den Bericht der kulturpolitischen Abteilung des RKO Juni-August 1942. BA: R 6/76. In dem Bericht wurde der Andrang an den höheren Lehranstalten als zu stark angesehen. Zu dessen Verhinderung wurde vorgeschlagen, die Zahl der Oberschulen zu vermindern, während gleichzeitig die zu praktischen Berufen führende Ausbildung erweitert werden sollte.

¹²³ Siehe oben S. 150. Vgl. auch den im Herbst 1942 gehaltenen Vortrag des Leiters der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, von Twardowski, worin dieser den Kulturattachés der Gesandtschaften gegenüber unterstrich, dass das Betreiben einer deutschen Kulturpolitik vor allem bedeute, die einflussreiche, ausgewählte geistige Führungsschicht in anderen Ländern zu beeinflussen und sie möglichst abhängig vom deutschen Geist zu machen. AA: Gesandtschaft Helsinki 6675/H 092681—092686.

¹²⁴ v. Stritzkys Denkschrift über die Hochschulpolitik, 23. 2. 1942. BA: R 92/vorl. 136.

Die Universität Riga hatte während der Militärverwaltung ihre Tätigkeit wieder in vollem Umfange aufgenommen,¹²⁵ Prüfungen veranstaltet, Diplome verteilt und versucht, in jeder Hinsicht die Verhältnisse vor der sowjetischen Zeit wiederherzustellen. Die Universität hatte sogar selbständig eine »Säuberungsaktion« durchgeführt, bei der in jedem einzelnen Falle geprüft worden war, ob ein Lehrer, der sich während der sowjetischen Besetzung »kompromittiert« hatte, seine Stelle behalten konnte oder nicht.¹²⁶ Im September wollte die Universität die Immatrikulationsvorschriften für das Herbstsemester veröffentlichen, deren Druck die Sicherheitspolizei jedoch im letzten Augenblick verhinderte. Die Zivilverwaltung, die Anfang desselben Monats ihre Arbeit aufnahm, verbot zunächst einmal der Universität am 15. 9. bis auf weiteres, ihre Tätigkeit fortzusetzen.¹²⁷ Aus der Korrespondenz des Generalkommissars von Lettland zu schliessen scheint es offensichtlich, dass schon damals Pläne bestanden, die 1919 gegründete Universität von Riga auf eine technische Hochschule zu reduzieren.¹²⁸ Im Generalkommissariat, wo die politischen Folgen der geplanten Massnahmen genauer erwogen werden mussten, betrachtete man solche Entwürfe mit gewissen Vorbehalten. Die Zukunft der Universität Riga interessierte die öffentliche Meinung in Lettland sehr stark, und Generalkommissar Drechsler konnte unter solchen Umständen nicht die formale Aufhebung der Universität befürworten. Gleichzeitig drängten sowohl die Mitarbeiter des Generalkommissars als auch die lettischen Behörden auf Öffnung der Universität, indem sie auf den Mangel an akademisch gebildeten Arbeitskräften hinwiesen.¹²⁹

Drechsler schien somit wenigstens schon Anfang Oktober die Pläne zur Neuorganisation des Hochschulwesens im Ostland mindestens bezüg-

¹²⁵ Nach der Sicherheitspolizei hatten die Letten die Genehmigung zur Öffnung der Universität Riga von Prof. Klumberg erhalten, der kulturpolitischer Berater des Generals v. Roques war. Ereignismeldung UdSSR Nr. 53/15. 8. 1941. BA: R 58/216. Über Klumberg siehe auch oben S. 79.

¹²⁶ v. Stritzkys obige Denkschrift, 23. 2. 1942. Stritzky spottet hier über den Normalisierungseifer der Militärverwaltung. Die Militärverwaltung hatte nämlich gefordert, dass der letzte Rektor der Universität Riga aus der Zeit der Selbständigkeit, Prof. Primanis, der im Zuge der Umsiedlung nach Deutschland gegangen war, zurückkehre, denn es müsse doch nun der Rektor der Universität zur Stelle sein, wenn die Militärbehörden doch alle Unternehmen aufgefordert haben, ihre Tätigkeit in der alten Weise fortzusetzen.

¹²⁷ Ibidem.

¹²⁸ Vor dem Jahre 1919 hatte es in Riga eine technische Hochschule (gegr. 1862), ein Polytechnikum, gegeben, das ursprünglich in seiner Sprache und seinem Geist völlig deutsch war. Siehe Niitemaa S. 305.

¹²⁹ Drechsler an das RKO, 7. 10. 1941, Celms (Generaldirektor der Kulturverwaltung Lettlands) an Drechsler, 30. 10. 1941. BA: R 92/vorl. 135, sowie Celms an v. Stritzky, 23. 9. 1941. BA: R 92/vorl. 140. Celms nannte besonders den Mangel an Zahnärzten, weil ein beträchtlicher Teil von ihnen Juden gewesen waren.

lich der Universität Riga gekannt zu haben. Einer der Hauptarchitekten dieser »Hochschulreform« scheint der von Rosenberg ins Ostland entsandte persönliche Bevollmächtigte Prof. Edmund Spohr gewesen zu sein.¹³⁰ Spohr hatte in seinem Plan vorausgesetzt, dass die Auflösung des alten Systems und der Übergang zum neuen System innerhalb einer Übergangsphase von anderthalb Jahren geschehe. Die damaligen Universitäten sollten ihre Tore nur den fortgeschrittenen Studenten öffnen, damit diese Gelegenheit hätten, ihre Studien abzuschliessen. Das Studium der jüngeren Altersklassen sollte von Anfang an im Reich geschehen. Vom Januar 1943 an sollte in Dorpat die völlig neue, vier Fakultäten (rechtswissenschaftliche, medizinische, philosophische und naturwissenschaftliche) umfassende Ostland-Universität ihre Tätigkeit aufnehmen, die als eine allen vier Generalbezirken gemeinsame Universität gedacht war. Der wirtschaftswissenschaftliche Unterricht sollte an das in Riga zu gründende Polytechnikum verlegt werden, wonach die anderen Fakultäten der Universität von Lettland aufgelöst werden sollten. Die landwirtschaftlichen und veterinärmedizinischen Fakultäten in Dorpat und Riga sollten geschlossen und ihr Unterricht in Litauen konzentriert werden. Der theologische Unterricht sollte nach dem Plan völlig von der Universität getrennt werden. Der grösste Teil des Unterrichts hätte natürlich in deutscher Sprache stattgefunden; der Gebrauch der örtlichen Sprachen hätte sich auf die für die kulturellen Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung sorgenden nationalen Institute beschränkt, in denen vor allem volkskundliche und sprachwissenschaftliche Forschungs- und Lehrtätigkeit betrieben worden wäre. Als interessante Kuriosität aus Spohrs Entwürfen sei erwähnt, dass er zu den Aufgaben der künftigen Universität Dorpat auch die Vermittlung deutscher Kultureinflüsse an die nordischen Nachbarländer (Finnland, Schweden) gerechnet hatte.¹³¹

In Dorpat waren noch im Herbst 1941 die von diesen Plänen vorausgesetzten Massnahmen in einer geschlossenen Konferenz zwischen den deutschen Behörden erörtert worden. Die Ziele der deutschen Zivilverwaltung und der Militärverwaltung stimmten jedoch auch hier nicht überein. Die deutsche Wehrmacht war auch an einer vorübergehenden Lähmung der Universitätstätigkeit aus mehreren Gründen nicht interessiert: die Verwundete pflegenden Kliniken der Universität arbeiteten unter Hochdruck, man brauchte dringend u.a. Ärzte und Landwirtschaftsexperten, in vielen Insti-

¹³⁰ Spohr, Edmund (geb. 1887 in Livland), 1920 Dozent der Universität Dorpat, 1930—1939 Professor am Herderinstitut und 1941—1945 in Posen.

¹³¹ 180-L (ungedruckter Teil) S. 24, 35. Hans Kauri, Tartu ülikool ja üliopilased. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas X. Stockholm 1962. S. 51—52. Kauri war während der Besatzungszeit Sekretär der Universität Dorpat. Die künftige Ostland-Universität war deutlich als Fortsetzung der Landesuniversität des 19. Jahrhunderts gedacht, an der die studierenden Esten und Letten Anfang des Jahrhunderts fast regelmässig eingedeutscht wurden. Niitemaa S. 305.

tuten der Universität arbeitete man an Forschungsaufträgen der Wehrmacht usw. Ganz offensichtlich mit Absicht liess die Militärverwaltung die Nachricht von Spohrs Plänen an estnische Universitätskreise durchsickern.¹³²

In dem Erlass des Ostministeriums vom 19. 11. 1941 über die Behandlung von Hochschulfragen waren Spohrs Pläne gebilligt worden. »Alle Hochschulen im RK Ostland sind bis auf weiteres zu schliessen« heisst es am Anfang des Erlasses. Der schreiende Mangel an akademisch gebildeten Arbeitskräften hatte jedoch schon dazu gezwungen, in denselben Absatz die Einschränkung aufzunehmen, dass die medizinischen, veterinärmedizinischen, landwirtschaftlichen und forstlichen sowie technischen Fakultäten offen gehalten werden konnten und der Unterricht in jenen naturwissenschaftlichen Fächern fortgesetzt werden durfte, die zum Abschluss der Studien in den obigen Fakultäten notwendig waren. Jene Studenten, die schon mehrere Semester studiert hatten und nicht zu den genannten Fakultäten gehörten, konnten sich das Recht zum Abschluss ihres Studiums nur »durch vorbildliches Verhalten« verschaffen und durch Eintreten für die Interessen Deutschlands. In der Zukunft hätte das Ostland »folgende deutsche Hochschulen (Sperrung vom Verf.): 1) Universität in Dorpat, 2) Technische Hochschule in Riga, 3) Landwirtschaftliche Hochschule in Kauen (Kowno) nebst Veterinärakademie«. Den Reichskommissar forderte Rosenberg auf, sofort die als geeignet erscheinenden vorbereitenden Massnahmen zu treffen.¹³³ In der gleichzeitig gegebenen Durchführungsbestimmung stand die Aufforderung, nach Möglichkeit in der Unterrichtstätigkeit der Hochschulen und in ihren Forschungsinstituten den Gebrauch der deutschen Sprache zu fördern. In Anbetracht dessen seien Kurse der deutschen Sprache zu veranstalten.¹³⁴ Es wurde mitgeteilt, dass der Reichs-

¹³² Dadurch erfuhren die Esten u.a., wie die estnische Universität von Dorpat liquidiert werden sollte: 1) Die »politisch unzuverlässigen« Lehrer sollten entlassen werden. Der örtliche Chef der Sicherheitspolizei zählte zu dieser Kategorie 60 % allen Lehrer. 2) Die Lehrer, die gut Deutsch und Russisch konnten, sollten in Dienste der deutschen Verwaltung weiter im Osten eingesetzt werden. 3) Eine kleine Zahl international bekannter Lehrer hätte an deutsche Universitäten berufen werden können. 4) Ein Teil der Universitätslehrer konnte in der Selbstverwaltung Estlands untergebracht werden. Kauri S. 52.

¹³³ NO-300.

¹³⁴ PS-299. Der Unterricht der deutschen Sprache diene zugleich direkt ideologischen Zwecken. So berichtete die DZO vom 24. 7. 1942 von Kursen für lettische Deutschlehrer, bei denen die Lehrer sich auch mit den »nationalsozialistischen Erziehungsgrundsätzen und dem deutschen Schulwesen« vertraut machten. Für die Lehrer von Grundschulen wurden dreiwöchige Kurse veranstaltet, deren erfolgreiche Absolventen als Anerkennung Mein Kampf erhielten. Insgesamt wurden bei Kursen im Ostland etwa 4 000 Lehrer unterrichtet und bei Kursen in Deutschland ausserdem 1 000 Lehrer aus Estland, Lettland und Litauen. Tätigkeitsbericht der Hauptabteilung II (Verwaltung). BA: R 6/238. Über die Sprachkurse siehe auch DZO 28. 1., 25. 2., 14. 7. und 8. 10. 1942. An der Universität Riga waren im Studienjahr

kommissar später Anweisungen über die Immatrikulation neuer Studenten geben werde.¹³⁵ In den Anfang Dezember 1941 herausgegebenen Durchführungsbestimmungen wurde bekannt gemacht, dass die Hochschulen während der sowjetischen Besatzung aufgehört hätten zu bestehen und dass es sich jetzt ausschliesslich um die Öffnung bestimmter einzelner Fakultäten handele.¹³⁶

Nachdem Generalkommissar Drechsler in Lettland sowohl aus Berlin als durch Spohr genauer über den in Vorbereitung befindlichen Erlass über die Hochschulen unterrichtet worden war, beeilte er sich — ohne auf deren Eintreffen zu warten — schon am 15. 11. 1941 die Genehmigung zur Öffnung der technischen und der medizinischen Fakultät der Universität Riga und zur Ablegung von Schlussprüfungen in diesen Fakultäten zu erteilen. In der Praxis hatte der Hochschülerlass vom 19. 11. eigentlich auch der Öffnung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät seinen Segen gegeben. In seiner Stellungnahme zum Hochschülerlass befürwortete der Generalkommissar auch die wenigstens teilweise Öffnung der noch geschlossenen rechtswissenschaftlichen und philologisch-philosophischen Fakultät. Zur Aufnahme des Geschichtsunterrichts sah Drechsler vorläufig keine Möglichkeiten, weil die Vertreter dieses Faches teils nach Moskau geflohen waren, teils wiederum völlig »ungeeignet« für ihre Aufgaben waren.¹³⁷ Die Akten der kulturpolitischen Abteilung des Generalkommissars von Lettland zeigen, dass die Universitätspolitik des Generalkommissars aktiv und selbständig war. Für die Einstellung Drechslers und des Leiters seiner kulturpolitischen Abteilung, v. Stritzkys, war es kennzeichnend, dass sie nicht glaubten, mit der Schliessung und Auflösung von Instituten der Universität irgendetwas Positives erreichen zu können, sondern nur durch eine »positive« Erziehung der Letten.¹³⁸ Drechsler erteilte am 27. 3. 1942

1943—44 die Studenten der ersten Jahreskurse verpflichtet, an Kursen der deutschen Sprache mit vier Wochenstunden teilzunehmen. Bericht der kulturpolitischen Abteilung des Generalkommissariats von Lettland über die Zeit vom 15. 10. 1943—10. 1. 1944. BA: R 92/vorl. 136.

¹³⁵ Ibidem.

¹³⁶ Die Durchführungsbestimmung referiert v. Stritzky in seiner Denkschrift über die Hochschulpolitik vom 23. 2. 1942. BA: R 92/vorl. 136.

¹³⁷ Drechsler an den Reichskommissar, 1. 12. 1941. BA: R 92/vorl. 140. Im Studienjahr 1942—43 besorgten den Geschichtsunterricht an der Universität Riga zehn deutsche Lehrbeauftragte (hauptsächlich Beamte des Reichskommissariats). Siehe Vorläufiger Plan für Lehraufträge in philosophischen Fächern für das Studienjahr 1942/43 in Riga. BA: R 92/vorl. 140. Im folgenden Studienjahr war Dr. W. Koppe hauptamtlicher Dozent für Geschichte. Koppes Arbeitsbericht, 30. 5. 1944. BA: R 92/vorl. 133. Über die politisierte deutsche Geschichtsschreibung der Besatzungszeit siehe auch Fr. Balodis: *Lettisk förhistoria. Fornvännen* 1943. S. 43—53.

¹³⁸ Z.B. wurde in einer von v. Stritzky — für den Generalkommissar für ein Gespräch mit Rosenberg — verfassten Denkschrift empfohlen, auch die theologische Fakultät im Zusammenhang mit der Universität zu erhalten, damit die Letten kirch-

aufgrund einer sehr fraglichen mündlichen Vollmacht des Ostministers¹³⁹ die Erlaubnis zur Fortsetzung der Arbeit auch in der rechtswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät mit Ausnahme der historischen Abteilung — und stellte damit das Ministerium und den Reichskommissar vor vollendete Tatsachen.¹⁴⁰ Das geschah, obwohl der Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Reichskommissariats, Dr. Neugebauer, der es nicht einmal gewagt hatte, über die Frage zu verhandeln, ohne zuerst Weisungen aus Berlin anzufordern, am 12. 3. 1942 ausdrücklich mitgeteilt hatte, dass der Erlass vom 19. 11. 1941 weiterhin in Kraft sei, und somit die philosophischen und rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen auch weiterhin hätten geschlossen bleiben sollen.¹⁴¹ In Litauen hatten die Universitäten von Kowno und Wilna — mit Ausnahme der humanistischen Fakultäten — schon im Herbst 1941 ihre Tätigkeit aufgenommen.¹⁴² In Dorpat konnte die Universität erst im Frühjahr 1942 geöffnet werden.¹⁴³ Weiterhin offen geblieben waren also die Frage der endgültigen Regelung der Stellung der humanistischen und der theologischen Fakultäten sowie die bei der Zulassung von neuen Studenten anzuwendenden Vorschriften. Bei den Gesprächen, die im Frühjahr 1942 in Berlin und in Riga über die Universitätsfrage im ganzen und besonders über die Umorganisation der humanistischen Fakultäten geführt wurden, wichen die Auffassungen der einzelnen Verwaltungsinstanzen beträchtlich voneinander ab. Die betreffenden Beamten in den kulturpolitischen Abteilungen des Ministeriums und des Reichskommissariats empfahlen sehr geradlinige Methoden zur Erreichung der im Hochschulerlass gesetzten Ziele. Dr. Scheidt, der Leiter der kulturpolitischen Abteilung im Ostministerium, teilte in einem Gespräch beim Generalkommissar am 21. 4. 1942 mit, dass beabsichtigt sei, ab Herbst 1942 anstelle der rechtswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät eine Akademie für Verwaltung und für Erziehung zu gründen, wo als Lehrer ausser Letten auch deutsche Dozenten arbeiten würden. Der Leiter der

lich leichter an den »deutschen Glauben« gebunden werden könnten. Die Schließung der theologischen Fakultäten hielt Stritzky für propagandistisch bedenklich, weil das eine Billigung der sowjetischen Massnahmen bedeutet hätte. Stritzkys Denkschrift, 29. 1. 1942. BA: R 92/vorl. 140.

¹³⁹ Später teilte der Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Ministeriums, Scheidt, mit, dass die Öffnung der Fakultäten entgegen dem Wunsch Berlins geschehen sei. Siehe die Aufzeichnungen über das am 21. 4. 1942 bei Drechsler geführte Gespräch. BA: R 92/vorl. 140. Vgl. Drechslers eigene Denkschrift über sein Gespräch mit Rosenberg am 16. 2. 1942. BA: R 92/vorl. 135.

¹⁴⁰ Bönner an die Universität Riga, 27. 3. 1942 und Drechsler an das RKO, 11. 4. 1942. BA: R 92/vorl. 140.

¹⁴¹ Neugebauer an Drechsler, 12. 3. 1942. BA: R 92/vorl. 135.

¹⁴² L-180 (ungedruckter Teil), S. 24. Ereignismeldung UdSSR Nr. 95/26. 9. 1941. BA: R 58/217.

¹⁴³ Ereignismeldung UdSSR Nr. 154/12. 1. 1942. BA: R 58/220.

kulturpolitischen Abteilung im Reichskommissariat, Neugebauer, und der Referent für Hochschulfragen derselben Behörde, Dr. H. Stegmann, befürworteten als eifrige Anhänger des Plans von Prof. Spohr ebenfalls gesonderte Akademien für die Ausbildung von Verwaltungsbeamten und Lehrern und waren der Ansicht, dass die Öffnung der rechtswissenschaftlichen und der philosophischen Fakultät »die Gesamtplanung der Hochschulfrage im Ostland« gefährdet habe.¹⁴⁴ Den Standpunkt des Generalkommissariats Lettland legte der Leiter der Hauptabteilung Politik, Bürgermeister Bönner, dar, der sich gegen die Zersplitterung der Universität aussprach und davor warnte, in dieser Frage irgendeine »Nadelstichpolitik« zu betreiben, besonders weil die Universität Riga für die Letten das Symbol der nationalen Bildung sei. Bönner hätte alle Pläne zur Umorganisierung bis nach dem Kriege aufschieben wollen.¹⁴⁵

Bezüglich der humanistischen Fakultäten fand man eine Art von Kompromisslösung in der Verordnung vom August 1942 über die sog. Kriegssonderlehrgänge, die zur Ausbildung von Verwaltungsbeamten, Richtern, Lehrern und Diplom-Kaufleuten veranstaltet werden konnten. Das Lehrprogramm der Kurse war auf die praktische Berufsausbildung der genannten Berufsgruppen beschränkt, wogegen sie keine Fächer enthalten durften, deren Behandlung politisch unzweckmässig sei und die nicht unmittelbar den Bedürfnissen der Selbstverwaltung dienten. So durften z.B. die Kriegssonderlehrgänge für Juristen kein Staatsrecht, kein internationales Recht, kein Sozialrecht, keine Rechtsgeschichte und keine Rechtsphilosophie enthalten. Es wurde ausdrücklich verboten, bei den Kriegssonderlehrgängen wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden und den Lehrern der humanistischen Fakultäten Forschungsaufträge zu erteilen.¹⁴⁶ Auf diese Weise hatte man eine Lösung gefunden, die alle zufriedenstellte: die Unterrichtstätigkeit konnte, allerdings begrenzt, auch in den humanistischen Fakultäten beginnen, aber andererseits war vom Ministerium deutlich ausgedrückt worden, dass es sich um eine auf die Kriegszeit beschränkte provisorische Regelung handele, die in keiner Weise mit dem Erlass über die Hochschulen vom 19. 11. 1941 in Widerspruch stehe. Rosenberg hatte auch die theo-

¹⁴⁴ v. Stritzkys Notiz an Drechsler, 28. 2. 1942. Aufzeichnungen über das Gespräch am 21. 4. 1942. BA: R 92/vorl. 140. Kauri S. 55.

¹⁴⁵ Die obengenannten Gesprächsaufzeichnungen, 21. 4. 1942. Ebenso hatte v. Stritzky sich der Trennung der rechtswissenschaftlichen und der philosophischen Fakultät von der Universität widersetzt und es vom Standpunkt der Einddeutschung der Universität im Gegenteil als wichtig angesehen, dass diese Fakultäten als erste germanisiert würden, weshalb dafür zu sorgen sei, dass die deutschen Dozenten dort in der Mehrheit sind. Aufzeichnungen über das Gespräch bei Bönner, 5. 6. 1942. BA: R 92/vorl. 140.

¹⁴⁶ Meyer an Lohse, 24. 8. 1942. BA: R 6/181. Bericht der kulturpolitischen Abteilung des Generalkommissariats Lettland, 21. 10. 1942. BA: R 92/vorl. 140, sowie Bericht des Generalkommissars von Estland, 7. 10. 1942. CDJC: CXVVII b: 13.

logische Ausbildung aus der Universität herauslösen wollen.¹⁴⁷ In Dorpat wurde denn auch die theologische Fakultät geschlossen und statt dessen ein theologisches Institut gegründet. Ebenso wurde der theologische Unterricht in Kowno von der Universität abgetrennt. Dort wurde die Ausbildung der Priester seitdem im Rahmen eines katholischen Priesterseminars fortgesetzt. In Riga dagegen kam es während der Besatzungszeit nicht dazu, dass Institute ausserhalb der Universität für die Priesterausbildung der katholischen und der evangelischen Kirche gegründet wurden.¹⁴⁸

Besonders deutlich zeigte sich das Bemühen, die künftigen Gebildeten ideologisch und rassistisch einzudeutschen, als der Reichskommissar am 5. 8. 1942 anordnete, dass die Immatrikulation bei den Studenten, die zu den Jahrgängen 1921—1924 gehörten und das Abitur 1942 abgelegt hatten, die Ableistung des einjährigen Arbeitsdienstes in Deutschland voraussetze.¹⁴⁹ Die Arbeitsdienstpflicht betraf also nicht jene, die 1941 oder früher ihr Abitur gemacht hatten. Dennoch wurde in dieser Vorschrift der Dienst in der Wehrmacht, in der SS oder in entsprechenden Formationen dem Reichsarbeitsdienst gleichgestellt. Wenigstens noch 1942 schien man Ausnahmen hinsichtlich des Arbeitsdienstes gemacht zu haben, aber in späteren Anordnungen wurde betont, dass ein Versäumen der Anmeldung zum Reichsarbeitsdienst den Verlust des Studienrechtes zur Folge habe.¹⁵⁰

Die Studenten des Ostlandes »in den Universitäten des Reiches«

In dem von Professor Spohr im Herbst 1941 entworfenen Plan und in dem Hochschülerlass des Ministeriums vom 19. 11. 1941 war die schrittweise Aufhebung der nationalen Universitäten zugunsten des deutschen Hochschulwesens vorgesehen, was man natürlich am schnellsten erreicht hätte, wenn man in den alten Universitäten überhaupt keine neuen Studenten mehr aufgenommen, sondern die neuen Jahrgänge dahin gelenkt hätte, ihr Studium an deutschen Universitäten zu beginnen, wie es Spohr auch vorgeschlagen hatte. Dasselbe trug Wetzel noch im März 1943 vor: »Voraussetzung für das Studium von Esten und Letten an einheimischen Universitäten sollte sein, dass die Betreffenden den Arbeitsdienst im

¹⁴⁷ Siehe z.B. Drechslers Aufzeichnungen über sein Gespräch mit Rosenberg, 16. 2. 1942. BA: R 92/vorl. 135.

¹⁴⁸ OMi an die Parteikanzlei (Entwurf), 24. 4. 1944. BA: R 6/181. Kauri, S. 55.

¹⁴⁹ RKO II Kult (Gentz) an die Generalkommissare in Riga, Reval und Kowno, 5. 8. 1942. Ein einjähriger Dienst in irgendeinem einheimischen Unternehmen oder einer Behörde ersetzte den Arbeitsdienst in Deutschland, wenn der Betreffende als nicht RAD-tauglich betrachtet wurde.

¹⁵⁰ Siehe z.B. »Ordnung für die studentische Arbeitsdienstpflicht im RKO. 29. 10. 1942«. BA: R 92/vorl. 133.

Reich abgeleistet und mehrere Semester im Reich zunächst studiert haben».¹⁵¹ Dennoch war es während des Krieges nicht denkbar, dass die estnischen, lettischen und litauischen Studenten in grösserer Zahl an den Universitäten des Reiches studierten, weil zur gleichen Zeit die deutschen Studenten an den Fronten kämpften.¹⁵² In wesentlich beschränkterem Umfang kam die Sache im Sommer 1942 zur Sprache, als das Ostministerium vorschlug, an den Universitäten des Reiches eine kleinere Zahl von solchen Studenten aus Estland, Lettland und Litauen zuzulassen, die beim Arbeitsdienst oder in der Wehrmacht »vorbildliches Verhalten» gezeigt hatten und »besonders aktiv für deutsche Belange eingetreten» waren. Schon bei vorbereitenden Gesprächen wiesen die Vertreter des Ministeriums darauf hin, dass »die Massnahme gleichzeitig unter dem Gesichtspunkt der Eindeutschung zu betrachten sei».¹⁵⁴ Wegen der Zweifel, die diese Pläne in der Parteikanzlei weckten, wurde es notwendig, die Frage dem Führer zur Entscheidung vorzulegen,¹⁵⁵ der dann Anfang Dezember 1942 seine Einwilligung gab, dass die deutschen Universitäten eine gewisse Zahl politisch zuverlässiger Studenten aufnehmen durften, für deren Aufsicht der Sicherheitsdienst verantwortlich sein sollte.¹⁵⁶ Die Vertreter des Ostministeriums und des RSHA waren sich Ende November 1942 über die Voraussetzungen einig geworden, die aus dem Ostland stammende Studenten zu erfüllen hätten, um das Recht zum Studium an deutschen Universitäten zu erhalten, wobei u. a. festgestellt wurde, dass der ausdrückliche Zweck des Studiums die spätere Eindeutschung der Betreffenden sei, weshalb schon bei der Auswahl der Studenten auf die rassischen Gesichtspunkte besonderes Gewicht zu legen sei.¹⁵⁷ Ohne Zweifel betrachteten die beteiligten deutschen Behörden das Studium dieser Studenten in Deutschland als ein Mittel zum Betreiben einer individuellen Eindeutschungspolitik.¹⁵⁸ Beson-

¹⁵¹ »Richtlinien zur Frage der Eindeutschbarkeit der Esten, Letten und Litauer» 17. 3. 1943. S. 6. BA: R 6/160.

¹⁵² Siehe die Denkschrift über das am 16. 2. 1942 beim Generalkommissar von Lettland geführte Gespräch. BA: R 92/vorl. 140.

¹⁵³ In Frage kamen in erster Linie Studenten der Medizin, der Veterinärmedizin, der landwirtschaftlichen und technischen Fächer.

¹⁵⁴ »Niederschrift über die Ressortsbesprechung über die Frage der fachwissenschaftlichen Ausbildung von Angehörigen der besetzten Gebiete» 14. 7. 1942. Scheidt an RM für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 15. 9. 1942. BA: R 6/105.

¹⁵⁵ Ibidem. Vgl. auch Constantin Graf Stamati, Zur »Kulturpolitik des Ostministeriums.» Vjh. Zgsch. 1958. S. 80—81.

¹⁵⁶ Kopien der Denkschriften Leibnitz' vom 30. 11. und 4. 12. 1942, CDJC: CXL Va: 26. Bei der Besprechung wurde von ca. 25—30 Studenten gesprochen.

¹⁵⁷ Milwe-Schröder an RM für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 10. 12. 1942. CDJC: CXL Va-26.

¹⁵⁸ Constantin Graf Stamatis obige apologetische Bemerkung (Vjh. Zgsch. 1958, S. 78—85) muss als bewusst irreführend angesehen werden, weil Stamati darin wider

ders betont wurden diese Gesichtspunkte bei einigen internen Besprechungen des Ostministeriums im Herbst 1943. Die rassenpolitischen Experten des Ministeriums hoben bei diesen Besprechungen hervor, dass bei den in deutschen Universitäten zu immatrikulierenden Studenten aus dem Ostland noch strengere Rassenkriterien anzuwenden seien als bei den RAD-Freiwilligen: bei diesen genügte es, dass sie als »tragbar« angesehen werden konnten, aber bei jenen wurde gefordert, dass sie ihren Rasseneigenschaften nach das gewünschte Element repräsentierten.¹⁵⁹ Nach allem zu schliessen, wurde dann im Ostland doch nicht genügend auf die äusseren Rassenmerkmale der nach Deutschland zum Studium Zugelassenen geachtet, weil Stamati am 21. 4. 1944 sich beim Reichskommissar für das Ostland beklagte, »der Eindruck, den die für das Sommersemester 1944 Zugelassenen [Studenten] erwecken, ist nicht durchweg erfreulich. Ihre inneren Werte mögen den Anforderungen entsprechen, aber äusserlich wirkten manche doch recht unbefriedigend«.¹⁶⁰ Genauere Angaben über die Gesamtzahl der aus dem Ostland nach Deutschland gekommenen Studenten fehlen. Nach Stamati belief sich das für estnische und lettische Studenten bestätigte gemeinsame Kontingent auf 100.¹⁶¹ Nachdem die Universitäten in Litauen im Frühjahr 1943 geschlossen worden waren, wurden von dort 86 politisch zuverlässige und rassisch einwandfreie Studenten praktischer Gebiete zur Fortsetzung ihren Studien nach Deutschland gelassen. Nur unter dem Zwang des schreienden Mangels an Spezialisten gab Himmler seine Zustimmung zu dieser Massnahme, die unter anderen Umständen auf keinen Fall in Frage gekommen wäre.¹⁶²

*Die für die »germanische Elite« geplanten Sonderlehranstalten
(»Aufbauschulen«)*

Als ein Vorbild dieser für das Baltikum geplanten »Aufbauschulen« sind zweifellos die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NPEAs) anzusehen, die die Eliteschulen des Dritten Reichs im nationalpolitischen Geist sein sollten. Die Kriegsjahre hatten zur Ausweitung dieser elitären Erziehungsform auf das Gebiet des »Grossdeutschen Reichs« und der eroberten Länder

besseres Wissen versucht, die Motive der kulturpolitischen Abteilung des Ostministeriums als rein humanitäre darzustellen.

¹⁵⁹ Frigaus und Gallmeiers Denkschrift, 21. 10. 1943. BA: R 6/105.

¹⁶⁰ Stamati an RKO, 21. 4. 1944. Noch schärfer schrieb Stamati darüber an Wetzel und bemerkte, dass viele aus dem Ostland Kommenden beträchtlich vom Typ des deutschen Studenten abweichen und »um es krass zu formulieren, eher wie Stallknechte oder kleine Ladenmädchen bzw. Kuhmägde als wie Studenten« aussehen. BA R 6/105.

¹⁶¹ Stamati S. 81.

¹⁶² Brandt an Berger, 23. 6. 1943, Film T-175/Rolle 22/527114.

geführt, in denen den nationalpolitischen Erziehungsanstalten eine neue Aufgabe gewiesen wurde: die »Erziehung zur Reichsidee«. ¹⁶³ In Holland trugen die von Himmler gegründeten zwei nationalpolitischen Erziehungsanstalten mit Hitlers Zustimmung den Namen »Reichsschule«. Himmler hatte auch die Gründung entsprechender Schulen in Norwegen geplant. ¹⁶⁴

Der Plan für die Gründung einer »Aufbauschule« in jedem der drei Generalbezirke des Baltikums scheint im Ostministerium um die Jahreswende 1942/43 entstanden zu sein. Dabei war vorgesehen, dass diese Schulen ihre Tätigkeit schon im Schuljahr 1943—1944 beginnen könnten. Als Aufgabe der Schulen wurde festgelegt, dass sie »geistig besonders befähigte, körperlich gesunde, rassisch und charakterlich geeignete Kinder [Jungen] des einheimischen Volkstums« dazu erziehen sollten, »in leitenden Stellungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung« dienen zu können. In den drei obersten Klassen der als sechsjährig geplanten Schule sollte Deutsch die einzige Unterrichtssprache sein. Der Entwurf sah vor, dass der Schulleiter nur ein Reichsdeutscher sein konnte. Die in die Schule zu wählenden Schüler sollten die Volks- oder Mittelschule besucht haben, und sie durften bei ihrer Bewerbung noch nicht das 14. Lebensjahr vollendet haben. Der Schulbesuch sollte mit dem deutschsprachigen Abitur abschließen, woran sich der Arbeitsdienst und die Wehrpflicht anschließen sollten, wonach dann den Absolventen der Schule Gelegenheit gegeben worden wäre, an deutschen Universitäten zu studieren. Auf die Auswahl von geeigneten einheimischen Lehrern sollte noch grössere Aufmerksamkeit gerichtet werden als auf die Schülersauswahl. ¹⁶⁵ Die Stundenpläne beruhten auf den Lehrplänen der deutschen Oberschulen. ¹⁶⁶

Hinter dem Vorhaben der Gründung von besonderen deutschen Oberschulen stand vor allem das Misstrauen gegenüber der als liberal in ihrer Einstellung geltenden einheimischen Intelligenz, die sich »nach den bisher gewonnenen Erfahrungen« oft als »ungeeignet und unwillig« zur Zusammenarbeit erwiesen hatte. Man glaubte, dass die ländliche Bevölkerung dagegen »weniger voreingenommen« und auch für politische Einflüsse empfänglicher sei, wenn sich ihr Möglichkeiten böten, im Leben vorwärts zu kom-

¹⁶³ Horst Überhorst, *Elite für Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933—1945*. Düsseldorf 1969. S. 36, 93—94.

¹⁶⁴ Tischgespräche 5. 4. 1942. S. 255, sowie Josef Ackermann, Himmler als Ideologe. Göttingen 1970. S. 176.

¹⁶⁵ Entwurf für die Anordnung über die Gründung der »Aufbauschulen« mit den dazu gehörigen genaueren Richtlinien, 12. 1. 1943. BA: R 6/402. Nach einer dem Entwurf beiliegenden Notiz hatten die Pläne Rosenbergs grundsätzliche Zustimmung erhalten.

¹⁶⁶ »Begründung für die Studentafel der Aufbauschulen für Einheimische«. BA: R 6/402.

men.¹⁶⁷ Aktualität gewannen diese Pläne im Frühjahr 1943 durch die Verhandlungen, die damals über die Gewährung der Autonomie für Estland, Lettland und Litauen geführt wurden. »Gerade die Tatsache, dass wir [d.h. die Deutschen] uns aus der Verwaltungsarbeit immer mehr zurückziehen, zwingt, Einrichtungen zu schaffen, die aus den Einheimischen den Nachwuchs sicher stellen, der sich überzeugt auch im deutschen Interesse einsetzt«, wurde in einer Denkschrift der kulturpolitischen Abteilung des Ostministeriums festgestellt. Und noch ein für die Verwaltungspraxis des Dritten Reiches sehr typisches Argument: »Wenn RMfdbO sich dieser Möglichkeit der Kulturpropaganda nicht annimmt, wird uns der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bzw. der Leiter der deutschen nationalpolitischen Erziehungsanstalten und Heimschulen... diese politisch auf die Dauer ausserordentlich wichtige Arbeit abnehmen«.¹⁶⁸ Ursprünglich war vorgesehen, dass die geplanten Aufbauschulen schon im Schuljahr 1943—1944 ihre Tätigkeit aufnehmen könnten. Nachdem die Gründung schon einmal aufgeschoben worden war, musste der Reichskommissar für das Ostland am 25. 4. 1944 mitteilen, seine politische und kulturpolitische Abteilung seien sich darüber einig, »dass die Aufbauschulen ihre weitgehende politische Aufgabe, wertvolle einheimische Kinder in deutschem Geist zu erziehen, nur erfüllen können, wenn sie von vornherein für sich besonders werbend wirken könnten, d.h. sie müssten vorzüglich mit besten Lehrkräften und Lehr- und Lernmitteln ausgestattet sein, zudem über hervorragende Gebäude sowie Internate verfügen«. Da die genannten Voraussetzungen infolge der Kriegsumstände nicht erfüllt werden konnten, hielt es der Reichskommissar für das Beste vorzuschlagen, dass auf die Gründung der genannten Schulen vorläufig verzichtet werde.¹⁶⁹

Die Organisierung der Jugend nach deutschen Vorbildern

Die Jugendarbeit — »eine hochpolitische Angelegenheit«

Die ausserordentliche politische Beachtung der Jugendfrage geht schon daraus hervor, dass dieser Aufgabenbereich im Ministerium der Hauptabteilung Politik und nicht Verwaltung zufiel. Die Besetzung der Stellen der Jugendabteilungen im Reichskommissariat und in den Generalkommissariaten machte so langsame Fortschritte, dass erst im Mai—Juni 1942 der erforderliche organisatorische Rahmen für die Tätigkeit geschaffen

¹⁶⁷ Entwurf der für den RKO bestimmten Richtlinien (Januar 1943). BA: R 6/402.

¹⁶⁸ RM.f.d.b.O./I. 6 b an Labs, 5. 3. 1943. BA: R 6/402.

¹⁶⁹ Trampedach an OMi, 25. 4. 1944. BA: R 6/402.

war.¹⁷⁰ Wenn auch die vorhandenen Quellen keine Möglichkeiten bieten, die Jugendpolitik der Besatzungsverwaltung sehr vielseitig zu beleuchten, lässt sich doch ein recht zuverlässiges Bild wenigstens von den jugendpolitischen Zielen der deutschen Besatzungsverwaltung gewinnen, was für das Thema dieser Untersuchung auch wichtiger scheint. Einige Hinweise auf die Einstellung der sog. landeseigenen Verwaltung zu diesen Plänen lassen sich auch finden, aber eigentliche Ergebnisse dieser Jugendpolitik sind dagegen nur beim Reichsarbeitsdienst zu sehen.

In einem Bericht der Einsatzgruppe A wurde im Spätherbst 1941 vorge schlagen, von Deutschen beaufsichtigte Jugendorganisationen zu gründen, die die politische und weltanschauliche Erziehung der Jugend übernehmen würden.¹⁷¹ Wenigstens aufgrund der Informationen, die von der in Lettland betriebenen Jugendpolitik erhalten sind, sieht es so aus, als ob man in der Besatzungsverwaltung anfangs eher an der »Organisierung der lettischen Jugend« als an der Gründung lettischer Jugendorganisationen interessiert war. Anfangs wurde nämlich vorausgesetzt, dass die Kreisführer der lettischen Jugendorganisation direkt den Referenten für Jugendfragen in den Gebietskommissariaten unterstehen würden, in welchem Falle also der Jugendorganisation eine lettische Führung oberhalb der Kreisstufe gefehlt hätte. Wegen des Widerstandes der führenden lettischen Kreise musste man jedoch auf diesen Entwurf verzichten und ihn durch einen neuen ersetzen, der vorsah, dass die Jugendorganisation einen lettischen Führungsstab erhielt.¹⁷² Im Frühjahr 1942 konnte man dann in Lettland und Estland daran gehen, offen oder verdeckter die Hitlerjugend kopierende einheimische Jugendorganisationen zu organisieren, die als Wegbereiter der Eindeutschung gedacht waren. In einem Artikel über die Gründung der neuen lettischen Jugendorganisation schrieb die DZO am 13. 6. 1942 ganz offen: »Denn wenn die Jugend dieses Raumes eine ihr gehörende neue Form des Zusammenschlusses finden will, so kann es nur eine sein, die sich eng an das deutsche Vorbild anlehnt«. Die deutsche Kontrolle wurde in der Weise gesichert, dass die Gebietskommissare Kreisführer der Jugendorganisationen einsetzten, deren Ernennung noch vom Generalkommissar bestätigt werden musste.¹⁷³ Wenigstens in Lettland sollte die Verbindung zwischen dem Chef des Führungsstabes der Jugendorganisation und dem lettischen

¹⁷⁰ Robert Herzog, Besatzungsverwaltung in den besetzten Ostgebieten — Abteilung Jugend. Tübingen 1960. S. 8—10.

¹⁷¹ 180-L, IMT XXXVII. S. 697.

¹⁷² »Einschaltung des Generaldirektors Valdmanis in die Jugendarbeit«. BA: R 6/13.

¹⁷³ DZO 13. 6. 1942. Siehe auch Drechsler an Rosenberg, 29. 12. 1942. BA: R 6/39. Drechsler stellt darin bei der Behandlung der lettischen Jugendorganisationen fest, dass »selbstverständlich deren weltanschauliche Richtlinien von deutscher Seite gegeben werden«.

Kreisführer grundsätzlich über die deutschen Jugendführer der Kreise gehen, was aber aus den vorkommenden Klagen zu schliessen nicht immer geschah.¹⁷⁴ Die deutschen Vorbilder für die estnischen und lettischen Jugendorganisationen wurden vorgestellt, indem ihre Vertreter nach Deutschland eingeladen wurden, um die Hitlerjugend und ihre Einrichtungen kennenzulernen.¹⁷⁵ Die verschiedene Betonung der Nah- und Fernziele rief bei der Besatzungsverwaltung Meinungsverschiedenheiten hervor, die aufgrund der Quellen auch in der Jugendpolitik spätestens Anfang des Jahres 1943 festzustellen sind. Der Leiter der Abteilung Jugend im Ostministerium Nickel besuchte damals Riga in Verbindung mit einem Arbeitslehrgang lettischer Jugendführer. In seinem Vortrag zum Abschluss des Kurses am 25. 2. 1943 sagte Nickel deutlich, dass »die lettische Jugend sich freimachen müsse von der Idee eines selbständigen lettischen Staates. An Stelle dessen muss die Idee des ewigen lettischen Volkstums unter der Führung Adolf Hitlers treten«. In einer Arbeitsbesprechung am folgenden Tage, an der die deutschen Jugendbeauftragten von den verschiedenen Stufen der Zivilverwaltung teilnahmen, zeigte Abteilungsleiter Lühr beim Reichskommissar mit Nickels Vortrag offensichtlich in Widerspruch stehende Gedanken auf. Lühr brachte zum Ausdruck, dass es »vor allem das Ziel sein müsse, die lettische Jugend in den totalen Kampf gegen den Bolschewismus einzuspannen. Eine Ausrichtung auf das Reich müsste erst nachher von selbst kommen. Vorläufig sei der Kampf gegen den Bolschewismus die wichtigste Forderung und daher bestehen keine Bedenken, eine national ausgerichtete Jugendführung zuzulassen.«¹⁷⁶ Ohne Zweifel blieben Lührs Gedanken eine unbedeutende Randbemerkung; die praktische Jugendarbeit strebte nach den von Nickel geschilderten Zielen. Das zeigt sich besonders in dem Eifer, mit dem das Besatzungsregime die landeseigene Verwaltung von der Jugendpolitik fernzuhalten suchte. Besonders energisch hatte sich der lettische Generaldirektor der Justizverwaltung Valdmanis für einen grösseren lettischen Einfluss in der zu gründenden neuen Organisation eingesetzt, was Rosenberg selbst veranlasste, neue Angriffe gegen Valdmanis zu richten. In seinem Brief an Lohse vom 12. 10. 1942 betonte der Ostminister, dass die Führung der Jugend »eine hochpolitische Angelegenheit« sei, was m.a.W. bedeutete, dass die Frage zur Kompetenz

¹⁷⁴ Siehe die obige Denkschrift »Einschaltung des Generaldirektors Valdmanis in die Jugendarbeit«.

¹⁷⁵ DZO 16. 8., 26.—27. 10. 1942. Vgl. Lohses Denkschrift vom März 1942 (»Zur Neugestaltung des Verwaltungsaufbaus des Ostlandes), wo Lohse es zu den besonderen Aufgaben des Reichskommissars auf dem Gebiet der Jugendpolitik zählte, jede Art von Wechselwirkung zwischen den einheimischen Jugendorganisationen und der Hitlerjugend zu fördern. Film T 454 Rolle 15/000639.

¹⁷⁶ Bericht über die Abschlusstagung der lettischen Jugendführer in Riga am 25. und 26. Feb. 1943. BA: R 91/7.

der deutschen und nicht der landeseigenen Verwaltung gehöre.¹⁷⁷ In der erwähnten Arbeitsbesprechung im Februar 1943 forderten die deutschen Jugendbeauftragten »im Interesse eines günstigen Verlaufes des Jugendarbeit«, dass »Herr Valdmanis und die hinter ihm stehenden Drahtzieher möglichst bald kaltgestellt werden.«¹⁷⁸

In Litauen hatte der Generalkommissar im Februar 1942 die Gründung einer solchen Jugendorganisation abgelehnt, die in ihrem Aufbau den Organisationen in Lettland und Estland analog gewesen wäre. Auf's neue wurde das Jugendproblem in Litauen erst ein Jahr später in Angriff genommen, und ein neuer Entwurf wurde dem Generalkommissar im Oktober 1943 vorgelegt. Wir können hier die im Entwurf enthaltenen organisatorischen Vorschläge übergehen und uns auf die Betrachtung seiner Begründungen beschränken, aus denen hervorgeht, welche Ziele die Besatzungsverwaltung der Jugendarbeit setzte. In dieser Hinsicht war schon der Titel der Berichtes bezeichnend: »Jugend für Deutschland und das litauische Volk«. Einerseits wollte man nicht erlauben, dass durch Gründung nationaler Jugendorganisationen »dem Chauvisnismus« neuer Gärstoff gegeben würde. Dennoch schien andererseits der Zeitpunkt für den baldigen Beginn der Jugendarbeit in Litauen günstig, »denn: wer jetzt bereit ist, diese Ziele [d.h. nationalsozialistische] zu verfolgen, kann nur zuverlässig und von ehrlichem Willen erfüllt sein. So soll und wird eine Auslese wie in der Kampfzeit der Hitler-Jugend im Reich entstehen, die später, wenn nach dem Siege die Zeit der Konjunktur beginnt, stark genug sein wird, um allen Weiterungen entgegentreten zu können.«¹⁷⁹ Der Generalkommissar von Litauen lehnte jedoch auch diesen Plan ab, und erst im folgenden Jahr war er bereit, seine Zustimmung zur Gründung vom litauischen Jugendorganisationen zu geben.¹⁸⁰

In Estland war auch eine die Hitler-Jugend nachahmende Organisation, »Eesti Noored«, gegründet worden, deren Aufgabe nach der von H. Mäe verfassten Satzung u.a. darin bestand, »die Jugend auf eine positive Weise« dazu zu erziehen, »sich an der Festigung der Kampf- und Schicksalsgemeinschaft Deutschlands und Estlands zu beteiligen.«¹⁸¹

Die deutsche Besatzungsverwaltung bemühte sich durch Überwachung und Lenkung der Tätigkeit einheimischer Jugendorganisationen um eine

¹⁷⁷ Rosenberg an Lohse, 12.10.1942. BA: R 6/279. Vgl. Herzog 1960, S. 15.

¹⁷⁸ Der obige Bericht über die Arbeitsbesprechung. BA: R 91/7.

¹⁷⁹ Nickel an Brandenburg (Adjutant von Gottlob Berger), 20.1.1944. In der Anlage eine Kopie der Denkschrift »Jugend für Deutschland und das litauische Volk«. BA: R 6/183.

¹⁸⁰ Herzog 1960, S. 16. Die Gründung der litauischen Jugendorganisationen war verbunden mit der damaligen militärischen Mobilisierung (sog. SS-Helferaktion).

¹⁸¹ Eesti Rahvas Nõukogude Liidu Suures Isamaasõjas. 1941—1945. S. 394.

nationalsozialistisch orientierte Erziehung der Jugend. Eine noch viel wirkungsvollere und direktere Möglichkeit zur ideologischen Erziehung der Jugend bot jedoch der Reichsarbeitsdienst.

Der Arbeitsdienst »im Reich« als erste Phase der Eindeutschung

Die enge Verbindung des Arbeitsdienstes mit den Mitteln der Eindeutschungspolitik geht schon daraus hervor, dass Hitler den Vorschlag Rosenbergs und des Reichsarbeitsführers Konstantin Hierl hinsichtlich eines eigenen Arbeitsdienstes der Baltischen Völker ablehnte und anordnete, die rassistisch Geeigneten in den deutschen Arbeitsdienst aufzunehmen.¹⁸² Wetzel war in seinen Denkschriften über die Eindeutschungspolitik auch auf die vom RAD gebotenen Möglichkeiten eingegangen, wobei er besonders betonte, dass der RAD nicht die einzige Massnahme bleiben dürfe, weil in dem Falle zu befürchten stand, dass die Ableistung des freiwilligen Arbeitsdienstes den Nationalismus direkt verstärken könnte.¹⁸³

Im Januar 1942 wurde die baltische Jugend zum ersten Mal zum Reichsarbeitsdienst einberufen. Während der Musterungsaktion wurde in keiner Weise versucht, den ideologischen Charakter des RAD zu verbergen. In dem von der DZO am 20. 5. 1942 veröffentlichten Artikel über die Ziele des RAD wurde offen festgestellt, dass der RAD »die Erziehungsanstalt des nationalsozialistischen Staates« sei, in der »die Arbeit nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur Erreichung der Erziehungsziele« sei.¹⁸⁴ Bei einer Informationsversammlung, die für RAD-Freiwillige in Mitau veranstaltet wurde, wies der Gebietskommissar von Medem zu Beginn seiner Ansprache auf seine früheren Aufrufe hin, in denen er die Jugend zum freiwilligen Arbeitsdienst gerufen hatte, nicht »wegen der schmucken Uniformen«, sondern indem er an »weltanschauliche« Gründe appellierte. Von Medem fuhr dann nach der DZO fort: »Wenn die Freiwilligen nach einem Jahr in ihre Heimat zurückkehren werden, dann werden sie — der Stolz ihres Volkes — als politische Soldaten zurückkommen, die ihr Volk für das neue Zeitalter vorbereiten sollen«.¹⁸⁵

Zum Arbeitsdienst wurden die Jugendlichen im Alter von 17—20 Jahren einberufen. In den Jahren 1942—1943 wurden jeweils zwei Musterungen veranstaltet. Insgesamt wurden für den Arbeitsdienst bei den einzelnen Musterungen aus Estland ca. 950, aus Lettland 4 576 und aus Litauen 1 645

¹⁸² Rosenbergs Mitteilung an die Hauptabteilungen seines Ministeriums, 29. 12. 1941. Siehe auch Trampedachs Denkschrift, 19. 11. 1942. BA: R 6/187, 279.

¹⁸³ »Gedanken zur Frage der Eindeutschbarkeit der Völker des Ostlandes«, (November 1942), S. 12. BA: R 6/160.

¹⁸⁴ DZO 20. 5. 1942.

¹⁸⁵ DZO 12. 2. 1942.

Jugendliche für tauglich befunden, von denen der grösste Teil junge Männer waren. Ausführlichere Angaben über die zu den einzelnen Musterungen Angemeldeten und Gekommenen sowie über die dabei Zurückgewiesenen und für tauglich Befundenen finden sich in der Tabelle im Anhang.¹⁸⁶

Wenn auch die Zahl derer, die sich zum Arbeitsdienst meldeten, die ganze Zeit etwas zurückging, war der Rückgang in Anbetracht der gleichzeitigen Veränderungen in der Einstellung der Bevölkerung zur deutschen Besetzung dennoch erstaunlich gering und nur dadurch verständlich, dass die Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes mit der Zeit immer fragwürdiger wurde, u.a. deshalb, weil der Arbeitsdienst zur Voraussetzung für die Zulassung zum Universitätsstudium gemacht worden war.¹⁸⁷ Wenn auch nicht versucht wurde, die ideologischen Ziele des Arbeitsdienstes zu verbergen, versuchte man doch den wirklichen Charakter der mit den Musterungen verbundenen Rassenuntersuchungen zu verschleiern, indem man erklärte, es handele sich um die Klärung der nationalen Echtheit der Freiwilligen, weil man in den Arbeitsdienst nur typische und reine Vertreter ihres Volkes wünsche und z.B. keine lettisierten »Osteuropäer« (der Ausdruck meinte vor allem die Lettgallen). Nach den rassenpolitischen Spezialisten des Ostministeriums waren die Merkmale der nordischen Rasse in der Ober- und Mittelklasse des Ostlandes verhältnismässig stärker vertreten als in den unteren Sozialschichten. Die Musterungskommissionen in Litauen und Lettland mussten im Herbst 1942 jedoch enttäuscht feststellen, dass sich keineswegs die rassisch »Besten« sondern im Gegenteil oft die sozial und rassisch »Schwächeren« unter dem Durchschnitt zum Arbeitsdienst meldeten. An einigen Orten scheinen die Landarbeiter 80—90 % der Freiwilligen gebildet zu haben. Wesentlich tröstlicher schien die Lage vom deutschen Standpunkt aus gesehen in Estland, wo von den zu den Musterungen des RAD Erschienenen schon im Herbst 1942 der grösste Teil Abiturienten beiderlei Geschlechts waren.¹⁸⁸ Dass der Arbeitsdienst zur Voraus-

¹⁸⁶ Siehe S. 294.

¹⁸⁷ Z.B. waren in Estland bei der 3. Musterung des RAD im Mai 1943 von den 307 für tauglich befundenen Freiwilligen 220 Abiturienten oder Schüler der oberen Klassen. Die verhältnismässig hohen Anmeldungsziffern in Litauen waren durch anderen Faktoren bedingt. Die Universitäten Litauens wurden im März 1943 geschlossen (siehe S. 234), aber auch danach gaben viele dem Arbeitsdienst den Vorzug, verglichen mit den von der Mobilisierung gebotenen Alternativen. »Bericht über die Musterung von RAD-Freiwilligen in Estland und Litauen«. Dr. Frigaus Bericht, 2. 7. 1943. BA: R 6/187.

¹⁸⁸ Bericht der vom Ostministerium eingesetzten anthropologischen Kommission, 13. 10. 1942. BA: R 6/184. Die Prozentzahlen der Abgewiesenen betrogen von den zur Musterung Erschienenen durchschnittlich in Estland 10—20 %, in Lettland 25—30 % und in Litauen 30 %, wobei die Zahl für Litauen vergleichsweise irreführend niedrig ist, weil in Ostlitauen »unzweckmässig niedrige Auswahlkriterien« angewandt worden waren.

setzung des Universitätsstudiums gemacht worden war, schien im folgenden Jahr den Anteil der Abiturienten auch in Lettland vergrössert zu haben.¹⁸⁹

Das eine Jahr Arbeitsdienst in Deutschland war dazu bestimmt, den ersten Anstoss zu dem Prozess zu geben, der zur allmählichen Eindeutschung der rassistisch ausgewählten Freiwilligen führen sollte. Die im Herbst 1942 ins Ostland gesandte anthropologische Kommission hatte denn auch in ihren Empfehlungen vorgeschlagen, schon während des Arbeitsdienstes zu versuchen, die Freiwilligen für einen längeren Aufenthalt in Deutschland zu interessieren, wobei als Lockmittel u.a. die Möglichkeiten zur Berufsausübung oder zum Universitätsstudium gebraucht werden könnten.¹⁹⁰ Ebenso betonte Dr. Gallmeier in seiner Denkschrift über die RAD-Musterungen 1943 in Lettland, dass man die während des Arbeitsdienstes begonnene Erziehungsarbeit nicht abbrechen lassen dürfe, sondern dass sie konsequent weiterzuführen sei.¹⁹¹ In einer Hinsicht wurden die endgültigen Ziele der Eindeutschungspolitik bezüglich der RAD-Freiwilligen nicht völlig klar. Es handelte sich darum, ob immerhin der grösste Teil von ihnen nach dem Arbeitsdienst für immer in Deutschland bliebe oder ob sie später ins Baltikum zurückkehren würden, was wegen des aus der Umgebung kommenden Druckes voraussetzte, dass sie wirklich das Vermögen und den Wunsch hätten, für das Deutschtum zu kämpfen.¹⁹² Als die ersten Freiwilligen im Frühjahr 1943 vom Arbeitsdienst entlassen wurden, war es jedoch in erster Linie notwendig, den Mannschaftsbedarf der SS-Legionen zu decken. In der Praxis wurde denn auch der grösste Teil der männlichen estnischen und lettischen Freiwilligen nach dem Arbeitsdienst in die nationalen SS-Legionen übernommen, und nur einige wenige kamen in der Zivilverwaltung unter.¹⁹³ Aus Kinkelins Bericht vom 6. 6. 1944 geht hervor, dass 85 % der Arbeitsdienstmänner nach Abschluss des Dienstes in die SS-Legionen eingetreten waren. Kinkelin hatte in einer Besprechung am 2. 6. 1944, in der Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ostministerium und dem

¹⁸⁹ »Abschlussbericht über die Erfahrungen bei der 3. und 4. Einstellungsreise des RAD in Lettland vom 29. 5.—10. 8. 1943«. BA: R 6/187.

¹⁹⁰ Der obengenannte Bericht der anthropologischen Kommission, 13. 10. 1942.

¹⁹¹ Gallmeiers Schlussbericht, 19. 8. 1943. BA: R 6/187.

¹⁹² Siehe z.B. Gallmeiers vorgenannten Schlussbericht, 19. 8. 1943 sowie die für Kinkelin angefertigte Zusammenfassung über die RAD-Musterungen (wahrscheinlich von Wetzel verfasst), 15. 9. 1943. BA: R 6/187, die darauf hindeuten, dass die Frage wenigstens zum Teil offen war.

¹⁹³ Ibid. Nach Frigau war vor den Musterungen des Jahres 1943 mit der SS vereinbart worden, dass die Arbeitsdienstler später »automatisch« in die SS-Legionen übernommen würden. Frigau gibt als Informationsquelle Trampedach an. Frigaus eidliche Aussage, 12. 9. 1947, NO-5181. Siehe auch Robert Brills eidliche Aussage. NO-5799.

Reichsarbeitsdienst behandelt worden waren, vorgeschlagen, den »besten Teil« des Restes im Reich zu lassen.¹⁹⁴

Zu der »Nachbehandlung« der RAD-Freiwilligen gehörte auch die Gründung besonderer Traditionsvereine, die Anfang des Jahres 1943 begonnen wurde, als die ersten vom Arbeitsdienst zurück in die Heimat kamen. Deren Zweck war es, die im RAD begonnene »Erziehungsarbeit« fortzusetzen und die Anwerbung neuer Freiwilliger zu unterstützen.¹⁹⁵

Was lässt sich nun über den Erfolg der Arbeit des RAD, dieser »Erziehungsanstalt des nationalsozialistischen Staates«, bezüglich der Freiwilligen aus dem Baltikum sagen? Aus dem Jahre 1944 gibt es einige Hinweise darauf, dass der freiwillige Arbeitsdienst so gewirkt hatte, wie es die Deutschen erhofft hatten. Sowohl in der estnischen als auch der lettischen SS-Legion gab es Fälle, dass die ehemaligen RAD-Männer ihre Versetzung in die deutsche Wehrmacht oder in deutsche Polizeieinheiten beantragten, weil ihre »deutschfreundliche Haltung« ihnen Schwierigkeiten bereite.¹⁹⁶ Mit Recht konnte Wetzels am 15. 4. 1944 feststellen, »dass der RAD offensichtlich nicht schlecht im Sinne unserer Ziele gewirkt hat.«¹⁹⁷

¹⁹⁴ Kinkelin an Berger, 6. 6. 1944. BA: R 6/187.

¹⁹⁵ Trampedach an das Ostministerium, 7. 11. 1943. BA: R 6/184.

¹⁹⁶ Trampedach an Jeckeln, 28. 1. 1944, und Trampedach ans Ostministerium, 6. 4. 1944. BA: R 6/187.

¹⁹⁷ Wetzels Notiz, 15. 4. 1944. BA: R 6/187.

VII DIE BEDEUTUNG DER VERLÄNGERUNG DES KRIEGES UND DER VERÄNDERUNGEN IN DEN INNEREN MACHTVERHÄLTNISSEN DES DRITTEN REICHES FÜR DIE BESATZUNGSPOLITIK

Auf dem Wege zum totalen Krieg

Die ersten militärischen Rückschläge Deutschlands an der Ostfront im Winter 1941—42 bedeuteten unwiderruflich das Ende der Blitzkriegkonzeption, die bis dahin die strategische Grundlage der Kriegsführung gewesen war. Hitler schien schon nach Ausbruch der Winterkrise zu ahnen, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war.¹ Der im Zeichen von Blitzkriegen begonnene »europäische Krieg« drohte jetzt nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in dem Krieg unausweichlich zu einem Materialkrieg wie der Erste Weltkrieg zu werden, über dessen Ausgang sich Hitler kaum Illusionen machte,² worauf auch die gleichzeitig sich bemerkbar machenden ersten Zeichen einer beginnenden Resignation Hitlers hinweisen.³ Der Krieg hatte bis dahin das deutsche Wirtschaftsleben verhältnismässig wenig berührt, aber die Notwendigkeit, sich auf einen langen Krieg einzurichten, forderte ein schärferes Eingreifen in den Gang des Wirtschaftslebens und in den privaten Verbrauch, damit ein noch grösserer Teil der verfügbaren wirtschaftlichen Ressourcen in die rein militärische Produktion gelenkt werden konnte. Trotz der Anstrengungen des Rüstungsministers Speer verlief der Übergang zur Kriegswirtschaft gemächlich, und der private Verbrauch konnte während der ganzen Kriegszeit nicht in dem Masse eingeschränkt werden, dass es möglich wäre, von einer wirklich totalen Kriegswirtschaft zu sprechen.⁴ Die effektive Mobilisierung der wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands für die Kriegswirtschaft wurde mehr durch politische als wirtschaftliche Faktoren gehemmt. Zwischen dem öffentlich verkündeten Siegesoptimismus und dem wirklichen Ernst der Lage bestand eine fast unüberbrückbare Kluft, was nur halbe Massnahmen zur Folge

¹ P. E. Schramm, Hitler als militärischer Führer. Frankfurt a.M. 1965. S. 68, Anm. 2; KTB IV/OKW, S. 1503.

² Hillgruber 1965, S. 339.

³ Siehe das Gespräch Hitlers mit dem dänischen Aussenminister Scavenius am 27. 11. 1941, Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, S. 389.

⁴ Milward S. 96—98.

hatte.⁵ Forderte doch Hitler noch im Juni 1942, dass die Konsumgüterproduktion in ihrem früheren Umfang aufzunehmen sei.⁶ Die Sommeroffensive des Jahres 1942 erlaubte es Hitler, noch vorübergehend in der Welt strategischer Illusionen zu leben. Aber als dann Ende 1942 Rommel an den Toren Ägyptens geschlagen worden war, die Alliierten in Nordafrika gelandet waren und die Katastrophe von Stalingrad unabweislich näherrückte, »da waren sich nicht nur die massgebenden Soldaten, sondern auch Hitler darüber klar, dass der Kriegsgott sich nun auch von Deutschland abgewandt und in das andere Lager begeben hatte.⁷ Hitler hoffte jetzt, »durch äusserste Anspannung aller Kräfte, gestützt und geführt durch seinen eisernen Willen, doch noch zu einem Remis zu kommen.«⁸

Der Beschluss über die Propagierung des totalen Krieges und der totalen Mobilisierung scheint in der zweiten Dezemberhälfte 1942 gefasst worden zu sein. Der »Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz« Sauckel sprach am 6. 1. 1943 von dem »totalen Arbeitseinsatz für den Sieg«. Hitlers Erlass »über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung« ist am 13. 1. 1943 datiert und beginnt mit den Worten »Der totale Krieg stellt uns vor Aufgaben...« Nach dem Erlass war u.a. die Planung und Vorbereitung von künftigen Aufgaben der Friedenszeit völlig einzustellen. Den eigentlichen Höhepunkt der Kampagne bildete Goebbels' grosse Rede am 18. 2. 1943 im Sportpalast für den totalen Krieg.⁹ Göring forderte in Übereinstimmung mit Hitler, in allen besetzten Gebieten den totalen Krieg nicht vom Standpunkt der »Neuordnung, sondern von dem »des Eroberers« durchzuführen.¹⁰

Im Baltikum konnte man 1942 noch in sehr friedlichen Verhältnissen leben. Auf der von Göring im August 1942 veranstalteten Konferenz über die Ernährungslage, an der u.a. die Reichskommissare teilnahmen, warf der GBA Sauckel Lohse vor, dass im Baltikum noch solche Zivilprodukte hergestellt würden, die in Deutschland nirgendwo mehr produziert werden durften.¹¹ Der Militärbefehlshaber des Ostlandes General Brämer gab in einer um die Jahreswende 1942/1943 persönlich Feldmarschall Keitel

⁵ Günter Moltmann, Goebels' Rede zum totalen Krieg am 18. Feb. 1943. Vjh. Zgsch. 1964. S. 19.

⁶ Milward S. 81.

⁷ Alfred Jodls im Nürnberger Gefängnis (1946) diktirtes Memorandum, abgedruckt bei Schramm, S. 154.

⁸ Jodls Aussage in Nürnberg, Zitat nach Schramm, S. 68, Anm. 1.

⁹ Moltmann S. 22—23, Hitlers Erlass, 13. 1. 1943, siehe BA: R 43 II/664.

¹⁰ Wolfgang Bleyer, Staat und Monopole im totalen Krieg. Berlin. 1970. S. 80.

¹¹ Als Beispiel erwähnte Sauckel Kinderwagen. Lohse behauptete jedoch, dass auch diese gebraucht würden. 170-USSR IMT XXXIX. S. 400. Das war keineswegs ein Einzelfall. Der Widerstand der Gauleiter gegen die Stilllegungen in der Konsumgüterindustrie weckte manchmal sogar Besorgnis bei Speer, ausführlicher zum Problem: Peter Hüttenberg, Die Gauleiter. Stuttgart 1969. S. 182—185.

gesandten Denkschrift seiner Besorgnis über die Lage in der Zivilverwaltung Ausdruck, die seiner Auffassung nach darauf zurückzuführen war, dass sich die Zivilverwaltung in der Erwartung einer schnellen Vernichtung des sowjetischen Gegners» strukturell schon »für zukünftige Friedensaufgaben« eingestellt habe. »Trotz der veränderten Lage herrscht der Geist eines friedensmässigen Verwaltungs- und Bürobetriebs mit einem damit verbundenen friedensmässigen Lebensstil der im Ostland eingesetzten deutschen Verwaltungsstellen.« Brämer forderte eine völlig neue Ausrichtung »auf die harten Kriegsnotwendigkeiten.«¹² Nach der Niederlage von Stalingrad gehörte das Schlagwort »totale Mobilisierung« auch zum Vokabular der deutschen Besatzungsverwaltung im Ostland. Der Reichskommissar veranstaltete Ende Januar 1943 in Riga eine Konferenz über die Aufgaben des Ostlandes im totalen Krieg, an der die General- und Gebietskommissare teilnahmen. Lohse mahnte damals, »alles Nebensächliche beiseite zu schieben und die gesamte Arbeit der Verwaltung und jedes einzelnen auf das gemeinsame Ziel, den Endsieg auszurichten und alle Kräfte zur Erreichung einer Höchstleistung zusammenzufassen«.¹³ Es wurde damals zu einer der wichtigsten Aufgaben der Besatzungspolitik, den ständig wachsenden Menschenbedarf Deutschlands durch Mobilisierung zu kriegswirtschaftlich wichtiger Arbeit und zu militärischen Aufgaben zu decken. Der Aufruf Reichskommissar Lohses vom 24. 2. 1943 beginnt denn auch mit den Worten: »Zu den Waffen, an die Arbeit!«¹⁴

Veränderungen der inneren Machtverhältnisse des Dritten Reiches

Die Gründung des Führerhauptquartiers bei Kriegsausbruch bedeutete praktisch, dass Hitler faktisch aufhörte, als ein die Regierung persönlich führender Reichskanzler zu fungieren, was letzten Endes zu einer Zunahme der gesetzgeberischen Gewalt der Ministerien führte, besonders weil der »Ministerrat für Reichsverteidigung« geringe Bedeutung hatte.¹⁵ Der politische Einfluss einzelner Minister hing wiederum wesentlich davon ab, wie vertrauensvolle Verhältnisse sie zu Hitler hatten schaffen können. Die meisten Mitglieder der Reichsregierung — einschliesslich Rosenberg — hatten in den späteren Kriegsjahren kaum noch Möglichkeiten, die Angelegenheiten Hitler direkt vorzutragen, was natürlich ihre Stellung gegenüber

¹² General Brämers Denkschrift 26. 12. 1942, BA/Militärarchiv: Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Akte Nr. 57089.

¹³ DZO 24. 1. 1943.

¹⁴ Ibid. 24. 2. 1943.

¹⁵ Broszat 1969, S. 382. Trevor-Roper nennt diese Veränderung »Verwandlung des Ministerrates in einen Hof«. H. R. Trevor-Roper, *The Last Days of Hitler*. 3 ed. London 1962. S. 13.

den Ministern schwächte, die ohne Mittelspersonen mit Hitler verhandeln und somit besser ihren Platz an der Sonne sichern konnten. Zu der letzteren Gruppe gehörten vor allem Himmler, der »treue Heinrich«, der seinen Feldstab in der Nähe des Führerhauptquartiers hielt und dessen Macht noch in den Jahren 1943—1944 ständig wuchs, sowie Speer, der sich Hitlers besonderer Gunst erfreute, und Propagandaminister Goebbels, auf den in immer stärkerem Masse die Verantwortung für die Propaganda überging, während Hitler öffentliche Reden und Auftritte immer mehr vermied.¹⁶ Goebbels' wachsender Einfluss zeigte sich auch in den besetzten Ostgebieten, auf die das Propagandaministerium im August 1943 nach langwierigen Anstrengungen seine Tätigkeit ausdehnen konnte. Im Reichskommissariat und in den Generalkommissariaten wurden danach Propagandaführer eingesetzt, die ihre Weisungen direkt aus dem Propagandaministerium empfangen.¹⁷

Sofern im Bereich der Verwaltung unlösbare Konflikte entstanden, gab es keinen anderen Weg, als die Streitfrage dem Führer zur Entscheidung vorzulegen. Unter diesen Umständen wurde die Vermittlung von Vorträgen, Erlassen und Befehlen zu einer politisch bedeutungsvollen Aufgabe. Formal stand diese Mittlerrolle zwischen Hitler und den Reichsministern dem Chef der Reichskanzler Hans Lammers zu, aber er wurde bald von dem Chef der Parteikanzlei und Hitlers Privatsekretär Martin Bormann in den Schatten gestellt, dessen Stellung am 12. 4. 1943 institutionalisiert wurde. Nach dem Erlass gehörte zu den Aufgaben des Sekretärs Hitlers u.a. die »Teilnahme an Besprechungen des Führers«, »Übermittlung von Entscheidungen und Meinungsäußerungen des Führers an Reichsminister und andere Oberste Reichsbehörden«, »Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten und Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Reichsministern und dgl.«¹⁸ Damit war auch nach aussen bekannt gemacht, dass Bormann zum eigentlichen Kontrollminister der Reichsregierung aufgestiegen war, dem die Möglichkeit, mit »Willensmeinungen« des Führers zu operieren, besondere politische Bedeutung gab.¹⁹ So musste man u.a. annehmen, dass jeder Brief Bormanns mit Hitlers Meinung übereinstimmte. Aufgrund seiner Stellung konnte Bormann auch verhindern, dass solche ihm selbst unsympathischen Personen wie z.B. Rosenberg zu Hitler vorgelassen wurden.²⁰ Die Zunahme des politischen Einflusses Bormanns stärkte indirekt auch die Stellung des Reichskommissars Lohse gegenüber Rosenberg, weil sich Lohse als Gauleiter von Schleswig-Holstein an Bormann als Chef der Partei-

¹⁶ Broszat 1969, S. 387—388. Genauer über die Veränderungen der Machtverhältnisse an Hitlers »Hof« siehe Trevor-Roper S. 1—47.

¹⁷ Bräutigam S. 12.

¹⁸ Bormann an Himmler, 1. 5. 1943. BA: NS 19 neu/1205.

¹⁹ Broszat 1969, S. 394.

²⁰ Rosenberg 1955, S. 207—211.

kanzlei wenden und auf diesem Wege seine Auffassungen auch Hitler zur Kenntnis bringen konnte.

Das politisch impotente Ostministerium

Spätestens bis zum Herbst 1942 war Rosenberg mit seinem Ministerium in eine sehr schwierige politische Sackgasse geraten. Die wiederholten Niederlagen des Ostministers in Kompetenzfragen hatten zu einer Situation geführt, in der für sein auf dem Prinzip der Einheit der Verwaltung beruhenden Ministerium nicht viel Lebensraum verblieben war. Die das Ostministerium übergehende direkte Tätigkeit einzelner Ministerien und Sonderbeauftragter führte mangels der notwendigen Koordination zu widersprüchlichen Anordnungen und Forderungen, für deren aller Erfüllung die verfügbare »Decke zu kurz war«, wie Rosenberg die Situation in einer Ansprache im Herbst 1942 kennzeichnete.²¹ Diese Entwicklung barg eine für die Zukunft des Ostministeriums grosse Gefahr, denn wenn das Ministerium nicht in der Lage war, als koordinierendes Organ der Ostpolitik zu fungieren, konnte man seine Daseinsberechtigung in Frage stellen.²² Am ernsthaftesten hatte die politische Autorität des Ostministeriums darunter gelitten, dass die Befugnisse des RKFDV im September 1941 auch auf die besetzten Ostgebiete ausgedehnt worden waren. Der Reichsführer-SS versuchte nicht einmal zu verheimlichen, dass er in erster Linie sich und die Behörden seines Machtbereiches als berufen ansah, die nationalsozialistische Ostpolitik zu verwirklichen, wobei dem Ostministerium nur die Sorge für die routinemässigen Verwaltungsaufgaben zugefallen wäre.

In eine besonders demütigende Lage war Rosenberg dadurch geraten, dass er nicht einmal in seinem eigenen Machtbereich seine Anordnungen durchsetzen konnte. Mit Bormanns Unterstützung betrieb der Reichskommissar der Ukraine Koch koloniale Politik, ohne sich im geringsten um Rosenbergs ostpolitische Konzeption zu kümmern. Rosenbergs Beschwerden über Kochs Politik waren schon bei seinem Besuch im Führerhauptquartier am 14. 12. 1941 das Hauptthema gewesen. Da Koch auf verschiedene Weise zu verstehen gegeben hatte, dass er über eine direkte Verbindung mit Hitler verfügte und deshalb ohne Rücksichten auf Berlin regieren konnte, hatte Rosenberg gebeten, dass Hitler Koch nicht mehr allein empfangen, sondern nur in seinem Beisein. Darauf war Hitler nach Rosenberg sofort eingegangen.²³ Danach spitzte sich der Konflikt zwischen Rosenberg und Koch nur noch weiter zu, und der Ostminister geriet gegenüber seinem Reichs-

²¹ 170-USSR IMT XXXIX, S. 421.

²² Was Lohse später dann auch tat, siehe S. 281.

²³ 1517-PS, IMT XXVII, S. 271.

kommissar immer deutlicher ins Hintertreffen, was schliesslich dazu führte, dass der leicht nachgebende Rosenberg seine frühere Ukraine-Politik direkt verleugnen musste.²⁴ Die Beziehungen Rosenbergs zu dem Reichskommissar für das Ostland Lohse, seinem alten Freund, waren nicht besonders gut, aber spitzten sich erst in den letzten Jahren der Besatzungspolitik schärfer zu.

In Anbetracht dieser Entwicklung ist es kein Wunder, dass Rosenberg, nach dem Verbindungsoffizier Himmlers im Ostministerium, Gottlob Berger, schon im Herbst 1942 »innerlich höchst unsicher« geworden war und dass nach derselben Quelle das Ostministerium in erster Linie an irgendeine »Ausverkaufsorganisation« erinnere.²⁵ Rosenberg brauchte jetzt dringend Verbündete, um sich wenigstens irgendwie gegenüber den anderen oberen Reichsbehörden und seinen eigenen Reichskommissaren zu behaupten. Und es blieb ihm schliesslich in der damaligen Situation keine andere Wahl, als trotz allem zu versuchen, eine Einigung mit der SS zu erzielen, obwohl er in jenem Stadium auch schon wissen musste, dass eine solche Einigung nur zu den von der SS diktierten Bedingungen erzielt werden könnte. Im Sommer 1942 waren die ersten Zeichen für eine gewisse Annäherung der Standpunkte des Ostministeriums und der SS zu erkennen, die eng mit der Frage der Aufstellung einer freiwilligen estnischen und lettischen SS-Legion in Zusammenhang standen.²⁶ Die Frage der Verbesserung der Beziehungen zum Reichsführer-SS wurde im Ostministerium den ganzen Herbst 1942 zusammen mit den Plänen zur Umorganisation des Ministeriums behandelt. Rosenberg hatte für den als Himmlers Verbindungsoffizier fungierenden Berger anfangs die Stelle eines Staatssekretärs in seinem Ministerium vorgesehen, aber da er einerseits nicht auf den offensichtlich

²⁴ Siehe z.B. Kleist S. 226.

²⁵ Berger an Himmler, 21. 11. und 17. 12. 1942, BA: NS 19 neu/1704, 1738.

²⁶ Der Höhere SS- und Polizeiführer für das Ostland Jeckeln deutete nämlich im Juni 1942 in einer Ansprache vor den Offizieren der lettischen Schutzbataillone die Möglichkeit an, dass in der Zukunft die Aufstellung einer besonderen »Lettischen Legion« im Rahmen der SS begonnen würde. Gleichzeitig gab Jeckeln als seine persönliche Meinung zu verstehen, dass nach dem Kriege die Wiederherstellung der lettischen Selbständigkeit natürlich »im Anschluss an das Reich« in Frage kommen könnte. Jeckeln an Lohse, 30. 7. 1942. Vgl. auch Berger an Himmler, 14. 8., Meyer an Lohse 14. 8. sowie Himmler an Berger, 17. 8. 1942, BA: NS 19 neu/1738. Himmler distanzierte sich scharf von Jeckelns Äusserungen, aber sein wie auch Bergers Ärger schien vor allem dadurch verursacht, dass Jeckeln etwas gesagt hatte, was er nicht hätte sagen dürfen, d.h. Jeckeln hatte als vertraulich zu behandelnde Informationen an die Öffentlichkeit gebracht. In Jeckelns Ansprache waren zum ersten Mal der Gedanke einer nationalen SS-Legion und der einer gewissen Pseudoselbständigkeit miteinander verknüpft, was zeigte, dass man sich auch bei der SS für einen derartigen politischen Handel zu interessieren begann. Auf dieser Linie eröffneten sich dann gewisse Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen dem Ostministerium und der SS.

auch von ihm als unfähig erkannten Meyer verzichten wollte und andererseits die Reichskanzlei Bedenken²⁷ wegen eines solchen Organisationsentwurfes anmeldete, nach dem zusätzlich zu Rosenbergs ständigem Vertreter im Ministerium noch ein Staatssekretär ernannt worden wäre, musste der Vertreter der SS auf eine andere Weise ins Ministerium eingebaut werden. Auch die Gegner der Ernennung Bergers waren sich darüber im klaren, dass das Zunehmen des Einflusses der SS auf Kosten des Ostministeriums nicht mehr abzuwenden war. Je nach den Umständen würde das entweder innerhalb des Ministeriums geschehen oder dann ausserhalb, wobei die Verwirklichung der letzteren Alternative schnell die Tätigkeit des Ministeriums lähmen würde, weil zu befürchten war, dass Himmler in diesem Falle jede Zusammenarbeit mit Rosenberg sabotieren würde.²⁸ So schien der Vertreter der SS auf einem politisch einflussreichen Platz im Ostministerium wenigstens nach aussen hin die ehrenvollere Lösung zu bieten, weil das Ministerium dabei immerhin sein Gesicht wahren konnte. Als Rosenberg und Himmler am 25. 1. 1943 in Posen unter vier Augen verhandelten, gab der Reichsführer-SS den Plan, Berger ins Ostministerium zu versetzen, seinen Segen.²⁹ Für wie stark Berger jetzt die Stellung der SS im Ostministerium hielt zeigt sein Brief vom 9. 3. 1943 an Himmler, der geradezu von Selbstbewusstsein und Siegesicherheit strotzt: »Unsere Zukunft im Osten, und in 1—2 Jahren wird das Ostministerium nach den Weisungen des Reichsführers-SS arbeiten.«³⁰

Der Konflikt zwischen Rosenberg und Koch näherte sich gleichzeitig seinem Kulminationspunkt. Rosenberg, der sich endlich zum Handeln hatte ermutigen lassen, wandte sich an Hitler mit dem Ersuchen, Koch aus seiner Stelle als Reichskommissar zu entfernen. Hitler empfing Rosenberg und Koch am 19. 5. 1942 in seinem Hauptquartier und stellte sich mit seiner Entscheidung praktisch auf die Seite der von Koch verfolgten Politik. Hitler bestimmte zwar, dass Koch Rosenbergs Weisungen nicht missachten oder widerrufen dürfe, aber andererseits schrieb er Rosenberg vor, seine Weisungen auf ein Minimum zu beschränken. Bei unlösbaren Meinungsverschiedenheiten hatten sie sich an Bormann oder Lammers zu wenden,

²⁷ Rosenberg an Lammers, 29. 1. und 29. 2. 1943. Film T-454/Rolle 100/ooo656, 000658-659.

²⁸ Brandenburgs Denkschrift, 23. 1. 1943, NS 19 neu/1704.

²⁹ Bergers Aussage in Nürnberg, NO-3971. Über die Verhandlung in Posen steht eine von Robert Kempner veröffentlichte Tagebucheintragung Rosenbergs (möglicherweise nur ein Ausschnitt) zur Verfügung, aus der hervorgeht, dass auch Fragen der Zeit nach dem Kriege angeschnitten wurden. Der resignierende Rosenberg sah seine Aufgabe ausschliesslich auf weltanschaulichem Gebiet: »Himmler müsse auf staatlichem Gebiet vorgehen, ich müsse weltanschaulich die Haltung der Bewegung festigen und führen«. Der Monat 10/1949, S. 38. Rosenberg scheint sich selbst hier die Rolle zugeschrieben zu haben, die Himmler ihm geben wollte. Vgl. oben S. 130.

³⁰ NO-031, NMT XIII, S. 286.

um eine Führerentscheidung herbeizuführen. In der Praxis war Koch jetzt sein eigener Minister geworden, denn er konnte mit Recht darauf vertrauen, dass die Weitergabe möglicher auch neuer Streitfragen an Bormann oder Lammers Rosenberg nur neue Niederlagen zufügen würde.³¹ Rosenbergs engste Arbeitskollegen forderten ihn auf, seinen Platz zur Verfügung zu stellen, aber Rosenbergs Treue zu Hitler war nicht zu erschüttern.³²

Rosenberg opferte jetzt Leibbrandt, der wegen seiner Emigrantenbeziehungen von der Gestapo angegriffen wurde. Im Frühjahr 1943 hatte auch eine Kampagne gegen »Kosmopoliten« in leitender Stellung begonnen, die Leibbrandts Stellung schwächte.³³ Nachdem Leibbrandt im Juni »in Urlaub« gegangen war, wurde die Hauptabteilung Politik in einen organisationsmässig einfacheren politischen Führungsstab umgewandelt, in dem u.a. die Gebietsabteilungen (Ostland, Ukraine) fehlten, die früher den Reichskommissaren ein Dorn im Auge gewesen waren. Die Zahl der einzelnen Unterabteilungen wurde auch sonst reduziert, indem zehn frühere Abteilungen zu vier Führungsgruppen verschmolzen wurden.³⁴ Rosenberg bat Himmler »einen Teil der Verantwortung des Ostministeriums zu übernehmen«, und zwar in der Weise, dass es dem Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger erlaubt würde, neben seinem eigenen Amt die Leitung des politischen Führungsstabes zu übernehmen.³⁵ Nachdem Himmler seine Zustimmung dazu gegeben hatte, teilte Rosenberg am 10. 8. 1943 Berger die Ernennung mit.³⁶ Aber wenn Rosenberg gehofft hatte, in Berger einen starken Mann für sein Ministerium gefunden zu haben, musste er eine Enttäuschung erleben. Rosenberg und der Chef des politischen Führungsstabes entfremdeten sich in kurzer Zeit sowohl politisch als auch persönlich, wonach Berger nur noch selten im Ministerium erschien. Die neuen Regelungen stärkten somit nicht wie erhofft das Ministerium, sondern seine Tätigkeit stockte eher noch ärger.³⁷

Erfolglos endete auch der Versuch des Ostministeriums, bei der Wehrmacht politische Rückendeckung zu finden. Nachdem es vorbereitende Kontakte zwischen den Parteien schon im Sommer 1942 gegeben hatte, wurde am 18. 12. 1942 im Ostministerium eine grosse Konferenz veranstaltet, auf der die Probleme der besetzten Ostgebiete als Ganzes behandelt wurden. Die Idee zu dieser gemeinsamen Konferenz stammte offensicht-

³¹ Dallin S. 172.

³² Bräutigam S. 13 a.

³³ Himmler an Berger, 25. 10. 1942, NO-737. »Erlass des Führers über die Fernhaltung international gebundener Männer von massgebenden Stellen in Staat, Partei und Wehrmacht«. 19. 5. 1943. BA: R 6/278.

³⁴ Allgemeine Politik, Deutschumpolitik, Fremde Volkspolitik und Kulturpolitik.

³⁵ Berger an Himmler, 28. 7. 1943. Film T-454/Rolle 128/2653899.

³⁶ NO-348 NMT XIII S. 317.

³⁷ Bräutigam S. 33. Bergers Zeugenaussage NO-3971.

lich aus der Hauptabteilung Politik des Ostministeriums, deren Chef Georg Leibbrandt die Konferenz zusammen mit dem damals bei der Heeresgruppe Süd als Verbindungsoffizier tätigen Bräutigam und Oberstleutnant Schmidt von Altenstadt vorbereitete.³⁸ Die Hauptabteilung Politik war bemüht, zwischen Ostministerium und Wehrmacht eine gemeinsame politische Front zu schaffen, um den phlegmatischen Rosenberg dazu zu zwingen, endlich praktische Massnahmen zur Herbeiführung der in der Abteilung als notwendig angesehenen politischen Veränderungen zu ergreifen. Das Interesse der Vertreter der Wehrmacht³⁹ an der politischen Kriegsführung beruhte auf der Gewissheit, dass die sich an der Ostfront entwickelnde Krise nicht nur als vorübergehender Rückschlag betrachtet werden konnte. Deshalb hatte man bei der Wehrmacht mit Besorgnis die Entwicklung der Stimmung und der Einstellungen verfolgt, die Zunahme der Partisanentätigkeit, das Schwinden der eigenen Reserven usw.⁴⁰ Die Chefs der rückwärtigen Heeresgebiete kamen in ihren Konferenzreferaten zu den gleichen Schlussfolgerungen und Forderungen, die wenigstens in taktischer Hinsicht eine völlig neuartige Zielsetzung anstrebten, deren Parole lautete: »Wir können Russland nur mit den Russen besiegen.«⁴¹ Unter den von der Konferenz aufgestellten konkreten politischen Zielen gehörte zu den zentralsten die Forderung nach Reprivatisierung, für die dieses Mal auch die Vertreter der Wirtschaftsabteilungen des Ministeriums eintraten.⁴² Paul Zimmermann⁴³ fasst in dem für den internen Gebrauch des Ministeriums bestimmten Konferenzbericht die Forderung nach einer neuen Politik wie folgt zusammen: »Es gilt nun vor allen anderen Aufgaben, die Völker zur Beteiligung am Kampf gegen die Sowjets zu gewinnen. Hierfür müssen politische Voraussetzungen geschaffen werden, die den Völkern den Kampf sinnvoll machen. An ihrer Bereitschaft, gegen die Sowjets im Bandenkrieg oder an der Front zu kämpfen, besteht kein Zweifel, wenn es gelingt, eine völlige Abkehr von den bisherigen Methoden ihnen sichtbar vor Augen zu führen. Das erfordert die Anpassung aller Massnahmen, besonders der wirtschaftlichen, an einen einheitlichen politischen Kurs«. Den Konferenzteilnehmern war es jedoch klar, dass eine so umwälzende Kursänderung niemand anders als der Führer selbst vornehmen konnte.⁴⁴ Rosenberg fand durch die Konferenz so viel

³⁸ Leibbrandts Interview, 31. 10. 1966. Dallin S. 163.

³⁹ Wie Dallin (S. 163, Anm. 2) anmerkt, waren unter den Vertretern der Wehrmacht mehrere später bekannt gewordene Männer des Widerstandes. Teilnehmerliste der Konferenz. BA: R 6/6.

⁴⁰ Dallin S. 161—162.

⁴¹ Gesprächsaufzeichnungen von der Konferenz am 18. 12. 1942 (datiert am 22. 12. 1942). BA R 6/139.

⁴² Ibidem.

⁴³ Paul Zimmermann, militärpolitischer Ratgeber des Ostministeriums.

⁴⁴ »Interner Zusatzbericht zu dem Protokoll der Sitzung mit den Befehls-

Mut, dass er Hitler eine Zusammenfassung der vorgeschlagenen Massnahmen zustellte, auf die sich die Konferenz geeinigt hatte. Gleichzeitig bat er, die behandelten Fragen persönlich genauer vortragen zu dürfen. Aus dem Führerhauptquartier kam jedoch eine sehr schroffe Antwort: Rosenberg wurde ermahnt, sich nicht in militärische Dinge einzumischen, und den Vertretern der Wehrmacht wurde es verboten, ohne Erlaubnis des OKW politische Fragen zu behandeln.⁴⁵

Hitlers Alternativen: »Alles oder nichts«

Der Charakter des Ostfeldzuges als rassenideologischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg hatte von Anfang an alle Möglichkeiten der politischen Kriegführung wirkungsvoll ausgeschlossen. Hitler hat auch später in keiner Phase die geringste Bereitschaft gezeigt, seine Kriegsziele kürzer zu stecken, und er stellte sofort nach den ersten Misserfolgen klar, dass es in dem derzeitigen Kriege nur zwei Alternativen gebe: Sieg oder Untergang. Das erste Mal deutete Hitler die Möglichkeit der letzteren Alternative in einem Gespräch mit dem dänischen Aussenminister Scavenius am 27. 11. 1941 an: »Er [Hitler] habe das Prinzip, die Aufgabe, die das Schicksal an ihn stelle, mit eigenem Einsatz zu lösen. Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug sei, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden.«⁴⁶

Der zunehmende Widerstand der Russen und die militärischen Niederlagen Deutschlands hatten auf verschiedenen Seiten die Stimmen verstärkt, die eine grundlegende Änderung der verfolgten Ostpolitik forderten.⁴⁷ Aber Hitler kannte keine Kompromisse. Das zeigen zahlreiche seiner Äusserungen auch im Frühjahr und Sommer 1943. Marschall Antonescu gegenüber charakterisierte Hitler am 12. 4. 1943 die Lage so, dass es nach seiner festen Überzeugung in dem gegenwärtigen Kriege nur zwei Alternativen gebe: entweder einen klaren Sieg oder die völlige Niederlage.⁴⁸ Da es für Hitler nur Herrenvölker und unterworfenen Völker gab, ist es verständlich, dass er nach »allen geschichtlichen Erfahrungen« zu dem Schluss kam, dass man »die unterworfenen Völker nicht als Bundesgenossen verwenden könne«, wie er bei Rosenbergs und Kochs Besuch in seinem Hauptquartier am 19. 5. 1943 betonte. Ausserdem behauptete Hitler, dass ein politisch milde-

habern der Heeresgebiete vom 18. 12. 1942» (verkürzte Abschrift), 8. 1. 1943. BA: R 6/139.

⁴⁵ Dallin S. 164.

⁴⁶ Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, S. 657.

⁴⁷ Siehe z.B. Dallin S. 524—536, sowie das vorige Kapitel.

⁴⁸ Hillgruber 1965, S. 536, Anm. 98.

rer Kurs zur Folge habe, dass die Einfuhr von Arbeitskräften und Lebensmitteln aus den besetzten Gebieten nach Deutschland versiegen würde.⁴⁹ Grundsätzlich nahm Hitler zu den Forderungen nach Veränderung der Ostpolitik am 8. 6. 1943 Stellung, als er mitteilte, dass es in seinen Plänen für die Zukunft keinen Raum für unabhängige Staaten im Osten gebe. Vor dem Aufgeben der »positiven Kriegsziele« warnte Hitler in einer Ansprache vor den Heeresgruppenführern am 1. 7. 1943: »Meine Herren, daran haben wir den Weltkrieg letzten Endes mit verloren, weil der Augenblick dann kommt, wo der Soldat sagt: wenn wir überhaupt keine positiven Kriegsziele haben, warum kämpfen wir dann?«. Hitler konnte sich nicht von seinem früheren Weltbild befreien und keine politischen Kompromisse eingehen, denn ein Zweifel an der Berechtigung seiner bisherigen Ostpolitik hätte immer neue Zweifel mit sich gebracht, die seine Stellung hätten in Gefahr bringen können.⁵⁰ Hitlers Einstellung machte also wirkliche Veränderungen unmöglich.

Noch am 23. 9. 1944 hielt es der Chef der Reichskanzlei aus Anlass eines Briefes von Rosenberg für angebracht zu bemerken, der Führer wünsche auf keinen Fall, dass den Ostvölkern irgendwelche Versprechungen bezüglich ihrer politischen Zukunft gegeben würden.⁵¹

⁴⁹ Kopie der Denkschrift Hewells, 24. 5. 1943, NG-3288.

⁵⁰ Helmut Krausnick, Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. Vjh. ZgSch, 1954, S. 306—310.

⁵¹ NO-2995.

VIII. DIE NATIONALSOZIALISTISCHEN FERNZIELE UNTER DEM DRUCK DES TOTALEN KRIEGES

Priorität der Fern- oder Nahziele?

Während die militärischen Misserfolge an der Ostfront in der Krise von Stalingrad gipfelten, begann man schon ganz allgemein die These zu akzeptieren, dass Deutschland die Kraft des Bolschewismus nur durch aktive Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung der Ostgebiete brechen könne.¹ Die Hauptabteilung Politik des Ostministeriums hatte schon lange für einen politischen Kurswechsel gearbeitet. Wie die Konferenz im Dezember 1942 zeigte, hatten ähnliche Gedanken in der Wehrmacht starken Widerhall gefunden. Besonders auf militärischer Seite forderte man die Aufstellung nationaler Truppenverbände aufgrund gesetzlicher Musterungen,² was jedoch die Existenz wenigstens formal selbständiger Staaten voraussetzte. Zu den anderen politischen Voraussetzungen hatten die an der Konferenz vom 18. Dezember teilnehmenden Vertreter der Wehrmacht wenigstens die ausgedehnte Wiederherstellung des Privateigentums gerechnet.³ Ebenso wurde Himmlers erwachendes Interesse an der Gewährung einer gewissen Autonomie für die ehemaligen Baltischen Staaten vor allem durch das Bedürfnis motiviert, die Rekrutierung der in der Aufstellung befindlichen SS-Legionen⁴ zu sichern.⁵ Die Lagebeurteilung des in seinen Stellungnahmen sehr schwankenden⁶ Rosenbergs von Ende Januar 1943 deutet darauf hin,

¹ Darauf weist z.B. Körner (Chef des Wirtschaftsführungsstabes Ost) in einem Schreiben an Göring vom 20. 2. 1943 hin, CDJC: CXL Va-30.

² Z.B. General Brämer in seiner Denkschrift an Feldmarschall Keitel im Dezember 1942, BA/Militärarchiv Wehrmachtsbefehlshaber Ostland, Akte Nr. 57089. Vgl. auch Rosenbergs Mitteilung an den Führer, 20. 3. 1943 (BA: R 6/5). Der Befehlshaber der Heeresgruppe Nord v. Küchler hatte nach Rosenberg wiederholt eine umfangreiche Mobilisierung der Bevölkerung für die Wehrmacht gefordert.

³ Siehe oben, S. 203.

⁴ Zur Mobilisierung siehe genauer S. 246—251.

⁵ NO-3971, Vgl. oben S. 200-Anm. 26.

⁶ Dieses Schwanken Rosenbergs zeigt sich z.B. gut in seiner Einstellung zur landeseigenen Verwaltung. Nach den »alarmierenden Nachrichten«, die Rost van Tonningen im Frühjahr 1942 (siehe oben S. 156) über die Stimmung der landeseigenen Verwaltung mitgebracht hatte, hatte Rosenberg sogar die Auflösung der ganzen Zentralbehördenstufe der landeseigenen Verwaltung vorgeschlagen und ihre

dass er dieses Mal bereit war, den einen politischen Kurswechsel fordernden Kräften seine Unterstützung zu geben. Als hauptsächlichsten Grund »für den erbitterten Widerstand des bolschewistischen Gegners« betrachtete Rosenberg nämlich, dass man auf deutscher Seite »die historisch einmaligen politischen Möglichkeiten, die Völker für die Mitarbeit auf unserer Seite zu gewinnen«, vernachlässigt habe. Jetzt wurde zugegeben, dass ihre Unterstützung für die Weiterführung des Krieges notwendig sei. Rosenberg glaubte denn auch, dass »die militärischen Notwendigkeiten« wie überhaupt »die Ordnung« der besetzten Ostgebiete die »Rückkehr zu unserer ursprünglichen Ostkonzeption« fordere.⁷ Als sicherere Garantie hob Rosenberg noch die Notwendigkeit radikaler Änderungen hervor, weil es nur so möglich sei, das Vertrauen der Völker zurückzugewinnen.⁸ Eine grundsätzliche Änderung der Ostpolitik des Reiches konnte jedoch nach Auffassung des Ostministers nur dann glaubhaft wirken, wenn sie durch eine vom Führer selbst unterzeichnete Erklärung verkündet würde.⁹ Konkret manifestierte sich die Forderung nach einer neuen Ostpolitik bezüglich des Baltikums in speziell drei Fragen, die an sich nicht neu waren, die aber in der damaligen Situation neue Aktualität gewannen. Die Forderungen betrafen:

- 1) die totale und baldige Wiederherstellung des Privateigentums in Estland, Lettland und Litauen;
- 2) die Gründung autonomer Landesregierungen unter der Schirmherrschaft des Deutschen Reiches in Estland, Lettland und Litauen, welchem Schritt gleichzeitig eine starke Einschränkung der deutschen Verwaltungsbehörden folgen sollte;
- 3) die aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht durchzuführende Musterung zur Aufstellung nationaler Truppenverbände und deren Beteiligung als Verbündete im Kampf gegen den Bolschewismus.¹⁰

Im Ostministerium hatte man also angefangen, eine sehr umfangreiche politische Aktion vorzubereiten; »um dem Ernst der Lage Rechnung zu tragen«, hatte es Rosenberg sogar gewagt, vorbereitende Massnahmen zu erlauben, bevor die Sache dem Führer vorgetragen war.¹¹ Mit der Verwirklichung der beiden ersten Programmpunkte sollten günstige Voraussetzungen für die Verwirklichung des vom deutschen Standpunkt zentralsten

Beschränkung auf eine untere Stufe. Harders Gesprächsaufzeichnung, 2. 7. 1942. BA: R 6/441.

⁷ »Die Rückkehr zur ursprünglichen Ostkonzeption« muss hier in erster Linie die Ukraine-Politik meinen.

⁸ »Entwurf einer Führervorlage«, 26. 1. 1943. BA: R 6/35.

⁹ Ibidem. Die Erklärung sollte jedoch erst »mit Beginn einer positiven militärischen Entwicklung« verkündet werden.

¹⁰ Ibidem. Siehe auch Rosenbergs undatierte Denkschrift für den Führervortrag, BA: R 6/5, sowie die Erwiderung der Hauptabteilung Politik auf Lohses Denkschrift vom Dezember 1942, 5. 1. 1943. BA: R 6/280.

¹¹ Führervorlage 26. 1. 1943. BA: R 6/35.

Punktes, der militärischen Mobilisierung zu schaffen, die formal nur von einer autonomen Regierung verwirklicht werden konnte. Ebenso notwendig war es vom politischen Standpunkt, den baltischen Völkern irgendein Bild ihrer staatlichen Zukunft zu zeigen, damit sie wüssten, für welches »neues Europa« sie kämpften.

Wenn in den folgenden Kapiteln ausführlicher behandelt wird, wie dieses im Ostministerium entwickelte politische Aktionsprogramm von der grundsätzlichen Ebene auf die praktischer Massnahmen gebracht wurde, ist es vom Standpunkt der Forschung ein zentrales Problem, wie sich ein möglicher Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Fernzielen und den vom totalen Krieg gestellten Aufgaben bei der Verwirklichung der obigen drei Programmpunkte zeigte und wie dieser Widerspruch in jedem einzelnen Falle beseitigt wurde.

Eine Durchsicht der die grundsätzlichen Ziele der Besatzungsverwaltung erörternden Dokumente zeigt, dass die zwischen den Fern- und Nahzielen herrschende Spannung in der Besatzungsverwaltung wirklich als Problem empfunden wurde. Oben wurde schon auf die Ausgabe der Braunen Mappe vom April (1942) hingewiesen, in der der Vorrang des Nahziels [»das Gewinnen des gegenwärtigen Krieges«] betont wurde. Dennoch wurde schon in diesem Zusammenhang angemerkt, dass bei praktischen Schlussfolgerungen aus diesem Grundsatz immer die Fernziele zu berücksichtigen seien.¹² In einer Denkschrift »Aufgaben deutscher Kulturpolitik im Generalbezirk Lettland«, die unter den Akten des Generalkommissariats Riga zu finden ist,¹³ wird festgestellt, Rosenberg habe mehrfach selbst bestätigt, dass das Hauptziel der deutschen Kulturpolitik im Baltikum »die Vorbereitungsarbeit einer Eindeutschung dieser Gebiete« sei. Aus verständlichen Gründen liess sich dieses Ziel während des Krieges nicht erreichen und nur sehr wenig direkt fördern. Deshalb, wurde in der Denkschrift betont, »muss bei allen Arbeitsaufgaben, die angefangen werden, zunächst einmal alles verhindert werden, was diesem Ziel widersprechen kann, und erst dann ganz langsam kann das angegriffen werden, was zu diesem Ziel führt.« In einer Denkschrift des Leiters der politischen Abteilung des Reichskommissariats Ostland Trampedach vom November 1942 über die Neuregelung der landeseigenen Verwaltung heisst es in der Zielsetzung: »Vor dieser Nachkriegsaufgabe der Eindeutschung der baltischen Generalbezirke haben natürlich vordringliche Kriegsaufgaben den Vorrang, soweit diese [Kriegsaufgaben] es jedoch zulassen, muss bereits jetzt die Entwicklung auf das Nachkriegsziel abgestimmt werden«.¹⁴

¹² Siehe oben S. 143.

¹³ Der Verfasser der nicht unterzeichneten, am 6. 6. 1942 datierten Denkschrift ist wahrscheinlich der Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Generalkommissariats von Stritzky. BA: R 92/vorl. 136.

¹⁴ Trampedachs Denkschrift, 19. 11. 1942, S. 3. BA: R 6/279.

»Sein oder Nichtsein« — das Problem der landeseigenen Verwaltung

Je unwahrscheinlicher der militärische Sieg Deutschlands zu werden begann und je schwerere Verpflichtungen und Forderungen die deutsche Besatzungsverwaltung der baltischen Bevölkerung auferlegte, desto schwieriger und komplizierter wurde die Stellung der völlig von der deutschen Besatzungsverwaltung abhängigen landeseigenen Verwaltung, weil ihre Tätigkeit selbstverständlich auf der Annahme des deutschen Endsieges aufgebaut hatte. Jetzt musste man sich sowohl im Bereich der landeseigenen Verwaltung als auch auf deutscher Seite fragen, was denn wirklich die Stellung der landeseigenen Verwaltung im Gesamtrahmen der Besatzungsverwaltung sei. Wenn man diese Frage beantworten will, muss man die Lage in den einzelnen Generalbezirken ausführlicher betrachten.

Die »Generalräte« der litauischen Selbstverwaltung waren schon im Sommer 1942 in eine politisch äusserst schwierige Lage zwischen der deutschen Besatzungsverwaltung und der einheimischen Bevölkerung geraten;¹⁵ sie wurden beschuldigt, »Verräter« und »Knechte der Deutschen«¹⁶ zu sein, und die ganze Selbstverwaltung wurde nach einem Bericht der Sicherheitspolizei unter der Bevölkerung »Selbstmordverwaltung« genannt.¹⁶ Litauens Generalkommissar von Renteln hielt es für wahrscheinlich, dass diese besonders aus Kreisen der Intelligenz kommende deutschfeindliche Propaganda Einfluss auf die führenden Männer der Selbstverwaltung habe. »Aber selbst ein Mann«, fährt v. Renteln in seinem Bericht fort, »wie der Erste Generalrat Kubiliunas, der mit der deutschen Verwaltung bedingungslos zusammenarbeitet, muss darauf achten, dass er durch die Agitation der Intelligenz nicht in einem solchen Masse in der Bevölkerung verfeimt wird, dass er für die deutsche Zivilverwaltung statt zu einer Hilfe zu einer Belastung wird.«¹⁸ Der Generalkommissar von Litauen stand den Plänen zur Entwicklung der landeseigenen Verwaltung, die um die Jahreswende 1942—43 aufgetaucht waren, sehr kritisch gegenüber und warnte vor allen Änderungen. Von Renteln ging dabei soweit und nannte »eine effektive Durchführung einer landeseigenen Verwaltung geradezu eine Desavouierung seiner Politik, die ihn zwingen würde abzutreten, und die Bahn für einen neuen Mann freizumachen.«¹⁹

Der SS- und Polizeiführer in Lettland Schröder hatte am 3. 11. 1942 den

¹⁵ Trampedachs Lagebericht, 16. 9. 1942. BA: R 6/84.

¹⁶ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, 3. 7. 1942. BA: R 58/698.

¹⁷ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, 5. 6. 1942. BA: R 58/697.

¹⁸ Von Rentelns Vorbericht (wahrsch. Sept. 1942). BA: R 6/300.

¹⁹ Kleists Denkschrift vom 10. 3. 1943. BA: R 6/68. Vgl. auch Labs' Denkschrift über die Verwaltung der besetzten Gebiete, 26. 6. 1944. BA: R 6/245. Von Renteln hatte nach Labs schon lange behauptet, dass die Litauer nicht in der Lage seien, selbstverantwortlich die landeseigene Verwaltung zu führen.

»Generaldirektor des Inneren« General Dankers sowie die lettischen Obersten Weiss, Krips und Osis zu sich eingeladen und forderte sie auf, Jeckeln um die Erlaubnis zur Aufstellung einer lettischen freiwilligen SS-Legion zu bitten. Die Direktoren der lettischen Selbstverwaltung hielten jetzt die Gelegenheit für gekommen, ihre eigenen Forderungen zu stellen, und sie beschlossen, am folgenden Tage Generalmajor Schröder mitzuteilen, dass ohne einige politische und wirtschaftliche Zugeständnisse keine Freiwilligenmeldungen zu erwarten seien.²⁰ Danach beeilte sich der Direktor der landeseigenen Justizverwaltung Valdmanis, in eigenem Namen dem Generalkommissar Drechsler seine Denkschrift »Das lettische Problem« zuzustellen. Valdmanis hob darin die tiefe Enttäuschung hervor, die die etwas über einjährige deutsche Besatzung unter den Letten — und nicht zuletzt im Bereich der landeseigenen Verwaltung — hervorgerufen habe. »Von jedem Letten, auch von einem, der nie politisch gedacht hat, wird doch die Frage gestellt, was hier eigentlich geschieht? Sind die Deutschen wirklich als Befreier oder als Eroberer gekommen?« Valdmanis teilte mit, er versuche scharfe Kritik zu vermeiden, aber er konnte nicht verheimlichen, dass die Situation vom lettischen Standpunkt aus betrachtet untragbar war. Der grösste Wunsch der Letten war nach Valdmanis weiterhin eine wirkliche Autonomie und die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands, wobei er es für möglich ansah, dass eine gewisse Selbständigkeit nach dem Vorbild der Slowakei eine beide Seiten zufriedenstellende Lösung bieten könnte. Der neu zu gründende Freistaat Lettland würde mit Deutschland einen Garantievertrag schliessen,²¹ wonach sich Lettland²² als Verbündeter Deutschlands und unter deutschem Oberbefehl an dem gegenwärtigen Krieg beteiligen könnte. »Im Laufe der Garantiezeit wäre eine Erziehungs- und Bildungspolitik in Lettland zu betreiben, die zu einer weiteren Annäherung führen könnte.«²³ Drechsler gab Valdmanis zu verstehen, dass derartige Schreiben »im höchsten Masse unerwünscht« seien.²⁴ Anfang Dezember 1942 teilte die landeseigene Verwaltung Lettlands mit, dass sie sich den Vorschlägen in Valdmanis Denkschrift anschliesse, so dass diese »als Wiedergabe der einstimmigen Ansicht der landeseigenen Verwaltung« angesehen werden könne. Unter gewissen Voraussetzungen, zu denen vor allem die Lösung des staatsrechtlichen Problems auf die in Valdmanis' Denkschrift vorgeschlagene Weise zu rechnen war, war es nach Mitteilung der landeseigenen Verwaltung

²⁰ Dankers' Zeugenaussage in Nürnberg (1947), NO-4825.

²¹ Vorbild war offensichtlich der »Schutzvertrag« zwischen Deutschland und der Slowakei.

²² Nach Dankers hatte Valdmanis als Gegenleistung für die Wiederherstellung der lettischen Unabhängigkeit die Mobilisierung von 200 000 Man für die Ostfront angeboten.

²³ »Das lettische Problem« (November 1942). BA: R 6/5.

²⁴ Drechsler an Lohse, 20. 4. 1943. BA: R 6/24.

möglich, eine 100 000 Mann starke lettische Armee zu mobilisieren, die in drei Monaten auf Kampfbereitschaft gebracht werden könnte.²⁵ Lohse gab auf das Schreiben der Direktoren der Selbstverwaltung am 23. 12. 1942 eine mündliche Antwort und behauptete, dass die Selbstverwaltung nicht 100 000 Mann mobilisieren könne, weil der grösste Teil der in Frage kommenden Männer schon in der kriegswichtigen Produktion arbeite. Eine Selbständigkeit nach dem Vorbild der Slowakei liesse sich für Lettland auch nicht befürworten, weil in dem Falle Belgien, Estland usw. sie auch fordern würden. Zum Schluss beschuldigte Lohse die Letten einer deutschfeindlichen Haltung, die er nicht mehr länger dulden werde. Zur Herbeiführung der in dieser Hinsicht notwendigen Änderung fehlten nach Lohses Mitteilung nicht die Mittel.²⁶ Ende Januar 1943 wurde eine gemeinsame Konferenz der höchsten Führung des Generalkommissariats und der landeseigenen Verwaltung veranstaltet, zu deren Tagesordnung auch ein Gespräch über den Stand der Selbstverwaltung Lettlands gehörte. Bei dieser Konferenz bemerkte Prof. Primanis, der in der landeseigenen Verwaltung Lettlands die kulturellen Angelegenheiten leitete, dass die »Generaldirektoren« schon mehrmals über ihren möglichen Rücktritt gesprochen hätten, was dem Generalkommissar auch vor einigen Monaten mitgeteilt worden sei. Dann fuhr Primanis fort: »Die Lage der Generaldirektoren ist tatsächlich sehr schlecht. In der Öffentlichkeit verlieren sie allmählich ihren guten Namen. Es sei notwendig, einmal Klarheit in die Verwaltungsangelegenheiten, insbesondere aber in Kompetenzfragen zu bringen. Z.B. wissen wir nicht, ob eine Generaldirektion für lettische Wirtschaft noch besteht oder nicht.«²⁷ Generalkommissar Drechsler teilte mit, dass er auch selbst um den Verwaltungsstand des Landes besorgt sei.²⁸ Drechsler unterzog die Probleme der landeseigenen Verwaltung einer Prüfung in einer Denkschrift, die er am 7. 12. 1942 Reichskommissar Lohse sandte. Der Generalkommissar wies anfangs auf die bekannte Tatsache hin, dass schon vor Inkrafttreten des Organisationserlasses durch vorhergehende Erlasse viele wesentliche Bereiche der Verwaltung der Zuständigkeit der landeseigenen Verwaltung und der Aufsicht des Generalkommissars entzogen worden seien und dass die Entwicklung danach reichlich Beispiele dafür biete, »dass die Zivilverwaltung — nicht wie im Organisationserlass vorgesehen sich auf reine Aufsichtsaufgaben beschränkt — sondern unmittelbar in die Verwaltungsarbeit einge-

²⁵ Die landeseigene Verwaltung Lettlands an Drechsler, Dez. 1942. BA: R 6/5, siehe auch NO-4825.

²⁶ Lohse wies darauf hin, dass in Holland 80 prominente Bürger wegen ihrer deutschfeindlichen Haltung erschossen worden seien, und er gab zu verstehen, dass dasselbe Mittel auch in Lettland zur Verfügung stehe. NO-4825.

²⁷ »Protokoll der Sitzung der lettischen Selbstverwaltung und der Führung des Generalkommissariats«, 29. 1. 1943. BA: R 6/5.

²⁸ Ibidem.

drungen ist». Drechsler konnte es in diesem Zusammenhang nicht vermeiden, auf die verwaltungsmässige Stellung der Stadt Riga einzugehen: Riga war nicht der landeseigenen Verwaltung unterstellt, was schon alleine genügte, die Bedeutung und Autorität der ganzen Selbstverwaltung wesentlich zu schwächen. Diese Entwicklung in der Verwaltung hatte nach Drechsler grosse Schwierigkeiten mit sich gebracht, weil die landeseigene Verwaltung bemerken musste, wohin die Entwicklung gehe und wie die im Organisationserlass der landeseigenen Verwaltung zugesprochenen Rechte allmählich auf die eine oder andere Art annulliert würden. Andererseits hätte die geschilderte Entwicklung unausweichlich eine gewisse »Zweispurigkeit« der Verwaltung zur Folge gehabt, »die einmal für die Sache, zum anderen aber auch für alle Beteiligten unerträglich ist«. Besonders hatten die Vertreter der landeseigenen Verwaltung nach dem Generalkommissar mehrere Male darauf hingewiesen, dass »jede andere klarere Organisationsform bessere Erfolge zeitigen würde, als der jetzt bestehende Zustand«. ²⁹ Der Generalkommissar und die landeseigene Verwaltung schienen sich in ihren Auffassungen völlig einig darüber zu sein, dass die Verwaltung nicht mehr länger auf dieselbe Weise arbeiten konnte wie bisher. In der Theorie sah Drechsler zwei Möglichkeiten, die verfahrenre Situation zu klären: Zunächst einmal liesse sich denken, die Stellung der landeseigenen Verwaltung noch einmal so zu bestätigen, dass damit eine wirklich landeseigene Verwaltung erreicht würde. Dabei hätte sich eine ähnliche staatsrechtliche Situation ergeben, wie sie zu jener Zeit im Protektorat Böhmen und Mähren ³⁰ oder in der Slowakei herrschte, was gerade dem Ziel der landeseigenen Verwaltung damals entsprochen hätte. Dennoch schien Drechsler diese Möglichkeit in der damaligen Situation nur noch sehr hypothetisch, weil es erstens sehr schwierig gewesen wäre, die im Gange befindliche Entwicklung völlig in ihrer Richtung zu ändern ³¹ und weil er zweitens daran zweifelte, ob diese erste Lösung auch politisch zu motivieren sei. Als zweite Möglichkeit nannte der Generalkommissar die Idee, eine Mischverwaltung zu schaffen, womit er eine solche deutsche Verwaltungsorganisation meinte, mit der die verfügbaren landeseigenen Behörden und Kräfte auf geeignete Weise verknüpft würden, wobei

²⁹ Drechsler an Lohse, 7. 12. 1942. BA: R 6/278.

³⁰ Eigentlich war in Böhmen und Mähren von Heydrich eine gewisse Art von Mischverwaltung eingeführt worden: die deutsche Aufsicht wurde in der Weise verwirklicht, dass jeder tschechische Minister einen deutschen Stellvertreter hatte. Widerstandskampf und Revolution II, S. 53.

³¹ Vgl. Drechsler an Rosenberg, 29. 12. 1942. BA: R 6/39. Drechsler bemerkte darin, dass er seinerzeit die Gründung einer landeseigenen Verwaltung befürwortet habe, fügt aber dann hinzu, dass er in Anbetracht der bisherigen Entwicklung, »die der landeseigenen Verwaltung ein anderes Gesicht gegeben hat, als ich es ursprünglich wollte«, der Meinung sei, dass die landeseigene Verwaltung nicht mehr in der Form zu erhalten sei, wie sie ihr im Organisationserlass gegeben wäre.

er jedoch als selbstverständlich voraussetzte, dass die politische Abteilung nur mit Deutschen besetzt würde und dass bestimmte Akten (z.B. geheime) nur den Deutschen zur Verfügung stünden. Der Generalkommissar sprach sich für diese Alternative aus und begründete seinen Standpunkt vor allem mit Gesichtspunkten der Effektivität.³²

Die landeseigene Verwaltung in Estland war vom deutschen Standpunkt aus betrachtet in ihrer Personalauswahl »äusserst gelungen«, aber die gleichen Entwicklungstendenzen wie in Lettland und Litauen zeigten sich auch hier. Jetzt war auch erkennbar, dass sich die Kontakte zwischen den die verfassungsmässigen Organe der ehemaligen Republik Estland vertretenden Personen, zu denen vor allem der Kreis um den ehemaligen Ministerpräsidenten Jüri Uluots gehörte, und bestimmten Direktoren der landeseigenen Verwaltung (Angelus, Wendt) wesentlich verbesserten. In einer von Oskar Angelus im März 1943 an die Besatzungsverwaltung gerichteten Denkschrift über die damalige Lage in Estland wird einerseits der Wunsch der Esten betont, mit allen Mitteln »zusammen mit Deutschland gegen den Bolschewismus« zu kämpfen, aber andererseits wird festgestellt, dass der Este infolge der falschen Behandlung »allmählich zurückhaltend, lau und gleichgültig geworden« ist. »Der Este sagt nämlich: Wenn ich schon heute im schwersten aller Kriege in meiner eigenen Heimat schlecht behandelt werde, was soll dann erst in Friedenszeiten mit mir werden«. Angelus nannte als grössten Wunsch der Esten die Wiederherstellung der Selbständigkeit. Die Verkündung der Unabhängigkeit Estlands würde »im Lande bisher latente Kräfte, die das mehrfache dessen leisten werden, wie das sonst der Fall wäre,« freimachen. Vor allem sei es danach möglich, die Mobilisierung durchzuführen, durch die Angelus eine Armee von 60 000—70 000 Mann glaubte aufstellen zu können.³³ Angelus' Denkschrift entspricht in vieler Hinsicht der Denkschrift Valdmanis' im November 1942, von deren Inhalt Angelus durch Beziehungen wohl einen Wink hat bekommen können. Der Generalkommissar von Estland Litzmann scheint bald nach Eintreffen auf seinem Posten begonnen zu haben, an der befolgten Besatzungspolitik zu zweifeln. Wenigstens im März 1943 teilte er mit, dass er in insgesamt neuen Vorlagen und vielen Denkschriften auf die ungünstige Entwicklung in Estland hingewiesen habe und auf die Gründe dafür, wobei seine Vorlagen zwar Verständnis und Widerhall gefunden hätten, aber nicht die für eine Änderung erforderliche Kraft. Als er begriffen hatte, dass das Ostministerium nicht die Kraft zu einer Änderung aufbringen konnte, wandte sich Litzmann im März 1943 direkt an den Reichsführer-SS Himmler, was zugleich ein Beweis dafür ist, dass die politische Bedeutung des letzteren gewachsen war. Litzmann sandte Himmler seine Denkschrift in der

³² Drechslers obengenannte Denkschrift, 7. 12. 1942. BA: R 6/278.

³³ Angelus' Denkschrift, 15. 3. 1943. BA: R 6/76.

Hoffnung, dass mit dessen Hilfe die Dinge im letzten Augenblick in bessere Bahnen gelenkt werden könnten.³⁴ Litzmann schlug in seiner Denkschrift³⁵ die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands in irgendeiner Form vor wie auch einen danach zu schliessenden Bündnisvertrag und die Aufhebung der früheren Erlasse der Sowjetunion.³⁶ Die Selbstständigkeitsbestrebungen der Esten unterstützte auch General von Roques.³⁷ Die Krise der Selbstverwaltung Estlands, Lettlands und Litauens erkennt man um die Jahreswende 1942—43 übereinstimmend sowohl im Bereich der landeseigenen Verwaltung selbst als auch in der deutschen Besatzungsverwaltung. Die Vorschläge der landeseigenen Verwaltung der drei Generalbezirke liessen sich in einer einzigen Forderung zusammenfassen: man forderte die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit, wenn man auch bereit war, selbst grosse Vorbehalte besonders in der Aussen- und Verteidigungspolitik in diese »Selbständigkeit« einzubeziehen. Zum Vergleich und als Vorbild wurde dabei die Slowakei genannt. Die Auffassungen der Generalkommissare über die Forderungen der Lage gingen völlig auseinander: von Renteln wollte überhaupt nichts von der landeseigenen Verwaltung wissen, Drechsler befürwortete eine Art von Mischsystem und Litzmann war für die Autonomie. Im Reichskommissariat musste man natürlich zu den Vorschlägen der Generalbezirke über die Reform der Verwaltung Stellung nehmen. Der Leiter der politischen Abteilung Trampedach hatte schon im November 1942 in seiner Denkschrift behauptet, die im Baltikum eingeführte landeseigene Verwaltung in ihrer damaligen Form enthalte »alle Nachteile des slowakischen Systems, ohne seine Vorteile zu haben«.³⁸ Trampedach war auf jeden Fall überzeugt, dass der staatsrecht-

³⁴ Litzmann an Himmler, 31. 3. 1943. BA: BS 19 neu/382. Litzmann teilte mit, er halte es für zweckmässig, dass die Denkschrift bei passender Gelegenheit Hitler zur Kenntnis gebracht würde. Himmler stellte denn auch am 13. 4. 1943 die Denkschrift Bormann zu und benutzte gleichzeitig die Gelegenheit, das Ostministerium und Lohse anzugreifen. Vgl. Windecker ans Auswärtige Amt, 19. 4. 1943, NG-2721.

³⁵ Die Denkschrift selbst ist nicht auffindbar, aber der Hauptinhalt der Vorschläge Litzmanns lässt sich ziemlich zuverlässig anhand teils gleichzeitiger teils späterer Quellen rekonstruieren.

³⁶ Himmler hatte nach einer in den Memoiren Kerstens enthaltenen Schilderung Litzmanns diese Vorschläge mit der Erkundigung beantwortet, ob Litzmann von Sinnen sei, weil eine solche Politik in völligem Widerspruch zu der vom Führer im Osten verfolgten Nationalitätenpolitik stehe. »Diese Politik war einmal und für immer aufgestellt worden und konnte nicht gewechselt werden.« Felix Kersten, *The Kerten Memoirs 1940—1945*. London 1956. S. 224. Vgl. den Auszug aus der Denkschrift des Leiters der Hauptabteilung Verwaltung des OMi Runte, die die Sitzung bei Rosenberg am 11. 5. 1943 betraf. BA: R 6/249.

³⁷ Siehe die Gesprächsaufzeichnungen von der Konferenz zwischen Vertretern des OMi und der Wehrmacht (22. 12. 1942). BA: R 6/39.

³⁸ Zu den Vorteilen des slowakischen Systems gehörte es nach Trampedach, dass es deutsche Kräfte für andere Aufgaben befreite. Zu den Nachteilen wenig-

liche Status der Slowakei nicht als Modell für die Neuorganisation der landeseigenen Verwaltung geeignet sei, das auch aus dem Grund, weil »die politisch führenden Kreise der baltischen Völker . . . ihre erhöhte Selbständigkeit nicht zur Annäherung an das Reich, sondern an die anglo-amerikanischen Mächte benutzen würden«. Trampedach empfahl deshalb zu prüfen, »ob formell und politisch der Abbau der landeseigenen Zentralbehörden erfolgen kann« und »wie diese Massnahme propagandistisch zu behandeln ist«. Der Organisationserlass selbst gab hierzu allerdings Möglichkeiten, aber in Anbetracht u.a. der unvorsichtigen Propaganda, die nach Trampedach entgegen den ausdrücklichen Anweisungen des Aussenministers und des Ostministeriums für die Einführung der landeseigenen Verwaltung betrieben worden war, hielt Trampedach die Aufhebung des Organisationserlasses zur Zeit nicht für aussenpolitisch erwünscht. In Frage käme deshalb nur »eine Übernahme gewisser Verwaltungsgebiete in die deutsche Verwaltung im Rahmen des Organisationserlasses«. Damit der Organisationserlass wenigstens scheinbar in Kraft bliebe, empfahl Trampedach jedoch, die Generaldirektoren der Kultur- und der Justizverwaltung beizubehalten. Trampedachs Vorschläge beruhten, wie er auch selbst sagte, auf dem Grundgedanken, dass »es der Masse der baltischen Völker gleichgültig ist, in welchem Ausmasse sie über eine landeseigene Verwaltung verfügt« und dass eher »entscheidend für ihre politische Stimmung ihre wirtschaftliche Lage« wäre.³⁹ Deshalb hielt Trampedach es für erforderlich, dass zusammen mit der Umorganisation der landeseigenen Verwaltung die Wiederherstellung des Privateigentums beschleunigt würde und die Lebensmittelrationen der einheimischen Bevölkerung vergrößert würden, damit diese das Gefühl hätte, ihr Leben unter der neuen Verwaltung gehe besser.⁴⁰ Dabei unterschätzte Trampedach allerdings ganz offensichtlich die Bedeutung, die die baltischen Völker der staatlichen Selbständigkeit gaben. Bei einer Besprechung im Ostministerium am 8. 12. 1942 behauptete Lohse, völlig den Gedanken Trampedachs folgend, dass die Einführung der Selbstverwaltung ein Fehler gewesen wäre.⁴¹ Den gleichen Kurs verfolgte Lohse auch in seiner im Dezember 1942 dem Ostministerium zugestellten Denkschrift »Zur gegenwärtigen Lage der Verwaltung und Wirtschaft des Ostlandes«.⁴² Nachdem die »Ostlandkrise« in ihrem ganzen Umfange in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Ostministeriums und des RKO in Berlin erörtert worden war, nahm Lohse Anfang 1943 erneut Stellung zu den

stens in Hinblick auf die Verhältnisse im Baltikum war zu rechnen, dass es der Verwirklichung der Fernziele nach dem Kriege schadete, wenn nicht direkt sie unmöglich machte. Trampedachs Denkschrift, 19. 11. 1942. S. 13. BA: R 6/279.

³⁹ Ibidem, S. 13—15, 18.

⁴⁰ Ibidem S. 17.

⁴¹ Das geht aus der Erwiderung der Hauptabteilung Politik des Ministeriums auf Lohses obengenannte Denkschrift hervor, 5. 1. 1943. BA: R 6/280.

vorgebrachten Lösungsmodellen. Lohses Behauptung, er habe es nicht in Frage gestellt, dass die Umorganisation der landeseigenen Verwaltung mit möglichst selbständigen Vollmachten die beste Lösung sei, macht allerdings eher den Eindruck eines Stilmittels als einer ernst gemeinten Stellungnahme. Auf jeden Fall beieilt sich Lohse dann im weiteren Verlauf der Denkschrift, in Übereinstimmung mit Drechsler die Brauchbarkeit dieser Alternative zu verneinen, weil es unmöglich sei, die ganze Entwicklung von anderthalb Jahren ungeschehen zu machen. Die andere Lösung, die darauf zielte, dass die landeseigene Verwaltung zum wesentlichen Teil in das Generalkommissariat »eingebaut« würde, hatte Drechsler in seiner Denkschrift vom 7.12.1942 vorgeschlagen. Wenn auch Lohse mitteilte, er vertrete die Ansicht, dass die vorgeschlagene Lösung die Verwaltung wesentlich vereinfacht und die Schlagkraft der deutschen Verwaltung erhöht hätte, glaubte er diesen Vorschlag nicht mehr befürworten zu können, nachdem Berlin ihn schon abgelehnt habe. Die dritte und nach Lohses Auffassung zugleich brauchbarste Lösung ging davon aus, dass deutsche Kräfte in die landeseigene Verwaltung eingebaut würden, was einerseits die Verwaltung ziemlich vereinfacht⁴³ und andererseits die deutsche Führung gesichert hätte, während gleichzeitig der Organisationserlass formell unberührt bliebe. Aber auch diese Lösung setzte nach Lohse voraus, dass die Stadt Riga die Weisungen der mit deutschen Kräften durchgesetzten landeseigenen Behörden annehme.⁴⁴ Lohse schlug somit eine Lösung vor, die an das im Protektorat Böhmen und Mähren praktizierte Verwaltungsmodell erinnerte. Lohse war bei seinem Vorschlag eigentlich von den in Lettland herrschenden Verhältnissen ausgegangen, glaubte aber, dass das Verwaltungsmodell ohne Schwierigkeiten auch in Estland verwendet werden könnte, während man in Litauen die in Lettland und Estland gemachten Erfahrungen abwarten müsse. Zum Schluss bat Lohse noch »bei dem Ernst der allgemeinen politischen Lage« um eine baldige Entscheidung.⁴⁵

Februar 1943— Die Änderung des staatsrechtlichen Status der baltischen Generalbezirke misslingt

Im Ostministerium wurden im Januar—Februar 1943 mehrere Entwürfe für einen Führererlass ausgearbeitet, in dem der staatsrechtliche Status von Estland, Lettland und Litauen neu bestimmt werden sollte. Das

⁴² Ibidem. Vgl. Dallin S. 200.

⁴³ Das Generalkommissariat wäre zwar erhalten geblieben, aber nur als kleiner Führungsstab.

⁴⁴ Lohse an Rosenberg, 2. 2. 1943. BA: R 6/278.

⁴⁵ Ibidem.

Reichskommissariat Ostland sollte aufgelöst werden, indem Weissrussland als besonderes Verwaltungsgebiet direkt dem Ostministerium unterstellt würde. Der Reichskommissar wiederum sollte durch einen neuen Reichsresidenten ersetzt werden, der die Aufgabe hätte, die Interessen des deutschen Reiches auf allen Gebieten der Verwaltung zu vertreten. Für die Verwaltung der unter deutsche Schutzherrschaft zu nehmenden Länder wurden »Landesregierungen« vorgeschlagen, deren Mitglieder als »Landesminister« für ihren Tätigkeitsbereich direkt dem sog. »Landesresidenten« [dem ehemaligen Generalkommissar] verantwortlich gewesen wären, und die das Recht gehabt hätten, staatliche Hoheitsrechte zu gebrauchen, soweit nicht »das Reich« im Rahmen seiner Schutzaufgabe die Leitung einiger Verwaltungszweige übernommen hätte. Der direkten Führung des Deutschen Reiches sollten u.a. die aussen- und militärpolitischen Angelegenheiten sowie Zoll-Verkehrs- und Postsachen vorbehalten bleiben. Der Resident des Landes hätte vor allem die Aufgabe gehabt zu überwachen, dass die »Landesregierung« die Verwaltung in Übereinstimmung mit den Interessen des Reiches versehe. Einige Stellen wollten ganz auf die Stufe der Gebietskommissare verzichten,⁴⁶ die schlecht in das vorgeschlagene System zu passen schien. Auch im Ostministerium hielt man wenigstens anfangs die Abschaffung der Gebietskommissare für möglich, worauf indirekt der folgende Satz aus früheren Entwürfen hinweist: »Dem Landesresidenten können für bestimmte Aufgaben und in bestimmten Gebieten Beauftragte beigegeben werden.«⁴⁷ Im folgenden Entwurf wurde jedoch vorausgesetzt, dass die Gebietskommissare ihre Stellen als »Gebietsinspektoren« oder »Gebietshauptleute« behalten, die den Landesresidenten über alle Geschehnisse in ihrem Gebiet zu informieren hätten. Ganz besonders auffallend zeigte sich der illusorische Charakter der vorgesehenen Autonomie aus der Definition der Aufgabe des Gebietsinspektors, denn »bei Gefahr im Verzuge sind sie berechtigt, selbst Weisungen an die Verwaltung ihres Gebiets zu erlassen oder selbständig Massnahmen durchzuführen«.⁴⁸ Wenn man die Entwürfe

⁴⁶ Windecker an das Auswärtige Amt, 22. 2. 1943, AA: Büro des St. Lettland August 1939—August 1944: 169. Windecker gab jedoch nicht genauer an, welche Stellen diese Forderungen erhoben hätten.

⁴⁷ Entwürfe zum Führererlass (Februar 1943), BA: R 6/67; der »fünfte Entwurf«, 17. 2. 1943 (der Entwurf ist also nach Rosenbergs Besuch in Hitlers Hauptquartier am 8. 2. 1943 fertiggestellt worden). Film T-484/Rolle 15/000265—268. Kivimäki, der finnische Gesandter, hatte schon im Herbst 1942 in Berlin Gerüchte von der Änderung des politischen Status der baltischen Länder gehört. Estland, Lettland und Litauen hätten nach diesen Plänen einen Status erhalten, der im rechtlichen Sinne eine Art von Mischform aus der Protektoratsverwaltung von Böhmen und Mähren und dem Staat der Slowakei dargestellt hätte. Kivimäkis Bericht Nr. 25/7. 10. 1942. UM: 5/c 5.

⁴⁸ Entwurf aus der zweiten Februarhälfte, Film T-484/Rolle 15/000274—276.

nebeneinander betrachtet, erkennt man leicht, dass die Autonomiepläne auch in anderen Teilen auf der Stufe der Entwürfe weiter verwässert worden sind. Ursprünglich war u.a. vorausgesetzt, dass jedes Land das Recht erhält, seine eigene Flagge, sein Wappen und Siegel zu gebrauchen. In dem späteren Entwurf fehlt der Artikel ganz.⁴⁹ Rosenbergs Handschrift muss man ohne Zweifel auch in dem Zusatz zu eben diesem Entwurf sehen, in dem vorausgesetzt wurde, dass die Stadt Riga einen deutschen Stadthauptmann bekommt.⁵⁰ Rosenberg wollte also weiterhin an dem Sonderstatus der Stadt Riga festhalten. Danach kann man mit Recht fragen, ob von der geplanten Autonomie mehr übriggeblieben wäre als die äussere Form.

Rosenberg hatte am 8. 2. 1943 Gelegenheit erhalten, Hitler die in seinem Ministerium entwickelten Pläne vorzutragen.⁵¹ Hauptpunkt des Gespräches war dabei offensichtlich die Änderung des staatsrechtlichen Status der baltischen Generalbezirke und die eng damit verbundene Aufstellung nationaler Legionen. Wahrscheinlich gab Hitler bei diesem Gespräch seine grundsätzliche Einwilligung zu den Plänen einer umfangreicheren Reprivatisierung wie auch dazu, dass die Lebensmittelrationen der einheimischen Bevölkerung auf dasselbe Niveau gehoben würden wie in Deutschland. Von der Einstellung Hitlers zur Hauptfrage selbst — den Vorschlägen einer Autonomie der baltischen Länder — hatte Rosenberg einen solchen Eindruck erhalten, dass Hitlers Einstellung dazu nicht grundsätzlich ablehnend war, wenn er sich auch nicht endgültig entschieden hatte. Aufgrund des Gespräches glaubte Rosenberg die Vollmacht erhalten zu haben, konkrete Vorschläge zu machen.⁵² Im Ministerium wurde dann tatsächlich den ganzen Februar hindurch die Vorbereitung der Autonomiestatuten fortgesetzt. Aber Anfang März hörte Rosenberg von Lammers, dass seine Auffassung von dem Gespräch am 8. 2. 1943 im Führerhauptquartier falsch sei und dass als richtig Bormanns Vermerk über das Gespräch anzusehen sei, nach dem der Führer die Frage der Autonomie erst nach Ende des Krieges entscheiden wolle. Lammers hatte auf Rosenbergs Wunsch selbst Hitler danach gefragt, der dabei ausdrücklich die Richtigkeit des Bormannschen Vermerks bestätigt und jeden Aufruf »an die Völker des Ostens« abgelehnt hatte.⁵³

⁴⁹ Ibidem. Vgl. die Entwürfe BA: R 6/67 und Kleist S. 167. Nach Kleist war es gerade Rosenberg, der gegen das Recht zum Gebrauch der eigenen Flagge war.

⁵⁰ Ibidem.

⁵¹ Über das Gespräch sind keine Primärquellen verfügbar.

⁵² Körner an Göring, 20. 2. 1943. CDJC: CXL Va-30.

⁵³ Lammers an Rosenberg, 8. 3. 1943. BA: R 6/249. Rosenberg hatte auch früher die Neigung gezeigt, Hitlers Äusserungen gemäss seinen eigenen Wünschen auszuliegen. Siehe oben S. 63.

Die Reprivatisierung als Ansporn zur Steigerung der Produktion

In dem Erlass des Reichskommissars für das Ostland von 19. 8. 1941 über die Stellung des Eigentums der Sowjetunion war das Versprechen enthalten, die Reprivatisierung sei das grundsätzliche Ziel der Besatzungsverwaltung.⁵⁴ Der erste praktische Schritt in dieser Richtung war der Erlass über die Neuregelung des Handwerks, der Kleinindustrie und des privaten Handels, der am 17. 10. 1941 gegeben wurde. Nach dem Erlass konnte das Recht auf Privateigentum im Bereich des Handwerks, der Kleinindustrie (in Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern) und des Einzelhandels zugestanden werden, wenn an einem solchen Unternehmen öffentliches Interesse bestand und wenn der Eigentümer und die verantwortlichen Direktoren persönlich und beruflich geeignet waren. Die Rückführung von Unternehmen in Privateigentum erforderte in jedem Falle die Zustimmung des Gebietskommissars.⁵⁵ Die Reprivatisierung ging aufgrund des Erlasses langsam, und wahrscheinlich gab es nicht sehr viele Bewerber, denn es war sehr kompliziert gemacht, das Eigentum zurückzubekommen. Wenn die Deutschen an irgendeinem Unternehmen interessiert waren, wurde es deutschen »Treuhändern« unterstellt, indem die berufliche Qualifikation des Eigentümers oder seine politische Zuverlässigkeit in Frage gestellt wurde. Somit wurden verstaatlichte Unternehmungen in der Praxis nur in Einzelfällen den früheren Eigentümern zurückgegeben.⁵⁶

Die Hauptabteilung Politik des Ostministeriums hatte von Anfang an betont, dass das gesetzte politische Ziel in den ehemaligen Baltischen Staaten eine sofortige Wiederherstellung des Privateigentums erfordere. Es war ja das schliessliche Ziel im Baltikum, »wesentliche Teile der drei baltischen Völker an das deutsche Volk heranzuführen«, was es nach Auffassung der Hauptabteilung Politik notwendig machte, »eine freiwillige nach Deutschland gerichtete Tendenz in den drei Völkern zu schaffen und zu erhalten«.⁵⁷ Die Hauptabteilung Politik hatte mehrfach darauf hingewiesen, wie notwendig schon für die Erhaltung der eigenen Autorität Deutschlands die Reprivatisierung sei, weil Deutschland auch in der Propaganda im Baltikum »als Vorkämpfer für abendländische Kultur und Rechtsnormen« dargestellt wurde, weshalb die einheimische Bevölkerung die Reprivatisierung als völlig selbstverständliche Tatsache erwartet hatte, ohne sich etwas anderes auch nur vorstellen zu können.⁵⁸ Dabei hätte man nach Auffassung der

⁵⁴ Meyer: *Recht. O. III. A. 1.*

⁵⁵ *Ibidem O. III. GA 1¹ und GA 1⁴.*

⁵⁶ *Latvia under German Occupation, S. 47. Bräutigam, S. 46.*

⁵⁷ *Kleists Denkschrift, 7. 10. 1941. BA: R 6/87.*

⁵⁸ *Entwurf der allgemeinpolitischen Abteilung zu einem Schreiben an Bergmann (Vierjahresplan) vom Mai 1942. BA: R 6/88. Vgl. auch Bräutigams Denkschrift, 22. 2. 1942. BA: R 6/87.*

Hauptabteilung gemäss den politischen Zielen auch solches Vermögen behandeln sollen, das nicht für die Rückgabe an seine früheren Eigentümer bestimmt war. Die Hauptabteilung hielt es deshalb für wünschenswert, dass der Treuhandverwaltung nicht solche Unternehmen übertragen würden, die ebenso gut von einheimischen Personen geführt werden könnten.⁵⁹ Das politische Doppelgesicht des Ministeriums zeigt sich vielleicht am besten gerade in der Frage der Regelung der Vermögensverhältnisse. Der Vierjahresplan und die mit ihm in Personalunion befindlichen Wirtschaftsabteilungen des Ostministerium standen anfangs nämlich der Reprivatisierung sehr abwartend gegenüber. In der von Göring im November 1941 veranstalteten Konferenz über die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftlichen Organisationen der besetzten Ostgebiete war die Reprivatisierung in den baltischen Ländern als aussergewöhnliche Massnahme dargestellt worden, die nur auf kleinere Einheiten angewandt werden konnte.⁶⁰ Nach Auffassung der Hauptabteilung Wirtschaft des Ostministeriums — und hier beruhte sie sicher auf dem Standpunkt des Vierjahresplans — stand die Forderung nach Reprivatisierung in scharfem Widerspruch zu der politischen Weisung des Führers, nach der das Ostland wiedereinzudeutschen sei. Die Hauptabteilung Politik dagegen sah keinen Widerspruch zwischen der von ihr befürworteten Reprivatisierung und den das Baltikum betreffenden politischen Fernzielen, weil Deutschland auf Jahrzehnte hinaus nicht nennenswerte Zahlen von Menschen für die Besiedlung des Ostlandes zur Verfügung hätte. Ferner gab es Eigentümerkategorien, für die die Reprivatisierung nicht in Frage kommen sollte. Das galt für solches Eigentum, das »Juden, deutschfeindlichen Emigranten, feindlichen Ausländern und dergleichen« gehört hatte.⁶¹ Nach einer vorläufigen Berechnung wären ca. 10—15 % der Bevölkerung keine Reprivatisierung zuteil geworden. Das sog. »freie Eigentum«, das diesem Bevölkerungsteil gehört hatte, hätte nach dem Kriege den deutschen Siedlern zur Verfügung gestanden.⁶² Teils aus kriegswirtschaftlichen Gründen, aber teils auch in Hinblick auf die spätere Sicherung der wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten und der führenden Stellung Deutschlands wurden von Anfang an u.a. die grossen Industrieunternehmen, die Grosshandelsfirmen, die Bank- und Versicherungsinstitute und die Reedereien von den Reprivatisierungsplänen ausgenommen.⁶³ In der

⁵⁹ Kleists obige Denkschrift, 7. 10. 1941.

⁶⁰ Zusammenfassung von der unter der Leitung von Reichsmarschall Göring gehaltenen Wirtschaftskonferenz am 8. 11. 1941. NI-440, NMT XIII. S. 863.

⁶¹ Hauptabt. I des OMi an Hauptabt. III, 10. 11. 1941. BA: R 6/88. Zu dieser Gruppe rechnete Bräutigam im März 1942 möglicherweise auch den Grundbesitz der Kirchen. Siehe v. Stritzkys Bericht, 4. 4. 1942. BA: R 92/vorl. 136.

⁶² Mitteilungsblätter der Sicherheitspolizei Nr. 6 (10. 6. 1942) und 7 (Datum fehlt). BA: R 58/225.

⁶³ »Vorschläge zum Fortgang der Privatisierung in den Baltenländern«. Denkschrift im Frühjahr 1942. BA: R 6/87.

Hauptabteilung Politik betrachtete man es als selbstverständlichen Ausgangspunkt, dass der Regelung der Vermögensverhältnisse die Situation im Juni 1940 zugrundezulegen sei. Das hätte jedoch kein Hindernis für die Berücksichtigung der Interessen Deutschlands bedeuten brauchen, denn wie Bräutigam in einem Vortrag bemerkte, waren »Verordnung [betr. Reprivatisierung] und Durchführung zwei verschiedene Begriffe«. ⁶⁴ Nach Bräutigam würde Deutschland die in den 1920er Jahren im Baltikum durchgeführten Agrarreformen grundsätzlich nicht anerkennen und deshalb sollten später die Balten entschädigt werden, die unter den Reformen gelitten hatten. Ebenso waren die zu entschädigen, die 1918—1919 freiwillig gegen den Bolschewismus gekämpft hatten und denen Land versprochen worden war, was später widerrufen wurde. ⁶⁵ Eine Annäherung zwischen den Standpunkten des Ostministeriums und des Vierjahresplanes wie auch zwischen der Hauptabteilung Politik und der Hauptabteilung Wirtschaft des Ministeriums begann sich abzuzeichnen, als man auch auf seiten des Vierjahresplanes bereit war zuzugeben, dass man statt der kolonialistischen Methoden völlig andere Anreize brauchte, wenn man die Bevölkerung zu grösseren wirtschaftlichen Anstrengungen anspornen wollte. In der Treuhänderverwaltung waren auch ungeheuer viel deutsche Arbeitskräfte gebunden, die anderswo wesentlich effektiver hätten eingesetzt werden können. Nach Bräutigam gelang es dem Ostministerium schliesslich im Juli 1942, die Bedenken der Vierjahresplanbehörde bezüglich der Reprivatisierung zu zerstreuen und sie von den für die Wirtschaftsinteressen Deutschlands schädlichen Auswirkungen einer weiteren Verzögerung zu überzeugen. ⁶⁶ Auch in dieser Phase stiess man auf den Widerstand des Reichskommissars für das Ostland Lohse. Die Haltung des Reichskommissariats Ostland in dieser Frage ist nicht völlig eindeutig. Lohse versicherte in einer Rede auf der Tagung von Vertretern der wirtschaftlichen Hauptabteilungen des Reichskommissariats am 23. 2. 1942, dass die Reprivatisierung noch nicht in Frage komme, weil »wir uns festlegen würden, und zwar vorzeitig«. ⁶⁷ Damit in Widerspruch steht die Behandlung der Reprivatisierungsfrage in Lohses Denkschrift »Zur Neugestaltung des Verwaltungsaufbaus des Ostlandes»

⁶⁴ Bräutigam meinte damit vor allem, dass man die praktische Durchführung der Bestimmungen je nach Wunsch auf einen viel späteren Zeitpunkt verschieben könne, wenn das z.B. aus kriegswirtschaftlichen Gründen zweckmässig sei. Siehe v. Stritzkys Referat von Bräutigams Vortrag auf der »Osttagung deutscher Wissenschaftler« im März 1942. BA: R 92/vorl. 136.

⁶⁵ Ibidem. Siehe auch die vertrauliche Denkschrift des Vorsitzenden des Traditionsvereins der Baltischen Landwehr und des Baltischen Regiments, P. Vockrodt »Das Ostland — den Ostlandkämpfern. Eine Siedlungsparole«. Juni 1943. BA: R 6/249.

⁶⁶ Bräutigam S. 51. Vgl. auch Bräutigams Denkschrift, 25. 10. 1942. 294-PS, IMT XXV, S. 336.

⁶⁷ Rede von RK Lohse 23. 2. 1942. Fotokopie im Institut für Zeitgeschichte Fb 44.

(März 1942). Lohse schreibt darin, dass er die von den Generalkommissaren gewünschte umfangreichere Reprivatisierung unterstütze und behauptet, dass die im Reichskommissariat schon lange vorbereitete Reprivatisierung auf »weitere Gebiete der Industrie, den gesamten städtischen und ländlichen Grundbesitz und die Wertpapiere« ausgedehnt werde.⁶⁸ Dennoch beweisen alle Quellen übereinstimmend, dass vom frühen Sommer 1942 an eine umfangreichere Reprivatisierung an Lohses Widerstand gescheitert war.⁶⁹ Der Widerstand gegen die Privatisierungspläne kam offensichtlich in erster Linie von den Wirtschaftsfachleuten in Lohses Behörde, die aus kriegswirtschaftlichen Gründen das Wirtschaftsleben unter ihrer Kontrolle behalten wollten.⁷⁰

Die Frage der Reprivatisierung wurde wieder aktuell, nachdem die Totalisierung des Krieges auch das Ostland erreicht hatte. Die Reprivatisierung sollte in diesem Stadium als vorbereitende Massnahme zur Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die totale Mobilisierung dienen, wie auch besonders als Ansporn zu einer grösseren Produktion in der Landwirtschaft. Die ganze Frage war Gegenstand einer ausgedehnten Besprechung am 8. 12. 1942 im Ministerium, wo an dem Gespräch ausser den Vertretern des Ministeriums auch Lohse und alle Generalkommissare teilnahmen. Lohse blieb bei seiner früheren Meinung, es sei nicht zweckmässig und nicht nötig, eine schnelle Reprivatisierung durchzuführen, besonders solange der Führer nicht auf die diesbezügliche Anfrage geantwortet habe. Der Reichskommissar hielt das reine Versprechen⁷¹ einer nach dem Kriege erfolgenden Reprivatisierung für ausreichend. Die anderen Gesprächsteilnehmer waren entgegengesetzter Meinung. Schlotterer und Runte⁷² sprachen sich für die Reprivatisierung aus, und Schlotterer bemerkte, dass der Vierjahresplan und die Wehrmacht sich schon erkundigt hätten, warum in der Sache keine Fortschritte erzielt worden seien.⁷³ In einer etwas später im selben Monat veranstalteten Konferenz des Ostministeriums und einiger Wehrmachtskreise war man sich auch in der Forderung nach Reprivatisierung einig.⁷⁴ Im Ministerium wurde nun ein Entwurf zu einem Erlass über die

⁶⁸ Lohses obige Denkschrift. Film T-454/Rolle 15/000659—000660.

⁶⁹ Siehe z.B. Rosenberg an Lohse, 26. 2. 1943, BA: R 6/24; Litzmann an Rosenberg, 5. 4. 1943. Film T-454/Rolle 15/000871.

⁷⁰ Leibbrandts Interview, 31. 10. 1966.

⁷¹ Ein gewisser Dualismus zeigt sich auch in der Einstellung des Reichskommissariats zur Reprivatisierungsfrage. Der Leiter der politischen Abteilung Trampedach hatte nämlich in seiner Denkschrift über die Umorganisation der landeseigenen Verwaltung (19. 11. 1942) die Beschleunigung der Reprivatisierung empfohlen. BA: R 6/279.

⁷² Leiter der Hauptabteilung Verwaltung im OMi.

⁷³ Vermerk über die Besprechung am 8. 12. 1942 im Ostministerium. Film T-454/Rolle 94/000484—492.

⁷⁴ Siehe oben S. 203.

Reprivatisierung ausgearbeitet, für den Rosenberg am 8. 2. 1943 auch Hitlers Zustimmung beschaffen konnte.⁷⁵ Bis zum Februar 1943 hatte offensichtlich auch Lohse seine Meinung in der Privatisierungsfrage gründlich geändert, weil er jetzt darin ein Mittel zur Steigerung der Produktion sah. Ende Januar 1943 wurden bei einer Sitzung der General- und Gebietskommissare in Riga unter dem Vorsitz des Reichskommissars die Aufgaben des Ostlandes im totalen Krieg erörtert, wobei Lohse nach der DZO mitteilte, dass bei der Reprivatisierung denen der Vorrang gegeben würde, die ihre Pflichten an der Kriegs- und Heimatfront erfüllt hätten.⁷⁶

Der Erlass über die Wiederherstellung des Privateigentums in den Generalbezirken Estland, Lettland und Litauen ist vom 18. 2. 1943 datiert. Die Wiederherstellung des Privateigentums wurde in der Präambel zu dem Erlass wie folgt motiviert: »Die Wiederherstellung des Privateigentums erfolgt in der Erwartung, dass die Eigentümer die aus dem Eigentum erwachsenden Pflichten, insbesondere gegenüber der deutschen Kriegswirtschaft, erfüllen werden.« Die Wiederherstellung von Privateigentum konnte nur auf Antrag erfolgen,⁷⁷ wobei die Antragsteller zu bevorzugen waren, die sich »politisch und wirtschaftlich bewährt haben«. Die Reprivatisierung von Eigentum war nicht zulässig, wenn sie den Interessen der deutschen Kriegswirtschaft zuwiderlief.⁷⁸ Da alle wichtigen Unternehmungen unter der Verwaltung deutscher Monopolgesellschaften arbeiteten, beschränkte sich die praktische Bedeutung des Erlasses in erster Linie auf die Bauern und Hauseigentümer. Wer sein Eigentum zurückbekam, musste ein besonderes Übergabedokument unterzeichnen, in dem er sich verpflichtete, auf jede Weise an der Neuordnung Europas unter der Führung des Reichskanzlers und des deutschen Volkes mitzuarbeiten.⁷⁹ Die Übergabe der Gehöfte geschah mit feier-

⁷⁵ Siehe oben S. 218 sowie den Vermerk über die Besprechung bei Rosenberg am 10. 2. 1943. CDJC: CXLV a-28.

⁷⁶ DZO 24. 1. 1943. Vgl. auch Labs an Runte, 2. 2. 1943. BA: R 6/285. »Die Reprivatisierung wird neben der Erhöhung der Lebensmittelration von Gauleiter Lohse nunmehr als eine unbedingt notwendige Massnahme betrachtet«, sowie Lohse an Rosenberg, 1. 5. 1943. Film T-454/Rolle 15/000920.

⁷⁷ Dies widersprach dem Standpunkt der Hauptabteilung Politik des OMi. Ebenso war der Entwurf u.a. von Dr. Labs aus der Hauptabteilung Verwaltung kritisiert worden. Labs' obengenannter Brief an Runte, 2. 2. 1943. Drechsler hatte noch am 29. 1. 1943 den Leitern der landeseigenen Verwaltung von Lettland erklärt, dass er an eine allgemeine Reprivatisierung glaube. Siehe das Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Leitung des Generalkommissariats und der lettischen Selbstverwaltung. BA: R 6/5. Der Widerstand Lohses und der Wirtschaftskreise hatte somit in der Frage der Reprivatisierung nicht nur zur Verzögerung des Erlasses sondern auch zur Verwässerung seines Inhalts geführt.

⁷⁸ Vobl Ost 1943 Nr. 5 S. 57. Vgl. auch Lohses Erklärung zur Wiederherstellung des Privateigentums. DZO 21. 2. 1943.

⁷⁹ Latvia under Occupation S. 109—110, DZO 7. 3. 1942.

lichen Zeremonien, wobei gleichzeitig daran erinnert wurde, dass »die Rückgabe verpflichtet«. ⁸⁰

Obwohl sich das Ministerium und das Reichskommissariat in der Frage der Reprivatisierung schliesslich auf denselben Kurs geeinigt hatten, kam es zwischen ihnen sofort zu neuen Reibereien, als mit der Verwirklichung des Erlasses begonnen wurde. Das Ostministerium wollte die Fäden fest in der Hand halten und begnügte sich deshalb bei dieser Frage, die nach Rosenbergs Auffassung »ein Kernproblem der Ostpolitik« ⁸¹ berührte, nicht mit der normalen Praxis, die voraussetzte, dass der Reichskommissar für seine Durchführungsbestimmungen die Einwilligung des Ministeriums einholte, sondern sandte Regierungsrat Reinbothe nach Riga, um über die Einzelheiten der Durchführung des Erlasses zu verhandeln. ⁸² Rosenberg ging sogar so weit, dass er sich weigerte, ⁸³ die am 24. 6. 1943 von Lohse gegebene dritte Durchführungsbestimmung zu genehmigen, weil darin wenigstens theoretisch die Möglichkeit enthalten war, auch solche Aktiengesellschaften zu reprivatisieren, in denen Einheimische die Aktienmehrheit besaßen. ⁸⁴ Dabei würden die deutschen Aktionäre, die ja sogar 49 % der Aktien besitzen konnten, »entweder gezwungen [!], mit den Einheimischen weiterzuarbeiten« oder liefen, »falls es sich um eine Splitterbeteiligung handelt, sogar Gefahr, ihrer Anteile verlustig zu gehen«. Das diene natürlich nicht den Interessen der deutschen Volkstumspolitik. Rosenberg verlangte, dass man sich überhaupt bei der Reprivatisierung von Aktiengesellschaften grosse Zurückhaltung auferlege und wenigstens vorläufig bei solchen Gesellschaften darauf verzichte, deren Aktien auch nur zu einem Teil in deutschem Besitz gewesen waren. Gleichzeitig bat Rosenberg den Reichskommissar um eine Erklärung darüber, in welchem Umfange Industriebetriebe reprivatisiert werden sollten, wobei es besonders wichtig sei festzustellen, »in welchem Umfang und in welcher Wertklasse Vermögensobjekte für die deutsche Volkstumspolitik übrigbleiben werden«. ⁸⁵

⁸⁰ Z.B. DZO 23. 3., 26. 3., 8. 10. 1943. Nach Öpik nahmen Litzmann wie auch die Bauern diese Übergabezeremonien mit Humor auf. Mamers S. 254.

⁸¹ Rosenberg an Lohse, 1. 7. 1943. BA: R 6/24.

⁸² Das war jedoch nach Lohses Meinung eine zu weit gehende Bevormundung, und so weigerte er sich denn, Reinbothe mit einem Auto aus Tilsit abholen zu lassen. Als Reinbothe sich schliesslich am 27. 2. beim Reichskommissar zu einem Gespräch über die Richtlinien der Reprivatisierung melden konnte, bemerkte Lohse beleidigt, er sei offensichtlich zu dumm, um solche Fragen zu behandeln und zu entscheiden. Rosenberg an Lohse, 24. 2. 1943, BA: R 6/24, Aktenvermerk des Reichskommissariats, 3. 4. 1943, Film T-454/Rolle 15/00020.

⁸³ Seine Weigerung begründete Rosenberg damit, dass diese Durchführungsbestimmung in der gegebenen Form nicht im voraus von ihm genehmigt worden sei. Rosenbergs obiger Brief an Lohse, 1. 7. 1943.

⁸⁴ Ibidem. Vobl. Rk Ost Nr. 16/1943, S. 93—95.

⁸⁵ Rosenbergs obiger Brief an Lohse, 1. 7. 1943.

Praktisch hörte die Verwirklichung des Erlasses über die Reprivatisierung in Litauen schon im Frühjahr 1943 infolge des Misslingens der militärischen Mobilisierung fast völlig auf.⁸⁶ Nach einer sehr wahrscheinlich klingenden Angabe wurden bis zum Ende der Besatzungszeit in Litauen 6 %, in Estland 12 % und in Lettland 24 % der Gehöfte reprivatisiert.⁸⁷ In einer Ende 1943 im RKO angefertigten Statistik finden sich folgende Angaben über die Behandlung der Privatisierungsanträge im Bereich der Industrie und des Handels.⁸⁸

	Lettland	Estland	Litauen
a) Anzahl der eingegangenen Anträge	800	418	558
b) Gebilligte Anträge	209	95	24
c) Antrag grundsätzlich gebilligt, die Privatisierung aber noch nicht durchgeführt	100	21	17
d) Abgelehnte Anträge	64	5	11
e) Widerrufene Anträge	9	1	2
f) Nicht entschiedene Anträge	418	296	504

Bei der Betrachtung der »wirtschaftlichen und politischen« Erfahrungen aus der Reprivatisierung muss der Berichtersteller zugeben, dass die Anträge sehr zögernd eingegangen sind, so dass z.B. in Lettland nur 800 Anträge von schätzungsweise 2000 möglichen gestellt worden waren, »weil den früheren Eigentümern in Augenblick wenig an einer Rückübertragung liegt«, was sich aus dem Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften erklärt. Nach dem Bericht war die Wiederherstellung des Privateigentums wegen der in Litauen herrschenden »besonderen Verhältnisse« da »ohne besondere Bedeutung« geblieben. Besonderes Interesse in dem Bericht erregt die genauere Aufgliederung der in Privateigentum überführten Unternehmungen, woraus wir u.a. erfahren, dass von den 302 in Lettland privatisierten Unternehmungen (die Punkte b + c) die grössten Gruppen die Apotheken (143), die Verkehrsunternehmungen (105), die Lichtspieltheater (31) und die Firmen der Lebensmittelbranche (10) darstellten. In Estland waren insgesamt nur 82 Apotheken, 25 Lichtspieltheater, 8 Banken und eine Lederfabrik reprivatisiert worden sowie in Litauen nur 13 Apotheken, zwei Hotels und zwei Unternehmungen der Papierbranche.⁸⁹

Der am 18. 2. 1943 gegebene Erlass über die Wiederherstellung des Privateigentums bedeutete also nicht die allgemeine Rückgängigmachung der im Baltikum während der sowjetischen Besetzung durchgeführten Ver-

⁸⁶ Aktenvermerk der Reichskanzlei, 11. 5. 1943. BA: R 43 II/691 a.

⁸⁷ Albert Kalme, Total terror. New York 1952. S. 80.

⁸⁸ Mit Ausnahme des Einzelhandels, für den der Privatisierungserlass schon am 17. 10. 1941 gegeben worden war.

⁸⁹ Trampedach sandte am 22. 2. 1944 eine Kopie des Berichtes an Rosenberg. BA: R 6/88.

staatlichung des Eigentums, sondern er gab den deutschen Behörden die Möglichkeit, dann das Eigentum zurückzuerstatten, wenn es von ihrem Standpunkt zweckmässig war: als Belohnung für gute Leistungen und als Anreiz zu einer grösseren Produktion. Die Wiederherstellung des Privateigentums war besonders auf dem industriellen Sektor sehr langsam vor sich gegangen und hatte sich auf wenig bedeutende Objekte beschränkt. Besonders für Aktiengesellschaften war der Reprivatisierungsprozess ausserdem ungeheuer kompliziert gemacht worden.⁹⁰ Die in einem späten Stadium und auch dann nur zögernd verwirklichte Wiederherstellung des Privateigentums konnte nicht mehr die politische Bedeutung haben, die sie sofort nach Einführung der Besatzungsverwaltung hätte haben können.⁹¹

Rosenberg selbst allerdings hielt es für »ein Entgegenkommen ohne gleichen«, dass das Reich nicht sofort nach Besetzung der Randstaaten die Bodenreformen der 1920er Jahre rückgängig gemacht hatte.⁹² Bei den Autonomieverhandlungen im Herbst 1943 kam auch die künftige Stellung des Eigentums der ehemaligen Republiken Estland und Lettland zur Sprache. Rosenberg wollte unter keinen Umständen auf »das letzte Pfand« verzichten, das sich in Form des Staatseigentums in deutschen Händen befand, sondern er meinte: »Dieses Eigentum könne der Ausgangspunkt späterer deutscher Siedlungstätigkeit sein; das Reich brauche dann nicht die landeseigenen Verwaltungen um Überlassung von Land zu bitten.«⁹³

Die ersten Phasen der militärischen Mobilisierung

Die Schutz- und Polizeibataillone

Die politischen Ziele Hitlers machten es im Grunde unmöglich, bei den Völkern der besetzten Ostgebiete Unterstützung im Kampf gegen die Sowjet-

⁹⁰ Oberstleutnant R. Ingelius, der 1943—44 Verbindungsoffizier des finnischen Hauptquartiers in Reval war, erwähnt in seinem Bericht ein bezeichnendes Beispiel dafür. Für die Privatisierung einer estnischen Verlagsgesellschaft musste der SD Auskünfte über die Zuverlässigkeit aller lebenden und im Lande wohnenden ca. 2 500 Aktionäre einholen, die durchschnittlich nur 1—2 Aktien besaßen. Ingelius an den Chef der Auslandsabteilung Nr. 1/944 (2. 1. 1944). Kriegsarchiv in Helsinki: Verbindungsoffizier des finnischen Hauptquartiers in Reval.

⁹¹ Darauf wies u.a. Litzmann in seinem Brief an Rosenberg vom 5. 4. 1943 hin. Film T-454/Rolle 15/000871.

⁹² Denkschrift über das Gespräch über die Vereinfachung der Verwaltung in Estland und Lettland am 10. 12. 1943. BA: R 6/246. Auf Rosenbergs Wunsch waren im November 1943 im Ministerium Berechnungen über die Grösse des ehemaligen staatlichen und kommunalen Grundbesitzes in Estland und Lettland angestellt worden. Aus Labs' Bericht für den Minister vom 15. 11. 1943 geht hervor, dass in Estland zu dieser Kategorie 63 052 ha Ackerland und in Lettland 21 800 ha gehörten. Von der gesamten Waldfläche machten die Staatsforsten 80 % aus. BA: R 6/5.

⁹³ Ibidem. Nach der Denkschrift schloss sich Lohse Rosenbergs Meinung an.

union zu suchen, was Hitler auch selbst begriff. »Dies ist besonders wichtig«, verkündete Hitler am 16. 7. 1941, »selbst wenn es zunächst leichter erscheint, irgendwelche fremden Völker zur Waffenhilfe heranzuziehen, ist es falsch! Es schlägt unbeding und unweigerlich eines Tages gegen uns aus.«⁹⁴ Hitler fürchtete, dass er in den ostpolitischen Regelungen keine freie Hand mehr hätte, wenn diese Völker zusammen mit den Deutschen ihr Blut im Kampf gegen den Bolschewismus vergiessen würden. Früher oder später würden sie ihm ihre Rechnung vorlegen.⁹⁵ Ebenso waren noch im April 1942 solche Vorstellungen »der grösste Unsinn«, dass man den unterworfenen Völkern in den besetzten Ostgebieten Waffen geben könnte.⁹⁶

Andererseits war es offensichtlich, dass im Sommer 1941 im Baltikum spontane Bereitschaft vorhanden war, sich an der Seite der deutschen Wehrmacht mit bewaffneten Kräften am Kampf gegen den Bolschewismus zu beteiligen.⁹⁷ Die Freiwilligenverbände, die gegen die Russen gekämpft hatten, waren jedoch von der Einsatzgruppe aufgelöst und entwaffnet worden, wobei gleichzeitig aus deren zuverlässigen Elementen Hilfspolizeinheiten und Schutzmannschaften organisiert worden waren, zu deren Aufgaben es gehörte, für die allgemeine Sicherheit und Ordnung zu sorgen, bolschewistische und jüdische Elemente zu verhaften und verschiedene Objekte zu bewachen.⁹⁸ Generalkommissar Drechsler versuchte von Riga aus auf die Aufstellung estnischer, lettischer und litauischer Legionen zu drängen, was natürlich wegen Hitlers Einstellung zu der Frage vergeblich war. Auch später noch betrachtete es Drechsler als schweren politischen Fehler, dass man es den Letten damals nicht gestattet habe, am Kampf gegen den Bolschewismus teilzunehmen, sondern die Freiwilligenverbände entwaff-

⁹⁴ 221-L, IMT XXXVIII, S. 88.

⁹⁵ Bräutigam S. 85. In seinem Gespräch mit Rosenberg am 14. 12. 1941 wies Hitler ebenso darauf hin, dass es nicht zweckmässig sei, »die anderen Völker jetzt schon zur Mitarbeit aufzufordern, weil sie darin für später einen Rechtsanspruch erblicken könnten.« 1517-PS IMT XXVII. 279.

⁹⁶ Tischgespräche 11. 4. 1942, S. 272. Hitler berief sich hier auch auf die Geschichte, die nach ihm beweise, dass alle Herrenvölker untergegangen seien, nachdem sie unterworfenen Völkern Waffen gegeben hatten.

⁹⁷ Für Estland siehe z.B. Prof. Uluotsis Denkschrift vom Juli 1941 (oben S. 85), in Lettland bemühte sich der bekannte Donnerkreuzler Celminš um die Austellung einer lettischen Division; eine entsprechende Bereitschaft zeigte sich auch in Litauen, siehe L-180 (ungedruckter Teil), S. 23, 27; vgl. ebenfalls General Brämers Bericht an Feldmarschall Keitel im Dezember 1942. BA/Militärarchiv: Wehrmachtbefehlshaber Ostland Nr. 57089.

⁹⁸ Siehe oben S. 77 sowie Prützmann an v. Roques, 21. 8. 1941. BA/Militärarchiv: Befehlshaber d. rückw. Heeresgebiets Nord Nr. 14768/5.

nete.⁹⁹ Himmler stand der Aufstellung der Legionen noch im Herbst 1941 völlig ablehnend gegenüber.¹⁰⁰

Als die Front vor Leningrad zum Stehen gekommen war, war man im Bereich der Heeresgruppe Nord aus militärischen Gründen natürlich daran interessiert,¹⁰¹ Freiwillige aus dem Baltikum zu verschiedenen Hilfsaufgaben bei der Wehrmacht, zum Kampf gegen die Partisanen und direkt zum Kampf an der Front aufzunehmen. Die Hauptabteilung Politik des Ostministeriums versuchte wiederum aus politischen Gründen Rosenberg zu drängen, Hitlers Billigung der Aufstellung von Freiwilligenverbänden einzuholen. Erst im November 1941 gelang es, von dem widerstrebenden Hitler die offizielle Bestätigung der schon bestehenden Freiwilligenverbände zu bekommen, wobei jedoch ausdrücklich vorausgesetzt wurde, dass keine Einheiten grösser als ein Bataillon aufgestellt würden.¹⁰² Bis zum Ende der deutschen Besetzung waren für diese sog. Schumabataillone etwa 9 000 Esten und über 15 000 Letten geworben worden, die teilweise an die Front abkommandiert worden waren.¹⁰³ Litauer gab es nach einer Angabe vom Juli 1942 in den Schutzbataillonen 10 000 und in den Polizeibataillonen 6 000 Mann.¹⁰⁴

Der Beschluss zur Gründung der SS-Legionen entsteht

Zur nächsten Phase der militärischen Mobilisierung gehörte die Bildung von freiwilligen SS-Legionen. Im Mai 1942 betrachtete Himmler den Gedanken der Gründung einer Legion zwar schon als verlockend, aber doch als viel zu riskant.¹⁰⁵ Im Juni 1942 hatte Jeckeln zu lettischen Offizieren über seinen Plan gesprochen, die einzelnen Schutzbataillone zu einem eigenen Regiment oder möglicherweise zu einer ganzen Division zusammenzufassen, wobei er gleichzeitig darauf hinwies, dass dieses eventuell zur Gründung einer lettischen Legion im Rahmen der SS führen könnte.¹⁰⁶

⁹⁹ Drechslers Denkschrift 19. 6. 1943. BA: R 6/84. Berger an Himmler, 10. 10. 1941. BA: NS 19 neu/382.

¹⁰⁰ Brandt an Berger, 17. 10. 1941. BA: NS 19 neu/382. Himmler war nach Brandt der Auffassung, dass im Baltikum und in der Ukraine niemals Legionen aufgestellt werden durften, sondern nur »Schutzmannschaften«, aber davon sehr viele.

¹⁰¹ Ereignismeldung UdSSR Nr. 48/10. 8. 1941. BA: R 58/215. Die Heeresgruppe Nord bat in Anbetracht der drohenden Partisanenlage um Aufstellung von estnischen und lettischen Freiwilligenverbänden,

¹⁰² Bräutigam S. 85.

¹⁰³ Haupt 1967, S. 280.

¹⁰⁴ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 10/3. 7. 1942. BA: R 58/698.

¹⁰⁵ Dallin S. 611.

¹⁰⁶ Jeckeln an Lohse, 30. 7. 1942. BA: NS 19 neu/1738. Jeckeln hatte über diesen Plan auch mit Himmler gesprochen, der Verständnis dafür gezeigt hatte. Siehe auch oben S. 200 Anm. 26.

Nach einer Zeugenaussage in Nürnberg stellte Berger im Juli—August 1942 Jeckeln durch Kurier die Anordnung zum Beginn der Werbung von Freiwilligen für die SS-Legion zu.¹⁰⁷ Zur Aufstellung einer SS-Legion von freiwilligen Esten hatte Himmler schon Anfang August 1942 von Hitler Erlaubnis bekommen.¹⁰⁸ Generalkommissar Litzmann teilte in einer Rede zum ersten Jahrestag der Befreiung Revals am 28. 8. 1942 mit, dass Hitler die Erlaubnis gegeben habe, eine besondere estnische Legion zu gründen. Litzmann forderte deshalb die Esten auf, freiwillig in die Legion einzutreten. Die Aufforderung fand jedoch keine besonders begeisterte Aufnahme bei den Esten, die keinen neuen Truppenverband, sondern die Vereinigung der bisherigen kleinen Einheiten wollten.¹⁰⁹ Der Zeitpunkt war allerdings gut gewählt, weil am 1. 9. 1942 eine grosse Zahl von Freiwilligen aus der deutschen Wehrmacht entlassen wurde, die ihre vertragliche Zeit zu Ende gedient hatten. Die Esten standen jedoch der Gründung der Legion sehr zurückhaltend gegenüber, besonders weil die diesbezügliche Information sehr knapp war. Schliesslich erfuhr man, dass zum Kommandeur der Legion der deutsche SS-Obersturmbannführer Ausberger bestimmt war, und dass estnische Offiziere für die Offiziersstellen aufgenommen würden, sofern sie als geeignet betrachtet wurden. Gleichzeitig gab man auch zu verstehen, dass die in ihrer Bewaffnung modern auszurüstende Legion auch ausserhalb Estlands eingesetzt werden könnte.¹¹⁰ Die Esten waren jedoch nicht am Kampf ausserhalb der Grenzen des Landes interessiert, und die Zahl der Freiwilligen blieb äusserst klein. Nach einem vom 13. 10. 1942 in Reval datierten Lagebericht gab es bis dahin erst 500 Freiwillige, und auch von denen hatte die Hälfte in den Schutzbataillonen gedient.¹¹¹ Als keine Freiwilligen auftauchten, begann man die Mannschaft durch Zwangsmassnahmen auszuheben. Einheiten der estnischen Sicherheitspolizei wurden als »Freiwillige« in die Legion entsandt. Die estnischen Polizeipräfekten erhielten den Befehl, einen Teil der Polizisten in die Legion zu beordern. Aus bekannten Esten wurde eine Gesellschaft von Freunden der Legion gebildet, die Propaganda für den Eintritt machten. Als Ergebnis all dieser Bemühungen konnten im Frühjahr 1943 1 280 Mann zur Ausbildung gesandt werden, aus denen das selbständige Bataillon »Narva« gebildet wurde; es wurde in die Ukraine gesandt und in die SS-Division eingegliedert.

¹⁰⁷ Robert Brills eidesstattliche Erklärung. NO-5799.

¹⁰⁸ Brandt an Berger, 14. 8. 1942. BA: NS 19 neu/382.

¹⁰⁹ Arnold Purre, Eesti soda Nõuk Liiduga. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas. VII Stockholm 1959. S. 33—34. Angelus 1965, S. 244. Mäes Zeugenaussage NO-5919.

¹¹⁰ R. Maasing, Katseid Essti sojaväe uuestiloomiseks. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VII, S. 20. Maasing veröffentlicht in extenso den Brief des estnischen Hauptmanns Kurgvel an das OKW, 20. 4. 1943.

¹¹¹ Lagebericht 13. 10. 1942. BA: R 6/76.

In Lettland begann die Gründung der Legion etwas später als in Estland. Nach Dankers lud der SS- und Polizeiführer von Lettland, General Schröder, ihn und einige lettische Militärs am 3. 11. 1942 zu sich und forderte sie auf, den Höheren SS- und Polizeiführer für das Ostland um die Erlaubnis zur Aufstellung einer freiwilligen estnischen Legion zu bitten. Die »landeseigene Verwaltung« wollte jedoch ihre Mitwirkung gegen gewisse politische und wirtschaftliche Zugeständnisse eintauschen.¹¹³ Gottlob Berger sprach sich in seinem Brief an Himmler vom 12. 1. 1943 für die Gründung der lettischen Legion aus und begründete das damit, dass die Freiwilligen, die den RAD abgeleistet hatten, in der Waffen-SS dienen wollten.¹¹⁴ Himmler teilte aus seinem Feldhauptquartier Jeckeln am 24. 1. 1943 mit, dass der Führer die Aufstellung einer freiwilligen lettischen SS-Legion genehmigt habe, welche Bezeichnung Himmler gleichzeitig den vier im Rahmen der 2. SS-Brigade kämpfenden lettischen Schutzbataillonen verlieh.¹¹⁵ Himmler machte es zum Ziel, eine ganze lettische Division zustandezubringen, in der die gerade aufgestellte lettische Legion hätte ein Regiment bilden können.¹¹⁶ Den Generaldirektoren der landeseigenen Verwaltung Lettlands teilte Schröder am 26. 1. 1943 mit, dass die Aufstellung der Legion eine reine polizeiliche Angelegenheit sei. In einer gemeinsamen Sitzung der deutschen Führung und der landeseigenen Verwaltung des Generalkommissariats Lettland am 29. 1. 1943 fragte Drechsler Dankers, was zu tun sei, damit die Legion mehr Soldaten bekäme, weil auch Drechsler nicht geglaubt hatte, dass die freiwillige Werbung Erfolg haben würde. Dankers erwiderte, dass er die Mobilisierung einiger Jahrgänge für möglich halte, aber diese Massnahme setzte nach Auffassung der landeseigenen Verwaltung die Wiederherstellung der lettischen Selbständigkeit voraus. Die Rekrutierungsfrage der Legion blieb deshalb auch weiterhin offen.¹¹⁷

¹¹² Purre S. 33—35.

¹¹³ Siehe oben S. 210.

¹¹⁴ Berger an Himmler, 12. 1. 1943. BA: NS 19 neu/382.

¹¹⁵ Himmler an Jeckeln, 24. 1. 1943. Hitler hatte seine Einwilligung zur Aufstellung der Legion am vorhergehenden Tage gegeben. Siehe Aktennotiz, 30. 1. 1943. BA: NS 19 neu/382.

¹¹⁶ Himmler an das SS-Führungshauptamt, 27. 1. 1943. Himmler an Jeckeln, 30. 1. 1943. Himmler setzte voraus, dass die zu wählenden Freiwilligen »SS-fähig« seien. BA: NS 19 neu/382.

¹¹⁷ Protokoll der obigen Sitzung. BA: R 6/5. Siehe auch Dankers' Zeugenaussage NO-4825. Von lettischer Seite wurden auch andere Forderungen erhoben: man verlangte u.a. einen lettischen Kommandeur der Legion, eine mindestens sechsmo-natige Ausbildung, die Aufstellung der Legion ausschliesslich zur Verteidigung der Grenzen Lettlands sowie die Unterstellung der Legion unter den Oberbefehl der Wehrmacht und nicht der SS. Brief der landeseigenen Verwaltung an Drechsler, 23. 2. 1943. Den Brief referiert Arnolds Spekke, *History of Latvia*. Stockholm 1957. S. 407—408. Siehe auch Drechsler an Lohse, 20. 4. 1943. BA: R 6/24.

Anfang des Jahres 1943 wurde auch die Aufstellung einer litauischen SS-Legion geplant. Diese Pläne wurden dem Generalkommissar von Litauen v. Renteln das erste Mal am 1. 2. 1943 von seinem SS- und Polizeiführer zugetragen.¹¹⁸

Mobilisierung unter dem Deckmantel der Arbeitsdienstpflicht

Der Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, Feldmarschall v. Küchler,¹¹⁹ hatte im Winter 1942—43 mehrmals die Einberufung der Bevölkerung Estlands, Lettlands und Litauens zum Waffendienst und zu anderen direkt der Wehrmacht dienenden Aufgaben gefordert.¹²⁰ Das Ostministerium und Reichskommissar Lohse hatten sich jedoch geweigert, eine »übereilte Aktion« zu beginnen, wenigstens nicht bevor die als sozialpolitische Voraussetzung der Mobilisierung betrachtete Wiederherstellung des Privateigentums in grösserem Umfange begonnen wäre.¹²¹ Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass zu den Massnahmen vor der Mobilisierung ausser einer ausgedehnten Reprivatisierung auch die Gewährung der Autonomie für Estland, Lettland und Litauen gehörte, so dass die Mobilisierung »ordnungsgemäss« von den landeseigenen Behörden hätte durchgeführt werden können.¹²² Die Erfahrungen mit der Gründung der estnischen Legion zeigten schon genügend deutlich, dass es mühsam war, mit Freiwilligenwerbung Erfolge zu erzielen. Das Scheitern der Autonomiepläne an Hitlers Widerstand im Februar 1943 zwang die deutschen Behörden, die Einberufungen als Durchführung der Arbeitsdienstpflicht zu tarnen.

Die Arbeitspflichtbestimmungen der Besatzungsverwaltung gaben somit die formalen Voraussetzungen für die Mobilisierung der wehrfähigen Bevölkerung. Der Reichskommissar hatte schon am 15. 8. 1941 die erste Verordnung über die Arbeitspflicht erlassen, in der u.a. vorgeschrieben wurde, dass die Arbeitsämter Arbeitskräfte auch zu Arbeiten ausserhalb ihres Wohnortes bestimmen konnten. Die folgende Verordnung über die Arbeitspflicht wurde von Rosenbergs Ministerium am 19. 12. 1941 gegeben; damals wurde die allgemeine Arbeitspflicht verkündet, die alle Einwohner der besetzten Ostgebiete im Alter von 18 bis 45 Jahren betraf. In der vom Reichskommissar erlassenen Durchführungsbestimmung war ein Moment

¹¹⁸ »Überblick über den Verlauf der Musterungsaktion in Litauen«, 9. 5. 1943. BA: R/162.

¹¹⁹ Befehlshaber der Heeresgruppe Nord 17. 1. 1942—8. 1. 1944.

¹²⁰ Siehe oben S. 206 Anm. 2.

¹²¹ Rosenbergs Mitteilung an Hitler, 20. 3. 1943. BA: R 6/5.

¹²² Das glaubte man auch allgemein im Baltikum, wo Gerüchte von der gleichzeitig mit der Selbständigkeit zu verwirklichenden Mobilisierung umliefen. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 46/19. 3. 1943. BA: R 58/224.

enthalten, nach dem sich die Arbeitspflicht auch auf die Ausführung von Aufgaben ausserhalb des Ostlandes erstrecken konnte. In der dritten Verordnung über die allgemeine Arbeitspflicht, die am 29. 3. 1943 erlassen wurde, wurden die von der totalen Kriegsführung der einheimischen Bevölkerung auferlegten Verpflichtungen hervorgehoben. Alle Männer und Frauen im Alter von 15—65 Jahren wurden verpflichtet, sich im nächsten Arbeitsamt zu melden, sofern sie nicht zum Krankenpflegepersonal gehörten, im Dienst deutscher Behörden standen oder Geistliche waren. Die Nichtbeachtung der Verordnungen wurde mit Freiheitsstrafen bedroht.¹²³

Der Reichskommissar für das Ostland hatte schon am 16. 2. 1943 — also einige Tage vor dem Erlass über die Wiederherstellung des Privateigentums — die Einberufungsanweisungen für die 1919—1924 geborenen männlichen Jahrgänge fertig.¹²⁴ Der diesbezügliche Aufruf des Reichskommissars wurde am 24. 2. 1943 unter der Überschrift »Mit Adolf Hitler zum Sieg, zu den Waffen, an die Arbeit!« veröffentlicht. Darin wurden die Esten, Letten und Litauer aufgefordert, sich zur Legion und zu Hilfsaufgaben der Wehrmacht zu melden und den Kampf durch eine kriegswirtschaftlich wichtige Arbeit zu unterstützen. Es wurde bestimmt, dass die zu den einberufenen Jahrgängen Gehörenden sich aufgrund der Arbeitspflicht in den Arbeitsämtern zu registrieren hätten.¹²⁵ Für die Organisation der Mobilisierung war die Abteilung III Aso (Arbeitspolitik und Sozialverwaltung) des Reichskommissariats verantwortlich, und für ihre praktische Durchführung sorgten die Musterungsstäbe, in denen die deutschen Arbeitsämter, die Polizei, die landeseigene Verwaltung und die Wehrmacht vertreten waren.¹²⁶ Die Gemusterten hatten Gelegenheit, zwischen dem Eintritt in die Legion, der Meldung zu Hilfsaufgaben der Wehrmacht oder der Arbeit in der Rüstungsindustrie zu wählen.¹²⁷ Für den Eintritt in die Legion wurde kräftig Propaganda gemacht.¹²⁸ Auf deutscher Seite scheute man auch nicht vor ungedeckten Versprechungen zurück.¹²⁹ In Estland und Lettland waren die

¹²³ Aleksander Kaelas, *Sotsiaalpoliitika saksa okupatsiooni ajal. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas*. VIII. Stockholm 1959. S. 129—131, 137—139.

¹²⁴ Siehe den obigen Überblick über den Verlauf der Musterungsaktion in Litauen, 9. 5. 1943. BA: R 6/162.

¹²⁵ DZO 24. 2. 1943.

¹²⁶ Bericht des Stadtkommissars von Kowno, 18. 2. 1944, 204-PS, IMT XXV, S. 292; siehe auch Mäes Zeugenaussage NO-5919.

¹²⁷ Das Verfahren war in Verhandlungen zwischen Jeckeln, dem Militärbefehlshaber des Ostlandes, General Brämer, und einem Bevollmächtigten Sauckels vereinbart worden. Jeckeln an Himmler, 19. 2. 1943, Film T 175/Rolle 22/527868. Vgl. besonders für Lettland *Latvia under German Occupation* S. 110 und NO-4825 sowie für Estland *Horm* S. 75—76 und *Purre* S. 35.

¹²⁸ Siehe z.B. *Litauen Chase* S. 307. Den für die Legion Gemeldeten wurde u.a. die sofortige Rückgabe ihres Privateigentums versprochen.

¹²⁹ Z.B. den Letten war zunächst versprochen worden, dass zum Kommandeur der Legion der lettische General Bangerskis ernannt würde, aber später kam doch

Musterungsergebnisse vom Standpunkt der Besatzungsverwaltung aus sehr befriedigend. Von den einberufenen Jahrgängen (1919—1924, später auch 1925) erschienen zu den Musterungen in jedem Generalbezirk über 85 0/0.¹³⁰ Insgesamt konnten als Ergebnis dieser ersten Musterung von März bis August aus Estland für die estnische Legion etwa 5 300 Mann und zu anderem Waffendienst (Hilfsaufgaben der Wehrmacht) etwa 6 800 Mann bereitgestellt werden sowie aus Lettland für die lettische Legion etwa 17 900 Mann und zu anderem Waffendienst etwa 13 400 Mann.¹³¹ Ein wesentlicher Teil der Gemusterten (z.B. die Landwirte) wurden für ihre bisherigen Aufgaben bestimmt.¹³²

In Litauen misslang die Mobilisierung dagegen völlig, was gleichzeitig sehr tief reichende politische Folgen hatte. Genralkommissar v. Renteln hatte anfangs versucht, die Generalräte der litauischen Selbstverwaltung dazu zu bewegen, seinen am 26. 2. veröffentlichten Aufruf zum Eintritt in die Legion zu unterschreiben, was diese jedoch ablehnten. Dagegen überreichten die Generalräte dem Genralkommissar eine Denkschrift, in der darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Mobilisierung im Widerspruch zum internationalen Recht stehe, und es wurde die Wiederherstellung der Selbständigkeit Litauens gefordert. Der Genralkommissar drohte den aufsässigen Generalräten mit Vergeltungsmassnahmen, wenn diese nicht ihren eigenen Aufruf zum Eintritt in die Legion veröffentlichten. Jetzt teilten sich die Meinungen der unter Druck gesetzten Generalräte, was die neue Forderung betraf. Ausser dem ersten Generalrat General Kubiliunas war jedoch nur ein Generalrat bereit nachzugeben, während die anderen nicht von ihrem Standpunkt abgingen. Da es nicht möglich war, ein nur von zwei Generalräten unterzeichnetes Kommuniqué zu veröffentlichen, unterschrieb Kubiliunas allein die Proklamation vom 3. 3., in der die Bevölkerung aufgefordert wurde, Deutschland in seinem Kampf gegen den Bolschewismus zu unterstützen. Von der Widerstandsbewegung, die sich in Litauen früher organisiert hatte als in Estland und Lettland, wurden überall im Lande Flugblätter verteilt, in denen die Jugend aufgefordert wurde, vor der Neugründung des Staates Litauen den Eintritt in die Legion zu verweigern.¹³³ Nach dem Stadtkommissar von Kowno, Cramer, machte besonders die Intelligenz Propaganda gegen die Mobilisierung, weil die

SS-Brigadeführer Hansen an die Spitze der Legion, NO-4825; Windecker an das Auswärtige Amt, 19. 4. 1943, NG-2721.

¹³⁰ BA/Militärarchiv: We Wi Kdo Reval/MI I.D.49. Gesamtergebnisse der Musterung vom 9. März bis Ende April 1943; WI/I D.5.21. KTB Wi Kdo Riga 1. 1.—31. 3. 1943.

¹³¹ Bericht der Abt III Aso/RKO über die Ergebnisse der Musterungen vom Frühjahr 1943 an. 1. 2. 1944, Film T-484/Rolle 15/000339.

¹³² Kaelas S. 129—130.

¹³³ Denkschrift litauischer Widerstandskreise über die aktuelle Lage in Litauen, 16. 4. 1943. Film T-77/Rolle 912/4390405—06.

Besatzungsverwaltung nicht die gewünschten politischen Zugeständnisse gemacht hatte.¹³⁴ Die ersten Ergebnisse der Anfang März begonnenen Musterungsaktion zeigen, dass zu den Musterungen weniger als 20 % der einberufenen Jahrgänge erschienen. Der Generalkommissar appellierte sofort nach Bekanntwerden der ersten Musterungsergebnisse an die Generalräte der landeseigenen Verwaltung und forderte sie auf, einen eindeutigen Aufruf zu veröffentlichen und auch sonst der Musterungsaktion ihre uneingeschränkte Unterstützung zuteil werden zu lassen. Der vom Generalkommissar geforderte Aufruf scheiterte an dem Widerstand einiger Generalräte.¹³⁵ Kubiliunas unterschrieb wieder allein einen zweiten Aufruf, der in direkter Form die Aufforderung enthielt, in die Legion einzutreten.¹³⁶

Generalkommissar v. Renteln sah in dieser Situation keinen anderen Ausweg, als Gewaltmassnahmen zu ergreifen. Nachdem er zuerst am 12. 3. das Reichskommissariat in Riga informiert hatte und am folgenden Tage auch den dort zufällig weilenden Reichsführer-SS sowie noch seine eigenen Gebietskommissare, wurden am 16. 3. und an den darauf folgenden Tagen 48 Vertreter der litauischen Intelligenz verhaftet, unter denen auch die Generalräte Germanatas, Mackevicius und Puodzius waren. Gleichzeitig wurde der deutsche Professor Schreinert bevollmächtigt, die Kulturverwaltung Litauens zu leiten.¹³⁷ Die verhafteten Litauer wurden ins Konzentrationslager Stutthof gebracht. Zu den anderen Gegenmassnahmen des Generalkommissars gehörten die Schliessung der Universitäten Kowno und Wilna sowie der Verzicht auf die Gründung der litauischen Legion. Litauen erhielt danach nur das »Recht«, Arbeitskräfte für die deutsche Wehrmacht und die Kriegswirtschaft abzustellen.¹³⁸ Alle im Amt befindlichen Generalräte waren jetzt (18. 3.) reif, zusammen mit einigen anderen bekannten Litauern einen Aufruf für die Musterung zu unterschreiben.

¹³⁴ Cramers Bericht, 18. 2. 1944, 204-PS IMT XXV, S. 293.

¹³⁵ Überblick über den Verlauf der Musterungsaktion in Litauen, 9. 5. 1943. BA: R 6/162.

¹³⁶ Ibid. Auch sonst scheint sich Kubiliunas danach immer deutlicher mit der deutschen Besatzungsverwaltung identifiziert zu haben, was schliesslich dazu führte, dass er die deutsche Staatsbürgerschaft beantragte. Lohses Begleitschreiben an das OMi, 5. 11. 1943 (BA: R 6/343). Nach dem Generalkommissar von Litauen war Kubiliunas bereit, bedingungslos »die Interessen Deutschlands« zu unterstützen. Das Ministerium hielt es nicht für politisch zweckmässig, dem Antrag Kubiliunas' stattzugeben.

¹³⁷ Ibid. Später wurden noch u.a. 16 Journalisten und Buchdrucker verhaftet. Baumgärtel an Kleist, 12. 8. 1943. BA: R 6/118. Unter den Verhafteten waren zahlreiche Organisatoren und Führer des am 22. 6. 1941 in Litauen ausgebrochenen Aufstandes. Siehe genauer Škirpas Brief an OKW/Abwehr, 6. 5. 1943. BA: R 6/161.

¹³⁸ Rosenbergs Mitteilungen an den Führer, 20. 3. und 9. 4. 1943. BA: R 6/5, siehe auch Dr. Bergers Bericht aus Wilna an den Einsatzstab Rosenberg, 19. 8. 1943. CDJC: CXL IV: 429.

Demselben Zweck diente auch eine von der Besatzungsverwaltung manipulierte »Konferenz der Litauer«, die am 5. 4. zusammentrat und die Litauer aufforderte, sich in grösserer Zahl zum Waffendienst zu melden.¹³⁹ Die Gegenmassnahmen des Generalkommissars vermochten nicht mehr wesentlich das schwache Ergebnis der Mobilisierung zu verbessern. Wegen des völlig ungenügenden Gesamtergebnisses der Musterung ordnete der Generalkommissar eine Nachuntersuchung derselben Jahrgänge am 6. 4. 1943 an, während die nicht zur Musterung Erschienenen mit schweren Strafen bedroht wurden. Dessen ungeachtet blieben die Ergebnisse unbefriedigend, denn zur Musterung erschienen hauptsächlich solche Litauer, die ihrer damaligen Arbeit wegen unabkömmlich waren. Das völlig unbefriedigende Ergebnis machte es erforderlich, auch die Jahrgänge 1914—1918 und 1925 sowie die Frauen der Jahrgänge 1914—22 einzuberufen, aber auch diese Aktionen zeitigten nicht das gewünschte Ergebnis.¹⁴⁰ Die Einstellung der Bevölkerung zur Mobilisierung wurde immer feindseliger, besonders nachdem die zur Musterung Erschienenen hauptsächlich nach Deutschland in die Rüstungsindustrie gesandt wurden. Die zu den mobilisierten Jahrgängen gehörende Bevölkerung begann in zunehmendem Masse in die Wälder zu fliehen. Generalkommissar v. Renteln seinerseits forderte — allerdings vergeblich — eine wesentliche Verstärkung der Polizeikräfte in Litauen.¹⁴¹ Neben verschiedenen vor allem »technischen« Schwierigkeiten und der Gegenpropaganda führte der Generalkommissar das schlechte Musterungsergebnis »auf tiefer liegende Gründe« zurück, die v. Renteln aus den litauischen Rasseigenschaften herleitete. Deshalb »reagieren« die Litauer nach dem Generalkommissar »anders, als man zu erwarten können glaubte«, wenn an solche Begriffe wie »Ehre, Gemeinschaftsempfinden, Freiheit, Opferbereitschaft, Einsatzfreudigkeit« usw. appelliert wurde. »Das litauische Volk ist zu allem ein völlig unkriegerisches Volk.«¹⁴² In einem Brief an Lohse vom 31. 3. 1943 gebrauchte v. Renteln über die allgemeine Einstellung und den Volkscharakter der Litauer folgende Attribute: »Disziplinlosigkeit, Indolenz, Feigheit und Trägheit«.¹⁴³

¹³⁹ Ibid. sowie der obengenannte Überblick über die Musterungsaktion in Litauen, 9. 5. 1943. BA: R 6/162.

¹⁴⁰ Cramers Bericht, 18. 2. 1944. IMT XXV, S. 293—294. Z.B. in der Stadt Kowno erschienen von den Männern der Jahrgänge 1919—1924 etwa 47 % zu den Musterungen.

¹⁴¹ Sauckel hatte am 18. 7. 1943 gefordert, dass 30 000 Arbeiter aus Litauen nach Deutschland zu senden seien. Jetzt begann man auch direkte Zwangsdeportationen. Aufzeichnungen von dem Gespräch am 1. 9. 1943. BA: R 6/25.

¹⁴² Allgemeiner Überblick über den Verlauf der Musterungsaktion in Litauen, 6. 5. 1943. BA: R 6/162.

¹⁴³ Auszug aus v. Rentelns Brief an Lohse, 31. 3. 1943, den Kleist in seiner Denkschrift vom 10. 3. 1943 zitiert. BA: R 6/68.

In anderem Licht sah man die Entwicklung, die zu der politischen Krise in Litauen geführt hatte, in der Hauptabteilung Politik des Ostministeriums und besonders in deren Abteilung Ostland. In seiner Denkschrift über die politische Lage Litauens schob Kleist in erster Linie dem Generalkommissar die Schuld daran zu, dass »die deutschfreundliche Stimmung in Litauen seit Einführung der deutschen Zivilverwaltung in erschreckend stärkerem Masse nachgelassen hat, als in den Generalbezirken Estland und Lettland«. Kleist behauptete, dass die Behandlung des litauischen Volkes falsch gewesen sei, und er beschuldigte vor allem den Generalkommissar einer offen verächtlichen Einstellung zum litauischen Volk.¹⁴⁴ Kleist hatte schon Anfang März 1943 die Lage in Litauen als so schwierig angesehen, dass er den Übergang Litauens zur Militärverwaltung vorschlug, weil er nicht glaubte, die Zivilverwaltung besitze noch »die physischen Kräfte, um den durch unsere Massnahmen hervorgerufenen Widerstand zu überwinden«.¹⁴⁵ Es ist offensichtlich, dass Kleist recht hat mit seiner Behauptung, dass ein beträchtlicher Teil der Schwierigkeiten der Besatzungsverwaltung in Litauen auf ihre eigenen Massnahmen zurückzuführen ist, denn Generalkommissar v. Renteln »Politik der starken Hand«, die auch das Reichskommissariat unterstützt hatte,¹⁴⁶ führte zu einer Art Teufelskreis: die Gewaltmassnahmen der Besatzungsverwaltung verstärkten den Widerstand der Litauer, was zu einer neuen Eskalation der Gewalt führte usw. Vom Standpunkt der Deutschen aus musste auf der Seite der misslungenen Mobilisierung und der ihr folgenden Gegenmassnahmen auch die wirtschaftliche Sabotage verbucht werden, die jetzt in grösserem Umfange einsetzte: die abgelieferten Mengen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen verringerten sich teilweise bis um 50 %, das Fernbleiben von der Arbeit nahm zu usw.¹⁴⁷

SS-Legionen und germanische Ideologie

Die Mobilisierung von Esten und Letten im Rahmen der Waffen-SS diente nicht nur militärischen, sondern auch politischen Zwecken. Beim Anwerben der Freiwilligen mussten hier wie auch in anderen »germanischen« Ländern wenigstens im Prinzip die rassenbiologischen und rassenpolitischen

¹⁴⁴ Kleists Denkschrift über Litauen, 14. 5. 1943. BA: R 6/43.

¹⁴⁵ Kleists Denkschrift, 10. 3. 1943. BA: R 6/68.

¹⁴⁶ Da sich die Litauische Bevölkerung nun einmal geweigert hatte, »uns politisch Gefolgschaft zu leisten«, brauchte man ihr nach im Reichskommissariat herrschender Auffassung nicht solche »politische und wirtschaftliche Vorteile« zu gewähren wie den Esten und Letten, die sich als zuverlässig erwiesen hatten. Trampedachs Denkschrift, 15. 3. 1943. BA: R 6/249.

¹⁴⁷ Kaltenbrunner an Berger, 17. 8. 1943. BA: R 6/167.

Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Es war Himmlers Traum, »einen Orden guten Bluts zu schaffen... der diesen Gedanken des nordischen Bluts so verbreitet, dass wir alles nordische Blut in der Welt an uns heranziehen«. Durch die Organisation der SS-Freiwilligenbewegung, was bedeutete, dass der »Blutgedanke« »Fleisch« wurde, konnte sich die Führung der SS politischen Einfluss in den »germanischen Ländern« verschaffen und auf diese Weise auch ihre innenpolitische Machtstellung verstärken.¹⁴⁸ In den multinationalen Einheiten der Waffen-SS sollte aus den germanischen Freiwilligen eine vom »grossgermanischen Denken« beseelte Truppe geschult werden, die im Kampf gegen die Feinde der nationalsozialistischen Weltanschauung ebenso gut an der Kriegsfront wie auch an der Heimatfront hätten eingesetzt werden können. Nach Beginn des Ostfeldzuges bediente man sich bei der Werbung von Freiwilligen besonders antibolschewistischer Propaganda. Die Schicksalsgemeinschaft der germanischen Völker sollte sich gerade am Ostfeldzug konkret zeigen.¹⁴⁹ Die in der Legion Dienenden schworen in ihrem Eid Treue ausdrücklich »Dem Oberbefehlshaber der Deutschen Wehrmacht Adolf Hitler«,¹⁵⁰ was beweist, dass sie ausdrücklich Werkzeuge der »Führergewalt« beim Bau des germanischen Reiches waren. Als Himmler im Januar 1943 die Unteroffiziersschule in Posen besuchte, machten die 54 estnischen Unteroffiziere dort »einen guten Eindruck« auf ihn, und sie hätten sich »rassisch« nicht von den Deutschen unterschieden, wenn sie sich sprachlich hätten verständlich machen können. Himmler ordnete deshalb an, sofort mit Sprachunterricht zu beginnen, weil sonst »jedes dauernde Ergebnis an der Heranholung dieser estnischen Legionäre... an das germanische Reich« nicht erzielt würde.¹⁵¹ Zwischen dem Reichsführer-SS und dem Ostministerium wurde im März 1943 ein Vertrag über die politische Erziehung der SS-Einheiten geschlossen. Darin wurde bestätigt, dass die politische Erziehung der SS-Einheiten Aufgabe des Reichsführer-SS sei. Als Ziel dieser Erziehung wurde im Vertrag die Bekehrung der Nicht-Deutschen dieser Einheiten zu überzeugten »Mitkämpfern im Kampf gegen den Bolschewismus und für eine neue Ordnung Europas« genannt.¹⁵² Dennoch scheint diese Erziehung keine grossen Auswir-

¹⁴⁸ Hans-Dietrich Looock, Zur »Grossgermanischen Politik« des Dritten Reiches. Vjh.ZgSch. 1960, S. 56. Himmlers Rede, 7. 9. 1940, 1918-PS IMT XXXIX, S. 109.

¹⁴⁹ Ackermann S. 183, 186—187.

¹⁵⁰ Die in der estnischen Legion verwendete Eidesformel siehe Film T-175/Rolle 127/2652928.

¹⁵¹ Aufgrund dieses Befehls wurden der estnischen SS-Legion zwei Deutschlehrer sowie für die weltanschauliche Erziehung ein Führer und ein Dolmetscher zur Verfügung gestellt. Himmler an das SS-Hauptamt, 13. 1. 1943, SS-Führungsstab an Himmler, 28. 1. 1943. BA: NS 19 neu/382.

¹⁵² Vertrag zwischen dem Reichsführer-SS und dem Ostministerium über die politische Schulung der SS-Einheiten, 15. 3. 1943. NO-1818, NMT XIII, S. 289—290.

kungen hinterlassen zu haben, weil es kaum möglich ist, von einer »pro-deutschen« oder »profaschistischen« Einstellung der Legionäre zu sprechen, eher im Gegenteil,¹⁵³ weshalb z.B. bei ehemaligen RAD-Männern wegen ihrer deutschfreundlichen Haltung in der Legion Anpassungsschwierigkeiten vorkommen konnten.

Anwerbung von Arbeitskräften und Zwangsdeportationen nach Deutschland

Die der deutschen Verwaltung unterstehenden Arbeitsämter hatten sofort nach ihrer Gründung begonnen, die Arbeitskräfte der baltischen Länder, ebensowohl arbeitende wie auch arbeitslose, zu registrieren. Gleichzeitig wurde begonnen, Arbeitskräfte für die deutsche Industrie und Landwirtschaft anzuwerben. Den Deutschen gelang es denn auch, mit günstig erscheinenden Sechsmontatsverträgen einige freiwillige Arbeitskräfte zu beschaffen, deren Anwerbung noch durch eine teilweise Arbeitslosigkeit erleichtert wurde.¹⁵⁴ Von der Militärverwaltung wurden so z.B. in Litauen schon einige Wochen nach Eintreffen der deutschen Truppen tausende litauische Landarbeiter für die grossen Höfe und Güter in Ostpreussen angeworben. Von den nach Deutschland Gegangenen begannen jedoch Nachrichten einzugehen, die von gebrochenen Versprechungen erzählten; den Angeworbenen wurde es nicht erlaubt, nach sechs und auch nicht nach 12 Monaten zurückzukehren, versprochener Urlaub wurde nicht gewährt, die Ernährung war schlecht usw.¹⁵⁵ Wenigstens Mäe scheint sich von Anfang an darüber im klaren gewesen zu sein, dass die Arbeitsverpflichtung in Deutschland sogar 5—10 Jahre lang werden könnte.¹⁵⁶

Die Bedeutung der SS-Legionen in der politischen Erziehungsarbeit betonte auch Trampedach in seiner Denkschrift, 15. 3. 1943. BA: R 6/249.

¹⁵³ In einem Bericht der Sicherheitspolizei von 1. 8. 1943 wurde mitgeteilt, dass die deutschfeindliche Propaganda in Lettland auch die Legionäre beeinflusst habe und dass besonders in lettischen Offizierskreisen eine auffallend nationalistische und »alles Deutschtum« abweisende Haltung herrsche. Ein Auszug aus dem Bericht ist als Anlage der im November 1943 dem Führer zugestellten Denkschrift Lohses beigefügt. Film T-454/Rolle 15/000697. Im Dezember desselben Jahres teilte die Sicherheitspolizei mit, dass in Lettland die Einstellung der Legionäre zu allem Deutschtum von Tag zu Tag aggressiver werde. Kaltenbrunner an Berger, 12. 12. 1943. BA: R 6/278.

¹⁵⁴ Z.B. in Estland waren nach Erhebungen der landeseigenen Verwaltung Anfang Dezember 1941 insgesamt 65 000 Personen arbeitslos, davon 16 000 Männer und 49 000 Frauen. Nemetsko-fasistiskaja okkupatsija v Estonij (1941—1944). Tallin 1963. Dok. Nr. 23, S. 55.

¹⁵⁵ Cramers Bericht, 18. 2. 1944, 204-PS IMT XXV, S. 290—291; J. H. Jackson, Estonia. London 1948, S. 251; Kaelas S. 127.

¹⁵⁶ Mäe an Litzmann, 7. 1. 1942, abgedruckt in Nemetsko-fasistiskaja okkupatsija v Estonij, S. 35.

In einem Schreiben des Ostministeriums an die Reichskommissare vom 6. 3. 1942 über die Beschaffung von zivilen Arbeitskräften wurde betont, dass zu versuchen sei, die Arbeitskräfte freiwillig anzuwerben. Wenn die Beschaffung nicht zu dem gewünschten Ergebnis führte und noch überschüssige Arbeitskräfte zur Verfügung standen, sollte im äussersten Fall auf die Arbeitsdienstverordnung vom 19. 2. 1941 zurückgegriffen werden. In dem Schreiben wurde ausdrücklich verboten, solche Versprechungen zu machen, die nicht gehalten werden konnten, damit die durch Enttäuschungen erzeugten Gegenreaktionen vermieden würden.¹⁵⁷ Sauckel war am 21. 3. 1942 zum Generalbevollmächtigten ernannt worden,¹⁵⁸ dessen Aufgabe es war, dafür zu sorgen, dass der Bedarf des Reiches an Arbeitskräften gedeckt werde. Sauckel wurde sofort beauftragt, eine Million Arbeiter aus den besetzten Ostgebieten zu beschaffen. Eine solche Menschenmenge war nicht freiwillig anzuwerben, aber Sauckel hatte beschlossen, auf jeden Fall das Soll zu erfüllen. »Ich habe meinen Auftrag von Adolf Hitler erhalten und ich werde die Millionen der Ostarbeiter nach Deutschland holen ohne Rücksicht auf ihre Gefühle, ob sie wollen oder nicht.«¹⁵⁹

Danach ging man bei der Anwerbung von Arbeitskräften zu immer deutlicheren Zwangsaushebungen über und griff zu Methoden, die an Menschenjagd erinnerten. So verfuhr man im Herbst 1942 in Lettgallen, von wo 8 000 Arbeiter nach Deutschland verschickt wurden. Nach einem Bericht Dankers' wurde dabei so verfahren, dass nach der Umstellung des ausgewählten Dorfes durch die Gestapo alle Arbeitsfähigen einfach aufgefordert wurden, auf die Lastwagen zu steigen, mit denen sie zur nächsten Bahnstation befördert wurden. Auf diese Weise konnten Eheleute voneinander getrennt werden, Kinder von ihren Eltern, im Ort konnten nur minderjährige Kinder zurückbleiben usw.¹⁶⁰ Sauckel machte in einer am 5. 2. 1943 in Posen gehaltenen Rede Angaben über die Verteilung der in Deutschland befindlichen Arbeitskräfte nach der Nationalität, woraus hervorgeht, dass damals etwa 30 000 Esten und Letten im Reich arbeiteten.¹⁶¹

Mit der Totalisierung des Krieges begann man die Bevölkerung der baltischen Länder im Frühjahr 1943 noch intensiver für militärische Aufgaben und kriegswirtschaftlich wichtige Arbeit zu mobilisieren. Die formale Handhabe für diese Mobilisierung gaben die früheren Arbeitsdienstverordnungen.¹⁶² In erster Linie versuchte man damals Mannschaften für die beabsichtigten nationalen Legionen und für andere militärische Aufgaben und kriegswirtschaftlich wichtige Arbeit zu rekrutieren. Deshalb

¹⁵⁷ 580-PS IMT XXVI, S. 161—165.

¹⁵⁸ Siehe oben S. 131.

¹⁵⁹ Zitat nach Kleist S. 195.

¹⁶⁰ Dankers' eidliche Aussage, 20. 8. 1947, NO-5801.

¹⁶¹ 1739-PS, IMT XXVII, S. 601.

¹⁶² Siehe oben S. 231—232.

wurde auch von Anfang an die Ansicht vertreten, dass in Estland und in Lettland keine männlichen Arbeitskräfte mehr für die Rüstungsindustrie des Reiches übrig seien. Dagegen hatte Sauckel am 21. 4. 1943 gefordert, dass Estland 3 000 und Lettland 10 000 weibliche Arbeitskräfte zu stellen habe.¹⁶³ Das Generalkommissariat in Riga teilte am 7. 6. 1943 dem RKO mit, dass man bei den Vorbereitungen zu den Musterungen der weiblichen Jahrgänge infolge der ablehnenden Haltung der landeseigenen Verwaltung auf »grosse politische Schwierigkeiten« gestossen sei. Bald danach scheint man auf das Unternehmen ganz verzichtet zu haben.¹⁶⁴ Nach allem zu schliessen verzichtete man zur gleichen Zeit auf das Estland auferlegte Soll von 3 000 Arbeiterinnen.

Infolge des geringen Anfangserfolges der Mobilisierung in Litauen wurde dort der Plan der Aufstellung einer Legion völlig aufgegeben, und Litauen erhielt nur das »Recht«, Hilfwillige für die Wehrmacht und Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungsindustrie zu stellen.¹⁶⁵ Im Juli trafen 300 Werber aus Deutschland ein, um die Beschaffung von Arbeitskräften zu intensivieren.¹⁶⁶ Da die Einberufungsmassnahmen der Zivilverwaltung aufgrund des Widerstandes der Litauer nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hatten, forderte Sauckel in einer am 18. 7. 1943 in Kowno veranstalteten Konferenz, dass zu direkten Pauschalaktionen übergegangen werde, damit aus Litauen 30 000 Arbeiter nach Deutschland geliefert werden könnten. Generalkommissar v. Renteln gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass solche Pauschalaktionen letzten Endes zur Stärkung der Partisaneneinheiten führen, da es wegen ungenügender Polizeikräfte nicht möglich sei, die Flucht der Bevölkerung in die Wälder zu verhindern. Sauckel übergang v. Rentelns Einwände mit der Bemerkung, dass er selbst ohne weiteres die Verantwortung für die Ausführung des ihm vom Führer gegebenen Auftrages trage. Mit der Aktion sollte Mitte August begonnen werden.¹⁶⁷ Die Ereignisse der folgenden Wochen bestätigten, wie recht der Generalkommissar mit seinen Bedenken gehabt hatte. Sobald die Bevölkerung von der geplanten Aktion erfuhr, vollzog sich eine direkte Massenflucht in die Wälder.¹⁶⁸ Alle verfügbaren Quellen deuten darauf hin, dass die brutalen Zwangsaushebungen von Arbeitskräften direkt umwälzend auf die

¹⁶³ Matthiessen an Drechsler, 3. 5. 1943. 2280-PS IMT XXX, S. 101—103.

¹⁶⁴ GK Riga/Abt III Aso an RKO, 7. 6. 1943 sowie Mitteilung derselben, 7. 2. 1944, PS-22801.

¹⁶⁵ Siehe oben S. 234.

¹⁶⁶ KTB We Wi Kdo Kauen 1. 7.—30. 9. 1943. BA/Militärarchiv Wi/I D. 3.2.

¹⁶⁷ Protokoll der Besprechung am 18. 7. 1943. BA: R 6/14. Ausser GBA Sauckel und v. Renteln nahmen an der Besprechung u.a. General Brämer und SS-Obergruppenführer Jeckeln teil.

¹⁶⁸ Das geht auch aus den Zahlen über die Partisanenbewegung hervor. Siehe S. 266.

Haltung der Bevölkerung wirkten.¹⁶⁹ Bei einer am 1. 8. 1943 veranstalteten Konferenz über Arbeitskraftfragen in Litauen, an der auch die oberste Führung des Ostministeriums einschliesslich Rosenberg teilnahm, gab Generalkommissar v. Renteln einen Überblick über die bisherigen Phasen der Mobilisierung. Nach dem Generalkommissar hatte Litauen bis dahin insgesamt 36 627 Personen an das Reich abgegeben.¹⁷⁰ Besonders schwer scheinen die Zwangsaushebungen von Arbeitskräften das Gebiet von Wilna betroffen zu haben.¹⁷¹ Das Wehrwirtschaftskommando Kowno teilte in seinem Lagebericht vom März 1944 mit, dass bis zum 29. 2. 1944 insgesamt 51 765 Personen nach Deutschland befördert seien. Inzwischen hatte Sauckel gefordert, aus Litauen ausserdem 100 000 neue Arbeitskräfte zu beschaffen.¹⁷² Ohne genaue Antwort bleibt die Frage, wieviele Arbeitskräfte noch im Frühjahr und im Sommer 1944 wirklich aus Litauen herausgepresst werden konnten,¹⁷³ aber nach einer Mitteilung Rosenbergs vom 20. 7. 1944 waren bis dahin zusammen etwa 126 000 estnische, lettische und litauische Arbeiter nach Deutschland gebracht worden.¹⁷⁴ Diese Zahl stimmt recht gut mit der sehr zuverlässig erscheinenden Angabe¹⁷⁵ überein, nach der im Januar 1945 in Deutschland insgesamt 130 000 aus den drei baltischen Ländern stammende Personen arbeiteten.

In der folgenden Aufstellung sind Zahlenangaben über die estnischen, lettischen und litauischen Arbeiter in Deutschland zu verschiedenen Zeitpunkten zusammengefasst.

¹⁶⁹ Siehe u.a. KTB We Wi Kdo Kauen 1. 7.—30. 9. 1943. BA/Militärarchiv: Wi I/D 3.2. Die Sicherheitspolizei teilte am 17.8. 1943 Berger mit, dass die Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sogar um 50 % zurückgegangen sei; einige einzelne Betriebe habe man nach der Flucht der Belegschaft ganz schliessen müssen, und es sei direkt Sabotage festzustellen. BA: R 6/167.

¹⁷⁰ Aufzeichnungen von der Besprechung am 1. 9. 1943. BA: R 6/25.

¹⁷¹ Siehe z.B. KTB/We Wi Kdo Kauen 1. 4.—30. 6. 1944. BA/Militärarchiv: Wi/I D. 3.15.

¹⁷² Ibid., sowie Aufzeichnungen von der Besprechung am 2. 3. 1944. BA: R 6/92.

¹⁷³ Czollek gibt in seinem Artikel »Zwangsarbeit und Deportationen für die deutsche Kriegsmaschine in den baltischen Sowjetrepubliken während des Zweiten Weltkrieges« (in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1970, S. 45—67) nur sehr wenige Zahlen. Für Litauen schätzt er, dass die Gesamtzahl der Männer, Frauen und Kinder, die »in den Dienst der deutschen Monopole und ihrer Kriegsmaschine gepresst wurden«, auf rund 200 000 steige (S. 67). Diese Zahl ist hier jedoch nicht vergleichbar, weil darin offensichtlich ausser den Zwangsdeportierten auch die Ergebnisse der militärischen Mobilisierung enthalten sind.

¹⁷⁴ Rosenberg an Himmler, 20. 7. 1944. BA: NS 19 neu/382.

¹⁷⁵ 2520-PS, IMT XXX, S. 588—589. Edward L. Deuss' eidliche Aussage in Nürnberg, 1. 11. 1945. Deuss war spezialisiert auf Arbeits- und Bevölkerungsfragen Deutschlands während des Krieges und sagt aus, dass die die Fremdarbeiter betreffenden Zahlen aus den besten zur Verfügung stehenden Quellen stammen. Verfügbar waren u.a. die Tabellen der Arbeitsbehörden des Ministeriums Speer gewesen sowie Sauckels Berichte.

Nationalität	Sept. 1942	Febr. 1943	Sept. 1943	Febr. 1944	Juli 1944	Jan. 1945
estnische		30 000			} 126 000	} 130 000
lettische						
litauische	10 000 ¹⁷⁶		36 627	51 765		

Nach allem zu schliessen, wurden vom Jahre 1943 an aus dem Baltikum hauptsächlich nur noch litauische Arbeitskräfte nach Deutschland gebracht. Besonders schwer betrafen die Zwangsaushebungen von Arbeitskräften in Litauen das Gebiet von Wilna und in Lettland entsprechend die Provinz Lettgallen. Es handelte sich also um Gebiete, in denen nach den nationalsozialistischen Rassenanthropologen eine rassisch »unerwünschte« Bevölkerung wohnte. Dagegen wurden aus dem Baltikum nicht — anders wie z.B. im Protektorat Böhmen und Mähren ¹⁷⁷ — Arbeitskräfte zum Zwecke der Assimilierung nach Deutschland gebracht.

Versuche der Reform der Verwaltung auf der Grundlage des sog. Mischverwaltungssystems

Die Diskussion über die Verwaltungsreform der baltischen Generalbezirke kam in eine neue Phase, nachdem Hitler im Februar 1943 die Pläne abgelehnt hatte, die auf eine Neuregelung des Status der Generalbezirke in einer Weise abzielte, die deren Verwandlung in autonome Länder bedeutet hätte. Die Lösung der Ostlandkrise musste deshalb auf einer anderen Grundlage gesucht werden. Leibbrandt bat denn auch den am 12. 3. 1943 in Berlin eingetroffenen Chef der politischen Abteilung des Reichskommissariats, Trampedach, seine aufgrund der neuen Situation präzisierten Vorschläge bezüglich politischer und wirtschaftlicher Massnahmen vorzutragen. Trampedach scheint in diesem Stadium nicht mehr geglaubt zu haben, dass sich in Litauen Voraussetzungen für eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen der Besatzungsverwaltung und der einheimischen Bevölkerung fänden, und er liess Litauen deshalb ausserhalb seiner Betrachtung. Dagegen zeigten die Mobilisierungsergebnisse Estlands und Lettlands, dass man dort die »Erfordernisse der Stunde« begriffen habe und »ohne staatsrechtliche Garantien« bereit sei, die Anordnungen der Besatzungsverwaltung zu befolgen. Trampedach fürchtete jedoch, dass das gefährliche Beispiel der Litauer auch auf die Esten und Letten übergreifen könnte, wenn nicht u.a. folgende Massnahmen ergriffen würden:

¹⁷⁶ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 20/11. 9. 1942. BA: R 58/222. Bezüglich der anderen Zahlen sei auf die obige Darstellung verwiesen.

¹⁷⁷ Vgl. oben S. 152 Anm. 26.

- 1) Der Generalbezirk Weissruthenien wird aus dem Reichskommissariat Ostland herausgelöst und direkt dem Ministerium für die besetzten Ostgebiete unterstellt,¹⁷⁸ weil Weissruthenien für das Reichskommissariat eine politische und wirtschaftliche Belastung darstellte.
- 2) In den Generalbezirken Estland und Lettland sei dasselbe Lohn- und Preisniveau einzuführen wie in Deutschland. Das hielt Trampedach für notwendig, weil die Esten und Letten das künstlich niedrig gehaltene Lohn- und Preisniveau als Mittel wirtschaftlicher Ausbeutungspolitik betrachteten. Die Esten und Letten waren ausser der schon angeordneten Vereinheitlichung der Lebensmittelrationen auch bezüglich der sonstigen Versorgung möglichst den Deutschen gleichzustellen.¹⁷⁹
- 3) Um »die ungerechtfertigten Befürchtungen« der Esten und Letten zu zerstreuen, sei eine Garantieerklärung des Ministeriums erforderlich, zu der die erfolgreiche Mobilisierung einen begründeten Anlass bot. In einer solchen Garantieerklärung sei davon auszugehen, »dass wir die Esten und Letten (diese Völker ohne Setukesen und Lettgallen verstanden) tatsächlich als Ganzes nicht auszusiedeln beabsichtigen, sondern die Eingliederung ihrer Mehrheit in das deutsche Volk in einer allmählichen Entwicklung«... »ohne gewaltsames Angreifen ihrer Bodenständigkeit, ihres Volkstums, ihrer Kultur, Sprache und ihres Glaubens anstreben werden, zumal ein gewaltsames Vorgehen auch gar keinen Erfolg verspricht und die biologische Lage unseres Volkes auch nur ein allmähliches Einströmen deutscher Menschen in den baltischen Raum gestatten wird«. Als Zwischenziel in dem skizzierten nationalen Verschmelzungsprozess setzte Trampedach nach Art der Rassenexperten des Ostministeriums¹⁸⁰ die Entstehung eines gewissen Stammgefühls in den Esten und Letten.
- 4) In Lettland wollte Trampedach die bestimmenden Generaldirektoren austauschen, besonders Dankers und Valdmanis,¹⁸¹ und das deshalb, weil die Generaldirektoren nicht die Mobilisierung unterstützt hatten.

¹⁷⁸ Das wurde endgültig erst am 1. 4. 1944 verwirklicht, wenn auch Weissrussland unter SS-Brigadeführer v. Gottberg schon lange sehr selbständig verwaltet worden war. Dallin S. 233.

¹⁷⁹ Trampedach begründete seinen Vorschlag in diesem Punkte damit, dass »man nicht ein Volk geistig gewinnen konnte, das man wirtschaftlich nur als Ausbeutungsobjekt behandelte.« Dieselben Forderungen hatte Trampedach schon in seiner Denkschrift vom 19. 11. 1942 sowie Lohse in seiner Dezember-Denkschrift 1942 vorgebracht, siehe Dallin S. 200.

¹⁸⁰ Siehe oben S. 152.

¹⁸¹ Kurz danach trat Valdmanis freiwillig zurück. Siehe Windecker an das Auswärtige Amt, 19. 4. 1943, NG-2721. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sehen, dass Kleist den Einfluss Valdmanis' als politisch längst nicht mehr so ungünstig einschätzte wie in den Jahren 1941—1942. Für Rosenberg blieb Valdmanis

- 5) Im Rahmen des Verwaltungserlasses sei die Verwaltungsstruktur nach den Prinzipien des sog. Mischverwaltungssystems auf eine Weise zu erneuern, die den politisch völlig zuverlässigen Esten und Letten »eine grösstmögliche Beteiligung an der Verwaltung der Generalbezirke unter weitgehender Ausschaltung der sich als untragbar erwiesenen jetzigen Doppelgleisigkeit gewährt«.

Trapedach ging davon aus, dass das Reichskommissariat seine bisherige Stärke behalte, während die Generalkommissariate in der Weise beträchtlich reduziert würden, wie sie Lohse schon am 2. 2. dem Ministerium vorgeschlagen hatte.¹⁸² Die Tätigkeit des Ministeriums wollte Trapedach ausschliesslich auf das Erteilen von grundsätzlichen politischen und wirtschaftspolitischen Weisungen beschränken, wobei die koordinierende Bearbeitung der »Reichsinteressen« dem Reichskommissariat zugefallen wäre. Die Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter des Generalkommissariats hätten nach Trapedach gleichzeitig als Generaldirektoren fungieren können, aber dagegen nicht als diesen unterstellte Beamte. »Je mehr jedoch wirklich zuverlässige einheimische Generaldirektoren gefunden werden, umso weniger deutsche Generaldirektoren müssen ernannt werden. Zwingend erscheint aus deutschem kriegswirtschaftlichem Interesse nur die deutsche Besetzung des Generaldirektoriums der Wirtschaft«. Wie »die Erfahrungen im Generalbezirk Estland beweisen« fährt Trapedach fort, »gibt die Besetzung der Spitzenstellungen der Landesverwaltungen mit zuverlässigen Personen allein unserer politischen Zilesetzung nicht die notwendige Durchschlagskraft im fremden Volke«, denn ein grosser Teil der landeseigenen Beamtenschaft sei doch »eine Isolierschicht zwischen Direktorium und Volk, ja übt oft einen gegenteiligen politischen Einfluss aus wie ihn das Direktorium anstrebt.« Trapedach zog daraus den Schluss, »ein wirkungsvoller Umbruch in der politischen Haltung des estnischen und lettischen Volkes kann nur durch unsere unmittelbare Einwirkung herbeigeführt werden«.¹⁸³

Kleist hielt die Grundgedanken der Denkschrift für richtig, falsch dagegen die daraufhin vorgeschlagenen Massnahmen. Wie zu erwarten, begegnete man im Ministerium mit besonderem Misstrauen dem Vorschlag, das Reichskommissariat als stark besetzte koordinierende Verwaltungsbehörde zu erhalten, weil das natürlich die Stellung des Ministeriums in Frage zu stellen drohte. Kleist wollte den Schwerpunkt der Verwaltung in die landeseigenen Behörden verlegen und die Aufgaben der General-

dagegen bis zum Schluss persona ingrata. Siehe die Denkschrift »Zur Unterrichtung des Herrn Reichskommissar«, 29. 7. 1943; Rosenberg an Lohse, 23. 7. 1943. BA: R 6/24.

¹⁸² Siehe oben S. 216.

¹⁸³ Trapedach an Rosenberg, 15. 3. 1943. BA: R 6/249. Möglichkeiten zu einem unmittelbaren deutschen Einfluss boten nach Trapedach u.a. der RAD und die SS-Legionen.

kommissare und Reichskommissare ausschliesslich auf die politische Überwachung beschränken.¹⁸⁴ Intensive Gespräche, die auf die Reform der Verwaltung abzielten, wurden mehrere Monate lang zwischen Berlin und Riga ohne sichtbares Ergebnis geführt. Für am dringendsten hielt man die Neuregelung der Verwaltung in Lettland, und man konzentrierte sich in erster Linie gerade darauf, die Verwirklichungsmöglichkeiten einer deutsch-lettischen Mischverwaltung zu behandeln, wobei die Protektoratregierung von Böhmen und Mähren — mutatis mutandis — als Modell und Vergleichspunkt betrachtet wurde.¹⁸⁵ Besonders aktiv für eine lettisch-deutsche Mischverwaltung arbeitete Generalkommissar Drechsler, und er schilderte sie als eine »alle Zukunftsmöglichkeiten« enthaltende Lösung, die »ohne grosse Schwierigkeiten ebenso gut in eine rein deutsche wie in eine lettische Verwaltung umgeändert werden kann, je nach dem Schicksal, das diesem Lande eines Tages bestimmt sein wird«.¹⁸⁶ Dabei scheint Drechsler selbst auf lange Sicht als »die einzig richtige und endgültige Lösung« eine solche Autonomie betrachtet zu haben, die er im Februar desselben Jahres angestrebt hatte.¹⁸⁷ Das im letzten Stadium geplante Mischverwaltungssystem für Lettland sah folgendermassen aus: An die Seite eines jeden Generaldirektors der landeseigenen Verwaltung Lettlands wurde ein deutscher Stellvertreter geplant,¹⁸⁸ der gleichzeitig als Abteilungsleiter im Generalkommissariat fungieren sollte. Für die Wirtschaftsverwaltung wurden zwei Lösungsmodelle vorgeschlagen: entweder würde der Leiter der III. Hauptabteilung des Generalkommissariats neben seiner eigenen Stellung auch zum »Generaldirektor für Wirtschaft« ernannt oder dann würden neben dem lettischen Generaldirektor mehrere deutsche Stellvertreter für die wichtigeren Sektoren der Wirtschaftsverwaltung eingesetzt werden. Sofern es erforderlich schien, könnten den deutschen Stellvertretern noch Hilfskräfte aus dem Generalkommissariat zur Verfügung gestellt werden. Dem Generalkommissar wäre danach für den unmittelbaren Gebrauch nur ein kleiner Stab verblieben. Auf die deutschen Gebietskommissare glaubte man auch in diesem System nicht verzichten zu können.¹⁸⁹

¹⁸⁴ Kleists Erwiderung auf Trampedachs Denkschrift, 4. 5. 1943. BA: R 6/249.

¹⁸⁵ Dr. Labs aus dem Ostministerium unternahm u.a. Anfang/Juli 1943 eine Reise zum Studium der deutsch-tschechischen Mischverwaltung. Siehe Aktenvermerk des Reichskommissariats über die deutsch-lettische Verwaltung, 6. 7. 1943. Film T-484/Rolle 15/000280.

¹⁸⁶ Drechslers Denkschrift, 19. 6. 1943. BA: R 6/84.

¹⁸⁷ Kleists Aufzeichnung, 29. 6. 1943. BA: R 6/67.

¹⁸⁸ Nur bei der Justizverwaltung glaubte man in Anbetracht der Trennung der deutschen und der landeseigenen Verwaltung darauf verzichten zu können.

¹⁸⁹ Labs' Vermerk über die in Riga am 10.—12. 7. 1943 geführten Gespräche, 14. 7. 1943. BA: R 6/67. Die vorgeschlagene Verwaltungsreform war also eine direkte Kopie des in Heydrichs Protektorat eingeführten Verwaltungsmodells, Siehe oben S. 212 Anm. 30.

Im Ministerium fanden die Pläne für eine lettisch-deutsche Mischverwaltung eine sehr kühle Aufnahme. So war Kleist der Ansicht, dass im Mischverwaltungssystem zu viel von persönlichen Beziehungen abhängig bleibe. »Solange zwischen einem Deutschen und einem Letten ein persönlich menschliches Vertrauensverhältnis bestünde, würde das System auf diesem Punkt funktionieren, sobald durch einen Wechsel dieses Verhältnis gestört würde, würde der ganze Apparat in lettische und deutsche Grüppchen auseinanderfallen«. ¹⁹⁰ Auf der Grundlage der geführten Gespräche und des Organisationserlasses fertigte die Hauptabteilung Politik des Ministeriums ihren eigenen Entwurf über die Arbeitsteilung zwischen den Reichsbehörden und der landeseigenen Verwaltung an, der eine Stärkung der Position der landeseigenen Verwaltung bedeutet hätte.

Lohse und Burmeister kamen Mitte Juli 1943 nach Berlin, um dem Ministerium ihre Pläne bezüglich des Mischverwaltungssystems zu erläutern. Rosenberg wagte es nicht, für die Genehmigung des Planes die Verantwortung zu übernehmen, sondern stellte sich auf den Standpunkt, dass es sich bei den vorgeschlagenen Massnahmen des Reichskommissars nicht nur um technische Veränderungen handelte, sondern »um tiefgehende politische Fragen«, weshalb sich Rosenberg selbst die Entscheidung vorbehielt, und er teilte gleichzeitig mit, dass er die Frage wahrscheinlich Hitler vortragen müsse. ¹⁹¹ In der Praxis bedeutete dies, dass die Pläne für die Mischverwaltung begraben wurden. Die ganze Tätigkeit des Ministeriums schien schon im Sommer 1943 in eine fast hoffnungslos erscheinende Unfähigkeit abgesunken zu sein, wozu neben vielen anderen Faktoren ¹⁹² nicht zuletzt die unentschlossene Haltung des Ministers selbst beigetragen hatte. Die politische Impotenz des Ostministeriums mussten auch seine eigenen Beamten zugeben. ¹⁹³

Autonomiegespräche und Mobilisierung im Herbst 1943

Himmler verspricht Estland und Lettland die Autonomie

Die Ernennung des SS-Gruppenführers Gottlob Berger zum Leiter des Führungsstabes Politik des Ostministeriums im August 1943 hatte die Stel-

¹⁹⁰ Kleists obengenannte Aufzeichnung, 29. 6. 1943. BA: R 6/67.

¹⁹¹ Labs' Vermerk, 28. 7. 1943. BA: R 6/278.

¹⁹² Siehe oben S. 199—204.

¹⁹³ Z.B. Kleist scheint im Sommer 1943 alle Hoffnung auf eine Änderung der Zustände im Ministerium verloren zu haben. Siehe »Zur Unterrichtung dess Herrn Reichskommissars«, 29. 7. 1943. BA: R 6/24. Kleist scheint danach den Schwerpunkt seiner Tätigkeit ins Auswärtige Amt zurückverlegt zu haben. Aus dem Ostministerium wurde er jedoch kaum direkt entlassen, wie er selbst in seinen Memoiren behauptet. Kleist S. 227.

lung der SS in der Organisation des Ostministeriums bedeutend verstärkt, und die Zeichen des gewachsenen politischen Selbstgefühls der SS liessen auch nicht lange auf sich warten. Himmler hatte auf seiner Reise Ende September 1943 nach Riga und Reval Verhandlungen mit Vertretern der landeseigenen Verwaltung geführt, bei denen er Ausdrücke gebraucht hatte, die offensichtlich als ernst zu nehmende Versprechungen der zu erwartenden Autonomie gemeint waren.¹⁹⁴ In Reval gab Himmler Dr. Mäe zu verstehen, dass für Estland ein sehr weitgehender Autonomiestatus vorbereitet worden sei, dessen Entwurf schon Hitler vorgelegen habe, und dass es nur »eine Frage von Tagen« sei, wann er veröffentlicht würde. Hitler erwarte jedoch von den Esten als Gegendienst, »als Zeichen des guten Willens«, wie Himmler es ausdrückte, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die nach Himmlers Auslegung wiederum bedeutete, dass Estland dann einen Teil seiner Souveränität zurückerhielte.¹⁹⁵

Aus Riga wurde jetzt das Ministerium alarmiert. Rosenberg fragte sofort beim Chef der Reichskanzlei Lammers an, ob die Äusserungen Himmlers wahr seien, und bat gleichzeitig um Erlaubnis, Hitler über die »ganze Entwicklung im Ostland« Vortrag zu halten. »Für alle Fälle«, teilte Rosenberg mit, »habe ich die Frage [der Autonomieerklärung] wieder in Bearbeitung genommen.«¹⁹⁶ Zum ersten Mal war im Ministerium ausführlicher über die Frage am 11. 10.¹⁹⁷ gesprochen worden, wobei die Grundlage des Gespräches offensichtlich Bräutigams vom 4. 10. 1943 datierte Denkschrift war.¹⁹⁸ Bräutigam ging in seiner Analyse der Lage von der Überzeugung aus, »nur mit einer grosszügigen Lösung kann heute eine totale Mobilisierung aller Kräfte dieser Völker [der Esten und Letten] für den Krieg und zugleich eine aussenpolitische Wirkung auf den nordischen

¹⁹⁴ Nach Berger hatte Himmler darauf hingewiesen, dass die Autonomie Estlands und Lettlands im Rahmen des Reiches wegen der Tapferkeit der SS-Freiwilligen dem Führer kein unsymthatischer Gedanke sei. Berger an Himmler, 30. 10. 1943. BA: NS 19 neu/382. Vgl. auch die Radioansprache des lettischen Generals Bangerskis am 6. 10. 1943, die Burmeister in seinem Telegramm an Rosenberg referiert. »Führer habe geäussert, dass ein Volk, welches solche vortrefflichen Kämpfer aufweist, nicht im Schatten bleiben kann.« Der RF-SS wiederum hatte nach dem General mitgeteilt, dass der Kampf der Legionäre den Weg »zu Lettland und seinem neuen Platz in Europa« ebene. Burmeister an Rosenberg, 28. 10. 1943. BA: R 6/24.

¹⁹⁵ Mäes Zeugenaussage NO-5919. Vgl. Angelus 1956, S. 247.

¹⁹⁶ Rosenberg an Lammers, 28. 10. 1943. BA: R 6/246.

¹⁹⁷ Gesandter v. Tippelskirchs Denkschrift, 12. 10. 1943. AA: Büro des Staatssekretärs Estland 1939—1944: 381.

¹⁹⁸ Bräutigams Denkschrift, 4. 10. 1943. BA: R 6/67. Die Hauptgedanken und die Argumentation der Denkschrift folgen Mentzels (Leiter der II. Hauptabteilung des Generalkommissariats Estland seit Mai 1943, war zugleich weiterhin Gebietskommissar der Stadt Reval) im Juli dem Ministerium zugestellter Denkschrift. Siehe BA: R 6/67.

Raum erzielt werden. Kleine Korrekturen würden als taktische Zugeständnisse aus Schwäche angesehen werden, und daher wirkungslos verpuffen». Wenn auch Bräutigam die Gründung der Staaten Estland und Lettland in ihrer Vorkriegsform nicht als reale Alternative betrachtete, muss doch zugegeben werden, dass die Verwandlung Estlands und Lettlands in seinen Gedanken entsprechende unabhängige Länder im Vergleich zu der bisherigen Praxis eine umwälzende Veränderung bedeutet hätte. Bräutigam betrachtete die Interessen Deutschlands in diesem Gebiet in erster Linie als strategische und hielt es deshalb für notwendig, dass die deutsche Wehrmacht auch in Zukunft Garnisonen in Estland und Lettland unterhalten könnte, und dass »alle strategisch wichtigen Einrichtungen — Eisenbahnen, Strassen, Nachrichtenmittel und Flugplätze — unter deutscher Lenkung und Kontrolle stehen«. Die bisherigen Generalkommissare von Estland und Lettland sollten zu »Reichsresidenten« ernannt werden, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Interessen des Reiches bei den »Landesregierungen« zu vertreten. Die direkt vom Ostministerium ihre Weisungen empfangenden Reichsresidenten hätten auch darüber wachen müssen, dass die auszuarbeitenden Verfassungen im Einklang mit den Interessen Deutschlands ständen. Das Reichskommissariat erschien danach als eine völlig überflüssige Instanz, so dass es nicht überrascht, dass Bräutigam seine Auflösung vorschlug.¹⁹⁹ Jedes Land sollte seine eigene Verfassung, seine Regierung und sein Parlament bekommen. Sofern der Reichsresident der Ansicht war, dass die Interessen Deutschlands verletzt worden sind, hätte er das Recht einzugreifen.²⁰⁰ Ausser Bräutigam waren an der Ausarbeitung von ausführlicheren Entwürfen v. Mende und Kleist beteiligt.²⁰¹ Rosenberg, der persönlich kein Freund der Autonomiepläne war,²⁰² forderte, dass in die vorgeschlagenen Entwürfe so weitgehende Vorbehalte einzubauen seien, dass diese den Autonomieentwurf eigentlich völlig inhaltslos machten. In dem Entwurf zum Autonomie-Erlass lautete der Artikel 2 Absatz 2 wie folgt: »Die Ausübung der Hoheitsrechte erfolgt durch die Länder, soweit nicht das Reich die Leitung einzelner Verwaltungszweige in Ausübung seiner Schutzhohheit in gemeinsamem Interesse oder zur Sicherung der Kriegsnotwendigkeiten übernimmt.«²⁰³ Aufgrund dessen war Rosenberg der Ansicht, dass die deutschen Behörden die Gewalt auf folgenden Gebieten der Verwaltung behalten müssten: die oberste Gewalt im Verteidigungs- und Polizeiwesen,

¹⁹⁹ Die Generalkommissare von Litauen und Weissrussland wären danach direkt dem Ostministerium unterstellt worden.

²⁰⁰ Bräutigams obige Denkschrift, 4. 10. 1943.

²⁰¹ Bräutigams undatierte Denkschrift, BA: R 6/67.

²⁰² Vgl. z.B. Windeckers Bericht aus Riga, 19. 4. 1943, NG-2721 und Rosenberg an Lohse, 2. 2. 1944. »Sie wissen sehr genau, dass nicht ich der Veranlasser der Gespräche über die Autonomie gewesen bin.« BA: R 6/24.

²⁰³ Entwurf zum Führererlass, 15. 11. 1943. BA: R 6/5.

die Devisen- und Zollpolitik, die oberste Aufsicht über das Post-, Fernmelde- und Verkehrswesen, die Vertretung im Ausland. Und damit nicht genug. Rosenberg gab selbst zu: »Von jeher ist die Selbstbestimmung in kulturellen Fragen wesentlicher Inhalt der Autonomie gewesen. Den Ländern ist daher hier grösste Selbständigkeit zu belassen.« Aber danach fuhr Rosenberg fort: »Sie sind jedoch in geeigneter Weise zu veranlassen, die deutschen Grundsätze des Schul- und Hochschulwesens bei sich allmählich anzuwenden. Es wird nicht möglich sein, jedem der kleinen Länder die Errichtung je einer Universität und einer Technischen Hochschule zu gestatten.« Nach Auffassung des Ministers war auch das ehemalige Staatseigentum Estlands und Lettlands in deutschen Händen zu halten als Entschädigung für die Verluste, die die Bodenreform der 1920er Jahre dem »deutschen Eigentum« verursacht hatten. Rosenbergs bedeutende Vorbehalte stiessen auch im Ministerium selbst auf Widerstand. So bemerkte Labs zu der Eigentumsfrage, dass in Anbetracht der bezweckten politischen Wirkung den Ländern ihr früheres Staatseigentum zurückgegeben werden sollte, besonders da »wir später zweifellos die Möglichkeit haben werden, Land für deutsche Zwecke zu beschaffen«. Labs konnte sich auch nicht die Bemerkung verkneifen, dass die Beibehaltung der Gebietskommissare in der einen oder anderen Form nicht recht in den Autonomieentwurf passte.²⁰⁴ Bräutigam war der Ansicht, dass die vom Minister verlangten Vorbehalte die Autonomieentwürfe eigentlich zu Makulatur machten. »Ich hatte den Auftrag erhalten«, schreibt Bräutigam in einer seiner Denkschriften, »Entwürfe für die Gewährung einer Autonomie an die Generalbezirke Estland und Lettland vorzubereiten«. ... »Die ausgearbeiteten Entwürfe wurden schroff abgelehnt. Es stellte sich heraus, dass ein sehr wesentliches Missverständnis obwaltete. Es handelt sich gar nicht um die Gewährung einer Autonomie, sondern um die bereits jetzt erfolgende Ankündigung der Einverleibung dieser Gebiete« ... »Wenn es auch viele Zwischenstufen zwischen einer vollen Autonomie und einer vollen Annektion gibt, so bedeutet doch das, was wir planen, bereits eine 90 %ige Annektion«, wobei den Völkern völlig klar ist, dass auch die spärlichen Überreste der Selbständigkeit spätestens nach Kriegsende verschwinden.²⁰⁵ In der Autonomiefrage war man praktisch in eine völlige Sackgasse geraten, noch bevor die Sache hatte Hitler vorgetragen werden können, denn die Veröffentlichung eines solchen »Autonomiestatuts« konnte vom deutschen Standpunkt aus keine anderen als negativen Folgen haben.

Lohse hatte inzwischen von diesen Plänen Wind bekommen, in denen die Stellung des Reichskommissars in Frage gestellt wurde, und ging zum Gegenangriff über. Als der Reichskommissar am 30.10. in Berlin war,

²⁰⁴ Labs an den Führungsstab Politik, 25.10.1943. BA: R 6/67.

²⁰⁵ Bräutigams undatierte Denkschrift, BA: R 6/67.

kam es zwischen ihm und Berger zu einem heftigen Wortwechsel.²⁰⁶ Endlich erfuhr Lohse von der zu erwartenden Verkündigung der Autonomie, die gleichzeitig mit der Einberufung von 10 Jahrgängen verwirklicht werden sollte; der diesbezügliche Führerbefehl erreichte Lohse durch Bormanns Vermittlung am 31.10. Da von den Plänen des Ministeriums bis dahin keine Nachricht eingegangen war, hatte Lohse den Verdacht, dass man nichts anderes beabsichtigte als ihn zu übergehen. Um zu vermeiden, dass er vor vollendete Tatsachen gestellt würde, wandte sich Lohse, da »wichtige Reichsinteressen auf dem Spiele standen«, direkt an den Führer.²⁰⁷ Lohse kritisierte die auf eine Gewährung der Autonomie abzielenden Pläne weil »die Gewährung einer irgendwie eingeschränkten Selbständigkeit Estlands und Lettlands« ... »von den politisierenden Kreisen der Intelligenz... nie als endgültige Lösung innerlich anerkannt werden würde«. Andererseits fragte nach Lohse die eigentliche Landbevölkerung »weniger denn je nach einer Staats- oder Verwaltungsreform«, sondern vielmehr danach, »ob der deutsche Schutz gegen den Bolschewismus stark und dauerhaft genug ist«. Da Lohse die politische Zuverlässigkeit der führenden einheimischen Kreise als fraglich ansah, bedeutete die Gewährung einer weitgehenden Selbständigkeit die »Preisgabe von Vollmachten an undurchsichtige, unkontrollierbare Kräfte im Augenblick erhöhter Gefahr, in dem es wichtig wäre, die Zügel straff in der Hand zu behalten«. Lohse berief sich danach auf seinen Auftrag: »Sie gaben mir, mein Führer, zu Beginn meiner Tätigkeit den Auftrag, einen immer engeren Anschluss der baltischen Generalbezirke an das Reich vorzubereiten. Ich bin überzeugt, dass Sie, mein Führer, an der Zielsetzung festhalten«. Besonderes Gewicht legte Lohse auf die kriegswirtschaftlichen Erfordernisse, zu deren wichtigsten die Versorgung der Heeresgruppe Nord gehörte, und er behauptete, dass die Überlassung der Wirtschaftsführung an die landeseigene Verwaltung nicht nur die Erreichung der Produktionsziele gefährden würde, sondern auch »die weitere Gestellung an Menschen für die Front und Industrie«. Aufgrund einer derartigen Argumentation stellte Lohse den politischen Wert der Autonomie in Frage.²⁰⁸

Die ganze Verwaltungsreform war wieder auf dem besten Wege, zu einer ähnlichen Scheinreform zu werden, als die sich schon früher u.a. der sog. Organisationserlass und die Verordnung über die Wiederherstellung des Privateigentums erwiesen hatten. Als Rosenberg bemerkte, dass auch bescheidene Autonomieentwürfe auf den Widerstand des Reichskommissars stießen, verfuhr er wie gewöhnlich, wenn er auf Widerstand traf: er gab nach, was diesmal umso leichter war, als er auch selbst innerlich gegen die

²⁰⁶ Berger an Himmler, 30.10.1943. BA: NS 19 neu/382.

²⁰⁷ Lohses Denkschrift an Hitler, November 1943. Film T-454/Rolle 15/00681—00694.

²⁰⁸ Ibidem. 000683—00686, 00691.

Autonomie war. Auf Rosenbergs Forderung wurde in den Autonomieentwurf auch weiterhin die Institution des Reichskommissars als Wahrer der Interessen des Reiches eingebaut. Ausserdem wurde ein Entwurf zu einer Führerproklamation ausgearbeitet, in der man sich damit begnügte, eine gewisse, jedoch erst nach Kriegsende zu verwirklichende Kulturautonomie zu garantieren.²⁰⁹ Im Führerhauptquartier wurden diese Entwürfe bei einer Besprechung am 16. und 17. 11. 1943 vorgenommen, an der ausser Hitler Rosenberg, Bormann, Himmler, Lammers und Lohse teilnahmen. Hitler wollte nicht »in schweren Zeiten ein so weitgehendes Entgegenkommen... zeigen«. Den Plan einer sofort zu verwirklichenden Autonomie verwarf Hitler, glaubte aber den Entwurf überdenken zu können, in dem Kulturautonomie nach dem Kriege versprochen wurde. Für die Korrektur dieses Entwurfes gab Hitler Weisungen. Über den bei dieser Besprechung angefertigten neuen Entwurf wollte Hitler vor seiner Veröffentlichung mit Ribbentrop sprechen.²¹⁰ Die Autonomiepläne waren wieder einmal gescheitert, und den endgültigen Schlussstrich unter die Angelegenheit bedeutete Lammers' Brief vom 20. 11. 1943, in dem er mitteilte, dass der Führer mit dem Reichsaussenminister über die vorgeschlagene Deklaration gesprochen habe, die dieser »im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht opportun erachtet«, sondern vorschlug, auf die ganze Deklaration zu verzichten. Rosenberg erhielt den Rat, sich direkt an das Auswärtige Amt zu wenden, falls er noch an der Proklamation für die Völker Estlands und Lettlands interessiert sei.²¹¹ Besonders die SS war im Herbst 1943 — neben einigen Beamten des Führungsstabes Politik des OMi — aktiv für die autonome Stellung Estlands und Lettlands eingetreten, um die Ergebnisse der Mobilisierung zu sichern. Das Endergebnis der Autonomiegespräche zeigte, dass auch Himmler nicht seine Versprechungen einhalten konnte, was zweifellos seine Autorität im Baltikum schwächte.²¹²

Die Ergänzungsmobilisierung der SS-Legionen in Estland und Lettland im Herbst 1943

Bald nach seinem Ostland-Besuch im September 1943 forderte Himmler als Verstärkung der SS-Legionen 8 000 Mann aus Lettland und 6 000 Mann

²⁰⁹ Kaltenbrunner an Himmler, 12. 11. 1943, BA: NS 19 neu/382, handschriftlicher Notizzettel, BA: R 6/5, Lohse an Rosenberg 9. 12. 1943, BA: R 6/24.

²¹⁰ Rosenbergs Vermerk über die Besprechung im Führerhauptquartier am 16.—17. 11. 1943, PS-39.

²¹¹ Lammers an Rosenberg, 20. 11. 1943. BA: R 6/5. Nach dem Scheitern der Autonomiepläne empfahlen auch die Generalkommissare, auf die beabsichtigte Deklaration zu verzichten, weil sie nur eine starke Enttäuschung hervorgerufen hätte. Siehe Lohses Brief an Rosenberg, 2. 12. 1943. BA: R 6/246.

²¹² Kaltenbrunner an Berger, 12. 12. 1943. BA: R 6/278.

aus Estland. Für die Aufstellung der Musterungsstäbe sorgte dieses Mal ausschliesslich das »SS-Ersatzkommando Ostland«. Die Musterungen in Lettland begannen schon am 4. 10. 1943. Die Musterung in Lettland wurde ohne Mitwirkung der landeseigenen Verwaltung begonnen, indem die Jahrgänge 1919—1924 zur Nachuntersuchung geladen wurden. Anfang November ging man zur restlosen Mobilisierung der Jahrgänge 1923—1924 über, was die Verwirklichung der Rekrutierung ohne Rücksicht auf die kriegswirtschaftlichen Folgen bedeutete.²¹³ Nach Dankers teilte General Bangerskis in der Sitzung der lettischen Generaldirektoren vom 17. 10. 1943 mit, dass er Jeckeln einen schriftlichen Protest gegen dessen eigenmächtige Einberufungen zugestellt habe, die im Namen des Generals durchgeführt wurden,²¹⁴ ohne dass die Sache irgendwie vereinbart worden wäre. Danach bot Jeckeln Bangerskis die ganze Verantwortung für die Durchführung der Musterung an, in dem Glauben, dass dann ein gewisser Teil der von der landeseigenen Verwaltung so eifrig angestrebten Souveränität auf diesen überginge. Bangerskis dankte für diese Ehre.²¹⁵

In Estland teilte Generalkommissar Litzmann der Selbstverwaltung Estlands in einem Schreiben mit, dass er »nichts gegen die Mobilisation der Jahrgänge 1925 und 1926 einzuwenden hat«, was natürlich eine verdeckte Anordnung war. Die landeseigene Verwaltung weigerte sich, über die Mobilisierung des Jahrganges 1926 zu sprechen, wonach auch der Generalkommissar von seiner Forderung abging.²¹⁶ Mäe veröffentlichte auf eigene Verantwortung in seinem Namen den Erlass vom 26. 10. 1943, mit dem aufgrund der Gesetze aus der Zeit der estnischen Selbständigkeit der Jahrgang 1925 zu den Waffen gerufen wurde. Mit der praktischen Durchführung der Mobilisierung wurde in dem Erlass der estnische Oberst Soodla als Inspekteur der estnischen SS-Legion beauftragt. Von Himmler wurde Soodla zum Chef des SS-Ersatzkommandos Estland ernannt.²¹⁷ Nach Verkündung der Musterung rief Mäe die Landesdirektoren der estnischen Selbstverwaltung zusammen, um über die Einzelheiten der kommenden Mobilisierung zu sprechen. Mäes Verfahrensweise stiess teilweise auf Kritik, aber die Zweifler wurden damit getröstet, dass Himmler zum November 1943 die Autonomie versprochen habe. »Die Mobilisierung gelang, aber die Autonomie blieb aus.«²¹⁸ In der folgenden Tabelle sind die Zahlen der zu den Musterungen im Oktober-November Verpflichteten, der zu den Muste-

²¹³ RK Ostland/HA III Abt. Aso: Denkschrift über die Ergebnisse der Musterungen des Jahres 1943, 1. 12. 1944. Film T-484/Rolle 15/000339.

²¹⁴ Die DZO veröffentlichte am 12. 10. 1943 einen Aufruf Bangerskis' zum Eintritt in die Legion.

²¹⁵ NO-4825 (Dankers' Zeugenaussage).

²¹⁶ NO-5919 (Mäes Zeugenaussage).

²¹⁷ Ibid.; Amtlicher Anzeiger 26. 10. 1943, NO-4883.

²¹⁸ Angelus 1956, S. 248.

rungen Erschienenen, der zum Dienst Einberufenen sowie der bei den Truppendeinheiten Erschienenen zusammengestellt:

Tabelle über die Ergebnisse der Musterungen im Oktober-November in Estland und Lettland ²¹⁹

	Musterungspflichtige	Zur Musterung kamen	% der M.-Pfl.	Tauglich geschriebenen	Bei der Einheit ersch.	% der Tauglichen
Estland	7 800	5 485	70	4 459	3 375	76
Lettland	14 809	11 212	76	8 492	5 637	66
Insgesamt	22 609	16 697	74	12 951	9 012	70

Hitler erliess Anfang November 1943 eine Anordnung, nach der in Estland und Lettland 10 Jahrgänge (1915—1924) zu den SS-Legionen hätten einberufen werden sollen.²²⁰ Lohse betrachtete es als seine Pflicht, auf den grossen Produktionsrückgang hinzuweisen, der eine unausweichliche Folge des Abzuges der leistungsfähigsten Jahrgänge in der Rüstungsindustrie, in anderen Zulieferbetrieben der Wehrmacht und in der Landwirtschaft wäre.²²¹ Die Frage wurde in einer Besprechung im Führerhauptquartier am 16. 11. erneut geprüft, wobei vereinbart wurde, dass der Reichsführer-SS aus Estland 10 000 und aus Lettland 20 000 Mann zur Verstärkung der SS-Legionen erhalten sollte.²²² Die Abstellung eines solchen Kontingents betrachtete Lohse noch für möglich, ohne dass die Rüstungsindustrie wesentlichen Schaden nehmen würde.²²³ In Lettland wurde Dankers am 9. 11. zum Generalkommissar gerufen, wobei ihm der Führerbefehl zur Einberufung aller Männer der Jahrgänge 1915—24 mitgeteilt wurde. Drechsler sagte, es sei wünschenswert, dass die landeseigene Verwaltung die Musterung übernehme. Dankers wollte jedoch die Musterung mit der Erfüllung gewisser Vorbedingungen verknüpfen, zu denen u.a. die Wiederherstellung der Souveränität Lettlands gehörte, die Zusammenfassung verstreuter Einheiten und ihre Verlegung in die Heimat, die Unterstellung der Polizei unter die landeseigene Verwaltung usw.²²⁴ Mit einem vom selben Tage datierten

²¹⁹ Angaben aus Bergers Mitteilung an Rosenberg, 8. 1. 1944. BA: R 6/165.

²²⁰ Lohse erfuhr von der vom Führer angeordneten Mobilisierung direkt durch Bormann. Siehe Lohse an Rosenberg, 9. 12. 1943. BA: R 6/24.

²²¹ Ausführliche Angaben darüber, zu wie grossen Verlusten an Arbeitskräften die Einberufung von 10 Jahrgängen geführt hätten, sind in Lohses Schreiben an das Ostministerium vom 10. 11. 1943 enthalten BA: R 6/5. Siehe auch den Vermerk der Hauptabteilung III des RKO vom 18. 11. 1943, NO-3806.

²²² PS-039.

²²³ Lohse an Rosenberg, 10. 12. 1943. Film T-454/Rolle 15/000351.

²²⁴ NO-4825 (Dankers' Zeugenaussage).

Schreiben wurde Dankers einfach von Drechsler bevollmächtigt, die erforderlichen Massnahmen zur Einberufung dieser Jahrgänge zu ergreifen. Die entstandene Situation wurde nicht nur im Kreis der Generaldirektoren sondern auch auf einer zum 15. 11. zusammengerufenen Konferenz besprochen, an der auch Vertreter der lettischen Zentralbehörden und der lokalen Verwaltung teilnahmen. Dabei kam man in Anbetracht des Vorrückens der Roten Armee und der notwendigen Verteidigung Lettlands zu dem Endergebnis, dass die Einberufung durchzuführen sei, auch wenn die wiederholt erhobenen Forderungen der landeseigenen Verwaltung nicht erfüllt seien.²²⁵ Die DZO teilte am 17. 11. 1943 mit, dass General Dankers beschlossen habe, gemäss dem Auftrag des Generalkommissars und mit Billigung der landeseigenen Verwaltung die 1915—24 geborenen Männer zum Dienst in der SS-Freiwilligenlegion einzuberufen.²²⁶ Gleichzeitig machten die Generaldirektoren ihr Verbleiben im Amt von der Erfüllung einiger Voraussetzungen abhängig.²²⁷ Die landeseigene Verwaltung war bemüht, in der Öffentlichkeit die Einberufung der genannten estnischen und lettischen Jahrgänge als eine Art von erstem Akt der neu erstehenden nationalstaatlichen Souveränität darzustellen.²²⁸ In diesem Ton war auch General Dankers' Rede am 18. 11., dem Selbständigkeitstag des ehemaligen Freistaates Lettland, gehalten, in der er u.a. sagte: »Die lettische rot-weissrote Flagge hat im Kampfe wiederum ihren Platz an der Sonne erkämpft«... »Unter dieser Fahne marschieren die lettischen Legionäre gegen den Bolschewismus«... »Wir wollen unsere Soldatenpflicht getreu erfüllen in festem Glauben an ein freies Lettland, in der Gemeinschaft der freien Völker« ... »aus unserem Streben und aus unseren Opfern wird Lettland neu als gleichberechtigtes Glied der europäischen Völkergemeinschaft

²²⁵ Ibidem.

²²⁶ DZO 17. 11. 1943 »Zehn lettische Jahrgänge einberufen«.

²²⁷ Brief der Generaldirektoren an Drechsler, 16. 11. 1943. BA: R 6/5. Die Generaldirektoren forderten die Besatzungsverwaltung auf, folgende Forderungen zu erfüllen: 1) Alle zu den einberufenen Jahrgängen Gehörenden sind ausschliesslich zur Verstärkung der zur lettischen Legion gehörenden Einheiten zu verwenden. 2) Die lettische Ordnungspolizei ist der landeseigenen Verwaltung zu unterstellen, was die deutschen Behörden wiederholt in Aussicht gestellt hatten. 3) Den Einberufenen ist eine genügende Ausbildungszeit zu garantieren. 4) Nach Verkündung der Einberufung wird auf die Werbung von einheimischer Bevölkerung zu anderen langfristigen Diensten (wie zu Hilfswilligen der Wehrmacht und in die deutsche Rüstungsindustrie) verzichtet. Trotz der reichlich verspäteten und sehr ungenügenden Antwort des Generalkommissars (2. 2. 1944) machten die Generaldirektoren dennoch nicht ihre Rücktrittsdrohung wahr. Siehe NO-4825 sowie Lohse an Drechsler, 5. 12. 1943. BA: R 6/165.

²²⁸ Von Rosenberg signierte Denkschrift über die politische Lage in den Generalbezirken Estland und Lettland, 23. 11. 1943. BA: R 6/5. Siehe auch Lohse an Rosenberg, 9. 12. 1943. BA: R 6/24.

entstehen».²²⁹ Nachdem im Führerhauptquartier die Kontingente der Einzuberufenen vereinbart worden waren, kamen die Musterungen in Lettland Anfang Dezember und in Estland im Januar 1944 in Gang. Bis Ende Januar waren in Lettland schon die Jahrgänge 1918 und 1922—1924 einberufen sowie in Estland der Jahrgang 1924. Die Ergebnisse der Musterung zeigten, dass bis zu jenem Zeitpunkt in Lettland von den 20 447 Musterungspflichtigen 13 802 (67,5 %) zur Musterung erschienen waren, von denen 5 167 (25,3 %) sofort zum Wehrdienst einberufen wurden. In Estland hatte die Musterung bis zu demselben Zeitpunkt nur eine Verstärkung von 900 Mann erbracht.²³⁰

Insgesamt standen nach einer zuverlässig erscheinenden Schätzung in den verschiedenen lettischen Einheiten etwa 40 000 Mann unter Waffen²³¹ und Esten etwa 14 000 Mann.²³²

Über die Beziehungen innerhalb der Verwaltung — als Beispiel das »Dreiecksdrama« Rosenberg — Lohse — Litzmann

Spätestens im Laufe des Jahres 1943 hatte es sich gezeigt, dass das Ostministerium nicht in der Lage war, seine grundlegende Funktion zu erfüllen: als eine die widerstreitenden Interessen des Reiches koordinierende Instanz. Das Gefühl, dass das Ministerium nicht mehr seinen Aufgaben gewachsen war, herrschte nicht nur in den ihm unterstellten Behörden, sondern breitete sich auch unter der eigenen Beamtenschaft des Ministeriums aus.²³³ Während der Krieg länger und totaler wurde, musste die Besatzungsverwaltung der einheimischen Bevölkerung neue Pflichten und Lasten auferlegen, wobei sie in gewissem Grade auch die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen musste. Die schwierige militärische Lage und die komplizierte politische Situation verschärften die schon vorhandenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Zivilverwaltung. Im März 1943 griff Lohse in einer langen, Rosenberg zugesandten Anklageschrift Litzmann an, worin er diesen u.a. des Ungehorsams und der Eigenmächtigkeit beschuldigte; Litzmann hatte u.a. gegen Lohses ausdrückliches Verbot am 24. 2. 1943 die 25. Wiederkehr der Selbständigkeitser-

²²⁹ Zitat aus Dankers' Rede nach der obigen Denkschrift Rosenbergs.

²³⁰ RK Ostland/III Aso: Zusammenfassung der Musterungsergebnisse bis zum 1. 2. 1944. Film T-454/Rolle 15/000342.

²³¹ Lettische Brigade mit 5 000—6 000 Mann, eine SS-Division mit 17 000 Mann, ein Polizeiregiment mit ca. 3 000 Mann und 14 000 Mann in anderen Einheiten (Schuma-Bataillone).

²³² Siehe den Bericht über die Versammlung von lettischen und litauischen Widerstandskreisen am 8.—9. 1. 1944 in Riga (deutsche Übersetzung). BA: R 6/45.

²³³ Siehe oben S. 202.

klärung Estlands feiern lassen und am selben Tage die ersten 30 Höfe wieder in Privateigentum überführt, was den Reichskommissar dazu zwang, Rosenbergs Erlass über die Wiederherstellung des Privateigentums vom 18. 2. zu veröffentlichen, bevor die erforderlichen Ausführungsbestimmungen hatten bearbeitet werden können. Die Spitze der Beschuldigungen Lohses richtete sich jedoch nicht so sehr gegen einzelne Massnahmen des Generalkommissars von Estland, sondern er neigte dazu, dahinter eine allgemeinere Tendenz zu sehen, die prinzipiell gegen alle die Massnahmen gerichtet war, die »der Vereinheitlichung der Verwaltung innerhalb des Reichskommissariats dienen sollen«.²³⁴ Als besonders gravierend betrachtete Lohse die Folgen des »Ungehorsams« Litzmanns auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens, weil diese die Versorgung der Armee und den störungsfreien Ablauf der kriegswichtigen Produktion gefährdeten. So waren nach Lohses Mitteilung u.a. die Ablieferungsnormen für Getreide in Estland weniger erfüllt als in Lettland und Litauen. Aufgrund all dessen war Lohse der Ansicht, dass »die Möglichkeit erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Generalkommissar Litzmann... nicht mehr gegeben ist«. Lohse bat Rosenberg, aus der Situation die unmittelbaren Konsequenzen zu ziehen.²³⁵ In seiner eigenen Gegenstandschrift wies Litzmann Lohses Beschuldigungen zurück, allerdings ohne dass er auch nur versucht hätte zu behaupten, dass er nicht zuweilen eigenmächtig verfahren war. Der Generalkommissar für Estland beschuldigte seinerseits Lohse einer auf übertriebene Vereinheitlichung zielenden Politik, wobei er sich bei der Verteidigung seiner eigenen Politik auf die Weisung des Ministeriums berufen konnte, die verschiedenen Völker politisch verschieden zu behandeln. Litzmann schlug dann vor, dass das Ostministerium untersuchen sollte, ob nicht die direkte Unterordnung des Generalbezirks Estland unter das Ministerium für die besetzten Ostgebiete möglich sei, weil Lohse die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen ihnen nicht mehr gegeben sah.²³⁶ Litzmann suchte und fand auch Unterstützung für seine Politik (z.B. in der Autonomiefrage) u.a. bei der Führung der Heeresgruppe Nord und beim Reichsführer-SS.²³⁷

Rosenberg verhielt sich zu dem Streit zwischen Lohse und Litzmann auf die für ihn typische unentschiedene Weise. Um eine deutliche Stellungnahme zu vermeiden, bat er Lohse um eine Stellungnahme zu Litzmanns Erwiderung, was zu einer weiteren Zuspitzung der Beziehungen zwischen dem Minister und dem Reichskommissar führte. Lohse teilte sofort

²³⁴ Lohse an Rosenberg, 3. 3. 1943. BA: R 6/24. Es ist bemerkenswert, dass zehn Tage später, als die ersten Ergebnisse von der erfolglosen Musterung in Litauen eingetroffen waren, der Reichskommissar die verschiedene politische Behandlung der Generalbezirke befürwortete. Siehe genauer S. 242.

²³⁵ Ibidem.

²³⁶ Litzmann an Rosenberg, 5. 4. 1943. Film T-454/Rolle 15/000865—000879.

²³⁷ Siehe z.B. Windecker an das Auswärtige Amt, 19. 4. 1943. NG-2721.

zu Beginn mit, dass er nicht die Verfahrensweise gutheissen könne, dass das Ministerium Litzmann direkt um eine Erwiderung auf seinen »Gesamtbericht« ersucht habe, weil das sowohl seine als des Ministers Autorität verletze. Die Antwort des Reichskommissars beleuchtet sehr gut einige wesentliche Seiten in Lohses politischer Einstellung. »In den von dem Beauftragten für den Vierjahresplan aufgestellten Grundsätzen über die Wirtschaftsverwaltung in den besetzten Ostgebieten«, schrieb Lohse, »war die Richtlinie gegeben worden, die besetzten Gebiete des Ostens für die Kriegswirtschaft zu mobilisieren und aus den einzelnen Verwaltungsbezirken so viel an Ware für die Kriegswirtschaft herauszuholen, wie eben möglich«. Und Lohse fuhr fort: »Ich stand vor der sehr schwierigen Aufgabe, die wirtschaftlichen Forderungen des Reiches, insbesondere der Wehrmacht, gegenüber oft auch mir berechtigt erscheinenden Wünschen der einzelnen Völker durchzusetzen«. Indem er sich auf dieser einzigen und »ohne Sentimentalität zu verfolgenden Linie« hielt, war Lohse nach seiner Mitteilung von dem Generalkommissar in Dorpat enttäuscht worden, dessen Furcht, seine »Popularität« zu verlieren, ihn immer mehr dahin brachte, die kriegswirtschaftliche Aufgabe der deutschen Verwaltung zu vernachlässigen. Lohse meinte, dass die Erwiderung Litzmanns ihm die Augen geöffnet habe, und dass er nun auch Litzmanns »Gesamtpersönlichkeit« im richtigen Licht sehe, für die eine extreme Eitelkeit und ein daraus folgerndes mangelhaftes Verständnis für die Grenzen seiner eigenen Leistungsfähigkeit charakteristisch seien. Lohse hielt nach all dem natürlich an seiner Forderung fest, dass auf dem Platz des Generalkommissars in Dorpat »unverzüglich ein Personalwechsel vorgenommen wird«, und er hielt seine Position jetzt offensichtlich für genügend gefestigt, um direkt zum Angriff gegen Rosenberg überzugehen: »Sollte der Herr RM sich nicht in der Lage sehen, einen Personalwechsel vorzunehmen und wird damit die Grundeinstellung des Generalkommissars mir gegenüber legalisiert, so könnte ich daraus die Folgerung ziehen, dass auch ich berechtigt bin, gegenüber meiner vorgesetzten Dienststelle dieselben Rechte in Anspruch zu nehmen, die der Generalkommissar... mir gegenüber einnimmt«. In der Praxis würde das nach Lohse bedeuten, dass er bezüglich aller Weisungen des Ministeriums ein aufschiebendes Veto-Recht habe und das Recht, um eine Entscheidung des Führers nachzusuchen.²³⁸ Diese als Lohses direktes Ultimatum oder als Selbständigkeitserklärung auszulegende Denkschrift fiel zeitlich fast genau mit dem Höhepunkt des Konfliktes zwischen Rosenberg und Koch und seinem für das Ostministerium nachteiligen Ausgang zusammen.²³⁹ Rosenberg fiel in dieser Situation nichts anderes ein, als die »Denkschriften-Schlacht« fortzusetzen, indem er Litzmann wieder um eine Stellungnahme

²³⁸ Lohse an Rosenberg, 1. 5. 1943. Film T-454/Rolle 15/000902—000931.

²³⁹ Siehe oben S. 201—202.

zu Lohses neuestem Schreiben bat. Nach der neuen Denkschriftenrunde²⁴⁰ war Rosenberg endlich am 29. 9. 1943 bereit, in der Streitfrage Stellung zu nehmen. Rosenberg gab zwar zu, dass Litzmann u.a. bei der Veröffentlichung des Erlasses über die Wiederherstellung des Privateigentums eigenmächtig aufgetreten sei, und das auf eine Weise, die sowohl den Reichskommissar als auch ihn in eine Zwangslage versetzte. Das berechnete jedoch nach dem Minister Lohse nicht, die Motive des Generalkommissars und seine persönliche Loyalität in Frage zu stellen, wonach der Minister nur mitteilte — gleichsam als ob nichts Besonderes geschehen wäre —, er erwarte in Zukunft, dass beide Parteien »als alte Parteigenossen« sich zu enger Zusammenarbeit bereithalten und dass das Geschehene als vergessen betrachtet würde.²⁴¹ Lohse erklärte sofort seine Unzufriedenheit mit dieser Entscheidung.²⁴² Bald gab es für Lohse Anlass, seine Unzufriedenheit auch aus einem anderen Grund auszudrücken. Rosenberg — der Lohses Reaktionen fürchtete — liess diesen im Herbst 1943 bei der Wiederaufnahme der Autonomiegespräche völlig im dunkeln über die Pläne, in denen u.a. die Auflösung des Reichskommissariats vorgesehen war.²⁴³ Nachdem Lohse schliesslich von den in Vorbereitung befindlichen Plänen erfahren hatte, hatte er seine im Frühjahr geäusserte Drohung wahr gemacht und sich durch Vermittlung von Bormann direkt an Hitler gewandt und auf diese Weise gesichert, dass sein Standpunkt vor der endgültigen Entscheidung berücksichtigt würde.²⁴⁴ Wie zu erwarten, liessen sich durch platonische Wünsche keine vertrauensvollen Beziehungen mehr zwischen Lohse und Litzmann herstellen, wie es Rosenberg noch im September versucht hatte. Litzmann betrachtete bei einer Besprechung im Ministerium am 25. 11. 1943 auch weiterhin die Gewährung der Autonomie für Estland in der damaligen Situation als zweckmässige Lösung, was gleichzeitig die Unterordnung des Generalkommissariats direkt unter das Ministerium bedeutet hätte.²⁴⁵ Im Dezember 1943 beschuldigte Lohse erneut

²⁴⁰ Litzmann an Rosenberg, 3. 6. 1943; Lohse an Rosenberg, 14. 7. 1943, Film T-454/Rolle 15/000996—001039, 001060—101068.

²⁴¹ Rosenberg an Lohse, 29. 9. 1943. Film T-454/Rolle 15/001069—001072.

²⁴² Lohse an Rosenberg, 4. 10. 1943. BA: R 6/24.

²⁴³ Siehe oben S. 248. Laut Berger hatte Rosenberg damals auch selbst nach einem Angriff Lohses die Auffassung ausgedrückt, dass es unmöglich sei, mit Lohse zusammen weiter »eine ordentliche Sache zu machen«. Berger an Himmler, 30. 10. 1943. BA: NS 19 neu/382.

²⁴⁴ Siehe oben S. 250.

²⁴⁵ Rosenbergs Denkschrift (am 27. 11. 1943 Bormann zugestellt). BA: R 6/5. Wieder einmal sah man, wie schnell Rosenberg, nachdem er auf den Widerstand Hitlers und seines Reichskommissars gestossen war, bereit war, seinen Standpunkt aufzugeben. Nachdem er zuerst festgestellt hatte, dass die Beamten des Ostministeriums weitgehend Litzmanns Gedanken unterstützten, fuhr Rosenberg fort: »Ich und Reichskommissar Ostland haben die politischen Bedenken in dem Sinn herausgestellt, wie bei dem letzten Vortrag beim Führer«.

Litzmann besonders wegen dessen Politik in der Frage der Autonomie und lehnte jede Verantwortung ab, »solange sich Generalkommissar Litzmann nicht klar ein- und unterordnet oder solange nicht von Ihnen, Herr Minister, andere Konsequenzen gezogen werden«.²⁴⁶ Nachdem sich die militärische Lage im Januar 1944 verschlechtert hatte, versuchte Litzmann, allerdings ohne Erfolg, Estland unter Militärverwaltung zu bringen und dadurch vom Reichskommissar und vom Ministerium unabhängig zu werden.²⁴⁷

²⁴⁶ Lohse an Rosenberg, 9. 12. 1943. BA: R 6/24. Nach Lohse lehnten alle Gebietskommissare Estlands (wie auch Lettlands) die Autonomie »als unnötig und gefährlich« ab. Lohse an Rosenberg, 2. 12. 1943. BA: R 6/246.

²⁴⁷ Lohse an Rosenberg, 13. 3. 1944. Film T-454/Rolle 15/001089—001095.

IX DIE ORGANISATION DES WIDERSTANDES DER EINHEIMISCHEN BEVÖLKERUNG SOWIE DIE EINSTELLUNG ZUR GEFAHR EINER ERNEUTEN SOWJETBESETZUNG

Die politisch wichtigste Gruppierung im Kampf um die Souveränität in Estland bildete die Gruppe um den ehemaligen Ministerpräsidenten Prof. Uluots,¹ die sich in ihrer Tätigkeit auf das Prinzip des rechtlichen Fortbestands der Republik Estland stützte. Ausgangspunkte der politischen Tätigkeit waren für diese Gruppe die folgenden Thesen von Johannes Klesment, eines der engsten Mitarbeiter Prof. Uluots': 1) »Alles Mögliche war zu tun, um von einer erneuten Sowjetbesetzung verschont zu bleiben; 2) An den Forderungen nach einer wirklichen Wiederherstellung der Selbständigkeit Estlands und nach der öffentlichen Wiedereinsetzung der verfassungsmässigen Organe Estlands war festzuhalten; 3) Mit Deutschland waren korrekte Beziehungen zu unterhalten und keinerlei Massnahmen zu ergreifen, die dessen Kriegspotential geschwächt hätten«, aber andererseits war man der Ansicht, dass man sich an dem von Deutschland geführten Krieg nur soweit beteiligen sollte, wie es sich um die Befreiung Estlands von der Sowjetbesetzung handelte oder um die Abwehr einer drohenden neuen Sowjetbesetzung. Dieser Kreis um Prof. Uluots hatte Verbindungen zu den Behörden der Selbstverwaltung, sogar zu ihren höchsten Beamten (Angelus, Wendt), durch deren Vermittlung es möglich war, die Personalpolitik der estnischen Behörden zu beeinflussen. Grosse Bedeutung für die interne Kommunikation der nationalen Opposition Estlands hatte das »Aktuaalse Ajaloo Komitee« (Komitee für jüngste Geschichte), in dessen Rahmen es möglich war, ausgedehnte Reisen und Versammlungen zu veranstalten.² In jedem Zusammenhang wurde von Prof. Uluots und seinen

¹ Nach der estnischen Verfassung waren die Vollmachten des Staatsoberhauptes infolge der Entführung von Konstantin Päts auf den letzten Ministerpräsidenten der Republik Estland, Prof. Uluots, übergegangen. Von den anderen führenden Politikern aus der Zeit der Selbständigkeit waren von der Verschleppung verschont geblieben der ehemalige Präsident der Ersten Kammer des Reichstages Otto Pukk und der Vizepräsident der zweiten Kammer Alfred Mauerer, die zusammen mit Uluots eine Art von Triumvirat bildeten, das — während die vom Grundgesetz vorgesehenen Staatsorgane verhindert waren — als berechtigt angesehen wurde, deren Hoheitsrechte zu gebrauchen. Klesment S. 9.

² Ibid. 11—15. Der Vorgänger des Aktuaalse Ajaloo Komitee, das Aktuaalse

Mitarbeitern die Notwendigkeit betont, das Selbstbestimmungsrecht Estlands wiederherzustellen. Als die Besatzungsverwaltung unter dem Druck des totalen Krieges in immer grösserer Masse die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung im Kampf gegen die Sowjetunion suchen musste, wuchs in den deutschen Augen auch das politische Gewicht des Kreises um Prof. Uluots. Von deutscher Seite begann man denn auch vom Frühjahr 1943 an Verbindung mit Prof. Uluots aufzunehmen. Die Kontakte setzten sich dann das ganze Frühjahr und im folgenden Herbst fort, bis Generalkommissar Litzmann am 20.10.1943 Prof. Uluots und den Rektor der Universität Dorpat, Prof. E. Kant, zu sich einlud und ihnen im Namen von Aussenminister v. Ribbentrop³ den Vorschlag machte, aus den führenden Persönlichkeiten der Zeit der Selbständigkeit Estlands ein Nationalkomitee zu gründen, zu dessen ersten Aufgaben ein Aufruf zur Intensivierung des Kampfes gegen den Bolschewismus gehört hätte. Nachdem sie mit Vertretern der alten Parteien, mit ehemaligen Ministern und Gesandtern, Journalisten u.a. gesprochen hatten, waren Uluots und Kant am 29.10. bereit, eine als Antwort gedachte Denkschrift zu übergeben, deren hauptsächlichster Inhalt wieder aus der Forderung nach baldiger Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit bestand, weil das estnische Volk erst danach die Ziele des Krieges, besonders in Hinblick auf Estland, verstehen könnte. Die Wiederherstellung der Selbständigkeit würde auch die formalen und organisatorischen Voraussetzungen zur Erhebung des ganzen Volkes im Kampf gegen die Russen schaffen.»⁴ Litzmann hatte natürlich keine Vollmachten, auf derartige Vorschläge einzugehen.

Die Offensive der Roten Armee im Herbst 1943 hatte zum Durchbruch von Welikije Luki geführt, der das Baltikum in eine militärisch gefährdete Lage brachte. Der Tiefpunkt in der Einstellung der einheimischen Bevölkerung zur Besatzungsmacht war jetzt überschritten,⁵ was um so deutlicher wurde, je realer die Gefahr einer erneuten Sowjetbesetzung zu werden begann. Im Januar 1944 brach der Blockadering von Leningrad und

Ajaloo Archiv, wurde 1942 gegründet, um genaue Information über die Tätigkeit der Okkupanten 1940—41 zu sammeln.

³ Nach Kant und Klesment stammte der Vorschlag von v. Ribbentrop. In deutschen Quellen ist der Vorschlag nicht erwähnt. Kant hält es für wahrscheinlich, dass die Aktivität des Auswärtigen Amtes wenigstens teilweise auf die Rückkehr Kleists in v. Ribbentrops Ministerium zurückzuführen ist. Edgar Kant, Maakuulamisretkelt Weimarisse ja Berliini, Eesti Riik ja Rahvas II Maailmäsõjas VIII. Stockholm 1959, S. 59.

⁴ Klesment S. 17—19. Klesment hat die obengenannte Denkschrift der Esten vom 29.10.1943 in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht, S. 37—45. Vgl. Kant S. 52 sowie »Kurzer Bericht zur politischen Lage in Estland«, eine Denkschrift estnischer Oppositionskreise (Frühjahr 1944), BA: R 6/78.

⁵ Vgl. z.B. das Diagramm im Archiv des Ostministeriums über die Entwicklung der Stimmung der Bevölkerung im Generalkommissariat Estland, BA: R 6/78.

die Rote Armee stiess bis zur Linie Narwa-Peipussee vor. Vom estnischen Standpunkt aus hatte sich die Lage entscheidend verändert: der Krieg jenseits der Grenze war beendet und jetzt ging es um die direkte Verteidigung des Vaterlandes.⁶ Solange der Krieg ausserhalb Estlands geführt wurde, hatten die Esten kein besonders grosses Interesse an der Kriegsführung, weil Deutschlands unbedingter Sieg keineswegs in ihrem Interesse lag, sondern es war vielmehr zu hoffen, dass Deutschland und die Sowjetunion sich in ihrem Kampf erschöpften, in welchem Falle sich die Ereignisse der Jahre 1918—1920 hätten wiederholen können.⁷ In dieser ernstesten Lage rief Uluots Anfang Februar 1944 eine umfangreiche beratende Versammlung zusammen, an der mit Ausnahme der Kommunisten Vertreter aller ehemaligen politischen Parteien Estlands teilnahmen und in der man zu dem Ergebnis kam, dass der Ernst der Lage es nicht mehr erlaube, politische Forderungen zur Vorbedingung der Mobilisierung zu machen. Dieses Mal wurde beschlossen, die verkündete Mobilisierung unter der Bedingung zu unterstützen, dass alle estnischen Einheiten zur Verteidigung der Grenzen Estlands eingesetzt und ordentlich ausgerüstet würden. Ausserdem forderte man die notwendigen Waffen für die Truppen, die zur örtlichen Verteidigung verwendet werden sollten.⁸ Danach trat Prof. Uluots im estnischen Rundfunk am 7. 2. 1944 für die Mobilisierung ein,⁹ was entscheidend zu ihrem Gelingen beitrug.¹⁰ Es handelte sich diesmal faktisch, wenn auch nicht formal, um eine Mobilisierung der Republik Estland.¹¹

Noch einmal wurde die Stellung der estnischen Selbstverwaltung aufs Spiel gesetzt. Infolge der Mobilisierung im Februar wurde nämlich die Tätigkeit der die estnische Verfassung verteidigenden Kreise viel aktiver und verantwortungsvoller als bis dahin, weil sie moralisch die Verantwortung für ihr Gelingen übernommen hatten. Der Generalkommissar wollte aus der Situation die politischen Konsequenzen ziehen und streckte seine Fühler aus, um Dr. Mäe durch eine Person zu ersetzen, die mehr das öffentliche Vertrauen besässe.¹² Seitens der nationalen Kreise wurden jedoch einige Minimalforderungen gestellt, deren Erfüllung zur Vorbedingung dafür gemacht wurde, dass man die Verantwortung für die Tätigkeit der Selbstverwaltung übernahm. Dazu zählte man folgende Voraussetzungen: 1)

⁶ Purre S. 23.

⁷ Oras S. 250.

⁸ Z.B. die Denkschrift der estnischen Oppositionskreise »Kurzer Bericht zur politischen Lage in Estland«. BA: R 6/78.

⁹ Uluots' Rundfunkinterview siehe Klesment S. 45.

¹⁰ Siehe z.B. den Bericht des Verbindungsoffiziers des Ostministeriums aus dem Stab der Heeresgruppe Nord vom 1. 4. 1944. BA: R 6/78. Über die Februar-Mobilisierung siehe genauer S. 275—276.

¹¹ Purre S. 38.

¹² Burmeister aus Riga, 1. 3. 1944, BA: R 6/278 sowie Kaltenbrunner an Berger, 24. 6. 1944, BA: R 6/187.

Beschränkung des Generalkommissars auf die Tätigkeit als Vertreter der deutschen Besatzungsverwaltung während des Krieges, was eine umfangreiche Übertragung von Aufgaben von den Abteilungen des Generalkommissariats an die entsprechenden Direktoren der estnischen Selbstverwaltung voraussetzte; 2) völlige Übertragung der Rechtsangelegenheiten an die estnische Justizverwaltung; 3) Gründung eines Direktoriums für Landesverteidigung; 4) Neubildung des Landwirtschaftsdirektoriums; 5) Unterbrechung aller Evakuierungsmassnahmen sowie Zählung aller kriegswirtschaftlich wichtigen Unternehmen; 6) Wiederherstellung der inneren Verwaltung der höheren Lehranstalten und Hochschulen. Schon vorbereitende Kontakte mit Litzmann genügten zu zeigen, dass die Deutschen auf der Grundlage dieser Bedingungen nicht zu weiteren Verhandlungen bereit waren.¹³ Den Widerstandskreisen in Reval und Dorpat wie auch den Vertretern verschiedener politischer Kreise — von den Agrariern bis zu den Sozialdemokraten — war es im März 1944 gelungen, die Gründung einer gemeinsamen Organisation, »Eesti Vabariigi Rahvuskomitee«, zu vereinbaren. Nach der Gründung dieses Volkskomitees wurde der Briefwechsel mit Finnland und Schweden lebhafter, was auch dem deutschen Sicherheitsdienst auffiel.¹⁴ Ihm gelang es, die Verbindungen der Esten mit Emigrantenkreisen in Finnland und Schweden und durch sie mit dritten Staaten aufzudecken.¹⁵ In diesem Zusammenhang verhaftete die Sicherheitspolizei am 21. 4. 1944 in Reval den auf der Reise nach Finnland befindlichen Kurier des litauischen Komitees, Kazys Ambraciejus, was unmittelbar zu Verhaftungen in allen drei Generalbezirken führte.¹⁶ Die Sicherheitspolizei wusste ferner, dass die Untergrundorganisation Verbindungen zu den Selbstverwaltungsbehörden in Estland und Lettland hatte. Die im April vorgenommenen Verhaftungen, die besonders gegen »englandfreundliche« Elemente gerichtet waren, riefen in der Bevölkerung grosse Entrüstung hervor, die sich bis in die estnischen Fronteinheiten auswirkte.¹⁷ Nach Angaben von Oberstleutnant R. Ingelius, der im September 1943 als Verbindungsoffizier des finnischen Hauptquartiers nach Reval gekommen war, belief sich die Geamtmenge der Verhafteten auf etwa 230, von denen allerdings ein Teil bald freigelassen wurde.¹⁸

Von den lettischen politischen Untergrundorganisationen war die wichtigste der 1943 gegründete Lettische Zentralrat, hinter dem die wichtigsten

¹³ Klesment S. 24.

¹⁴ August Rei, *The Drama of the Baltic Peoples*. Åbo 1970. S. 342. Aleksander Warma, *Diplomaadi kroonika*. Lund 1971. S. 222.

¹⁵ Kaltenbrunner an Berger, 24. 6. 1944. BA: R 6/187.

¹⁶ Sipo/Ostland an Burmeister, 2. 5. 1944. BA: R 6/165. In Estland waren nach diesem Bericht bis dahin schon 100 Personen verhaftet. Vgl. Kalnins S. 260.

¹⁷ Bericht des Verbindungsoffiziers des Ostministeriums aus dem Stab der Heeresgruppe Nord, 6. 5. 1944, BA: R 6/75, Oras S. 261—263.

¹⁸ Ingelius aus Reval, 22. 4., 12. 5. und 20. 6. 1944. Kriegsarchiv in Helsinki: Verbindungsoffizier des finnischen Hauptquartiers in Reval.

politischen Parteien standen: Sozialdemokraten, Demokratisches Zentrum, Bauernverband (Ulmanis' Partei) und die Katholiken Lettgallens. Der Zentralrat unterhielt Verbindungen mit dem Ausland und veröffentlichte die Zeitung »Selbständiges Lettland«.¹⁹ Die führenden lettischen Politiker warteten ab und glaubten an eine Wiederholung der Weltgeschichte; mit Hilfe der Westmächte glaubte man jetzt wie auch nach dem Ersten Weltkrieg wieder die Randstaaten als souveräne Pufferstaaten zwischen Deutschland und Russland gründen zu können.²⁰

Je schwächer die militärische Stellung Deutschlands wurde, desto geringer wurde auch die Bereitschaft der Kollaborateure zur Zusammenarbeit. Gustav Celmiņš, der Führer der »Donnerkreuzler«, der 1941 für die Aufstellung der lettischen Division gearbeitet hatte, war später sehr enttäuscht von der deutschen Besatzungsverwaltung. Die Sicherheitspolizei verhaftete ihn im März 1944 wegen »deutschfeindlicher Agitation«.²¹ Die Selbstverwaltung hatte am 16. 11. 1943, als sie ihre Einwilligung zu der teilweisen Mobilisierung gab, gleichzeitig ihr Verbleiben im Amt von der Erfüllung einiger Bedingungen abhängig gemacht.²² Besonders bemühten sich die landeseigene Verwaltung und General Bangerskis als Inspekteur der lettischen SS-Legion darum, die entlang der Ostfront verstreuten lettischen Schutzbataillone auf einem unmittelbar der Verteidigung Lettlands dienenden Frontabschnitt zu sammeln. Wenn auch Generalkommissar Drechsler in seinem Antwortschreiben Verständnis für die Forderungen der landeseigenen Verwaltung zeigte,²³ war man sich in der Besatzungsverwaltung weitgehend darüber einig, dass die Generaldirektoren der lettischen Selbstverwaltung durch neue Personen zu ersetzen seien.²⁴ Drechsler musste jedoch bekennen, dass es, ohne den Status der Stadt Riga zu ändern und sie der landeseigenen Verwaltung zu unterstellen, überhaupt nicht möglich sei, neue Direktoren zu finden.²⁵ Der Generalkommissar und der Reichskommissar vertraten in dieser Frage völlig denselben Standpunkt: die verwaltungsmässige Sonderstellung der Stadt Riga war einfach nicht länger tragbar. Die Letten wurden nicht müde, bei jeder möglichen Gelegenheit immer wieder

¹⁹ Kalnins S. 259; Bericht der Sicherheitspolizei in Litauen über die Widerstandsorganisationen Litauens, 31. 5. 1944. BA: R 6/45.

²⁰ Wachsmuth S. 311.

²¹ Sipo/Ostland an Jeckeln, 17. 6. 1944. BA: R 6/165.

²² Siehe oben S. 254.

²³ Drechsler an Dankers, 2. 2. 1944. NO-4825.

²⁴ Trampedach hatte das schon in seiner Denkschrift vom 15. 3. 1943 (siehe oben S. 344) vorgeschlagen, und Drechsler schien auf die gleichen Gedanken gekommen zu sein, wenigstens nach dem Schreiben der landeseigenen Verwaltung vom 16. 11. 1943. Lohse an Rosenberg, 2. 12. 1943. BA: R 6/246. Siehe auch das Begleitschreiben Brandenburgs, des persönlichen Adjutanten Bergers, an Bräutigam und Kinkelin, 1. 12. 1943. BA: R 6/167.

²⁵ Lohse an Rosenberg, 2. 2. 1944. BA: R 6/246.

zu wiederholen, dass die Voraussetzung einer Mobilisierung des ganzen Volkes das Vorhandensein einer klaren positiven Zielsetzung sei, wozu in erster Linie die Wiederherstellung eines selbständigen Staatswesens gerechnet wurde.²⁶

Am frühesten organisierte sich der Widerstand in Litauen, wo sich schon Mitte des Jahres 1942 das »Oberste litauische Komitee« bildete, das politisch eine sehr weite Front hinter sich hatte, von den Volkssozialisten bis zur Tautininkai-Partei und der Aktivistenfront. An der Spitze des Komitees stand der Sozialdemokrat Prof. S. Kairys. Es war das Ziel des Komitees, die Unabhängigkeitsbestrebungen Litauens zu unterstützen, Nachrichten über die im Lande herrschende Lage ins Ausland zu bringen und zu versuchen, durch die Untergrundpresse die Stimmung der Bevölkerung zu bearbeiten.²⁷ Als das Komitee die politische und militärische Lage vom litauischen Standpunkt aus analysierte und die in der Schlussscheidung des Krieges möglicherweise in Frage kommenden Alternativen erörterte, ging es von der sicher richtigen Auffassung aus, dass »ein unbesiegttes Deutschland nicht bereit ist, Litauen die Unabhängigkeit wiederzugeben«, aber als ebenso wenig wünschenswerte Lösung erschien die klare Niederlage Deutschlands im Osten. Als beste Alternative musste in den Augen der Litauer deshalb die Entstehung einer solchen Konstellation erscheinen, dass Deutschland im Westen besiegt würde, wonach die Randstaaten ihre Souveränität aus den Händen der Westmächte empfangen würden. Allgemein glaubte man, Deutschland könne die Angriffe der Sowjetunion so lange aufhalten, dass die Westmächte dann auch im Baltikum eingreifen würden. Aufgrund einer derartigen Situationsanalyse kam man zu der Schlussfolgerung, dass »kein Litauer das Land verlassen dürfe, weil dadurch die litauische Volkskraft im Kampf um die Unabhängigkeit Litauens geschwächt würde«. Durch die Untergrundpresse machte die Kommission wichtige Beschlüsse bekannt. Die litauischen Katholiken hatten anfangs eine eigene Organisation gebildet, den »Nationalrat«. Das »Oberste litauische Komitee« und der »Nationalrat« vereinigten sich im November 1943 und bildeten das »Oberste Befreiungskomitee Litauens«, an dessen Spitze der Vorsitzende des früheren Komitees, Prof. Kairys trat, und das nach dem Erlangen der Unabhängigkeit als vorläufige Regierung fungieren sollte.²⁸ Für die Entwicklung der Stimmung in der Bevölkerung ist das Wachsen der

²⁶ Bangerskis an Rosenberg, 6. 3. 1944. BA: R 6/58. Vgl. auch Rosenbergs Brief vom 3. 7. 1944 an den Generalkommissar in Riga, der eine Denkschrift über die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Letlands betraf, die 160 bekannte Letten unterschrieben hatten. BA: R 6/14.

²⁷ Bericht der Sicherheitspolizei in Litauen über die Widerstandsorganisationen Litauens, 31. 5. 1944. BA: R 6/45.

²⁸ Ibid. Das Komitee veröffentlichte am 16. 2. 1944 in der Untergrundpresse einen Aufruf, in dem es seine Ziele darlegte (Taryba hatte 26 Jahre früher die Unabhängigkeitserklärung Litauens veröffentlicht). Die deutsche Übersetzung dieses Auf-

Partisanenbewegung ein wichtiger Indikator. Die kommunistische Partei Litauens hatte im November 1942 den Stab der litauischen Partisanenbewegung gegründet.²⁹ Die offen deutschfeindliche Haltung brach jedoch eigentlich erst im folgenden Jahr durch. Genaue Zahlen lassen sich bei der Partisanenbewegung natürlich nur schwer angeben und noch schwieriger ist es, die Zuverlässigkeit der verfügbaren Angaben zu beurteilen: verhältnismässig am zuverlässigsten dürften die diesbezüglichen Angaben sein, wenn wir betrachten, in welche Zeit das Wachsen der Partisanenbewegung fällt. Die in dieser Beziehung verfügbaren Angaben deuten darauf hin, dass in der Zahl der Partisanen erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 eine merkbare Zunahme zu verzeichnen ist.³⁰ Die Ausdehnung der Partisanenbewegung stand in einer offensichtlichen Kausalbeziehung zu den Mobilisierungsmassnahmen der deutschen Besatzungsverwaltung; besonders vom Juli 1943 an war man bei der Beschaffung von Arbeitskräften immer mehr zu Methoden übergegangen, die an Menschenjagd erinnerten (Pauschalaktionen).³¹ Die Nachbarschaft mit dem angrenzenden Weissrussland hatte auch ihre Bedeutung für das politische Klima in den östlichen Teilen Litauens, Die Partisanenbewegung war in Weissrussland besonders stark, und ausgedehnte Gebiete wurden dort völlig von den Partisanen beherrscht. Weissrussland war für die litauischen Partisanen eine ausgezeichnete Etappe, von wo es leicht war, in Litauen einzusickern, und deren Versorgungszentren gleichzeitig auch den litauischen Partisanen dienten.³² Im Gebiet von Wilna, wo die Partisanentätigkeit am allerlebhaftesten war, waren die Ablieferungsnormen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Gebietskommissar Wulff bis zum Herbst 1943 80—100 prozentig erfüllt worden. In einer Sitzung der Gebietskommissare von Litauen, die im Zusammenhang mit Rosenbergs Ostland-Reise am 14. 2. 1944 gehalten wurde, teilte Wulff mit, dass die Partisanen in den letzten zwei Monaten 104 Beamten der landeseigenen Verwaltung ermordet oder entführt hätten. Die Verluste der Deutschen betragen monatlich etwa 40 Mann.³³

Anfang 1944 musste der Zusammenbruch der deutschen Front schon

rufes liegt dem obengenannten Bericht der Sicherheitspolizei vom 31. 5. 1944 bei, BA: R 6/45, der Aufruf abgedruckt bei Chase S. 314—315.

²⁹ Sovetskie partizany. Moskva 1963. S. 609.

³⁰ Ibid. In dem Werk wird eine »bürgerlich-nationale« Zeitung zitiert, nach der es Anfang August im Gebiet von Litauen ca. 300 Partisanen gab, im Oktober waren es 3 600 und bis Ende des Jahres war die Zahl schon auf 5 000 gestiegen. S. 614.

³¹ Die Verantwortung für die politischen Folgen dieser Massnahmen hatte GBA Sauckel versprochen zu übernehmen. Siehe Protokoll der Sitzung vom 18. 7. 1943. BA: R 6/14.

³² Sovetskie partizany S. 610.

³³ Bericht über Rosenbergs Reise ins Ostland 13.—18. 2. 1944. BA: R 6/217. Im

als ernste Möglichkeit in Betracht gezogen werden, und es war damit zu rechnen, dass das Baltikum wieder direktes Operationsgebiet würde. Die wachsende militärische Drohung aus dem Osten brachte die Vertreter der Widerstandsbewegungen der drei Länder in engeren Kontakt miteinander, um sich gegenseitig zu informieren und eine gemeinsame Aktionslinie zu suchen. In Riga wurden im Januar³⁴ und im April zwei geheime Versammlungen der Widerstandsorganisationen der Baltischen Staaten abgehalten.³⁵ Zur zentralsten Frage wurde in den nationalen Widerstandsbewegungen die Organisation der Verteidigung und die Bewaffnung der dazu geeigneten Truppen in Anbetracht einer möglichen neuen Invasion der Roten Armee. Da man es in der Widerstandsbewegung nicht mehr als sinnvoll ansah, die Unterstützung der Mobilisierung von der Erfüllung einiger Vorbedingungen abhängig zu machen, führte das grundsätzlich zu einer positiveren Einstellung zu den militärischen Mobilisierungsmaßnahmen der Besatzungsmacht als früher. Die grundsätzlich positive Einstellung zur Mobilisierung bedeutete nicht, dass sich die Interessen der Besatzungsverwaltung und der Widerstandsbewegungen in der Mobilisierungsfrage gedeckt hätten. In der Widerstandsbewegung erwartete man oder erhoffte man wenigstens eine Wiederholung der Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg, und je deutlicher sich die deutsche Niederlage abzuzeichnen begann, desto aktiver versuchte sie, die Verantwortung für das Schicksal dieser Länder zu übernehmen.

In diesem Zusammenhang richteten sich die Blicke aus den Baltischen Ländern in den Jahren 1943—1944 immer häufiger nach Finnland. Als man in Estland, wie auch in den anderen Baltischen Ländern, im Frühjahr 1943 begann, auf Anordnung der Deutschen die männlichen Jahrgänge 1919—1924(25) zu kriegswichtiger Arbeit und zum Waffendienst zu mobilisieren, begann die Übersiedlung nach Finnland, die den Charakter einer Massenflucht annahm. Von Mitte März bis Mitte Juni hatten sich über 300 Freiwillige zur Finnischen Wehrmacht gemeldet. Besonders stark nahm die Zahl der estnischen Freiwilligen im Herbst desselben Jahres zu. Von Mitte Juni bis zum Ende des Jahres kamen noch etwa 2 500 Esten, von denen sich etwa drei Viertel freiwillig zur Finnischen Wehrmacht meldeten. Im Februar 1944 wurde aus ihnen das besondere estnische Freiwilligenregiment Inf.Rg. 200 gebildet. Offiziell bat Deutschland zweimal, die Flüchtlinge zurückzusenden, die nach deutscher Auffassung nach Finnland geflohen waren, nur um ihrer Arbeitspflicht zu entgehen. Von finnischer Seite wurden die Auslieferungersuchen jedoch abgelehnt, u.a. unter Hin-

Gebiet von Wilna waren in den letzten Monaten des Jahres 1943 neun neue Partisanenabteilungen gegründet worden, mit einer Gesamtstärke von über 1 000 Mann. *Sovetskie partizany*, S. 621.

³⁴ Die Esten konnten an der Januar-Versammlung nicht teilnehmen.

³⁵ *Kalnins* S. 259.

weis darauf, dass über 80 % dieser Esten in die Finnische Wehrmacht eingetreten waren.³⁶ Im Mai 1944 stellte Trampedach bei seiner Behandlung der Flüchtlingsfrage fest, dass die Fälle von Flucht während des Frühjahrs abgenommen hätten, nachdem die »estnische Opposition« die Flucht nach Finnland zum Verrat am um seine Existenz kämpfenden estnischen Volk gestempelt hatte.³⁷ Nach dem ersten Bericht des Verbindungsoffiziers Ingelius fragte man in Estland, ob Finnland nicht wieder wie 1919 Estland zur Hilfe kommen könne, wenn Deutschland dem Druck der Russen nicht mehr standhalten könnte. Das Vertrauen zu Finnland mochte, um die Worte Ingelius' zu gebrauchen, »ziemlich kindisch« anmuten.³⁸ Die finnische Gesandtschaft in Berlin hatte schon Anfang 1943 aus Lettland von den dortigen Vorstellungen gehört, nach denen Finnland zu jenem Zeitpunkt der einzige Staat war, der Deutschland gegenüber für die Interessen der Baltischen Länder eintreten könnte.³⁹ Kontakte mit Finnland wurden auch von Litauen aus gesucht. Auf Einladung des Selbstständigkeitsbundes machte der als Emigrant in Stockholm lebende Diplomat und Schriftsteller Ignas Scheynius Ende November 1943 eine Vortragsreise nach Finnland. In seinen öffentlichen Vorträgen behandelte Scheynius die Baltikum-Politik der Sowjetunion, während er in privaten Gesprächen Vertreter der finnischen Regierung (Ramsay, Ehrnrooth und Tanner) sowie die Nachrichtenabteilung des Hauptquartiers über die deutsche Besatzungspolitik in Litauen informierte. Wenn nichts anderes, wurde Scheynius nach seinem Reisebericht zu schliessen wenigstens warmes Mitgefühl zuteil.⁴⁰ — Die Finnen brachten den Deutschen gegenüber mehrfach — und durch verschiedene Kanäle — ihre Besorgnis um das Schicksal der baltischen Völker und besonders des estnischen Brudervolkes zum Ausdruck,⁴¹ aber zu irgendwelchen politischen Veränderungen — in der von den Finnen erhofften Richtung — liess sich die deutsche politische Führung nicht bewegen.

³⁶ Tuomo Polvinen S. 193; Mauno Inkinen, Virolainen vapaaehtoisrykmentti (Das estnische Freiwilligenregiment). Uusi Suomi, 8. 2. 1969.

³⁷ Trampedach an Rosenberg, 5. 5. 1944. BA: R 6/107.

³⁸ Ingelius aus Reval, 3. 9. 1943. Kriegsarchiv in Helsinki: Verbindungsoffizier des Hauptquartiers in Reval.

³⁹ Kivimäki aus Berlin, Bericht Nr. 2/14. 1. 1943, UM: 5/C5.

⁴⁰ Die deutsche Übersetzung des vom 12. 12. 1943 datierten Reiseberichts Scheynius' ist als Anlage in dem Bericht der Sicherheitspolizei über die litauischen Widerstandsorganisationen vom 31. 5. 1944 enthalten, BA: R 6/45. Aus der Luft gegriffen scheint die in Scheynius' Bericht enthaltene Erwähnung von möglicherweise aus Finnland zu habender Waffenhilfe, die reichlich Artillerie verschiedenen Kalibers, andere Waffen und Geschosse umfasst hätte. Scheynius behauptet diese Versprechungen von Hauptmann E. Martiala (Verwaltungsoffizier der Nachrichtenabteilung des Hauptquartiers) erhalten zu haben. In einem Interview tritt Martiala am 29. 4. 1971 derartige Versprechungen ab.

⁴¹ Siehe z.B. Polvinen S. 190—193; vgl. auch Wipert v. Blücher, Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie, Wiesbaden 1951, S. 272, 322—323.

X DER SCHLUSSAKT DER BESATZUNGSPOLITIK 1944

So ist es und so bleibt es — Ziele werden nicht überprüft

An höchster Stelle des Ministeriums wie auch des Reichskommissariats hielt man — im Lichte der programmatischen Dokumente aus dem Jahre 1944 — starr an den ursprünglichen Fernzielen fest, deren völlige Irrealität in diesem Stadium angesichts der militärischen und politischen Realitäten eigentlich allen hätte ganz klar sein müssen. Aber während die besetzten Ostgebiete im Sommer 1944 durch den Vormarsch der Roten Armee von Tag zu Tag kleiner wurden, arbeitete man im Ministerium Pläne zur Reorganisation der Verwaltung aus. Rosenberg wollte die Schuld an den politischen Schwierigkeiten in Estland und Lettland den dortigen Generalkommissaren in die Schuhe schieben, die nach seiner Meinung viel zu lange die Denkschriften von Vertretern der landeseigenen Verwaltung geduldet hatten, deren Forderungen im Zusammenhang mit der Autonomiediskussion geradezu »uferlose Ausmasse« annahmen. In tadelndem Ton fuhr Rosenberg fort, dass es den Generalkommissaren bis dahin nicht gelungen sei, in der bäuerlichen Bevölkerung Estlands und Lettlands Personen zu finden, die zu einer offenen und vorbehaltlosen Zusammenarbeit bereit gewesen wären.¹ Rosenberg war jedoch bereit, in Anbetracht des tapferen Kampfes des estnischen und lettischen Volkes dem Führer zu empfehlen, dass beide Völker bei einer späteren Neuordnung eine Vorzugsstellung vor den anderen besetzten Ostgebieten erhielten. Rosenberg hielt jedoch nicht die »slowakische Lösung« für empfehlenswert, sondern sprach sich für eine noch enger begrenzte Selbständigkeit aus, die höchstens das Recht zu einer gewissen Kulturautonomie bedeutet hätte. Den unzuverlässigen Litauern könne man jedoch nicht auf die gleiche Weise eine »Vorzugsstellung« gewähren, weshalb sich vor allem dort Möglichkeiten für eine künftige

¹ Über die Vorbehalte der landeseigenen Verwaltung Lettlands siehe oben S. 254. Auch in Estland hatte sich Dr. Mäe recht weit von seinen Stimmungen des Sommers 1941 entfernt. Siehe z.B. Mäes Denkschrift an Himmler vom 9. 2. 1944, in der Mäe die Wiederherstellung der Souveränität Estland fordert. BA: NS 19 neu/382. Vgl. auch das Konzept einer Rede Trampedachs vom Februar 1944 (NO-3457). »Ich bin mit allen Gebietskommissaren Estlands heute der Ansicht, dass Dr. Mäe in der Maske des Freundes das gleiche Ziel zu erschleichen sucht, das die Anglophilen offen fordern: den souveränen Staat Estland«.

deutsche Besiedlung böten, wobei man in erster Linie dafür sorgen sollte, die Siedlungsbrücke zu bauen, »die jahrhundertlang zwischen Ostpreussen und Altlivland gefehlt hat«, und die man bei der Rücksiedlung der Litauendeutschen schon zu schaffen versucht hatte. Aber Rosenberg glaubte, dass auch sonst grosse Umsiedlungen in Litauen nicht zu vermeiden seien.² Auf diese Weise hätte man in Litauen eine Landreserve, die Rosenberg für die Ansiedlung von deutschen Kriegsveteranen verwenden wollte.³ Rosenberg scheint also aus den Erfahrungen von drei Besatzungsjahren nicht gelernt zu haben. Viele der leitenden Beamten des Ministeriums hatten dagegen eine völlig andere Einstellung angenommen. Besonders im politischen Führungsstab fanden sich Beamte, die von Anfang an versucht hatten, aus der Entwicklung der militärischen Lage die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Auch Dr. Labs aus der Hauptabteilung Verwaltung des Ministeriums steht in seiner Denkschrift vom Juni 1944 den nationalsozialistischen Fernzielen in den besetzten Ostgebieten sehr kritisch gegenüber. Für Labs demonstrieren die militärischen Erfolge der Roten Armee genügend deutlich die Tatsache, dass die Völker der Sowjetunion »in der Entwicklung zu weit fortgeschritten« sind, »als dass sie sich auf den Standard eines Kolonialvolkes hinabdrücken liessen.«⁴ Labs sprach sich auch für die Einführung des Privateigentums in den besetzten Ostgebieten aus sowie für das Recht der Bevölkerung auf die als unerlässlich zu betrachtende Schul- und Hochschulbildung. Labs befürwortete jetzt wie auch früher, den ehemaligen baltischen Republiken eine weitgehende Autonomie zu gewähren. Die Frage der künftigen Autonomie war nach Labs' Ansicht grundsätzlich schon zu jenem Zeitpunkt positiv entschieden worden, als der Beschluss zur Gründung der estnischen und lettischen SS-Legionen gefasst worden war. In diesem Zusammenhang nahm Labs zu der viel umstrittenen Frage des verwaltungsmässigen Status der Stadt Riga Stellung, wobei er abweichend von seinem Minister die Unterstellung der Stadt unter direkte deutsche Verwaltung als eine Lösung ansah, die nicht mit der Autonomie zu vereinen sei. Labs sah

² In seiner Argumentation tritt auch Rosenbergs Antikatholizismus und -klerikalismus zutage. »Da in Litauen zweifellos sehr viele klerikal Beeinflusste waren und sein würden, wird sich die Notwendigkeit einer Aussonderung vieler Bevölkerungsgruppen ergeben und somit eine verstärkte deutsch-germanische Siedlung im gesamten Litauen erforderlich sein« ... »Denkschrift zur Neuordnung der Verwaltung in den besetzten Ostgebieten. Erfahrungen und Vorschläge.« Labs' Begleitschreiben datiert vom 25. 7. 1944. BA: R 6/258.

³ Ibid. Vgl. auch oben S. 168.

⁴ Labs' Denkschrift über die Verwaltung der besetzten Ostgebiete »Ein Vorschlag über ein neues Verwaltungssystem«. 26. 6. 1944. S. 7. BA: R 6/245.

⁵ Siehe z.B. den Aktenvermerk des politischen Führungsstabes vom 20. 8. 1944, aus dem hervorgeht, dass v. Renteln im Falle seiner Rückkehr eine Verwaltungsreform voraussetzte, die sich mit Ausnahme der Stufe der Kreise ausschliesslich auf deutsche Kräfte stützen würde. BA: R 6/25.

auch nicht genügend Grund, wie Rosenberg und der Generalkommissar von Litauen,⁵ die Litauer als so unzuverlässig und unfähig zu betrachten, dass man sie irgendwie als eine untere Kaste behandeln könnte. »Die Litauer haben sich zwanzig Jahre selbst verwaltet, warum sollen sie dies unter deutscher Führung nun nicht mehr können.«⁶

Wenn wir in der Verwaltungshierarchie eine Stufe heruntergehen, bietet das Konzept einer Rede Trampedachs⁷ eine sehr aufschlussreiche Interpretation dessen, wie man im Reichskommissariat Ostland den 1941 aufgestellten Fernzielen gegenüberstand. Trampedach wies zu Anfang darauf hin, dass das politische Fernziel in den am 21. 6. 1941 dem Reichskommissar für das Ostland gegebenen Weisungen später in keiner Weise geändert sei, so dass in dieser Hinsicht keinerlei Zweifel beständen. Danach traf Trampedach den eigentlichen Kern des Problems, indem er sagte, dass die Frage von der Beziehung dieser Zielsetzung zu den derzeitigen Notwendigkeiten des Krieges immer wieder auftauche. Und er fuhr fort: »Sie ist meines Erachtens zweifelsfrei dahingehend zu beantworten, dass von der zielbewussten Verfolgung des Endzieles schon heute nur dort und insoweit abgewichen werden darf, als zwingende Erfordernisse des Krieges es verlangen.«⁸

Trampedach wollte davor warnen, solcher oft geäußerten opportunistischen Auffassung Gehör zu schenken, nach der die radikale Erfüllung der politischen Forderungen der baltischen Völker zu jenem Zeitpunkt ihre Kriegsanstrengungen gegen den Bolschewismus fördern würde; nach dem Krieg könnte man dann einfach alles zurücknehmen. Gegen ein solches Verfahren sprachen nach Trampedachs Auffassung vor allem zwei Umstände. Zunächst einmal würde die grössere Selbständigkeit der Baltischen Länder keineswegs deren Kriegsanstrengungen »zu Gunsten des Reiches« vermehren, weil ihre Führung keine Garantien »für eine gleichlaufende politische Zielsetzung« geben würde. Zum andern würde das Brechen der gegebenen Versprechungen nach dem Kriege »die wertvollsten Kräfte dieser Völker, die wir gerade gewinnen wollen, zu erbitterten Feinden machen. Wir

⁶ Labs obengenannte Denkschrift, 26. 6. 1944, S. 7—11. BA: R 6/245.

⁷ Konzept der Rede Trampedachs für den Besuch Rosenbergs, 15. oder 16. 2. 1944. NO-3457.

⁸ Ibid. Diese Worte Trampedachs enthalten sicher den Schlüssel zum Verständnis der Besatzungspolitik in den Jahren 1943—1944. Es ist interessant zu bemerken, dass Heydrichs Nachfolger in Prag, K. H. Frank, fast genau die gleichen Wendungen gebrauchte, als er im April 1944 über die Ziele der »Reichspolitik« im Protektorat Böhmen und Mähren sprach: »als wir nach der Umkehr der Panzerspitze des Generals Guderian vor Moskau im Herbst 1941 erkannten, dass es mit den Blitzkriegen zu Ende sei ... es musste ein Weg gefunden werden, und es musste nach dieser Erkenntnis eine Politik gemacht werden, die gewährleistet, alles aus den reichen menschlichen und wirtschaftlichen Kräften des Raumes und seiner Bewohner herauszuholen, ohne das Fernziel aus dem Auge zu verlieren und den Weg zu ihm durch politische Augenblicksmassnahmen zu verbauen. Die Vergangenheit warnt S. 167.

können die einmal heraufbeschworenen Kräfte nur auf dem Wege rücksichtsloser Auseinandersetzungen beseitigen.» Deshalb empfahl Trampedach die propagandistisch schwierigere, aber letzten Endes doch den Interessen des Reiches besser dienende Alternative »der rechtzeitigen Erziehung dieser Völker zur Erkenntnis von der Notwendigkeit ihrer Einordnung in eine grossräumige staatsrechtliche Ordnung unter deutscher Führung«. Das erfordere, dass die Deutschen im Ostland »geistig offensiv« seien. Besonders machte Trampedach dabei auf die Möglichkeiten aufmerksam, die die Jugendorganisationen, der RAD und die Waffen-SS in dem Kampf böten, der um die »Anerkennung einer neuen Weltanschauung« geführt wurde.⁹ Der von der obersten Führung des Ministeriums und des Reichskommissariats eingeschlagene politische Kurs bot kaum Möglichkeiten zu einer auch nur im taktischen Sinne elastischen Besatzungspolitik; an irgendeine grundsätzliche Kursänderung liess sich wegen Hitlers Einstellung ja nicht einmal denken. Wie winzig dieser Spielraum in Wirklichkeit war, zeigte sich in den Gesprächen über die Vereinfachung der Verwaltung, die sofort begonnen wurden, nachdem die Autonomiepläne im November 1943 endgültig gescheitert waren. Die Initiative ergriff diesmal Reichskommissar Lohse.¹⁰ Die Verwaltungsreform sollte einige an sich unerhebliche Aufgaben von der deutschen Oberverwaltung an die landeseigenen Verwaltungen Estlands und Lettlands delegieren und so versuchen, der landeseigenen Verwaltung zur Erleichterung ihrer politisch schwierigen Lage etwas mehr Lebensraum zu gewähren und andererseits deutsche Kräfte für andere Aufgaben frei machen. Von den Einzelheiten des Vorschlages, den Lohse am 2. 12. 1943 Rosenberg zustellte, ist erwähnenswert, dass er u.a. vorschlug, die Autorität des Generaldirektors des Inneren in der landeseigenen Verwaltung Lettlands in der Weise zu stützen, dass dieser nicht mehr nur »primus inter pares« wäre, sondern Führer und Vorgesetzter der anderen Generaldirektoren — Lohse setzte jedoch voraus, dass General Dankers davor gegen eine geeignete Person ausgetauscht würde. Ferner griff Lohse wieder die während der ganzen Besatzungszeit aktuelle Frage der Verwaltung der Stadt Riga auf und forderte wieder einmal die Aufhebung der verwaltungsmässigen Sonderstellung der Stadt.¹¹

Auf Lohses Initiative hin begann das Ostministerium jetzt die Verwaltungsprobleme Estlands und Lettlands auf der Grundlage zu untersuchen, »inwieweit eine stärkere Aktivierung der landeseigenen Verwaltung in den Generalbezirken ohne ihre Ausgestaltung zu autonomen Ländern möglich sei«, und wie aus Rosenbergs eigener Denkschrift vom 17. 12. 1943

⁹ NO-3457.

¹⁰ Dallin irrt sich hier offensichtlich, wenn er einige Erlasse zur Vereinfachung der Verwaltung vom Februar 1944 dem Stab Rosenbergs zuschreibt und behauptet, dass die Verhandlungen hinter Lohses Rücken geführt worden seien. Dallin S. 208.

¹¹ Lohse an Rosenberg, 2. 12. 1943. BA: R 6/246.

hervorgeht, führte diese Untersuchung zu einem »positiven Ergebnis« [!]. Rosenberg konnte sogar zufrieden feststellen, dass die jetzt vorgesehene Stärkung der landeseigenen Verwaltung mehr als das reine Versprechen der künftigen Autonomie bedeutete, wobei jedoch das Wort Autonomie hatte vermieden werden können.¹² In diesem Zusammenhang erübrigt es sich, die Verhandlungen zwischen dem Ostministerium und dem RKO über die Vereinfachung der Verwaltung genau zu verfolgen. Ohne Hitlers ausdrückliche Zustimmung wagte es Rosenberg auch diesmal nicht, die Verantwortung für die Entscheidung zu übernehmen; durch Lammers erfuhr Rosenberg dann, dass Hitler die Vorschläge zwar »grundsätzlich« gebilligt habe, aber er lege »besonderen Wert darauf, dass die Massnahmen nicht auf einmal, sondern ganz allmählich durchgeführt werden«.¹³ Als einige Beispiele dafür, um Fragen welcher Grössenordnung es sich bei der Vereinfachung der Verwaltung handelte, lässt sich erwähnen, dass zu den ersten Erlassen die Ernennung General Dankers' zum »Ersten Generaldirektor« gehörte; im Bereich der Kulturverwaltung wurden einige neue Befugnisse auf die landeseigene Verwaltung übertragen, u.a. die Erteilung von Konzessionen für Theater, Varieté-Bühnen und Zirkusunternehmen, ebenso wurde die Verwaltung der einheimischen Museen einer landeseigenen Behörde übertragen, die landeseigene Verwaltung durfte ferner die Genehmigung und Ingebrauchnahme von Lehrbüchern entscheiden, ausgenommen die Lehrbücher der Geschichte und — auf Verlangen Rosenbergs auch — der Biologie, bezüglich deren die endgültige Entscheidungsgewalt der deutschen Verwaltung vorbehalten blieb.¹⁴ Ferner lässt sich noch feststellen, dass bezüglich der Stadt Riga Rosenberg schliesslich doch nicht zu irgendwelchen neuen Regelungen gewillt war, sondern alles auch in dieser Hinsicht so blieb wie bisher.¹⁵

Die Frage der Evakuierung der Universität Dorpat im Frühjahr 1944 ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie zäh man auf dem Gebiet der Kulturpolitik an dem schliesslichen Hauptziel festzuhalten versuchte, obwohl sich die militärische Lage entscheidend gewandelt hatte. Nachdem sich die Heeresgruppe Nord Ende Januar 1944 aus der Nähe Leningrads auf die

¹² Rosenberg an Himmler, 17. 12. 1943, in der Anlage eine Denkschrift über die Verwaltung von Estland und Lettland. BA: R 6/246.

¹³ Lammers an Rosenberg, 22. 12. 1943. BA: R 6/246.

¹⁴ Über die Vereinfachung der Verwaltung siehe genauer BA: R 6/246. Oras berichtet, dass in Estland die von den Russen aufgelösten Sozial- und Kulturorganisationen wieder ihre Tätigkeit in Dorpat aufnehmen durften. Die estnische Nationalhymne wurde wieder in Gebrauch genommen usw. Oras S. 257.

¹⁵ Rosenberg hätte im Gegenteil Riga noch formaler unter ausschliesslich deutsche Verwaltung stellen wollen. Zu diesen Plänen hatte auch Berger Bedenken angemeldet. Wegen der kritischen militärischen Lage gab Rosenberg schliesslich seinen Plan auf. Rosenberg an Lohse, 13. 4. 1944, BA: R 6/14, siehe auch Meyers Aktenvermerk 5. 5. 1944, BA: R 6/84.

Panther-Linie zwischen dem Finnischen Meerbusen und dem Peipussee zurückziehen musste, forderte der neue Kommandeur, Generaloberst Model, die Evakuierung der Universität Dorpat unter Hinweis auf die Nähe der Frontlinie. Models Forderung schien ausser dem Bedarf an Quartieren das Misstrauen den »anglophilen Universitätskreisen« und ihren ausländischen Kontakten gegenüber zugrunde zu liegen. Zunächst suchte man einen geeigneten Evakuierungsort im Warthegau (an Deutschland angeschlossenes polnisches Gebiet), entschied sich dann aber für Königsberg. Der Reichskommissar in Riga, der die vorbereitenden Verhandlungen mit der Universität Königsberg führte, betrachtete die Übersiedlungsfrage auch vom kulturpolitischen Standpunkt aus: Die Überführung der Universität Dorpat nach Königsberg schien einen stärkeren deutschen Kultureinfluss auf die wachsende Schicht der estnischen Gebildeten zu ermöglichen. Die Wehrmacht versprach, für die Überführung 400 Eisenbahnwagen bereitzustellen, und die Universität Königsberg teilte ihrerseits mit, dass sie bereit sei, die Universität Dorpat in ihren Räumlichkeiten aufzunehmen. Die »undankbaren Esten« lehnten jedoch das Angebot ab. Der Reichskommissar empfahl danach, den ganzen Evakuierungsgedanken aufzugeben, weil eine Zwangsevakuierung »keine günstige kulturpolitische Wirkung« zu versprechen schien. Auch irgendeine andere Lösung hätte nicht mehr in Frage kommen können, weil die Universität Königsberg inzwischen ihr Angebot hatte zurücknehmen müssen. Die Tätigkeit der Universität in Dorpat war allerdings schon zum grössten Teil im März 1944 zum Stillstand gekommen, als die Vorlesungen unterbrochen wurden.¹⁶ Das Ministerium beauftragte danach den Reichskommissar, Dr. Mäe mitzuteilen, dass Deutschland für die Dauer der Schliessung der Universität Dorpat bereit sei, an Studenten mit bestimmten »wissenschaftlichen und politischen Voraussetzungen« in grösserem Masse Stipendien für das Studium im Reich zu verteilen.¹⁷

Gleichzeitig bereitete man im Frühjahr 1944 die Evakuierung solcher Kulturschätze nach Deutschland vor, die die »700 jährigen Verbindungen« zwischen dem Reich und Estland bewiesen. Burmeister teilte am 10. 5. 1944

¹⁶ Rosenberg an Greiser (Gauleiter von Posen), 22. 2. 1944, Bericht des Vertreters des RKO, Dr. Düflers, über seine Reise nach Estland 13.—18. 3. 1944, Lohse an Rosenberg, 20. 4. 1944, Burmeister an Rosenberg, 10. 5. 1944, BA: R 6/180. Dr. Mäe, der Führer der estnischen Selbstverwaltung, fuhr im März vergeblich nach Dorpat, um die Verwaltungsorgane der Universität für den Evakuierungsgedanken zu gewinnen. Kauri S. 59—65. Über die Reaktionen auf die Evakuierungspläne in Finnland, siehe Polvinen S. 255—256. Lohse machte in seinem obengenannten Brief an Rosenberg die anglophilen Kreise der Universität Dorpat für jenes Protestschreiben verantwortlich, das eine Gruppe finnischer Professoren in der Zeitung Uusi Suomi am 16. 4. 1944 veröffentlicht hatte. Als Führer dieser anglophilen Kreise nannte Lohse Prof. Uluots.

¹⁷ L. Samati an Milwe-Schröder, 6. 6. 1944, OMI an RKO, 29. 6. 1944, BA: R 6/180.

aus Riga mit, dass die Transporte noch nicht in Gang gekommen seien.¹⁸ Aus den Akten des Ostministerium lässt sich jedoch keine Klarheit darüber gewinnen, in welchem Umfange Kulturschätze aus Estland wie auch aus Lettland und Litauen noch nach Deutschland »evakuiert« werden konnten.

Die letzte Front — Mobilisierung mit Unterstützung der sog. nationalen Kreise

Die Verschiebung der Front zurück in Richtung der Grenzen der ehemaligen Baltischen Republiken zwang die Esten, Letten und Litauer, in ihren Berechnungen die Gefahr einer neuen Sowjetbesetzung zu berücksichtigen, wie sie die den zurückgehenden Deutschen auf den Fersen folgende Rote Armee darstellte. Auf eine solche Situation wollte man sich möglichst gut vorbereiten, wobei das Bemühen um die Bildung einer eigenen Wehrmacht die zentralste Frage darstellte. Die Frage der Organisation der militärischen Kräfte und ihrer Erhaltung für den entscheidenden Augenblick war auch in der gemeinsamen Versammlung der lettischen und litauischen Widerstandsbewegungen im Januar 1944 im Riga behandelt worden.

Parallel mit der Einberufung neuer Jahrgänge wurde die Umwandlung der nationalen SS-Einheiten in Divisionen verwirklicht (15. und 19. lettische und 20. estnische SS-Division).¹⁹ Der Einfluss der SS bei der Mobilisierung hatte ständig zugenommen, und einen neuen Schritt in dieser Hinsicht bedeutete, dass Hitler im Dezember 1943 dem Reichsführer-SS die Vollmachten zur Einberufung der »waffenfähigen« Esten und Letten erteilt hatte.²⁰ Als Himmler Ende Januar 1944 bestimmte, dass in Estland und Lettland neue Jahrgänge zum Waffendienst einberufen werden, gab er den diesbezüglichen Befehl direkt Jeckeln.²¹ Die formale Verantwortung für die Durchführung der Einberufungen wurde einheimischen Personen übertragen: in Estland dem SS-Oberführer Soodla und in Lettland dem SS-Gruppenführer Bangerskis. In Estland wurde die von Mäe unterzeichnete Mobilisierung der Jahrgänge 1904—1923 am 1. 2. 1944 verkündet,²² die über alle Erwartungen gelang, nachdem Prof. Uluots sie in Form eines Rundfunkinterviews unterstützt hatte. Das »hundertprozentige Ergebnis« der Einberufungen schien eine Überraschung auch für die Deutschen zu sein, die sich allerdings völlig darüber im klaren waren, dass das Ergebnis ohne Unter-

¹⁸ Lohse an Rosenberg, 20. 4. 1944. Burmeister an Rosenberg, 10. 5. 1944, BA: R 6/180.

¹⁹ George H. Stein, *The Waffen SS*, New York 1966. S. 178.

²⁰ Kopie eines Briefes Keitels an Himmler, BA: R 6/165.

²¹ Lohse an Bormann, 31. 1. 1944. Film T-454/Rolle 15/000344—345.

²² Der von Mäe gegebene Musterungserlass, NO-4884, vgl. auch den Vermerk über die Besprechung in Kowno am 2. 3. 1944, BA: R 6/92.

stützung der estnischen Oppositionskreise nicht möglich gewesen wäre.²³ Von den Gemusterten wurden etwa 38 000 Mann einberufen. Zusätzlich zu der Ergänzung bereits früher gegründeter Einheiten konnten aus den Einberufenen sieben neue Regimenter gebildet werden. Insgesamt standen danach etwa 50 000—60 000 Esten unter Waffen.²⁴ Bewaffnung und Bekleidung wie auch die Ausbildung waren mangelhaft, was eine antideutsche Stimmung erzeugte.²⁵ Dagegen war die Kampfmoral der ihre Heimat verteidigenden Esten oft wesentlich besser als die der deutschen Truppen, was u.a. auch der den estnischen Soldaten gegebene Spitzname »Kriegsverlängerer« zeigt.²⁶

Die in Lettland gebildeten Grenzschutzregimenter umfassten insgesamt 15 000 Mann und ausserdem das eine Ergänzungsbataillon für die 15. lettische SS-Division mit 1 500 Mann, von denen nur ein Bruchteil hatte Gewehre bekommen können.²⁷ Insgesamt standen damals fast 60 000 Letten unter Waffen.

Die im Gefolge der Februar-Mobilisierung entstandenen Grenzschutzregimenter operierten einzeln, und jedes hatte einen deutschen Verbindungs-offizier. Die SS-Divisionen hatten deutsche Kommandeure, und auch deren Stäbe waren mit Deutschen besetzt. Im Bereich der nationalen Opposition hoffte man, dass die im Gefolge der Mobilisierung entstandenen Einheiten später den Kern einer nationalen Armee bilden würden.²⁸

Genau so wie in Estland und Lettland hatte auch die nationale Opposition in Litauen Interesse an der Gründung einer eigenen Armee. Das mit Ausnahme der Kommunisten alle politischen Gruppen repräsentierende Litauische Befreiungskomitee teilte in einem Aufruf vom 16. 2. 1944 in Wilna mit, es werde »die Wiederaufstellung des litauischen Heeres auf jede Art fördern«,²⁹ was unter den damaligen Umständen natürlich nur in Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsverwaltung geschehen konnte. Die Mobilisierung in Litauen in Frühjahr 1944 müssen wir etwas ausführlicher betrachten, weil in der Frage nicht nur die entgegengesetzten Interessen der deutschen Besatzungsverwaltung und der Litauer zusammenspielen, sondern auch die nicht koordinierten Forderungen verschiedener deutscher Instanzen. Himmler bestimmte zuerst, dass die von der Heeresgruppe Nord für Befestigungs- und ähnliche Aufgaben angeforderten 50 000

²³ Sicherheitspolizei an Berger, 24. 6. 1944. BA: R 6/187.

²⁴ Labs Aufzeichnung über das Gespräch mit dem Generalkommissar Litzmann im Ostministerium am 21. 3. 1944. BA: R 6/78.

²⁵ Nachrichten der Sicherheitspolizei aus Estland, Nr. 22/3. 6. 1944. BA: R 6/78.

²⁶ Oras S. 255.

²⁷ Berger an Himmler, 13. 6. 1944. BA: NS 19 neu/1509.

²⁸ Spekke S. 408; Kalnins S. 262.

²⁹ Anlage zum Bericht der Sicherheitspolizei in Litauen über die litauischen derstandsorganisationen, 31. 5. 1944. BA: R 6/45.

Mann aus Litauen zu liefern seien, damit diese ausgebildete deutsche Soldaten von Etappenaufgaben befreien könnten, zur Verstärkung und als Reserve der Front.³⁰ Und es hiess, dass »dem litauischen Volk noch einmal Gelegenheit gegeben würde, seine Bereitwilligkeit zum Kampf gegen den Bolschewismus« zu zeigen.³¹ Die verstärkte Partisanentätigkeit besonders im Gebiet von Wilna verlangte schleunige Gegenmassnahmen und veranlasste die Deutschen zu dem Versuch, die Partisanen auch mit Hilfe litauischer Einheiten zu bekämpfen. Anfangs setzte man es sich zum Ziel, zehn Bataillone zu werben (1 500 Mann pro Bataillon). Dieser Plan interessierte auch die Litauer, weil er gewisse Möglichkeiten zu bieten schien, wenigstens im geheimen die Aufstellung eines eigenen Heeres vorzubereiten.³² Die Durchführung der auf freiwilliger Basis erfolgenden Einberufung wurde wenigstens im formalen Sinne der landeseigenen Verwaltung anvertraut, von deren Seite die Verhandlungen von dem ersten Generalrat General Kubiliunas und von General Plechavičius geführt worden waren.³³ Damit die Besatzungsmacht nicht die Kontrolle über die Aktion verlor, sollte in jedem Bataillon als Verbindungsoffizier ein deutscher SS- oder Polizeioffizier eingesetzt werden; ausserdem sollte der als Verbindungsoffizier zwischen Kubiliunas und dem SS- und Polizeiführer für Litauen fungierende General Plechavičius dem Stab des letzteren angeschlossen werden. Burmeister schlug vor, ausserdem die Rekrutierung einer grösseren Einheit, möglicherweise in Divisionsstärke, in dem Falle zu erwägen, dass sich die gegen die Partisanen eingesetzten Bataillone als zuverlässig erweisen sollten.³⁴ Gleichzeitig war schon die Werbung für die litauischen Polizeibataillone begonnen worden, und bis Anfang März hatten sich nach Jeckeln 12 600 gemeldet, das ursprüngliche Ziel war damit schon um das Doppelte überschritten.³⁵ Dieses Ergebnis genügte an sich schon um zu zeigen, dass die Werbung von den nationalen Kreisen unterstützt wurde. Auch auf deutscher Seite war man sich wenigstens teilweise im klaren darüber, dass das

³⁰ Himmler an Jeckeln, 20. 2. 1944. BA: R 6/165.

³¹ Vermerk des RKO, 2. 3. 1944. Film T-454/Rolle 15/000322.

³² Chase S. 317. Die Anregung scheint denn auch von litauischen Offizieren gekommen zu sein, die Anfang 1944 zu verstehen gegeben hatten, dass sie zum Kampf gegen den Bolschewismus bereit wären. Lohse wollte zunächst den Einsatz freiwilliger Einheiten im Kampf gegen die Partisanen ausprobieren, um Erfahrungen für eine mögliche grössere Mobilisierung zu sammeln. Lohse an Bormann, 20. 7. 1944. BA: NS 19 neu/1510.

³³ Plechavičius war einer der bedeutendsten Führer des litauischen Heeres in den ersten Jahren Selbständigkeit, gehörte zum engen Freundeskreis Smetonas und Voldemaras', war seiner Parteizugehörigkeit nach rechtsradikal (Tautininkai).

³⁴ Burmeister an Rosenberg, 25. 2. 1944. BA: R 6/356. In dem Schreiben ist verzeichnet, dass das Ostministerium die vorgeschlagenen Massnahmen am 13. 3. 1944 genehmigt hat.

³⁵ Vermerk des RKO, 2. 3. 1944, Film T-454/Rolle 15/000323.

eigentliche Ziel der Litauer die Bildung einer eigenen Legion war.³⁶ Indem General Plechavičius seine Vollmachten möglichst weit auslegte, versuchte er sich selbständige Handlungsvoraussetzungen zu sichern, worauf u.a. die Gründung eines eigenen Stabes hinwies.³⁷ Die grosse Zahl der Meldungen für die Polizeibataillone verlockte die Deutschen dazu, neue Forderungen zu stellen. Bei den Verhandlungen in Kowno vom 28. 2. bis 2. 3. 1944, an denen ausser dem Generalkommissar für Litauen und Jeckeln die Generale Kubiliunas und Plechavičius teilnahmen, wurde die Entsendung von 20 000 Mann nach Deutschland zu Hilfsdiensten der Luftwaffe gefordert — ein Verlangen, das dann ganz entscheidend zum Misslingen der Mobilisierung beitrug. Die Forderung wurde vor allem von Jeckeln durchgesetzt, trotz der Warnungen Plechavičius' und der Zweifel Lohses.³⁸ Voraussetzung für die Aufstellung einer eigenen litauischen Legion oder Division war somit die Bereitstellung von insgesamt 70 000 Mann teilweise zu Aufgaben in der Etappe der Heeresgruppe Nord, teilweise zu Hilfsaufgaben bei der Luftwaffe in Deutschland. Die litauischen Generale wiederum strebten danach, dass gleichzeitig mit der genannten Aktion eine eigene litauische Legion aufgestellt würde. Bei derselben Gelegenheit teilte Jeckeln mit, dass das Soll für die litauischen Polizeieinheiten auf 10 000 Mann, d.h. 20 Bataillone erhöht sei. Inzwischen hatten sich zwar schon 16 000 Mann gemeldet, aber man liess die Werbung weiterlaufen, damit die Auswahlmöglichkeiten grösser wären.³⁹ Eine lange Besprechung über die Frage der Mobilisierung Litauens fand am 13. 4. 1944 unter der Leitung des Reichskommissars statt. Jeckeln war von tiefem Misstrauen gegen die Absichten Plechavičius' erfüllt. Bei seinen Verhandlungen mit General Plechavičius war Jeckeln zu der Auffassung gekommen, dass dieser die Gründung einer eigenen Heeresanstrebe, »um seine eigene Politik treiben zu können«. »Er habe jedenfalls zu Plechavičius kein politisches Vertrauen.« Der in Litauen tätige Polizeigeneral Just hatte wiederum den Verdacht, dass die Litauer eines Tages ihre Waffen umdrehen und gegen die Deutschen gebrauchen würden.⁴⁰ Nach langen Verhandlungen einigte man sich endlich darauf, dass durch Mobilisierung bestimmter Jahrgänge (1915—1924) die angeforderten

³⁶ Bericht über Rosenbergs Ostlandreise 13.—18. 2. 1944 (darin ein Gutachten des Gebietskommissars Cramer). BA: R 6/217.

³⁷ Jeckeln behauptete, dass Plechavičius keine Vollmachten dazu bekommen habe. Vermerk des Chefbüros des RKO, 17. 4. 1944. Film T-454/Rolle 15/0003000.

³⁸ Vermerk über die Verhandlung in Kowno am 2. 3. 1944, BA: R 6/92; Lohse an Bormann, 20. 7. 1944, BA: NS 19 neu/1510. Lohse teilte mit, sich gegen »die Verknüpfung des Möglichen mit einem Unmöglichem« gesträubt zu haben.

³⁹ Der Vorrang war besonders den Söhnen von Bauernhöfen über 20 ha zu geben, die als besonders immun gegen den Bolschewismus galten. Der obige Vermerk über die Verhandlungen in Kowno am 2. 3. 1944, BA: R 6/92.

⁴⁰ Vermerk vom Leiter des Chefbüros im RKO, 17. 4. 1944. Film T-454/Rolle 15/000299—000303.

30 000⁴¹ Mann für die Hilfsaufgaben bei der Luftwaffe in Deutschland zu beschaffen seien, wobei die Litauer immer auf 2 000 ins Reich zu Sendende 1 000 Mann in ihre eigenen Einheiten stecken konnten.⁴² Die Forderungen wurde durch Drohungen unterstrichen: Jeckeln wies darauf hin, dass ihre Nichterfüllung dazu führen würde, dass die Litauer »den ganzen Zorn der zerstörenden Macht Deutschlands« spüren würden, und zwar im Stile des »régime de la Generalgouvernement«. Diese Drohungen bewegten General Plechavičius dazu, am 28. 4. 1944 den Aufruf zur Mobilisierung zu geben. Gleichzeitig wurde bekannt gemacht, dass die Wehrpflichtigen, die sich nicht innerhalb von 24 Stunden zum Dienst gemeldet hätten, nach dem litauischen Kriegsrecht bestraft würden.⁴³ Am folgenden Tage verurteilte die Untergrundpresse Litauens den Mobilisierungserlass mit scharfen Worten: »Wir haben keinerlei Interessen im Westen . . . umso weniger, als unser Volk und unser Staat gegebenenfalls in die Lage eines Gegners von England und Amerika gestellt werden würde« . . . »Für diesen heiligen und zweifellos bevorstehenden Kampf wird jeder Litauer, insbesondere die leistungsfähigsten 30 000 litauischen Männer, die jetzt zur Abschiebung nach Deutschland verlangt werden, gebraucht werden.« . . . »Jeder, den die Mobilisierung betrifft, und jeder, der angeblich die Pflicht hat, die Mobilisierung durchzuführen, hat das volle von Völkerrechtsbestimmungen geschützte Recht und die nationale Pflicht« . . . »die Mobilisationsbefehle undurchgeführt zu lassen.⁴⁴ Die Mobilisierung musste danach misslingen.

Die Bataillone Plechavičius' wurden nach unzureichender Ausbildung im Gebiet von Wilna eingesetzt, wo sie »militärisch und moralisch« versagten, d.h. es begannen sich Verfallserscheinungen bemerkbar zu machen, die ihren Kampfwert schwächten. Die Deutschen begannen nun zu fürchten, dass sie zu Waffenlieferanten der Partisanen würden.⁴⁵ Bis Mitte Mai hatte die deutsche Sicherheitspolizei so viel wenigstens indirekt Plechavičius belastendes Material zusammenbekommen,⁴⁶ dass sie die Verhaftung des

⁴¹ Die Zahl war auf 30 000 erhöht worden, während gleichzeitig die Forderungen der Heeresgruppe Nord auf 56 000 Mann völlig gestrichen worden waren, Renteln an Marquart (Rosenbergs Sekretär), 13. 5. 1944. BA: R 6/41.

⁴² Deutsche Übersetzung aus der Nummer 8/29. 4. 1944 der Zeitung »Unabhängiges Litauen«, NO-3330.

⁴³ NO-3330.

⁴⁴ Ibidem.

⁴⁵ Trampedach an OMI, 17. 5. 1944. BA: R 6/165.

⁴⁶ Im Kreise des litauischen Befreiungskomitees war man im Frühjahr 1944 daran gegangen, auf der Grundlage der Mobilisierungspläne aus der Zeit vor dem Kriege die Ausrüstung von sogar sechs Divisionen zu planen. Im Auftrage des Komitees verhandelte Oberstleutnant Ambraciejus über die Frage mit mehreren litauischen Staboffizieren, von denen zwei zum Stab General Plechavičius gehörten. Plechavičius musste offensichtlich wenigstens von derartigen Plänen gewusst haben. Ambraciejus wurde dann zu Verhandlungen über Waffenlieferungen nach Finnland gesandt (siehe oben S. 268 Anm. 40), von wo er ferner Verbindung mit Vertretern von Bofors

Generals und seines Stabes für begründet ansahen. Gleichzeitig begann man, die vor kurzem gegründeten Polizeibataillone, die sich als unzuverlässig erwiesen hatten, zu entwaffnen; einem grossen Teil der Bataillone gelang es jedoch, der Entwaffnung durch die Flucht in die Wälder zu entgehen.⁴⁷

Der Krieg aller gegen alle — das Verwaltungschaos Ostland

Im Verwaltungsapparat des Reichskommissariats Ostland war schon gegen Ende des Winters 1944 ein derartiges Chaos ausgebrochen, dass von einer einheitlichen Verwaltung kaum noch die Rede sein konnte. Immer häufiger wurden Angelegenheiten ausserhalb des normalen Dienstweges erledigt. Das Ostministerium, das von Anfang an nicht in der Lage gewesen war, als ein die Reichspolitik koordinierendes Gebietsministerium zu arbeiten, sank jetzt in völlige politische Isolierung, was u.a. daraus hervorgeht, dass es Rosenberg trotz wiederholter Versuche 1944 nicht mehr gelang, bei Hitler vorgelassen zu werden. Die Durchführung der Mobilisierung war so vollständig in Himmlers Machtbereich übergegangen, dass er Anordnungen zu der Mobilisierung sogar direkt Jeckeln telefonisch geben konnte, ohne auf irgendeine Weise das Ostministerium oder auch nur den Reichskommissar Lohse zu informieren. Die Folge waren Rosenbergs und Lohses kraftlose Proteste.⁴⁸

Dass das Ostministerium an seiner politisch zentralen Aufgabe scheiterte, die oft einander widersprechenden Ziele und Erlasse der verschiedenen Reichsbehörden miteinander in Einklang zu bringen, führte dazu, dass der Reichskommissar diesem Koordinierungsproblem gegenüber gestellt wurde, ohne dass er jedoch das Recht gehabt hätte, mit den Zentralbehörden des Reiches zu verhandeln. »Aus der Fülle des Materials«, die sich in dieser Hinsicht bot, nennt Lohse ein Beispiel, das er als typisch für die herrschende Situation ansieht: »Der GBA fordert, einheimische Arbeitskräfte

aufnehmen sollte. Der deutschen Sicherheitspolizei gelang es jedoch, Ambraciejus am 21. 4. 1944 in Reval zu verhaften, was zu weiteren Verhaftungen im Bereich der Widerstandsbewegungen der Baltischen Länder führte. »Oberstleutnant Ambraciejus' Reise nach Finnland«. Anlage zum Bericht der Sicherheitspolizei über die litauische Widerstandsorganisationen, 31. 5. 1944. BA: R 6/45.

⁴⁷ Chase S. 318—319, Trampedach an OMi, 17. 5. 1944, BA: R 6/165, Jeckeln an Berger, 20. 5. 1944, NO-1812.

⁴⁸ Rosenberg an Bormann, 25. 3. 1944, Lohse an Bormann, 25. 3. 1944, NG-1330. Der Minister und sein Reichskommissar wiesen besonders auf die unerträgliche Lage hin, die durch die Mobilisierung in Litauen entstanden war: verschiedene Behörden — GBA, RF-SS, Heeresgruppe Nord — erteilten dem Generalkommissar für Litauen Vorschriften, ohne dass man sich im klaren darüber war, wer das Recht hatte, deren Priorität untereinander zu bestimmen.

an das Reich abzugeben und alle reichseinsatzfähigen evakuierten, bereits hier in der Landwirtschaft und gewerblichen Wirtschaft tätigen Russen dem Reich zur Verfügung zu stellen. Der Reichsführer-SS forderte, alle einheimischen kriegsverwendungsfähigen Jahrgänge in Estland und Lettland für den Einsatz in der SS-Legion oder in Polizeiverbänden zu mobilisieren, Kampfhelfer für die Heeresgruppe Nord, Luftwaffen- und Marinehelfer auszuheben. Ein vom Ostministerium, Reichsluftfahrtministerium und der Reichsjugendführung gebildeter Stab verlangt, einheimische Kräfte für den Flakdienst im Reich zu stellen» ... »Demgegenüber verlangt der Reichsernährungsminister im Hinblick auf die grossen Gebietsverluste, die landwirtschaftliche Erzeugung durch Intensivierung erheblich zu steigern, der Reichsminister für Rüstung und Kriegswirtschaft, die Rüstungs- und Kriegsproduktion in Lettland und Estland durch weitgehende UK⁴⁹-Stellungen zu sichern. Der Reichsmarschall ersucht, die Torfgewinnung im Ostlande zu sichern und zu heben und den vordringlichen Ausbau der Ölschieferwerke in Estland zu gewährleisten» ... »Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, die Organisation Todt und schliesslich die Luftwaffe bitten für vordringliche operative Bauaufgaben über 100 000 Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen» ... In seinem Bericht an Hitler vom 31. 5. 1944 wollte Lohse die Schlussfolgerungen aus dieser faktischen Entwicklung ziehen und schlug vor, das völlig überflüssig gewordene Ostministerium aufzulösen und den selbständigen Reichskommissar direkt dem Führer zu unterstellen.⁵⁰ Lohse griff auch scharf den Zentralismus und die bevormundende Haltung des Ministeriums an, die nach seinen Worten unerträglich geworden war, besonders nachdem das Reichskommissariat Ukraine infolge des Rückzuges verloren gegangen war. Lohse vergisst nicht zu erwähnen, dass selbstverständlich die Gründung eines selbständigen Reichskommissariats Ostland einen praktischeren Übergang zu einer engeren Verbindung mit dem Reich darstelle als die Zugehörigkeit zu den besetzten Ostgebieten.⁵¹ Es ist verständlich, dass Lohse vor einem so offenen Angriff gegen sein Ministerium versucht hatte, sich möglichst gut den Rücken zu decken. Lohse hatte denn auch wahrscheinlich Mitte Mai 1944 auf der Rückreise von Kiel nach Riga in Königsberg Koch getroffen, der sich nach einer ins Ostministerium

⁴⁹ Unabkömmlich. Mit der Erteilung der UK-Stellungen versuchte man, gewisse Schlüsselkräfte der Wirtschaft und Verwaltung vor der militärischen Mobilisierung zu schützen.

⁵⁰ Lohse an Hitler, 31. 5. 1944, Film T-454/Rolle 15/000037—50. Der unmittelbare Anlass für Lohses Reaktion scheint gewesen zu sein, dass er gehört hatte, das Ostministerium plane wieder eine Vereinfachung der Verwaltung auf eine Weise, die die Unterstellung der baltischen Generalkommissare direkt unter das Ostministerium bedeutet hätte. Über die Planung des Ministeriums, siehe BA: R 6/258 »II. Teil: Organisatorische Grundsätze, 20. 4. 1944«. Der Plan war in der Hauptabteilung Verwaltung des OMi ausgearbeitet worden.

⁵¹ Ibidem.

gelangten Information an der Abfassung der an den Führer gerichteten Denkschrift beteiligt hatte. Da Kochs ehemaliger Stellvertreter zur gleichen Zeit in die Parteikanzlei versetzt wurde, vermutete man im Ostministerium, es sei von Koch und Lohse geplant, nach der möglichen Auflösung des Ostministeriums im Zusammenhang mit der Parteikanzlei eine Art von »Führungsstab Ost« zu bilden.⁵²

Die Mobilisierung in Litauen hatte die Beziehungen zwischen Lohse und Jeckeln schon angespannt, aber im Juli 1944 wurde der Reichskommissar vor seinem eigenen SS- und Polizeiführer noch mehr gedemütigt, der wenigstens formal sein Untergebener sein sollte. Himmler hatte am 9. 7. 1944 Jeckeln mitgeteilt, dass der Führer diesem Sondervollmachten zu einer Mobilisierung »bis zum letzten Mann« erteilt hatte. Jeckeln bat deshalb Lohse, einen Vertreter in sein Amt zu entsenden, der über alle Fragen in Verbindung mit der Mobilisierung verhandeln sollte.⁵³ Lohse wandte sich jetzt als Gauleiter an Bormann, um Hilfe zu bekommen. Lohse beklagte sich, er sei völlig übergangen worden, eigentlich sogar Jeckeln unterstellt worden, und er weigere sich, die Verantwortung für die künftige Entwicklung zu übernehmen. Aber damit nicht genug, sondern nach Lohses Worten tanze der bis dahin ihm unterstellte SS- und Polizeiführer ihm einfach auf der Nase herum, was nicht nur der Sache schade, sondern die Autorität der ganzen Partei erschüttere. Lohse konnte nicht verstehen, wie man einen alten Gauleiter so schnöde behandeln konnte, und er beschwor Bormann, die Autorität eines Gauleiters der NSDAP zu verteidigen und die Angelegenheit mit Hitler zu besprechen.⁵⁴ Lohse schien jetzt, aus seinen neuen an Lammers und Bormann gesandten Jeremiaden zu schliessen, von Jeckeln wirklich genug bekommen zu haben, besonders weil dieser einen Aufruf über die Mobilisierung erlassen hatte,⁵⁵ der »den Eindruck erweckt, als ob die Führung des Ostlandes auf ihn übergegangen sei«. Auf diese Weise hatte die Autorität des Reichskommissars wie der ganzen Zivilverwaltung »einen nicht wieder gutzumachenden Schaden« erlitten. Lohse sah nur noch zwei Alternativen: »Nur durch die Abberufung Obergruppenführer Jeckelns oder meine Amtsenthebung können wieder klare und unmissverständliche deutsche Führungs- und Autoritätsverhältnisse im Ostland

⁵² Brandenburgs Aufzeichnung, 7. 7. 1944, BA: R 6/14. Vgl. in diesem Zusammenhang Bergers Versuch, den politischen Führungsstab des OMi mit dem SS-Hauptamt zu verbinden. Der Plan misslang zwar, aber nach Bräutigam gründete Berger danach im SS-Hauptamt eine Führungsgruppe, der dieselben Aufgaben anvertraut wurden wie dem politischen Führungsstab im Ostministerium. Die natürliche Folge war, dass Berger den Schwerpunkt seiner Tätigkeit immer mehr ins SS-Hauptamt verlegte. Bräutigam S. 33.

⁵³ Aufzeichnung Straubes, (Referent im Führungsstabe Politik), 22. 7. 1944. BA: R 6/10.

⁵⁴ Lohse an Bormann, 15. 7. 1944, Film T-454/Rolle 15/000563—565.

⁵⁵ »Totale Mobilisierung« DZO, 18. 7. 1944.

geschaffen werden».⁵⁶ Lammers konnte nichts anderes als versuchen, Öl auf die Wogen zu giessen, indem er Lohse aufforderte, »alle Meinungsverschiedenheiten mit Jeckeln zurückzustellen und unter allen Umständen eine fruchtbare Zusammenarbeit anzustreben und sicherzustellen.«⁵⁷ Die militärische Lage hatte sich inzwischen so verschlechtert, dass es keine Möglichkeit mehr gab, Lohse eine derartige Aufforderung zukommen zu lassen, die ihm auch sicher wenigstens als blanke Ironie hätte erscheinen müssen.

Anfang Juli 1944 hatte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generaloberst Friessner,⁵⁸ versucht, den grössten Teil des noch in deutschem Besitz befindlichen Ostlandes der Militärverwaltung zu unterstellen, wobei u.a. das Generalkommissariat Estland direkt unter seine Befehlsgewalt gekommen wäre. Auf Rosenbergs und Lohses Proteste hin wurde der diesbezügliche Erlass jedoch aufgehoben.⁵⁹ Nach Rosenbergs Meinung hatte Lohse in einer ernststen Situation nicht die erforderliche Entschlusskraft gezeigt, und am 19. 7. teilte er Lammers mit, dass er »in den letzten Tagen« zu der Überzeugung gekommen sei, dass Lohse die Situation im Ostland nicht mehr beherrsche und nicht in der Lage sei, alle Kräfte seines Reichskommissariats zu mobilisieren. Deshalb ersuchte Rosenberg Lammers, dem Führer die Entlassung Lohses vorzuschlagen und die Konzentrierung der ganzen politischen und verwaltungsmässigen Führung des Ostlandes in seinen Händen, bis sich die militärische Lage geklärt habe.⁶⁰ Dass Rosenberg jetzt in den letzten Tagen der Besatzungsverwaltung Lohse als unfähig erkannte, steht allerdings in deutlichem Zusammenhang damit, dass er von Lohses Denkschrift an Hitler erfahren hatte, in der jener die Auflösung des Ministeriums vorschlug.

Der Vollständigkeit halber soll noch erwähnt werden, dass sich im Frühjahr 1944 auch Lohse und der Militärbefehlshaber des Ostlandes, General Brämer, endgültig entzweiten.⁶¹

Rosenberg erfuhr durch ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei, Lammers, vom 6. 9. 1944, dass Hitler Koch bevollmächtigt habe, die Landes-

⁵⁶ Lohse an Bormann, 20. 7. 1944. BA: NS 19 neu/1510, Lohse an Lammers, 21. 7. 1944, BA: R 6/10.

⁵⁷ Lammers an Himmler, 5. 3. 1944. BA: NS 19 neu/1510.

⁵⁸ Kommandeur der Heeresgruppe 5. 7.—24. 7. 1944.

⁵⁹ Lohse an Rosenberg, 16. 7. 1944, BA: R 6/266 und Rosenberg an Lohse, 19. 7. 1944, BA: R 6/24.

⁶⁰ Rosenberg an Lammers, 19. 7. 1944. BA: R 6/14.

⁶¹ Die Streitereien gipfelten auf einem Empfang zu Hitlers Geburtstag. Zwischen Lohse und Brämer entstand ein Wortwechsel, wobei Brämer Lohse anschrie: »So'n dummes Luder«. Lohse antwortete darauf mit einer Ohrfeige. Darauf hin wurde Brämer vom Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, General Lindemann, mit Wirkung vom 30. 4. 1944 abgesetzt. Jeckeln an Berger, 22. 4. 1944. BA: R 6/10, Dallin S. 208.

ausnutzung in den von der Heeresgruppe Mitte besetzten Teilen des Reichskommissariats Ostland durchzuführen, d.h. in Kurland, und dass alle deutschen und landeseigenen Verwaltungsbehörden verpflichtet seien, seine Anweisungen zu befolgen. Gleichzeitig hatte der Führer Lohse befohlen, einen längeren Erholungsurlaub zu nehmen, und ihn für die Zeit seiner Tätigkeit enthoben.⁶² Kochs Ernennung, über die man Rosenberg im voraus in keiner Weise informiert hatte, war ein deutliches Zeichen dafür, was für eine Politik Hitler im Ostland verfolgt sehen wollte. Rosenberg hätte kaum stärker gedemütigt werden können.

Sofort nach seinem Eintreffen in Riga hatte Koch die »rücksichtslose Ausnutzung« der noch übrigen Gebiete gefordert. Seiner Ansicht nach war bis dahin besonders in Estland und Lettland eine völlig misslungene Politik betrieben worden: »Den Slawen dürfe eine massgebliche Mitwirkung an der Verwaltung nicht eingeräumt werden, da sie von Natur aus unzuverlässig seien. Im Osten gebe es nur Herren und Knechte, wobei der Deutsche der eindeutige Herr und der Slawe der Knecht sei«. Das Gleiche galt auch für das Ostland. Mit der landeseigenen Verwaltung wollte Koch nichts zu tun haben.⁶³ »Mein Führer, vielleicht erachten Sie meine Tätigkeit als nicht mehr notwendig«, schrieb der resignierende Rosenberg am 12. 10. 1944.⁶⁴ Hitler würdigte den Brief keiner Antwort.

Die letzten Tage des Ostlandes

Die letzten im Sommer 1944 im Ostland durchgeführten Mobilisierungs- und Evakuierungsmassnahmen gehören nicht mehr zum Bereich meiner Untersuchung. Es dürfte sich jedoch lohnen, aus den Quellen einige Nachrichten herauszupflücken, die den militärischen und verwaltungsmässigen Zusammenbruch des Ostlandes schildern. Die Russen eroberten Wilna am 13. 7. 1944. Der Generalkommissar v. Renteln berichtete am 1. 8.: »Die deutsche Zivilverwaltung, das ist die Dienststelle des Generalkommissars in Kauen, des Stadtkommissars in Kauen und des Gebietskommissars Kauen-Land hat sich am 29. Juli 1944 um 14 Uhr im Einvernehmen mit der Wehrmacht von Kauen abgesetzt«. Die Russen besetzten die Stadt am folgenden Tage.⁶⁵ »Die normalen Verhältnisse« in Riga scheinen sich Ende Juli 1944 geändert zu haben, was sich aus der schnellen Zuspitzung der militärischen Lage erklärt. Die Rote Armee besetzte auf dem südlichen Flügel der

⁶² Rosenberg an Lohse, 7. 9. und 25. 9. 1944, BA: R 6/24 sowie Koch an Heeresgruppe Mitte, 7. 9. 1944. NOKW-2461.

⁶³ Labs Vermerk über sein Gespräch mit Dr. Borck (dem Leiter der III. Hauptabteilung im Generalkommissariat Lettland) am 3. 10. 1944. BA: R 6/39.

⁶⁴ Document — Rosenberg 14, IMT XLI, S. 189.

⁶⁵ Von Renteln an Rosenberg, 1. 8. 1944. Film T-454/Rolle 100/000077.

Heeresgruppe Nord Dünaburg am 27. 7. und dehnte danach schnell ihren Durchbruch über Bauske und Mitau bis zu dem an dem Ufer der Riga liegenden Tuckum (Tukums) aus, das sie am 29. 7. erreichte, wobei gleichzeitig die Landverbindung der Heeresgruppe Nord unterbrochen wurde.⁶⁶ Generalkommissar Drechsler hatte sich schon am vorhergehenden Tage von Riga nach Libau abgesetzt. Lohse wurde »krank«, verliess Riga und kehrte am 12. 8. nach Deutschland zurück. Estland nahm in diesem Stadium keine Weisungen des Generalkommissariats entgegen.⁶⁷ Der Chef des RSHA Kaltenbrunner berichtete Himmler von der Stimmung der ersten Augusttage in Riga: »Deutsche Dienststellen, Aktenmaterial z.T. vernichtet, Beamte teils geflüchtet, einziger Gedanke Rettung und Sicherstellung von Privateigentum«.⁶⁸ Riga fiel am 13. 10. 1944. Die Narwa-Front weiter im Norden war am 15. 9. durchbrochen worden, was bald zur Besetzung Revals (21. 9) und ganz Estlands führte. Der Brückenkopf von Kurland dagegen hielt bis zur Kapitulation Deutschlands.

⁶⁶ v. Tippelskirch S. 470 Die Landverbindung konnte allerdings noch für einige Zeit wiederhergestellt werden; endgültig wurde sie am 5. 10. abgeschnitten.

⁶⁷ Borckes Aufzeichnungen über die letzten Phasen der Verwaltung, 11. 10. 1944, BA: R 6/39.

⁶⁸ Kaltenbrunner an Himmler, 5. 8. 1944, Film T-175/Rolle 22/2/527684.

XI DAS BALTIKUM IN HITLERS NEUEM EUROPA

Bekanntlich war Europa für Hitler kein geographischer sondern ein vom Bluterbe bestimmter Begriff, was u.a. daraus hervorgeht, dass er die Wörter »deutsch«, »germanisch« und »europäisch« nebeneinander und völlig synonym gebrauchen konnte. In diesem Sinne wirklich »europäisch« waren in dem damaligen deutschen Machtbereich ausser den Deutschen selbst nur die Völker Nord- und Nordwesteuropas die Holländer, die Norweger und die Dänen. Die Belgier zerfielen nach damaliger Auffassung in die germanischen Flamen und die nicht-germanischen Wallonen.⁶⁹

Die Besatzungspolitik in dem von slawischen »Untermenschen« bewohnten Osten zielte ausser auf die Vernichtung der »jüdischbolschewistischen Intelligenzschicht« auf eine ganz eindeutige kolonialistische Ausbeutungspolitik. Eine von diesem allgemeinen Schema abweichende Behandlung erfuhren in den sog. besetzten Ostgebieten nur die ehemaligen Baltischen Staaten.⁷⁰ Die baltischen Länder — vor allem Estland und Lettland — sowie das Protektorat Böhmen und Mähren fielen, wenn man Europa von Hitlers rassenideologischem Standpunkt aus betrachtet, in eine Art von mittlerer Kategorie, und zwar in dem Sinne, dass deren Bevölkerung grob geschätzt in ungefähr zwei gleich grosse Teile zerfiel: einmal in einen eindeutschungsfähigen und assimilierbaren und zum andern in einen »unerwünschten« Bevölkerungsteil. Den zum Wechsel der Nationalität führenden Umvolkungsprozess glaubte man in beiden Gebieten — nicht aber in Litauen — »an Ort und Stelle« einleiten zu können. Bei genügend weitem Fortschreiten dieses Eindeutschungsprozesses hätten die »unerwünschten« Elemente weiter nach Osten umgesiedelt werden können, was wiederum eine umfangreiche germanische Siedlungstätigkeit ermöglicht hätte.⁷¹ Die in Polen durchgeführten Massenumsiedlungen und die auf die physische Vernichtung der obersten Sozialschichten zielenden »Flurbereinigungs und Befriedungsaktionen« gaben wiederum die ersten Hinweise darauf, wie in den von der

⁶⁹ Loock 1960 S. 37—40, Kluge S. 260.

⁷⁰ Wenn man nicht die kurze Besetzung Nordkasiens berücksichtigt, während der eine umfangreiche Wiederherstellung des Privateigentums verwirklicht wurde. Dallin S. 256—264.

⁷¹ Für das Protektorat Böhmen und Mähren siehe Die Vergangenheit warnt S. 68—73 (Franks Denkschrift, 28. 8. 1940) und S. 145—148 (Heydrichs Rede, 4. 2. 1942).

slawischen »Untermensch«-Bevölkerung bewohnten Gebieten die künftige germanische Siedlungstätigkeit und die bleibende Versklavung der Bevölkerung vorbereitet werden sollten.⁷²

Die Aufgabe der Germanisierungspolitik in den von rein »germanischer« Bevölkerung bewohnten Gebieten in Nord- und Nordwesteuropa war es, die »eindeutschungsfähige« Bevölkerung ihres eigenen Germanentums (= Deutschtums) bewusst zu machen und den Übergang zum Nationalsozialismus vorzubereiten, wobei man sich offensichtlich vorstellte, dass sich der Anschluss hier auf dieselbe Weise selbsttätig wie in Österreich vollziehe. Deshalb ist es verständlich, dass diese gewaltige Zukunftskonzeption, wenn sie auch das Gesamtbild der deutschen Besatzungspolitik in diesen Ländern entscheidend beeinflusste, doch nicht bis zur Ebene konkreter Einzelheiten hinabreichte. »Real und konkret war der Herrschaftswille, unbestimmt und illusorisch dagegen die Herrschaftsform.«⁷³ Der Reichskommissar für Norwegen, Terboven, glaubte jedoch, dass es leichter sei »Norwegen mit Deutschland als Bayern mit Preussen zu verschmelzen«. Seyss-Inquart nannte seinerseits in einer Rede die Niederlande ein von einem germanischen Volk bewohntes Land, das für seinen Teil bald bereit wäre, am Aufbau des Neuen Europa mitzuwirken.⁷⁴ Die Besatzungsmacht strebte ihr Ziel in diesen Gebieten anfangs auf dem Wege »der legalen Revolution« an. Es war das Ziel, eine Regierungsgewalt mit weiten, vom Parlament unabhängigen Vollmachten zu schaffen, die sich zu enger Zusammenarbeit mit Deutschland verpflichtet hätte. Die Beispiele Norwegens und der Niederlande zeigten jedoch, dass das »Grossgermanische Reich« auf der Suche nach geeigneten Partnern so strenge politisch-ideologische Kriterien anwenden musste, dass man für die Zusammenarbeit keine bürgerlich-nationale Koalition auf breiter Grundlage gewinnen konnte, wie es ursprünglich vorgesehen war. Der Versuch der Schaffung einer nationalsozialistischen neuen Ordnung scheiterte schon bis zum Herbst 1940, was gleichzeitig bedeutete, dass sich die Besatzungsmacht danach in immer grösserer Masse auf die Bewegungen Quislings und Musserts stützen musste, die nur einen sehr geringen Rückhalt hatten.⁷⁵ In Dänemark musste die Besatzungsmacht sehr viel vorsichtiger operieren, weil sich Deutschland nach der Besetzung des Landes am 9. April 1940 verpflichtet hatte, seine Integrität und Souveränität zu achten. Dennoch zielte die deutsche Politik auch hier auf die Unterstützung der zur Zusammenarbeit geneigten Elemente und darauf, Dänemark politisch und wirtschaftlich immer mehr ins

⁷² Madajczyk 1967, S. 10—11, 17—18; Broszat 1965, S. 84—98.

⁷³ Kwiet S. 153.

⁷⁴ Loock 1960, S. 40; Arnold und Veronica Toynbee, *Hitler's Europe*. London 1954. S. 77.

⁷⁵ Kwiet S. 140—142; Loock 1960, S. 41—42.

Kielwasser Deutschlands zu bringen.⁷⁶ Als der Nationalsozialismus auf diese Weise sein wirkliches Gesicht zeigen musste, begann in der Bevölkerung die bis dahin abwartende und neutrale Haltung allmählich zu weichen und der Organisation des Widerstandes Raum zu geben.⁷⁷

Der Beginn des Ostfeldzuges Hitlers bedeutete im Gesamtkrieg den Übergang vom »europäischen Normalkrieg« zum rassenideologisch begründeten Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Die bisherige, sich den Veränderungen der politisch-strategischen Situationen elastisch anpassende Taktik wich den rassenideologischen Grundsätzen. Die Bedeutung des Wortes »Germanisches Reich« dehnte sich jetzt auch auf den für die germanische Besiedlung im Osten reservierten Lebensraum aus, in dem in Zukunft ausser den Deutschen auch andere »Germanen« siedeln sollten: Norweger, Dänen und Holländer. Eine mit der Ideologisierung des Krieges durch den Ostfeldzug vergleichbare Wende in der germanischen Politik führte zu dem Versuch, das germanische Reich von der rassischen Grundlage aus aufzubauen, nachdem die Versuche, eine nationalsozialistische neue Ordnung mit den Mitteln der legalen Revolution zu schaffen, misslungen waren. Eine besonders wichtige Rolle in dieser germanischen Erziehungsaufgabe bekam die SS. Da es sich um die Erziehung eines neuen Menschen handelte, ist es natürlich, dass damals die Blicke besonders auf die Jugend gerichtet wurde. Hitler selbst betonte die wichtige Schlüsselstellung, die die Jugend bei der Verbreitung des germanischen Denkens einnahm. »Denn wenn die Jugend für eine Idee gewonnen sei, wirke das wie der Sauerteig.«⁷⁸ In Dänemark trat »der germanische Gedanke« erst stärker in den Vordergrund, nachdem Werner Best im November 1942 zum »Reichsbevollmächtigten« ernannt worden war.⁷⁹ Zum Werkzeug der germanischen Politik war teilweise auch die Waffen-SS bestimmt, für die man schon im Sommer 1940 »germanische Freiwillige« zu werben begann, aus denen in den Reihen der Waffen-SS dann eine übernationale »arisch-germanische Gemeinschaft« werden sollte. Gleichzeitig festigte die Stärkung der Waffen-SS Himmlers Stellung im innenpolitischen Machtkampf.⁸⁰ Die »germanischen Völker« versuchte man auch für die Nutzung der sich im Osten eröffnenden wirtschaftlichen Möglichkeiten zu begeistern, was vom nationalsozialistischen Standpunkt aus betrachtet nicht nur wegen der unmittelbaren kriegswirtschaftlichen Bedeutung dieser Tätigkeit begründet war, sondern auch vom Standpunkt der »erzieherischen Ziele«: auf diese Weise wollte man das

⁷⁶ De nordiska ländernas utrikespolitik 1939—1941: Sven Henningsen, Danmark. Historiallinen arkisto 62. Helsinki 1967. S. 122—133.

⁷⁷ Loock 1960, S. 49.

⁷⁸ Tischgespräche 8. 6. 1942, S. 397.

⁷⁹ Loock 1960, S. 61.

⁸⁰ Kwiet S. 110, Buchheim 1964, S. 214, Toynebee S. 78—79.

Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Schicksalsgemeinschaft des »neuen Europa« stärken.

Neben der politischen Neuordnung propagierte man besonders in den Jahren 1940—1941 die Schaffung eines »Grosswirtschaftsraumes« unter deutscher Führung. Interesse an der »Neuordnung von Europa« zeigte sich damals auch in den grossen Konzernen. Ein am weitesten gehendes Beispiel in dieser Hinsicht bietet die »Friedensplanung« der IG-Farben vom August 1940. In dieser auf Anregung des Wirtschaftsministeriums verfassten Denkschrift forderte man »bei der Planung einer europäischen Grossraumwirtschaft der deutschen Chemie wieder eine führende Stellung zuzudenken, die ihrem technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Rang entspricht.« Der deutschen chemischen Industrie sollte also mit anderen Worten die führende Stellung wiedergegeben werden, die sie im Welthandel bis zum Ersten Weltkrieg gehabt hatte.⁸¹ Entsprechende Beispiele von der Friedensplanung lassen sich auch bei vielen anderen Konzernen (Zeiss, Montankonzerne, Elektrokonzern) nachweisen.⁸² Loock hat in seiner Untersuchung bezüglich Norwegens Beispiele dafür angeführt, was die wirtschaftliche Verflechtung mit dem deutschen Reich bedeutete. Norwegen sollte in Zukunft vor allem ein Rohstoffherzeuger für die deutsche veredelnde Industrie werden. Die Besatzungsverwaltung war aus diesem Grunde u.a. gegen die Gründung einer Kupferhütte in Norwegen, weil die deutsche metallurgische Industrie Mangel an Kupfererz hatte. Zielbewusst versuchte man die Entstehung solcher Unternehmen zu verhindern, die eine Konkurrenzgefahr für die deutsche Industrie bedeuteten hätten.⁸³ Im Baltikum, wie auch anderswo in den besetzten Ostgebieten, wurde das Wirtschaftsleben völlig unter die Kontrolle der Deutschen gebracht, und gerade die Massnahmen der Besatzungsverwaltung auf dem Gebiet der Wirtschaft hatten dort unter der Bevölkerung starke Kritik hervorgerufen. Aber die Konzeptionen des Grosswirtschaftsraumes erregten allmählich Besorgnis auch in den neutralen Staaten und sogar unter den Verbündeten Deutschlands. So äusserte der finnische Staatspräsident Ryti starke Kritik an jenen Grossraumtheorien, die in deutschen Publikationen dargestellt worden waren. Ryti protestierte gegen Auffassungen, nach denen »in Zukunft

⁸¹ NI-11252, abgedruckt bei Eichholtz 1966, S. 280—327.

⁸² Eichholtz 1971, S. 168—178.

⁸³ Loock 1970, S. 463—480. Die von Deutschland in den besetzten Gebieten betriebene wirtschaftliche Ausbeutungspolitik gehört zu den Fragen, in denen man gründlichere Untersuchungen als bisher brauchte. Eine genauere Analyse fehlt u.a. über die Frage der Beteiligung des Deutschen Reiches und der privaten Unternehmen und ihrer Beziehungen bei der Organisation der wirtschaftlichen Ausnutzung der besetzten Gebiete und bei der Finanzierung der Tätigkeit.

gewisse europäische Länder reine Agrar- und Rohstoff-Länder, andere Industrieländer werden sollen».⁸⁴

Im Baltikum hatte die Besatzungsmacht von Anfang an den Standpunkt vertreten, dass es sich um ehemals sowjetrussisches Gebiet handele, in dem das Deutsche Reich als Erbe der sowjetischen Gewalt und des sowjetischen Eigentums auftrat. Im Baltikum kannte man deshalb nicht das Problem der legalen Revolution, sondern die deutsche Verwaltung konnte ganz ohne Hemmungen daran gehen, das Baltikum in deutsches Land zu verwandeln. Andererseits war die Lage vom rassenpolitischen Standpunkt aus hier komplizierter als in den »germanischen« Kleinstaaten Westeuropas, weil, wie schon oft festgestellt, die Bevölkerung einmal in ein »eindeutschungsfähiges«, zum andern in ein »unerwünschtes« Element zerfiel. Das stellte die Besatzungsverwaltung vor eine äusserst schwierige, wenn nicht direkt über die Kräfte gehende Aufgabe, denn es musste versucht werden, gleichzeitig sowohl vorsichtige Assimilierungspolitik als auch eine Isolierungspolitik bezüglich des »unerwünschten Elementes« zu betreiben, wobei jedoch aus taktischen Gründen versucht werden musste, den einheimischen Völkern diesen Januskopf der Besatzungspolitik zu verheimlichen. Ähnliche Probleme stellten sich für die Besatzungsmacht auch im Protektorat Böhmen und Mähren ein, wenn auch die tschechische Protektoratsregierung in den ersten Jahren der Besatzung politisch viel repräsentativer war als die landeseigene Verwaltung der baltischen Generalbezirke. Die in den Baltischen Ländern und die im Protektorat betriebene Germanisierungspolitik enthielt zahlreiche analoge Züge. Die Eindeutschung versuchte man im Protektorat u.a. durch die Planung ähnlicher Siedlungsbrücken zu fördern wie im Baltikum. Quer durch Mähren wurde ein deutscher Siedlungskorridor geplant, der die Tschechen von den Slowaken getrennt hätte und gleichzeitig die Ersteren völlig in deutsches Siedlungsgebiet eingeschlossen hätte. Danach sollte durch die Bildung neuer Korridore die Aufsplitterung des von den Tschechen bewohnten Kerngebietes fortgesetzt werden, wobei besonderer Wert darauf gelegt wurde, durch die deutsche Siedlungstätigkeit eine von Norden her bis in die Vororte von Prag reichende lebende »germanische Verbindung« zu schaffen. Einige kleinere, der Schaffung von Siedlungsbrücken dienende Umsiedlungen konnten während der Besatzungszeit auch schon verwirklicht werden. Besondere Aufmerksamkeit wandte man in den Eindeutschungsplänen auch hier der Jugend zu, die man zu

⁸⁴ Tagebuch des deutschen Gesandten Blücher in Helsinki (Film in VA), 27. 2. 1942. Ähnliche Ausdrücke der Besorgnis trafen im Auswärtigen Amt aus verschiedenen Teilen Europas ein. Siehe z.B. Karl Drechsler/Hans Dress/Gerhard Hass, Europa-pläne des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 1971, S. 919.

»Reichsdenken« erziehen wollte. Die tschechischsprachigen Hochschulen sollten in Zukunft deutschen Universitäten weichen. Eine kleinere Zahl tschechischer Studenten studierte an deutschen Universitäten, wobei ihr Studium — wie auch das der Studenten aus dem Ostland — gleichzeitig der Eindeutschung der Gebildeten dienen sollte.⁸⁵ Von einer Kulturautonomie, die Hitler am 15. 3. 1939 den Tschechen garantiert hatte, konnte im Protektorat Böhmen und Mähren keine Rede sein, vielmehr versuchte man, das »rassisch erwünschte Element« zum Wechsel seiner Nationalität zu bewegen.⁸⁶ Im Jahre 1942, als die deutsche Expansion ihren Höhepunkt erreichte, ist gleichzeitig am deutlichsten zu sehen, wie Europa unter nationalsozialistischer Herrschaft ausgesehen hätte.⁸⁷

Das Jahr 1943 wurde in vieler Hinsicht zum Jahr der Krisen. Es brachte den Deutschen zuerst die furchtbare Niederlage von Stalingrad. Das Dritte Reich versuchte, die Krise durch totalen Krieg und totale Mobilisierung zu überwinden. Die wirtschaftliche Ausnutzung der besetzten Gebiete war schon lange für die deutsche Kriegführung wichtig gewesen, aber besonders wichtig wurde die maximale Ausnutzung des ganzen kriegswirtschaftlichen Produktionspotentials und die ungestörte Fortsetzung der Produktion vom Jahre 1943 an. Der Krieg griff jetzt immer häufiger in das Leben des gewöhnlichen Menschen ein. Die Werbung in die deutsche Kriegsindustrie oder direkt für militärische Aufgaben nahm überall immer deutlicher den Charakter von Zwangsaushebungen an usw. Die Folge war, dass sich die Kluft zwischen der Besatzungsmacht und der einheimischen Bevölkerung vertiefte, was u.a. zur Verstärkung der Widerstandsbewegung überall im besetzten Europa führte.⁸⁸ Die politischen Fernziele wurden auch in diesem Stadium nur soweit aufgegeben, wie die zwingenden Kriegsnotwendigkeiten es erforderten.⁸⁹

Den tiefen Widerspruch zwischen den offiziellen ostpolitischen Zielen des Dritten Reiches und den von der herrschenden wirklichen Lage gestellten Forderungen erkannten allerdings viele verantwortliche Beamte auf verschiedenen Stufen der Zivilverwaltung. Ebenso forderte man einen grundlegenden Wechsel der Ostpolitik in zahlreichen aus dem Bereich der Wehrmacht kommenden Denkschriften.⁹⁰ Hatte sich doch im Frühjahr 1943 in

⁸⁵ Brandes S. 137.

⁸⁶ Vgl. z.B. Brandes S. 169—170. K. H. Franks Denkschrift 28. 8. 1940 und Bernhard Adolfs Denkschrift 2. 11. 1940, abgedruckt in: Die Vergangenheit warnt. S. 71, 108. Widerstandskampf und Revolution. Band B, S. 152.

⁸⁷ Vgl. Madajczyk 1967, S. 23.

⁸⁸ Vgl. z.B. Widerstandskampf und Revolution. Teil B, S. 162—163, Madajczyk 1967, S. 10. Bleyer S. 81.

⁸⁹ Siehe oben S. 271.

⁹⁰ Über diese Denkschriften-Schlacht siehe Dallin S. 524—535.

die Front der einen politischen Kurswechsel Fordernden auch der Generalgouverneur von Polen, Hans Frank, eingereicht.⁹¹ Hitlers non possum-Haltung war jedoch unerbittlich. Besonders deutlich trat der Widerspruch zwischen den politischen Fernzielen und dem Nahziel (= »Gewinnen des jetzigen Krieges«) gerade im Baltikum in Erscheinung, wo für die potentielle Kooperationsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung viele Zeichen zu finden sind. Andererseits war man auch auf deutscher Seite ziemlich weitgehend bereit zuzugeben, dass man grössere Opfer und Anstrengungen von der einheimischen Bevölkerung gerechterweise nicht erwarten konnte, wenn nicht gleichzeitig die Besatzungsverwaltung zu einigen politischen Zugeständnissen bereit war. Letztlich wurden wegen Hitlers Haltung alle Massnahmen, die zur Manifestierung eines neuen Kurses der Besatzungspolitik bestimmt waren, in der Phase der Ausführung entweder ganz verwässert oder blieben im besten Falle äusserst unvollständig. Unter diesen Umständen konnte auch die Mobilisierung nicht zu wirklichen Ergebnissen führen. Der auf verschiedenen Seiten erwachte Zweifel an der Zweckmässigkeit der offiziellen Ostpolitik spitzte wiederum die Konflikte in der Besatzungsverwaltung zu.

Eine Krise bedeutete spätestens das Jahr 1943 auch für die Kreise, die sich aus opportunistischen Gründen — im Glauben an den Endsieg Deutschlands — zur Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsverwaltung hergegeben hatten.⁹²

Bis zum Ende des Jahres 1943 lassen sich für die besatzungspolitische Entwicklung im Baltikum viele entsprechenden Punkte besonders im Protektorat finden. Etwas mit dem besatzungspolitischen Schlussakt im Baltikum 1944 Vergleichbares gibt es nirgendwo sonst im besetzten Europa. Die anderen Völker warteten unter dem Joch der deutschen Besatzung auf das Dämmern der Freiheit; die Völker Estlands, Lettlands und Litauens hatten eigentlich keine Hoffnung mehr. Nachdem sich die sog. nationalen Kreise ohne ihre früheren politischen Bedingungen zur Unterstützung der Mobilisierung bereit erklärt hatten, konnten die Deutschen unter dem Motto des Kampfes gegen den Bolschewismus noch im Frühjahr 1944 eine ziemlich umfangreiche militärische Mobilmachung verwirklichen und auf diese Weise der Front noch eine momentane Erleichterung verschaffen.

⁹¹ Broszat 1965, S. 170—171.

⁹² Über das Eintreten der Krise im Baltikum siehe oben S. 209. — Ebenso brach 1943 in Dänemark die Krise aus, siehe Henningsen S. 125, 136 und Toynbee S. 528—529. Im Protektorat Böhmen und Mähren fiel die entsprechende Krise schon auf den Herbst des Jahres 1941, zu welchem Zeitpunkt Heydrich in Prag eintraf und die Protektoratsregierung umorganisierte. Widerstandskampf und Revolution. II. S. 34—35. Die Zeit der »vernünftigen Kollaboration« war auch in den Niederlanden abgelaufen. Werner Warmbrunn, *The Dutch under German Occupation 1940—1945*. Stanford 1963. S. 122—123, 273.

TABELLE I.
BEVÖLKERUNG NACH DER VOLKSZUGEHÖRIGKEIT IN ESTLAND, LETTLAND UND LITAUEN.¹

Staat	1 000 Personen											%						
	Esten	Letten	Litauer	Deutsche	Russen	Polen	Juden	Andere	Insgesamt	Esten	Letten		Litauer	Deutsche	Russen	Polen	Juden	Andere
Estland	922,5	5,4		16,4	94,3	1,6	4,4	13,4	1 126,4	88,1	0,5		1,5	8,2	0,1	0,4	1,2	
Letland	7,0	1 472,6	22,9	62,1	233,3	49,0	93,5	10,1	1 950,5	0,3	75,5	1,2	3,2	12,0	2,5	4,8	0,5	
Litauen		16,2	1 818,4	35,1	58,7	68,3	163,9	10,7	2 171,3		0,7	83,7	1,6	2,7	3,2	7,6	0,5	

¹ Quelle: Ostland in Zahlen. Riga 1942. Angaben betr. Estland aus dem Jahr 1934, betr. Lettland 1935, betr. Litauen 1929.

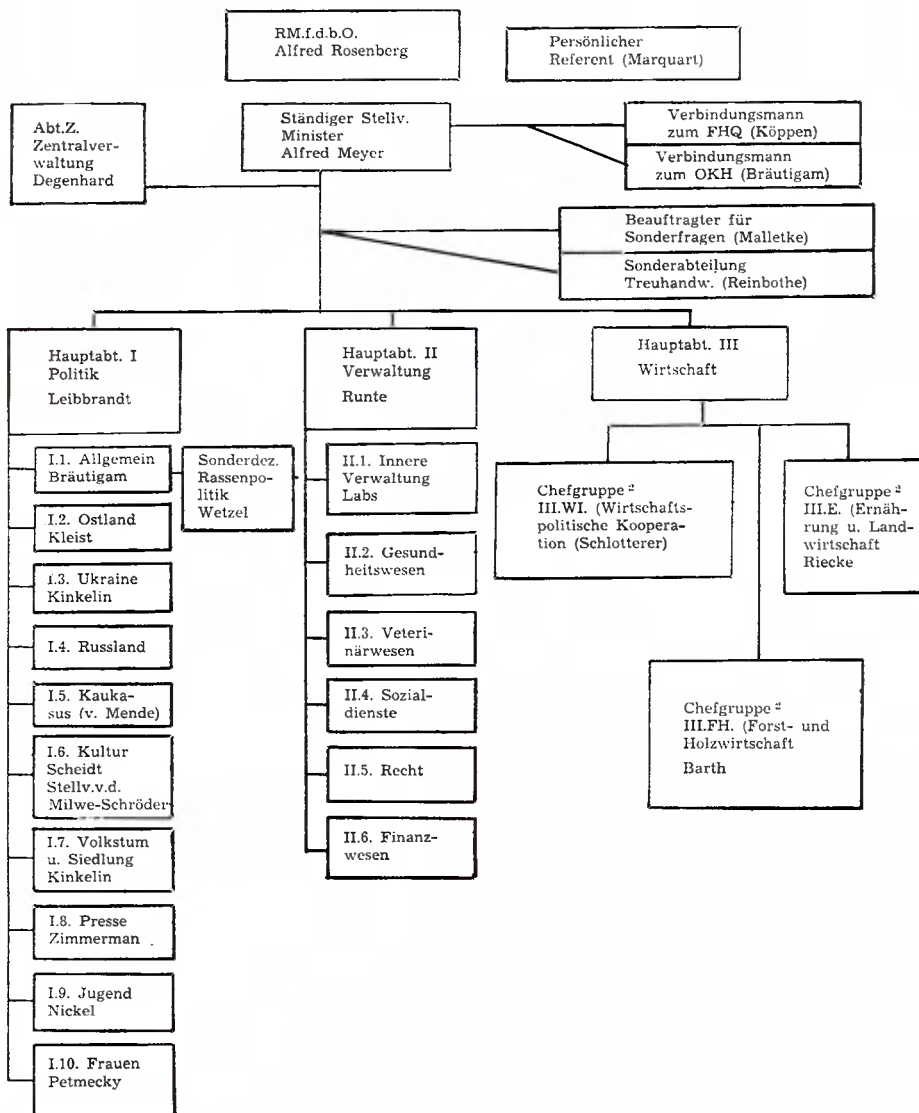
TABELLE II.

DIE RAD-MUSTERUNGEN IN ZAHLEN.

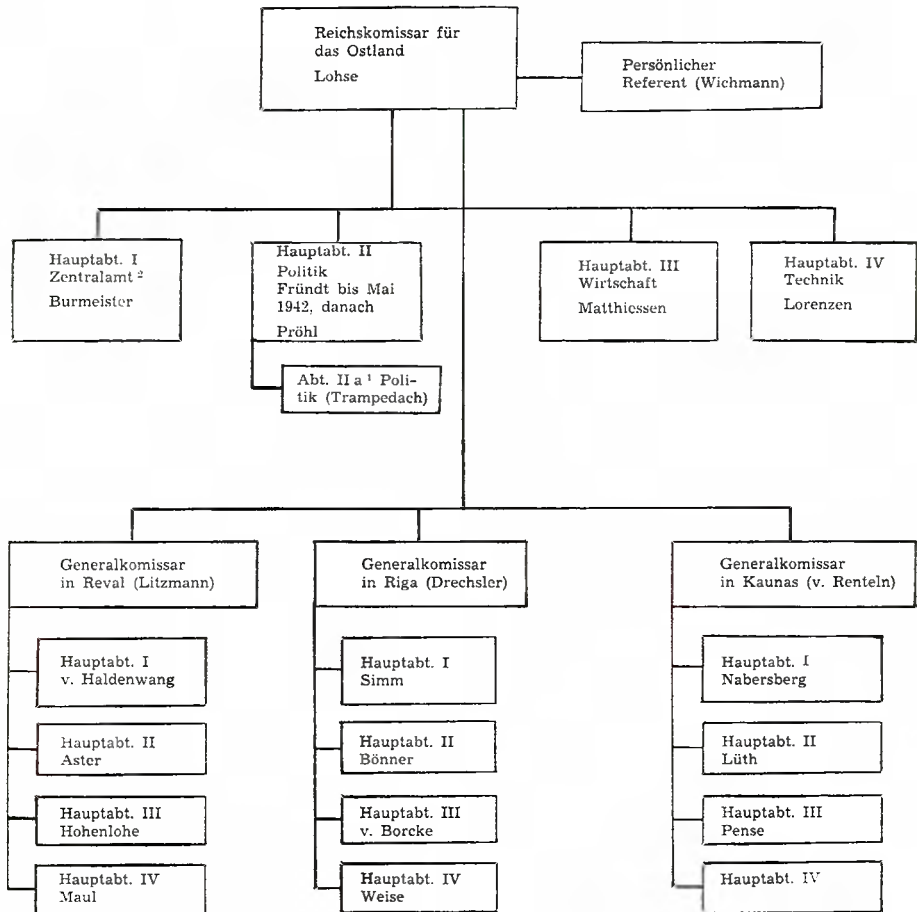
Zeit der Musterung	Estland				Lettland				Litauen					
	gemeldet	erschienen	% der Erschienenen	aus rass. Gründen abgelehnt. Pers.	gemeldet	erschienen	% der Erschienenen	aus rass. Gründen abgelehnt. Pers.	gemeldet	erschienen	% der Erschienenen	aus rass. Gründen abgelehnt. Pers.		
Februar-März 1942	808	532	25	134	2 541	2 498	761	30	1 451	1 727	1 194	404	34	635
September-Oktober 1942	100— 150	100— 150	10— 20	n. 80— 120	— 1 100	1 000— 1 100	— —	25— 30	n. 750	800	800	—	30	n. 560
Mai-Juni 1943	453	390	8	34	2 364	2 190	576	28	1 335	973	837	184	22	568
Juli-August 1943	391	297	19	57	2 268	2 181	784	36	1 040	835	723	220	30	382
	1 319— 1 369	— —	16— 18	935— 975	— —	7 869— 7 969	— —	30— 31	4 576	3 554	3 554	—	29	1 645

1 Quelle: Frigaus Bericht über die Musterungen in Estland und Lettland 2. 7. 1943, Gallmeiers Bericht über die Musterungen in Lettland 29. 8. 1943 sowie die für Kinkelin angefertigte Zusammenfassung 15. 9. 1943. BA: R 6/187.

2 Betraf nur Männer.

OSTMINISTERIUM¹¹ Nach: Taschenbuch für Verwaltungsbeamte 1943.² Unterabteilungen nicht angegeben.

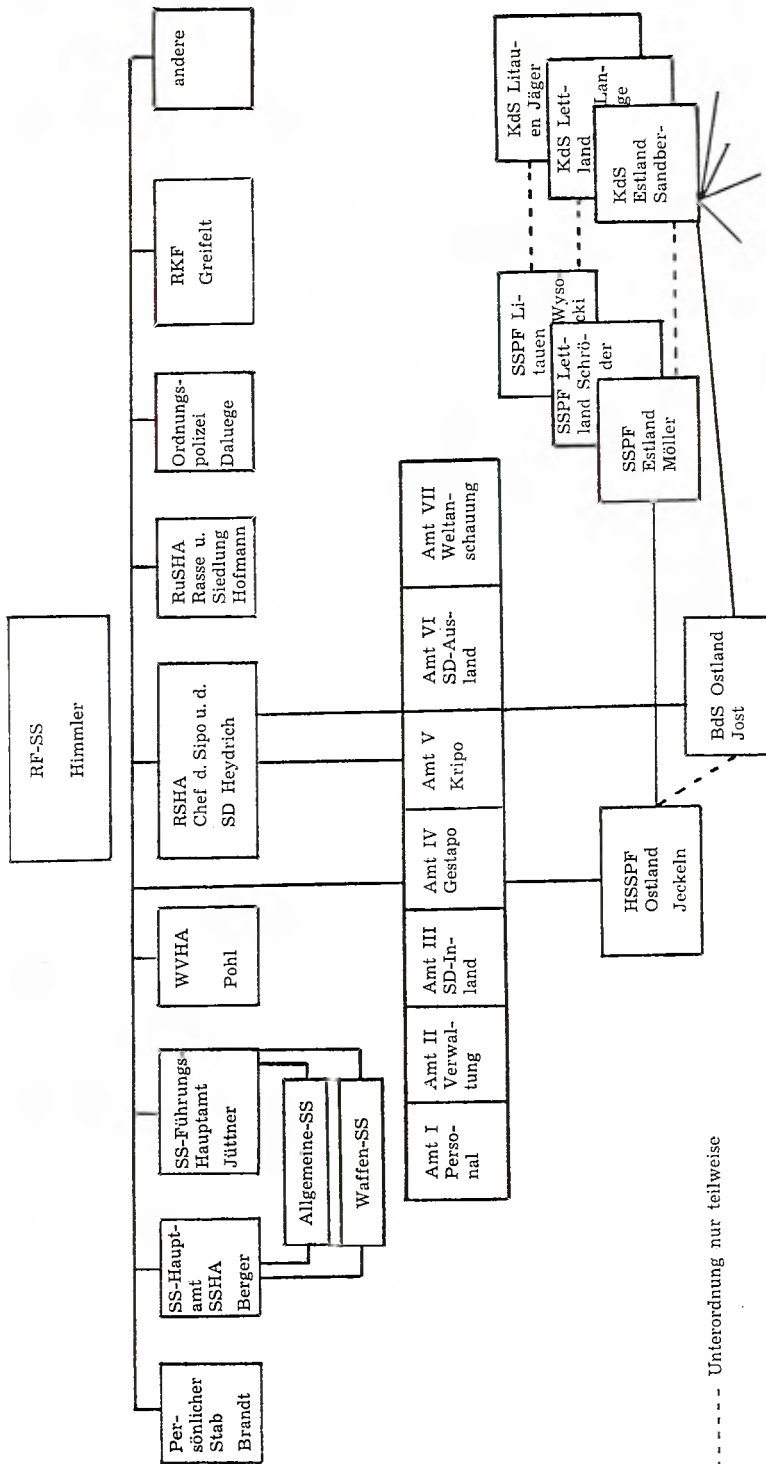
REICHSKOMMISSARIAT OSTLAND



¹ Die anderen Unterabteilungen nicht angegeben.

² Später Hauptabteilung Verwaltung.

DIE HAUPTÄMTER DER SS UND DIE SICHERHEITSPOLIZEI



----- Unterordnung nur teilweise

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Ungedruckte Quellen

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (AA)

Büro der St. Estland, Lettland, Litauen

Pol. Abt. VI

Pol. Abt. XIII (Russlandgremium)

Bundesarchiv, Koblenz (BA)

Reichsfinanzministerium (R 2)

Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (R 6)

Neue Reichskanzlei (R 43 II)

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (R 49)

Reichssicherheitshauptamt (R 58)

Persönlicher Stab des Reichsführers SS (NS 19 neu)

Generalkommissar in Riga (R 92)

Gebietskommissar in Mitau (R 91)

Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg/Br.

Akten der Heeresgruppe Nord und des Wehrmachtbefehlshabers Ostland

Akten der Wirtschaftsinspektion in Riga und des Wirtschaftskommandos in Riga, Kowno und Reval

Institut für Zeitgeschichte, München

Nürnberger Prozessakten (Fotokopien)

Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris (CDJC)

Akten betr. Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und Kanzlei Rosenberg

Berlin Document Center, Berlin (BDC)

Personalunterlagen: Alnor, Walter; Böcking, Alexander; Cramer, Hans; Hingst, Hans; Lentzen, Arnold; v. Medem, Walter Eberhard; Neum, Walter; Schröder, Heino; Schwugn, Friedrich; Wittrock, Hugo; Wulff, Horst

Archiv des Aussenministeriums in Helsinki (UM)

5 C 5 Berichte der Gesandtschaft in Berlin

12/L Deutschland

110/3/17 Balticum

Finnisches Staatsarchiv, Helsinki (VA)

Nachlass Risto Ryti

Fotokopien und Mikrofilmsammlung des Auswärtigen Amtes

Deutsche Gesandtschaft, Helsinki

Tagebuch des Gesandten Wipert von Blücher

Kriegsarchiv in Helsinki

Verbindungsoffizier des finnischen Hauptquartiers in Reval

Filmsammlung: German Records microfilmed at Alexandria, Va:

Mikrofilm T-77 (OKW)

Mikrofilm T-175 (RF-SS und Chef der dt. Polizei)

Mikrofilm T-454 (Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und Reichskommissar für das Ostland)

Gedruckte Quellen

- Documents on German Foreign Policy 1918—1945. Series D. Vol. XII—XIII. London 1962—1964. (DGFP)
- Domarus, M: Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945. II. Würzburg 1963.
- Eichholz, Dietrich: Die IG-Farben »Friedensplanung«. Schlüsseldokumente der fasistischen »Neuordnung des europäischen Grossraums«. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte III/1966. S. 271—322.
- Halder, Franz: Kriegstagebuch. Bd. II. Stuttgart 1963. (KTB Halder)
- Heiber, Helmut: Der Generalplan Ost. Vjh.ZgSch. 1958. S. 281—325.
- Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht. 1940—1945. Hrsg. von P. E. Schramm in Zusammenarbeit mit A. Hillgruber, W. Hubatsch und H.-A. Jacobsen. 4 Bde. Frankfurt a.M. (KTB OKW)
- Madajczyk, Czeslaw: Generalplan Ost. Polish Western Affairs. Bd. III. 1962. S. 391—442.
- Meyer, Alfred: Das Recht der besetzten Ostgebiete. München 1943.
- Nemetsko — fašistkaja okkupatsija v Estonij. Tallin 1963.
- Ostland in Zahlen. Riga 1942.
- Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Herausgegeben und erläutert von Andreas Hillgruber. Frankfurt a.M. 1967.
- Trial of the Major Criminals before the International Military Tribunal. Nuremberg 1947—1949. 42 vols. (IMT)
- Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals. 15 vols. Washington 1951—1952. (NMT)
- Verbrecherische Ziele — verbrecherische Mittel. Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941—1944). Moskau 1963.
- Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei. Prag 1960.
- Verhandlungen des Reichstages V Wahlperiode 1930. Bd. 448. Berlin 1932.

Verordnungsblätter und halboffizielle Zeitungen

- Amtsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete 1943.
- Deutsche Zeitung im Ostland 1942—1944 (DZO)
- Monatsschrift des Reichskommissars des Ostlandes 1944.
- Verordnungsblatt des Reichskommissars für das Ostland. 1943.
- Verordnungsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete 1942—1943.

Interviews

Bräutigam, Otto
 Leibbrandt, Georg
 Martiala, Ensio

Darstellungen und Aufsätze ¹

- Ackermann, Josef: Himmler als Ideologe. Göttingen 1970
- Andersson, Edgar: The British Policy toward the Baltic States 1918—1920. *Journal for Central European Affairs* 1959/19. S. 276—289
- Angelus, Oskar: Tsiviilivalituse organisatsioon. Eesti Riik ja Rahvas II Maaailmasojas VI. Stockholm 1958. S. 72—84
- Angelus, Oskar: Tuande valitseja maa. Mälestusi Saksa okupatsioni ajast 1941—1944. Stockholm 1956
- Basler, Werner: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und Baltikum. Berlin 1962
- Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Wien 1966
- Boehm, Max Hilbert: Baltische Einflüsse auf die Anfänge des Nationalsozialismus. *Jahrbuch des baltischen Deutschtums* 14. 1967. S. 72—75
- Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat I. München und Wien 1969
- Broszat, Martin: Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen. *Vjh. Zgsch.* 1966. S. 225—251
- Broszat, Martin: Betrachtungen zu »Hitlers Zweites Buch«. *Vjh. Zgsch.* 1961. S. 417—429
- Brozat, Martin: Die nationale Widerstandsbewegung in Litauen im Zweiten Weltkrieg (1941—1944) in Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. Band II. Stuttgart 1966. S. 311—327
- Brozat, Martin: Der Staat Hitlers. *Dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Band 9. München 1969
- Bräutigam, Otto: Überblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges. Tübingen. Institut f. Besatzungsfragen 1954
- Buchheim, Hans: Rechtstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. München 1958. S. 239—279.
- Buchheim, Hans: SS und Polizei im NS-Staat. Bonn 1964
- Bullock, Alan: Hitler. London. 1962
- Chase, Thomas G.: The Story of Lithuania. New York 1946
- Czollek, Roswitha: Estnische Phosphate im Griff der IG-Farbenindustrie AG. Eesti NSV Teaduste Akademia Toimetised 4/1966. S. 433—444
- Czollek, Roswitha: Zum Raub estnischer Ölschiefervorkommen für die deutsche Kriegswirtschaft 1941 bis 1944. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* II/1969. S. 107—118
- Czollek, Roswitha, Zwangsarbeit und Deportationen für die deutsche Kriegsmaschine in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* II/1970
- Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich: Die deutschen Monopole und der 22. Juni 1941. Dokumente zu Kriegszielen und Kriegsplanung führender Konzerne beim

¹ Das folgende Verzeichnis enthält nur die Werke und Aufsätze, die wenigstens zweimal zitiert werden.

- Überfall auf die Sowjetunion. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1/1967. S. 64—76
- Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich: Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte I/1968. S. 141—181
- Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Russland 1941—1945. Düsseldorf 1958
- Dickmann, Fritz: Machtwille und Ideologie in Hitlers aussenpolitischen Zielsetzungen vor 1933. Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach zum 10. April 1964. S. 915—941
- Eesti Rahvas Nõukogude Liidu Suures Isamaasõjas. 1941—1945. Bd. I. 1941—1943. Tallin 1971.
- Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939—1945. Bd. I. 2. Aufl. Berlin 1971.
- Erdmann, K. D.: Die Zeit der Welkriege. Handbuch der deutschen Geschichte. Bd 4. Stuttgart 1960
- Fabry, Philipp W.: Der Hitler-Stalin Pakt 1939—1941. Darmstadt 1962
- Fischer, Fritz: Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914—1918. Historische Zeitschrift 188, 1959. S. 259—310
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. 3. verb. Aufl. Düsseldorf 1964
- Goltz, Rüdiger v. der: Meine Sendung in Finnland und Baltikum. Leipzig 1920
- Gross, Walter: Nordische Rasse und nordische Weltanschauung in den Kämpfen unserer Zeit. Nordische Wiedergeburt. Berlin 1935. S. 31—35
- Gruchmann, Lothar: Nationalsozialistische Grossraumordnung. Die Konstruktion einer »deutschen Monroe-Doktrin«. Stuttgart 1962
- Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums II—IV. Breslau 1938
- Haupt, Werner: Baltikum 1941. Neckarmünd 1963
- Haupt, Werner: Heeresgruppe Nord. Bad Nauheim 1967
- Hehn, Jürgen v.: Die Entstehung der Staaten Lettland und Estland. Forschungen zur osteuropäischen Geschichte. Bd. 4. Wiesbaden 1956
- Hehn, Jürgen v.: Lettland zwischen Demokratie und Diktatur. München 1957
- Henningsen, Sven: De nordiska ländernas utrikespolitik 1939—1941: Danmark. Historiallinen arkisto 62. Helsinki 1967
- Herzfeld, Hans: Die deutsche Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg. Vjh. Zgsch. 1963. S. 224—245
- Herzog, Robert: Besatzungsverwaltung in den besetzten Ostgebieten — Abteilung Jugend. Tübingen 1960
- Hillgruber, Andreas: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen 1967
- Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940—1941. Frankfurt a.M. 1965
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. III. Aufl. München 1930
- Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961
- Horm, Arvo: Estland fritt och ockuperat. Stockholm 1944
- Horn, Wolfgang: Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924. Vjh. Zgsch. 1968. S. 280—294
- Ilnytkyj, Roman: Deutschland und Ukraine 1934—1945. I—II. München 1958
- Jackson, J. H.: Estonia. London 1948
- Jacobsen, Hans-Adolf: Die nationalsozialistische Aussenpolitik. Frankfurt a.M. 1968
- Jacobsen, Hans-Adolf: Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten. Frankfurt a.M. 1965

- Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung. Tübingen 1969
- Kaelas, Alexander: Sotsiaalipoliitika Saksaa okupatsiooni ajal. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VIII. Stockholm 1959. S. 123—141
- Kalnins, Bruno: De baltiska staternas frihetskamp. Stockholm 1950
- Kant, Edgar: Jüri Uluotsa memorandum Eesti seisundi kohta 29. juulist 1941. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VI. Stockholm 1958. S. 7—20
- Kant, Edgar: Maakuulamisretkelt Weimaris ja Berliini. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VIII. Stockholm 1959. S. 51—63
- Kalme, Albert: Total terror. New York 1952
- Kauri, Hans: Tartu ülikool ja üliopilased. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas X. Stockholm 1962. S. 45—65
- Kersten, Felix: The Kersten Memoirs 1940—1945. London 1956
- Kleist, Peter: Zwischen Hitler und Stalin. Aufzeichnungen. Bonn 1950
- Klesment, Johannes: Kolm aast iseseisvuse voittlust vooa okupatsiooni all. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VIII. Stockholm 1959. S. 7—50
- Kluke, Paul: Nationalsozialistische Europaideologie. Vjh. Zgsch. 1955. S. 240—275
- Koehl, R. L.: RKFDV, German Resettlement and Population Policy 1939—1945. Harvard 1957
- Krausnick, Helmut: Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940). Vjh. Zgsch. 1957. S. 194—198
- Krausnick, Helmut: Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. Vjh. Zgsch. 1954. S. 306—310
- Krausnick, Helmut: Judenverfolgung. Anatomie des SS-Staates II. Dtv-Ausgabe. München 1967. S. 235—366
- Kwiet, Konrad: Reichskommissariat Niederlande. Stuttgart 1968
- Laqueur, Walter: Deutschland und Russland. Berlin 1965
- Latvia in 1939—1942. Washington 1942
- Latvia under German Occupation. Washington 1943
- Linde, Gerd: Die Deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg. Wiesbaden 1965
- Loock, Hans-Dietrich: Quisling, Rosenberg und Terboven. Stuttgart 1970
- Loock, Hans-Dietrich: Zur »Grossgermanischen Politik« des Dritten Reiches. Vjh. Zgsch. 1960. S. 37—63
- Lynar, Ernst Wilhelm (Hrsg.) Deutsche Kriegsziele 1914—1918. Berlin 1964.
- Maasing, R.: Katseid Eesti soja väe uuestiloomiseks. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VII. Stockholm 1959. S. 17—21
- Madajczyk, Czeslaw: Die Deutsche Besatzungspolitik in Polen (1939—1945). Wiesbaden 1967
- Mamers (Öpik), Oskar: Häda voidetuile. Stockholm 1958
- Mann, Bernhard: Baltische Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914/1918. Tübingen 1965
- Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Bonn 1965
- Meissner, Boris: Die Sowjetunion, die Baltischen Staaten und das Völkerrecht. Köln 1956
- Mende, Gerhard v.: Das Reichskommissariat Ostland. Jahrbuch der Weltpolitik 1942. S. 158—169
- Milward, Alan S.: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945. Stuttgart 1966
- Moltmann, Günter: Goebbels' Rede zum totalen Krieg am 18. Feb. 1943. Vjh. Zgsch. 1964. S. 13—43
- Niitemaa, Vilho: Baltian historia. Porvoo 1959
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963

- Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen. Dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Bd. 4. München 1966
- Nurk, Harald: Eesti majandus Saksa okupatsiooni ajal. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VIII. S. 71—111
- Oras, Ants: Viron kohtalonvuodet. Jyväskylä 1958
- Page, S. W.: The formation of the Baltic states. Cambridge. Mass. 1959
- Phelps, Reginald H.: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920. Vjh. Zgsch. 1963. S. 274—330
- Philippi, A.-Heim F.: Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941—1945. Stuttgart 1962
- Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—1942. Stuttgart 1963
- Polvinen, Tuomo: Suomi suurvaltojen poliitikassa 1941—1944. Porvoo 1964
- Purre, Arnold: Eesti soda Nõuk Liiduga. Eesti Riik ja Rahvas II Maailmasõjas VII. Stockholm 1959. S. 22—51
- Rauch, Georg v.: Geschichte der Baltischen Staaten. Stuttgart 1970
- Rauschnig, Hermann: Die Revolution des Nihilismus. Zürich 1938
- Reitlinger, Gerald: Die Endlösung. 4. verb. Aufl. Berlin 1961
- Reitlinger, Gerald: The house built on sand. London 1960
- Rimscha, H. v.: Die Baltikumspolitik der Grossmächte. Historische Zeitschrift 177. 1954. S. 281—309
- Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk III. München 1964
- Rosenberg, Alfred: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der Nationalsozialistischen Revolution. Göttingen 1955
- Rosenberg, Alfred: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. München 1930
- Rosenberg, Alfred: Politisches Tagebuch 1934/35 und 1939/1940. Göttingen 1956
- Rosenberg, Alfred: Der Zukunftsweg einer deutschen Aussenpolitik. München 1927
- Der Kampf gegen die Kirche aus unveröffentlichten Tagebüchern Alfred Rosenbergs. Hrsg. von Robert M. W. Kempner. Der Monat 10/1949. S. 26—38
- Schramm, P. E.: Hitler als militärischer Führer. Frankfurt a.M. 1965
- Schubert, Günter: Anfänge nationalisozialistischer Aussenpolitik. Köln 1963
- Spekke, Arnolds: History of Latvia. Stockholm 1957
- Sovetskie partizany. Moskva 1963
- Stamati, Constantin: Zur »Kulturpolitik des Ostministeriums«. Vjh. Zgsch. 1958. S. 78—85
- Stupperich, Robert: Siedlungspläne im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost. Jomsburg 1941. S. 348—367
- Suduvis, N. E.: Ein kleines Volk wird ausgelöscht. Zürich 1947
- Swettenham, J. A.: The tragedy of Baltic states. A report combilec from documents and eyewitnesses stories. London 1952
- Thorwald, Jürgen: Wen Sie verderben wollen. Bericht des grossen Verrats. Stuttgart 1952
- Timm, Ernst: Deutschland — nordisch. Deutsches Schaffen und Schauen Nr. 3. Halle 1937
- Tippelskirch, Kurt v.: Geschichte des Zweiten Weltkriegs. 2., neu bearbeitete Aufl. Bonn 1956
- Toynbee, Arnold ja Veronica: Hitler's Europe. London 1954
- Trevor-Roper, H. R.: The last Days of Hitler. 3. Edition London. 1962
- Trevor-Roper, H. R.: Hitlers Kriegsziele. Vjh. Zgsch. 1960. S. 121—133
- Ullman, Richard H.: Anglo-Soviet Relations 1917—1921. Vol. II. Britain and the Russian Civil War. Princeton 1968
- Wachtsmuth, Wolfgang: Wege, Umwege, Weggenossen. München 1954

- Wheeler-Bennett, J. W.: Brest-Litovsk. The Forgotten peace. March 1918. New York 1966
- Widerstandskampf und Revolution. Entwurf der Geschichte des tschechoslowakischen Widerstandskampfes 1938—1945. Makette [?] der vorbereiteten Trilogie. Tschechoslowakischer Ausschuss für Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes. (Masch. vervielf.)
- Wieselgren, P.: Från hammaren till hakkorset. Estland 1939—1941. Stockholm 1942
- Zmarzlik, Hans-Günter: Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem. Vjh. Zgsch. 1963. S. 246—273

A B K Ü R Z U N G E N

AA	Auswärtiges Amt
APA	Aussenpolitisches Amt der NSDAP
BA	Bundesarchiv
BDC	Berlin Document Center
CDJC	Centre de Documentation Juive Contemporaine
DGFP	Documents on German Foreign Policy
DZO	Deutsche Zeitung im Ostland
EC	Dokumentenserie der Nürnberger Akten
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GK	Generalkommissar, Generalkommissariat
HA	Hauptabteilung
HSSPF	Der Höhere SS- und Polizeiführer
IMT	Trial of the Major Criminals before the International Military Tribunal
KTB	Kriegstagebuch
L	Dokumentenserie der Nürnberger Akten
NG	Dokumentenserie der Nürnberger Akten
NMT	Trial of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals
NO	Dokumentenserie der Nürnberger Akten
NOKW	Dokumentenserie der Nürnberger Akten
OHL	Oberste Heeresleitung
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OMi	Ostministerium
PS	Dokumentenserie der Nürnberger Akten
RAD	Reichsarbeitsdienst
RFSS	Reichsführer SS
RKFDV	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RK	Reichskommissar
RKO	Reichskommissariat Ostland
RMfdbO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SD	Sicherheitsdienst
Sipo	Sicherheitspolizei
SSPF	SS- und Polizeiführer
UM	Archiv des Aussenministeriums in Helsinki
VA	Finnisches Staatsarchiv
Vjh.Zgsch.	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vobl.Ost	Verordnungsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete
Vobl.RKOst	Verordnungsblatt des Reichskommissars für das Ostland
We Wi Kdo	Wirtschaftskommando
Wi.In.Nord	Wirtschaftsinsektion Nord (in Riga)

PERSONENREGISTER

- Ambraciejus, Kazys 263, 279 Fn., 280 Fn.
 Ambrazevicius, Joseph 81
 Anderson, lettischer »Donnerkreuzler«
 106
 Angelus, Oskar 45 Fn., 102, 108—110, 114,
 116, 121 Fn., 213, 260
 Antonescu, Ion 204
 Ausberger, SS-Obersturmbannführer 229

 Bangerskis, Rudolfs 247 Fn., 252, 264, 275
 Berger, Gottlob 130, 200—202, 229—230,
 246, 250, 258 Fn., 282 Fn.
 Bermond-Avalov, P. M. 28
 Best, Werner 288
 Bethmann-Hollweg, Theobald von 18—
 21, 23
 Bönner, Hauptabteilungsleiter im GK
 Lettland 182
 Borcke, von 92 Fn., 125
 Bormann, Martin 15, 64, 115, 198—199,
 201—202, 218, 250—251, 258, 282
 Brämer, Friedrich 92, 196—197, 283
 Bräutigam, Otto 15—16, 53 Fn., 55 Fn.,
 64—65, 142, 203, 221, 247—249
 Broszat, Martin 145
 Burmeister, Wilhelm 90, 246, 274, 277

 Celminš, Gustavs 31, 78 Fn., 105—106,
 264
 Class, Heinrich 18 Fn., 19
 Cramer, Hans 97, 138, 233
 Czollek, Roswitha 16, 100 Fn.

 Dallin, Alexander 16, 272 Fn.
 Dankers, Oskar 45 Fn., 105—107, 113, 118,
 210, 230, 239, 243, 252—254, 272—273
 Deglavs, lettischer Oberstleutnant 105—
 106
 Deuss, Edward 241 Fn.
 Drechsler, Otto 90, 96, 107, 118—119, 177,
 180, 188 Fn., 210—212, 214, 216, 223 Fn.,
 227, 230, 245, 253—254, 264, 285
 Druckart, SS-Sturmbannführer 163, 167
 —168

 Ehrnrooth, Leo 268
 Einsbergs, ehemaliger lettischer Minister
 84 Fn.
 Fischer, Eugen 146
 Fischer, E. R. 99
 Fischer, Fritz 18
 Frank, Hans 65, 292
 Frank, K. H. 271 Fn.
 Freimanis, lettischer Oberstleutnant 106

 Friessner, H. 283
 Fründt, Hauptabteilungsleiter im RKO
 90

 Gallmeier, Referent im RMfdbO 193
 Germantas, Kazys 105 Fn.
 Germantas, Pranas 105 Fn.
 Goebbels, Joseph 196, 198
 Goltz, Rüdiger von der 27—28
 Göring, Hermann 42, 52—53, 60, 62—63,
 65—66, 68—69, 70, 94 Fn., 98, 100, 103,
 127, 131, 143, 196, 220
 Gran, Karl 107 Fn.
 Greffe, Dr. 104 Fn.
 Greifelt, Ulrich 127, 159—160, 162—163
 Gross, Walter 48, 150 Fn., 157
 Grosskopf, Georg 71 Fn.
 Guderian, Heinz 271 Fn.

 Haller, Johannes 19
 Harder, von 173
 Hasselblatt, Werner 58—60, 83 Fn., 89 Fn.,
 150 Fn., 154—156
 Heiber, Helmut 157
 Herzfeld, Hans 23 Fn.
 Heydrich, Reinhard 49, 147 Fn., 158,
 292 Fn.
 Hierl, Konstantin 191
 Himmeler, Heinrich 14, 48, 50—52, 55, 60,
 62—64, 69—70, 91, 94, 125—131, 143,
 146, 148—149, 159—162, 163 Fn., 185—
 186, 198, 200—202, 206, 213, 228—230,
 237, 246—247, 251—252, 275—276, 280,
 282, 285, 288
 Hindenburg, Paul von 20, 21
 Hingst, Hans 93 Fn.
 Hintze, von 24 Fn.
 Hitler, Adolf 11, 14, 15, 31, 33—41, 43—
 47, 49—55, 60—65, 68—70, 80, 86 Fn.,
 94, 95 Fn., 103, 105, 114, 126—127, 131—
 133, 143—146, 157—161, 170—173, 186,
 189, 191, 195—199, 201—202, 204—205,
 218, 223, 226—229, 230 Fn., 231—232,
 237, 239, 242, 246—247, 249, 251, 253,
 258, 272—273, 275, 284, 286, 288, 291
 —292
 Hohenlohe, Constantin zu 117
 Holtz, Günther 149
 Horn, Wolfgang 34 Fn.
 Hynninen, P. J. 89 Fn.

 Ingelius, R. 226 Fn., 263, 268
 Isenburg-Birstein, Frans von 21

- Jeckeln, Friedrich 91, 129, 200 Fn., 210, 228—230, 252, 275, 277—278, 282—283
 Judenitsch, N. 28
 Just, SS-General 278

 Kairys, S. 265
 Kalnins, Bruno 105 Fn.
 Kaltenbrunner, Ernst 285
 Kant, E. 261
 Kauri, Hans 178 Fn.
 Keitel, Wilhelm 61, 196
 Kinkel, Wilhelm 146, 168, 193
 Kivimäki, T. M. 217 Fn.
 Kleist, Peter 15, 30, 64—65, 75, 78 Fn., 79, 93, 104 Fn., 106—107, 109—111, 115, 118, 122, 124, 139, 146—147, 149, 150 Fn., 236, 244, 246, 248, 261 Fn.
 Klesment, Johannes 260
 Klimaitis, litauischer Journalist 77 Fn.
 Klumberg, W. 79, 177 Fn.
 Koch, Erich 62, 68, 199, 201—202, 204, 257, 281—284
 Kotsar, Valter 107 Fn.
 Krausnick, Helmut 47
 Kreenwisch, M. 83
 Kreischmanis, lettischer Oberst 84 Fn.
 Kriegsheim, Arno 75
 Krips, lettischer Oberst 210
 Kristian, Axel 107 Fn.
 Kubiliunas, Petras 104—105, 113, 119, 209, 233—234, 277, 278
 Kuchler, Georg von 85, 206 Fn., 231
 Kühlmann, Richard von 22—23, 24 Fn.

 Labs, Abteilungsleiter im RMfdbO 146, 226 Fn., 245 Fn., 249, 270
 Lammers, Hans 15, 60, 80, 125, 127—128, 132, 161, 198, 201—202, 218, 247, 251, 273, 283
 Lange, Dr. 101—102, 118
 Larka, Anders 30
 Larsen, Gunnar 170, 172
 Leesment, O. 109
 Leibbrandt, Georg 41, 56, 58, 64 Fn., 65, 110 Fn., 122, 150 Fn., 152 Fn., 154, 155, 202—203, 242
 Leimanis, lettischer Generaldirektor 119 Fn.
 Lenin, Wladimir I. 22
 Litzmann, Karl 80 Fn., 90, 117, 213—214, 229, 252, 255—259, 261, 263
 Lohse, Hinrich 14—15, 56, 62, 80, 82—83, 90, 96, 115—117, 122, 123—124, 129, 143—144, 161, 170, 172, 189, 196—198, 200, 211, 215—216, 221—224, 231, 235, 244, 246, 249—251, 253, 255—258, 272, 277 Fn., 278, 280—284
 Looock, Hans-Dietrich 289
 Lorenzen, Hauptabteilungsleiter im RKO 90
 Ludendorff, Erich 20—22, 23 Fn., 38 Fn.
 Lühr, Abteilungsleiter im RKO 189

 Mackevicius, M. 105 Fn., 234
 Madajczyk, Czeslaw 157

 Mäe, Hjalmar 30—31, 45 Fn., 95 Fn., 107—110, 113, 117, 130, 140, 190, 238, 247, 252, 262, 269 Fn., 274
 Martiala, E. 268 Fn.
 Massakas, Alexander 107 Fn.
 Matthiessen, Martin 90, 117, 171, 172 Fn.
 Matulionis, Jonas 104 Fn.
 Mauerer, Alfred 260 Fn.
 Medem, Walther Eberhard von 96—97, 156, 191
 Mende, Gerhard von 58, 64, 146, 248
 Mentzel, Walter 97
 Meyer, Alfred 56, 66, 129—130, 201
 Meyer, Konrad 157, 159—160
 Model, Walter 274
 Mussert, A. A. 171, 287

 Neugebauer, Dr. 181—182
 Neurath, Constantin von 42
 Nickel, Abteilungsleiter im RMfdbO 189
 Nurk, Harald 102

 Öpik (Mamers), Oskar 109 Fn., 130
 Osis, lettischer Oberst 210

 Pancke, Günther 49
 Päts, Konstantin 25—26, 30, 32
 Paukschtyts, Jonas 105 Fn.
 Pitka, estnischer Admiral 136
 Plechavičius, litauischer General 277—279
 Plesners, Aleksandris 105, 106
 Prapuelenis, Leemas 83
 Primanis, Martin 45 Fn., 118—119, 130, 211
 Pukk, Otto 260 Fn.
 Puodzius, litauischer Generalrat 234

 Quisling, Vidkun 287

 Rääkkönen, Erkki 136 Fn.
 Ramsay, Henrik 268
 Rastikis, Statys 73, 104
 Rauch, Georg von 46 Fn.
 Reinbothe, Regierungsrat 224
 Reitlinger, Gerald 16, 54, 111 Fn.
 Renteln, Adrian Th. von 83, 90, 120, 139—140, 161, 162 Fn., 163, 166 Fn., 209, 214, 231, 233—236, 240—241, 270 Fn., 284
 Ribbentrop, Joachim von 31, 42, 67, 133, 251, 261
 Riecke, Hans-Joachim 52
 Rohrbach, Paul 19, 20
 Rommel, Erwin 196
 Roques, Karl von 74, 75, 78, 79, 80, 106, 109, 214
 Rosenberg, Alfred 14, 31 Fn., 34, 40—43, 52—70, 74, 78 Fn., 80, 89—91, 94, 96, 112, 114—115, 119, 125—133, 143, 146, 150 Fn., 154, 158 Fn., 160—162, 169—173, 178—179, 182, 189, 191, 197—208, 218, 223—224, 226, 228, 241, 246—251, 255—258, 266, 269—273, 283—284

- Runte, Hauptabteilungsleiter im RMfdbO 222
 Rütman, Harry 107 Fn.
 Ryti, Risto 136, 289

 Sandberger, Martin 95, 130
 Sanders, Dr. 105, 106
 Sass, H. 109
 Sauckel, Fritz 62, 131, 196, 239—241
 Scavenius, Erik 170, 204
 Scheidt, Abteilungsleiter im RMfdbO 181
 Scheynius, Ignas 268
 Schickedanz, Arno 58
 Schiemann, Theodor 19
 Schlotterer, Gustav 52, 66, 142, 222
 Schmidt von Altenstadt 203
 Schreinert, Prof. 234
 Schröder, Walter 152 Fn., 209—210, 230
 Schubert, SS-Hauptsturmführer 149
 Schwerin von Krosigk, Lutz 101
 Seyss-Inquart, Artur 170, 172, 287
 Sirk, Artur 30
 Škirpa, Kazys 72, 81—82, 104, 105 Fn.
 Skujevics, Jahnis 119 Fn.
 Smetona, Antanas 29
 Soodla, estnischer Oberst 252, 275
 Speer, Albert 131—132, 195, 198
 Spohr, Edmund 178—180, 182—183
 Stahlecker, Franz 76, 77
 Stalin, Josef V. 15, 43, 45
 Stamati, Constantin 184 Fn., 185
 Stegmann, H. 182
 Stritzky, Karl von 130, 142, 177 Fn., 180, 181 Fn., 182 Fn.
 Strobel, Dr. 157 Fn.
 Stuckart, Wilhelm 71 Fn.
 Suduvis, N. E. 104 Fn.
 Tanner, Väinö 268
 Terboven, Josef 65, 170, 287
 Todt, Fritz 131
 Tonnigen, M. M. Rost van 155—156, 172—173, 174 Fn.
 Trampedach, Abteilungsleiter im RKO 90, 111—112, 124, 135 Fn., 208, 214—215, 236 Fn., 242, 243—244, 268, 269 Fn., 271—272
 Trothan, Thilo von 41
 Ulmanis, Karlis 26—28, 32
 Uluots, Jüri 84—85, 213, 260—262, 274 Fn., 275
 Ungern-Sternberg, von 135
 Unruh, von 93, 95, 123 Fn.
 Unterstab, Hauptmann 75 Fn.
 Valdmanis, Alfred 78—79, 105, 107, 118—119, 189—190, 210, 213, 243
 Vitkus, Prof. 104 Fn.
 Voldemaras, Augustin 26, 29—30, 82
 Volkmann, Hans-Erich 24 Fn.
 Wachtsmuth, Wolfgang 97
 Wagner, Eduard 74
 Weiss, lettischer Oberst 210
 Wendt, Alfred 45 Fn., 108—110, 117, 213, 260
 Wetzel, Erhard 146—155, 158, 175, 183, 191, 194
 Winnig, August 26—27
 Wittrock, Hugo 39 Fn., 91, 96, 115
 Wulff, Horst 266
 Zacevicius, Starys 81
 Zagras, Woldemars 119 Fn.
 Zimmermann, Paul 203



Fremdsprachige Veröffentlichungen der

FINNISCHEN HISTORISCHEN GESELLSCHAFT

(Suomen Historiallinen Seura)

	Preis Fmk
Martti Kerkkonen: Peter Kalm's North American Journey. Its Ideological Background and Results. (1959), 260 S.	30,—
Sven-Erik Åström: From Stockholm to St. Petersburg. Commercial Factors in the Political Relations between England and Sweden 1675—1700. (1962), 146 S.	15,—
Päiviö Tommila: La Finlande dans la politique européenne en 1809—1815. (1962), 478 S.	45,—
Tuomo Polvinen: Die finnischen Eisenbahnen in den militärischen und politischen Plänen Russlands vor dem ersten Weltkrieg. (1962), 295 S.	30,—
Pekka Suvanto: Wallenstein und seine Anhänger am Wiener Hof zur Zeit des zweiten Generalats 1631—1634. (1963), 398 S.	40,—
Mauno Jääskeläinen: Die ostkarelische Frage. Die Entstehung eines nationalen Expansionsprogramms und die Versuche zu seiner Verwirklichung in der Aussenpolitik Finnlands in den Jahren 1918—1920. (1965), 299 S.	30,—
Juhani Paasivirta: The Victors in World War I and Finland. Finland's Relations with the British, French and United States Governments in 1918—1919. (1965), 198 S.	25,—
Risto Ropponen: Die Kraft Russlands. Wie beurteilte die politische und militärische Führung der europäischen Grossmächte in der Zeit von 1905 bis 1914 die Kraft Russlands. (1968), 322 S.	30,—

Akateeminen Kirjakauppa, Keskuskatu 1, 00100 Helsinki 10, Finnland, nimmt Bestellungen entgegen.